Tägliche Rundschau
1./VIII. 1915

Kriegschronik.

Die Kriegschronik ist als Sonderausgabe („Kriegskalender") vom Verlag zu beziehen: Heft 1, 64 Seiten stark, die Ereignisse bis 30. April 1915 umfassend, gegen Voreinsendung von 60 Pfg. oder gegen Post-Nachnahme von 80 Pfg. Weitere Hefte je 32 Seiten zu 30 Pfg. folgen etwa alle 4 Monate.

25. Juli.

Dünkirchen mit Bomben belegt.

Narewübergang auf Strecke Ostrolenka—Pultusk. Linie Nasielsk—Gzowo erreicht. Drei Orte südlich von Warschau erstürmt.

Der englische Truppentransportdampfer „Arnevurons" (?) von einem U-Boot torpediert.

Aufhebung von deutschen Vergeltungsmaßregeln gegen 50 französische Offiziere infolge besserer Behandlung der deutschen Offiziere in Fort Entrevaux.

26. Juli.

Die Armee v. Below in Gegend Poswol und Poniewitz.

Narewübergang oberhalb Ostrolenka. Näherrücken der Einschließungstruppen an Nowo-Georgiewsk und Warschau.

Nördlich Wojslawice—Hrubieszow (am Bug) die Russen weiter nordwärts gedrängt.

Eroberung eines wertvollen Stützpunktes bei Sokal; 1100 Gefangene.

Heftige Angriffe der Italiener am Plateau von Doberdo abgewiesen.

1 französischer, 2 englische, 1 russischer Dampfer, 5 englische Fischdampfer von U-Booten versenkt. 1 Fischdampfer in die Luft geflogen.

Libyen bis auf die Küstenstädte von den Italienern geräumt.

27. Juli.

Besetzung der vordersten deutschen Gräben auf dem Lingekopf (nördlich von Münster) durch die Franzosen.

Bei Roncq ein französisches, bei Peronne ein englisches Flugzeug zum Landen gezwungen.

Scheitern eines russischen Angriffs auf dem Ostufer des Narew aus der Linie Goworowo—Wyszkow—Serock. 3319 Russen gefangen.

Nördlich Hrubieszow mehrere Orte erobert. 3941 Russen gefangen.

Erstürmung einer Höhe bei Sokal. 3000 Russen gefangen.

Italienischer Ansturm am Plateau von Doberdo verlustreich gescheiterrt.

Durch deutsche Unterseeboote versenkt: der amerikanische Dampfer „Leelanaw", 2 englische Dampfer, 2 nicht näher bezeichnete Schiffe, 9 englische Fischdampfer, der norwegische Dampfer „Progresso", 1 norwegischer Schoner, 2 norwegische und 1 schwedisches Segelschiff, der dänische Dampfer „Rogill".

Das französische Unterseeboot „Mariotte" in den Dardanellen durch die Türken versenkt.

28. Juli.

Wiedereroberung einzelner noch von den Franzosen besetzter Teile unserer Stellung bei Souchez durch schlesische Truppen.

Erbitterte Kämpfe in der Linie Lingekopf—Barrenkopf.

Goworowo erobert. Russische Gegenangriffe bei Serock und Nasielsk gescheitert.

Pierunow, 24 Km. westlich von Warschau, erstürmt.

Ende der zweiten Schlacht im Görzischen mit einem vollständigen Mißerfolg der Italiener. 100 000 Mann italienische Verluste.

Vorstoß österreichisch-ungarischer leichter Kreuzer und Torpedoeinheiten gegen die Eisenbahnstrecke Ancona bis Pesaro.

Der norwegische Dampfer „Fimreite", 3 englische Fischdampfer und 3 dänische Schoner durch U-Boote versenkt, die schwedische Brigg „Fortuna", der dänische Dampfer „Else" und die norwegische Bark „Sagnedalen" in Brand gesetzt.

Nach amtlicher deutscher Feststellung seit 22 Wochen durch deutsche Unterseeboote 229 englische, 30 andere feindliche, 6 mit feindlichen verwechselte neutrale Schiffe versenkt, 27 neutrale Schiffe untersucht und versenkt, 3 neutrale Schiffe infolge Verwechselung angeschossen, doch nicht versenkt.

29. Juli.

Besetzung feindlicher Stellungen nordöstlich von Suwalki an der nach Olita führenden Bahn. 2910 Gefangene.

Scheitern russischer Angriffe gegen die deutsche Front südlich des Narew und südlich Nasielsk sowie bei Gora-Kalwarja.

Die Italiener räumen ihre Sturmstellungen bei Görz.

Der englische Dampfer „Mangane", 1 Fischdampfer versenkt.

Ein deutscher Fischdampfer nördlich von Hornsrew-Feuerschiff durch ein englisches U-Boot versenkt.

30. Juli.

Der Weichselübergang südlich Warschau zwischen der Pilica und Kozienice an mehreren Stellen erzwungen.

Bei Krupe und Wosslawice die russische Front erschüttert. Linie Piaski—Biskupice und die Bahn zwischen Cholm und Lublin erreicht. Westlich des Wieprz bis Chmiel die russische Front durchbrochen. Lublin genommen. Rückzug der Russen zwischen Bug und Weichsel.

Besetzung der Insel Mytilene durch die Engländer.

31. Juli.

Schratzmännle und Barrenkopf wieder in deutscher Hand.

Bombenabwürfe auf Chauny, Tergnier und andere Orte hinter unserer Aisnefront mit Beschießung von Compiègne erwidert.

Französische Flugzeuggeschwaderangriffe auf Pfalzburg, Zabern, nördlich Hagenau und Freiburg i. B. mit Bombenabwürfen auf Lunéville, St. Dié und Nancy beantwortet. Bei Freiburg ein Flugzeug heruntergeschossen.

Forschritte unseres Angriffs bei Lomza und Goworowo.

Vordringen der Armee v. Woyrsch rechts der Weichsel nach Osten.

Neuer russischer Widerstand zwischen Bug und Weichsel ungefähr auf Linie Nowo-Alexandrija—Lublin—Cholm.

Fremdenblatt
1./VIII. 1915

Kaiser Wilhelm an das deutsche Volk.

Berlin, 31. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet: Kaiser Wilhelm hat folgenden Aufruf erlassen:

An das deutsche Volk!

Ein Jahr ist verflossen, seitdem ich das deutsche Volk zu den Waffen rufen mußte. Eine unerhörte, blutige Zeit kam über Europa und die Welt. Vor Gott und der Geschichte ist mein Gewissen rein. Ich habe den Krieg nicht gewollt.

Nach den Vorbereitungen eines ganzen Jahrzehnts glaubte der Verband der Mächte, denen Deutschland zu groß geworden war, den Augenblick gekommen, um das in gerechter Sache treu zu seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen stehende Reich zu demütigen oder in einem übermächtigen Ringen zu erdrücken.

Nicht Eroberungslust hat uns, wie ich schon vor einem Jahr verkündete, in den Krieg getrieben. Als in den Augusttagen alle Waffenfähigen zu den Fahnen eilten und die Truppen hinauszogen in den Verteidigungskampf, fühlte jeder Deutsche auf dem Erdball nach dem einmütigen Beispiel des Reichstages, daß für die höchsten Güter der Nation, ihr Leben und ihre Freiheit gefochten werden mußte. Was uns bevorstand, wenn es fremder Gewalt gelang, das Geschick unseres Volkes und Europas zu bestimmen, das haben die Drangsale meiner lieben Provinz Ostpreußen gezeigt. Durch das Bewußtsein des aufgedrungenen Kampfes ward das Wunder vollbracht: der politische Meinungsstreit verstummte, alte Gegner fingen an, sich zu verstehen und zu achten. Der Geist treuer Gemeinschaft erfüllte alle Volksgenossen.

Voll Dank dürfen wir heute sagen: Gott war mit uns. Die feindlichen Heere, die sich vermaßen, in wenigen Monaten in Berlin einzuziehen, sind mit wuchtigen Schlägen im Westen und im Osten weit zurückgetrieben. Zahlreiche Schlachtfelder in den verschiedensten Teilen Europas und Seegefechte an nahen und fernsten Gestaden bezeugen, was deutscher Ingrimm in der Notwehr und deutsche Kriegskunst vermögen. Keine Vergewaltigung völkerrechtlicher Satzungen durch unsere Feinde war imstande, die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Kriegsführung zu erschüttern. Staaten und Gemeinden, Landwirtschaft, Gewerbefleiß und Handel, Wissenschaft und Technik wetteiferten, die Kriegsnöte zu lindern. Verständnisvoll für die notwendigen Eingriffe in den freien Warenverkehr, ganz hingegeben der Sorge für die Brüder im Felde, spannte die Bevölkerung daheim alle ihre Kräfte an zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr.

Mit tiefer Dankbarkeit gedenkt heute und immerdar das Vaterland seiner Kämpfer, derer, die todesmutig dem Feinde die Stirn bieten, derer, die wund oder krank zurückkehrten, und derer vor allem, die in fremder Erde oder auf dem Grunde des Meeres von dem Kampfe ausruhen. Mit den Müttern und Vätern, den Witwen und Waisen empfinde ich den Schmerz um die Lieben, die fürs Vaterland starben.

Innere Stärke und einheitlicher nationaler Wille im Geiste der Schöpfer des Reiches verbürgen den Sieg. Die Deiche, die sie in der Voraussicht errichteten, daß wir noch einmal zu verteidigen hätten, was wir 1870 errangen, haben der größten Sturmflut der Weltgeschichte getrotzt. Nach den beispiellosen Beweisen von persönlicher Tüchtigkeit und nationaler Lebenskraft hege ich die frohe Zuversicht, daß das deutsche Volk die im Kriege erlebten Läuterungen treu bewahren, auf den erprobten alten und auf den vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesittung rüstig vorwärts schreiten wird.

Großes Erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest. In heroischen Taten und Leiden harren wir ohne Wanken aus, bis der Friede kommt, ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere.

So werden wir den großen Kampf für Deutschlands Recht und Freiheit, wie lange er auch dauern mag, in Ehren bestehen und vor Gott, der unsere Waffen segnen wolle, des Sieges würdig sein.

Großes Hauptquartier, den 31. Juli 1915.

Wilhelm I. R.

Kölnische Zeitung
1./VIII. 1915

An das deutsche Volk!

Ein Jahr ist verflossen, seitdem ich das deutsche Volk zu den Waffen rufen mußte. Eine unerhört blutige Zeit kam über Europa und die Welt. Vor Gott und der Geschichte ist mein Gewissen rein: Ich habe den Krieg nicht gewollt. Nach den Vorbereitungen eines ganzen Jahrzehnts glaubte der Verband der Mächte, denen Deutschland zu groß geworden war, den Augenblick für gekommen, um das in gerechter Sache treu zu seinem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen stehende Reich zu demütigen oder in einem übermächtigen Ringe zu erdrücken.

Nicht Eroberungslust hat uns, wie ich schon vor einem Jahre verkündete, in den Krieg getrieben. Als in den Augusttagen alle Waffenfähigen zu den Fahnen eilten und die Truppen hinauszogen in den Verteidigungskampf, fühlte jeder Deutsche auf dem Erdball, nach dem einmütigen Beispiel des Reichstags, daß für die höchsten Güter der Nation, ihr Leben und ihre Freiheit gefochten werden mußte. Was uns bevorstand, wenn es fremder Gewalt gelang, das Geschick unseres Volkes und Europas zu bestimmen, das haben die Drangsale meiner lieben Provinz Ostpreußen gezeigt. Durch das Bewußtsein des aufgedrungenen Kampfes ward das Wunder vollbracht: der politische Meinungsstreit verstummte, alte Gegner fingen an, sich zu verstehen und zu achten, der Geist treuer Gemeinschaft erfüllte alle Volksgenossen.

Voll Dank dürfen wir heute sagen: Gott war mit uns. Die feindlichen Heere, die sich vermaßen, in wenigen Monaten in Berlin einzuziehen, sind mit wuchtigen Schlägen im Westen und im Osten weit zurückgetrieben. Zahllose Schlachtfelder in den verschiedensten Teilen Europas und Seegefechte an nahen und fernsten Gestaden bezeugen, was deutscher Ingrimm in der Notwehr und deutsche Kriegskunst vermögen. Keine Vergewaltigung völkerrechtlicher Satzungen durch unsere Feinde war imstande, die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Kriegführung zu erschüttern. Staat und Gemeinden, Landwirtschaft, Gewerbefleiß und Handel, Wissenschaft und Technik wetteiferten, die Kriegsnöte zu lindern. Verständnisvoll für notwendige Eingriffe in den freien Warenverkehr und ganz hingegeben der Sorge für die Brüder im Felde spannte die Bevölkerung daheim alle ihre Kräfte an zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr.

Mit tiefer Dankbarkeit gedenkt heute und immerdar das Vaterland seiner Kämpfer, derer, die todesmutig dem Feind die Stirn bieten, derer, die wund oder krank zurückkehrten und derer vor allem, die in fremder Erde oder auf dem Grunde des Meeres vom Kampfe ausruhen. Mit den Müttern und Vätern, den Witwen und Waisen empfinde ich den Schmerz um die Lieben, die fürs Vaterland starben.

Die innere Stärke und ein einheitlicher nationaler Wille im Geiste der Schöpfer des Reichs verbürgen den Sieg. Die Deiche, die sie in der Voraussicht errichteten, daß wir noch einmal zu verteidigen hätten, was wir 1870 errangen, haben der größten Sturmflut der Weltgeschichte getrotzt. Nach den beispiellosen Beweisen von persönlicher Tüchtigkeit und nationaler Lebenskraft hege ich die frohe Zuversicht, daß das deutsche Volk, die im Kriege erlebten Läuterungen treu bewahrend, auf den erprobten alten und auf den vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesittung rüstig vorwärtsschreiten wird.

Großes erleben macht ehrfürchtig und im Herzen fest. In heroischen Taten und Leiden harren wir ohne Wanken aus, bis der Friede kommt — ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere.

So werden wir den großen Kampf für Deutschlands Recht und Freiheit, wie lange er auch dauern mag, in Ehren bestehen und vor Gott, der unsere Waffen weiter segnen wolle, des Sieges würdig sein.

Großes Hauptquartier, den 31. Juli 1915.

Wilhelm I. R.

Reichspost
3./VIII. 1915

Die Errungenschaften des ersten Kriegsjahres.

Das „Berliner Tagblatt" veröffentlicht folgende Aufstellung:

I. Die Mittelmächte haben bisher vom feindlichen Gebiet besetzt:

Belgien	29.000 Quadratkilometer
Frankreich	21.000 „
Rußland	130.000 „
Im ganzen	180.000 Quadratkilometer

Der Feind hat besetzt:

Elsaß	1050 Quadratkilometer
Galizien	10.000 „
Im ganzen	11.050 Quadratkilometer

II. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug mit Ablauf des ersten Kriegsjahres:

In deutschen Gefangenenlagern und Lazaretten	898.869
Als Arbeiter beschäftigt	40.000
In den letzten Wochen gefangen genommen, noch unterwegs zu den Gefangenenlagern	120.000
In Deutschland im ganzen	1,058.868
In Oesterreich-Ungarn im ganzen etwa	636.534

Das ergibt eine Gesamtzahl von rund **1,695.400** Kriegsgefangenen.

III. An Kriegsbeute waren in deutschen Sammelstellen bis zum Juni gezählt 5834 erbeutete Geschütze, 1556 erbeutete Maschinengewehre. Ein großer Teil der erbeuteten Geschütze und Maschinengewehre ist aber nicht zurückgeschafft, sondern blieb bei den Truppen zur Verwendung gegen den Feind. Genaue Zahlen hierüber fehlen. Im Ganzen kann man mit einer Kriegsbeute von 7 bis 8000 Geschützen, 2 bis 3000 Maschinengewehren rechnen.

Fremdenblatt 3./VIII. 1915 7

Die Eröffnungssitzung der Duma.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Goremykin

K. Petersburg, 1. August. Nach dem Präsidenten Rodsianko ergriff Ministerpräsident Goremykin das Wort zu folgenden Ausführungen: Da der furchtbare Krieg ungeheure und zahlreiche Opfer fordert und die Regierung fest entschlossen ist, alle Opfer zu bringen, hat sie Sie zusammenberufen, um Ihnen die wirkliche Lage der Dinge darzustellen und über die Mittel, den Feind zu besiegen, zu beraten. Der Krieg hat bewiesen, daß wir im Verhältnis zu den Anstrengungen des Feindes nicht genügend vorbereitet waren. Um des Feindes Herr zu werden, müssen alle nationalen Kräfte entfaltet werden. Die Regierung wird Ihnen nur Gesetzentwürfe zur Prüfung vorlegen, die auf den Krieg Bezug haben. Auf diesem gegenwärtig wichtigsten Gebiet werden Sie ein weites Feld der Betätigung haben.

Es ist jetzt nicht der Augenblick für Programmreden über die Verbesserung der inneren Zustände Rußlands in Friedenszeiten, eine Verbesserung, die mit Ihrer Hilfe verwirklicht werden wird. Ich lege aber Wert darauf, gerade heute eine Frage zu berühren, nämlich die polnische. Sie kann offenbar in vollem Umfange erst nach dem Kriege gelöst werden; aber in diesen Tagen ist es wichtig, daß das polnische Volk wisse, daß seine künftige Organisation endgiltig und unwiderruflich durch den Aufruf des Großfürsten-Oberbefehlshabers am Kriegsbeginne entschieden worden ist. Das polnische Volk, das ritterlich, edel, treu und tapfer ist, verdient unbegrenzte Hochachtung. Heute beauftragte mich der Kaiser, Ihnen zu erklären, daß Se. Majestät dem Ministerrat befohlen hat, Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die Polen nach dem Kriege das Recht gewähren, frei sein nationales, soziales und wirtschaftliches Leben auf Grundlage der Autonomie unter dem Szepter des Kaisers von Rußland auszugestalten.

Mit den Polen legten die anderen Nationalitäten des großen, ungeheuren Rußlands den Beweis ihrer Treue gegen das Vaterland ab. Folglich muß unsere innere Politik durchdrungen sein von dem Grundsatze der Unparteilichkeit und des Wohlwollens gegenüber allen treuen russischen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität, des Glaubens und der Sprache. (Beifall.)

Vereinigen wir uns zu der gemeinsamen Anstrengung, zu der uns der Monarch aufruft. Die Regierung ist fest überzeugt, daß früher oder später der Sieg unser sein wird. (Beifall.) Dieser Glaube wird von ganz Rußland geteilt, seien wir einig in dem einzigen Programm des Sieges. (Beifall auf allen Bänken.)

Die Rede des Kriegsministers.

Ankündigung der Räumung von Warschau.

Mit langanhaltendem lebhaften Beifall von allen Bänken begrüßt, begann Kriegminister Poliwanow seine Rede mit der Erklärung, daß Rußland Staaten bekriege, die es vor einem Jahrhundert aus den Händen Napoleons befreit hatte. Durch seine geschickten und hartnäckigen Vorbereitungen während vierzig Jahren habe Deutschland in der Tat Ergebnisse erzielt, die es in militärischer Hinsicht über die anderen Länder stellen, besonders wenn es seine reichen technischen Hilfsquellen benutzt und dabei vollkommen die Kriegstraditionen vergißt, die bisher das Gesetz der militärischen Ehre der zivilisierten Nationen ausgemacht haben. In diesem Augenblick, sagte der Kriegsminister, hat der Feind gegen uns **ungewöhnlich große Streitkräfte zusammengezogen, welche Schritt für Schritt das Gebiet des Militärbezirkes Warschau umkreisen, dessen strategische Grenzlinien immer einen schwachen Punkt unserer westlichen Grenze gebildet haben. Unter diesen Umständen werden wir dem Feinde vielleicht einen Teil dieser Gegend überlassen und uns auf Stellungen zurückziehen, wo unser Heer die Wiederaufnahme der Offensive vobereiten kann. Dies ist das Ende, das das im Jahre 1812 erprobte Vorgehen krönt. Wir werden vielleicht heute Warschau dem Feinde überlassen, wie wir seinerzeit Moskau geräumt haben, um den schließlichen Sieg zu sichern.** Dieses Gefühl herrscht in ganz Rußland ebenso vor wie die Liebe für unsere Armee und die Achtung vor ihr, der wir den triumphartigen Marsch nach Lemberg verdanken sowie die Siege in Galizien und bei Prasnysz, wo wir unerhörte Trophäen erbeuteten. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Der Kriegsminister sprach dann voll Wärme von den verbündeten Heeren und erwähnte die heldenhafte Verteidigung der Belgier und die glänzende Schlacht an der Marne, wo die brüderlich nebeneinander fechtenden englischen und französischen Truppen die deutschen Truppen zum Rückzug zwangen. Er erinnerte an die denkwürdigen Kampfhandlungen bei Ypern und Arras, wo das Oberkommando der Alliierten unnachahmliche Fähigkeiten offenbarte. Er beschrieb die japanischen, serbischen und montenegrinischen Siege und hob den klugen Vormarsch der italienischen Armee hervor, welche unglaubliche Schwierigkeiten überwinde. (Anhaltender Beifall.)

Der Minister erklärte, die russische Armee erfülle ihre Pflicht, aber um siegreich zu sein, müsse sie fühlen, daß das ganze Land hinter ihr stehe wie ein ungeheures Schöpfbecken, das sie nähre. Der Minister erwähnte die militärischen Vorlagen, die er der Duma unterbreiten werde, vor allem die Einberufung der Reserve. Er stellte fest, daß dank den vereinigten Bemühungen der Intendantur und des Ackerbauministeriums die Verproviantierung der Armee sich ununterbrochen mit vollkommen günstigen Ergebnissen vollziehe. In keinem vorhergehenden Kriege sei das ungeheure Problem der Heeresversorgung so gut gelöst worden. (Beifall.) Die Wirklichkeit habe erwiesen, daß die wirtschaftliche Lage Rußlands durch den Krieg keineswegs erschüttert sei; denn infolge der guten Ernte herrsche im Lande wieder Ueberfluß an allen Nahrungsmitteln und könne das Land noch Jahre hindurch den Krieg aushalten.

Der Kriegsminister ging sodann zu den so reichen unerschöpflichen technischen Hilfsmitteln bei den Deutschen über und bestand darauf, daß es notwendig sei, soweit als möglich Frankreich und England nachzuahmen, die im Aufschwung der Munitionsherstellung ungeheure Erfolge hätten.

Der Minister schloß mit den Worten: Sie sehen, wie der Feind beschaffen ist, den wir bekämpfen. Er muß unbedingt, um jeden Preis besiegt werden, sonst gerät Europa unter das teutonische Joch. In dieser Absicht werden wir, ohne einen Augenblick zu verlieren, alle Fähigkeiten des Landes zur Entwicklung seiner Verteidigung benutzen.

Die Rede Sasonows.

Minister des Aeußern Sasonow hielt folgende Rede: Am Jahrestag des verhängnisvollen Tages, wo im Gegensatz zu unseren Bemühungen, den Frieden zu erhalten, Deutschland uns den Krieg erklärte, der ganz Europa in diesen beispiellosen Brand stürzte, ist es nötig, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und ein Gesamtbild von den Ereignissen des vergangenen Jahres zu geben. In diesem Jahre nehme ich mit kaiserlicher Erlaubnis zum dritten Male das Wort. Durch meine früheren Reden sowie durch den authentischen Briefwechsel des Ministeriums sind Ihnen die Tatsachen genügend bekannt, die zu dem großen gegenwärtigen Zusammenstoß der Völker führten und Sie wissen, daß weder Rußland noch seine Verbündeten die Verantwortung für die zahllosen Leiden tragen, die den Krieg begleiten. Deshalb werde ich nicht über schon besprochene Dinge reden. In diesem Augenblick höchster Anspannung aller Kräfte, wo wir alle hier vereint sind zu dem endlichen Ziel, unseren heldenhaften Truppen siegen zu helfen, ist die Zeit für das begonnene Werk kostbar. Deshalb werde ich mich darauf beschränken, einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage zu geben, indem ich Ihnen schon von vorneherein sage, daß, wenn Sie die endgiltige Lösung der Fragen nicht finden, die Sie mit Sorgen erfüllen, Sie, wie ich bestimmt annehme, das begreifen werden, ebenso wie es mir schwer sein würde, diejenigen Fragen zu berühren, über die heute noch Verhandlungen schweben.

Wenige Veränderungen haben sich auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen seit meiner letzten Rede ereignet. Nach wie vor ist Rußland eng mit seinen tapferen Bundesgenossen verbündet und das komplizierte Werk der Tätigkeit der getrennten Staaten ist gut organisiert, denn die Kräfte jedes Staates sind in der besten Weise ausgenützt, um das gemeinsame Endziel zu erreichen. (Beifall.)

Fremdenblatt 3./VIII. 1915

II

8

Die Eröffnungssitzung der Duma.

Die Familie unserer Freunde und Verbündeten hat sich um einen neuen Teilnehmer vergrößert, nämlich um Italien (lebhafter anhaltender Beifall), dessen Volk seit langer Zeit darnach strebt, seine Volksgenossen von fremdem Joch zu befreien. (Die Duma bereitet dem italienischen Botschafter Ovationen.) Die Namen Triest und Trient waren seit langer Zeit das Feldgeschrei für die Nachkommen derjenigen, welche für die italienische Wiedergeburt kämpfen. **Das Ministerium Salandra bereitete im Laufe der ersten fünf Monate sorgfältigst seinen Eintritt in die Aktion vor, und als die Stunde kam, schloß es sich Rußland, Frankreich und England im Namen der Verwirklichung der Ideale des italienischen Volkes an.** Ich ergreife mit Freuden den Anlaß, mit Ihnen das verbündete Italien zu begrüßen. (Bravorufe.)

Wenn das Beispiel Italiens von anderen Staaten befolgt wäre, so würde dies zu einem raschen Ende des Krieges und des Blutvergießens beitragen und so die Stunde näher bringen, wo die kriegführenden Völker in der Lage wären, die friedliche schöpferische Arbeit wieder aufzunehmen. Immerhin ist die Stunde der höchsten Entscheidung noch nicht versäumt. Man kann hoffen, daß diejenigen Neutralen, welche ihre nationalen Probleme nicht auf andere Weise werden lösen können, sich diese Gelegenheit zunutzemachen werden.

Man hat in der letzten Zeit sehr viel von der Stimmung unserer Nachbarn im Norden, der Schweden, gesprochen, und aus Worten ihres Staatsmannes widerspruchsvolle Schlußfolgerungen gezogen.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Schweden und unser aufrichtiger Wunsch, mit ihm die besten Beziehungen guter Nachbarschaft zu unterhalten, sind zu bekannt, als daß ich es notwendig hätte, sie besonders zu bekräftigen. Wir geben uns auch vollkommen Rechenschaft über die unvermeidlichen Schwierigkeiten, welche für den schwedischen Handel infolge der Lage des Landes inmitten der Kriegführenden entstanden sind. Ich kann mit Befriedigung die Redlichkeit hervorheben, mit welcher die schwedische Regierung ihre Neutralität unter Wahrung ihrer nationalen Interessen schützt. Die in Stockholm geführten englisch-schwedischen Verhandlungen bekundeten, wenn sie auch auf geschäftlichem Boden blieben, auf beiden Seiten das unzweifelhafte Bestreben, den Boden für eine Verständigung zu finden und wir wünschen aufrichtig, daß sie bald zu einem glücklichen Abschluß gelangen.

Die ungeheuerlichen Kriegsmittel, die Deutschland verwendet, das weder vor einer Massenvergiftung unserer Soldaten, noch vor einer Vernichtung friedlicher Frauen, Kinder und Bürger zurückschreckt (Rufe: Schande!) mußten auch in neutralen Ländern das Gefühl gerechter Entrüstung erwecken. Jenseits des Ozeans ist die Empörung eine ähnliche. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die von menschenfreundlichen Empfindungen durchdrungen ist, konnte nicht anders, als sich entschieden gegen Vorkommnisse wenden, wie die furchtbare Versenkung der „Lusitania", die so vielen amerikanischen Bürgern das Leben gekostet hat. Dieser in seiner unsinnigen Grausamkeit beispiellose Anschlag ist ein unauslöschlicher Flecken auf dem Namen Deutschlands. Es ist schwer zu sagen, ob der strengen Antwort, die Präsident Wilson der deutschen Regierung erteilt hat, energischere Maßregeln folgen werden. Aber es ist bereits klar, daß die öffentliche Meinung Amerikas über das Vorgehen der Deutschen empört ist, trotz der Anstrengungen, welche die letzteren machen, um das Wohlwollen Amerikas zu erringen.

Die beispiellose Tapferkeit der auf der Halbinsel Gallipoli kämpfenden alliierten Truppen erweckt unsere Bewunderung. (Bravo- und Beifallsrufe.) Unter schweren Verlusten und Ueberwindung beinahe unübersteigbarer Hindernisse, welche von der Natur selbst errichtet waren, und von den Deutschen klug ausgenützt wurden, nähern sich unsere Truppen mit unerschütterlicher Zähigkeit dem ersehnten Augenblicke, an dem die beabsichtigte direkte Verbindung zwischen den Alliierten und uns hergestellt sein wird. Die Türken, die das nahende Gewitter vorausahnen, haben sich mit außergewöhnlicher Grausamkeit auf die noch in ihrer Gewalt befindlichen christlichen Völker gestürzt. Die Armenier erdulden unerhörte Verfolgungen, die indessen ihren Geist nicht gebrochen haben; denn armenische Freiwillige kämpfen tapfer mit uns gegen ihre Unterdrücker. (Bravo- und Beifallsrufe.) Den Beweis dafür gibt die Stadt Van, die beinahe einen Monat dem Drängen der Türken bis zur Befreiung der Stadt durch unsere Truppen widerstand. Nicht weniger schrecklich sind die Verfolgungen der griechischen Bevölkerung durch die Türken. Die Frauen und Kinder müssen Mitleid erregen und die Frage entsteht, ob man den Glaubensgenossen in Kleinasien zuhilfe kommen kann.

Minister des Aeußern Sasonow fortfahrend: Ich zweifle nicht, daß sich in anderen Ländern noch neutrale Regierungen vollkommen in Uebereinstimung mit den Wünschen ihrer Völker finden werden, wenn sie sich entschließen werden, den Weg einzuschlagen, den ihnen ihre Lebensinteressen und ihre ganze Vergangenheit angeben. Bei dieser Gelegenheit muß ich auf den Druck hinweisen, den östereichisch-ungarische und deutsche Agenten auf Rumänien ausüben. Indessen widersteht die rumänische Regierung fest der Versuchung. Wir halten auch weiterhin freundschaftliche Beziehungen mit ihr aufrecht, deren Betätigung und Entwicklung Gegenstand unserer beiderseitigen Bemühungen ist.

Ich halte es für überflüssig, auf die Teilnahme Serbiens an dem Kampfe gegen unsere Feinde hinzuweisen. Nach den Wundern der Tapferkeit, die die serbische Armee mit neuen Kräften vollführt, ist Serbien, indem es sich auf die Hilfe Frankreichs und Englands stützt, bereit, sich mit den Alliierten zu vereinigen. Ich bin davon überzeugt, daß das serbische Volk im Bewußtsein seiner vaterländischen Pflicht auch den Mut zu anderen Opfern schöpfen wird, die durch die außergewöhnlichen gegenwärtigen Ereignisse notwendig werden, welche in gleichem Maße alle Alliierten treffen. (Beifall.)

Sie haben zweifellos bemerkt, daß in der letzten Zeit die japanische Presse die Frage der Nützlichkeit einer engen politischen russisch-japanischen Vereinigung erörtert. Diese Idee fand auch in unserer Presse einen günstigen Widerhall. Die Presse beider Länder kämpft in der Tat gegen denselben Feind. Die ausgezeichneten Dienste, die Japan uns und unseren Verbündeten in diesem Kriege leistete, konnten die Regierungen der Tripelententemächte nicht unbeeinflußt lassen, ebenso swie die öffentliche Meinung in diesen Ländern, da sie eine Atmosphäre schufen, in der sich feste politische Bande zwischen den Völkern knüpfen. Die zehn Jahre, die seit dem Vertrage von Portsmouth verflossen sind, bewiesen, daß eine friedliche Nachbarschaft zwischen Rußland und Japan durchaus möglich und für beide Teile vorteilhaft ist. Unsere gegenwärtigen Bundesbeziehungen zu Japan sollen die Vorläufer zu einen noch festeren Bündnis bilden. (Bravorufe und Beifall.) Das Vorgehen des japanischen Heeres gegen die Festung Tsingtau hatte den Uebergang des festen Platzes und des Pachtgebietes Kiautschau in die Hände der Japaner zur Folge.

Zum Schlusse will ich Ihnen sagen, daß, wenn nach einem Jahre Krieg die Ergebnisse solcher Bemühungen als nicht ihrer ungeheuren Größe entsprechend erscheinen könnten, man nicht vergessen solle, daß die Bürgschaft des Sieges in unserer Festigkeit und Zähigkeit liegt. Ich kann mit voller Sicherheit erklären, daß die Regierung im engen Verein mit der öffentlichen Meinung nicht daran denken wird, Frieden zu schließen vor der endgiltigen Vernichtung des Feindes (langanhaltender Beifall). Unsere treuen Verbündeten sind von derselben unerschütterlichen Festigkeit beseelt. (Beifall.)

Endlich gibt es Notwendigkeiten, die von unserem Willen unabhängig und unaufhaltsam durch den historischen Gang der Ereignisse vorwärtsgetrieben werden. Das müssen wir berücksichtigen. Der Krieg, der uns vor einem Jahre aufgezwungen wurde, warf Probleme auf, die uns im Juli 1914 nur als ferne Träume erschienen. Diese Probleme, die uns jetzt so klar sind, daß es überflüssig ist, sie genauer zu bezeichnen, verlangen von uns die Entwicklung aller unserer Kräfte, denn wir sind vor ganz Rußland verpflichtet, sie zu lösen. Wir können nicht darauf verzichten, wie auch die vorübergehenden Prüfungen sein mögen, die wir durchmachen. Wir müssen fest in dem Entschlusse bleiben, den Feind bis zum Siege zu bekämpfen. Bis dahin behalten wir den festen Glauben an den endgiltigen Sieg unserer gerechten Sache. (Langanhaltender Beifall.)

* *

Fremdenblatt 3./VIII. 1915

Ein neues Rotbuch.

Die Verletzungen des Völkerrechtes durch unsere Feinde.

Wie das heilige Rußland aussieht, gegen das wir kämpfen, wird manchem erst aus den Aktenstücken bekannt, in denen unser Ministerium des Aeußern über die Abscheulichkeiten berichtet, die gegen Konsuln und andere konsularische Funktionäre unserer Monarchie durch die russischen Behörden verübt worden sind. Selbst wer Rußland nicht für den Hüter eines strengen, aber gerechten Konservatismus hielt, als den es sich den Ordnungsfreunden Europas gegenüber gerne ausgab, und die Biedermeierei, mit der die russischen Regierungen Völkerrecht und Menschlichkeit predigten, als das bewertete, was sie war, kann nur mit Staunen und Empörung vernehmen, wie ausgesucht quälerisch und brutal gegen staatliche Vertreter vorgegangen wurde, die zwar nicht dem Buchstaben nach, aber doch dem allgemeinen Herkommen gemäß eine ähnliche Unantastbarkeit genießen, wie die Angehörigen von Botschaften und Gesandtschaften. Das heilige Rußland lügt nicht nur, es plündert nicht nur, es hat auch eine boshafte Freude an der Mißhandlung Wehrloser. Das heilige Rußland, das den Terrorismus in die Welt gesetzt hat, gegen den es den verstärkten Terrorismus anwendet, verfährt mit denselben Mitteln, mit denen es diesen aufrührerischen Sohn zu bändigen sucht, gegen Personen, die noch am Tag vorher in amtsfreundlichem Verkehr mit seinen Behörden standen. Sie werden grundlos verhaftet, von Kerker zu Kerker geschleppt, mit Verbrechern transportiert, in ekelhaften Räumen eingepfercht gehalten, in herabwürdigendster Weise behandelt, bis man sie endlich unter verschleppenden Formalitäten und auf weiten Umwegen gnädig aus dem Lande hinausläßt Man ist gewohnt, in allen, was Menschen tun, irgend einen Sinn und Zweck zu suchen. Wenn das Verfahren der russischen Regierung gegen österreichisch-ungarische und deutsche Konsuln einen anderen Sinn und Zweck haben soll als den, ein bis zur Wut gesteigertes Gefühl der Feindseligkeit höhnisch zu befriedigen, so kann nur die Absicht dahinterstecken, Beziehungen zwischen Rußland und den Zentralmächten auch für die Zukunft unmöglich zu machen, sich durch einen breiten Graben ein- für allemal von Mittel-Europa abzusperren. Man erkennt darin den Geist des echt russischen Nationalismus, der die sogenannte Intelligenz und die Mächtigen in Rußland in den letzten Jahren immer mehr ergriffen, Rußland beherrscht und es in den Krieg getrieben hat. Dieser echt russische Nationalismus, dieser Haß gegen uns und unsere Verbündeten, fühlt sich hoch geehrt durch seine Verbrüderung mit Frankreich und England.

Daß auch dort in der Brutalisierung feindlicher Staatsangehöriger ganz Ansehnliches geleistet wird, ist bekannt, und die heute vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern veröffentlichte „Sammlung von Nachrichten über Verletzungen des Völkerrechts", die ein Nachtrag zu der schon am 9. April d. J. veröffentlichten Sammlung ist, enthält insbesondere in bezug auf französische Gewalttätigkeiten neuerdings sehr kräftige Beiträge zu diesem für die französische Nation tief beschämenden Kapitel. Es ist geradezu widerwärtig, wie österreichisch-ungarische Staatsbürger, die von Bord eines spanischen Schiffes weggeholt wurden, in schmutzigen Gefängnissen bei dürftigster und unreinlicher Kost und aller Nachrichten von der Außenwelt beraubt, festgehalten wurden; und es ist noch aus der ersten Sammlung erinnerlich, daß auch Frankreich Konsularfunktionäre vergewaltigt hat. Aber das Stärkste in dieser Hinsicht hat doch unstreitig Rußland geleistet.

Die Berichte des Freiherrn v. Hein, k. u. k. Konsuls in Kiew, und des Generalkonsuls in Odessa, Herrn Paumgartner, sind geradezu Nachtstücke aus dem Leben in Rußland. Freiherr v. Hein wurde, noch ehe ihm die Kriegserklärung bekannt sein konnte, unter falscher Vorspiegelung und unter dem falschen Versprechen, ungehindert auf das Konsulat zurückkehren zu können, auf die Polizeidirektion gelockt, dort als arretiert erklärt, nach einer Hausdurchsuchung im Konsulat, der er unter Bewachung beiwohnte, in das Polizeigefängnis gebracht und dort als dringend verdächtig bezeichnet, einer illegalen Verbindung anzugehören. Sie wurden nach Kursk transportiert und dort in einem Zug, an dessen Spitze einige Hundert Verbrecher in Ketten marschierten, zum Gefängnis geführt, in dem sie acht Tage blieben und das sie nach einer 32stündigen Fahrt im Arrestantenwagen mit dem Moskauer Gefängnis vertauschten, wo sie in einem Raume, in welchem 120 Menschen zusammengepfercht waren, wiederum eine Woche zubrachten. Dann ging es weiter. Der Konsul wurde von den Beamten getrennt, die zum Teil zu Fuß nach Saligalitsch kamen, während er selbst in finsterer Nacht auf einer Station auszusteigen hatte und mit zwölf Vagabunden niedrigster Sorte, von denen einige mit ekelerregenden Krankheiten behaftet waren, ins Gefängnis eskortiert und mit diesen Leuten in eine gemeinsame, winzig kleine Zelle gesteckt wurde. Dort blieb er wieder eine Woche und kam nach Kologriw, wo er sich fünf Wochen etwas freier bewegen durfte, hierauf nach Petersburg, wo er dreieinhalb Monate in einer Zelle in Einzelhaft blieb, bis er und die gleichfalls in Petersburg gefangen gehaltenen Beamten an die schwedische Grenze gebracht wurden. Womöglich noch schlimmer erging es dem Generalkonsul Paumgartner, dessen Leiden mit einer nächtlichen Hausdurchsuchung begannen, die ohne Rücksicht auf Krankheit der Frau und eines kleinen Kindes vorgenommen wurde. In einem Verhör bezichtigte man ihn mit läppischen Gründen des Hochverrats, dann führte man ihn in eine schmutzige Gefängniszelle, in der er sechs Wochen lang alle niedrigen Arbeiten verrichten mußte. In einer noch engeren und noch abscheulicheren Zelle blieb er drei Monate in Petersburg, überdies von Sorge gequält um das Schicksal seiner Frau, deren Briefe man ihm nicht zustellte, und erst im Februar durften er und Vizekonsul Filluger und Sekretär Ungurian, fast aller Mittel entblößt, diesen Schreckensort und Rußland verlassen. Aehnliche Schicksale erlebte der Kanzleisekretär Hurka, der das Vizekonsulat in Batum provisorisch zu leiten hatte, der Kanzleisekretär des Moskauer Generalkonsulats, Buchartowski, und der Offizial Tobek, der, als er sich schon auf der Heimreise in Finnland befand, verhaftet wurde; und vom persischen Boden weg wurde der Honorarkanzler des Konsulats in Täbris, Abineri, nach Sibirien verschleppt!

Einer unserer Konsularfuntionäre traf auf seiner Marterfahrt tief in Rußland mit Familien zusammen, die aus Ostpreußen weggeschleppt worden waren. Unter diesen unglücklichen Leuten sah er eine neunzigjährige Frau und mehrere elternlose kleine Kinder! Wie soll man eine solche Kriegführung nennen? Die Mongolen Dschingiskhans behaupteten wenigstens nicht, für die Zivilisation zu kämpfen. Wenn Regierung und oberste Heeresleitung so teuflische Befehle erteilen, wenn das Anzünden von Ortschaften und die regelmäßige Verwendung von Dumdumgeschossen angeordnet wird, dann ist es auch kein Wunder, daß Kosaken und andere Kulturträger die Bevölkerung des Heimatlandes als vogelfrei betrachten und alle Roheit und Zerstörungswut, die in ihnen steckt, ungehemmt an ihr auslassen. Die vorliegende Sammlung enthält Dutzende von protokollarischen Beweisen dafür, daß geplündert, gebrannt, verwüstet und geschändet worden ist. Unsere tapferen Soldaten haben das Gesindel jetzt glücklich aus dem Lande gejagt. Aber nun wissen wir auch, wessen Rußland fähig ist und welchen Nachbar wir an ihm haben, und werden uns danach richten können. Rußland hat sich, ehe es seinen Zug zur Zerschlagung unserer Monarchie, zur Niedertretung Deutschlands und zur Eroberung Konstantinopels antrat, einen nationalistischen Rausch angetrunken. Es wird diesen Rausch, dem das übliche traurige Nachspiel folgen dürfte, schwer zu büßen haben.

Der Inhalt des Rotbuches.

Wien, 2. August. Das k. u. k. Ministerium des Aeußern veröffentlicht den ersten Nachtrag zu der am 31. Jänner 1915 abgeschlossenen Sammlung von Nachweisen für die Verletzungen des Völkerrechts durch die mit Oesterreich-Ungarn kriegführenden Staaten. Das 122 Druckseiten umfassende Buch enthält 55 Stücke und beginnt mit der Behandlung österreichisch-ungarischer konsularischer Funktionäre durch die russischen Behörden.

Fremdenblatt 3/VIII. 1915

10 II 46

Die Behandlung unserer Konsularfunktionäre durch die russischen Behörden.

Der k. u. k. Konsul in Kiew Freiherr von Hein schildert in einem vom 11. März 1915 datierten Berichte seine Leidensgeschichte von seiner am 6. August 1914 erfolgten Verhaftung bis zu seinem am 20. Februar 1915 erfolgten Eintreffen an der finnisch-russischen Grenze. Auf seinen lebhaften Protest gegen seine Verhaftung und die Berufung auf das Völkerrecht wurde ihm vom Polizeimeister von Kiew bedeutet, daß der Oberkommandierende Großfürst Nikolai Nikolajewitsch seine Verhaftung anbefohlen habe. Ein Gendarmerieoffizier eröffnete ihm kurz darauf, daß Rußland nach der Kriegserklärung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nicht mehr an das Völkerrecht und an internationale Vereinbarungen gebunden sei und auch keine Humanität mehr walten lassen könne. Freiherr von Hein wurde, ebenso wie Kanzleirat Druter und Offizial Skokan, nach dem Polizeigefängnis gebracht, nachdem vorher die Amtsräume des Konsulats eingehend durchsucht worden waren. Trotz der Erkrankung verblieb er bis 26. August, wie ein Sträfling behandelt, in diesem Gefängnis, mußte dann in Gesellschaft von Verbrechern in Sommerkleidern die Reise in die Verbannung antreten, um in Kursk neuerlich acht Tage im Gefängnis bei ungenügender fast ungenießbarer Kost zu verbleiben. In 32stündiger Fahrt im Arrestantenwagen wurde die Fahrt weiter nach Moskau fortgesetzt. Nach mancherlei Fährlichkeiten erreichte der Konsul mit den zwei genannten Konsulatsbeamten am 28. endlich Kologriw, wo er sich mit den in Konfinierungsstationen üblichen Beschränkungen wenigstens frei bewegen konnte und Geld und Wertsachen ausgefolgt erhielt. Nach etwa fünf Wochen aber wurde er nach Petersburg gebracht, um mit den anderen in Rußland zurückgehaltenen Konsularbeamten über die Grenze abgeschoben zu werden. Hier und bei anderen Gelegenheiten wurde ihm von den russischen Behörden das Märchen aufgetischt, daß die russischen Konsularbeamten in der Monarchie ebenfalls zurückgehalten worden seien und daß es ihnen noch viel schlechter gehe als ihm. Nachdem Baron Hein wie ein Verbrecher photographiert und daktyloskopiert worden war, wurde er nahezu 3½ Monate in Einzelhaft gehalten, erhielt während einer heftigen Fiebererkrankung keine seinem Gesundheitszustande entsprechende Kost und wurde mit den eingangs erwähnten Konsularfunktionären erst am 15. Februar 1915 aus der Haft entlassen und nach der Grenze gebracht.

Auf eine ähnliche, nicht nur dem Völkerrecht, sondern auch den primitivsten Normen des Gastrechtes und der Zivilisation hohnsprechenden Weise, wurde der k. u. k. Generalkonsul in Odessa Paumgartner behandelt. Trotzdem er wegen eines Nierenleidens zu Bette lag, wurde er am 19. August 1914 nach einer schon vorher vorgenommenen Hausdurchsuchung im Generalkonsulat und Internierung in seiner Wohnung zur Polizei berufen, wo er unter Angabe lächerlicher und bedeutungsloser Vorhalte des Hochverrats bezichtigt wurde. Die Kommission, von welcher er verhört wurde, gab unter anderem auch ihrem Bedauern Ausdruck, daß der deutsche Vizekonsul Windscheid, der ihm in Nikolajew und Sebastopol die „Späherei" erleichtert habe, nicht verhaftet werden könne, da er Nikolajew bereits verlassen hatte. Trotz Protestes und ohne jeglichen Beweis für eine Schuld, wurde der Generalkonsul in das Gefängnis geworfen, über das Schicksal von Frau und Kinder im Ungewissen gelassen, wie ein Verbrecher photographiert und daktyloskopiert und 6 Wochen lang in der menschenunwürdigsten Weise behandelt. Generalkonsul Paumgartner wurde hierauf nach Petersburg gebracht und neuerlich ganz abgeschlossen von der Außenwelt bis zum 15. Februar 1915, wie ein Verbrecher im Gefängnis in Einzelhaft gehalten.

Den Rest des ersten Abschnittes der Sammlung bildet die Darstellung der Erlebnisse anderer Konsulatsfunktionäre in Rußland.

Die Behandlung unserer Staatsangehörigen in den feindlichen Staaten.

Aus dem zweiten Teil, welcher der Behandlung der österreichischen und der ungarischen Staatsangehörigen in den feindlichen Staaten gewidmet ist, verdient ein Bericht des k. u. k. Generalkonsuls Bernauer aus Schanghai vom 10. November 1914 hervorgehoben zu werden, in welchem es heißt: Hinsichtlich der Ursachen, die zu den drakonischen Maßregeln der Ausweisung und Internierung der feindlichen Staatsangehörigen in Hongkong führten, ergeht sich die Presse in allerlei Vermutungen, ja das führende englische Organ in China, die „North China Daily News", geht so weit, unter Berufung auf einen „sonst gut unterrichteten Korrespondenten" die Mär zu berichten, daß Deutsche den Weg von Hongkong nach Swatow mit Minen bestreut hätten. Eine daraufhin sofort eingeleitete Untersuchung durch die chinesische Seezollbehörde förderte die Haltlosigkeit dieser Behauptung zutage. Der wahre Grund ist sicherlich in dem Bestreben zu suchen, den deutschen Handel, der Großbritannien unangenehm und gefährlich geworden ist, zu unterdrücken und auch für die Zukunft schwer zu schädigen. Ueber die sanitären Verhältnissen, unter welchen die Internierten in Hongkong zu leben gezwungen sind, wird Ungünstiges berichtet. Für insgesamt 250 Personen sind zum Beispiel bloß sechs Wasserhähne vorhanden, die Schlafgelegenheiten liegen unmittelbar auf dem feuchten Lehmboden usw., so daß bei dem tropischen Klima Krankheiten sehr leicht ausbrechen können.

Fremdenblatt
3./VIII. 1915

Ein neues Rotbuch.

Der Grazer Zahnarzt Dr. Karl Zelger bekundet in einem Protokoll unter Eid die Richtigkeit seines im „Grazer Tagblatt" vom 24. Jänner erschienenen Artikels „In französischer Kriegsgefangenschaft", in welchem die Leidensgeschichte eines Transports von ungefähr 220 Deutschen und Oesterreichern, die auf der Fahrt von Spanien nach Genua auf hoher See von Torpedobooten angehalten und nach Frankreich gebracht worden waren, mitgeteilt wird.

Der Gesandte Freiherr v. Giskra meldet aus dem Haag unter dem 1. März 1915, daß ein unter Leitung eines belgischen Parlamentariers dort eröffnetes Bureau die aus Antwerpen Ausgewiesenen, zumeist noch in Scheweningen wohnhaften Oesterreicher zur Unterzeichnung von Schriftstücken zu bewegen sucht, wonach sie sich über ihre Behandlung durch die belgischen Behörden anläßlich ihrer Ausweisung in keiner Weise zu beklagen hätte. Eine Reihe von Personen soll denn auch, durch Familien- oder Geschäftsrücksichten, oder vielleicht auch durch drastischere Mittel bewogen, solche Zeugnisse unterschrieben haben.

Das Stück Nr. 14 enthält ein Protokoll, in welchem ein Hörer der Rechte an der Univesität in Lemberg die volle Richtigkeit seiner unter dem Titel: „Mit Graf Pejacsevich in Gefangenschaft, Erlebnisse in Vichy" in der „Neuen Freien Presse" vom 7. April 1915 erschienenen Schilderung seiner Erlebnisse bekundet.

Nr. 15 enthält einen Auszug aus dem Berichte des Kapitäns des Dampfers „Bathory" der Ungarischen Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft „Adria" über die Versenkung dieses Dampfers und die Gefangennahme des Schiffspersonales durch die Engländer. Dieser aus der Tagespresse bekannte Bericht wurde in die Sammlung aufgenommen, weil er über die rechtswidrige Zurückhaltung und Behandlung der Mannschaft des Dampfers in England Auskunft gibt, mit dem Bemerken, daß die großbritannische Regierung im Jänner d. J. der österreichisch-ungarischen Regierung wegen der Versenkung des Dampfers ihr Bedauern ausgedrückt und hiebei versichert hat, daß die Versenkung auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei.

Die Verletzungen des Kriegsrechtes durch Rußland, Serbien und Montenegro.

Der Rest der Sammlung (Seite 55 bis 122) behandelt die Verletzungen des Kriegsrechtes durch Rußland, Serbien und Montenegro und enthält amtlich beglaubigte Berichte über die Verwendung von Dum-Dum- und Explosivgeschossen seitens der Russen, Serben und Montenegriner, über die Beschießung von Sanitätstransporten und Spitälern trotz der deutlichen Kennzeichnung derselben, weiters Protokolle über die von russischen Truppen in Galizien und in der Bukowina verübten Plünderungen, Verwüstungen, Diebstähle, Mißhandlungen und Vergewaltigungen, über die Verwendung österreichisch-ungarischer Uniformen durch russische Soldaten, sowie endlich über von serbischen Truppen an mohammedanischen Bewohnern Bosniens verübte Massakers und über Greueltaten montenegrinischer Truppen. Als eines der interessantesten Dokumente sei ein Brief vom 12. Jänner 1915 hervorgehoben, in welchem der russische Soldat Josef Winnicki in Kolpakowa auf der Insel Narim an seinen Bruder Moses Winnicki in Tiraspol über den Transport von vier Geiseln aus Czernowitz, die er von Kischinew nach ihrer Verbannung geleitete, berichtet. Es heißt darin: „Du wirst dich gewiß wundern, wie ich bis ans Ende der Welt gekommen bin. Ungefähr fünf Monate sind es, daß ich von Kischinew weggefahren bin und in dieser Zeit habe ich fast ganz Rußland durchwandert. Ich wurde mit noch drei Kollegen dazu auserwählt, um die vier Geisel aus Czernowitz in der Bukowina hieherzubringen. Es sind dies der dortige Bürgermeister, sein Stellvertreter, ein Staatsanwalt und ein Redakteur. Zwei Juden und zwei Christen. Alle vier sind feine, edle Menschen und ich muß dir sagen, was die vier gelitten haben, ist nicht zu schildern. Wir bekamen je R. 7.20 pro Person für Verpflegung. Abgesehen davon, daß dies zuwenig ist, bekamen wir in der ganzen Gegend nichts zu kaufen. Fleisch bekamen wir überhaupt nicht zu Gesicht, nur Milch. Unsere Reise über Razdolnoje, Charkow, Pensa, Czelabinsk, Toga und Tomsk, zirka 5000 Werst und dann erst über den Ob, mehr als 4000 Werst auf die Insel Narim. Die Kälte war eine schreckliche, wir haben Tage gehabt mit 51 Grad Kälte. Wir, die ziemlich gegen diese Kälte geschützt waren, sind fast erfroren, aber wie es die vier Herren aus Czernowitz ausgehalten haben, ist mir ein Rätsel. Täglich wurden hieher Deutsche und Juden gebracht aus den Gegenden von Warschau, Lublin, Riga und Odessa, die vier bis fünf Monate eine Etappenreise durchmachen. Das sind verdächtige Leute. Bis sie herkommen, sind sie mehr tot als lebendig. Das Herz tut einem weh, wenn man das sieht."

3./VIII. 1915

Der Amtsantritt des neuen Statthalters von Galizien.

Eine Ansprache des G. d. J. v. Colard.

Biala, 2. August.

Heute um 10 Uhr vormittags stellte sich dem neuen Statthalter G. d. J. v. Colard die Beamtenschaft der Statthalterei vor. Der Statthalter hielt an die Versammelten folgende Ansprache: (in deutscher Sprache) Von Seiner Majestät meinem allergnädigsten Kaiser und König zum Statthalter ernannt, beginne ich heute meine Amtstätigkeit und begrüße die Herren vorerst als General der Infanterie, in welcher Stellung und Eigenschaft mich mein oberster Kriegsherr in unserer glorreichen und heldenmütigen Armee, die ein Spiegelbild unserer Völker ist, auch weiterhin zu belassen geruhte, in der Dienstsprache dieser Armee auf das herzlichste.

(In polnischer Sprache fortfahrend): Meine verehrten Herren! Durch die Allerhöchste Gnade zum Statthalter des Königreiches Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau ernannt, übernehme ich heute die Leitung des mir anvertrauten Amtes. Ich begrüße Sie gegenwärtig als meine Mitarbeiter, auf deren Loyalität, Pflichttreue und tatkräftige Unterstützung ich nicht nur zählen muß, sondern — davon bin ich überzeugt — auch zählen darf, da ich wohl weiß, wie Sie alle von der gleichen Ueberzeugung und dem gleichen Bewußtsein durchdrungen sind, welch schwere Aufgaben dem Lande und seiner Bevölkerung gegenüber unser harren. Ich bitte versichert zu sein, daß ich alle Kräfte aufwenden werde, um der in so schwerer und ernster Zeit mir anvertrauten Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden. Ich bin mir darüber klar, daß ich leider nicht diesen Grad von Erfahrung, diese gründliche Kenntnis der Verwaltung besitze, wie sie meine sehr verehrten Amtsvorgänger inne gehabt haben. Soll gleichwohl unser gemeinsames Wirken das erwünschte Ergebnis zeitigen, so ist es meines Erachtens besonders in der politischen Verwaltung nötig, daß alle Organe nicht allein ihrem Leiter volles Vertrauen entgegenbringen, sondern auch alle Aufträge und Weisungen im Sinne seiner Intentionen ins Werk setzen. Als Statthalter bin ich allein für die ganze politische Verwaltung verantwortlich. Ich muß demnach fordern, daß alle mir unterstehenden Beamten mir ihre Mithilfe angedeihen lassen und gewissenhaft alle Verfügungen, die ich treffen werde, zur Ausführung bringen. Sie werden ebenso wie ich stets vor Augen halten, daß wir sowie alle Beamten für die Bevölkerung da sind, nicht aber die Bevölkerung für uns. Genaueste Befolgung der Gesetze und Verordnungen, größte Unparteilichkeit gegen alle Bevölkerungsschichten, gegen jeden Bewohner des Landes ohne Unterschied des Glaubens, ohne Unterschied der Nation und ohne Unterschied des Standes, sollen die einzigen Richtlinien unserer Amtstätigkeit sein. Nur so vermögen wir das Vertrauen des ganzen Landes, das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu gewinnen, ohne das eine ersprießliche Wirksamkeit zum Wohl des Landes und eben dadurch auch zum Wohle der gesamtstaatlichen Interessen unmöglich sein würde. Ich muß Sie, meine Herren, in dem gegenwärtigen Augenblicke auf einen überaus wichtigen Umstand aufmerksma machen. Jeder der Herren Beamten, der Anspruch auf Vollwertigkeit erhebt, muß aller Landessprachen in dem Grade mächtig sein, um den Parteienverkehr erledigen zu können. Ich bitte Sie somit, auch in dieser Hinsicht Ihren guten Willen zu bezeugen und, sollten hierin noch irgendwelche Mängel bestehen, diese in kürzester Frist zu beseitigen. Ich weiß wohl, daß ich den Ruf eines vielleicht allzu strengen Vorgesetzten habe Ich gebe dies nur insoweit zu, als ich immer und überall auf jedem Posten, den ich bekleidet, von einem jeden unbedingte Pflichterfüllung gefordert habe und sie auch fernerhin fordern muß und zu fordern gewillt bin. Aber wollen Sie, meine Herren, überzeugt sein, daß das Wohl und Wehe eines jeden, der mir unterstehenden Herren Beamten in Wirklichkeit mir nahe geht. Ich ersuche Sie also, sich mit aller Aufrichtigkeit und mit vollem Vertrauen dieserhalb an mich zu wenden und ich hoffe, Sie werden alsbald die Ueberzeugung gewinnen, daß Sie bei mir Wohlwollen und Verständnis für Ihre Bedürfnisse antreffen.

Lassen Sie uns also in Gottesnamen an die gemeinsame Arbeit schreiten und vor allem unseres erhabenen und allergnädigsten Kaisers und Herrn gedenken, der dieses Sein geliebtes Land immerdar mit Seiner landesväterlichen Huld und Fürsorge umgibt und dessen innigster Wunsch es ist, daß dieses Land und Seine loyale, patriotisch gesinnte Bevölkerung sich von den Schicksalsschlägen und Drangsalen der letzten Zeit ehestens erholen möge. Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und Herr Franz Joseph I. lebe hoch!"

Die Beamtenschaft stimmte begeistert in diesen Ruf ein. Hierauf erfolgte die Vorstellung der Beamtenschaft.

Fremdenblatt
3./VIII. 1915

Repatriierung österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger (Zivilpersonen) aus dem feindlichen Ausland.

Mit der französischen Regierung wurde vor kurzem ein Uebereinkommen erzielt, demzufolge den nachstehend bezeichneten Kategorien österreichischer und ungarischer, beziehungsweise französischer Staatsangehöriger — vorausgesetzt, daß die in Betracht kommenden Personen von der Ermächtigung zur Heimkehr Gebrauch machen wollen — die ungehinderte Rückkehr nach ihrer Heimat zugesichert ist: 1. allen Frauen und Mädchen; 2. Personen männlichen Geschlechtes unter 17 und über 55 Jahren; 3. Männern innerhalb dieser Altersgrenzen, wenn sie mit einem Gebrechen behaftet sind, das sie zu jeder Militärdienstleistung unfähig macht.

Das seinerzeit mit der königlich britischen Regierung hinsichtlich der Repatriierung der beiderseitigen Staatsangehörigen erzielte Uebereinkommen hat in letzterer Zeit insoferne eine Abänderung erfahren, als die britische Regierung nunmehr nur Männern unter 17 und über 51 Jahren die Heimreise zugesteht. Die britische Regierung gestatte sohin die Heimkehr von folgenden Kategorien unserer Staatsangehörigen: 1. allen Frauen und Mädchen; 2. männlichen Staatsangehörigen, welche nach dem 4. Oktober 1897 oder vor dem 4. Oktober 1863 geboren sind; 3. männlichen Staatsangehörigen jeden Alters, insofern dieselben auf Grund einer von der britischen Regierung zu veranlassenden militärärztlichen Untersuchung als militärdienstuntauglich befunden werden, oder insoferne es sich um Aerzte, Chirurgen oder Personen des geistlichen Standes handelt.

Laut einer Erklärung der königlich italienischen Regierung können nachstehend bezeichnete Kategorien unserer in Italien befindlichen Staatsangehörigen ungehindert über die Schweiz heimkehren: 1. weibliche Personen jeden Alters; 2. männliche Personen unter 18 und über 50 Jahren. Hievon ausgenommen sind: Offiziere außer Aktivität.

Mit der königlich serbischen Regierung ist ein Uebereinkommen zustandegekommen, demzufolge nachstehende Kategorien der beiderseitigen Staatsangehörigen, die bisher zurückgehalten waren, freizulassen sind: 1. Frauen und Mädchen jedes Alters; 2. Männer im Alter unter 18 und über 50 Jahren.

Die seinerzeit mit der kaiserlich russischen Regierung in Ansehung der Freilassung der beiderseitigen Staatsangehörigen getroffenen Abkommen, welche einige Zeit suspendiert waren, sind vor kurzem wieder in ihrem ganzen Umfang in Kraft gesetzt worden. Hienach ist folgenden österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen das Verlassen Rußlands gestattet: 1. Frauen und Mädchen jeden Alters; 2. Männer unter siebzehn und über fünfundvierzig Jahren (ausgenommen Offiziere außer Aktivität); 3. Männer zwischen siebzehn und fünfundvierzig Jahren Grund einer von der russischen Regierung zu veranlassenden militärärztlichen Untersuchung als militärdienstuntauglich befunden werden, oder insoferne es sich um Aerzte oder Geistliche des Zivilstandes handelt. Diese erwähnten Vereinbarungen beziehen sich, wie ausdrücklich betont werden muß, nur auf solche österreichische und ungarische Staatsangehörige, die sich bereits bei Ausbruch des Krieges in Rußland befanden.

Neue Freie Presse
3/VIII. 1915

Der Aufruf des Papstes.

Von **Hofrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch.**
Mitglied des österreichischen Herrenhauses und des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Salzburg, 1. August.

Christliche Schriftsteller der ersten Jahrhunderte haben gelehrt, daß Christus, indem er Petrus das Schwert aus der Hand nahm, es allen Christen verboten habe. Tertullian, Origines und Lactantius, die freilich nicht immer auf dem Boden der römischen Kirche verblieben, waren in dieser Beziehung die Vorläufer Tolstois. Schon der heilige Augustinus aber erklärt, daß zur Verteidigung einer gerechten Sache auch den Christen der Kriegsdienst erlaubt sei; aber mit größter Entschiedenheit verwarf er den Eroberungskrieg. Ihren klassischen Abschluß fand seine Lehre in Thomas von Aquin. Thomas forderte zur Gerechtigkeit des Krieges, daß er ob justam causam, wegen eines uns zugefügten Unrechtes geführt werde, und mit der richtigen Intention, das Gute zu fördern oder das Schlechte abzuwehren. In dieser Gestalt ist die Lehre auch in das Corpus juris canonici übergegangen. Von diesem Geist durchdrungen, förderte die katholische Kirche durch Jahrhunderte die friedliche Beilegung von Streitigkeiten der Staaten durch Schiedsgerichte und Vermittlung. Nicht nur die Päpste selbst fungierten häufig als Schiedsrichter, sondern sie gaben auch selbst das gute Beispiel, in Streitigkeiten, in die sie wegen ihres weltlichen Besitzes verwickelt waren, Schiedsgerichte anzurufen. In der Vorhalle von San Marco zu Venedig bezeichnen drei in den Fußboden eingelassene Tafeln roten Marmors die Stellen, wo Papst Alexander III. und Kaiser Friedrich Barbarossa vor dem Dogen Sebastiano Ziani standen, der den Frieden zwischen ihnen vermittelt hatte. Und Papst Gregor XI. und die damals so mächtige Republik Florenz nahmen gar die Vermittlung der Tochter eines schlichten Färbermeisters aus Siena an. Freilich stand damals schon Katharina Benincasa wegen ihrer Frömmigkeit, Weisheit und Unerschrockenheit, mit der sie auch den Großen der Erde die Wahrheit sagt, im Ruf der Heiligkeit.

Zeitweise wurde der echte Geist des Christentums durch die Regierung einiger unwürdiger Päpste verdunkelt. Nicht bloß während des Exils in Avignon, als sie ganz unter französischem Einflusse standen, auch nach ihrer Rückkehr in die ewige Stadt waren manche Päpste, und zwar auch solche, die durch Förderung der Künste und Wissenschaften sich unsterblichen Ruhm erworben, wie Julius II. und Leo X., alles eher als Friedensfürsten. So kam es denn auch, das seit dem siebzehnten Jahrhundert die weitere Entwicklung des Völkerrechtes, das, man möchte sagen, im Schoße der katholischen Kirche geboren worden war, vorzugsweise durch protestantische Schriftsteller, Hugo Grotius und seine Schule, erfolgte. Aber seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat sich auch die römische Kirche wieder lebhaft an den Bestrebungen zu friedlicher Schlichtung internationaler Differenzen beteiligt. Auf dem vatikanischen Konzil 1870 hatten 40 Bischöfe den Antrag gestellt, die das Völkerrecht betreffenden Grundsätze des kanonischen Rechtes neuerlich zum Gegenstande des Studiums zu machen; leider ohne Erfolg wegen des durch den Deutsch-französischen Krieg beschleunigten Schlusses des Konzils. Leo XIII. wurde von Bismarck um Vermittlung zwischen dem Deutschen Reiche und Spanien im Streit um die Karolineninseln angerufen. Der nachmalige Nunzius in Wien, Erzbischof Bavona, fungierte dreimal als Schiedsrichter zwischen südamerikanischen Staaten in wichtigen Grenzstreitigkeiten. Und als zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Krieg zwischen Argentinien und Chile wegen der neubesiedelten sehr wertvollen Grenzgebiete in der Cordillera de los Andes unvermeidlich schien, waren es ein argentinischer und ein chilenischer Bischof, die von Ort zu Ort zogen, um Frieden zu predigen und die beiden Regierungen dazu zu mahnen, daß sie ihren Streit durch ein Schiedsgericht entscheiden ließen. Nach langen Bemühungen gelang ihnen dies auch. Eine von der Königin Viktoria von England berufene Kommission schlichtete den erbitterten Streit. Die Kanonen, die schon zum Abfeuern bereit gestanden, wurden eingeschmolzen und daraus eine Kolossalstatue Christi gegossen, die auf dem höchsten Kordillerenpasse an der Grenze beider Staaten steht. Das ist das christliche, das katholische Ideal der Schlichtung von Differenzen unter den Staaten.

An dieses Ideal mahnt der Aufruf Benedikts XV. an die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter. Mögen sich die Nationen entschließen, „künftig die Lösung ihrer Streitigkeiten nicht mehr der Schneide des Schwertes, sondern dem ruhigen und gemessenen Studium der Billigkeit und der Gerechtigkeit anzuvertrauen". Möchten sie aber auch jetzt schon „dem fürchterlichen Morden, das nun seit einem Jahre Europa entehrt, ein Ziel setzen"! Möchten sie aufhören, „das Bruderblut zu vergießen"! Mit flammenden Worten redet er vor allem den Lenkern der einzelnen Staaten ins Gewissen, mit Worten, die niemand anderer wagen dürfte, die aber Millionen aus dem Herzen gesprochen sind: „Ihr tragt vor Gott und den Menschen die entsetzliche Verantwortung für Krieg und Frieden. Höret auf unsere Bitten, auf die laute Stimme des Vikars des ewigen und höchsten Richters, dem Ihr werdet Rechenschaft ablegen müssen sowohl für die öffentlichen Unternehmungen als für Eure privaten Handlungen!"

Eine Stelle allerdings werden unsere Feinde, besonders in Italien, gegen uns zu deuten suchen: „Wenn die Nationen erniedrigt und unterdrückt sind, dann tragen sie bebend das ihnen auferlegte Joch und bereiten die Erlösung vor, indem sie von Generation zu Generation eine traurige Erbschaft von Haß und Rachedurst überliefern. Warum also nicht schon jetzt mit unbefangenem Gewissen die Rechte und gerechten Aspirationen der Völker wägen?" Wenn diese Stelle jene Bedeutung haben sollte, die ihr jenseits der Alpen beigelegt werden wird, so darf man doch nicht übersehen, daß sie im Munde des Oberhauptes der katholischen Christenheit in allererster Linie auf die Millionen katholischer Polen bezogen werden muß, die unter der Tyrannei Rußlands schmachten, und auf die Millionen katholischer Iren, die unter dem Drucke Englands leben.

Lassen wir uns durch die entfernte Möglichkeit einer uns unfreundlichen Auslegung jener Stelle nicht den Schimmer der Hoffnung verbittern, den die im ganzen so herrliche Kundgebung Benedikts XV. uns vor Augen stellt. Sursum corda!

3./VIII. 1915

Der Gründungstag der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Eine Rede des Bundespräsidenten Motta.

K. **Bern**, 1. August.

Der 1. August als Gründungstag der Schweizerischen Eidgenossenschaft wurde in der ganzen Schweiz entsprechend den ernsten Zeitverhältnissen würdig und ernst gefeiert.

Bundespräsident Motta begab sich in seinen Heimatkanton Tessin, um in dessen Hauptstadt Bellinzona an der Feier teilzunehmen. Er hielt eine große patriotische Rede, worin er die historische Entwicklung des Schweizer Bundes schilderte und die Lage der Schweiz inmitten der kriegführenden Staaten erörterte. Die Politik der Schweiz könne nie eine andere sein als die freimütig erklärter und loyal beobachteter Neutralität, zu deren Aufrechterhaltung die Schweiz zu den härtesten Opfern bereit gewesen sei und immer bereit sein werde.

Er feierte besonders die Armee als die Werkstätte der Demokratie, als Schulung der Entsagung und als wirksamsten Schutz der schweizerischen Unabhängigkeit. Der Schweizer Grenzschutz bedeute keinen Akt des Mißtrauens gegen irgend jemanden, aber er sei eine nationale Notwendigkeit und entspreche der klaren und gebieterischen internationalen Pflicht.

Es zeige sich mehr als je, daß die Erhaltung der Schweiz eine europäische Notwendigkeit sei. Die Schweiz verkörpere heute das Ideal der Nächstenliebe und der Brüderlichkeit. Die Schweizer hoffen, daß das Schweizer Kreuz noch einmal zum Zeichen der Verständigung und der Liebe werde.

Endlich kam der Bundespräsident auf die Stellung des Tessin im Schweizer Bunde zu sprechen und erklärte: „Beide gehören unlöslich zu einander. Der Tessin ohne die Schweiz müßte nach Rang und Art sinken, die Schweiz ohne den Tessin würde ihr ureigenes Staatsideal verstümmelt sehen. Pflicht aller Schweizer von Bildung sei, sich alle Landessprachen anzueignen, damit das Schauspiel der Brüder, die sich nicht verstehen oder als Fremdlinge betrachten, verschwinde.

Der Bundespräsident schloß seine mit Begeisterung aufgenommene Rede mit der Versicherung, daß alle Schweizer die Prüfungen der Zeit mutig auf sich nehmen würden; wenn ihr Vaterland auch das Leben von ihnen verlangte, sie würden es freudig opfern.

* * *

Vossische Zeitung
3./VIII. 1915

„Ich gehe zum Hindenburg".

Der Leiter der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme", Ernst Heilmann, der im Felde steht, hat in einem Artikel „Bothaland—Greyland", aus dem Felde geschrieben, das, was Deutsch-Südwestafrika geschah, wo die deutschen Truppen dem Nahrungs- und Munitionsmangel erlagen, das Schicksal, das von England Deutschland zugedacht war. Heilmann stellt fest:

„Es gibt keine sozialistische Verständigung, die diesen furchtbaren Mordkrieg beilegen könnte — ihn endet nur der Sieg der stärkeren Gewalt! Wieder einmal wird zu unserm Schmerz Blut und Eisen den Gang der Geschichte bestimmen. Das ist gewißlich wahr.... Die Internationale ist heute tot und Mars regiert die Stunde. Nicht Vernunft und Gerechtigkeit, sondern nur siegreiche Waffen und politische Klugheit werden uns den Frieden bringen und seinen Inhalt bestimmen. So zerschmetternd müssen die Feinde geschlagen werden, daß ihr Ring zerbricht, die Koalition birst. Die Friedensbedingungen sollen, hier milde, dort hart, die Wiederkehr des Einkreisungsbundes unmöglich machen .... Mehr als diese allgemeinen Bemerkungen kann heute kein Vernünftiger sagen. Mit dem Schimpfwort Annexionist macht man bloß die Pferde scheu. Lebensrettung und Sieg, nicht Eroberung und Annexion, sind jetzt die Frage. Vergeßt mir Deutsch-Südwestafrika nicht! ... Wir wollen weiter aus eigenem Recht, nicht von fremder Gnade in Bothaland oder Greyland leben. Dazu hilft uns gegen diese Feinde nur eines: Den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust. Und greinen uns ein paar Heilige dazwischen, wie furchtbar das Schicksal der französischen Arbeiter sei, so erwidern wir ihnen: die französischen Arbeiter bleiben Männer, auch wenn wir mit ihnen Kugeln wechseln, ihr aber seid — alte Weiber. Mögen darum die ewig schwankenden Gestalten plötzlich den Verrina der Internationale spielen wollen — ich gehe zum Hindenburg."

Diese Brandmarkung des Treibens der radikalen Elemente in der deutschen Sozialdemokratie hat den Zorn der „Leipziger Volksztg." erregt. Sie schreibt:

„Der Sozialist geht zum Hindenburg — damit ist die Entwicklung jenes Flügels der Partei, den Heilmann vertritt, allerdings trefflich gekennzeichnet. Der alte genuesische Republikaner Verrina (aus dem Schillerschen Drama Fiesco) geht zum Andreas, zum Dogen, dem Vertreter des persönlichen Regiments, weil er am Republikanismus der Genuesen verzweifelt. Sein Gang ist die Bankrotterklärung des Republikanertums. Heilmann (der seinen Schiller nicht mehr gut im Kopfe gehabt hat und daher den Verrina irrtümlich sich selbst gegenüberstellt) und seine Richtung gehen zum Hindenburg, weil sie an der Internationale verzweifeln. Bloß an die Internationale? Uns scheint, daß da noch mehr in die Bankrottmasse geworfen wird. Auf die Liebenswürdigkeiten, die H. den Vertretern der Linken widmet, wollen wir nicht weiter eingehen, so verlockend es auch wäre, den Spieß umzudrehen, und zu untersuchen, wo die schwankenden Gestalten und die alten Weiber sitzen."

Die Kriegskredite und die Sozialdemokratie. Die Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Parteiorganisationen Pommerns, in der der Parteivorstand durch den Abg. Braun vertreten war, billigte die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August fast einmütig. Mehrere Redner brachten zum Ausdruck, daß die veränderten Verhältnisse auch eine andere Taktik bestimmen.

Kölnische Zeitung
5./VIII. 1915

Was wird aus den Deutschen in Rußland?

Der Weltkrieg entscheidet nicht nur die politische und weltwirtschaftliche Stellung des Deutschen Reiches, er bestimmt auch auf lange hinaus das Schicksal unseres Volkstums, das innerhalb fremder Grenzen wohnt. Ganz besonders ist dies der Fall in Rußland. Seit Jahren hat die russische Regierung planmäßig auf die Vernichtung des Deutschtums in Rußland hingearbeitet, und nach dem Kriege würde sie dieses Zerstörungswerk, das der Ministerpräsident Goremikin öffentlicht als das eigentliche Kriegsziel Rußland bezeichnet hat, in brutalster Weise durchführen, wie das über alle internationale Recht hinwegschreitende Gesetz über die Enteignung des deutschen Grundbesitzes und die drakonischen Verbote, im öffentlichen und privaten Verkehr, schriftlich oder mündlich die deutsche Sprache zu gebrauchen, erkennen lassen. Wir müssen uns darum schon jetzt darüber klar werden, was wir tun können, um die zwei Millionen Deutsche, die im russischen Reiche wohnen, unserm Volkstum zu erhalten. Diese Aufgabe stellt sich eine sehr beachtenswerte Denkschrift von Karl Cesar Eiffe: Was soll nach dem Kriege aus den zwei Millionen unserer deutschen Brüder in Rußland werden?

Im ersten Abschnitt seines auf Grund ausführlicher Reisen mit großem Fleiß und Geschick zusammengestellten Werkes, das 72 große Seiten umfaßt und auch eine Karte enthält, führt uns der Verfasser in die Baltischen Provinzen Rußlands, wo in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die älteste und einzige Siedlungskolonie des alten deutschen Reiches erblühte, nach dem jetzt zum größten Teile von unsern siegreichen Truppen besetzten Kurland, dem östlich daran grenzenden Livland und dem sich nördlich davon bis zum Finnischen Meerbusen erstreckenden Estland. Er zeigt uns, wie die nur von einer dünnen, heute 200 000 Seelen zählenden deutschen Oberschicht, den Nachkommen der vom Ausgang des Mittelalters bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts zugewanderten, meist niederdeutschen Edelleute, Prediger, Gelehrten, Kaufleute, Bauern und Handwerker, bewohnten Lande in allem Wandel der Zeit unter schwedischer und russischer Herrschaft ihren deutsch-protestantischen Charakter bewahrt und fruchtbare deutsche Kulturarbeit getrieben haben, die auch dem übrigen Rußland zugute gekommen ist. Noch zu Zeiten Alexanders II. saß auf den rings im Lande zerstreuten Edelhöfen und in den Städten, von denen die größten auf Riga und Reval einst mächtige Mitglieder der Hansa waren, ein freies und glückliches Geschlecht, bis die russischen Zaren, die von ihren Vätern feierlich beschworenen alten Rechte der dem russischen Kaiserhause in Krieg und Frieden allezeit dienstbaren und treu ergebenen Balten mit Füßen tretend, der von den Panslawisten betriebenen Russifizierungspolitik immer mehr freien Lauf ließen, und die russischen Machthaber in Petersburg sogar die eingeborene lettische und estnische Bevölkerung gegen die Deutschen aufhetzten. Er schildert die verzweifelte Lage, in die das baltische Deutschtum trotz des heldenmütigen Ringens um seine völkische Eigenart und die ihnen daraus erwachsenen Kulturgüter im Laufe der drei letzten Jahrzehnte geraten ist, und kommt zu dem Schluß, daß wir alles daran setzen müßten, um die deutschen Ostseeprovinzen vor der endgültigen Russifizierung zu bewahren.

Das zweite Kapitel behandelt die von der Kaiserin Katharina II. begründeten deutschen Kolonien an der Wolga. Die ersten Kolonisten wurden 1762 ins Land gerufen und von der Zarin selbst in Oranienbaum empfangen, wo sie nach einer beschwerlichen Seefahrt von Lübeck aus landeten. Schon 1768, wo die letzte Einwanderung erfolgte, bestanden 102 deutsche Kolonien an beiden Ufern des Stromes mit 27 000 Seelen, die sich bis heute auf rund eine halbe Million vermehrt haben. Während anfangs die russische Regierung, die den Einwanderern freie Reise gewährt und große Vorrechte zugesichert hatte, sehr viel für ihre neuen Landeskinder tat, die sie selbst gerufen, hat sie seit Jahren auch dem Deutschtum an der Wolga den Krieg bis aufs Messer erklärt; in erster Linie war sie bestrebt, das von den Kolonisten aus eigenen Mitteln unterhaltene aufblühende Schulwesen zu zerstören. Daher ist es kein Wunder, daß die Wolga-Kolonisten, die nicht wie die Balten auf eine ruhmvolle Überlieferung zurückblicken und vom völkerverbindenden Meer abgeschnitten sind, im Vergleich zu jenen geistig zurückblieben, doch zeigen sie noch keine Spur von Degeneration. Sie leben in Dörfern, die nach den Bekenntnissen getrennt sind; das Verhältnis der Protestanten zu den Katholiken beträgt 7 : 1. Der Hauptort dieser Siedlungen ist Katharinenstadt an der Wolga, wo die Deutschen je eine katholische und protestantische Kirche, eine Kirchenschule, ein Arbeitshaus, Kinderasyl und eine Taubstummenanstalt unterhalten. Auch wirtschaftlich sind sie etwas zurückgeblieben, da bis in die jüngste Zeit hinein alles Land Gemeindebesitz war. Die von Stolipin eingeleitete große russische Agrarreform, deren tatkräftige Durchführung durch den tüchtigen Landwirtschaftsminister Kriwoschein der Krieg unterbrochen hat, legt in das bodenständige Deutschtum der Wolga-Kolonien den Keim der Vernichtung, da die Umwandlung alles Gemeindelandes in Privatbesitz den Verkauf an Nichtdeutsche und so das Eindringen des russischen Elements in die geschlossenen deutschen Siedlungen zur Folge haben wird. Auch dort haben wir es mit einem Menschenmaterial zu tun, das unserm Volkstum nicht verloren gehen darf.

Jenseit der Berge des Kaukasus leben 15 000 Schwaben, von denen uns der Verfasser im letzten Abschnitt ein lebendiges Bild entwirft. Sie sind die Nachkommen von 800 württembergischen Familien, die aus konfessionellen und wirtschaftlichen Gründen nach dem großen Hungerjahre 1816 nach Rußland auswanderten, indem sie, wie vor Hunderten von Jahren die Siebenbürger Sachsen, donauabwärts zogen. Die russische Regierung, die jeder Familie zur Reise 500 Rubel und täglich 2,40 Rubel Verpflegungsgelder gewährt hatte, siedelte sie auf „Kronsland“ in Grusinien und im östlichen Transkaukasien an. Die Kolonien wurden nach Mitgliedern der Zarenfamilie benannt, und so finden wir heute mitten im Gewimmel der kaukasischen Volksstämme deutsche Siedlungen wie Helenendorf und Katharinenfeld. Die harte Kolonistenarbeit im ungewohnten subtropischen Klima züchtete ein zähes Geschlecht, das trotz aller räuberischen Überfälle durch Perser und Tataren unbeirrt in seiner gründlichen deutschen Arbeit fortfuhr und auch während der Unruhen der Jahre 1905 und 1906 seinem neuen Vaterlande die Treue hielt. Der Verfasser schildert uns ein charakteristisches Schwabendorf im Kaukasus, das im wesentlichen Gegensatz zu einer Siedlung in der baumlosen Wolgasteppe steht und bei ihm einen günstigen Gesamteindruck hinterlassen hat. „Sprache, Sitte und Gewohnheit der schwäbischen Heimat“, heißt es an einer Stelle, „haben sich in den hundert Jahren unverfälscht erhalten. Die Stellung der Frau steht dagegen etwas unter dem Einfluß der asiatischen Umgebung. Sie ist weniger Lebensgefährtin als vielmehr erste Magd des Bauern. Sie nimmt weder an der Mahlzeit noch am sonntäglichen Spaziergang teil.“

Wenn wir auch die politischen Forderungen beim Friedensschluß für die der Verfasser eintritt, bei dem Charakter des Krieges und dem gegenwärtigen Stande der Operationen uns nicht zu eigen machen können, beachtenswert erscheint uns sein Vorschlag, daß ein großzügiger Versuch gemacht werden müsse, die deutschen Kolonisten im innern europäischen Rußland durch eine umfangreiche Umsiedlung auf deutsches Gebiet, insbesondere nach dem zerstörten und verarmten Ostpreußen, unserm Volkstum zu erhalten, eine Forderung, die er auf Seite 64 treffend so begründet: „Darüber sind wir uns klar, daß wir keinen deutschen Stammesgenossen mehr gegen seinen Willen einer Regierung lassen dürfen, die heute, zehn Jahre später, der während der Revolution bekundeten deutschen Treue damit dankt, daß sie alles, was deutsch ist, in Rußland für vogelfrei und reif zum Abschuß erklärt.“

Neue Freie Presse
4/8. 1915

Die Tagesordnung der Reichsduma.

Hoffnung auf einen schnellen Sieg „trotz aller militärischen Mißgeschicke".

Petersburg, 3. August.

Die Duma hat folgende vom Grafen Bobrinski namens der Zentrumsgruppe, der Oktobristen und Nationalisten eingebrachte Tagesordnung angenommen:

Die Reichsduma verbeugt sich vor den glorreichen und beispiellosen Leistungen unserer tapferen Armee und Flotte. Sie bestätigt, daß die Armee trotz aller militärischen Mißgeschicke bei der ganzen Bevölkerung des Reiches den unerschütterlichen und einmütigen Entschluß gestärkt hat, mit den treuen Verbündeten den Kampf bis zum Enderfolge zu führen und keinen Frieden vor einem vollständigen Siege zu schließen.

Sie erklärt, daß ein schneller Sieg mit dem einmütigen Beistande der Bevölkerung zur Schaffung neuer Kampfmittel erreicht werden soll.

Sie fordert Befestigung des inneren Friedens, Beruhigung und Vergessen des einstigen politischen Kampfes sowie wohlwollende Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den Interessen aller loyalen russischen Bürger ohne Unterschied des Stammes, der Sprache und der Religion.

Sie hält dafür, daß nur innige Einigkeit zwischen dem ganzen Lande und einer sein volles Vertrauen genießenden Regierung zu einem schnellen Siege führen kann, und indem sie die unerschütterliche Zuversicht ausspricht, daß die bisher in den Armeelieferungen bestehenden Mängel unverzüglich mit Hilfe der gesetzgebenden Kammern und der großen öffentlichen Gewalten beseitigt und die Urheber der Vergehen von gesetzlichen strengen Strafen getroffen werden, wie immer auch ihre amtliche Stellung sein möge, geht sie zur Tagesordnung über.

Rodsjanko, der mit 296 gegen 24 Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, hielt hierauf eine Rede, in der er sagte: Der Krieg einigt uns und er hat alles verschwinden lassen, was uns trennte, indem er alle Vertreter des großen Rußland zu einem festen Ganzen vereinigte, mit dem einzigen Ziele: Dem Siege. Er sprach den aufrichtigen Wunsch aus, daß die freundschaftlichen, auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Beziehungen, die jetzt gebildet sind, zwischen allen Parteien nach dem Kriege fortbestehen mögen.

Neue Freie Presse
Abendbl.
4/VIII. 1915

Der Block der Zentralmächte im Kriege.

Unterredung mit einem österreichischen Staatsmann.

Von **Dr. Alfred Rossig.**

Wien, 4. August.

„Der Kampf, den die eifersüchtige, machtlüsterne Weltkoalition gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unternommen hat, ist nicht nur ein militärischer und wirtschaftlicher. Nicht allein die Presse, auch die Staatsmänner der Entente führen gleichzeitig einen planmäßigen Verleumdungsfeldzug gegen die Zentralmächte, um sie ihres Ansehens und Kredits in der Welt zu berauben. Wie man Deutschland, die kulturelle Vormacht, als Hort tiefster Barbarei hinstellt, so glaubt man, Oesterreich-Ungarn am tiefsten zu schädigen, indem man ihm seine Bedeutung als Großmacht abspricht, es als „Quantité négligeable" behandelt und so sein Prestige, besonders auf dem Balkan, verringert."

Der österreichische Staatsmann, der sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt hatte, mir über die Lage der Monarchie im Weltkriege Aufschlüsse zu erteilen, stimmte der Bemerkung, mit der ich unsere Unterredung einleitete, bei:

„Zweifellos," führte er aus, „wird die Verleumdungskampagne gegen die Zentralmächte mit außerordentlichem Eifer geführt. Sie hat aber nicht nur den Zweck, unser Ansehen im neutralen Ausland zu untergraben, sondern auch den, der Bevölkerung der eigenen Staaten Mut einzuflößen und ferner zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland Mißtrauen und Unbehagen zu säen. Dieses Manöver kann nicht gelingen, weil seine Tendenz zu klar hervortritt. Ebenso wie in Oesterreich-Ungarn kein Wort von den über Deutschland verbreiteten Märchen geglaubt wird, dürfte es in Deutschland keinen urteilsfähigen Menschen geben, der der tendenziösen feindlichen Darstellung der Verhältnisse Oesterreich-Ungarns Glauben schenkt." Man hat alles getan, um die Monarchie in der Perspektive des Verkleinerungsglases zu zeigen, und dieses entstellte Bild der Welt einzuprägen. Aber auch der Verleumdungsangriff bricht jetzt in sich zusammen, ebenso wie der militärische und wirtschaftliche. Die Macht der Tatsachen ist heute von so zwingender Art, daß sie das Glas in der Hand unserer Feinde umdreht und Oesterreich-Ungarn in seinen wahren Dimensionen sehen läßt.

Dem von Lügen überschwemmten Auslande war es allerdings im Laufe dieses Krieges nicht immer so leicht, wie heute, den richtigen Standpunkt zur Beurteilung Oesterreich-Ungarns zu finden.

Unseren Feinden war das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Deutschland wohlbekannt. Sie wußten seine Bedeutung richtig einzuschätzen und deshalb setzte ihr Intrigenfeldzug gerade hier ein. Planmäßig und immer wieder wurde verbreitet, daß das völlig erschütterte Oesterreich-Ungarn oder auch nur ein Teil der Doppelmonarchie einen Sonderfrieden mit Rußland erstrebe. Nie ist die Wirklichkeit in einer hinterlistigeren Weise auf den Kopf gestellt worden.

In diesem Weltkriege bildet Oesterreich-Ungarn mit Deutschland einen einzigen gewaltigen Block. Wie Deutschland nicht zögert, sich im strategisch entsprechenden Augenblicke gegen die Feinde unserer Monarchie zu wenden, so hat Oesterreich-Ungarn vom Anfang an die vielleicht zahlreicheren und mächtigeren Gegner Deutschlands als seine Feinde betrachtet. Dies war nicht nur ein Gebot der Loyalität, sondern auch der engen Interessensolidarität, deren unerschütterliche Fundierung erst heute in ihrer ganzen für beide Staaten gleich segensreichen Tragweite hervorzutreten beginnt.

Eiserne strategische Notwendigkeiten, denen wir uns unbedingt, wenn auch mit schwerem Herzen, fügen mußten, legten Oesterreich-Ungarn in den verflossenen Stadien des Krieges eine Kette von Entsagungen und Opfern auf. Anstatt den Feldzug gegen Serbien mit dem erforderlichen Nachdruck zu betreiben, hatten wir uns an anderen, für den Ausgang des Krieges viel belangreicheren Kämpfen zu beteiligen. In Galizien fiel uns die Aufgabe zu, einen mehrfach überlegenen Feind zu binden, denn es hieß, auch die östlichen Grenzgebiete Deutschlands vor der Russenflut zu bewahren. Ja selbst die Grenzwache gegen Italien galt nicht nur dem Schutze Oesterreich-Ungarns, sondern dem gemeinsamer Interessen.

Man hat den Anfangskrieg Italiens angesichts der weitgehenden Angebote Oesterreich-Ungarns unverständlich gefunden. Wer die italienische Kriegspropagandaliteratur verfolgt hat, kennt wohl den Sinn dieses Angriffs. Italien will dazu beitragen, nicht nur die Donaumonarchie, sondern auch Deutschland zu zertrümmern. Denn die Formel der Kriegshetzer lautet: Neben einer siegreichen Tripelentente wird es für eine vierte Weltmacht — Italien — Raum geben; ein siegreiches Deutschland wird die Weltmachtstellung aller anderen Großstaaten, also auch Italiens, behindern.

Es muß begriffen werden: Es gibt heute keinen Krieg Oesterreich-Ungarns, sondern nur einen Krieg Oesterreich-Ungarns-Deutschlands; die österreichisch-ungarischen und die deutschen Armeen sind durch den Krieg so aneinandergeschweißt, daß sie nach außen wie ein einziges gewaltiges Heer erscheinen und wirken.

Die Früchte dieses Verhältnisses dürfte heute niemand mehr verkennen. Wie die österreichisch-ungarische Artillerie dem deutschen Vormarsche in Belgien und Frankreich gedient hat, so sind jetzt unsere treu verbündeten Waffen daran, gemeinsam Galizien völlig vom Feinde zu säubern. Niemand wird heute die österreichisch-ungarischen Truppen unterschätzen, nachdem sie so glänzende Beweise ihrer Tapferkeit und Zähigkeit geliefert und nachdem ihre Organisation sich so vorzüglich bewährt hat. Nichts aber zeugt so schlagend von dem ruhigen Machtbewußtsein der militärischen Rüstung Oesterreich-Ungarns als die Gelassenheit, ja die stolze Befriedigung, mit der seine Völker die Herausforderung des neuen Feindes im Süden aufgenommen haben, und die herzerfreuende Begeisterung, die die italienische Kriegserklärung bei seinen Truppen ausgelöst hat.

Schon war Oesterreich-Ungarn bereit, um neues Blutvergießen zu vermeiden, seine Selbstverleugnung, in erster Linie auch aus Rücksicht auf seine Verbündeten, zu krönen, ein Opfer zu bringen, größer als alle bisherigen. In einer Epoche, wo trotz des heute die Welt durchbrausenden Krieges der Friedensgedanke immer höher geschätzt werden wird, muß auch der Wunsch Oesterreich-Ungarns, die Greuel nicht zu mehren, richtig gewertet werden. Heute kann wohl niemand mehr zweifeln, daß, wenn Oesterreich-Ungarn zu Zugeständnissen sich entschloß, dies gewiß nicht Schwäche oder gar Kleinmut entsproß.

Das Land Machiavellis hat es gezwungen, ihm gegenüber nicht nur seine moralische, sondern auch seine militärische Ueberlegenheit zu bekunden. Das von unseren Feinden in die Welt gesetzte Märchen von der „Anämie" Oesterreich-Ungarns ist heute in handgreiflicher Weise widerlegt. Wo ist der innerpolitische, wo der finanzielle Bankerott, den man uns prophezeite? Im Feuer des Krieges ist die Einigkeit der Völker Oesterreich-Ungarns nur noch fester geschmiedet worden, und mit stolzer Genugtuung dürfen wir heute auf die finanziellen Kriegsleistungen unserer einigen Völker blicken. Rußland, welches einen so großen Teil der Erdoberfläche beherrscht, Rußland mit seinen reichen Goldminen macht heute die schwerste Geldkrisis durch und greift schon zu dem gewagten Mittel, sein Papiergeld von der Golddeckung zu emanzipieren. Rußland muß von seinen Bundesgenossen finanziert werden und dafür seine Goldbarren verpfänden. Vom reichen England heißt es, daß es in Amerika eine Anleihe werde aufnehmen müssen. Oesterreich-Ungarn ist eine Großmacht, die sich selbst finanziert. Mehr als sieben Milliarden hat es im Laufe von zehn Monaten mit Leichtigkeit aus seinen eigenen Ersparnissen für die Kriegsanleihen herzugeben vermocht. Damit hat es Frankreich, den Weltbankier, in den Schatten gestellt. Es hat bewiesen, daß es über einen gewaltigen, durch den wirtschaftlichen Kreislauf selbsttätig sich erneuernden und daher unerschöpflichen Kräftefonds verfügt. Oesterreich-Ungarns wirtschaftliches Rückgrat ist nicht zu brechen.

Arm in Arm mit seinen Bundesgenossen, dem vorläufig ebenfalls nur durch Worte „zerstückelten" Deutschland und der gleichfalls nur durch mündliches Verfahren von Großsprechern „aufgeteilten" Türkei, wird Oesterreich-Ungarn aus diesem Kriege rücksichtsloser Völkerhabgier gegen den friedlichen Fleiß und den humanen Geist siegreich hervorgehen, gestärkt in seiner Großmachtstellung."

Neue Freie Presse
5./VIII. 1915

[Englische Lügenberichte über das Elend in Mitteleuropa.] Wir erhalten folgende Zuschrift: „Mein Sohn befand sich zur Zeit der Kriegserklärung in einer der größten Industriestädte Englands, wo er als diplomierter Ingenieur eine hervorragende Stelle innehatte. Es gelang ihm, bald nach der Mobilisierung nach Oesterreich zu kommen, sich hier als Freiwilliger auf Kriegszeit anzumelden und er befindet sich seit längerer Zeit als Kadett bei einem Sappenbataillon an der Front. Er mußte seine Gattin und sein zweijähriges Töchterchen in England zurücklassen. Seit Monaten blieben wir ohne jede Nachricht von unserer Schwiegertochter und lebten in größter Sorge um sie und unser Enkelkind. Heute erhielten wir endlich ein ausführliches Schreiben von ihr mit dem Datum des 10. Juli mit dem Poststempel eines neutralen Staates. Ich glaube, daß manche Stellen dieses Briefes Ihre Leser interessieren dürften, da sie die planmäßige Irreführung der englischen Bevölkerung dartun, aber auch die dort herrschende Stimmung durchblicken lassen. Vorausschicken muß ich, daß meine Schwiegertochter von vornehmer rein englischer Abstammung ist, somit nicht interniert wurde, und sich mit ihrem Kinde bei ihren Eltern aufhält. Der erste Absatz ihres Briefes ist an ihren Gatten, unseren Sohn, gerichtet. Sie beschwört ihn, weder an seine Frau noch an sein Kind zu denken und seiner patriotischen Pflicht gegen welchen Feind immer nachzukommen: „Dein letzter Blutstropfen gehört Deinem Kaiser und Deinem Vaterlande; aber ich bin Gottes Barmherzigkeit und Gnade sicher, daß er Dich mir und unserem Kinde erhalten wird." Und nun heißt es weiter in ihrem Briefe: „Die größte Sorge und schlaflose Nächte bereitet mir aber Euer Schicksal, teuerste Eltern! Seid Ihr vielleicht, was Gott verhüten möge, von der in Deutschland und Oesterreich wütenden Hungerseuche bereits hingerafft worden, wie die vielen anderen hunderttausend Familien? Oder vielleicht gar ein Opfer der Volkswut, von der unsere Zeitungen authentisch berichten?" Sie teilt uns weiter mit, daß sie sich bestreben werde, uns durch sichere Hand gesundes Brot zukommen zu lassen, da sie sich nicht vorstellen könne, wie wir aus „Kleie und Sägespänen gebackenes Brot vertragen können". Geradezu wehmutsvoll stimmte uns der letzte Absatz ihres Briefes, den ich ebenfalls wörtlich anführen will: „Die alltäglichen Berichte in den Tagesblättern belehren uns über den vollständigen Niederbruch Deutschlands und Oesterreichs, die auf allen Schlachtfeldern geschlagen und verblutet sind. Berlin und Wien werden in fieberhafter Eile befestigt und auch Italien dringt weit über die Grenzen Oesterreichs vor. Und doch will in England eine siegesfrohe Stimmung nicht aufkommen. In allen Gotteshäusern wird täglich nur um Frieden, recht baldigen Frieden gebetet. Und nun wage auch ich, mit einer innigen Bitte an Euch heranzutreten, von deren Erfüllung mein und meines Kindes Lebensglück abhängt. Möge der Untergang Eures Vaterlandes, der Verlust Eurer Heimat in Euren Herzen keine Bitternis gegen Eure im siegreichen Feindeslande geborne Tochter und Enkelin aufkommen lassen und bitte überzeugt zu sein, daß es die glücklichste Stunde meines Lebens sein wird, Euch, wo immer der Kriegsausgang Euch zwingen wird, ein neues Heim zu gründen, mit meinem Kinde aufzusuchen und dort mein Leben zuzubringen." Meine Schwiegertochter ist eine gebildete und klar denkende Frau. Wenn schon sie durch die „authentischen" Zeitungsberichte so betört wurde, in welch hohem Maße geschieht dies beim Volke. Wie furchtbar wird dann die Wahrheit wirken, die doch bald zum Siege gelangen muß! d. l."

Neue Freie Presse
5./VIII. 1915

Der Notenwechsel zwischen England und den Vereinigten Staaten.

Beschimpfungen Deutschlands und Verdächtigung der Neutralen.

London, 3. August.

Das amtliche Preßbureau veröffentlicht den Notenwechsel zwischen der englischen Regierung und den Vereinigten Staaten wegen der Festhaltung des von Rotterdam nach Nordamerika unterwegs befindlichen amerikanischen Dampfers „Neches". Staatssekretär Grey erklärt darin, die deutsche Regierung beobachte in den Gewässern, die der Dampfer „Neches" passieren mußte, die Methode, neutrale und englische Handelsschiffe ohne Unterschied des Bestimmungs- ortes oder Abgangsortes in den Grund zu bohren, ohne sich um die Rettung der Fahrgäste und der Besatzung zu kümmern, was den Bestimmungen des Völkerrechtes und den Grundsätzen der Menschlichkeit widerspreche. Die englische Regierung halte sich dagegen an die Vorschrift, daß die Schiffe untersucht, in einen Hafen gebracht und vor ein Prisengericht gebracht werden müssen. Deshalb erscheint es, solange Deutschland bei seiner Handlungsweise bleibe, als unbillig, von England zu verlangen, daß es die Durchfuhr deutscher Güter durch von englischen Schiffen überwachte Gewässer erlaube. Es ist unnötig, auf die Pflicht der Neutralen hinzuweisen, alles zu tun, um den gemeinsamen Feind wegen seiner schändlichen Verletzungen der Bestimmungen und Grundsätze zivilisierter Kriegführung zu unterdrücken.

Grey spricht hier von der Vergiftung von Brunnen in Deutschsüdwestafrika, von der Verwendung giftiger Gase in Flandern und von der Versenkung der „Lusitania", woraus er folgert, daß die Engländer kein rechtmäßiges Mittel zu ihrer Verteidigung unbenutzt lassen dürften. Die Alliierten hätten mitgeteilt, daß sie beabsichtigten, einen Versuch der Deutschen, die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und von England zu verhindern, dadurch zu beantworten, daß sie die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und von Deutschland ihrerseits verhinderten.

Grey erklärt, er könne nicht einräumen, daß eine kriegführende Nation einen fundamentalen Grundsatz des Völkerrechtes verletze, wenn es eine Blockade ausübe, durch die der über neutrale Häfen gehende Handel des Feindes mit fremden Ländern verhindert werde, vorausgesetzt, daß eine solche Anwendung der Blockadegrundsätze das einzige Mittel sei, die Blockade effektiv zu machen. Tatsächlich erklärte sich ja auch die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, den großen Veränderungen in den Mitteln der Seekriegführung, welche die früher übliche engere Blockade der feindlichen Küste unmöglich machten, Rechnung zu tragen.

Grey führt sodann amerikanische Präzedenzfälle zur Unterstützung des englischen Standpunktes an und betont, Deutschland würde bei einer Beschränkung der Blockade auf die deutschen Häfen reichliche Gelegenheit haben, seinen Handel über die Häfen der verschiedenen neutralen Länder an die Grenze zu leiten; sei ja doch für einige deutsche Industriebezirke Rotterdam sogar der nächstgelegene Hafen. Als Gegengewicht für die Möglichkeit, daß eine kriegführende Nation ihren Außenhandel durch ein neutrales Land leiten könne, müsse die andere kriegführende Nation, sagt Grey, das Recht verlangen können, diesen Handel außerhalb des betreffenden neutralen Landes, nachdem die Waren dieses verlassen hätten oder bevor sie es erreichten, zu unterbinden, solange durch diese Maßnahme nicht bona fide der Handel des neutralen Landes behindert werde. Da diese Ausdehnung der Blockade auf den über neutrale Häfen gehenden Handel des Feindes das einzige Mittel sei, die Blockade effektiv zu machen, so widerspreche sie den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen nicht. Die englische Regierung sei bemüht, dem neutralen Handel jede unnötige Schwierigkeit zu ersparen und den auf ihm lastenden Druck zu mildern. Der Handel, den die englische Regierung zu behindern wünsche, sei eben derjenige des Feindes, der sich der neutralen Häfen für seinen Handelsverkehr zu bedienen versuche. Der englischen Regierung sei es angenehm gewesen, feststellen zu können, daß ihre Maßregeln den Handel der Vereinigten Staaten nicht nachteilig beeinflußten, denn aus den Ziffern der letzten Monate gehe hervor, daß Nordamerika für den Verlust des deutschen und österreichisch-ungarischen Marktes durch die Vermehrung anderer Handelsmöglichkeiten mehr als entschädigt werde.

Grey verteidigt sodann nachdrücklich die Gesetzlichkeit des Vorgehens der britischen Prisengerichte und erklärt, jeder Bürger der Vereinigten Staaten habe ja das Recht, dort die Ansicht zu vertreten, daß der eine oder der andere Ministerratsbeschluß, durch den sein Handel getroffen werde, mit den Grundsätzen des Völkerrechtes unvereinbar sei. Weigere sich dann das englische Prisengericht, seine Beschwerde zu berücksichtigen, so könnten die Vereinigten Staaten diese Frage jederzeit vor ein internationales Schiedsgericht bringen.

Notenwechsel zwischen England und Amerika.

K. **London**, 3. August. Das amtliche Preßbureau veröffentlicht den Notenwechsel zwischen der englischen Regierung und den Vereinigten Staaten wegen der Festhaltung des von Rotterdam nach Nordamerika unterwegs befindlichen amerikanischen Dampfers „Neches". Staatssekretär Grey erklärt darin, die deutsche Regierung beobachte in den Gewässern, die der Dampfer „Neches" passieren mußte, die Methode, neutrale und englische Handelsschiffe ohne Unterschied des Bestimmungsortes oder Abgangsortes in den Grund zu bohren, ohne sich um die Rettung der Fahrgäste und der Besatzungen zu kümmern, was den Bestimmungen des Völkerrechtes und den Grundsätzen der Menschlichkeit widerspreche. Die englische Regierung halte sich dagegen an die Vorschrift, daß die Schiffe untersucht, in einen Hafen gebracht und vor ein Prisengericht gebracht werden müßten. Deshalb erscheine es, solange Deutschland bei seiner Handlungsweise bleibe, als unbillig, von England zu verlangen, daß es die Durchfuhr deutscher Güter durch von englischen Schiffen überwachte Gewässer erlaube. Es sei unnötig, auf die Pflicht der Neutralen hinzuweisen, alles zu tun, um den gemeinsamen Feind wegen seiner schändlichen Verletzungen der Bestimmungen und Grundsätze zivilisierter Kriegführung zu unterdrücken.

Grey spricht hier von der Vergiftung von Brunnen in Deutsch-Südwestafrika, von der Verwendung giftiger Gase in Flandern und von der Versenkung der „Lusitania", woraus er folgert, daß die Engländer kein rechtmäßiges Mittel zu ihrer Verteidigung unbenützt lassen lassen dürften. Die Alliierten hätten mitgeteilt, daß sie beabsichtigten, einen Versuch der Deutschen, die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und von England zu verhindern, dadurch zu beantworten, daß sie die Ein- und Ausfuhr von Gütern nach und von Deutschland ihrerseits verhinderten.

Grey erklärt, er könne nicht einräumen, daß eine kriegführende Nation einen fundamentalen Grundsatz des Völkerrechtes verletze, wenn es eine Blockade ausübe, durch die der über neutrale Häfen gehende Handel des Feindes mit fremden Ländern verhindert werde, vorausgesetzt, daß eine solche Anwendung der Blockadegrundsätze das einzige Mittel sei, die Blockade effektiv zu machen. Tatsächlich erklärte sich ja auch die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, den großen Veränderungen in den Mitteln der Seekriegführung, welche die früher übliche engere Blockade der feindlichen Küste unmöglich machten, Rechnung zu tragen.

Grey führt sodann amerikanische Präzedenzfälle zur Unterstützung des englischen Standpunktes an und betont, Deutschland würde bei einer Beschränkung der Blockade auf die deutschen Häfen reichliche Gelegenheit haben, seinen Handel über die Häfen der verschiedenen neutralen Länder an die Grenze zu leiten; sei ja doch für einige deutsche Industriebezirke Rotterdam sogar der nächstgelegene Hafen. Als Gegengewicht für die Möglichkeit, daß eine kriegführende Nation ihren Außenhandel durch ein neutrales Land leiten könne, müsse die andere kriegführende Nation, sagt Grey, das Recht verlangen können, diesen Handel außerhalb des betreffenden neutralen Landes, nachdem die Waren dieses verlassen hätten oder bevor sie es erreichten, zu unterbinden, solange durch diese Maßnahme nicht bona fide der Handel des neutralen Landes behindert werde. Da diese Ausdehnung der Blockade auf den über neutrale Häfen gehenden Handel des Feindes das einzige Mittel sei, die Blockade effektiv zu machen, so widerspreche sie den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen nicht. Die englische Regierung sei bemüht, den neutralen Handel jede unnötige Schwierigkeit zu ersparen und den auf ihm lastenden Druck zu mildern. Der Handel, den die englische Regierung zu behindern wünsche, sei eben derjenige des Feindes, der sich der neutralen Häfen für seinen Handelsverkehr zu bedienen versuche. Der englischen Regierung sei es angenehm gewesen, feststellen zu können, daß ihre Maßregeln den Handel der Vereinigten Staaten nicht nachteilig beeinflußten, denn aus den Ziffern der letzten Monate gehe hervor, daß Nordamerika für den Verlust des deutschen und österreichisch-ungarischen Marktes durch die Vermehrung anderer Handelsmöglichkeiten mehr als entschädigt werde.

Grey verteidigt sodann nachdrücklich die Gesetzlichkeit des Vorgehens der britischen Prisengerichte und erklärt, jeder Bürger der Vereinigten Staaten habe ja das Recht, dort die Ansicht zu vertreten, daß der eine oder der andere Ministerratsbeschluß, durch den sein Handel getroffen werde, mit den Grundsätzen des Völkerrechtes unvereinbar sei. Weigere sich dann das englische Prisengericht, seine Beschwerde zu berücksichtigen, so könnten die Vereinigten Staaten diese Frage jederzeit vor ein internationales Schiedsgericht bringen.

Fremdenblatt
5./VIII. 1915

Italien und die Türkei.

Zurückweisung italienischer Beschuldigungen.

K. **Konstantinopel**, 3. August. Die Agence Telegraphique Milli meldet: Gewisse italienische Blätter fahren fort, die Türkei anzugreifen, indem sie behaupten, daß die in der Türkei lebenden Italiener nach den Ostprovinzen verschickt werden sollen, daß die türkischen Behörden die italienischen Staatsangehörigen mißhandeln, daß sie ihnen Schwierigkeiten bei der Abfahrt bereiten, daß sie türkische und deutsche Offiziere in der Cyrenaika landeten, daß sie einen einem italienischen Untertanen gehörigen Schlepper beschlagnahmten und daß die türkische Presse Italien heftig angreife und bedrohe.

Wir haben bereits die Behauptungen von einer Absicht der Türkei, die Italiener nach den Ostprovinzen zu verschicken, dementiert. Wir erklären überdies, daß die Türkei keinen Italiener mißhandelte und keinerlei Schwierigkeit bei der Abreise von Italienern bereitete. Erst jüngst verließ eine große Anzahl Italiener die Türkei an Bord eines amerikanischen Dampfers.

Auch die Behauptung von der Landung türkischer und deutscher Offiziere in der Cyrenaika ist falsch. Wir erklären, daß kein türkischer Offizier sich in Tripolis befindet. Wenn es aber wirklich daselbst welche gibt, so sind es wahrscheinlich Offiziere, die daselbst verblieben sind, da sie sich weigern, sich dem Lausanner Vertrage zu unterwerfen. Diese Offiziere haben daher keinerlei Beziehung zur ottomanischen Armee.

Weiters ist keine Beschlagnahme eines italienischen Schleppers erfolgt. Der in dem Berichte angeführte Vorfall bezieht sich auf eine Probefahrt, die mit dem erwähnten Schiffe unternommen wurde, da das Kriegsministerium die Absicht hatte, es käuflich zu erwerben. Uebrigens wurde der Kaufvertrag zwischen dem Eigentümer und dem Kriegsministerium abgeschlossen.

Der Zorn der italienischen Presse gegen die türkische Regierung rechtfertigt nicht den feindlichen Ton dieser Presse gegen die Türkei. Die heftigen Drohungen der italienischen Presse gegen die Türkei stechen von der ruhigen und würdigen Haltung der türkischen Blätter ab. Wir hoffen, daß diese Aufklärungen die Nervosität der italienischen Presse beruhigen und von der italienischen Oeffentlichkeit werden günstig aufgenommen werden, im Interesse der Erhaltung der bestehenden guten Beziehungen.

Die Zeit Abendbl.
5./VIII.1915

König Georg und Poincaré.

Depeschenwechsel zur Jährung des Kriegsbeginnes.

KB Paris, 5. August.

Präsident Poincaré erhielt vom König von England nachstehendes Telegramm: „Anläßlich der Jahreswiederkehr des Tages, wo mein Land gezwungen wurde, die Waffen gegen eine Macht zu ergreifen, die den Krieg einer Konferenz vorzog und die auf das flagranteste den Vertrag, den sie unterzeichnet hatte, verletzte, wünsche ich, Ihnen meine feste Zuversicht auszusprechen, daß unsere vereinten Bemühungen zum Erfolg führen werden, und Sie meiner unermüdlichen Mitwirkung und meines sowie meines Landes Entschlusses zu versichern, den Krieg mit unseren tapferen Armeen fortzusetzen, bis er zu unserer Befriedigung beendigt und der Friede sichergestellt werden kann."

Präsident Poincaré antwortete: „Ich danke Eurer Majestät für die Zusicherungen, die Sie mir geben. Frankreich beginnt das zweite Kriegsjahr mit derselben Entschlossenheit und Zuversicht wie England. Es ist entschlossen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor nicht der Sieg unsere und der tapferen Bundesgenossen Waffen krönt und bevor nicht unsere Feinde niedergerungen sind und aufhören, eine Bedrohung des Weltfriedens zu sein."

5./VIII. 1915

Kriegskalender.

25. Juli: Bei Iwangorod haben unsere Truppen einige schwache Vorstöße des Gegners abzuweisen und südlich Krylow wird ein russischer Uebergangsversuch über den Bug vereitelt. Der Narew ist auf der ganzen Front von südlich Ostrolenka bis Pultusk überschritten. Deutsche Truppen haben die Linie Nasielsk—Gzowo erreicht; westlich von Blonie werden mehrere Stellungen des Gegners genommen und südlich von Warschau die Orte Ustanow, Lbiska und Jazgarzew erstürmt. — Verzweifelte Nachtangriffe der Italiener gegen unsere Stellungen am Rande des Plateaus von Doberdo brechen wiederum unter schwersten Verlusten zusammen. — Bei Laimois, südlich von Ban de Sapt, setzen sich die Franzosen in einem kleinen Teil der deutschen Gräben fest; die Festung Dünkirchen wird mit Bomben belegt.

26. Juli: Bei Sokal erobern unsere Truppen einen wichtigen Stützpunkt; nördlich der Linie Wojslawice (südlich von Cholm)—Grubieszow (am Bug) drängen deutsche Truppen den Feind weiter nach Norden zurück; gegen die Nord- und Westfront der Festungsgruppe von Nowo Georgiewsk und Warschau schieben sich die Einschließungstruppen näher heran. An der Narew-Front erzwingen deutsche Truppen auch oberhalb Ostrolenka den Uebergang; unterhalb drängen sie den Feind in erbittertem Kampfe langsam gegen den Bug zurück; nördlich des Njemen erreicht die Armee des Generals v. Below die Gegend von Poswol und Poniewitz. — Die Tag und Nacht hindurch fortgesetzten Anstrengungen der Italiener gegen den Rand des Plateaus von Doberdo bleiben trotz großer Opfer ohne Erfolg; das Massenfeuer der feindlichen Artillerie im Görzischen dauert fort; im Krngebiete werden feindliche Angriffe im Handgemenge und mit Steinwürfen abgewehrt; ein österreichischer Flieger über Verona. — In den Dardanellen wird das französische Unterseeboot „Mariotte“ vernichtet. — Der französische Dampfer „Danae“ sowie die englischen Dampfer „Firth“, „Brilon“, „Henry“, „Charles“, „Kathleen“, „Activity“, „Prosper“, „Perseus“ und „Grangewood“ von deutschen U-Booten torpediert.

Fremdenblatt

6. Juli 1915

Kriegskalender.

27. Juli: Südöstlich von Sokal erstürmen unsere Truppen eine für die Behauptung der Bugübergänge besonders wichtige Höhe; nördlich von Grubieszow werfen die Deutschen den Feind aus mehreren Ortschaften. Am Bug südöstlich von Pultusk hartnäckige Kämpfe; östlich und südöstlich Rozan dringen deutsche Truppen hinter dem geworfenen Feinde nach Osten vor; eine große, von den Russen aus der Linie Goworowo—Wyszkow—Serok einheitlich angesetzte Offensive von den über den Narew vorgedrungenen deutschen Truppen zum Stehen gebracht. In Kurland wird ein russischer Vorstoß aus Mitau abgewiesen; der weichende Feind zwischen Poswol und dem Njemen wird verfolgt. — Die Italiener greifen mit verstärkter Kraft abermals das Plateau von Doberdo an und erzielen trotz immenser Verluste keinerlei Erfolg. Teile unserer Flotte unternehmen einen erfolgreichen Angriff gegen die italienische Küste von Ancona bis Pesaro; ein italienischer Flieger wirft Bomben auf Riva ab. — In den westlichen Argonnen besetzen die Deutschen einige feindliche Gräben; in den Vogesen gewinnen die Franzosen die vordersten deutschen Gräben auf dem Lingekopf. — Die britischen Fischdampfer „Emblem" und „Honoria" von deutschen U-Booten versenkt. — Im Oberhause erleidet das englische Koalitionsministerium bei der Abstimmung über das Pensionsgesetz für Witwen und Invalide eine Niederlage.

28. Juli: Zwischen Weichsel und Bug und bei Sokal unternehmen die Russen eine Reihe heftiger, doch erfolgloser Gegenstöße; westlich Iwangorod bricht ein feindlicher Vorstoß in unserem Feuer zusammen. Vor Warschau wird der Ort Pierunow von den Deutschen erstürmt; nördlich von Serok beiderseits des Narew und südlich von Nasielsk scheitern russische Gegenangriffe; östlich und südöstlich Rozan schreitet der deutsche Angriff vorwärts; Goworowo ist genommen. — Die zweite Schlacht bei Görz endet mit einem vollen Mißerfolg der Italiener, die 100.000 Mann verloren haben, ohne unsere braven Verteidiger aus ihren ursprünglichen Stellungen hinausdrängen zu können. — In den Vogesen werden an der Linie Lingekopf—Barrenkopf französische Angriffe zurückgeschlagen und die gestern verloren gegangenen Gräben in erbittertem Kampfe von den Deutschen zurückerobert. — Ein deutsches U-Boot versenkt den amerikanischen Dampfer „Leelanaw", der Bannware an Bord führt; seit 18. Februar wurden 229 englische und 30 andere feindliche Schiffe torpediert.

29. Juli: An der Grenze zwischen der Bukowina und Bessarabien nehmen kroatische Landwehr und ungarischer Landsturm eine stark ausgebaute russische Stellung; bei Sokal werden erneut heftige Angriffe der Russen zurückgewiesen. In der Gegend südwestlich von Gora-Kalwarja werden die Russen zurückgeworfen; erneute russische Angriffe gegen die deutsche Front südlich des Narew und südlich Nasielsk scheitern unter schweren Verlusten. — Im Vorfelde des Brückenkopfes von Görz räumen die Italiener ihre Sturmstellungen; bei Marco im Etschtale wird ein feindliches Bataillon geworfen. — Im Kaukasus werden die Russen bei Grebodo geschlagen. — Note Englands an Griechenland über die Besetzung Mytilenes durch die Alliierten. — Das englische Unterhaus vertagt.

30. Juli: Westlich des Wieprz bis in die Gegend von Chmiel wird die feindliche Front in 25 Kilometer Breite durchbrochen; deutsche Truppen erkämpfen die Linie Piaski—Biskupice und die Bahn östlich davon; auch bei Kowala, Belzice, nordöstlich Krasnostaw und Woislawice dringen die verbündeten Heere in die feindlichen Linien ein; die Russen treten daher an dieser ganzen Front den Rückzug an; unsere Kavallerie rückt in Lublin ein; nordwestlich Iwangorod wird beiderseits der Radomka-Mündung an mehreren Stellen der Weichselübergang erzwungen; vor dem Angriffe überlegener feindlicher Kräfte nehmen die Verteidiger des Brückenkopfes von Sokal ihre Südostfront um einige hundert Meter zurück; alle weiteren feindlichen Angriffe werden hier abgewiesen. — Vereinzelte Vorstöße italienischer Abteilungen im Görzischen werden durchwegs abgewiesen. Auf Pelagosa erfolgreiches Gefecht eines k. u. k. Landungsdetachements mit italienischen Besatzungstruppen. — Im Priesterwalde beiderseits Croix de Carmes scheitert ein französischer Angriff; in den Vogesen an der Linie Lingekopf—Barrenkopf fortgesetzte Nahkämpfe. — Ein französisches Flugzeug über Beirut und Damaskus. — Der Papst richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Völker und ihre Herrscher.

31. Juli: In der Verfolgung des Feindes überschreitet der linke Flügel der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand die Bystra; deutsche Truppen nähern sich von Südwest der Stadt Cholm; die auf das rechte Weichselufer übergegangenen Truppen des Generaloberſten v. Woyrsch dringen trotz der Gegenangriffe eiligst herangeführter russischer Verstärkungen weiter nach Osten vor. — Im Kärntner Grenzgebiete wird der Angriff dreier italienischer Bataillone auf den Kleinen Pal vollends zurückgeschlagen; ebenso scheitert ein italienischer Vorstoß beim Paß Lodimut. — Die erbitterten Kämpfe um die Linie Lingekopf—Barrenkopf sind zu einem Stillstande gekommen; östlich von Ypern erstürmen die Deutschen den Westrand des Ortes Hooge sowie einen wichtigen Stützpunkt südlich der Straße nach Ypern zurück; der Bahnhof von Compiegne von den Deutschen beschossen; Bombenwürfe deutscher Flieger auf die Bahnhofsanlagen von St. Die, den Flughafen bei Nancy sowie auf Flughafen und Fabriken von Luneville. — Der Kaiser drückt in einem Armee- und Flottenbefehl an Erzherzog Eugen den Truppen und der Flotte für ihre herrlichen Waffentaten an unserer Südwestfront seinen Dank aus und verleiht dem Generaloberſten Erzherzog Eugen das Militärverdienstkreuz erster Klasse mit der Kriegsdekoration. — Anläßlich des Jahrestages des Kriegsbeginnes erläßt Kaiser Wilhelm einen Aufruf an das deutsche Volk.

Berner Bund
6./VIII. 1915

Japan und der europäische Krieg

Heute kehrt aus der italienischen Presse die Meldung wieder, daß zwischen Rußland und Japan eine Vereinbarung abgeschlossen worden sei, nach welcher Japan seine starken Munitionsreserven den Russen zur Verfügung stellen würde. Von unserm Pariser Mitarbeiter erhalten wir soeben einen Brief, der die Tagesfrage der Beteiligung Japans an den Kämpfen auf den europäischen Kriegsschauplätzen in ihrer geschichtlichen Entwicklung erörtert und dazu die Auffassung der französischen politischen Kreise wiedergibt. Er schreibt:

Um die letzte Jahreswende herum wurde in der französischen Presse die Frage einer japanischen Beteiligung an den Kämpfen auf den europäischen Kriegsschauplätzen eifrig diskutiert. Die Frage war in Frankreich von Männern aufgeworfen worden, die keine politischen Phantasten sind, u. a. vom ehemaligen Ministerpräsidenten Clémenceau und dem ehemaligen Minister des Aeußern Pichon. Der letztere ist ein guter Kenner des Orientes; er hat zur Zeit des Boxeraufstandes die französische Regierung am chinesischen Hofe vertreten. Man sprach damals allgemein die Ansicht aus, daß die japanische Waffenhilfe auf dem Kontinent erhältlich sei, wenn man den nötigen Preis ansetze. Als Kompensationsmöglichkeit wurde außer Geldentschädigung Indochina angegeben. Dagegen erhoben die französischen Kolonialpolitiker großen Widerspruch, und es entwickelten sich in der Presse hitzige Wortgefechte, die vielleicht dem politischen Burgfrieden hätten gefährlich werden können, wenn nicht die Japaner selbst allem ein Ende gemacht hätten. Ihre Presse ließ im Publikum keinen Zweifel darüber, daß Japan für eine Waffenhilfe in Europa nicht zu haben war. Die Sprache der Diplomatie wird nicht weniger deutlich gewesen sein; denn auch in den Kanzleien verstummte das Gerede von den Japanerheeren.

Diese kühle Absage war in den Ententekreisen für viele Leute eine Enttäuschung, besonders für solche, die ihre politischen Berechnungen nicht auf Gefühlsmomente abzustellen pflegen. Diese Leute hatten sich gesagt: Japan sieht klar ein, daß die Verbündeten gegen die deutsche Vorherrschaft in Europa kämpfen. Japan hat ein Interesse daran, daß Deutschland seine Gegner nicht niederwerfen kann. Nicht sowohl, weil es so bald die deutsche Rache für Tsingtau zu fürchten hätte, sondern weil es Gefahr läuft, daß die Russen sich aufs neue dem Orient zuwenden, wenn sie im Abendlande eine große Enttäuschung erleben. Japan aber muß im Orient allein sein, wenn es seine ehrgeizigen Pläne verwirklichen will. Man kann diesen Folgerungen eine gewisse Richtigkeit nicht absprechen. Zur Zeit des russisch-japanischen Krieges freute man sich in Deutschland über die russische Niederlage, weil Rußland der Verbündete Frankreichs war, weil man eine Schwächung des „Kolosses mit den tönernen Füßen" als vorteilhaft für Deutschland ansah. Vielleicht sähe heute Europa anders aus, wenn sich Rußland ungestört im fernen Osten hätte weiter entwickeln können. Sobald sich Rußland wieder Europa zuwendete, mußte der Streit um das Goldene Horn beginnen, mußte ausgefochten werden, wer Meister im nahen Orient war, wo der kranke Mann am Bosporus nicht mehr selbst Meister sein konnte. Deutschland hatte also gegenüber Rußland Interessen, die denen Japans, mit dem es seinerzeit sympathisierte, entgegengesetzt waren. Deutschland hätte ein Festlegen der russischen Macht im äußersten Osten wünschen müssen, während Japan wünschen muß, daß sich die russische Kraft in Europa betätigt.

Es zeigt sich nun, daß man sich getäuscht hat, wenn man glaubte, Japan verändere die Grundlagen seiner Politik. Bis die Ententemächte in der chinesischen Frage nachgaben, zeigte es sich spröde, und jetzt, wo die gewünschten Abmachungen mit China mit der Unterstützung dieser Mächte erreicht sind, beginnt Japan selbst von der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens auf einem der europäischen Kriegsschauplätze zu sprechen. Kein Geringerer als der Marquis Hayashi, Botschafter des Mikado am Quirinal, ergriff als erster in dieser Angelegenheit wieder das Wort und sprach davon, daß eine aktive Beteiligung Japans am europäischen Krieg in seinen Augen weniger eine Frage des Interesses als der Ehre sei. Und der selbstlose japanische Diplomat machte sich zum Anwalt der russischen Interessen im nahen Orient, damit Rußland freien Zutritt zum europäischen Markt habe. Um dieses zu erreichen, wäre eine Verengerung des russisch-japanischen Verhältnisses zu einer Allianz äußerst nützlich, diese Allianz bilde „den hauptsächlichsten Teil des politischen Credo des japanischen Volkes". Rußland in seiner augenblicklichen Bedrängnis hat zunächst durch den Mund seiner Presse diesen japanischen Antrag sehr freundlich aufgenommen, und die übrigen Ententemächte haben es dazu in jeder Weise ermutigt. Das offizielle Rußland ließ nicht lange auf eine Antwort warten, und Sasonow hat vor der Duma einen Satz gesprochen, der deutlich genug ist: „Unsere gegenwärtigen Bündnisbeziehungen zu Japan müssen die Vorläufer zu einem noch engeren Bündnis sein." Dieses engere Bündnis ist die Waffenbrüderschaft. Darüber war sich die Pariser Presse sofort klar. Das „Journal des Débats" schreibt unter heutigem Datum: „Das sind Worte, deren Bedeutung man nicht mißverstehen kann," und der „Temps" meint: „Das Problem der japanischen Beteiligung ist so in kategorischer Weise genauer festgelegt durch die Perspektive einer russisch-japanischen Offensiv- und Defensivallianz."

Nachdem der Botschafter Hayashi gesprochen und der russische Minister des Aeußern öffentlich geantwortet hat, ist die Frage der Verwirklichung des engern russisch-japanischen Bündnisses nur noch von den Bedingungen abhängig, über die wir, was die russischen Verpflichtungen angeht, noch nicht unterrichtet sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Bedingungen beiderseits und von seiten der Entente, die vielleicht auch einiges beisteuert, schon angenommen sind. Ueber die militärische Seite der Angelegenheit zu reden, ist nicht unsere Sache. Wir weisen nur darauf hin, daß sich in Frankreich Stimmen erheben, die die japanische Hilfe zunächst für die Dardanellen verlangen. So könne sie den Westmächten und Rußland zugleich am nützlichsten sein. Es gibt hier Leute, die glauben, die ganze Japanergeschichte sei ein diplomatischer Bluff, bestimmt, die Zögerungen der Balkanstaaten zu überwinden. Dieser Ansicht können wir nicht beipflichten. Zu einem solchen Manöver könnten sich so hochstehende Persönlichkeiten wie Sasonow und Hayashi nicht hergeben. Außerdem liegt, wie wir oben klarzulegen versuchten, die russisch-japanische Waffenbrüderschaft in der Logik der japanischen Politik.

Neues Wiener Tagblatt
6./VIII. 1915

Die ungarische Landeskommission zum Wiederaufbau verheerter Gemeinden.

Budapest, 5. August. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Unter Vorsitz des Geheimen Rates Grafen Karl Khuen-Hedervary konstituierte sich, wie berichtet, im Delegationssaale des Abgeordnetenhauses die Landeskommission für den Wiederaufbau der im Kriege verheerten ungarischen Ortschaften.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, worin er den Zweck auseinandersetzte, in dessen Dienste er die Blüte der ungarischen Gesellschaft einberufen habe. Im Interesse des Wiederaufbaues der durch den Krieg verwüsteten und verheerten Ortschaften seien bereits verschiedene Aktionen eingeleitet worden, und es sei notwendig, diese Aktionen einheitlich zusammenzufassen. Unter den Heimsuchungen des Karpathenlandes habe vorwiegend die fremdsprachige Bevölkerung gelitten, doch wolle die ungarische Nation, getreu ihren Ueberlieferungen, opferbereit allen Mitgliedern der Nation ohne Unterschied der Nationalität zu Hilfe kommen. Den ersten Schritt zur Hilfeleistung habe der Staat übernommen, dessen Aktion von der Gesellschaft in allen Richtungen unterstützt wird. Schließlich forderte Graf Khuen-Hedervary die Anwesenden auf, sich als Landeskommission zur Wiedererrichtung der im Kriege verheerten Orte zu konstituieren.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Worten des Vorsitzenden ergriff Magnatenhausmitglied Eugen v. Rakosi das Wort. Er schilderte in beredter Weise die Notwendigkeit der Aktion, von der er vollsten Erfolg erwarte. Hierauf erklärte Graf Khuen-Hedervary die Landeskommission für konstituiert. Gewählt wurden: zum Präsidenten der Landeskommission Graf Karl Khuen-Hedervary, zu Kopräsidenten Graf Julius Andrassy, Graf Albert Apponyi, Albert v. Berzeviczy und Graf Aladar Zichy.

Tägliche Rundschau
7./VIII. 1915

Die Rumänen „dies- und jenseits".

„Die von drüben" werden im Königreich Rumänien schlechtweg die in Ungarn lebenden Stammesbrüder genannt. In der kurzen Bezeichnung liegt etwas: man beschäftigt sich mit den Volksgenossen nördlich der Karpathen in Rumänien so viel und angelegentlich, daß dort jedermann ohne irgendeine nähere Bestimmung weiß, wer „die von drüben" sind. Das war nicht immer so. Das Land, erst seit 1881 Königreich, dessen Souveränität drei Jahre vorher durch den Berliner Kongreß anerkannt worden ist, hatte in der Jugendzeit seiner Selbständigkeit ausreichende Beschäftigung mit dem inneren Ausbau seiner staatlichen Formen, und nur allmählich fand man die Muße, sich auch um das Rumänentum jenseits der rot-gelb-blauen Grenzpfähle zu kümmern, wozu die Schwierigkeiten in der Behandlung der ungarischen Nationalitätenfrage mancherlei Veranlassung gaben. Gewiß ist die ungarländische oder die siebenbürgische Rumänenfrage von politischen Parteien in Rumänien oft genug nur als Agitationsmittel benutzt worden, damit man die eigene Regierung durch ein verfängliches Schlagwort in Verlegenheit bringe, aber wer sich heute im Lande unbefangen umhört, weiß, daß das Interesse der Reichsrumänen am Schicksal „derer von drüben" wirklich in allen Bevölkerungsschichten aufrichtig und tiefgehend ist. Auch im Deutschen Reich dauerte es eine geraume Weile, bis das Verständnis für den Begriff „Auslanddeutschtum" in weitere Volkskreise drang, aber der in völkischen Dingen normal gebildete Reichsdeutsche würde es jetzt auch als Beleidigung empfinden, wenn man ihm sagte, seine Anteilnahme am Deutschtum im Ausland sei nicht echt, er wolle durch die Arbeit auf diesem Gebiet und durch öffentliche Behandlung des Gegenstandes bloß seine Regierung verärgern.

Die dem Deutschen in reichem, zuweilen allzureichem Maße eigene Tugend der Gerechtigkeit gegen andere Völker befähigt ihn auch in diesem Fall, objektiv anzuerkennen, daß durch die Wirrnisse des gegenwärtigen Krieges und durch die Aussicht auf starke Veränderungen der Landkarte ganz ehrenwerte Politiker in Rumänien verleitet werden konnten, ihre Blicke sehnsüchtig über die Karpathengrenze schweifen zu lassen und mit dem ganzen Feuer ihres temperamentvollen und phantasiebegabten Volkstums auch praktisch dahin zu wirken, daß nationale Träume, zu denen die Völkerkarte Südosteuropas ausgiebige Anregung gibt, zur geschichtlichen Tat werden. Wer kann es dem Rumänen in Bukarest verübeln, wenn er, noch ermutigt durch uferlose Versprechungen englischer, französischer und russischer Großspekulanten, gern mit dem Gedanken eines rumänischnationalen Zwölfmillionenstaates spielt, der auf Kosten Siebenbürgen-Ungarns hübsch abgerundet und durch Bessarabien ergänzt wird, das Rußland um so hochherziger anzubieten geneigt ist, je weiter sich seine Verteidigungslinie nach Osten schiebt!

Die ruhig urteilenden Realpolitiker in Rumänien, die da wissen, daß Deutschen, Madjaren und Rumänen auf der Völkerscheide von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere sehr bestimmte weltgeschichtliche Aufgaben gestellt sind, haben unter diesen Umständen einen schweren Stand, zumal sie es unter den Gegnern ihrer Politik nicht nur mit heißblütigen, aber anständigen Fanatikern zu tun haben — deren Typus am reinsten im ehemaligen Kriegsminister Filipescu verkörpert ist —, sondern auch mit Volksbetörern weniger lauteren Charakters und obendrein mit einem Mitglied der Regierung von sehr anfechtbarer bürgerlicher Moral, dem hochgradig geschäftskundigen Finanzminister Costinescu (einschließlich Gattin und zwei Söhne); von diesem müßte sich das Kabinett Bratianu endlich befreien, um volle Aktionsfreiheit zu genießen. Es wäre somit verfehlt, wenn über das ganze Land und alle seine Führer rechts und links in wahlloser Verallgemeinerung geringschätzig geurteilt würde. Man muß gerade in diesen Tagen, wo der Vierverband mit so verzweifelter Leidenschaftlichkeit um die Gunst Rumäniens buhlt, im Land selbst gewesen sein und muß auch die stark südliche Eigenart dieses von überquellendem und ungestümem Lebensdrang beseelten Volkes kennen, um die eigentümliche Resultante in dem Parallelogramm wild sich bekämpfender Kräfte einigermaßen zu verstehen.

Das eine konnte ich jedenfalls während eines Aufenthalts in Rumänien um die Mitte des vorigen Monats einwandfrei feststellen: nirgends, abgesehen von vereinzelten oratorischen Leistungen in einem Kriegskonvent und von der Presse, die in russischem Sold steht, und abgerechnet die mit französischem Geld veranstalteten Kinovorstellungen, habe ich im öffentlichen Leben von Bukarest, das doch, genau so wie Paris in Frankreich, das Herz Rumäniens ist, einen Akt von Deutschfeindlichkeit beobachten können, und die, allerdings wenig verhüllte, Mißstimmung gegen Ungarn wird sich in dem Augenblick legen, wenn den ungarländischen Rumänen die politischen Zugeständnisse gemacht werden, die ihnen Graf Tisza heilig und teuer versprochen hat. In der Hand des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu liegt es, die Erfüllung dieser Versprechungen zu beschleunigen. Es darf behauptet werden, daß es am guten Willen des Herrn Bratianu nicht fehlt; er hat schon mancherlei getan, um die leichtfertigen Herausforderungen gegen Oesterreich-Ungarn einzudämmen — auf die Entfernung ist das nicht immer leicht zu erkennen —, aber er müßte freilich jetzt fester zugreifen, wenn er den Interessen der Rumänen von dies- und jenseits der Karpathen einen Dienst von historischer Bedeutung erweisen will. Die Wünsche der Rumänen in Ungarn sind gar nicht so hoch gespannt, wie man, auch in Rumänien selbst, gemeiniglich annimmt; sie bewegen sich, wie ich mich in eingehenden Unterredungen mit rumänischen Vertrauensmännern in Siebenbürgen überzeugt habe, streng im Rahmen des ungarischen Staatsrechtes. Die Gewalt der Ereignisse dieser Tage — Warschau, Iwangorod — gibt dem leitenden Staatsmann in Rumänien die brauchbarste Handhabe, um dem leitenden Staatsmann in Ungarn ein Entgegenkommen zu erleichtern. Das Rumänentum jenseits der Karpathen könnte es vor der Geschichte schwer verantworten, wenn es durch mangelnde Entschlußfähigkeit die Verständigung zwischen Madjaren und Rumänen hintanhielte. Und diese Verständigung ist eine Lebensfrage der beiden Völker. Für Rumänien aber ist das Kokettieren mit dem entfernten Frankreich und mit dem für die Donaumündungen bedrückend nahen Rußland ein allzu kostspieliger Sport; nur die Todfeinde Rumäniens können das Land in dem Glauben an die Zweckmäßigkeit dieser Beschäftigung bestärken.

Lutz Korodi.

Vossische Zeitung
7. VIII. 1915

Nationalliberale Auseinandersetzungen.

Die „Nationallib. Korresp." hat am Mittwoch geschrieben:

> „Verschiedene Aeußerungen in der Presse und in Versammlungen unserer Partei aus jüngster Zeit haben angeblich den Eindruck hervorgerufen, als ob den leitenden Stellen im Reiche von seiten unserer Partei ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht werde. Sollte dieser Eindruck wirklich vorhanden sein, so würde er durch die einfache Tatsache zerstreut werden, daß in der nationalliberalen Parteileitung von einem derartigen Mißtrauen nicht das mindeste bekannt ist."

Die Verhandlungen des Zentralvorstandes der Nationalliberalen würden darüber volle Klarheit bringen. Von maßgebender Seite der nationalliberalen Partei, d. h. von einem Mitglied ihres Geschäftsführenden Ausschusses, wurde uns dazu mitgeteilt, daß dieser Auslassung der „Nationallib. Korresp." ein parteiamtlicher Charakter nicht beizumessen sei. Heute erklärt die „Nationallib. Korresp." mit dem Bemerken, es scheine hier ein Spiel mit Worten getrieben zu werden:

> Der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses hat in jener „Auslassung" festgestellt, daß in der Parteileitung, d. h. in dem Geschäftsführenden Ausschuß und in den Fraktionsvorständen, von einem Mißtrauen der nationalliberalen Partei gegenüber der Reichsleitung nicht das mindeste bekannt sei.

Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei ist Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Friedberg, der Vorsitzende der nationaliberalen Landtagsfraktion. Zu der neuen Erklärung der „Nationalliberalen Korresp." wird uns von nationalliberaler Seite mitgeteilt, daß jedenfalls die von dem Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses hier genannten Organe der Parteileitung, nämlich der Geschäftsführende Ausschuß und die Fraktionsvorstände, mit der Veröffentlichung der „Nationallib. Korresp." gar nicht befaßt worden sind.

Kölnische Zeitung
7./VIII. 1915

Kriegsnotwendigkeiten.

Die Franzosen und Engländer als Zerstörer der Kunstdenkmäler an der Westfront.

In der feindlichen Presse und von einem guten Teil der neutralen Stimmen wird noch fortgesetzt Deutschland die Beschießung der in der Kampflinie liegenden Städte als ein Akt unerhörter Barbarei vorgehalten. Zumal die französischen Zeitschriften bringen fast in jeder Nummer das Bild irgendeines durch die kriegerischen Operationen beschädigten Ortes oder Denkmals, von den gehässigsten Ausfällen begleitet, die gegen die Überlieferung dieser Blätter ebenso wie gegen den einfachen literarischen Anstand verstoßen. Wie einst nach dem ersten Bombardement von Reims der französische Minister des Äußern der Welt mitteilte, daß die deutschen Truppen, „ohne sich auch nur auf den Schein militärischer Notwendigkeit berufen zu können, einzig aus Zerstörungslust" zu dem Angriff übergegangen seien, so wird jetzt ein systematischer Vernichtungstrieb oder der Hang zu willkürlichen Gewalttaten als Grund einer jeden solchen Beschießung untergeschoben, — wider besseres Wissen untergeschoben. In dem Falle Reims weiß die Welt längst aus den Zugeständnissen der französischen und englischen Blätter selbst, daß es die französische Besatzung der Stadt war, die den einen Turm der Kathedrale zu einem Beobachtungsposten gemacht hatte, die im Schutze der Kathedrale ihre verhängnisvollen Batterien aufstellte. Auch vor dem Fall von Mecheln und Antwerpen behaupteten unsere Gegner mit eiserner Stirn, die Türme der Kathedralen seien niemals für kriegerische Zwecke benutzt worden, und dabei brachte die New York Tribune selbst die Photographie eines belgischen Offizierspostens auf dem Antwerpener Turm in Tätigkeit. In den beiden Fällen haben wir nach der Einnahme die deutlichsten Spuren eines dauernden Beobachtungsstandes, sogar mit Telephonleitung, in den obersten Turmstuben festgestellt. Nicht um den törichten Vorwurf der blindwütigen Barbaren zurückzugeben, sondern nur um die furchtbare Notwendigkeit des Krieges zu zeigen, deren Logik sich jene feindlichen und neutralen Stimmen böswillig zu entziehen suchen, ist es von Wert, festzustellen, was die Franzosen und neben ihnen die Engländer und die Belgier selbst an unserer Westfront in der Kampflinie zwischen Nieuport und Belfort zerstört haben.

Da ist vor allem die Stadt Dixmuiden, die, in dem Kampf um ihren Besitz von beiden Seiten schon beschossen, dem systematischen Bombardement der Engländer und Belgier zum Opfer gefallen ist. Die ganze einst so blühende Stadt, die auf einer ganz leichten Bodenwelle über dem Yserkanal sich aufbaut, von dem alten Sanderus „flos et lumen Flandriae" getauft, ist jetzt nur noch eine Trümmerstätte. Die riesige St. Nikolauskirche, als Erweiterung eines einst romanischen Baues im 13. und wieder im 15. Jahrhundert in den großartigsten Formen angelegt, die neben den Kirchen von Gent, Brügge, Ypern und Tournai die mächtigste gotische Schöpfung des flandrischen Landes darstellt, ist in sich zusammengesunken. Noch stehen die Reste der drei Chöre, steht der Giebel des nördlichen Querschiffes und ein Stumpf des Turmes, aber die Südmauer ist schon ganz eingestürzt, die Arkaden des Langhauses sind sämtlich zusammengebrochen. Im Chor stehen noch, durch die Granaten schwer beschädigt, die drei aus schwarz-weißem Marmor aufgeführten Spätrenaissancealtäre, deren mittlerer das berühmte Bild der Anbetung der Könige von Jordaens, eines der Hauptwerke des Meisters vom Jahre 1644, enthielt. Ganz zerschossen ist auch das Tabernakel auf der Nordseite des Chores, aus der Schule des Cornelis Floris. Der schmerzlichste Verlust aber ist der kostbare Lettner, unter all den Lettneranlagen Belgiens der bedeutendste und großartigste, reicher und üppiger als die vier übrigen Lettner, der bei dem Brande von Löwen mit der übrigen Ausstattung der Peterskirche glücklich unversehrt erhaltene frühe Lettner, der von Aerschot, Tessenderloo und Lier. Es war ein Werk in dem verwegensten Stile fleuri, in dem die ausklingende Spätgotik schon ganz mit Renaissancemotiven durchsetzt war, in der Schmuckfülle an spanische Arbeiten erinnernd. Der Lettner war um das Jahr 1535 entstanden, die figürlichen Skulpturen waren zumeist am Ende des 16. Jahrhunderts neu hinzugefügt. In dem verschwenderischen Reichtum und der raffinierten Feinheit der ornamentalen wie der plastischen Werke stellte er alles in den Schatten, was in dieser Zeit der verklingenden Spätgotik geschaffen ist. Der Lettner von Dixmuiden war ebenso ein Höhepunkt der belgischen Skulptur des 16. Jahrhunderts, wie die Portalplastik von Reims ein Höhepunkt der französischen Plastik des 13. Jahrhunderts war. Und dieses Wunderwerk haben die englischen Granaten — man darf sagen: restlos bis auf einen wüsten Haufen kleiner Brocken — zerstört. Zerstört sind auch alle die übrigen Bauten von Dixmuiden, die Beguinage am Yserkanal mit ihrer Kapelle und ihren kleinen saubern Häuschen, zerstört ist auch der Prachtbau des Rathauses am Markt, der nach dem Vorbilde des Rathauses von Oudenarde und St. Nicolas entstanden war.

In jenem Teil von Flandern, der jetzt so schwer unter den Beschießungen gelitten hat, sind durch die englischen Geschütze völlig zerstört die Kirchen zu Messines, Witschaete, Hollebeke, zu Langemark, Poelcapelle, Becelaere und andere mehr. Schwer beschädigt sind die Kirchen zu Bladesloo, Cessen, Westroosebeke. In Messines ist auch die große königliche Anstalt für die Erziehung von Töchtern alter Militärs, eine Stiftung der Kaiserin Maria Theresia in den Gebäuden der einst von der Tochter des Königs Robert von Frankreich errichteten Benediktinerabtei, gänzlich und systematisch zerschossen. Völlig zerschossen ist das alte Schloß in Hollebeke und das neue Schloß in Voormezele, ganz zu schweigen von den Zerstörungen, die die belgischen und englischen Geschütze in Westende und an der weitern Seefront angerichtet haben. In Warneton, südlich von Ypern, ist das Langhaus der großen gotischen Kirche durch das englische Bombardement völlig zerstört. Bis jetzt ziemlich unberührt geblieben ist noch der Chor, der eine geschlossene prunkvolle barocke Dekoration enthält, ein Chorgestühl so schön, wie nur die reichen Barockkirchen von Brabant es zeigen. Wird es auch im weitern Verlauf des Krieges unversehrt bleiben? Gar nicht aufzuzählen ist die Reihe der Orte, die an der Nord- und Nordwestfront zerstört sind. Zwischen Armentières und Arras sind die vordersten Ortschaften jetzt von den Bewohnern völlig geräumt, systematisch entzweigeschossen, zumal die Kirchen immer zuerst zerstört. Die Kirche in dem vielgenannten La Bassée zeigt ein Bild vollkommener Verwüstung, die Westfront total zertrümmert, die Gewölbe durchgeschlagen.

An der französischen Westfront sieht es nicht anders aus. Hier ist am meisten zu beklagen der Verlust der schönen Peterskirche zu Roye. Der weiträumige dreischiffige Bau mit Umgang um den Chor vom Anfang des 16. Jahrhunderts war eines der schönsten und geistreichsten Denkmäler jener schon mit einzelnen dekorativen Renaissancemotiven durchsetzten Gotik. Der feingegliederte, ganz aufgelöste Vierungsturm ist eingestürzt, die Westfront von französischen Granaten durchschlagen, im Langhaus sind alle Gewölbe zusammengebrochen, dabei sind auch in den Seitenschiffen die reichen, viel gerühmten spätgotischen Glasgemälde unwiederbringlich in tausend Stücke zersprungen. Durch die schon monatelang dauernde Beschießung in der Gegend von Noyon, das auch auf die Stadt selbst gerichtet ist und durch das dauernd die herrliche Kathedrale gefährdet wird, sind eine ganze Reihe von Schlössern in der Umgegend völlig zerstört, darunter das hochgelegene Schloß Larbroye. Das südwestlich von Noyon gelegene Schloß Mont Renault, der Sitz des Marquis d'Escayrac-Lauture, ein schöner weithin sichtbarer regelmäßiger Bau des 18. Jahrhunderts, war bisher noch verschont geblieben. Erst im Anfang Juni ist es von den französischen Batterien unter Feuer genommen und zerstört worden. Schmerzlicher noch ist, daß die französischen Granaten die alte Abtei von Ourscamp in Brand geschossen haben. Vor der Kirche der ehemaligen frühgotischen Cistercienserabtei, von der

Kölnische Zeitung
2. VIII. 1915

11

33

Kriegsverwüstungen.

längst nur noch die mächtigen Ruinen erhalten waren, ist im 18. Jahrhundert mit Einziehung der Kirchenfront ein mächtiges Gebäude angelegt worden, eine der schönsten und großartigsten barocken Fronten Frankreichs. In der einen Hälfte, zusammen mit dem weitgedehnten gotischen Klostergebäude, war unter Beibehaltung der Architektur eine Fabrik eingerichtet. Das alles ist jetzt ausgebrannt und zerstört. Nördlich von Reims haben vor allem die schönen frühgotischen Bauten der Kirche von Brimont und Bourgogne durch die französischen Granaten schwer gelitten. In dem schmalen Zipfel des Argonner Waldes nordwestlich von Verdun, wo so schwer gekämpft worden ist, ist fast jede Kirche, jedes Schloß zerstört, und die Franzosen haben sich bemüht, mit ihren weittragenden Geschützen auch nach dem Vorrücken der Front nach Süden jedes irgendwie auffällige Bauwerk in Trümmer zu schießen, in der Annahme, daß sie damit eine Unterkunftsmöglichkeit der deutschen Truppen zerstörten. Besonders schwer sind dann die Beschädigungen in der Ebene der Woëvre und an der Côte Lorraine, vor allem in dem so heiß umstrittenen Zwickel, in dessen Spitze das von uns besetzte und in eiserner Hand gehaltene St. Mihiel liegt. In dem gänzlich zerstörten Etain ist die dreischiffige gotische Kirche durch die französischen Granaten aufs schwerste beschädigt. Das Langhaus war ein merkwürdiger frühgotischer Bau von schweren Formen mit auffallenden niedrigen Arkaden, an den sich ein spätgotischer Chor mit reichen Maßwerkfenstern anschloß, die Hochmauer mit einer herumgeführten Balustrade gekrönt. Das Dach ist abgebrannt, das Gewölbe des Chores durch eine schwere Granate durchschlagen, das Innere ist ausgebrannt, dabei ist der Steinmantel völlig ausgeglüht und zersprungen. Das kostbarste Kunstwerk der Kirche, die große Pieta des Ligier Richier vom Jahre 1528, ist schon im Dezember durch uns mit großer Mühe und äußerster Sorgfalt abtransportiert worden und hat in der Templerkapelle in Metz Aufstellung gefunden. Dorthin hat auf Veranlassung der Heeresleitung der Direktor des Metzer Museums auch noch zwei andere hervoragende Kunstwerke gerettet, den entzückenden dreiteiligen Sandsteinaltar aus Hattonchâtel vom Jahre 1523, der gleichfalls dem Ligier Richier zugeschrieben wird, und endlich die lebensgroße Holzgruppe der Maria und des Johannes aus der Abteikirche St. Michel in St. Mihiel. Die beiden erstgenannten Kunstwerke wären bei dem Voranschreiten der Zerstörung der beiden Kirchen unzweifelhaft zugrunde gegangen, wenn nicht die deutsche Verwaltung hier diese Arbeiten in Schutzhaft genommen hätte, um auf diese Weise der französischen Kunst die Schöpfungen eines ihrer Renaissance-Hauptmeister zu erhalten. Schwer gelitten hat in der Ebene der Woëvre auch die Kirche von Rouvres, deren gotischer Turm den Granaten als Ziel gedient hat; selbst in dem weiter zurückgelegenen Thiaucourt hat noch eine französische Granate den Chor getroffen und hier die Fenster zerrissen. Am meisten gefährdet sind die Denkmäler in dem ehrwürdigen St. Mihiel an der Maas. Die ganze Stadt liegt dauernd unter dem Feuer der französischen Batterien, die das Maasviertel gänzlich zerstört haben. Hier hat die spätgotische Hallenkirche St. Etienne durch die Beschießung schwer gelitten. Alle Fenster sind zerrissen, die Glasmalereien zersprungen, der Turm und die Südseite zeigen die Breschen von schweren Granaten. Ein im Innern geplatztes Geschoß hat die benachbarten Pfeiler verletzt und auch der im dritten Joch des südlichen Seitenschiffes in einer Nische eingebauten Grablegung von Ligier Richier erheblichen Schaden zugefügt. Diese aus 13 lebensgroßen Figuren bestehende Gruppe ist das Hauptwerk des in St. Mihiel geborenen Meisters, der dieser seiner Vaterstadt hierin das würdigste Denkmal gesetzt hat. Der große, freie und doch bewegte und nach starkem Ausdruck suchende Stil des lothringischen Meisters feierte hier seinen höchsten Triumph. Um dieses Denkmal gegen weitere Beschädigungen durch französische Granaten zu sichern, ist es von innen mit einem Bohlenbeschlag und dann mit einer dichten Packung von Sandsäcken geschützt worden, und eine ebensolche Packung sucht auch das Außendach der Kapelle, die die Skulptur birgt, gegen die französischen Granaten zu schützen. Gegen einen Volltreffer aus einem schweren Geschütz wird freilich auch diese Maßregel keinen genügenden Schutz bieten. In der Abteikirche von St. Michel, mit ihrer merkwürdigen Mischung von Spätgotik und Barock, haben die Schrapnelle das Dach und das Gewölbe durchschlagen und in den Pfeilern vielfache Spuren hinterlassen. Der Turm ist, zumal von der Südwestseite her, stark unter Feuer genommen worden. Auch hier sind alle Fenster zersprungen. Der große barocke Bibliotheksaal der alten Abtei, der die kostbare Büchersammlung des Klosters zusammen mit der bis auf den heutigen Tag fortgeführten Kommunalbibliothek enthielt, ist gerade in der Mitte des Saales durch ein Schrapnell getroffen worden, das die schöne und reiche Stuckdecke zerrissen hat und sowohl den geschnitzten Schränken, wie den reichen und kostbaren Lederrücken der Bücher schweren Schaden zugefügt hat. Auch hier hat sich die deutsche Verwaltung bemüht, wenigstens die kostbarsten Teile der Bibliothek in Schutzhaft zu nehmen, um sie vor weitern Zerstörungen zu behüten.

In allen diesen Fällen sind es die Franzosen und ihre Verbündeten, die, wir sagen gerechterweise nicht: aus reiner Zerstörungssucht, sondern die um desselben militärischen Muß willen wie wir, den schweren Forderungen des Krieges gehorchend, kalten Blutes, wenn auch vielleicht nicht leichten Herzens, ihre eigenen Kunstwerke und Denkmäler zerstört haben, haben zerstören müssen. Und angesichts dieser tragischen Notwendigkeit, die wir ohne ein Gefühl des Triumphes, nur um der ausgleichenden Gerechtigkeit willen festnageln, richtet sich das unsinnige Geschrei von den deutschen Barbaren, den Denkmalverwüstern von selbst — oder der Vorwurf fällt auf die Ankläger zurück.

Vossische Zeitung
7./VIII. 1915

Der Kampf in der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische „Berner Tagwacht", die von der Minderheit in der deutschen Sozialdemokratie als Hauptorgan für ihre Angriffe gegen den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion angesehen wird, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 4. August mit der Einleitung: „Man schreibt uns aus Deutschland", einen Artikel, der ganz besonders bemerkenswert ist für die Art, wie in der Partei der Kampf gegen die Parteileitung geführt wird. Es heißt da:

> Die Methoden der Reptilienpresse und des Reichslügenverbandes sind auf die offizielle Partei übergegangen. Die reaktionäre Demagogie hat in den Vorkämpfern für „Freiheit und Gleichheit" gelehrige Schüler gefunden. Die Einheit der Partei war nicht in Gefahr, so lange sich Parteitagsminderheiten offen gegen eben gefaßte Parteitagsbeschlüsse auflehnten, so lange eine Clique von Marodeuren in den „Soz. Monatsheften" das theoretische Fundament der Partei planmäßig unterwühlte, so lange die Generalkommission der Gewerkschaften dem Parteivorstand, ihrem Gefangenen, unter unausgesetzter Dämpfung und Verwässerung des Klassenkampfgedankens die opportunistische Taktik diktierte. Die Parteieinheit erlitt auch keinen Schaden durch das wutschnaubende Gebelfer Heines gegen die „Quertreiber", durch das zielbewußte Hinarbeiten Kolbs auf die Umwandlung der sozialdemokratischen Kampfpartei in eine bürgerlich-nationalistische Reformpartei, durch die Erklärung zahlreicher Sozialimperialisten für Länderraub und Völkerknechtung, durch die Ankündigung des Bauarbeiter-Organs, „daß die Gewerkschaften groß und stark genug seien, um ihrerseits das Aktionszentrum zu schaffen", falls die Partei nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Für alle diese offenkundige Parteizerrüttung hatte und hat der Parteivorstand weder Auge noch Ohr.
>
> Sobald aber die Minderheit vom 4. August den Versuch unternahm, von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen, sobald sie daran ging, den Gedanken des Klassenkampfes, der mehr als fünf Jahrzehnte Seele und Leitstern der sozialdemokratischen Bewegung gewesen, auch während des Krieges zu propagieren, sobald sie sich anschickte, der parteiverderblichen und parteizerrüttenden Taktik der nationalen Verbrüderung und sozialimperialistischen Irreführung der Massen die „alte, bewährte, sieggekrönte", einzig parteierhaltende Taktik der revolutionären Energie und der Machteroberung durch Klassenkampf entgegenzusetzen — erhob sich die offizielle Parteileitung in ihrer strahlenden Würde als berufene Hüterin der Parteieinheit, um die vollen Schleusen sittlicher Entrüstung zu entladen und ein donnerndes Anathema gegen die Parteiverderber und Parteizerstörer zu schleudern. Ihr Umstürzler im Minderheitslager, ihr sträflichen Hetzer und Wühler um Liebknecht, ihr Feinde der gottgewollten Ordnung innerhalb des sozialdemokratischen Parteiparadieses, ihr parteistaatsgefährlichen Elemente und Anstifter polizei- und instanzenwidriger Umtriebe — seid verflucht!

Zum Schluß wird dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion, dem Parteiausschuß das Recht bestritten, sich als Repräsentation der Parteimehrheit zu fühlen und als Vollstrecker des proletarischen Massenwillens zu gebärden, denn diese Instanzen seien „vereidigt und verpflichtet auf die Politik der Partei vor dem 4. August; für die Politik nach dem 4. August haben sie kein Mandat".

Neue Freie Presse
7. VIII. 1915

Jahresversammlung des Deutschamerikanischen Nationalbundes.

Stellungnahme gegen die Munitionsausfuhr und die Haltung der amerikanischen Regierung Deutschland gegenüber.

San Francisco, 5. August.

Durch Funkenspruch wird von dem Berichterstatter des Wolffschen Bureaus in Newyork gemeldet:

Die Jahresversammlung des Deutschamerikanischen Nationalbundes hat einstimmig Resolutionen angenommen, in denen die Loyalität der Deutschamerikaner zum Ausdruck gebracht, aber gegen den unsittlichen Waffen- und Munitionshandel mit England Verwahrung eingelegt wird; weiter wird darin die Haltung der amerikanischen Regierung Deutschland gegenüber verurteilt. Da der Kongreß erst im Dezember zusammentritt, ist eine Verwirklichung der Entschließungen zunächst nicht zu erwarten, sie sind aber immerhin für die Haltung eines großen Teiles des amerikanischen Volkes bezeichnend.

Der Weltkrieg und die katholische Kirche.

Von **August Erdmann**, Mitglied des Reichstages.

Das Oberhaupt der römisch-katholischen Christenheit bewahrt in dem Weltkrieg Neutralität, weil Religion und Politik ihn gleichermaßen dazu nötigen. Er tritt mit immer erneuten Kundgebungen für den Frieden ein und weist Priester und Gläubige immer wieder an, für den Frieden zu beten. Nun sind die Katholiken Angehörige nicht nur einer internationalen Glaubensgemeinschaft, sondern auch einer nationalen Volksgemeinschaft. Während sie als Katholiken für den Frieden beten sollen, haben sie als Volksgenossen zunächst den Sieg der eigenen Sache im Auge, und weist der Papst sie hin auf Menschlichkeit und Barmherzigkeit, so stehen sie andererseits unter dem nationalen Gebot der „Kriegsnotwendigkeit", müssen sie den Krieg führen mit der Aufgabe, den Gegner zu vernichten mit all den Mitteln, die die moderne Kriegstechnik zu diesem Zwecke ersonnen hat. So kann es vorkommen, daß der Papst den Katholiken einen allgemeinen Bittgottesdienst verordnet und dazu den Wortlaut eines Gebets um Frieden, um Beendigung des furchtbaren Blutvergießens, um Erfüllung der Menschen mit friedfertiger und barmherziger Gesinnung vorschreibt, und zur selben Zeit ein namhafter Katholik und Zentrumsmann in der Presse*) einen Artikel mit der Ueberschrift: „Nur keine Sentimentalität!" veröffentlicht, worin es heißt:

Jeder Tag, an dem England die Ernährung unseres Volkes durch die Seesperre zu vereiteln sucht, soll beantwortet werden durch Schrecken und Tod, den deutsche Flugschiffe in die Reihen des englischen Volkes tragen. Warum hier Rücksichtnahme geübt werden sollte, ist ganz unverständlich und unbegründet. Alle Mittel, die die deutsche Technik und deutsche Chemie unserer Vaterlandsverteidigung bietet und bieten kann, sind gerade gut genug, um nach England die Schrecken des Krieges zu tragen. Wenn wir es verstehen, Feuer vom Himmel regnen zu lassen, warum sollte es nicht angewendet werden?

Und zur selben Zeit, wo der Papst seine Ansprache im Konsistorium hält, worin er bedauert, daß „der unheilvolle Krieg oder vielmehr das Gemetzel" noch kein Ende nehme, bringen die „Historisch-politischen Blätter" einen Artikel, worin es heißt:

Ist es nicht eine Lust zu leben in dieser großen Zeit? Dieses Wort jubelt wieder durch alle Herzen, es leuchtet aus der stillen Liebestätigkeit unserer Frauen, aus dem unverzagten Trutzgesang unserer braven Krieger und es glüht wie ein heiliges Feuer in unserer Brust, wenn wir vom Heldenmut und vom großen Sterben unserer Soldaten hören und lesen. Ja, es ist eine Lust, jetzt zu leben!

Der Zwiespalt der Pflichten, die dem Katholiken als Angehörigen einer internationalen Glaubensgemeinschaft und einer nationalen Volksgemeinschaft obliegen, macht sich schon in den Kundgebungen der Bischöfe der einzelnen Länder geltend. Zwar treten auch diese für den Frieden ein, aber auch für die Sache ihres Volkes, sie preisen dessen Kriegstaten und wünschen ihnen Erfolg bis zum völligen Sieg. Das geschieht je nach dem Wesen des Volkes und seiner militärischen Lage mit verschiedenem Temperament. Die Kundgebungen der deutschen und österreichischen Bischöfe sind maßvoll in der Form, die der französischen und belgischen Oberhirten zeugen von großer Erregung. Und mehr noch macht sich dieser Unterschied in der katholischen Presse der verschiedenen Länder und in den mancherlei Aeußerungen von Geistlichen und Laien bemerkbar, die sich auf allen Seiten weniger Zurückhaltung auferlegen zu dürfen glauben als Papst und Bischöfe. Auf der Seite der deutschen und der österreichischen Katholiken besteht der Wille zum Siege nicht minder als auf der Seite ihrer französischen und belgischen Glaubensgenossen. Und beide Seiten rechtfertigen diesen Willen zum Siege nicht bloß aus nationalen Gründen, sondern auch durch die Rücksicht auf die katholische Sache. In einer Schrift: „Der Krieg und der Katholizismus", legt Dr. Heinrich Schroers, Professor der katholischen Theologie an der Universität Bonn, eingehend dar, daß die Zentralmächte siegen müssen, wenn anders der Katholizismus vor Schaden bewahrt bleiben soll. Endige der Krieg mit einem Triumph Frankreichs, so sei die bisherige Regierung, also die Herrschaft des Antiklerikalismus, dort auf lange Zeit gefestigt. Die Lücke im Programm der Radikalen: Aufhebung der Unterrichtsfreiheit und die allgemeine zwangsmäßige Einführung der atheistischen Staatsschule, sei dann gefüllt und die französischen Katholiken ständen dann vor dem letzten Abgrund. Ein Sieg Deutschlands aber würde die Läuterung und Verjüngung, die sich seit einem Jahrzehnt im religiösen Leben Frankreichs bemerkbar machte, wesentlich stärken; der „neue Katholizismus" warte dort nur auf die große Stunde der Freiheit und Gerechtigkeit, und das deutsche Schwert, so hofft Schroers, werde sie herbeiführen. Im Osten trage, wie Frankreich im Westen, Rußland Glück und Unglück für den Katholizismus unter seinem Kriegsmantel. Ein Sieg Rußlands bedeute für den ganzen Osten den Sieg der griechischen über die römische Kirche, bedeute die Herrschaft des Zaren über das ganze Slaventum, und ein in seinen slavischen Ländern zertrümmertes Oesterreich bedeute zugleich eine Zertrümmerung Roms. Zwar bedarf es, wie Schroers meint, der religiösen Zukunftsfragen nicht, um die deutschen Katholiken mit stürmischer Kampfbegeisterung zu erfüllen; aber es kann doch „nichts schaden, wenn wir bedenken, daß unsere Brüder und Söhne, indem sie für des Vaterlandes Sicherheit Blut und Leben opfern, zugleich auch dem Besten ihrer Kirche dienen".

Ungefähr so, wenn auch, wie es ihrer Art entspricht, deutlicher, entschiedener und leidenschaftlicher, sagen es auch die französischen Katholiken von ihrer Sache. Die Erregung bei den Katholiken (Klerikalen) richtet sich nicht nur gegen den Gegner im allgemeinen, sondern hat sich zu einem Kampf der Katholiken untereinander ausgewachsen, zu einem Kampf über die „wahre" Vaterlandsliebe und das „wahre" Christentum, zu einem Kampfe, der mit minder schlimmen Waffen, aber nicht mit minderer Erbitterung als der da draußen im Felde geführt wird. Die Franzosen haben diesen Kampf auf breitester Grundlage, unter dem Schutze und der Mitwirkung auch der hohen Geistlichkeit ins Werk gesetzt. In Frankreich hat sich unter den dortigen Katholiken ein Comité für die französische Propaganda im Ausland gebildet, dem zwei Kardinäle, eine Anzahl Bischöfe, hervorragende Mitglieder der Akademie, Politiker, Publizisten und Gelehrte angehören. Unter dem Schutze dieses Comités hat Monseigneur Baudrillart, Rektor der katholischen Universität, ein Buch: „Der deutsche Krieg und der Katholizismus", herausgegeben, dessen Verfassern Kardinal Amette in dem einleitenden Empfehlungsschreiben bekundet, daß sie Männer von einer sicheren Lehre und einer vollkommenen Treue gegen die Kirche seien. Das Buch, das in sechs Sprachen übersetzt und in der ganzen Welt verbreitet werden soll, bemüht sich um den Nachweis, daß Deutschland den Krieg verschuldet habe, daß es ihn unmenschlich führe, daß es ihn besonders grausam gegen Kirchen und deren Diener führe und daß es in letzter Linie ein Krieg des protestantischen und heidnischen Deutschlands gegen den Katholizismus sei. Die katholische Presse Deutschlands stempelt das Buch als ein verleumderisches Machwerk, als ein Erzeugnis der schlimmsten Schund- und Schmutzliteratur.

*) Genosse Erdmann, der diesen Artikel für die „Neue Zeit" geschrieben, hat natürlich die Blüten des kriegerischen „Christentums" im Reiche gesammelt. Unsere christlichsoziale Presse hat aber noch ganz andere Blüten gezeitigt. Man denke nur an die freudige Genugtuung der „Reichspost" über die Versenkung der „Lusitania".

Arbeiterzeitung
7. Juli 1915

Der Weltkrieg und die katholische Kirche.

Zu seiner Abwehr hat sich ein aus namhaften Katholiken Deutschlands bestehender ständiger Arbeitsausschuß gebildet, der in einer öffentlichen Erklärung das französische Buch scharf verurteilt und demnächst eine Gegenschrift erscheinen läßt. Die beiden deutschen Kardinäle Hartmann (Köln) und Bettinger (München) haben in einem Telegramm an den deutschen Kaiser ihrer „schmerzlichen Entrüstung" über das Buch Ausdruck gegeben und Beschwerde beim Papst in Aussicht gestellt.

Die deutschen Katholiken fühlen sich durch die heftigen Angriffe, die ihre französischen Glaubensgenossen gegen Deutschland richten, mit getroffen, sie wehren sich aber auch gegen die Auffassung, die Sache Frankreichs mit dem Katholizismus, mit der Kirche, ja mit dem Herrgott selber gleichzusetzen. Und nicht nur gegen die französischen, sondern auch gegen italienische Katholiken richten sie ihre Beschwerden. Von den 35 katholischen (klerikalen) Abgeordneten, die in der italienischen Kammer sitzen, haben 32 für die Kriegspläne des Ministeriums Salandra gestimmt. „Wehe den Feigen!" — ruft Dr. Julius Bachem im „Tag" den katholischen Abgeordneten und Politikern zu. Wenn jetzt über Jahr und Tag Italien aus tausend Wunden bluten müsse, so würden „kaum weniger Schuld als die Verbrecher, welche das Land in den Krieg gehetzt haben, die Feigen tragen, die den Hetzern nicht die Stirn zu bieten wagten" — wobei er als erschwerend anführt, daß noch wenige Tage vor der Kriegssitzung des italienischen Parlaments die Katholiken Italiens dem König eine von sechzig Erzbischöfen und Bischöfen unterzeichnete Einspruchserklärung gegen den Krieg überreicht hätten.

Der Papst, der mit Eifer und Entschiedenheit für den Frieden eintritt, sieht die katholische Christenheit in einen doppelten Krieg verwickelt. Sie kämpfen im Felde widereinander mit der Waffe und hinter der Front mit der Feder und mit dem Wort. Das kriegerische Gebot des Nationalismus hat über den versöhnlichen Internationalismus des Glaubens den Sieg davongetragen. Und selbst in der am festesten gefügten Organisation der katholischen Kirche, im Jesuitenorden, macht sich dieser Zwiespalt bemerkbar. Im Oktober 1914 hielt der Jesuitenpater Bernhard Vaughan in der Londoner Mariä-Himmelfahrtskirche eine Predigt mit heftigen Ausfällen gegen Deutschland, das deutsche Heer und den deutschen Kaiser. Das Provinzialat der deutschen Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu hat eine nachdrückliche Abwehrerklärung gegen diese Ausführungen des englischen Ordensgenossen erlassen, worauf Pater Vaughan in einer Predigt in Manchester erwiderte: „Denkt ihr, daß ich diesen Angriff auf mich übelnehme? Ganz und gar nicht! Die deutschen Patres empfinden ebenso für Kaiser und Vaterland wie ich für König und England. Die gute Seite dieses Angriffs auf mich wird die sein, daß es jetzt aus ist mit der Behauptung, alle Jesuiten seien einander ähnlich wie die Steine einer Mauer. Wir haben jeder für sich seine eigene Einsicht und Vaterlandsliebe."

* * *

Die katholische Kirche wird an den jetzigen inneren Wirrungen nicht zugrunde gehen. Ob und wieweit sie davon vorübergehenden oder dauernden Schaden leidet, darüber Betrachtungen anzustellen wäre müßig in einer Zeit, die voll Unklarheit und Ueberraschungen ist. Auf einem anderen Gebiet, dem der Missionen, wird sie doch wohl dauernd zu leiden haben — allerdings ein Leid, in das sie sich mit der evangelischen Kirche teilen kann. Man weiß aus der katholischen Presse, insbesondere auch aus den Verhandlungen der deutschen Katholikentage, mit wie großen Hoffnungen die Katholiken der reichen Ernte entgegensahen, die sie für ihre Missionen aus der Verteilung der Welt in Asien und Afrika erwarteten — Hoffnungen, die den deutschen Katholiken ihre Zustimmung zu der Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik wesentlich erleichtert haben. Ueber diese Ernte ist das Ungewitter des Krieges gekommen und zunächst liegt alles trostlos am Boden. Schon in den ersten Wochen des Krieges, am 30. August 1914, erging von den katholischen Missionsoberen Deutschlands ein „Notschrei an die christlichen Mächte", der auf die Gefahren für Kultur und Christentum hinwies, wenn der Krieg in die Kolonien hineingetragen würde. Das ist unterdes geschehen. Deutschland ist vom Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt, seine Missionstätigkeit ruht vollständig. In Oesterreich, Frankreich und Belgien ist es nicht anders, und die neutralen Staaten sind in ihrer Wirksamkeit zu stark gehemmt, um den Ausfall auch nur zum kleinen Teil wettzumachen. Schlimmer noch als die im weitesten Umfang gebotene Einstellung der Missionstätigkeit ist die moralische Einwirkung des Krieges auf die zu Bekehrenden und auf die Bekehrten. In einer Kriegsmissionsversammlung, die am 3. Juni in Essen abgehalten wurde, schilderte Professor Dr. Schmidlin, Herausgeber der „Zeitschrift für Missionswissenschaft", die mancherlei Schädigungen der praktischen Missionsarbeit. Noch tiefer aber, so meinte er, seien die schweren geistigen und moralischen Wunden, die der Krieg dem Missionswesen geschlagen habe. Die Stoßkraft des Christentums sei durch den Krieg gelähmt, der Widerstand des Heidentums aber gestärkt worden. Der Redner führte das Wort eines Chinesen an: „Wenn die europäische Zivilisation nichts anderes erreicht, als daß sie immer schlimmere Mordinstrumente hervorbringt, dann wollen wir lieber Barbaren bleiben." Der Jesuit Döring, Bischof von Ponna in Indien, berichtete, daß der Krieg die Mission um Jahre, ja um Jahrzehnte zurückgeworfen habe. Man predige den Heiden die Nächstenliebe und gewinne sie durch Liebestätigkeit, und im Kriege sehen sie nun das Gegenteil von Liebe, wie die europäischen Mächte sich gegenseitig zerfleischen und immer neue und grausamere Mordwerkzeuge erfinden. Wenn wir nach dem Kriege zurückkehren, werden wir Missionäre ganz sicher hören müssen: „Reformiert ihr Christen nur zuerst euch selber, wir Heiden sind besser als ihr."

* * *

Wenn nun schon die Heiden auf solche verfängliche Gedanken kommen, wenn schon diesen kindlichen Gemütern der Krieg, dessen grausigste Schrecknisse sie ja nur von weitem ahnen können, zu denken gibt, darf man dann nicht erwarten, daß daheim unter den kämpfenden Christen noch viel mehr Gemüter irre werden an dem, was man sie als Kultur und Christentum anzusehen gelehrt hat? Wenn man der Mehrheit der katholischen Presse glauben darf, ist das Gegenteil der Fall. Tausende und Abertausende sollen unter den Schrecken und Leiden des Krieges ihren Glauben wiedergefunden haben und viel mehr Laue und Schwankende noch in ihrem Glauben gefestigt und gestärkt worden seien. Wie eine nationale, eine politische, eine geistige und sittliche, so soll auch eine religiöse Wiedergeburt durch unser Volk gehen. Dr. Pfeilschifter, Professor der Kirchengeschichte an der Universität Freiburg im Breisgau, hat ein Buch geschrieben: „Religion und Religionen im Weltkrieg." Darin schildert er auf Grund von Auskünften durch Feldgeistliche und Seelsorger in Lazaretten und Gefangenenlagern, von Mitteilungen aus Feldpostbriefen u. s. w. die Einwirkung des Krieges auf das religiöse Leben. Er kommt zu dem Ergebnis, daß bei jedem der krieg-

Arbeiterzeitung
7. VIII. 1915

III

38

Der Weltkrieg und die Religiöse Lage.

führenden Völker unter dem Einfluß des Krieges das religiöse Leben in die Breite wie in die Tiefe gewachsen sei. Der Nachweis im einzelnen kann hier nicht wiedergegeben werden, es mag mit der Zusammenfassung der Untersuchungen, wie sie Pfeilschifter am Schluß seines Buches gibt, sein Bewenden haben. Danach ist der gegenwärtige Krieg für keine Nation, auch nicht für die Türkei, ein Religionskrieg. Die gleichen Religionen und Konfessionen sind ebensowenig ein einigendes Band gewesen, wie ihre gegensätzliche Verschiedenheit ein trennendes Hindernis war. Es gibt keine Solidarität der christlichen Nationen mehr gegenüber den farbigen Heidenvölkern Asiens und Afrikas. Ueberall aber spielt doch die Religion als religiöses Leben sowohl bei den Soldaten im Felde wie bei den Nichtkämpfenden zu Hause eine zum Teil sehr bedeutende Rolle. In jeder Nation werden die religiösen Kräfte teilweise in sehr hohem Maße beigezogen und ausgenützt, wohl bei keiner Nation so stark wie bei uns. Wir müssen uns aber hüten, aus diesem Tatbestand voreilige Schlüsse zu ziehen über eine religiöse Wiedergeburt des ganzen deutschen Volkes. Es wäre verkehrt, wenn man die Höhenlage des Außerordentlichen, des Heldentums und der Begeisterung im religiösen Leben während des Krieges mit jener religiösen Wiedergeburt verwechseln würde. Das ganze religiöse Leben werde mit dem Ende des Krieges wieder herabsinken in eine dauernde Allgemeinlage. Erst wenn das geschehen sei, werde sich zeigen, wieviel an wahrer christlicher Religiosität und an den stillen Dauertugenden der christlichen Sittlichkeit gewonnen sei.

Hoffend abwarten — ist also die Meinung Pfeilschifters, der, so günstig er im einzelnen die Dinge auch beurteilt, dennoch nicht einzustimmen vermag in die Siegesgewißheit derer, die heute schon die Herrlichkeiten einer religiösen Erneuerung der Menschheit durch den Krieg zu schauen vermögen. Wie schwierig und bedenklich es ist, vorauszusagen, wie viel sich von den durch Not und Angst und Verwirrung beeinflußten Stimmungen religiöser Art über den Krieg hinaus erhalten werde, darüber hat sich ein erfahrener Gelehrter und Seelsorger, Prälat Dr. Swoboda, im November 1914 in Salzburg ausgelassen. Die religiös-sittliche Wertung dieses Krieges, meinte er, sei schwer zu bestimmen. Viele seien der Ansicht, daß die religiöse Wiedergeburt schon vor uns stehe, aber sie scheine ihm von Bedingungen abhängig, die er noch nicht erfüllt sehe:

Gewiß sind besonders unter den Verwundeten Worte der Einkehr zu hören. Selbst ein Atheist hat letzthin ein Gebetbuch von mir genommen, aber er ist geblieben, was er war. Eine Bekehrung, die nur durch die Größe der Gefahr verursacht ist, kann leicht mit der Gefahr wieder verschwinden. Uns fehlt aber, besonders in den großen Städten, die seelsorgliche Organisation, welche die aufkeimenden guten Wirkungen weitergeben würde. Darum glaube ich an die Gefahr neuer Erstarrung. Oder kann man nicht schon gegenwärtig in unseren Vergnügungslokalen noch tolles Leben genug sehen? Und von einer merklichen Eindämmung der öffentlichen Unsittlichkeit habe ich bisher nichts erfahren, obwohl sich ihre verheerenden Wirkungen gerade an den jungen Eingerückten gezeigt haben. Fern sei Pessimismus von uns, aber vor dem Optimismus muß ich warnen.

Auch die Trierer „Petrusblätter", die die starrgläubige Richtung des Katholizismus vertreten, haben erklärt, daß sie von der aus dem Elend und den Schrecken des Krieges gebornen „Kanonenfrömmigkeit" nicht viel halten, da sie verschwinden werde mit der Angst, die der Donner der Geschütze hervorrufe. Und auch sonst trifft man in der katholischen Presse auf Stimmen, die vor der Ueberschätzung einer Frömmigkeit warnen, die zunächst nur an Aeußerlichkeiten erkennbar sei und die ihre Kraft und ihre Dauer erst noch beweisen müsse. Ja, man findet auch Stimmen, die für gewisse Gegenden bereits wieder ein Abflauen des bei Beginn des Krieges stark in die Höhe gehenden religiösen Lebens feststellen. So berichtet Mitte Februar 1915 die katholische „Allgemeine Rundschau" (München) aus Nordböhmen:

In den ersten Kriegswochen schienen sich die Kirchen zu füllen, als wollte sich das Volk zum Gebetssturm erheben. Es war ein Sturm, der die Oberfläche der See etwas aufpeitscht, während die Tiefe unberührt bleibt. Jetzt ist alles wieder beim alten: leere Kirchen, leere Kommunionbänke am Sonntag wie an den Wochentagen.

* * *

An den gegenwärtigen Krieg, der den ganzen Erdball in Unruhe und ganze Erdteile in Blut und Brand setzt, knüpfen Völker und Parteien zahlreiche und weitgehende Erwartungen und Hoffnungen. Trotz der völligen Neutralität ihres Oberhauptes steht auch die katholische Kirche mitten drin in dem gewaltigsten aller Kriege, und ohne Zweifel hat auch sie Grund, für ihre Zukunft zu fürchten und zu hoffen je nach dem Ausgang des gewaltigen Völkerringens. Einige Aufklärung über die Lage der katholischen Kirche im bisherigen Verlauf des Krieges zu geben ist der Zweck dieser Zeilen. Wie sich die Dinge weiter gestalten werden, mit welchem Erfolg oder Schaden die Kirche aus den Wirren dieser Zeit hervorgeht, darüber ist ein Urteil heute noch nicht möglich.

Neue Freie Presse Abendbl. 7. / VIII. 1915

Die deutsch-englisch-französischen Verhandlungen über ein Kolonialabkommen.

Zurückweisung einer Verdächtigung der Entente.

Berlin, 7. August.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Gegenüber den Angaben des belgischen Graubuches über ein angebliches Projekt des Staatssekretärs v. Jagow, den belgischen Kongo mit England und Frankreich unter Ausschluß Belgiens zu teilen, sei folgendes festzustellen:

Im Frühjahr 1914 scheinen Nachrichten von gewissen Verhandlungen, die über ein afrikanisches Kolonialabkommen zwischen der deutschen und der englischen Regierung geführt wurden, voraussichtlich über London nach Paris gelangt zu sein. Botschafter Cambon fragte damals v. Jagow, ob hiebei nicht etwa französische Rechte verletzt würden, worauf der Staatssekretär dem Botschafter erwiderte, er möge versichert sein, daß, wenn irgend französische Rechte tangiert würden, Deutschland sich nicht über dieselben hinwegsetzen, sondern Frankreichs Zustimmung einholen werde. Da der Botschafter wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hatte, Deutschland und Frankreich sollten versuchen, ein Spezialabkommen zu schließen, da hiedurch eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Beziehungen herbeigeführt werden würde, benützte der Staatssekretär die Gelegenheit, den französischen Botschafter darauf hinzuweisen, daß Afrika, namentlich der Kongo, vielleicht ein geeignetes Feld solcher Vereinbarungen bieten würde. Er erwähnte hiebei speziell die Kongobahnen. Ein großzügiges englisch-französisch-deutsches Kolonialabkommen könne gewiß für die Beziehungen der Westmächte zu Deutschland nützlich wirken.

Da damals auch belgische Publizisten die Ansicht aufstellten, daß die Verwaltung so großer Kolonien, wie des Kongo, wofür bekanntlich Frankreich ein Vorkaufsrecht zusteht, weit über die finanzielle Kraft Belgiens hinausginge, wurde auch dieses Thema berührt. In einer anknüpfenden akademischen Unterhaltung wurde vom Staatssekretär auch die Frage gestreift, inwieweit es in der Jetztzeit noch möglich sei, daß solche kleine Staaten, die dazu nicht imstande seien, einen über die Größe der Leistungsfähigkeit des Mutterlandes hinausgehenden Kolonialbesitz unterhalten könnten. Eine Absicht der Verletzung belgischer Rechte kam dabei nicht zum Ausdruck. Ebensowenig war von dem Verschwinden kleiner Staaten zugunsten der stärksten Nationalstaaten die Rede. Es schwebte dem Staatssekretär vielmehr nur der Gedanke vor, daß der im Artikel 16 des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 4. November 1911 vorgesehene Fall von Veränderungen des territorialen Statusquo im Kongobecken praktisch werden könnte. Dieser Artikel war daraus entstanden, daß Frankreich Deutschland sein Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo anbot. Diese Tatsache ist der belgischen Regierung genau bekannt, wie aus dem nachfolgend im Wortlaute wiedergegebenen Berichte des kaiserlichen Gesandten in Brüssel vom 29. März 1912 hervorgeht:

„Der politische Direktor van der Elst lenkte heute das Gespräch auf die deutsch-französischen Marokkoverhandlungen. Er sagte mir ganz vertraulich, aus zuverlässiger Quelle habe er gehört, daß das französische Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo zuerst von Frankreich zum Gegenstande von Verhandlungen gemacht und in Berlin angeboten worden sei. Er begreife nicht, warum man seinerzeit Belgien nur unter Anwendung des äußersten Druckes zur Einräumung des Vorkaufsrechtes gebracht habe, wenn man nun bereit sei, es einer anderen Macht anzubieten. Auch erschienen doch jetzt all die schönen Reden, die für Belgien in der französischen Kammer gehalten worden seien, in einem eigentümlichen Lichte. Es war unverkennbar, daß die Nachricht starken Eindruck auf den politischen Direktor machte. Nach telegraphischen Auszügen scheint der französische Botschafter sofort dem belgischen Gesandten den Inhalt des vertraulichen Gespräches in tendenziöser Form zugetragen zu haben."

Daß die Aeußerungen des Staatssekretärs, abgesehen von der Anfangserklärung, betreffend die Wahrung der französischen Rechte, keinen amtlichen Charakter trugen, sondern nur persönliche Ideen zum Ausdrucke brachten, scheint auch in den Berichten des Gesandten besonders erwähnt zu sein. Wir können aber für die Veröffentlichung nur dankbar sein, denn die Tatsache, daß Deutschland mit England damals über ein koloniales Abkommen verhandelte und der Staatssekretär bei dem französischen Botschafter eine entsprechende englisch-französisch-deutsche Verständigung anregte, ist wohl der deutlichste Beweis gegen die Behauptung, die Herr Cambon in dem im französischen Gelbbuch veröffentlichten Berichte aufstellte, daß Deutschland schon im Frühjahr 1914 das Schwert wetzte, um die Nachbarn mit Krieg zu überfallen.

Fremdenblatt Abendbl.
7./VIII. 1915

Die unzufriedene Duma.

Heftige Kritik an der russischen Regierung.

Berlin, 7. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Petersburg (indirekt): Es bedurfte ganzer fünf Tage, ehe die russische Regierung sich entschlossen hat, einen halbwegs vollständigen stenographischen Bericht über die erste Dumasitzung zu veröffentlichen. Der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" erfährt folgende Aeußerungen hervorragender Dumamitglieder:

Der Fraktionsführer Miljukow sagt: Die Regierung will anscheinend wenigstens einigen Forderungen des Volkes entgegenkommen. Leider teilt aber die Regierung die Staatsbürger in würdige und unwürdige ein.

Der Abgeordnete Maklakow meint, die Regierung verstehe zwar vielleicht, was das Volk jetzt verlangt. Aber sie kommt immer zu spät, selbst wenn sie jetzt das Richtige tut.

Der Oktobristenführer Lwow erklärt: Die Rede unseres Ministerpräsidenten hat bewiesen, daß die Personen, die an der Spitze unserer Regierung stehen, noch immer den Sinn der sich abspielenden Ereignisse nicht verstehen.

Abgeordneter Titow sagt: Der Eindruck der Regierungserklärungen ist geradezu kläglich.

Das Zentrumsmitglied Konowalow äußert sich: Reden wir lieber nicht über die uns vorgetragenen Erklärungen. Denn der Eindruck war trostlos.

Der Kadettenführer Atschimow endlich charakterisiert die Lage durch den folgenden Satz: Die Stimmung der Abgeordneten ist drohend.

Das amtliche, etwas friedlicher gemachte Stenogramm der Sitzung legt dar, daß in den vorgetragenen Erklärungen der einzelnen Fraktionsführer Sätze gefallen sind, die in ihrer deutlicheren Tonart die erwähnten mündlichen noch weit übertreffen.

Vossische Zeitung
8./VIII. 1915

Die rumänische Verwirrung.

Drahtmeldung eines Sonderberichterstatters.

* **Bukarest**, 6. August.

Die Verwirrung aller politischen Strömungen und Richtungen hat hier ihren Höhepunkt erreicht. Die Partei der Taxisten, die sich bisher an Kriegsgeschrei nicht genugtun konnte, verlangt plötzlich eine Reduzierung der einberufenen Reserven. Die Regierung, welche seit sechs Monaten alles tat, um den Kriegseifer zu dämpfen, mobilisiert lebhaft und schreibt soeben neue Uebungen für die Jahrgänge 1893—1903 aus. Herr Take Jonescu erzählt jedermann, der es hören will, daß er beileibe keinen Krieg wünsche. Sein Bruder, Professor Toma Jonescu, derzeit Rektor der Universität, der das treibende Element in der nationalen Aktion geworden zu sein scheint, proklamiert Krieg um jeden Preis. „Krieg oder Sterben!" ist sein patriotischer Leitartikel überschrieben, der soeben im „Adeverul" erscheint. In den Zeitungen aller Parteien wird offen die Frage diskutiert, daß aus technischen Gründen ein Krieg nur noch an der Seite der Zentralmächte denkbar sei. Es wäre eine seltsame Komödie, wenn die Partei der nationalen Aktion, die zur Rettung der rumänischen Ehre unbedingt Blut fließen sehen will, unter dem Druck der veränderten Verhältnisse langsam in einen Krieg gegen ihren ursprünglichen Schutzpatron Rußland hinübergleiten würde.

Herr Mille veröffentlicht im „Adeverul" eine Liste sämtlicher rumänischer Zeitungen und bezeichnet neun von vierzehn offen als von Deutschland gekauft, sein eigenes Blatt natürlich als rumänisch-national und unabhängig. Der „Universul" nennt Zeugen dafür, daß Herr Mille am soundsovielten um 1 Uhr nachmittags auf dem Wege vom Bahnhof Sinaia nach dem Palace-Hotel 70 Tausendrubelnoten verlor (und vom ehrlichen Finder wiedererhielt). Marghilomans Blatt, die konservative „Politique" stürzt sich täglich mit unverhüllbaren Beschuldigungen auf den Handelsminister Costinescu und sucht ihn geflissentlich als Fremdkörper im Kabinett Bratianu bloßzustellen. Die Gegenpartei bezeichnet ebensooft Marghiloman als von den „Boches" bestochen.

Wichtiger als dieser ganze äußerliche Tumult ist die unabwendbar herannahende wirtschaftliche Krisis. Die Beschwichtigungsversuche der Regierungspresse gegen die berechtigte Empörung der Klein- und Großgrundbesitzer verfehlen ihre Wirkung. Es kann nicht geleugnet werden, daß von der letztjährigen und diesjährigen Ernte 600 000 Waggons im Werte von über 1½ Milliarden auf die Möglichkeit zur Ausfuhr warten. Selbst nach den kindlich optimistischen Berechnungen der Staatsbahnverwaltung würde die Beförderung dieser Getreide- und Petroleummassen über die wenigen ungarischen Grenzstationen über vier Jahre dauern. Die Regierung verspricht Feldbahnen auf allen Landstraßen und Automobillastzüge. Aber jedermann weiß, daß sie nicht in der Lage sein wird, das Material dafür zu beschaffen. Die einzige Rettung für die Costinescusche Politik wäre der Fall der Dardanellen, und es scheint fast, nach persönlichen Aeußerungen zu schätzen, daß auch Herr Bratianu noch an dieses Wunder zu glauben versucht. Aber in den Kreisen der unmittelbar betroffenen Landwirte scheint die Geduld diesen Vertröstungen gegenüber zu reißen. Es sind Anzeichen vorhanden, daß Rumänien einer tiefen Erschütterung seiner sozialen Struktur entgegengeht, gegen die der Bauernaufstand von 1907 ein Kinderspiel war, wenn es nicht gelingt, das fast unlösliche Problem der Ausfuhr zu lösen. Trotzdem wagt noch niemand offen, der einzig sicheren und radikalen Lösung klar ins Auge zu sehen, wagt niemand auf die widerrechtliche Sperrung der Donaustraßen durch das befreundete Serbien hinzuweisen. Um so mehr wurden die letzten Nachrichten aus Bulgarien bemerkt, die die feste Absicht des bulgarischen Volkes ausdrücken, sich nicht durch Serbien diesen einzig möglichen Exportweg nach Mitteleuropa versperren zu lassen. Wenn das Dardanellenwunder sich nicht bald ereignen sollte, wird auch der rumänischen Regierung nichts übrig bleiben, als sich in letzter Stunde der Donaustraße zu erinnern.

Sonderausgabe nachdrucken 8/VIII. 1915.

Kriegsübersicht.

30. Juli 1915. Im Westen: Wir stürmten eine Stellung bei Hooge und an der Straße nach Ypern. Englische Angriffe blutig zurückgeschlagen; desgleichen französische bei Souchez. Unsere Flieger beschossen den Bahnhof Compiègne, Luneville, St. Dié, Nancy. — Im Osten: Fortschritte bei Lomza und Goworowo; 1890 Gefangene. Südosten: Woyrsch drang östlich vor, 1600 Gefangene. Mackensen greift die Widerstand leistenden Russen an. Während der Kämpfe bei Biskupice-Piaski sind 4930 Gefangene gemacht worden. — Italien: Im Kärtner Grenzgebiet feindliche Angriffe in hartem Kampf zurückgeschlagen; desgleichen in Tirol.

31. Juli 1915. Im Westen: Die Engländer bei Hooge, die Franzosen bei Souchez, im Wasgenwald (Reichsackerkopf) zurückgeschlagen. Allerlei Luftkämpfe, durchweg für uns erfolgreich. In den Argonnen vom 20. Juni bis 20. Juli 6735 Gefangene. — Im Osten Fortschritte. Im Juli zwischen Ostsee und Pilica 95 023 Russen gefangen. Südosten: Fortschritte, 1000 Gefangene bei Iwangorod. Zwischen Weichsel und Bug der Feind bei Kurow, Lanczna, Cholm, Dubianka geworfen, zieht sich weiter zurück. Cholm ist bereits durchschnitten. Im Südosten im Juli 76 038 Russen gefangen. — Demnach gesamtbeute des Juli im Osten: 221 861 Russen. — Italien: Alle italienischen Angriffe abgeschlagen.

1. August 1915. Im Westen: In den Argonnen gewannen wir mehrere Gräben. Im Wasgenwald französische Angriffe zurückgeworfen. — Im Osten:: **Mitau wurde genommen.** Günstige Kämpfe bei Poniawiez, Suwalki; auch bei Lomza der Narew erreicht, 1004 Gefangene. — Südosten: v. Woyrsch drang weiter nach Osten, 1500 Gefangene. Siegreiche Gefechte bei Iwangorod. Erfolge bei Kurow (600 Gefangene). Am Bug erreichten wir Dubianka. Österreicher drangen über den Bug, 2300 Gefangene. — Italien: Große italienische Verluste in Tirol; auch sonst feindliche Angriffe zurückgeworfen.

2. August 1915. Westen: Fortschritte in der Champagne (Perthes, Souain), in den Argonnen (Four de Paris). — Osten: Bei Mitau 500 Gefangene. Bei Poniawiez zog der Feind ab; wir überschritten die Straße Wobolniki-Subocz, 1250 Gefangene. Richtung Lomza Raum gewonnen; 3000 Gefangene. Günstige Gefechte Narew-Front und vor Warschau; Luftschiffe griffen die Bahnlinien hinter Warschau an. — Südosten: v. Woyrsch machte Fortschritte jenseits der Weichsel, 750 Gefangene. Österreicher westlich von Iwangorod Erfolg, 2300 Gefangene und 32 Geschütze. Mackensen durchbrach die Linie nördlich von Cholm. Bei Lanczna und Cholm 3300 Gefangene; Lanczna genommen. — Italien: Fünf feindliche Angriffe bei Polazzo abgeschlagen.

3. August 1915: Im Osten: Vormarsch bis Kupischki. Zurückdrängung der Russen in die Vorstellung von Lomza. Die Narew-Übergänge bei Ostrolenka genommen, mehrere tausend Gefangene. Fortschreitender Angriff auf Warschau. — Südosten: Woyrsch nahm den Westteil der Festung Iwangorod. Mackensen schlug den Feind bei Lanczna; der Feind weicht zwischen Weichsel und Bug nach Norden. — Italien: Schwere Verluste des Feindes im Görzischen. — In letzter Zeit mehren sich die Versenkungen englischer Schiffe durch deutsche U-Boote. Auch unsere Flieger sind in lebhafter Kampftätigkeit in der Gegend von Warschau.

4. August 1915. Im Osten: In und bei Kurland siegreiche Reiterkämpfe; 2225 Gefangene. Scholz und Gallwitz dringen weiter bei Lomza; 5862 Gefangene. **Warschau genommen.** Wladimir-Wolynsk besetzt. **Iwangorod genommen.** Dauernde Verfolgung des weichenden Feindes. — Italien: Feindliche Angriffe am Kreuzberg-Sattel und Kofel-Stellung blutig abgewiesen.

5. August 1915. Osten: Erfolgreiche Reiterkämpfe in Kurland. Fortschritte bei Lomza. Nahe der Bugmündung bei Blandostro feindliche Stellung durchbrochen. Bielostok mit Bomben belegt. — Im Südosten ebenfalls Fortschritte; bei Savin (nördlich von Cholm) den Feind aus seinen Stellungen geworfen. — Italien: Das italienische Luftschiff Citta de Jesi abgeschossen; ein italienisches Unterseeboot versenkt. Mißerfolg aller neuen italienischen Angriffe.

6. August 1915. Westen: Teilweise Räumung der belgischen Stellungen diesseits der Yser. Abgewiesene französische Vorstöße bei Souchez und Leinkrey. — Osten: Bei Poniewicz wichen die Russen hinter die Jara. Fortschritte bei Kowno. Scholtz und Gallwitz brachen den Widerstand des Feindes zwischen Lomza und Bugmündung. Vom 4.—6. August rund 14 300 Gefangene usw. Die Einschließungstruppen von Nowo-Georgiewsk drangen bis zum Narew durch, ein Fort genommen. Bei Pienkow die Weichsel erreicht. — Südosten: Bei Rudkowola die feindliche Stellung geräumt; bei Lenczna Austritt aus den See-Engen erzwungen.

Neue Freie Presse
8. Juli. 1915

Genugtuung über Warschau und Iwangorod in Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Die Begrüßungstelegramme der Bürgermeister deutscher Hauptstädte an die „Neue Freie Presse".

Wien, 7. August.

Aus den deutschen Hauptstädten sind uns noch nachfolgende Begrüßungsdepeschen ihrer Oberbürgermeister zugekommen, welche die herzlichen Gefühle, die die Bevölkerung in beiden Reichen für einander erfüllen, in warmen Worten zum Ausdruck bringen.

Die Telegramme der deutschen Bürgermeister und geschäftsführenden Beigeordneten.

München.

„Die gestern von mir aus Anlaß des Falles von Warschau und Iwangorod unter Anteilnahme von mehr als 100.000 Einwohnern unserer Stadt auf dem herrlichen Königsplatze zu München abgehaltene Siegesfeier gestaltete sich zu einer der ergreifendsten Kundgebungen der Sympathie für unsere gleich dem deutschen Volke im heiligen Kampfe für ihre höchsten Güter stehenden österreichisch-ungarischen Waffenbrüder, die bis zu Anfang des Monats Mai die Riesenaufgabe, den an Zahl weit überlegenen Gegner bei seinem Zuge durch die Karpathen aufzuhalten, in beispielloser Tapferkeit auf das glänzendste gelöst und erst durch dieses unvergleichliche Heldentum den Zusammenschluß der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen und damit einen Siegeszug ermöglicht haben, dem die Geschichte aller Zeiten nichts Größeres und Erhabeneres an die Seite zu stellen vermag. Von der Dankbarkeit, die uns in gleichem Maße für unsere ruhmbedeckten treuen Verbündeten, wie für unsere eigenen siegreichen Armeen erfüllt, Ihnen gegenüber Zeugnis ablegen zu dürfen, gereicht mir zu um so größerer Freude und Genugtuung, als sich in dem Eroberer Warschaus, dem erlauchten Bruder unseres geliebten Königs, dem Schwiegersohn Ihres verehrungswürdigen Kaisers die innigen Beziehungen verkörpern, die unser engeres Vaterland und die österreichisch-ungarische Monarchie so eng miteinander verknüpfen.

Dr. v. Borscht, Oberbürgermeister."

Dresden.

„Die glänzenden Erfolge der verbündeten Armeen haben auch in Deutschland ungeheuren Jubel ausgelöst. Der immer näher kommende endgültige Sieg wird uns zur Lösung der politischen Aufgaben ebenso gerüstet und eng verbunden finden wie der Ueberfall unserer Feinde! Hoch Oesterreich-Ungarn! Hoch Deutschland!

Oberbürgermeister Dr. Beutler."

Stuttgart.

„Die Einnahme von Warschau und Iwangorod begrüßen wir als neues Ruhmeszeichen der unverbrüchlichen Bundesfreundschaft. Wem der endgültige Erfolg zufällt, kann bei solch weltgeschichtlichen Tagen nicht mehr zweifelhaft sein.

Lautenschläger, Oberbürgermeister."

Österr. Volkszeitung
8. Juli. 1915

Der Kollektivschritt des Vierverbandes.

Kompensationsanerbietungen für ein bulgarisches Eingreifen in den Krieg.

Lugano, 7. August. Der Kollektivschritt in Nisch erfolgte tatsächlich gestern.

Die Agenzia Stefani meldet, daß er bezwecke, die Divergenzen unter den Balkanstaaten beizulegen, Uebereinstimmung unter ihnen herbeizuführen und den Krieg seinem Enderfolge näherzubringen, findet es jedoch nötig, hervorzuheben, daß der Schritt vollkommen freundschaftlichen Charakter gehabt habe.

„Corriere della Sera" teilt mit, daß nach den Kollektivschritten in Athen und in Nisch der Vierverband in Sofia nunmehr **Garantien für die billige Befriedigung der bulgarischen Aspirationen auf das serbische** und das **griechische Makedonien als Kompensation für ein bulgarisches Eingreifen** gegen die Türkei darbieten könne. Da „Corriere della Sera" indessen mit dem Ausdruck der Hoffnung auf eine nachgiebige Haltung Griechenlands, Serbiens und Bulgariens schließt, dürfte der **Vierverband ihrer noch nicht gewiß** und seine Garantien an Bulgarien immer noch problematisch sein.

Unabhängig von allem zukünftigen serbischen Gebietszuwachs.

Köln, 6. August. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Sofia vom 5. d.: Gestern ist die Antwortnote des Vierverbandes überreicht worden, die vermutlich keine wirklichen Garantien enthält. Die wichtigste Stelle daraus besagt, daß die Bulgarien versprochenen Abtretungen **jetzt unabhängig von allem zukünftigen serbischen Gebietszuwachs** sind, wie es im ersten vom Vierverband Bulgarien gemachten Vorschlag hieß.

Die Vereinigung Serbiens mit den Alliierten.

Rom, 7. August „Tribuna" gibt als Ergebnis ihrer Erkundigungen auf der serbischen Gesandtschaft an, Serbien wolle einen unübersteiglichen Damm gegen den Marsch Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu ihrer Verbindung mit der Türkei bilden und solchermaßen die Sicherheit und die Freiheit der Operationen der Verbündeten auf der Halbinsel Gallipoli gewährleisten; darüber hinaus wolle Serbien noch in einer neuen, den italienischen Interessen besonders genehmen, jedoch öffentlich nicht nennbaren Weise militärisch agieren.

In Betreff Bulgariens verbiete sich ein übermäßiger Optimismus. Die makedonische Frage bleibe für Serbien vital. Insbesondere könne Serbien kein Gebiet abtreten, das die unmittelbare Grenznachbarschaft mit dem verbündeten Griechenland aufhöbe.

Sofortige Abtretung Istips an Bulgarien.

Die „Tribuna" fügt angeblich aus anderer Quelle hinzu, die serbische Regierung gebe den Vorstellungen des Vierverbandes insofern nach, als sie sofort die Gegend um Istip an Bulgarien zu zedieren sich bereit erklärt.

Die Vorschläge an Griechenland.

Lugano, 7. August. In Besprechung des diplomatischen Schrittes des Vierverbandes in Athen erklärt die römische „Tribuna", daß der Bukarester Vertrag zum Nachteil Bulgariens ungerecht gewesen sei und saniert werden müsse. Der Vierverband habe vermutlich Griechenland vorgeschlagen, gegen anderwertige Kompensationen Bulgarien die Zone von Drama, Serres und Kavalla zu überlassen. Der Vierverband werde ferner im Interesse Bulgariens in Nisch und in Bukarest Schritte tun.

Erregung der griechischen Presse.

Athen, 6. August. Die gesamte Presse bespricht erregt die von den Vertretern der Entente dem griechischen Kabinett gemachte Mitteilung, daß ihre Regierungen Bulgarien für dessen Kooperation jene Teile Makedoniens, welche den Gegenstand des serbisch-bulgarischen Vertrages vom Jahre 1912 bildeten, samt Monastir sowie Kavalla samt Hinterland angeboten haben. Die Presse wendet sich ausnahmslos gegen jegliche Gebietsabtretung und verurteilt den Schritt der Entente in schärfster Weise. Es wird hiebei darauf hingewiesen, daß Serbien die Wünsche der Entente ebensowenig erfüllen werde wie Griechenland.

Vossische Zeitung
9./VIII. 1915.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß wird mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Sonnabend über die Frage der Kriegsziele beraten. Als eine Einleitung zu diesen Verhandlungen ist ein Artikel im „Vorwärts“ anzusehen: „Wo stehen wir?“ Der Schluß des Artikels, der sich gegen Südekum, Heine, Kolb, Geck, Heilmann richtet, lautet wörtlich:

> Es handelt sich um mehr: um die Bewahrung des Charakters unserer Partei, ihrer Eigenheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht nur in der schweren Zeit des Krieges, sondern auch in der nicht minder schweren, die uns dann bevorsteht. Nicht Probleme der auswärtigen Politik, nicht nur die Schicksalsfrage des Einflusses der proletarischen Demokratie auf den Friedensschluß, nicht nur der Schutz des Volkes vor Lebensmittelwucher und Ausbeutung, sondern die gesamte künftige Politik der Partei steht zur Entscheidung. Hinter der „revisionistischen Ueberklugheit“ der Andeutungen und Zweideutigkeiten verbirgt sich nur, was Kolb und andere offen fordern: Aufgeben der bisherigen Parteigrundsätze und der Parteitaktik, Zusammenwirken der Partei mit den bürgerlichen Parteien in gemeinsamer Blockpolitik, Einreihung der Partei als wesensgleiche unter gleiche in das Getriebe des bürgerlichen Parlamentarismus. Das ist in Wahrheit die Entscheidung, vor die im gegenwärtigen Stadium der Parteientwicklung sich die leitenden Instanzen der Partei gestellt sehen. Wir sehen ihrem Spruche mit Spannung entgegen. Das letzte Wort freilich wird die Geschichte sprechen.

Die letzte Zeile deutet nicht auf ein starkes Zutrauen in eine Entscheidung der Mehrheit der Fraktion und des Parteiausschusses zugunsten der Ansichten des „Vorwärts“.

Der Krieg und die christliche Internationale.

(Von einem reichsdeutschen Katholiken.)

Der nachstehende Artikel, der ein gewiß interessantes Thema behandelt, geht der deutschen Parteipresse von einem überzeugten Katholiken zu. Der Verfasser ersucht, das besonders zu betonen. Wir sind mit ihm der Meinung, daß auch alle frei Denkenden, die nicht so wie er vom „metaphysischen (übersinnlichen) Bedürfnis" überzeugt sind, seinen Darlegungen aufmerksam folgen werden.

Ein Jahr hindurch herrscht kein Friede auf Erden mehr, ein Jahr hindurch währt das entsetzliche Wüten der Menschen und Völker widereinander schon und ein Jahr hindurch flehen Millionen zu Gott, er möge der gerechten Sache zum Frieden verhelfen, wobei diese Millionen, je nachdem sie sich in dem einen oder dem anderen Lager der Kriegführenden befinden, das Entgegengesetzte für gerecht erachten.

Es ist nicht zu leugnen, daß sich beim Beginn des großen Kampfes in der ganzen Welt eine religiöse Bewegung bemerkbar machte, selbst die sonst leeren protestantischen Kirchen im skeptischen Berlin waren plötzlich von Andächtigen überfüllt, denen fast schon vergessene Gebete von neuem von den Lippen flossen. Das metaphysische Bedürfnis erwacht nie stärker in der Menschen Brust als in den Tagen der Not, der Angst und der Sorge um alles, was den Menschen teuer ist. Die persönliche Aussprache im Gebet wird dann vielen zur Wohltat, während sie ihnen sonst etwas ganz Unmögliches dünkt. Dem Glauben, der sich in der Kindheit in unsere Seele und unser Empfinden eingeprägt hat, ihm blüht zu solchen Zeiten plötzlich ein neues Leben. Wie Sterbende nicht den Namen ihrer Gattin, ihrer Kinder rufen, sondern nach der Mutter verlangen, wie in ihnen die Erinnerung aus der Jugendzeit übermächtig wird, so geht es auch der leidenden Menschheit. Sie gebraucht eine Hoffnung, sie gebraucht einen Notanker, und sie findet ihn im Glauben ihrer Kindheit oder meint ihn dort zu finden.

Nun aber kann man sich nichts dem Krieg Abholderes denken als die Lehre Christi: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." „Wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen." „So dir jemand einen Backenstreich gibt, so biete ihm die andere Backe dar." „Liebet eure Feinde, tuet wohl denen, die euch Uebles tun." „Die Liebe höret nimmer auf." Das alles sind hohe Lehren altruistischer Lebensauffassung, einer Sittlichkeit, die den Krieg als solchen für der Uebel größtes ansehen muß.

Hiegegen hat nun der jedem Volke innewohnende natürliche Nationalismus ein Korrektiv geschaffen, das aus den Schriften des alten Bundes entlehnt ist und mit dem Evangelium nichts zu schaffen hat. Jedes Volk hat seinen Gott, zu dem es betet: der Deutsche redet vom alten Gott, der keinen Deutschen (hier steht Deutscher statt Mensch) verläßt; der Engländer fleht zum Höchsten, er, der England unter seinen besonderen Schutz genommen hat, möge es auch diesmal retten und den deutschen Antichrist vernichten; der Zar macht es sich noch leichter: wie für die Israeliten der Gott ihres Volkes und nur ihres Volkes Jahve war, so redet er in seinem Kriegsmanifest: „Der Gott Rußlands ist groß." Alle Völker vertrauen ihrem eigenen Gott und vergessen dabei, wie ihnen der Glaube lehrt, daß es nur einen Gott für die gesamte Welt gibt! Wie Moses auf dem Berge während der Schlacht mit erhobenen Armen stand, um für sein Volk den Sieg herbeizuflehen, so tun es die Völker Europas heute, jedes ruft Gott zu Hilfe, damit er ihm helfe, jedes meint, ein besonderes Anrecht zu solchem Schutze zu besitzen!

Unter einer Bevölkerung, in der sich die christliche Kirch in letzter Linie zu einer Staats- oder Nationalkirche gewandelt hat, also unter Protestanten und Othodoxen, wird sich eine solche sehr sonderbare Metamorphose des christlichen Gedankens weit eher verstehen lassen als unter einer Bevölkerung, die nicht einer National-, sondern einer Universalkirche angehört. Wo der Staat gewissermaßen die Oberaufsicht über die Richtigkeit des Glaubens ausübt, wird sich der Glaube ihm in Tagen der Not als guter Helfer beweisen, indem sich die Kirche bewußt ist, der Glaube in ihrer Form sei gefährdet, wenn der Staat gefährdet ist, der ihn stützt und erhält. Diesen Staatskirchengedanken haben gerade orthodoxe Protestanten, wie Stöcker, als nicht christlich bekämpft. Am ausgeprägtesten zeigt er sich natürlich im zaristischen Rußland.

Eine Universalkirche aber, die über alle Völker der Erde die Führerin des Glaubens sein will, kennt keinen religiösen Nationalismus, sie ist und muß international sein, was ja die katholische Kirche stets betont hat. Da aber der Nationalismus in Kriegszeiten selbstverständlich ins Riesenhafte wächst, so wird im Herzen der katholischen Menschheit ein Konflikt zwischen ihm und der Idee der internationalen Kirche entstehen. Es geht ihr in diesem Punkt ähnlich wie den Sozialdemokraten, die theoretisch absolut an der internationalen Solidarität festhalten und sie praktisch im Kriege nicht zum völligen Ausdruck bringen können. Glaube und Sozialismus, so verschieden sie auch sind, tragen zum Schluß ein idealistisches Gepräge, daher ist dieser Konflikt mit der Realität zu gewissen Augenblicken im Leben der Nationen fast unvermeidlich!

Die katholische Kirche, so fest sie gefügt ist, so wunderbar ihre Organisation, so staunenswert auch die Einheit in ihrer Lehre, auch sie hat daher schwer, sehr schwer unter den Stürmen unserer Tage zu leiden. Ihr Hohepriester, Papst Benedikt XV., hat diese Gefahr erkannt, er fühlt als Priester für den Frieden unter den Menschen, als Oberhirt der Katholiken weiß er, wie gefährlich eine Verlängerung des großen Menschenmordes für die Universalkirche, der er vorsteht, sein muß. Er hat sich redliche Mühe um das Näherkommen des Friedens gegeben. Sie war vergeblich, und schon zeigt es sich, wie der Nationalismus innerhalb des Katholizismus erstarkt: die französischen und belgischen Katholiken beschimpfen ihre deutschen Glaubensgenossen, diese antworten scharf und mit schweren Anklagen gegen die französischen Katholiken. Italienische Priester, auch Kardinäle unter ihnen, wandeln sich in glühende Chauvinisten, vergessen sofort, daß Italien bisher als Todfeind der Kirche galt, und fordern die Zertrümmerung des katholischen Oesterreichs. Auch die Katholiken der neutralen Länder bleiben nicht neutral, sondern nehmen Partei. Ja, selbst innerhalb der großen Ordensorganisationen, in denen der Welt Abgeschiedene sich vereinigt haben, entbrennt der nationale Streit und endlich versucht man den Papst in ihn hineinzuziehen, man verlangt von ihm, daß er sich für eine Sache als die moralisch bessere entscheiden und ihr seine Unterstützung leihen solle. Er sträubt sich dagegen mit aller Kraft, aber mitunter entschlüpft ihm ein Wort, das die Grenzen der Internationalität und Neutralität fühlbar überschreitet. Der Geist des Nationalismus macht sich heute überall fühlbar und er rüttelt auch an den Türen der hohen Dome und Kathedralen, aus denen er für immer vertrieben schien. Die Zukunft wird zeigen, ob sich dieser Geist nach dem Friedensschluß bannen läßt, oder ob er weiterhin wider den internationalen Geist der katholischen Kirche streiten wird.

Dr. N. R.

Tägliche Rundschau
10./VIII. 1915

Die Kämpfe in der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts" äußert sich grundsätzlich zum Kampf in der Sozialdemokratie. Wir gaben neulich einen Artikel aus dem ausländischen Blatt der Minderheit, der „Berner Tagwacht", wieder, der sich sehr scharf gegen die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie wandte. Der „Vorwärts" sagt nun dasselbe in zurückhaltender Weise, da er sich ja nicht „bei den bestehenden Verhältnissen" des im Frieden beliebten „Sauherdentons" des radikalen, unentwegten Flügels der Sozialdemokratie bedienen darf. Der „Vorwärts" schreibt:

Wie immer man nun über diese Stellung, in die die Partei zum Teil bewußt, zum Teil, hoffen wir, unbewußt von ihren Führern hineinmanöveriert worden ist, denken mag, sicher ist wohl das eine: diese Stellung ist grundverschieden selbst von der, die die Partei — auch in ihrer Majorität — am 4. August eingenommen hat.... Die journalistischen und parlamentarischen Wortführer sind seit dem 4. August weit über den damals festgelegten Standpunkt hinausgegangen. Unter dem Schutz des Burgfriedens, bei der Unmöglichkeit wirksamer Abwehr haben sie die Politik der Partei immer mehr festgelegt. Sie haben die Regierungspolitik bedingungslos gedeckt, die Verantwortung dafür in Gegenwart und Vergangenheit immer unbedingter übernommen, jede künftige Kritik aufs äußerste erschwert, bis sie jetzt im offenen Gegensatz zu einmütigen Beschlüssen der leitenden Instanzen die Politik des Burgfriedens, des Waffenstillstandes der Klassen fortzuführen im Begriffe sind, zur Verwandlung der Sozialdemokratie in eine sozialistische Reformpartei. Denn daran ist ein Zweifel für keinen Aufrichtigen möglich: War die Politik des 4. August selbst ein Sieg eines Teiles des bisherigen „Zentrums" und der Rechten über die Linke der Partei gewesen, so wurde sie in ihren Konsequenzen ausgestaltet zu einer Diktatur der Rechten über die Partei: Und innerhalb dieser Rechten haben Anschauungen und Tendenzen die Oberhand gewonnen, von denen wohl viele kaum geglaubt hatten, daß sie innerhalb der Sozialdemokratie Bedeutung gewinnen könnten.

Die Partei steht also jetzt in der Tat vor einer Schicksalsstunde, und die Entscheidungen, die ihre leitenden Instanzen zu fällen haben werden, sind von so ernster Bedeutung wie nie zuvor. Nicht um die Stellung zum Kriege und zu einzelnen Regierungsmaßnahmen allein handelt es sich, obwohl auch in dieser Stellungnahme schon die grundlegenden Prinzipien des internationalen Sozialismus und der Demokratie in Frage stehen. Es handelt sich um mehr: um die Bewahrung des Charakters unserer Partei, ihrer Eigenheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht nur in der schweren Zeit des Krieges, sondern auch in der nicht minder schweren, die uns dann bevorsteht. Nicht Probleme der auswärtigen Politik, nicht nur die Schicksalsfrage des Einflusses der proletarischen Demokratie auf den Friedensschluß, nicht nur der Schutz des Volkes vor Lebensmittelwucher und Ausbeutung, sondern die gesamte künftige Politik der Partei steht zur Entscheidung. Hinter der „revisionistischen Ueberklugheit" der Andeutungen und Zweideutigkeiten verbirgt sich nur, was Kolb und andere offen fordern: Aufgeben der bisherigen Parteigrundsätze und der Parteitaktik. Zusammenwirken der Partei mit den bürgerlichen Parteien in gemeinsamer Blockpolitik, Einreihung der Partei als wesensgleiche unter gleiche in das Getriebe des bürgerlichen Parlamentarismus.

Das ist in Wahrheit die Entscheidung, vor die im gegenwärtigen Stadium der Parteientwicklung sich die leitenden Instanzen der Partei gestellt sehen. Wir sehen ihrem Spruch mit Spannung entgegen. Das letzte Wort wird freilich die Geschichte sprechen."

Der Ton ist zwar gemäßigter als der des Artikels des schweizerischen Liebknechtblattes, inhaltlich ist er aber, wie „Genosse" Quessel sagen würde, genauso „töricht". Es ist ja gewiß wahr, daß die Mehrheit der Sozialdemokratie die alten „Prinzipien" der Partei verlassen hat, aber das ist doch nicht geschehen, weil die Prinzipien von ihr verneint werden, sondern, leider!, nur, weil sie weiß, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie im Kriege schlechterdings auch parteifeindlich wirken müssen. Solche Monomanen einer alten, lieben Theorie sind eben die Sozialdemokraten der Mehrheit nicht, wie die Liebknecht, Haase und Bernstein, daß sie, um die „heilige Theorie" zu retten, den Feinden Deutschlands den Weg zur Zertrümmerung Deutschlands frei machen. „Primum vivere, deinde philosophari", sagt die Mehrheit, die Minderheit aber starrt monomanisch auf das „Parteiprogramm" und sieht keine Gefahr der Wirklichkeit, die jetzt auch und gerade der deutschen Arbeiterschaft droht, die ihre soziale Versicherung auf den Schlachtfeldern zu verteidigen hat

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
10./VIII. 1915.

* * *

Ein Erlaß an die Bevölkerung Warschaus.

Der Oberbefehlshaber der in Warschau eingezogenen deutschen Truppen, Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, hat der „Deutschen Lodzer Zeitung" zufolge nachstehende Bekanntmachung an die Einwohnerschaft erlassen:

Einwohner von Warschau!

Eure Stadt ist in deutscher Gewalt!

Aber wir führen Krieg nur gegen feindliche Truppen, nicht gegen friedliche Bürger.

Ruhe und Ordnung soll gewahrt, das Recht geschützt werden.

Ich erwarte, daß Warschaus Bürger keine feindlichen Handlungen unternehmen, dem deutschen Rechtsgefühl vertrauen und den Anordnungen unsrer Truppenbefehlshaber Folge leisten werden.

Der deutschen Heeresleitung ist aber bekannt geworden, daß der Feind Anschläge gegen die Sicherheit unsrer Truppen in Warschau vorbereitet hat. Darum bin ich gezwungen, die Häupter und angesehensten Bürger der Stadt als Geiseln zu nehmen, die mir für die Sicherheit der Truppen bürgen.

An Euch ist es, das Leben dieser Eurer Mitbürger zu schützen. Wer darum Kenntnis hat von geplanten Anschlägen irgendwelcher Art, hat im Interesse seiner Mitbürger wie der Ruhe und Sicherheit der Stadt Warschau die Pflicht, solches ungesäumt bei der deutschen Militärbehörde zur Anzeige zu bringen.

Die Todesstrafe hat derjenige zu gewärtigen, der sich einer Unterlassung in dieser Hinsicht schuldig macht oder gar Anschlägen Vorschub leistet.

Neues Wiener Tagblatt
19/VIII. 1915.

Protest des Bundes zur Befreiung der Ukraina.

Vom Bunde zur Befreiung der Ukraina, einer Organisation der Ukrainer im Ausland, geht uns nachstehender „Protest gegen die barbarischen Maßnahmen der russischen Regierung, welche Verwüstung der ukrainischen Länder im Bereiche des Kriegsgebiets zur Folge haben", zu:

„Die russische Kriegsleitung hat anläßlich des begonnenen, respektive zu gewärtigenden Einmarsches der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in die südwestlichen russischen Gouvernements Cholm, Grodno, Wolhynien und Podolien Maßnahmen angeordnet, die nicht nur die Evakuierung dieses Gebiets von den russischen Behörden anstreben, sondern auch vollkommene Verwüstung und Entvölkerung desselben bezwecken. Es wurde nämlich von der russischen Kriegsleitung befohlen, daß die gesamte Zivilbevölkerung dieser ukrainischen Gebiete unter Anwendung von Gewalt ins Innere Rußlands verschleppt und alle Lebensmittel, Vieh und Feldfrüchte, sofern dieselben in das Hinterland nicht weggeschafft werden können, vernichtet, wie auch, daß alle Ortschaften in diesem Bereiche niedergebrannt werden. Diese Maßnahme fand auch die Billigung der russischen Regierung, indem der Kriegsminister Poliwanow sich in der Eröffnungssitzung der Duma dahin äußerte, daß dieses Vorgehen der russischen Kriegsleitung in höheren militärischen Rücksichten seine Rechtfertigung habe, wobei der Minister auf das Beispiel des Jahres 1812 verwies.

Den aus der russischen Ukraina eintreffenden Nachrichten zufolge wurde ein Teil der Bevölkerung vom Kriegsschauplatz bereits ins Innere Rußlands gebracht, wobei die Leute unter ärgster Not zu leiden haben und dem Hungertode preisgegeben werden. Da diese im zwanzigsten Jahrhundert der Kultur hohnsprechenden Maßnahmen der russischen Regierung eben die ukrainische Bevölkerung der genannten Gouvernements Südwestrußlands betreffen und da nicht weniger als zehn Millionen Menschen, darunter Weiber und Kinder, dadurch vor den Abgrund des schrecklichsten Elends gestellt werden; da eine solche Handlungsweise vom Standpunkt des Völkerrechtes und der christlichen Kultur unzulässig ist und die primitivsten Grundsätze der Menschlichkeit verletzt, vom militärischen Standpunkt dagegen keinen Wert besitzt und die russische Armee bei der modernen Verkehrstechnik und Organisation der Verproviantierung vor der Verfolgung der deutschen und österreichisch-ungarischen Heere nichts zu retten vermag, so erscheint dieses in militärischer Hinsicht zwecklose und völkerrechtlich unzulässige Vorgehen als eine barbarische Willkür und ein unerhörter, in der Geschichte einzeln dastehender Gewaltakt an der friedlichen ukrainischen Landbevölkerung, welche gegen die militärische Gewalt Rußlands sich zu wehren nicht imstande ist.

Bei seiner strategischen Wertlosigkeit kann dieser barbarische Akt nur politischen Beweggründen entspringen, nämlich der Absicht Rußlands, die blühenden ukrainischen Ländereien zu verwüsten, die ukrainische Bevölkerung zu dezimieren und einzuschüchtern, um auf diese Weise die Grundlagen zur Verwirklichung der ukrainischen Bestrebungen zur nationalen Selbständigkeit zunichte zu machen und zu untergraben. Es ist dieselbe Taktik, welche von Peter dem Großen gegen Karl XII. und Hetman Mazeppa angewendet wurde. Dieses barbarische Vorgehen der russischen Regierung unsrer Bevölkerung gegenüber bildet eine Fortsetzung des moskowitischen Systems, das die Ukraina und ihre Kultur der Vernichtung preisgibt und welches von der moskowitischen Regierung bereits seit der Zeit der Perejßlawer Union auf sämtlichen Gebieten des politischen und kulturellen Lebens: in der Kirche, im Schulwesen, in der Verwaltung, im Verbot der ukrainischen Sprache auf Schritt und Tritt zum Vorschein kommt.

Da die Ukrainer in den Grenzen Rußlands, deren Presse mit dem Kriegsausbruch von der russischen Regierung gänzlich unterdrückt wurde, unter dem Terror des russischen Regimes keine Möglichkeit haben, gegen dieses grausame, jedem menschlichen Gefühl hohnsprechende Vorgehen Rußlands der ukrainischen Bevölkerung gegenüber Stellung zu nehmen, erhebt die ausländische Vertretung des „Bundes zur Befreiung der Ukraina" vor der gesamten zivilisierten Welt einen feierlichen Protest. Dieses Vorgehen der russischen Regierung wird auch für die mit Rußland verbündeten Kulturvölker Westeuropas zur Schande werden, falls sie Handlungen solcher Art dulden und durch ihr Schweigen gutheißen. Der Bund zur Befreiung der Ukraina unterbreitet diese Sache der Beurteilung aller zivilisierten Völker Europas und der ganzen Welt, und richtet an alle freien und gesitteten Nationen den Aufruf, ihre Stimme gegen russische Greueltaten zu erheben zur Verteidigung der Rechte, kulturellen Errungenschaften und des Besitzes des ukrainischen Volkes.

Für den Bund zur Befreiung der Ukraina: Wsewolod Kozlowskyj, Alexander Skoropyß Ritter v. Joltuchowskyj, Dr. Ewhen Ljubarskyj-Pysmennyj, Marian Ritter v. Melenewskyj, Wladimir v. Doroschenko, Andreas Zuk.

Der Konflikt in der Gewerkschafts-internationale.

Das Organ des niederländischen Fachverbandes „De Vakbeweging" nimmt den Protest des „Nasche Slowo" gegen die Weigerung des Genossen Legien, das internationale Sekretariat aus den Händen zu geben, zum Anlaß, die ganze Geschichte der Streitfrage zusammenzufassen. Wir geben hier die wesentlichen Punkte wieder.

Im Jänner hatten Jouhaux und Appleton in London eine Besprechung, worin sie zum Beschluß kamen, die Verlegung des internationalen Sekretariats nach Bern für notwendig zu erklären. Ob sie einen darauf bezüglichen Auftrag ihrer Organisationen hatten, ist nicht bekannt. Sie wendeten sich hierauf an Gompers, der zustimmte. Ob auf Grund eines Auftrages seiner Organisation, ist der „Vakbeweging" (das heißt dem holländischen Gewerkschaftssekretär Genossen Oudegeest, von dem diese Mitteilungen herrühren) gleichfalls unbekannt. Vorläufig kann man annehmen, daß bloß eine persönliche Meinungsäußerung vorlag. Der Beschluß wurde mit den Hindernissen begründet, die für die Arbeiter der betroffenen Länder bestehen sollten, nach Berlin zu gehen. Indes hatte Genosse Legien schon im November 1914 Amsterdam als Zwischenadresse angewiesen. Von dieser Adresse (der des holländischen Fachverbandes) ist wiederholt klaglos Gebrauch gemacht worden, sowohl durch Belgien, Frankreich, England und Amerika als auch durch alle übrigen Länder.

S. Gompers richtete dann über Holland ein sehr freundliches Schreiben an Legien, um seine Meinung über den Vorschlag zu vernehmen. Legien, der aus der Form des Schreibens schloß, daß es sich um vorläufige Unterhandlungen handle, die vielleicht später zu einem Antrag führen könnten, antwortete Gompers am 11. April in einem Briefe, worin er die Anschauung aussprach, daß ein solcher Antrag auch einer Konferenz der in London nicht vertretenen Landeszentralen vorgelegt werden müßte. Zugleich sprach er seine Hoffnung aus, daß es dahin im Interesse der nach dem Kriege noch mehr als vorher notwendigen gemeinschaftlichen, solidarischen und von gegenseitigem Vertrauen erfüllten Arbeit nicht kommen möge. Zum Schluß ersuchte Legien um Mitteilung, ob ein bestimmter Antrag der Londoner Konferenz vorliege, da dieser natürlich den Landeszentralen vorgelegt werden würde.

Als dieser Brief zur Versendung bereit lag, bekam Legien die neueste Nummer des englischen Verbandsorgans „The Federationist", worin das Schreiben Appletons und Jouhaux' an Gompers abgedruckt war. Dadurch hatte die Korrespondenz ihren vorbereitenden und freundschaftlichen Charakter verloren und die Frage der Verlegung war, ohne daß ein bestimmter Antrag einer Organisation vorlag, der Oeffentlichkeit preisgegeben. Legien sendete daher am 16. April einen neuen Brief unter Beifügung des am 11. April geschriebenen. Er sagte darin: „Jetzt bin ich gezwungen, erst Rücksprache mit meinen Freunden zu nehmen. Mein Schreiben, das am 11. hätte versendet werden sollen, gab meine persönliche Meinung wieder. Hierüber wird jedoch wohl einige Zeit vergehen."

So rasch als möglich, am 25. April, kam Legien nach Amsterdam, um die Meinung des Genossen Oudegeest über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beschlußfassung über die Verlegung zu hören. Legien bestand nachdrücklich auf der Konferenz. Oudegeest widersetzte sich ihr mit aller Kraft, da sie nur Mißverständnisse und Entfremdung herbeiführen könne. Legien wollte jedoch nicht den Schein auf sich laden, den Vertrauensposten zu behalten, ohne das Vertrauen der Landeszentralen zu besitzen. Eine Versammlung des niederländischen Verbandsvorstandes stimmte Oudegeest zu. Schließlich konnten die von Legien mitgebrachten Einladungen zur internationalen Konferenz nicht versendet werden, indes wurde im Namen des niederländischen Verbandes am 3. Mai an Appleton ein Schreiben gerichtet, das ihn zu einer Besprechung mit den Holländern einlud. Der Schluß des Briefes lautete: „Diese Angelegenheit ist in einer Sitzung unseres Vorstandes ausführlich besprochen worden und auch Legien hat zum Schluß unserem Vorschlag zugestimmt. Falls Sie nicht bereit oder nicht imstande sein sollten, diese Besprechung abzuhalten — wir hoffen, daß dem nicht so ist —, werden wir so rasch als möglich eine internationale Konferenz ausschreiben, so zeitig, daß allen Landeszentralen die Beschickung möglich sein wird."

Am 10. Mai kam die Antwort Appletons, deren Schlußsätze lauten:

Selbst wenn der eine oder andere Vertreter bereit wäre den Gefahren Trotz zu bieten, wäre es doch zwecklos, unsere Leute aufzufordern, einer solchen Konferenz zuzustimmen. Vielleicht ist es möglich, derlei Dinge in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern zu tun, in Großbritannien und Frankreich jedoch besteht eine wirkliche demokratische Kontrolle und der Besuch einer Konferenz in der jetzigen Zeit würde eine Verletzung des Gefühls eines Volkes sein, das nicht allein von Abscheu erfüllt, sondern auch fest entschlossen ist, zu strafen. Ich werde die betreffende Korrespondenz mit meinem Vorstand besprechen, bin jedoch überzeugt, daß die Antwort im Augenblick „nein" lauten wird.

Jegliche Konferenz wurde also durch Appleton abgelehnt.

Am 14. Mai wurde darauf durch Appleton ein Schreiben an die Landeszentralen gerichtet, worin ein Referendum über die Verlegung der Zentrale nach Bern ausgeschrieben wurde, wo inzwischen für ein „neutrales Personal" gesorgt werden sollte. Am 26. Mai schrieb der holländische Vorstand eine internationale Konferenz aus, die Ende August oder Anfang September in Amsterdam stattfinden soll.

Die an diese Mitteilungen angeschlossenen Schlußfolgerungen der „Vakbeweging" lauten:

„Inwiefern Appleton seine Haltung mit der Demokratie vereinbaren kann, von der er spricht, muß er selbst wissen. Nach dem Beschluß der verschiedenen Konferenzen hat das Büro seinen Sitz in Berlin. Hieran kann nur durch eine Konferenz nach einem dahinzielenden Antrag etwas geändert werden. Solch ein Antrag ist aber nie gestellt worden. Muß nun Legien auf Verlangen von jemandem, der gerade Lust dazu hat, das, was ihm durch die vereinigten Länder aufgetragen ist, aus der Hand geben? Das wäre unseres Erachtens allzu leichtfertig gehandelt, und der Mann, der so etwas täte, würde das Vertrauen nicht verdienen, das so lange Jahre auf seine Umsicht und Gewissenhaftigkeit gesetzt worden ist. Legien hat sich, wie wir gezeigt haben, sofort bereit erklärt, die nötigen organisatorischen Maßnahmen zur ernsten Behandlung von ernsten Vorschlägen zu treffen. Dies wurde jedoch von den Engländern und Franzosen abgelehnt, die keine Besprechung wünschten, sondern einfach ohne jedes Mandat dekretierten, daß das Internationale Büro nach Bern verlegt werden solle. In ein Land obendrein, das ganz von kriegführenden Ländern umgeben ist, während Amsterdam von allen Seiten zu erreichen ist und auch erreicht wird. Wir fügen noch hinzu, daß Oudegeest am 17. und 18. Juli auf Grund der eingelaufenen Antworten der verschiedenen Länder in Berlin Besprechungen abgehalten hat. Diese Antworten lauten derart, daß in dieser Woche an unsere ausländischen Freunde berichtet werden wird, daß die Konferenz nicht stattfinden wird, da man ihren Nutzen nicht einsieht, und da obendrein die Antwort der Schweizer, bei denen das Büro seinen Sitz bekommen sollte, lautet, daß man dort nicht über die notwendigen Kräfte für ein solches Büro verfügt und es obendrein als eine Kränkung für die Deutschen ansehen würde, die sich stets so viel Opfer für die internationale Bewegung auferlegt haben. Wir haben den Eindruck, daß die Schweizer die Sache besser begreifen und in dieser Angelegenheit demokratischer handeln als Appleton oder das „Nasche Slowo".

Vossische Zeitung
10. VIII. 1915

Ein Manifest König Alberts?

Von unserem ständigen Berichterstatter.

* **Brüssel**, 6. August.

Nach dem Nationalfest, das Belgien am 21. Juli zur Erinnerung an seine Lostrennung von Holland feierte, wurde unter der Hand im besetzten Belgien eine Proklamation König Alberts an sein Volk und seine Armee verbreitet, an deren Echtheit man zweifeln muß. In der überaus langstieligen Kundgebung wendet sich der König zuerst an sein Heer und dann an sein Volk, und zwar in so ausfallenden und teilweise beleidigenden Ausdrücken gegen Kaiser Wilhelm und das deutsche Volk, daß, wenn tatsächlich König Albert der Verfasser dieses Schriftstücks wäre, jede Möglichkeit einer weiteren Verhandlung der deutschen Regierung mit ihm entfiele. Erklärt doch der Koburger, daß während seines Besuches in Berlin im November 1913 der Deutsche Kaiser und der Generalstabschef v. Moltke mit ihm in einem drohenden Tone von der Notwendigkeit eines deutschen Durchmarsches durch Belgien bei dem bevorstehenden deutsch-französischen Kriege gesprochen hätten. Der Kaiser habe von ihm Verrat verlangt. Ganz abgesehen davon, daß diese Schauermär längst von deutscher Seite dementiert wurde, muß man doch betonen, daß es auch unter bürgerlichen Menschen und vollends bei Leuten, die auf den Höhen der Menschheit wandeln wollen, nicht Brauch ist, von Privatgesprächen in der Oeffentlichkeit Gebrauch zu machen. Personen, die mit dem, was sich während des Besuches König Alberts in Berlin im November 1913 abspielte, etwas näher vertraut sind, könnten, wenn sie die gleiche Indiskretion begehen wollten, wie sie König Albert in seinem Manifest sich zuschulden kommen läßt, auf eine Tatsache hinweisen, die beweist, daß weder der Deutsche Kaiser noch der deutsche Generalstabschef in der angedeuteten Weise zu König Albert gesprochen haben können. König Albert hat sich damals über eine Staatsangelegenheit mit dem Leiter unserer deutschen Politik unterhalten. Aus dem Verlaufe dieser Unterredung geht hervor, daß er das Bewußtsein der Erniedrigung, das er jetzt nach zwei Jahren empfangen haben will, damals nicht gehabt haben kann.

Daß König Albert in dem Stile der belgischen Radaujournalisten, die im Auslande ihr Handwerk treiben, von den „teutonischen Horden", die in Belgien gemordet, gesengt und geplündert haben sollen, sprechen könnte, halten wir nicht für wahrscheinlich. Wir halten es auch nicht für wahrscheinlich, daß der König in einem Manifest zum belgischen Nationalfest im Ernst davon sprechen konnte, daß Deutschland durch diesen Krieg drei Viertel der Welt sich habe untertan machen wollen, daß es nach seiner baldigen Niederwerfung 75 bis 100 Milliarden Francs Entschädigung zahlen müsse, und daß es durch den verlorenen Krieg aus der Reihe der zivilisierten Staaten ausgestrichen werden solle. Wir halten es ferner für ausgeschlossen, daß König Albert aus einem Privatbriefe des Papstes Benedikt XV. Stellen zitiert; denn der Papst ist in diesem Augenblick einer der wenigen Fürsten, die den Begriff der wahren und echten Neutralität erfaßt haben und sie erfüllen. Es ist ferner nicht wohl gut möglich, daß der König von seinen Söhnen spricht, die die belgische Schuljugend bitten, um Gotteswillen nicht am 21. Juli in die Schule zu gehen, und es ist fast ausgeschlossen, daß dieser Mann, den man als einen ruhigen und besonnenen bis jetzt kennen gelernt hat, auszusprechen wagt, daß England niemals etwas Böses gegen Belgien im Sinne gehabt habe. Gerade der König, der als junger Prinz die belgische Kongokolonie bereist hat, dürfte nicht vergessen haben, wie lange seine Regierung auf die offizielle Anerkennung der Annexion des Kongostaates durch Belgien hat warten müssen. Und da er besser als jeder andere weiß, daß diese Anerkennung nur erhandelt werden konnte, hätte er wohl daran getan, einen derartigen Satz nicht zu schreiben. Es entspricht natürlich der gegenwärtigen Stimmung des belgischen Volkes, daß auch sein erster Diener urplötzlich die russische Zivilisation und Rußlands „*demokratische*" Regierung lobt, die gegen die modernen Barbaren für die Zivilisation und die Befreiung der Menschheit kämpfe. Daß aber der König der Belgier nach dem Beispiel der Brüsseler Estaminet-Politiker den einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufhetzen sollte, das wollen wir nicht glauben, und noch weniger wollen wir annehmen, daß der König gegen diejenigen Politiker hat mobil machen wollen, die ehrliche und überzeugte Antimilitaristen waren und stets im Parlament die Ansicht vertraten, daß ein kleiner Staat wie Belgien kein stehendes Heer unterhalten dürfe, damit er nicht in den auf die Dauer unvermeidlichen großen europäischen Konflikt verwickelt werden könne.

König Albert hat diesen Aufruf nicht verfaßt. Uebereilige Patrioten, die im besetzten Belgien zurückgeblieben sind, haben dieses Schriftstück verbreiten lassen, weil sie nicht wollen, daß das Volk die segensreiche Tätigkeit des Okkupanten anerkennt. Wenn der König sich an sein Volk hätte wenden wollen, hätte er es am 4. August getan, am Jahrestage der Kriegserklärung. Er hat davon Abstand genommen, und man darf deshalb erwarten, daß er offen erklärt, daß weder er noch sein Ministerium mit einem derartigen Machwerk etwas zu tun hat. Tut er das nicht, dann bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als diesen Monarchen als Vertreter der belgischen Nation, wenn einmal die Friedensverhandlungen beginnen, nicht mehr anzuerkennen. Es werden in diesen Tagen in Belgien so viele anonyme Schmähschriften verbreitet, die von einem ungenannten Komitee ausgehen, daß man den König der Belgier, dem auch der Feind bezeugen muß, daß er sich bis jetzt in einer Weise benommen hat, die ihm auch die Hochachtung seiner Feinde eingetragen hat, nicht für fähig hält, unter ein Proklamation seinen Namen zu setzen, die im Stile dieser Pamphlete geschrieben ist. Ein tölpelhafter Fälscher hat hier offenbar Mißbrauch mit dem Namen seines Königs getrieben. J. W.

Vossische Zeitung
11./VIII. 1915

Nationalliberale Auseinandersetzungen.

Das Wolffsche Bureau ist „von nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten um die Veröffentlichung folgender Erklärung ersucht" worden:

> Kürzlich fand eine Zusammenkunft führender Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei, hauptsächlich Reichs- und Landtagsabgeordneter, in Berlin statt. Bei der Besprechung der Lage wurde der einmütigen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Verhalten gegenüber dem Reichskanzler, wie es in jüngster Zeit an einigen Stellen der Partei öffentlich betätigt worden ist, weder die Gesamtstimmung der Partei wiedergebe, noch von den Anwesenden gebilligt werden könne. Es müsse dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß in solchen Kundgebungen der Anschein erweckt werde, als ob sie die Meinung der ganzen Partei darstellten. Die öffentlichen Erklärungen des Reichskanzlers lieferten keinen Anlaß zu der Annahme, daß er eine schwächliche und illusionistische, den Interessen des Reiches nicht rückhaltlos dienende Politik betreibe. Daß seine Politik volles Vertrauen verdiene, werde durch jede persönliche Aussprache mit dem Reichskanzler nur noch verstärkt. Die öffentliche Bekundung eines angeblich allgemeinen Mißtrauens sei geeignet, die Autorität des leitenden Staatsmannes gegenüber dem Auslande zu erschüttern und ihm gerade diejenige kraftvolle Politik zu erschweren, die von ihm gefordert werde. Unbegründete Angriffe gefährdeten die Einmütigkeit des deutschen Volkes im Gegensatz zu der ihm aus der Seele gesprochenen Kundgebung des Kaisers: Als letztes Ziel dieses Krieges einen Frieden zu erlangen, „der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere".

Diese Kundgebung dürfte nach dem „Deutschen Kurier" „auf die Tagung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen, die in wenigen Tagen stattfindet, nicht die erwartete Wirkung ausüben." Das nationalliberalen Führern nahestehende Blatt schreibt:

> Soweit wir uns ein Urteil zu bilden vermögen, wird man im Zentralvorstand kein Verständnis dafür haben, daß ihm als der berufenen Parteiinstanz das Urteil über die schwebenden Fragen vorweggenommen werden soll. Wo bleibt denn die Parteidisziplin, wenn man sich so über die berufenen und gewählten Parteiinstanzen hinwegsetzt? Die Urheber dieser Veröffentlichung werden dem Vorwurf nicht entgehen können, daß sie ohne Not zur Verschärfung der Krisis beigetragen haben.
>
> Der Zentralvorstand wird darüber entscheiden, ob die Politik der Partei in Konferenzen gemacht werden soll, zu denen ein hoher Staatsbeamter eine Gruppe ihm genehmer nationalliberaler Honoratioren in seine Amtsräume einlädt, oder in den berufenen Vertretungen der Partei. Wir glauben, daß es sowohl der Partei wie der Regierung schaden muß, wenn der Versuch gemacht wird, den Kreis der Personen, dem die Entscheidung über die nationalliberale Politik anvertraut ist, von oben her auszuwählen, und wenn die berufenen Parteiinstanzen — und auch der von allgemeinem Vertrauen getragene Parteiführer — dabei einfach ignoriert werden.

Uns wird von nationalliberaler Seite hierzu noch mitgeteilt, daß es sich bei der vom Wolffschen Büro oben erwähnten „Zusammenkunft führender Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei, hauptsächlich Reichs- und Landtagsabgeordneter", um eine Besprechung von sieben Mitgliedern der nationalliberalen Partei, darunter sechs Abgeordneten, gehandelt hat, zu der der Reichskanzler in seine Wohnung eingeladen hatte.

Zum Verständnis der Auseinandersetzungen in der nationalliberalen Partei muß hervorgehoben werden, daß die „Westfälischen Politischen Nachrichten", die herausgegeben werden von dem nationalliberalen Generalsekretär in Dortmund, am 23. Juli über eine gemeinschaftliche Sitzung der nationalliberalen Zentralkomitees der Rheinprovinz und Westfalens vom 18. Juli berichtet und aus dieser „Kundgebung von ganz besonderer Bedeutung" u. a. mitgeteilt haben:

> „Ganz offen sprach Bassermann es aus, daß, wenn trotz unseres glänzenden Heeres und seiner Taten, trotz der glänzenden wirtschaftlichen Organisation unserer Industrie, doch vielfach starkes Unbehagen sich breit mache, das einzig und allein auf das Mißtrauen manchen Staatsmännern gegenüber zurückzuführen sei, ob diese dem deutschen Volke und dem Frieden wirklich das heimbrächten, was unbedingt erforderlich sei. Der Bismarcksche Geist, der durch unser Volk in allen seinen Teilen gehe, schiene an bestimmten leitenden Stellen zu fehlen."

Kriegskalender.

1. August: Zwischen Weichsel und Bug kommt es zu neuerlichen Kämpfen; unsere Truppen dringen bis Nowo-Alexandrya vor; deutsche Truppen nehmen Cholm; auch nordöstlich von Rozan drängen die Deutschen den Feind weiter zurück. Bei den unter k. u. k. Oberbefehl stehenden Streitkräften der Verbündeten wurden im Juli 136.838 Russen gefangen. — Italienische Angriffe gegen unsere Stellungen gegenüber dem Hohen Trieb (Grenzhöhe östlich des Plöcken) werden durch Sturmangriff unserer Reserven zurückgeschlagen; am Rande des Karstplateaus, hauptsächlich östlich Polazzo, sehr heftige, noch nicht abgeschlossene Kämpfe. — Ein englischer Angriff gegen die neue deutsche Stellung bei Hooge sowie nächtliche Vorstöße der Franzosen bei Souchez und auf dem Reichsackerkopf scheitern; die Flugplätze von St. Pol bei Dünkirchen und von Nancy werden erfolgreich mit Bomben belegt. — In Petersburg tritt die Duma zusammen; Goremykin verheißt den Polen im Namen des Zaren die Autonomie, Poliwanow kündigt die Räumung Warschaus an, während Sasonow erklärt, daß Rußland an keinen Frieden denke.

2. August: Bei Iwangorod erstürmen siebenbürgische Regimenter acht russische Stützpunkte; unmittelbar östlich der Weichsel erstürmen unsere Truppen die Eisenbahnstation Nowo-Alexandrya; die zwischen Sokal und Krylow über den Bug gegangenen k. u. k. Truppen rücken in der Richtung Wladimir-Wolynski vor. In Kurland besetzen die Deutschen Mitau; bei Lomza erreichen sie den Narew. — Die gegen unsere Stellungen östlich Polazzo geführten starken italienischen Angriffe sind vollkommen zurückgeschlagen; an der Tiroler Front wird eine italienische Abteilung im Ledro-Tale überfallen und unter großen Verlusten zurückgeworfen. — In den Argonnen nehmen die Deutschen durch überraschenden Bajonettangriff mehrere feindliche Gräben; in den Vogesen behalten die Deutschen in erbitterten Nachtkämpfen an der Linie Schratzmännle—Barrenkopf die Oberhand; auch am Lingekopf sind erneut Kämpfe im Gange. — Die englischen Dampfer „Clintonia“ und „Fulgence“ von deutschen U-Booten versenkt.

Sammlungen = Manuskripten
12./VIII. 1915

Staatssekretär Solf über den Verlust Deutsch-Südwestafrikas.

Die Süddeutschen Monatshefte veröffentlichen folgenden Brief des Staatssekretärs Solf an den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg:

Eurer Hoheit sage ich geziemenden Dank für das gnädige Schreiben vom 11. d. M. Die Trauerkunde aus Südwestafrika ist in der Tat der härteste Schlag, den der Weltkrieg der Kolonialverwaltung zugefügt hat. Eurer Hoheit tiefempfundene Anteilnahme habe ich mir erlaubt auch meinen Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen. Die Mitteilungen über die Bedingungen, unter denen die Übergabe der Kolonie stattgefunden hat, sind widersprechend. Da aber selbst von englischer Seite behauptet wird, daß der deutschen Streitmacht ungewöhnliche Zugeständnisse gemacht seien, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Übergabe ehrenvoll war. Trotzdem muß die Nachricht von dem Unterliegen der deutschen Streitkräfte in ganz Deutschland einen tiefen und schmerzlichen Eindruck hervorrufen.

Der Geist, der in der Schutztruppe zu allen Zeiten lebendig gewesen ist, und der seine Feuerprobe in dem Aufstand der Jahre 1904, 1905 und 1906 bestanden hat, bürgt dafür, daß die Schutztruppe auch dem an Zahl gewaltig überlegenen Gegner gegenüber alles geleistet hat, was in Menschenkraft stand. Sobald unparteiische Nachrichten über den Verlauf der Kämpfe in Südwest vorliegen, wird sich das Einzelne in dieser Hinsicht ergeben; wie bei früheren Kämpfen in den Kolonien, wird die englische Darstellung bedeutsame Ergänzungen erfahren. Heute drängt sich die Frage auf, ob die Eroberung von Deutsch-Südwestafrika nicht hätte verhütet werden können, wenn das Schutzgebiet mit stärkerem militärischem Schutze ausgerüstet gewesen wäre.

Diese Frage, die alle deutschen Schutzgebiete berührt, beantwortet sich aus der deutschen Kolonialgeschichte: als Fürst Bismarck in den Jahren 1884 und folgenden die Gründung unseres Kolonialreiches anbahnte, fand er nur wenige Gebiete vor, die für einen Erwerb durch Deutschland in Betracht kamen. Unbekümmert um den Widerstand Englands und nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es ihm, den größten Teil des heutigen deutschen Kolonialgebietes unter deutschen Schutz zu stellen. Die deutschen Erwerbungen lagen aber über die Küsten Afrikas zerstreut ohne Zusammenhang miteinander und waren zum Teil ohne geeignete natürliche Grenzen. Fürst Bismarck war sich von vornherein bewußt, daß diese Gebiete sich in einem Kriege mit England an Ort und Stelle nicht verteidigen lassen würden. Sein Gedanke war, daß der Schutz der Kolonien durch Deutschlands Macht auf dem europäischen Kontinent zu erfolgen habe. Auch England gegenüber habe Deutschland bei richtiger Politik genügend Machtmittel an der Hand, um es von dem Versuch, die deutschen Kolonien an sich zu bringen, abzuhalten.

Demgemäß ist es weder in der Zeit, als der eiserne Kanzler die Politik Deutschlands leitete, noch später jemals unternommen worden, die deutschen Schutzgebiete an Ort und Stelle mit einem solchen militärischen Schutze auszustatten, der sie vor einem Angriffe seitens England sichergestellt hätte. In Togo, Deutsch-Neuguinea und Samoa wurde überhaupt keine Schutztruppe eingerichtet. In den drei großen afrikanischen Kolonien Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwest und Kamerun wurden zwar Schutztruppen gebildet, ihre Größe aber wurde ausschließlich nach dem Gesichtspunkte bemessen, daß sie zur Unterdrückung von Aufständen der Eingeborenen und zur Bekämpfung des Sklavenhandels ausreichend sein sollten.

In den Reichstagsdebatten ist dieser Gesichtspunkt seitens der Regierung wiederholt betont worden, der Reichstag hat ihm zugestimmt. Wenn daher in diesem Kriege, in dem Deutschland gegen eine Welt in Waffen steht, Teile der deutschen Schutzgebiete von überlegenen feindlichen Kräften erobert werden, so muß diese schmerzliche und beklagenswerte Tatsache als im Bereiche der Möglichkeit liegend hingenommen werden. Ein gegen englische Angriffe genügender militärischer Schutz an Ort und Stelle hätte in den deutschen Kolonien Kräfte des Mutterlandes festgelegt, die für die Entscheidung in Europa unentbehrlich gewesen wären.

Wir müssen deshalb an dem Gedanken festhalten, daß der Schutz der deutschen Kolonien durch das auf europäischem Boden stehende deutsche Heer erfolgt. In dieser Hinsicht dürfen wir angesichts der Erfolge unserer Armee und der okkupierten Landesteile unserer Feinde zuversichtlich der Zukunft entgegensehen. Das deutsche Volk hat in den 30 Jahren seiner Kolonialgeschichte nach anfänglichem Widerstreben mit erstaunlicher Schnelligkeit die Notwendigkeit kolonialer Betätigung erkannt. Deutschland darf in dem Bezuge der wichtigsten kolonialen Rohstoffe nach diesem Kriege noch weniger als vorher von dem ihm feindlichen Auslande abhängig sein. Von der Durchführung unserer Kolonialpolitik dürfen wir uns nicht abschrecken lassen und werden den schweren Schlag, der die deutsche Kolonialpolitik getroffen hat, mit dem unerschütterlichen Entschluß beantworten, auf der als notwendig erkannten Bahn fortzufahren. Der Wahlspruch „per aspera ad astra" ist das Gelöbnis, welches das deutsche Volk in der ernsten Stunde ablegt, wo Teile seiner Kolonien der Übermacht seiner Feinde zeitweilig erliegen.

gez. Solf.

Tagesneuigkeiten.

* **Foersters Antwort.** Auf die Anpöbelung, die ihm ein Herr Reiner in einer Klagenfurter Zeitung zuteil werden läßt, hat der ausgezeichnete Pädagog folgendes geantwortet: „Es wäre dringend wünschenswert, daß mit diesem Kriege nun endlich die alte schlechte Gewohnheit verschwände, daß man demjenigen die nationale Empfindung abspricht, der durch sein Wahrheitsgewissen getrieben wird, auch seinem eigenen Volke die Wahrheit zu sagen. Freilich ist diese letztere Art von Patriotismus viel undankbarer als die Mode, alles gut und schön zu finden, was an geschmackloser Selbstverherrlichung deutschen Wesens und an entsprechender Pauschalverdammnis des Auslandes heute geleistet wird. Deutschsein heißt den Kopf oben behalten — auch im Urteil über die Feinde. Möge mein Herr Angreifer lesen, was darüber ein deutscher Offizier aus dem Schützengraben in „Zehn eisernen Geboten des Krieges" den nationalen Maulhelden hinter der Front zuruft! Wie kommt der Herr Verfasser des Offenen Briefes dazu, anzunehmen, daß ich England keine Schuld am Weltkrieg zumesse? Welche Illoyalität ist es, aus einem noch dazu falsch gelesenen, kurzen Fragment meiner Publikationen heraus eine solche kindische Einseitigkeit zu konstruieren und die mir dann zum Vorwurf zu machen? In meiner Broschüre „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg" sage ich ausdrücklich: „England schenkte uns nicht nur Grey und die Rowdies, Schurken und Heuchler, die diesen Krieg auf dem Gewissen haben . . ." Der blöde Pauschalhaß aber gegen ganze Völker, in dem sich heute viele Affektmenschen ergehen, hat mit nationaler Gesinnung gar nichts zu tun — wir haben anderen Völkern ein Beispiel zu geben, aber nicht ebenfalls in dem allgemeinen Delirium des Schmähens unterzugehen. F. W. Foerster." Ein „Westler", wird die „Reichspost" sagen!

Österr. Volkszeitung
12./VIII. 1915.

Deutsche Bundesfürsten beim Kaiser.

Empfang in Schönbrunn.

Der Kaiser empfing gestern im Schönbrunner Schlosse den Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin und den Herzog Ernst August von Braunschweig in Privataudienz.

Die beiden deutschen Bundesfürsten trafen gestern früh aus Gmunden hier ein und wohnen mit ihrem Gefolge im „Hotel Imperial".

Österr. Volkszeitung
12./VIII. 1915

I.

58

Deutsche Frauenarbeit in Amerika.

Von Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser.**

Ein freundlicher Zufall brachte mich in den Besitz zweier Schriftstücke, die uns lehren, wie innig unsere deutschösterreichischen und deutschen Frauen an ihrer alten Heimat hängen, wie opferwillig sie sind und mit welch glühendem Eifer sie unsere gute Sache an unseren zahlreichen Feinden in Nordamerika verteidigen. Die Schriftstücke lehren aber auch, daß wir selbst mitschuldig an dem allgemeinen Verruf unserer österreichischen Sache im Auslande. Wie sollen unsere Freunde die gegen Oesterreich, besonders gegen das deutsche Volk in Oesterreich und unsere Dynastie geschleuderten Anklagen widerlegen, wenn nicht **wir** ihnen das Material liefern?

Unser guter Ruf wird in der Union systematisch von vaterlandslosen Gesellen untergraben. Deutschösterreicher sind, Gott sei Dank, bisher nicht gegen ihre alte Heimat aufgetreten. Andere aber lügen das Blaue vom Himmel herunter: Es gibt keine Schurkerei, keine Brutalität und Bosheit, deren sich nicht unsere Regierung, Rechtsprechung und Verwaltung schuldig gemacht hätten. Diese jämmerliche Sorte von Oesterreichern bestätigt selbstverständlich alles, was die Dreiverbandspresse über Deutschland und Oesterreich an Lügen und Entstellungen verbreitet. Der Anglo-Amerikaner sieht in ihnen natürlich unverdächtige Kronzeugen, da sie ja Oesterreicher sind.

Dieser Lügenfeldzug muß um so erfolgreicher sein, je schwächlicher die Widerlegung von unserer Seite ausfällt. Es scheint, als lege unsere Regierung noch immer zu wenig Wert auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung des Auslandes. Sie müßte unseren Botschaften und Konsulaten reichliches Material senden, das dann von unseren Freunden und Landsleuten je nach den örtlichen Verhältnissen benützt werden könnte. Aus den uns zur Verfügung gestellten Schriftstücken ist zu ersehen, daß in der Stadt Omaha (Nebraska) eine österreichfeindliche, nichtdeutsche revolutionäre Organisation besteht, deren Mitglieder einst österreichische Staatsbürger waren, wahrscheinlich noch sind. Sie überschwemmen die amerikanischen Zeitungen mit den gehässigsten Schilderungen unserer Zustände, „mit Schand- und Brandbriefen". Da sie ausgezeichnet organisiert sind, bringen sie für ihre Verleumdungen sogar Ziffernmaterial vor. Unsere Freunde können diese Ziffern natürlich nicht nachprüfen, verfügen sie doch nicht einmal über die amtlichen österreichischen statistischen Quellen. Sie haben sich daher an unsere Botschaft mit der Bitte um Material gewendet, vor allem um „statistische Beweise". „Ich bekam heute (12. Mai) Antwort, daß sie dergleichen Material nicht hätte, ich sollte mich an die Heimat wenden."

Wir machen uns hiemit zum Vermittler und bitten die österreichische Regierung, unserer Botschaft in Washington die amtliche österreichische Statistik (insbesondere die des Schulwesens) zu senden, damit sie jenen Landsleuten, die den Kampf gegen die Lüge als eine österreichische Pflicht ansehen, die nötigen „statistischen Beweise" liefern kann. Gewiß kann aber unsere Botschaft auch mit solchem Beweismaterial versehen werden, das augenblicklich hierzulande nicht mitgeteilt werden kann. In Amerika aber, wo der **Respekt vor staatlicher Gesinnung** so groß ist, würde dieses Material von geradezu umwälzender Wirkung sein. Es scheint, als ob Völkerpsychologie nicht zu den Gegenständen der Diplomatenprüfung gehöre!

Dieses Material würde unwiderleglich beweisen, daß wir nicht im Blute unserer Mitbürger waten, wie es die revolutionären Organisationen ausschreien, um auf den freiheitsliebenden Amerikaner einzuwirken.

Unsere Landsleute in Amerika haben einen viel schwereren Kampf zu führen als wir hinter der Front. Sie kämpfen gegen Hinterlist, Lüge und Fälschung ohne zureichende Waffen, nur beseelt von dem Glauben an unsere gerechte Sache, getrieben von der Sehnsucht, zu helfen. Oesterreicher sein im siegreichen Oesterreich — ist keine allzu große Probe für die Kraft unserer Ueberzeugung — für Oesterreich Bekenntnis abzulegen **im feindselig gesinnten Ausland** ist die stärkste Belastungsprobe. Unsere deutschamerikanischen Frauen haben sie bestanden. Und wir schulden ihnen dafür tiefe Dankbarkeit.

Vor uns liegt ein Aufruf des Frauenhilfsvereins von Omaha, Nebraska, am 4. März 1915. Als Vorsitzende zeichnet Frau Berta Getzschmann, die Gattin des Besitzers der „Täglichen Omaha-Tribüne", eine Deutsche aus dem Schönhengstgau, mit ihr einige Frauen reichsdeutscher Herkunft.

Der Aufruf an die „Deutschen Stammesgenossen" bittet um Unterschriften für ein Gedenkalbum, „das nach seiner Vollendung nach Deutschland gesandt und der Reichsbibliothek übergeben werden soll zum Andenken an diese große Zeit und als ein Beweis unserer Anhänglichkeit an die alte Heimat." Für die Unterschrift ist ein Mindestbeitrag von 25 Cents (= 1 Mark) zu entrichten. Der Aufruf enthält unter anderem folgende schöne Sätze:

„Der gegenwärtige unselige Krieg verkörpert jedenfalls die größte Geschichtsperiode, seit die Welt besteht, und es ist ein großer Vorzug, daß wir denselben miterleben, ohne unmittelbar davon betroffen zu sein, ohne in die traurige Lage versetzt zu sein, unser Höchstes, unser **Blut**, zu opfern. Sollten wir da nicht freudig unser **Gut** einsetzen?"

Die Rückwirkung des Weltkrieges auf die Stellung des Deutschtums in aller Welt wird natürlich von den Auslanddeutschen zuerst erkannt. Davon gibt der Aufruf Kunde: „Wir (Deutschamerikaner) tragen einen Teil der Schuld, daß der alte Erbfeind Deutschlands, das ränkesüchtige England, an unserem Adoptivvaterlande solch mächtige Stütze findet. Wir Mütter lehrten und übten nicht genug deutsches Wesen, und unsere Männer vergaßen im Geschäftseifer, daß sie Nachkommen der alten Germanen sind, welche schon einmal eine Weltmacht besiegten. Ruhig und tatenlos ließen sie es geschehen, daß die uns feindlich gesinnten Elemente alle Macht an sich rissen . . . Auch **unsere** Schlachten werden drüben geschlagen, von deren Ausgang wir betroffen werden, und wehe uns, sollte der Feind siegen. Die **wenigen Rechte**, die wir **in letzter Zeit so schwer erkämpft**, gingen uns schnell verloren, und Haß und Mißachtung fänden wir auf allen Seiten."

Durch die Kriegsbrille in Amerika

Es scheint also, daß die nicht-englischen Nationalitäten im gepriesenen Freiheitsstaate Nordamerika nicht jene unbeschränkte Freiheit der nationalen Entwicklung besitzen, für die angeblich die Staaten des Vierverbandes kämpfen. Nur die grenzenlose Unwissenheit des Angloamerikaners in allen Angelegenheiten, die nicht sein Land und seine Nation betreffen, macht es verständlich, daß er zwar die Splitter im fremden Auge, nicht aber den Balken im eigenen Auge sieht. Wir sind nicht so boshaft, den nichtdeutschen Nationalitäten Oesterreichs jene sprachlichen Rechte bei Amt und Gericht zu wünschen, deren sich ihre Volksgenossen in der Union erfreuen. Unsere Botschaft könnte sich sehr verdient um den Staat machen, wenn sie eine vergleichende Zusammenstellung der sprachlichen Rechte in Oesterreich und in der Union den deutschamerikanischen Zeitungen übergeben würde. Hoffentlich findet sich ein österreichischer Rechtsanwalt, der unserer Botschaft das amtliche Material aus der Heimat zuschickt.

Der Krieg hat zahllose Deutsche in Nordamerika zur Besinnung gebracht. Je toller die Deutschenhetze betrieben wird, desto stärker wird das Deutschtum in der Union. Die Schwachmütigen, Feigen und Selbstsüchtigen fallen zwar ab — dafür aber bekennen viele andere, die bisher nur ihrem neuen Vaterlande dienen wollten, daß sie von jetzt an nicht nur Amerikaner, sondern deutsche Amerikaner sein wollen.

Zu diesem Erfolge haben die deutschen Frauen redlich beigetragen. Ja ihre Gesinnung ist wichtiger als die jedes Mannes — denn sie erhalten Haus und Kinder deutsch.

Die Opferwilligkeit läßt sich daraus ersehen, daß der Hilfsverein in Omaha außer Liebesgaben und Verbandzeug bisher über 2000 Dollar in die alte Heimat gesendet hat. Wir können unseren Bericht nicht besser schließen als durch den Abdruck der letzten Zeilen des Geleitbriefes privater Natur, der dem Aufruf beiliegt: „Ich wollte gleich heim (als der Krieg begann), doch dachte ich — hier kann ich mehr helfen. Ich habe auch viele bekehrt. K . . . . (ein hoher amerikanischer Beamter) tut sehr viel, der doch früher selbst gegen die Heimat war, das heißt nur für die Vereinigten Staaten. Er ist jetzt ein treuer Oesterreicher! Und ich? Ich lebe nur für mein Vaterland, hielt hunderte Versammlungen und Reden in Omaha und im Staate — organisierte viele Vereine. In Gedanken bin ich drüben, freue mich, daß die Oesterreicher die Russen so besiegen und bete um baldigen Sieg. Gott behüte mein Oesterreich!“

Frankfurter Zeitung
12./VIII. 1915

Frankfurt, 12. August.

Es war zu erwarten und wir haben es an dieser Stelle bereits vor einigen Tagen ausgesprochen, daß die Einnahme Warschaus durch Teile des deutschen Heeres die Frage der künftigen Gestaltung Polens unmittelbar in den Vordergrund rücken würde. Schon im Oktober vorigen Jahres, als Hindenburgs Heere vor Warschau standen, drängte sich diese Frage auf, und nur die militärischen Ereignisse haben sie wieder auf Monate zurückgeschoben. Es berührt nun eigentümlich, daß nach dieser doch immerhin nicht kurzen Zeit nicht die Regierungen der verbündeten Zentralmächte es sind, die den Polen und der Welt eine Mitteilung über das künftige Schicksal Polens machen, sondern daß umgekehrt zwei nationale Körperschaften eines Teiles der Polen, nämlich der bisher im politischen Verbande Oesterreichs lebenden, den beiden verbündeten Mächten, deren Heere jetzt in unaufhaltsamem Siegeslaufe, wenn auch unter schweren Opfern die Russen aus Polen herausdrängen, die allgemeinen Grundsätze kundtun, nach denen ihrer Meinung nach die polnische Frage gelöst werden müsse. Man hätte erwarten sollen, und sicherlich haben auch die Polen es erwartet, daß mit der Besetzung Warschaus auch in einem Aufruf über das rein Militärische hinaus die politische Bedeutung dieses großen Ereignisses hervorgehoben und erläutert würde. Warum das nicht geschehen ist, darüber weiß die Oeffentlichkeit nichts, jedenfalls ist das Fehlen einer solchen Ankündigung ein Mangel, der sich bereits fühlbar zu machen beginnt und seine Wirkung in den beiden erwähnten Aufrufen der österreichischen Polen hat. Der Polenklub, in dem die polnischen Parteien des österreichischen Reichsrats vereinigt sind, und das im August vorigen Jahres gebildete Oberste Nationalkomitee der Polen, das alle vor dem Kriege vorhandenen polnischen Organisationen in Galizien umfaßt, haben gleichzeitig Aufrufe erlassen, in denen sie die Wiederherstellung des polnischen Staates unter Vereinigung mit dem ungeteilten Galizien und im Verbande der habsburgischen Monarchie fordern. Mit den beiden Aufrufen im Einklang steht ein Huldigungstelegramm, das der Polenklub an Kaiser Franz Josef gerichtet hat und in dem derselbe Wunsch ausgedrückt ist.

Die beiden Aufrufe sind nicht vollkommen gleich, sie sind verschieden schattiert. Im ganzen genommen kommt die österreichische Tendenz in dem Aufruf des Polenklubs stärker zum Ausdruck als in dem anderen, in dem sich überdies noch eine nicht ohne weiteres klare Begründung der Aktion des Nationalkomitees findet. Es wird nämlich betont, daß die Einnahme der Hauptstadt Polens nicht so erfolgt sei, wie das polnische Nationalkomitee es gewünscht habe und daß darum die Sache vom politischen Standpunkt aus geprüft und aufgeklärt werden müsse. In welcher Weise aber das Nationalkomitee die Einnahme Warschaus gewünscht hat, wird nicht gesagt. Inzwischen wird man nun wohl in Krakau sich auch schon mit der Tatsache zufrieden geben können, daß Warschau eingenommen ist und die Russen daraus vertrieben worden sind. Es ist das gute Recht der Polen, Wünsche zu äußern und Forderungen zu stellen, und man kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie sich nach den Regeln politischer Klugheit beeilt haben, damit an die Oeffentlichkeit zu treten und auf diese Weise eine Art Initiative zu ergreifen. Da sich der Zusammentritt der beiden Organisationen sozusagen in voller Oeffentlichkeit vollzogen hat, so ist es auch wohl nicht zweifelhaft, daß die österreichische Regierung um ihr Vorgehen gewußt hat, und auch bei voller Einschätzung der bundesgenössischen Treue ließe sich sehr wohl denken, daß eine Lösung der polnischen Frage, so wie sie die beiden Aufrufe wünschen, der österreichischen Regierung nicht unsympathisch wäre. Dabei ist nun freilich der Umstand mißlich, daß die Urheber der beiden Aufrufe, wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend Angehörige Oesterreichs sind und es durchaus nicht ohne weiteres feststeht, ob sie wirklich, wie es nach der Form der Aufrufe scheint, im Namen des ganzen polnischen Volkes sprechen. Es ließe sich ja auch die Möglichkeit denken und es hat nicht an Wahrnehmungen gefehlt, die darauf hindeuten, daß Teile des polnischen Volkes sich die Lösung anders als in einem Anschluß an Oesterreich denken. Es ist also immerhin nicht ganz ohne Bedenken und könnte möglicherweise die Lösung der Frage eher erschweren als erleichtern, wenn bestimmte Teile des polnischen Volkes die Lösung nach einer bestimmten Richtung hin festzulegen versuchen.

Noch ein anderer sehr wesentlicher Umstand scheint in den Aufrufen nicht genügend berücksichtigt zu sein. Dieser Krieg, in dessen Verlaufe die Russen aus Polen verdrängt worden sind, ist den verbündeten Zentralmächten von Rußland und seinen Verbündeten aufgezwungen worden, und wir führen ihn um unser nationales Leben und um die Sicherung unserer Grenzen. Dieses Ziel werden die beiden verbündeten Mächte auch im Auge behalten müssen, wenn sie das künftige Verhältnis des von ihnen eroberten und befreiten Polens zu jeder von ihnen selbst festlegen. Auch in Krakau und Wien wird man sich sagen müssen, daß nicht die polnisch-nationalen Wünsche und Forderungen allein, und absolut, auch wenn sie wirklich vom gesamten Polentum vertreten werden, den Maßstab der künftigen Ordnung in Polen abgeben können, sondern daß man suchen muß, sie in Einklang mit den Forderungen zu bringen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Zwecke der Abwehr feindlicher Angriffe und zur Selbsterhaltung stellen müssen. Die Lage, die der Krieg geschaffen hat, läßt in den Polen alte Wünsche wieder aufleben. Das ist begreiflich und niemand wird ihre Berechtigung verkennen. Aber gerade auf Grund dieser Lage haben den Vortritt in dieser Angelegenheit die beiden Mächte, deren Heere heute den polnischen Boden besetzt halten, die für seine Befreiung die schwersten Opfer gebracht haben und deren Lebensinteressen aufs engste mit der künftigen Gestaltung der Dinge in Polen verknüpft sind. Wir hoffen, ohne daß wir heute eine bestimmte Lösung des Problems vorschlagen möchten, daß sich sehr wohl ein Weg finden wird, der sowohl eine nationale Unabhängigkeit Polens gewährleistet als auch den Bedürfnissen der militärischen Sicherung der Zentralmächte genügte. Aber dieser Weg kann nicht von einer Seite diktiert sondern muß gemeinsam gesucht werden, und es wäre eine Verkennung des Tatsächlichen, wenn man übersehen wollte, daß nicht Polen sich selbst befreit, sondern daß ein deutsches Heer das von den Polen als Hauptstadt ihres Staates ausersehene Warschau erobert hat. Daß die verbündeten Staaten ihre eigenen Interessen voranzustellen gedenken, haben die galizischen Polen ja aus der Besetzung des Statthalterpostens für Galizien mit einem hohen Militär gesehen, die doch in erster Reihe bei aller Anerkennung der polnischen Loyalität für die habsburgische Monarchie, aus dem Gesichtspunkte militärischer Verteidigung erfolgt ist.

Ob die Aufrufe der Polen die unmittelbare Wirkung haben werden, die ihre Urheber erwarten, ist uns nicht sicher. Aber das Gute werden sie nun hoffentlich im Gefolge haben, daß die beiden beteiligten Regierungen mit größerer Entschiedenheit als es bisher geschehen zu sein scheint, sich dieser wichtigen Frage zuwenden und daß sie selbst die Führung ergreifen, statt sich drängen zu lassen. Unangenehme und verwickelte Aufgaben hinauszuschieben erleichtert ihre Lösung nicht, und der Wiener Kongreß von 1815 sollte für alle Zeiten als ein abschreckendes Beispiel dienen.

Frankfurter Zeitung

12./VIII. 1915

Ein Aufruf des Obersten polnischen Nationalkomitees.

≋ Wien, 11. Aug. (Priv.-Tel., zens. Fckft.) In den in Krakau erscheinenden Tagblättern „Czas" und „Nowa Reforma" wurde ein Aufruf des Obersten polnischen Nationalkomitees veröffentlicht, in dem es heißt:

Die Eroberung von Warschau, die die Befreiung Warschaus vom russischen Joche bedeutet, ruft in der polnischen Gesellschaft einheitliche Gefühle hervor. Die Tatsache jedoch, daß die Einnahme der Hauptstadt Polens nicht so erfolgt ist, wie wir es gewünscht hätten, bewirkt, daß vom politischen Gesichtspunkte aus die Sache geprüft und aufgeklärt werden muß. Das Oberste polnische Nationalkomitee erachtet es als seine Pflicht, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Staatsraison gebietet uns einerseits den Kampf gegen Rußland, andererseits zeigt sie uns den polnischen Staat als das Ziel unseres Strebens und jeglicher Arbeit.

Vom Standpunkte der Zentralmächte stellt sich die Sache ebenso dar. Die vollständige Schwächung Rußlands ist für sie die Bedingung ihrer Existenz und die Bedingung dieser Schwächung ist, soll sie von Dauer sein, die Wiederauferstehung des polnischen Staates. Aus diesem Grunde hat sich die Versammlung der polnischen Abgeordneten vom 16. August 1914 für den Kampf gegen Rußland erklärt, die polnischen Legionen gebildet und dem Obersten polnischen Nationalkomitee die Verwirklichung dieses Programms übertragen. Voraussetzung ist, daß dieses Programm in der Seele eines jeden Polen lebt und daß nur äußere Verhältnisse ihm nicht gestatten, sich sofort und überall mit der gleichen Kraft durchzusetzen. Von den Grenzen des polnischen Staates vor der Beendigung des Krieges zu sprechen, ist nicht Sache realer Politiker. Festgestellt muß jedoch werden, daß eine Vereinigung des ungeteilten Königreiches mit dem ungeteilten Galizien die Grundlage der Bestrebungen der Polen bildet. Die Bedingung unseres Erfolges ist die Organisation der Gesellschaft auf Grund des einheitlichen politischen Prinzips. Aus diesem Grunde erscheint es uns notwendig, daß die von der russischen Herrschaft befreiten polnischen Länder sich untereinander in Organisationen gruppieren, die sich durch hierzu gewählte Kommissionen mit dem Obersten polnischen Nationalkomitee zum Zwecke der Schaffung einer einzigen Organisation für die ganze Nation zu verständigen hätten.

Mit Spannung erwarten wir den Augenblick, da es das Königreich erklären, die Aktion in ihre Hände nehmen und mit Warschau, dem Herzen Polens, sich an die Spitze der Nation stellen wird.

Neue Freie Presse Abendbl.
12./VIII. 1915

Die Erfolge in Polen ein Mittel zur raschen Beendigung des Krieges.

Eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers.

Berlin, 12. August.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet:

Auf die an Kaiser Wilhelm gerichtete Bitte des amerikanischen Nachrichtenbureaus United Preß um eine Kundgebung anläßlich der Erfolge der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen in Polen antwortete der Reichskanzler, daß der Kaiser aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sei, solchen Bitten zu entsprechen. Indessen benützte der Reichskanzler seinerseits diesen Anlaß, um der United Preß zu erklären, daß Deutschland an die Siege in Polen vor allem die Hoffnung knüpfe, daß sie die Beendigung des Krieges beschleunigen würden.

Dabei erinnerte er, wie der Kaiser in allen Kundgebungen, zuletzt noch am 31. Juli, betonte, daß Deutschland für einen Frieden kämpft, der ihm und den Mächten, die an seiner Seite den großen Kampf führen, diejenige feste Sicherheit gewährt, deren Deutschland für einen dauernden Frieden und seine nationale Zukunft bedürfe. Ueber Deutschlands Grenzen hinaus werde der erstrebte Friede allen Völkern die Freiheit der Meere verbürgen und allen Nationen die Möglichkeit eröffnen, in freiem Wettbewerb den Werken des Fortschrittes und der Gesittung zu dienen.

Neue Freie Presse
13./VIII. 1915.

Mißbrauch Kriegsgefangener durch die Russen zu Feindseligkeiten gegen ihr Vaterland.

Wien, 12. August.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Durch die in den besetzt gewesenen Teilen Galiziens jetzt durchgeführten Gendarmerieerhebungen wird bekannt, daß auf Grund eines Befehls der russischen Armeekommandanten während der ganzen Okkupationsdauer alle irgendwie arbeitsfähigen Männer und Weiber außer zu anderen Arbeiten, im Bedarfsfalle speziell zur Erbauung von Schützengräben zwangsweise herangezogen und hiezu bis in die Karpathen getrieben wurden. Daß es dem Feind nach der Haager Konvention ausdrücklich untersagt ist, der friedlichen Bevölkerung des besetzten Gebietes Dienstleistungen aufzuerlegen, welche auf die Bekämpfung ihres Vaterlandes hinauslaufen, focht die russischen Machthaber natürlich nicht an.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Russen, wie jetzt gleichfalls festgestellt wurde, auch die in ihre Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen der k. u. k. Armee zur Erbauung von Werken gegen uns mißbrauchen, obwohl dies gleichfalls den Haager Vertragsbestimmungen zuwiderläuft, nach denen die Kriegsgefangenen nicht zu Arbeiten verwendet werden dürfen, die mit den kriegerischen Unternehmungen in irgendeinem Zusammenhange stehen.

Ein merkwürdiger Zufall brachte es mit sich, daß das k. u. k. 82. Infanterieregiment jüngst einen russischen Stützpunkt erstürmte, den kriegsgefangene Angehörige desselben Regiments hatten errichten müssen. Auf einer Holztafel fand man dort folgende ungarische Inschrift: „Diesen Stützpunkt erbauten Szekler des 82. Infanterieregiments."

Zu der kürzlich gemeldeten zwangsweisen Vertreibung österreichischer Staatsbürger aus ihrer Heimat tritt diese zwangsweise Anhaltung österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger zur Teilnahme an den Feindseligkeiten gegen ihr Vaterland nicht als Gegenstück, sondern als eine das russische Kampfsystem ergänzende Maßregel hinzu.

Kriegskalender.

3. August: Die russische Front wird bei Leczna und nordwestlich Cholm neuerlich durchbrochen, worauf der Feind abermals nach Norden zurückweicht; vor der Westfront von Iwangorod erbeuten k. u. k. Truppen des Generals v. Köveß 32 Geschütze, darunter 21 schwere, und 2 Mörser. In der Richtung auf Lomza gewinnen die Deutschen unter erfolgreichen Kämpfen abermals Raum. Deutsche Luftschiffe bombardieren die Bahnlinien östlich Warschau. — Unter großen Verlusten scheitern am Plateaurande von Polazzo fünf italienische Sturmangriffe; an der Kärntner Grenze versucht der Feind erfolglos einen Sturmangriff gegen den Cellonkofel. — In den Argonnen nehmen die Deutschen abermals einige feindliche Gräben; die erbitterten Kämpfe in den Vogesen haben keine nennenswerten Aenderungen gezeitigt. — Kaiser Wilhelm überreicht dem Erzherzog Friedrich den preußischen Marschallstab. — Das amerikanische Vollschiff „Paß of Lealmaha" mit englischer Prisenbesatzung nach Cuxhaven aufgebracht. — Die Kapitulation von Deutsch-Südwestafrika amtlich bekanntgegeben. — Türkischer Sieg bei Total in Armenien.

4. August: Zwischen Weichsel und Bug setzen die Russen nach hartnäckigem, aber vergeblichem Widerstande nördlich Dubienka und Cholm an der Swinka und an der Linie Leczna—Nowo-Alexandria ihren Rückzug fort; unsere Truppen besetzen den Westteil von Iwangorod. Die Armee des Prinzen Leopold von Bayern greift Warschau an; bei Ostrolenka nehmen preußische Regimenter die noch durch Feldbefestigungen geschützten Narew-Uebergänge; nördlich Lomza werden die Russen in die vorgeschobene Verteidigungsstellung der Festung zurückgedrückt. — Vereinzelte italienische Angriffe südlich Sdraussina und östlich Polazzo, ein Vorstoß gegen unsere Stellungen auf dem Monte dei sei Busi sowie stärkere Angriffe gegen die Grenzbrücke südlich Schluderbach und auf den Col di Lano werden durchwegs abgewehrt. — Die englischen Schiffe „Turquoise" und „Rougget" von deutschen U-Booten versenkt. — Einschränkung der englischen Kohlenausfuhr.

Neue Freie Presse
14./VIII. 1915

Wichtige Erklärungen des bulgarischen Ministerpräsidenten.

Gefährdung der Neutralitätspolitik Bulgariens durch England.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 12. August.

Der Sofioter Vertreter der „Indépendance Belge" erhielt von Radoslawow folgende Erklärungen:

Als entschiedener Anhänger der griechisch-bulgarischen Annäherung hoffe ich, daß in unserer Zukunft eine Verständigung zwischen beiden Regierungen zustandekommen wird. Dadurch käme ein dauernder Friede auf dem Balkan zustande. Von beiden Seiten geschieht das Möglichste, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Die laufenden Verhandlungen berühren Griechenlands Interessen.

Ueber Bulgariens Neutralität äußerte sich Radoslawow: „Ich bin glücklich, meinem Lande während mehr als eines Jahres die Schrecknisse des Krieges erspart zu haben, doch verursacht die Einhaltung der strikten Neutralität große Aergernisse. Die von den Alliierten beschlossene Blockierung von Dedeagatsch schädigt uns empfindlich. Trotz aller Proteste dauert die unerträgliche Lage fort.

Neue Freie Presse
14./VIII. 1915

Mitteilungen aus Wiener diplomatischen Kreisen.

In hiesigen diplomatischen Kreisen ist von einer angeblich am 20. Juli der Türkei überreichten italienischen Note, die von der Pforte unbeantwortet gelassen worden wäre, nichts bekannt. Die Türkei hat vielmehr bisher noch alle ihr von italienischer Seite übermittelten Noten in präziser Weise beantwortet und alles getan, um eine friedliche Erledigung der von Italien geltend gemachten Beschwerdepunkte herbeizuführen.

Diese Beschwerden betreffen, wie es heißt, die angeblich schlechte Behandlung italienischer Staatsangehöriger in der Türkei, eine Verletzung italienischer Interessen in der Türkei und andere Beschwerden so unbestimmter Natur, daß sie schwer präzisiert werden können.

Es ist offenbar, daß Italien in seinem Verhalten gegenüber der Türkei von Rücksichten auf seine nunmehrigen Verbündeten geleitet ist, die eine Aktion Italiens gegen die Türkei herbeiführen wollen.

Fremdenblatt
14./VIII. 1915

Kriegskalender.

5. August: K. u. k. Truppen besetzen Iwangorod, Truppen der Armee des Prinzen Leopold von Bayern rücken in Warschau ein; deutsche Kavallerie besetzt Wladimir-Wolynsk. Die Armeen der Generale v. Scholz und v. Gallwitz dringen unter heftigen Kämpfen gegen die Straße Lomza-Ostrow-Wyszkow vor; in Kurland bei Genaize, Birschi und Onikschty für die Deutschen siegreiche Reitergefechte. — An der Tiroler Front brechen italienische Angriffe in der Gegen des Kreuzbergsattels sowie vor der Seikofelstellung unter großen Verlusten zusammen; im Görzischen heftigeres Artilleriefeuer. — In den Vogesen ist am Lingekopf und südlich der Kampf von neuem entbrannt. — In der Umgebung von Hamur östlich von Kilitschgödigi werden die Russen von den Türken geschlagen. — Die englischen Dampfer „Portia“ und „Castello“ torpediert. — Italien entsendet einen Vertreter ins britische Hauptquartier, um über ein gemeinsames Vorgehen der Vierverbandsstaaten gegen die Türkei zu beraten.

Frankfurter Zeitung
14./VIII. 1915

Rumänien und die Zentralmächte.

Die Aufhebung des Verbots der Getreideausfuhr durch die rumänische Regierung ist ein Versuch der letzteren, sich aus ihren inneren Schwierigkeiten zu retten. Die Unzufriedenheit der rumänischen Landwirte mit dem Ministerpräsidenten Bratianu, besonders aber mit dessen Finanzminister Costinescu hatte schließlich eine solche Macht gewonnen, daß man ihr weichen mußte und die anstößigste Maßregel der Regierung beseitigte. Das Getreideausfuhrverbot ist von Rumänien beim Beginn des Krieges erlassen worden, als ein durch die eigenen Bedürfnisse des Landes schwerlich gerechtfertigter, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn aber entschieden unfreundlicher Akt der Regierung. Wir haben schon im heutigen Zweiten Morgenblatt darauf hingewiesen, daß die jetzige Aufhebung dieser Maßregel von uns keineswegs als eine Wendung zu freundlicheren Absichten zu bewerten ist, denn nicht wir brauchen das rumänische Getreide, sondern Rumänien braucht unseren Markt. Derselbe Herr Costinescu, der hauptsächlich die Kornausfuhr über die ungarische Grenze verhindert hat, war auch die Triebfeder bei dem neutralitätswidrigen Verhalten Rumäniens gegenüber der Durchfuhr von Munition nach der Türkei. Es ist nicht mitgeteilt worden, daß Costinescu, der durch Erschließung des deutschen Marktes für das rumänische Getreide jetzt seinen Posten zu retten sucht, gleichzeitig die Schikanen gegen die Munitionstransporte aufzugeben beabsichtige, vielmehr ist das Gegenteil anzunehmen. Aber auch in dieser Frage haben sich die Umstände neuerdings gründlich verändert, sodaß von einem Austausch der Zulassung des rumänischen Getreides in Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegen die Gestattung der Munitionsdurchfuhr durch Rumänien nicht mehr zu reden ist. Denn die Türkei kann jetzt selbst soviel Munition herstellen als sie braucht, und kein rumänischer Minister hat das Schicksal der Dardanellen in seiner Hand. So hat sich also das Verhältnis Rumäniens zu uns in entscheidenden Punkten erheblich gewendet. Daß inzwischen die innere Lage dort wenig glänzend ist, zeigt der folgende von sachkundiger Seite stammende Bericht, der in Bukarest am 9. August geschrieben ist:

Zwei Angelegenheiten beschäftigen augenblicklich die Minister, welche die Geschicke dieses Landes leiten. Die erste derselben ist die Ausfuhrfrage, mit welcher die Durchfuhr von Waren nach Bulgarien und insbesondere der Türkei enge verknüpft ist. In früheren Berichten habe ich bereits darauf hingewiesen, in welch ausgedehntem Maße die rumänischen wirtschaftlichen Interessen durch die unglaublich kurzsichtige Finanzpolitik Costinescus geschädigt worden sind. Vergeblich dürfte man auf dem weiten Erdenrund nach einem zweiten Volke suchen, welches sich derartige Vergewaltigung bieten lassen würde. Erst jetzt scheint sich das Ministerium nach und nach Rechenschaft davon zu geben, welchen Schaden die endlosen Schikanen, die man gegen die Ausfuhr rumänischer Landesprodukte gemacht hat, dem eigenen Lande zugefügt haben. Jetzt möchte man den Export nach Möglichkeit fördern und hat zu diesem Zwecke in der letzten Zeit mit Vertretern der Zentralmächte eine Reihe von Konferenzen abgehalten, in welchen die Beförderungs-, Durchfuhr- und Kompensationsfragen eingehend erörtert worden sind und in welchem man angeblich zu einer Einigung gekommen ist.

In den letzten Sitzungen des Ministerrates sollen die mit den Zentralmächten abzuschließenden Verträge diskutiert und festgelegt worden sein und ihre Vollziehung soll bevorstehen. Wie man sagt, ist nach dem neuen Abkommen die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach der Türkei zwar ausgeschlossen, doch würde trotzdem der Abschluß dieser Verträge eine Handlung bedeuten, die mit den früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und den Zentralmächten in Uebereinstimmung wäre und dieselben von neuem bestätigen würde. Ganz im Gegensatz dazu zirkulierte aber in den letzten Tagen mit Hartnäckigkeit hier das Gerücht, daß die Verhandlungen Rumäniens mit den Ententemächten zu dem Abschluß eines Bündnisvertrages mit Rumänien geführt hätten, und daß der Vertrag bereits in den nächsten Tagen in Paris unterzeichnet werden solle. Von Seiten der Regierung ist nichts geschehen, um diese Gerüchte zu widerlegen. Im Gegenteil hat die offiziöse Presse, die in der letzten Zeit mehr und mehr Sympathie für die Zentralmächte gezeigt hatte, neuerdings wieder eine deutschfeindliche Nuance erhalten.

Der „Vittorul" von vorgestern enthielt an erster Stelle einen Artikel, der als eine Kundgebung der Regierung aufzufassen ist. Aus dem Inhalt desselben geht deutlich hervor, daß die Regierung nicht gesonnen ist, ihre seitherige Stellungnahme in den Fragen der auswärtigen Politik zu verlassen. Die Politik der Regierung, die unter Mißachtung der vitalsten Interessen des eignen Landes, nur für diejenigen Rußlands besorgt ist, soll weiter fortgesetzt werden. Rumänien soll fortfahren, die russischen Interessen dadurch zu schützen, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach der Türkei verhindert, während es andererseits den Transport von Kriegsmaterial durch Serbien nach Rußland begünstigt und Serbien selbst mit einer Reihe dringend benötigter Artikel versorgt. Gleichzeitig mit dieser Frontverschiebung der offiziösen Presse ist eine erhöhte agitatorische Tätigkeit der Vertreter der Ententemächte an dem Balkan deutlich erkennbar. Allem Anschein nach ist das Ministerium der Entente und besonders Rußland gegenüber gebunden und besitzt keine Bewegungsfreiheit mehr. Auch die Niederlagen Rußlands haben nichts an diesem Zustande ändern können, da die maßgebenden Kreise glauben, dieselben seien nur temporär, und die große russische Offensive müsse über kurz oder lang wie ein Sturmwind die Deutschen aus dem Lande fegen.

Nach dem Fiasko der Finanzpolitik des Ministeriums wäre dasselbe in anderen Zeiten wohl längs gezwungen worden zurückzutreten, jedoch bieten die innerpolitischen Verhältnisse des Landes keine Handhabe, um das im russischen Fahrwasser steuernde liberale Ministerium zum Rücktritt zu zwingen, da die konservative Partei, die in früheren Zeiten periodisch mit der liberalen in der Führung des rumänischen Staatsschiffes abwechselte, derartig gespalten und geschwächt ist, daß sie machtlos der liberalen Mißwirtschaft zusehen muß. Herr Marghiloman, der trotz seiner von Filipescu und Take Jonescu dekretierten Absetzung als Parteichef immer noch als das Haupt der konservativen Stammpartei zu betrachten ist, scheint nicht über die notwendige Energie zu verfügen. Die anderen Führer der Partei, Carp, Majorescu und Teodor Rosseti, sind hochbejahrt und über eine jüngere energische Kraft, welche unter diesen schwierigen Verhältnissen sich durchsetzen und zur Geltung bringen könnte, verfügt die Partei anscheinend nicht. Kommt aber Rumänien nicht bald zur Besinnung und rettet sich vor dem Abgrund der russischen „Freundschaft", so ist seine Zukunft besiegelt, da der Anschluß an Rußland einem tatsächlichen Verzicht auf seine nationalen Bestrebungen gleichkommt, dem wohl rasch der Verzicht auf das ganze nationale Dasein und auf die Unabhängigkeit folgen würde."

Kölnische Zeitung
14./VIII. 1915

Eine Kundgebung des Obersten Polnischen Nationalausschusses.

✡ **Wien**, 11. Aug. Die Eroberung Warschaus hat natürlich unter allen beteiligten Völkern auf die Polen den tiefsten Eindruck gemacht. Warschau ist ja trotz der bisherigen staatsrechtlichen Getrenntheit des von Polen bewohnten Gebietes der geistige und nationale Mittelpunkt des Polentums gewesen. Lemberg und Krakau sind wohl die Brennpunkte des polnischen Lebens in der Donaumonarchie und deshalb allen österreichischen Polen ans Herz gewachsen. Aber Warschau erkennen auch sie ohne Einschränkung den Vorrang über diese beiden Städte zu. Die Vertreibung der Russen aus Warschau ist daher für die Polen ein Ereignis von höchster nationaler Bedeutung. Es hat ihre Gemüter mächtig ergriffen und in ihnen Hoffnungen erweckt, die bisher allzu kühn schienen. Ausschließen aus dem Kreis der Polen, die in der Einnahme Warschaus einen Akt der Befreiung sehen, muß man nur diejenigen, die ihren Frieden mit Rußland gemacht hatten und in dem Wahne lebten, das Polentum müsse in der Vereinigung mit diesem slawischen Eroberreiche sein Heil suchen. Die Stimmen dieser Leute, deren es auch in Galizien einige gegeben hat, ertönen jetzt klagend in der russischen Reichsduma. Es hat aber den Anschein, als ob es Stimmen in der Wüste seien. Denn die begeisterte Aufnahme der deutschen Befreier in Warschau und der starke Zulauf, den die polnische Legion seit dem Rückzuge der Russen hinter die Weichsel aus allen Kreisen der Bevölkerung Russisch-Polens findet, lassen kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß das polnische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit die Russenherrschaft als schwerlastendes Joch empfand und nun die Tage seiner Freiheit nahen fühlt.

In welcher Richtung gehen nun die Hoffnungen der Polen? Man kann, ohne befürchten zu müssen, Lügen gestraft zu werden, sagen — in einer einzigen Richtung: auf die Wiederherstellung des einheitlichen Polens. Wiedervereinigung der getrennten Glieder des einstigen polnischen Reiches. Es mag unter ihnen Opportunisten geben, die schon zufrieden wären, wenn die russische Knutenherrschaft beseitigt würde, und Kongreßpolen staatliche Selbständigkeit erlangte; aber auch diese würden eine solche Lösung nur als ein Kompromiß betrachten und nicht aus innerer Überzeugung, sondern nur aus politischer Klugheit und aus Rücksicht auf die eigenartige Durchführung der polnischen Befreiung alle weitergehenden Wünsche zurückstellen. Offenbar ist dieser Opportunismus daran schuld, daß der Polenklub des österreichischen Reichsrates so viel Zeit gebraucht hat, um zu dem Ereignis der Befreiung Warschaus Stellung zu nehmen. Seit Montag nämlich, zu welchem Tage er von seinem Obman Bilinski einberufen worden war, beriet er über einen Beschluß, der seine Ansicht darüber darlegen sollte. Nach mehrfacher Umredigierung gelangte dieser Beschluß endlich Dienstag nachmittag debattelos zur Annahme. Aber er wurde auch dann noch nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt. Man erfuhr nur, daß der Obmann ermächtigt worden sei, an den Kaiser ein Huldigungstelegramm und an den Armeeoberkommandanten Erzherzog Friedrich eine Glückwunschdepesche zu richten. Nach solchen Vorereignissen zu schließen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach diese Kundgebung den Stempel des Opportunismus tragen.

Frei von diesem Opportunismus ist dagegen die Kundgebung, die das Oberste Polnische Nationalkomitee soeben durch seinen Präsidenten Ladislaw Leopold v. Jaworski veröffentlicht. Sie ist sehr lang geraten. Wenn man ihren Inhalt kurz mit Beibehaltung ihrer Worte zusammenfaßt, so lautet sie: Warschaus Befreiung vom russischen Joch ruft in der polnischen Gesellschaft einheitliche Gefühle hervor. Die Tatsache jedoch, daß die Einnahme der Hauptstadt Polens nicht so erfolgt ist, wie wir es gewünscht hätten (!), bewirkt, daß vom politischen Gesichtspunkt aus die Sache geprüft und aufgeklärt werden muß. Die Staatsraison gebietet uns einerseits den Kampf gegen Rußland, anderseits zeigt sie uns den polnischen Staat als Ziel unseres Strebens. Vom Standpunkt der Zentralmächte stellt sich die Sache ebenso dar. Die vollständige Schwächung Rußlands ist für sie Bedingung ihrer Existenz; und Bedingung dieser Schwächung ist die Wiederauferstehung des polnischen Staates. Aus diesem Grunde hat sich die Versammlung der polnischen Abgeordneten vom 16. August 1914 für den Kampf gegen Rußland erklärt, die polnischen Legionen gebildet und dem Obersten Polnischen Nationalkomitee die Verwirklichung dieses Programms übertragen. Das Oberste Polnische Nationalkomitee verwirklichte und verwirklicht dieses Programm mit dem unerschütterlichen Glauben, daß die Zukunft Polens nur mit dem Westen verbunden werden kann, ohne daß es sich durch die vorübergehenden Siege Rußlands, die Leiden der polnischen Bevölkerung, das ungenügende Verständnis für die polnische Sache und die sie verkörpernden polnischen Legionen bei einzelnen Organen dieses Staates, durch die Last vieler Anordnungen, die unserer Ansicht nach hätten vermieden werden können, davon hätte ablenken lassen. Auch die polnische Gesellschaft darf sich durch die von Kriegsnotwendigkeiten hervorgerufenen Umstände nicht beirren lassen. Von den Grenzen des polnischen Staates vor Beendigung des Krieges zu sprechen, ist nicht Sache realer Politiker. Festgestellt muß jedoch werden, daß die Vereinigung des ungeteilten Königreiches mit dem ungeteilten Galizien die Grundlage der Bestrebungen der Polen bildet. Eine Teilung dieser Länder wäre eine Wunde, die sich durch nichts vernarben ließe. Eine solche Lösung würde eine unaufhörliche Gärung schaffen. Wir sind auch dessen gewiß, daß in der Frage der staatsrechtlichen Stellung des polnischen Staates zur Monarchie eine Verständigung erzielt werden kann. Pflicht der polnischen Gesellschaft ist, alles zu tun, um den Gang der Ereignisse, die zur Verwirklichung unseres Programms führen, durch unrichtige Beschlüsse oder Taten nicht aufzuhalten. Bedingung unseres Erfolges jedoch ist die Organisation der Gesellschaft auf Grund eines einheitlichen politischen Prinzips. Wir raten deshalb die Durchführung einer so starken Organisation an, daß die Regierungen der siegreichen Mächte die Möglichkeit haben, sich mit dieser Organisation als der Vertretung der Nation zu verständigen, und daß anderseits die Stimmen dieser Organisation das Gewicht der Stimme der polnischen Nation besitze. Aus diesem Grunde erscheint es uns notwendig, daß die von der russischen Herrschaft befreiten polnischen Länder sich untereinander in Organisationen gruppieren, die sich durch hierzu gewählte Kommissionen mit dem Obersten polnischen Nationalkomitee zum Zwecke der Schaffung einer einzigen Organisation für die ganze Nation zu verständigen hätte.

So die Kundgebung. Man beachte, daß sie trotz ihrer kritischen Bemerkungen mit Erlaubnis der Zensur in Österreich veröffentlicht worden ist. Man beachte weiter, daß sie zwar nicht die an Preußen gefallenen Teile des ehemaligen Königreichs Polen ausdrücklich erwähnt, aber die Vereinigung des ungeteilten Königreichs mit dem ungeteilten Galizien fordert und daß sie, statt den Befreiern Warschaus ein Wort des Dankes zu zollen, der Enttäuschung darüber Ausdruck gibt, daß die Einnahme der Hauptstadt Polens nicht so erfolgt sei, wie das Nationalkomitee es gewünscht hätte. Jedenfalls wird man den Verfassern für ihre offene Sprache erkenntlich sein. Sie haben damit allen Beteiligten reinen Wein eingeschenkt und sie vor der Gefahr bewahrt, sich mit unzeitigen Opportunismen selbst zu täuschen.

Frankfurter Zeitung
14./VIII. 1915

Die innere Lage Rumäniens.

Folgende Mitteilungen gehen uns aus Bukarest vom 5. August zu:

Die Lage in Rumänien hat sich äußerlich wenigstens nicht geändert, es bleiben jedoch die Symptome bestehen, die auf eine Krise hinzuweisen scheinen. In eingeweihten Kreisen spricht man offen davon, daß die liberale Partei sich darauf vorbereite, die Regierungszügel anderen Händen zu überlassen. Ob sie vollständig zurücktreten oder ob sie sich einige Sitze in dem zukünftigen Ministerium reservieren wird, soll fraglich sein. Für beide Möglichkeiten werden Ministerlisten genannt, in denen weder Take Jonescu, noch Filipescu noch einer von deren Anhängern figurieren. Das liberale Ministerium ist dadurch in eine Zwangslage geraten, daß Bratianu augenscheinlich Rußland gegenüber bindende Verpflichtungen eingegangen ist, die er jetzt nicht mehr erfüllen kann, nachdem die russischen Truppen geschlagen sind, die italienische Offensive gescheitert ist und die Dardanellen immer noch nicht fallen wollen.

Eine weitere Ursache für den Rücktritt des Ministeriums dürfte die allgemeine Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik Costinescus sein. Die an Indolenz grenzende Geduld, welche das rumänische Volk gegenüber dem Unwesen, das Costinescu treibt, seit Jahresfrist zur Schau getragen hat, scheint nun doch zu Ende zu gehen. Die oppositionelle Presse greift ihn mit der hier zu Lande beliebten Heftigkeit an und wirft ihm Bestechlichkeit, Nepotismus und eine Reihe anderer niedriger Eigenschaften vor. In den Verhandlungen des Kongresses der Gutsbesitzer, der in den letzten Tagen hier stattfand, fielen Worte heftigster Art gegen den Finanzminister, dem man die Schuld beimißt, daß ein großer Teil der vorjährigen Ernte nutzlos in den mangelhaften Lagerräumen verfault, während kein Platz für die Aufstapelung der überaus reichen diesjährigen Ernte vorhanden ist. Alles drängt jetzt darauf, daß das Ausfuhrverbot für sämtliche Getreidesorten aufgehoben wird (was nach den neuesten Meldungen inzwischen geschehen ist. D. Red.) und daß Maßregeln ergriffen werden um die Ausfuhr zu erleichtern.

Wohl lediglich unter dem Druck dieser außerordentlich heftigen Reklamationen hat sich der Finanzminister neuerdings zu Zugeständnissen an die Zentralmächte entschlossen, deren Vertreter augenblicklich mit ihm verhandeln. Es ist anzunehmen, daß bei den zu treffenden Abmachungen unsere Interessen und insbesondere die Frage der Durchfuhr von Kriegsmaterial für die Türkei wenn auch vielleicht in indirekter Form voll und ganz berücksichtigt werden, andernfalls müßten diese Abmachungen als ein grober Fehler betrachtet werden. Halbe Maßregeln nützen uns nichts. Andererseits ist es sicher, daß das Ministerium abdanken muß, falls die Frage der Getreideausfuhr nicht befriedigend gelöst wird, oder daß mindestens der Finanzminister gehen muß.

15./VIII. 1915

Kriegschronik.

Die Kriegschronik ist als Sonderausgabe („Kriegskalender") vom Verlag zu beziehen: Heft 1, 64 Seiten stark, die Ereignisse bis 30. April 1915 umfassend, gegen Voreinsendung von 60 Pfg. oder gegen Post-Nachnahme von 80 Pfg. Weitere Hefte je 32 Seiten zu 30 Pfg. folgen etwa alle 4 Monate.

8. August.

Serock am Bug und Zegrze vor Nowo-Georgiewsk besetzt.

Bei Warschau das östliche Weichselufer gewonnen.

Rückzug der Russen von Iwangorod nach Ost und Nordost.

Lubartow genommen. Sieg bei Miechow. Die Russen gegen den Wieprz geworfen. Ueber 6000 Gefangene.

Frischgelandete feindliche Streitkräfte von den Türken bei Karatchali am 7. August völlig vertrieben, bei Ari Burnu zurückgeschlagen. Bei Sedd ül Bahr am 6. und 7. August feindliche Angriffe verlustreich abgewiesen. Das türkische Linienschiff „Barbaroß Hairedin" durch ein feindliches U-Boot versenkt.

9. August.

Bei Dammerkirch und am Schwarzen See, bei Ypern, Gondrexange und Harboney je ein französisches Flugzeug abgeschossen. **Saarbrücken durch feindliche Flieger mit Bomben beworfen.**

Fortschritte gegen Kowno und Lomza. 1830 Russen gefangen.

Südlich von Lomza die Straße Ostrow—Wyszkow überschritten.

Nowo-Georgiewsk ganz eingeschlossen.

Besetzung von Praga. Einige tausend Gefangene gemacht.

v. Woyrsch überschreitet die Straße Garwolin—Ryki.

Die Russen durch v. Mackensen über den Wieprz zurückgedrängt. Linie Ostrow—Hansk—Uchrusk erreicht. 3600 Russen gefangen.

Der englische Hilfskreuzer „India" nördlich von Bodö torpediert. Etwa 72 Mann auf Hellingvärk gelandet.

Die schwedischen Dampfer „Malmland" und „Mai", der englische Dampfer „Glenravel", 1 Fischdampfer, die norwegische Segelbark „Norman" durch U-Boote versenkt.

Ein feindliches Unterseeboot durch ein türkisches Wasserflugzeug vor Bulair versenkt.

10. August.

Besetzung des Westteils von Hooge durch die Engländer.

Zerstörung einer französischen Brücke über die Larg.

Französische Flugzeuge über Zweibrücken und St. Ingbert (Rheinpfalz).

Ein französisches Flugzeug zwischen Bellingen und Rheinweiler (Baden) zum Landen gezwungen, ein zweites auf Schweizer Gebiet getrieben.

Erstürmung von Lomza. Der Bug zwischen Brok und der Mündung erreicht.

Oestlich Warschau die Straße Stanislawow—Nowo-Minsk erreicht. v. Woyrsch gewinnt bei Zelechow Anschluß an die Heeresgruppe v. Mackensen. Das Wieprz-Knie bei Kock überschritten.

Bei Czernelica auf dem Südufer des Dnjestr eine russische Stellung genommen.

Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die englische Ostküste (Kriegsschiffe auf der Themse, Docks von London, Harwich, Anlagen am Humber) vom 9. auf 10. August.

Erkundungsfahrt deutscher Seekräfte am Eingang des Rigaischen Meerbusens russischerseits als großer Flottenangriff gemeldet. Zwei kleine deutsche Minensuchboote bei der Erkundung russischer Minensperren verlorengegangen.

Der norwegische Dampfer „Geiranger", der dänische Schoner „Jason", 1 britischer Fischdampfer versenkt.

11. August.

Weichen der russischen Front südlich von Lomza. Uebergang über den Czerwony-Bor. Der Bahnknotenpunkt südöstlich von Ostrow genommen.

Besetzung des Forts Benjaminow östlich von Nowo-Georgiewsk.

Die Gegend von Kaluczyn erreicht. Russische Stellungen bei Jedlanka erstürmt.

Angriff gegen russische Stellungen hinter der Bystrzyca (südwestlich von Radzyn), Tysmienica (westlich von Parczew) und in Linie Ostrow—Uchrusk.

Heftige Angriffe der Italiener am Plateau von Doberdo abgewiesen, ebenso bei Pevma am Görzer Brückenkopf und bei Zagora (südöstlich Plava).

Das österreichisch-ungarische Unterseeboot „U 12" in der Adria durch ein italienisches versenkt.

Vernichtung des englischen Hilfskreuzers „The Ramsey" durch den deutschen Hilfskreuzer „Meteor" vom 7. auf 8. August. „Meteor", von vier britischen Kreuzern gestellt, von der eigenen Besatzung versenkt; diese gelangt in einen deutschen Hafen.

Die russische Bark „Altezar", der norwegische Dampfer „Aura" versenkt.

Der englische Torpedobootszerstörer „Lynx" durch Mine gesunken.

Erfolgreiche Gefechte unserer Ostseestreitkräfte gegen russische bei der Insel Utoe und bei Zerel am 10. August.

General Maritz in Angola verhaftet.

12. August.

Eroberung der französischen Befestigungsgruppe „Martinswerk" in den Argonnen.

Erstürmung des Brückenkopfes von Wizna. Die Russen über den Gacfluß geworfen. Erstürmung von Zambrowo und Vordringen über Andrzejow.

Besetzung von Lukow. Der Muchawka-Abschnitt überschritten.

Rückzug der Russen zwischen Bug und Parczew.

Größerer italienischer Angriff am Plateau von Doberdo abgewiesen.

An der Südküste Italiens Beschießung von Bari und von Eisenbahnanlagen von Molfetta bis Seno San Giorgio durch österreichisch-ungarische Fahrzeuge.

Die britischen Dampfer „Oakwood" und „G. J. 41", zehn Fischdampfer, die norwegische Bark „Morna" versenkt.

Abweisung eines Angriffs durch die Türken und schwere Verluste (3000 Tote) der Dardanellenstürmer am 10. August.

13. August.

Bei Zeebrügge ein englisches Wasserflugzeug heruntergeschossen. Bei Rougemont und Sentheim je ein feindliches Flugzeug zum Landen gezwungen.

In Gewaltmärschen die Gegend von Sokolow und der Liwiec-Abschnitt erreicht. Siedlce genommen. Radzyn und Wlodawa erreicht.

Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die Küste Englands vom 12. auf 13. August, Harwich mit Bomben beworfen.

Die englische Bark „Humfries" durch ein deutsches Flugzeug versenkt.

Die englischen Dampfer „Summerfield" und „Jacona" und ein Fischkutter versenkt.

Austausch deutscher und russischer Kriegsgefangener über Tornea und Trelleborg.

Auf die Note des Vierverbands über Einigung und Eingreifen der Balkanstaaten in den Krieg antwortet Griechenland mit Einspruch gegen Abtretung griechischen Gebiets.

14. August.

Neue Kämpfe nördlich des Njemen bei Aleso, Kupischky, Weschinty und Kowarsk.

Vor Kowno der befestigte Wald von Dominikanka genommen.

Der Slina- und Sturzec-Abschnitt erreicht.

Eine Vorstellung von Nowo-Georgiewsk erstürmt.

Der Bug nordöstlich von Sokolow erreicht. Russische Gegenstöße an der Linie Losica-Miendzyrzec.

v. Mackensen überschreitet die Straße Radzyn-Dawidy-Wlodawa.

Der Posten Tingere in Nordkamerun am 18. Juli von den Franzosen besetzt.

Fremdenblatt
15./VIII. 1915

Die Antwort Griechenlands an den Vierverband.

Ein Protest gegen Gebietsabtretungen.

K. Athen, 12. August. (Verspätet eingetroffen.) Die Agence d'Athenes meldet:

Der Kabinettschef des Ministers des Aeußern überreichte nachmittags den Gesandtschaften der Vierverbandsmächte die Antwort Griechenlands auf den Schritt der genannten Mächte.

Die Antwort ist in Form eines Protestes gegen die Abtretung griechischen Gebietes abgefaßt.

Bevorstehende Blockade der griechischen Küste?

Fremdenblatt
15./VIII. 1915

Die Berliner Konferenzen des Baron Burián.

K. **Berlin,** 14. August. Der hiesige Aufenthalt des Ministers des Aeußern Baron Burián, welcher gestern früh in Begleitung des Kabinettschefs Grafen Waltersskirchen eingetroffen war, galt einem Meinungsaustausche mit den leitenden deutschen Staatsmännern.

Baron Burián konferierte vor- und nachmittags mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär v. Jagow. Das Frühstück nahm der Minister beim Reichskanzler.

Abends erfolgte die Rückreise nach Wien.

Berner Bund
16./VIII. 1915

Die „Times" und die Schweiz

London, 14. d. (Reuter) Die „Times" besprechen in einem Artikel die im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen den Verbündeten und der Schweiz bezüglich des Kontrollsystems für die schweizerischen Importe. Sie heben die Schwierigkeiten der Neutralen und besonders diejenigen der Schweiz in dieser Hinsicht hervor, die sich zwischen dem Hammer und dem Ambos befinde. Sie erklären, daß die vorgeschlagene Kontrolle mit ihren großmütigen Zugeständnissen, die der Stellung der Schweiz Rechnung tragen, keine Schmälerung der souveränen Rechte der helvetischen Republik mit sich bringen würde. Die Zeitung weist auf den Einfluß hin, den die von gewissen schweizerischen Zeitungen geführte deutschfreundliche Kampagne auf zahlreiche Deutschschweizer ausübe. Wir glauben immerhin, fügt das Blatt bei, die schweizerische Regierung habe ein Mittel dagegen in ihrer Hand, wenn sie es anwenden wolle. Das ist eine Angelegenheit, die die Alliierten nicht direkt berührt. Wenn diese Lösung abgelehnt werden sollte, muß eine andere gesucht werden, die gewiß weniger günstig wäre. Unterdessen können die Alliierten trotz ihrer lebhaften Sympathie für das Schweizervolk, das sich der Verwundeten der kriegführenden Staaten so zärtlich angenommen hat, ihre derzeitige Haltung, die bestimmt ist durch legitime Erwägungen höchster Ordnung, nicht ändern.

*

Bevor der Wortlaut des englischen Textes bekannt ist, lohnt es sich nicht, auf diese Reutermeldung einzugehen. Sicherlich begeht das große englische Blatt nicht den Fehler, zuerst die souveränen Rechte der helvetischen Republik als unverletzlich anzuerkennen, um dann den Versuch zu machen, einen Druck auf innerschweizerische Angelegenheiten auszuüben, wozu denn doch die Haltung der schweizerischen Presse gehört. In dieser Tonart ließe sich mit der Schweiz nicht verhandeln. Die Meldung ist unklar und geeignet, irre zu führen.

Wenn uns von kriegführender Seite versichert wird, es liege in der Hand der schweizerischen Regierung, die entstandenen Schwierigkeiten zu heben, so möchten wir den Ratgebern folgende persönliche Auffassung zur Erwägung empfehlen: Statt dem Gegner zu schaden suchen, indem man auf ein neutrales Land drückt, ließe sich vielleicht ohne Beeinträchtigung der Kriegsziele der Schweiz beiderseits gewähren, was sie zum Leben braucht. Deutschland stellt sich wohl auf den Boden, daß es seine eigenen Waren zu Bedingungen verkaufen kann, die ihm belieben; es kann ja auch ein Ausfuhrverbot darauf legen, also steht es ihm frei, z. B. die Kohle, auf die unsere Industrie und unsere Eisenbahnen schlechterdings angewiesen sind, nur unter der Bedingung zu liefern, daß die Gegenlieferung aus Waren bestehe, die wir erst aus den ihm feindlichen Ländern beziehen müssen und die auf der Konterbandeliste stehen. Das geht in praxi allerdings mit dem im Haag gewünschten Schutz des neutralen Handels nicht zusammen. Was Deutschland materiell damit erreicht, ist höchstens eine im Verhältnis zu seinen Bedürfnissen verschwindend geringe, für den Kriegserfolg absolut unwesentliche Zufuhr (der „Corriere della Sera" stellt freilich eine gegenteilige Behauptung auf, ohne indessen imstande zu sein, den Beweis dafür anzutreten); es erreicht damit aber auch, daß auf der Gegenseite die nach der Lage der Dinge falsche Zuversicht unterstützt wird, Deutschland sei so verzweifelt dran, daß es auf den Kompensationsverkehr aus der Schweiz angewiesen sei, trotz Einbringung der Ernten zu Hause und in den besetzten Gebieten, und trotz den unabsehbaren wolhynischen Getreidefeldern, die nach deutschen Kriegsberichten für die deutsche Versorgung herangezogen werden. Das Fordern solcher Kompensationen läuft unmittelbar und noch mehr durch seine Folgen dem „Wunsche zwei" der Haager Konferenz entgegen, wonach der Fortbestand des friedlichen Verkehrs und namentlich der kaufmännischen und industriellen Beziehungen zwischen Kriegführenden und Neutralen gesichert und geschützt werden soll.

Auf der andern Seite aber liegt ein Uebergriff in der Einmischung in unsern neutralen Handel. Was wir aus nicht kriegführenden Ländern beziehen, darauf haben wir Anspruch, ohne daß uns ein beim Handel nicht beteiligter Dritter Bedingungen vorzuschreiben hat. Wenn man uns etwa entgegenhalten möchte, die Kriegführenden müssen auch diese Waren wenigstens durchliefern, so verweisen wir sie nochmals auf die Haagerkonferenz. Man kann da nicht einwenden, England habe die Konventionen vom 18. Oktober 1907 nicht ratifiziert: deswegen zeichnen die Haagerbeschlüsse doch die bei kühler Ueberlegung bestimmte Mittellinie zwischen den Interessen der Kriegführenden und denen der Neutralen und gestehen uns Rechte zu, die ein Kriegführender durch Ablehnung der Ratifikation nicht einfach vom Tisch wischen kann. Das sind auch „legitime Erwägungen höchsten Grades". Das Schweizervolk wird die „lebhaften Sympathien" beiderseits nicht an Worten, sondern an Tatsachen bemessen.

Berner Bund
16./VIII. 1915

Der Fall von Warschau und der polnische Standpunkt

(Von einem Polen)

jn. Mit Recht ist in diesem Kriege mehrmals davor gewarnt worden, politische Probleme, die zum Teil vom Kriege aufgeworfen oder von ihm leider wachgerufen worden sind, von einzelnen wechselnden strategischen Ereignissen abhängig zu machen. Nicht immer können Politik und Strategie gleiche Wege gehen und nirgends trennt sie im gegenwärtigen Kriege ein so tiefer Abgrund, als in dem polnischen Problem und in dem polnischen Standpunkt, der recht wankend sein müßte, wollte er seine nationalen und politischen Bestrebungen jeweilen an Seiten des momentanen Siegers zu verwirklichen suchen. Diesem Fehler sind die Polen in dem abwechslungsreichen ersten Kriegsjahr nicht verfallen, und standhaft bewahrt eine jede der beiden polnischen Parteien ihren zu Kriegsbeginn gefaßten Standpunkt. Treu und zähe hielten die Polen Galiziens zu Oesterreich-Ungarn und seinen Verbündeten, als sich die russischen Armeen im siegreichen Vormarsche in Galizien befanden, als dessen Hauptstadt Lemberg monatelang in russischen Händen verblieb und zuweilen auch Krakau, die alte Königsstadt, bedroht schien. Heute, wo die deutschen Truppen Warschau innehalten, gibt Graf Wielopolski an der Newa die Versicherung ab, Russisch-Polen würde mit Treue und Ausdauer den schweren Zeitpunkt überstehen, und Szebeko erklärt feierlich im russischen Reichsrat, „Polen würde Rußlands Fahnen nie verraten".

Wenn auch weder Szebeko noch Wielopolski vom polnischen Volke die Ermächtigung erhielten, in seinem Namen aufzutreten, und somit nicht einwandfrei als Vertreter Polens gelten können, so kann doch behauptet werden, daß ihre Erklärungen gegenwärtig von der Mehrzahl ihrer Mitbürger geteilt werden. Doch keinesfalls kann dieser Standpunkt als unerschütterlich angesehen werden, und es ist ein Irrtum, die Besetzung Warschaus durch deutsche Truppen als ein für die politische Haltung der Polen belangloses Ereignis darzustellen. Als ein solches kann sie, unter Berücksichtigung der großen moralischen Wirkung auf beiden Seiten, vielleicht für die kriegführenden Parteien gelten, für Polen jedoch, das an diesem Kriege mit so vielen Taten und unter noch mehr Opfern teilnimmt, besitzt der Morgen des 5. August eine ganz besondere politische Bedeutung, die auf die weitere Gestaltung seines innerpolitischen Lebens sicherlich nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Die Haltung der Bevölkerung Russisch-Polens war auf das großfürstliche Wort gebaut. Man klammerte sich an die Proklamation fest, die als einzige den Polen von offizieller Seite Versprechungen gab, die man als Zusicherungen auffassen zu dürfen glaubte. In den ersten Kriegswochen ist auch von deutscher und österreichischer Seite um die Polen geworben worden. Armeekommandanten verkündeten in ihren Erlassen an die Bevölkerung des okkupierten Gebietes Freiheit und Erlösung, und gleichlautende Proklamationen regneten seinerzeit in die Straßen Warschaus von Flugzeugen herunter. Wenn man jedoch in Galizien und sonst in den Zentralmächten die Proklamation des Großfürsten als ein strategisches Manöver bloßzustellen beflissen war, so glaubte man auch in Russisch-Polen volles Recht zu haben, die Aufrufe der Verbündeten um so mehr als das gleiche anzusehen. Von Oesterreich-Ungarn, an das sich Galizien im festen Glauben und vollen Vertrauen anlehnte, ist nichts gesagt worden, was den russischen Versprechungen, die indessen ihre offizielle Bestätigung finden sollten, gegenübergestellt werden könnte. Das Programm des obersten polnischen Nationalkomitees, das auf der Bildung eines dritten gleichberechtigten polnischen Teiles der Doppelmonarchie beruht, ist ebenfalls von Oesterreich-Ungarn mit Schweigen übergangen worden. Die größten Zweifel jedoch betreffen die Unteilbarkeit Russisch-Polens, die in keinerlei Weise verbürgt wird. Anfang Juni richtete deshalb das Krakauer Komitee eine Denkschrift an die Wiener Regierung, in der es die Verbündeten ersucht, „ihre Absichten betreffs Russisch-Polens offen zu verkünden, um die Unteilbarkeit seines Territoriums, ein unerschütterliches, bedingungsloses Dogma jeder polnischen Politik, zu verbürgen".

Wenn auf diese Denkschrift bisher keine Antwort erfolgte und die Bedenken der Polen nicht nur nicht zerstreut, sondern noch um ein bedeutendes verstärkt wurden, so erschien die Besetzung Warschaus als letzter und geeignetster Zeitpunkt zu einer Aeußerung der Donaumonarchie und seines Verbündeten.

Viele Hoffnungen wurden an dieses erwartete Ereignis geknüpft, das nun, eher als man glaubte, eingetreten ist. Unwillkürlich muß man dabei an die polnischen Legionen denken, die seit Kriegsbeginn den Wunsch und Glauben hegten, daß sie mit den Siegern in die Straßen der polnischen Hauptstadt einrücken werden. Wenn ihnen dieser erhabene Moment auch nicht beschieden war, so kann doch nicht außer acht gelassen werden, daß in dem Blutstrome, der die vielen Siege erkaufte, reichlich polnisches und nicht wenig Legionärblut mitfloß.

Die Besetzung Warschaus kann leicht zum Wendepunkt der polnischen Politik werden und vielleicht ein Volk vereinigen, das sich seit einem Jahre in zwei feindlichen Lagern gegenübersteht. Sollten die Hoffnungen der Polen auf ein Manifest der Verbündeten, von dem so viel zu hören war, in Erfüllung gehen, so würde wohl die russophile Orientierung ihren Halt verlieren und das Krakauer Nationalkomitee zum Repräsentanten der gesamten polnischen Nation werden. Andererseits aber würde das weitere beharrliche Schweigen der Donaumonarchie und ihrer Verbündeten alte Zweifel befestigen und neue Bedenken hervorrufen und auch in Galizien seine Wirkung nicht verfehlen.

Neue Freie Presse
16./VIII. 1915

Stürmische Sitzungen der französischen Kammer.

Angriffe gegen Heeresleitung und Kriegsminister.

Paris, 14. August.

Die Blätter melden:

Die Kammersitzungen vom Donnerstag und Freitag nahmen einen sehr bewegten Verlauf. In der Donnerstagsitzung brachte der Sozialist Claussat einen Beschlußantrag ein, worin die Regierung aufgefordert wird, den Besitzern landwirtschaftlicher Maschinen zur Vornahme landwirtschaftlicher Arbeiten einen Urlaub vom Heeresdienst zu gewähren. Bei Beratung des Antrages erklärte der Sozialist Brizon, nur ein General habe in seinem Kommandobereich die notwendigen Maßnahmen zur Rettung der Ernte getroffen; dies sei der republikanische General Sarrail gewesen. Bei den Sozialisten, den republikanischen Sozialisten, den republikanischen Radikalen und den Sozialistisch-Radikalen erhob sich stürmischer Beifall. Von rechts ertönten Zwischenrufe: Was machen Sie aus der heiligen Einigkeit? Von der Linken ertönten Protestrufe.

Erst nachdem Präsident Deschanel eingegriffen hatte, konnte Brizon fortfahren. Er erklärte, die oberste Heeresleitung habe nicht dieselbe Sorge um die Ernte der Nation gehabt, wie der Republikaner Sarrail. Uebrigens habe Redner gehört, daß ein republikanischer Minister gehört und mitangesehen zu haben behauptete, wie der Kriegsminister den General Joffre gegen das Parlament aufhetzt. Redner erklärte, er habe weiter nichts zu sagen, als um die Annahme des Beschlußantrages zu bitten. An der Kammer sei es, die Frage zu erledigen, die zwischen Frankreich einerseits und dem Kriegsminister anderseits ungelöst sei. Man könne die Debatte hierüber zum Nutzen des Landes nur in geheimer Sitzung führen.

Kriegsminister Millerand griff in die Diskussion ein und erklärte, Brizon habe geträumt, als er hörte, daß er (Millerand) Joffre gegen das Parlament aufgehetzt hätte. Die Forderungen und Beschlußanträge Claussats müßten mit den Forderungen der Landesverteidigung in Einklang gebracht werden, denn sonst würde die Gefahr bestehen, daß die Front unnötigerweise von Soldaten entblößt werde. In diesem Sinne werde er den Antrag auslegen und anwenden.

Die Kammer nahm darauf den Antrag an. Der Gesetzentwurf über die Beschränkung des Alkoholausschankes in Frankreich wurde an den Ausschuß zurückverwiesen. Schließlich nahm die Kammer den bereits vom Senat genehmigten Gesetzantrag an, nach welchem Deutsche (abgesehen von Elsaß-Lothringern), Oesterreicher, Ungarn und Türken während der Dauer des Krieges nicht für die Fremdenlegion angeworben werden dürfen und während des Krieges bereits angeworbene Deutsche, Ungarn und Türken aus der Fremdenlegion entfernt werden können.

In der Freitagsitzung nahm die Kammer zunächst den Antrag an, wodurch der Staat ermächtigt wird, die für die Bestattung gefallener Soldaten der alliierten Armeen notwendigen Gründe anzukaufen. Die Kammer erörterte sodann den Gesetzentwurf Dalbiez, der mit einigen vom Senat vorgenommenen unwesentlichen Aenderungen angenommen wurde.

Bei Erörterung der Kredite für die Unterstaatssekretariate des Intendantur- und Sanitätswesens griff Deputierter Peyroux das Sanitätswesen an, das besonders zu Anfang des Krieges äußerst mangelhaft gewesen sei. Man habe sogar der serbischen Heeresleitung verdorbenes Serum gesandt.

Unterstaatssekretär Godart bestritt dies und verlas Briefe serbischer Aerzte, welche bestätigten, daß das Serum ausgezeichnet gewesen sei.

Deputierter Navara griff den Kriegsminister wegen des mangelhaften Sanitätsdienstes in der Armeezone an. Von allen Chirurgen sei festgestellt, daß in den Divisionsambulanzen Mangel an Material und kompetenten Aerzten herrsche. Die Ambulanzen seien viel zu nahe an der Feuerzone. In den Kämpfen bei Arras im Mai sei eine einzige Ambulanz tätig gewesen, welche 792 Verwundete pflegte; die übrigen Verwundeten der betreffenden Division konnten nicht gepflegt werden. Die betreffende Ambulanz sei vierzehn Tage starkem Artilleriefeuer ausgesetzt gewesen. Die Verantwortung trage der Kriegsminister, welcher sich hinter den Entscheidungen der beratenden Oberkommission verschanze. Die Einführung notwendiger Neuerungen und Reformen stoße auf starken Widerstand.

Deputierter Moutet ruft, der Kriegsminister habe drei Aerzte angegeben, die nicht in den Sanitätsdienst eingestellt wurden.

Deputierter Boussenot erwidert, man habe sie nicht eingestellt, da sie nicht gedient hätten.

Im Hause bricht ein ungeheurer Lärm los. Boussenot will sich auf Moutet stürzen, wird aber von anderen Deputierten zurückgehalten. Es ertönen Rufe: Man muß Dienstrang besitzen, um operieren zu dürfen.

Deputierter Navara ruft: Man hat zu lange geschwiegen! Die heilige Einigkeit kann die Unzulänglichkeit des Sanitätswesens nicht zudecken.

Erneuter Lärm. Die Rechte protestiert, die Linke klappert mit den Pultdeckeln. Der Präsident kann den Tumult erst beschwichtigen, als er die Kammer bittet, derer zu gedenken, die kämpfen oder gefallen sind.

Deputierter Navara will fortfahren, kann sich aber, da der Lärm von neuem ausbricht, nicht verständlich machen. Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt Deputierter Lenoir die Vertagung bis zum 20. d. Der Antrag wird unter lebhafter Unruhe angenommen.

Berner Bund
16./VIII. 1915

Der serbische Feldzug

Deutsch-österreichische Truppenkonzentration gegen Serbien

Mailand, 14. d. Aus Nisch wird der Mailänder Presse heute gemeldet: In der Gegend von Temesvar, Neusatz und Orsova sind größere Truppenansammlungen festgestellt worden. Man schätzt die neue, in diesem Raum sich seit zehn Tagen besammelnde Armee auf 120,000 Mann. Zwischen Werseez und Orsova wird schwere Artillerie zusammengezogen.

London, 15. d. „Daily Mail" erfährt aus Bukarest, die Oesterreicher hätten die Serben bei Orsova heftig bombardiert. Ein ungarischer Landungsversuch bei Orgradenar sei gescheitert.

*

Nisch, 15. d. (Serbisches Preßbureau.) Am 9 August hemmten wir durch Artillerie- und Infanteriefeuer die Versuche des Feindes, der [illegible] auf einigen Punkten des linken Save- und Donauufers zu befestigen versuchte. In der Nacht vom 9. zum 10. August eröffnete unsere Artillerie ein erfolgreiches Feuer gegen die feindlichen Proviantkolonnen auf der Straße von Bercherova nach Orchova, beim Dorfe Tissowitza und in der Umgebung von Sokolovatz. In der gleichen Nacht schleuderte der Feind zwei Granaten, die ein Kind töteten, auf Dojni-Milanovatz Tekja. Sodann eröffnete er ein heftiges Infanterie- und Artilleriefeuer gegen unser Ufer an diesem Punkte. Unsere Artillerie brachte den Feind alsbald zum Schweigen. Am 10. August, sowie am 9. August früh versuchten feindliche Soldaten auf zwei Booten auf das rechte Ufer der Donau überzusetzen, in der Richtung gegen eine alte, außer Gebrauch gesetzte türkische Festung, bei Golubatz, oberhalb Dojni-Milanovatz. Wir ließen sie auf fünfzehn Meter an unser Ufer herankommen und eröffneten dann ein anhaltendes Feuer auf sie.

Nisch, 15. d. (Havas) In der Uebermittlung verspätet. Am 12. August, 2 Uhr nachmittags, hat der Feind begonnen, Belgrad von Punkt 109 westlich von Semlin aus mit Haubitzen schweren Kalibers zu beschießen. Um den Feind zu zwingen, sein Feuer einzustellen, haben die Serben Semlin und Pancsova beschossen und ihr Feuer auf die Höhen nördlich und nordöstlich von Semlin gerichtet, wo sich die feindlichen Reserven befinden. Der Versuch der serbischen Artillerie war sehr wirksam. An mehreren Punkten von Semlin zeigte sich ein dicker Rauch über brennenden Häusern. In Pancsova kam es zu einer Panik und die Bewohner flüchteten. Sobald die Serben einige Granaten gegen Semlin und Pancsova gerichtet hatten, hörte das Feuer des Feindes gegen Belgrad auf. Die Oesterreicher warfen hierauf gegen die Positionen von Belgrad 105 Schrapnells und Granaten ohne jedes Ergebnis. Während der Beschießung von Belgrad sind einige Granaten auf Häuser der Stadt gefallen, durch die jedoch keine Opfer gefordert wurden.

Gegen den Völkerhaß.

Ein Mahnwort des Professors Wieser.

Als die erste in der Reihe von Flugschriften, die bei Eduard Strache in Warnsdorf für Oesterreich-Ungarns Erwachen erscheinen, schreibt der Wiener Universitätsprofessor Dr. Freiherr v. Wieser über die Lehren des Krieges. Die Gedanken, die da in einer Broschüre aus Oesterreich geäußert werden, sind nicht die gewöhnlichen und verdienen es schon, daß man bei ihnen einen Augenblick verweilt.

Bemerkenswert scheint uns vor allem, wie Wieser die Rolle Frankreichs in den Vorgängen vor dem Kriege auffaßt. Er schreibt:

In der äußeren Politik gegenüber Deutschland schien die ganze Nation in allen ihren Schichten durch den Gedanken der Revanche vereinigt zu sein — warum sonst wären seit 1871 die Rüstungen unausgesetzt betrieben und gesteigert worden, warum wären die Bündnisse abgeschlossen worden? Wer aber will berechnen, wie viel von diesen Maßnahmen auf das Verlangen des Angriffs und wie viel auf den Wunsch der Verteidigung zu setzen ist! Frankreich hatte das tiefste Mißtrauen gegen Deutschland, von dem es bis ins Herz getroffen worden war und von dem es immer neue Angriffe gewärtigte. Daß die Rüstung zur Verteidigung zugleich dem Angriff diente, hat denen, welche den Angriff wollten, allerdings ein Doppelspiel erlaubt, dem gegenüber die öffentliche Meinung nicht den Mut fand, Klarheit zu schaffen. Bei einem Volke, wie es die Franzosen sind, ist die öffentliche Meinung noch häufiger als anderswo die Meinung, die man in der Oeffentlichkeit hat, die Galameinung, mit der man sich auf der Tribüne und Straße zeigt; daneben gibt es eine stillere, private Meinung, die man nicht öffentlich zu äußern wagt, sondern sich nur zu Hause gesteht, eine Art Hemdärmelmeinung, wenn man so sagen darf. Wie in den Titeln der Souveräne die Namen von Königreichen erhalten bleiben, deren Besitz längst verloren gegangen ist, so bleiben im Wortschatz der souveränen Völker schmeichelnde Phrasen erhalten, deren Sinn längst verloren gegangen ist.

Mit solchen Phrasen aufzuräumen und den Rest der Stimmungen zu beseitigen, die in ihnen mitklingen, ist nur dem starken Führer möglich. Ein solcher war in Frankreich Jaurès; aber selbst ein so starker Mann, wie er einer war, konnte gegenüber der Macht der Revancheformel den Mut seiner persönlichen Meinung nur haben, wenn er wußte, daß er durch die stille Meinung weiter Volkskreise gehalten war. Dazu waren die Voraussetzungen gegeben. Das französische Volk hat seit dem Kriege von 1870 eine innere Umbildung vollendet, die schon von länger her vorbereitet war; es ist menschenarm geworden, es hat aufgehört, die Ueberschüsse an Männern hervorzubringen, wie sie die Heere Ludwigs XIV. gefüllt hatten, es ist ein Rentnervolk geworden, dem der Krieg gegen den Strich geht. Dennoch hat es die Erinnerung an die Zeit der großen Nation noch nicht aufzugeben vermocht; die Formel der Revanche ist ja nichts anderes als der den Zeitverhältnissen angepaßte Ausdruck für die alte Formel der großen Nation. Auf die Revanche verzichten, hieße endgiltig auf den Namen der großen Nation verzichten und sich bei dem bürgerlichen Ideal der reichen Nation bescheiden, es hieße endgiltig die geschichtlichen Bahnen des kriegerischen Ruhmes verlassen, der der Stolz der Nation war. Vielleicht hat die Nation in ihrem Innersten den Krieg nicht gewollt, und wenn Jaurès nicht durch die Hand des Mörders beseitigt worden wäre, so wäre es ihm vielleicht gelungen, sie vom Kriege zurückzuhalten. Der Führung dieses starken Mannes beraubt und durch Regierung und Presse irregeführt, hat sie sich zum Kriege, den ihre Machthaber erklärten und der von ihr, anders als in England, den vollen Bluteinsatz forderte, mit einer Entschlossenheit gestellt, der der großen Erinnerungen des Landes würdig ist. Es liegt eine tiefe Tragik in der männlichen Größe, mit welcher die Nation dem Gesetz ihrer Geschichte ihr ungeheures Blutopfer darbringt.

Bedeutungsvoll scheint uns aber die Energie, mit der sich Wieser gegen den Völkerhaß wendet. Wir lesen bei ihm:

Von allen geschichtlichen Bahnen sind die allgemeinsten und tiefstgegrabenen diejenigen, die den Staat mit seinen Bürgern verbinden. Zum Staate weisen alle Wege, von der Furcht bis zur flammenden Vaterlandsliebe. Wenn der Staat in Krieg gestürzt ist, dann hält alles zu ihm, dann heißt es: „Recht oder Unrecht, mein Staat!" Die Gebundenheit an den Heimatstaat stößt die Völker in den Krieg und nicht der Haß gegen den fremden Staat oder gar der Haß gegen das fremde Volk. Was hatten die Engländer, Franzosen und Russen gegen uns, was hatten wir gegen sie? Auch den gegenwärtigen Krieg haben die Völker ohne Haß begonnen. Der Beobachter, der die Lehren des Krieges sammelt, darf aber vor der schrecklichen Erkenntnis nicht die Augen verschließen, daß es im Laufe des Krieges anders geworden ist; durch die Gewissenlosigkeit der Regierungen, welche die Massen zum Kriege aufpeitschten, durch die Zuchtlosigkeit der Presse ist das furchtbare Gift des Massenhasses in England und Frankreich in die Tiefe der Seelen verbreitet worden; in Italien ist es nicht anders. Die vielverschlungenen, engen und schönen Bande, die von Volk zu Volk in langer Kulturarbeit gezogen wurden, scheinen zerrissen. Wann werden sie wieder angeknüpft werden können? Von allen Wertzerstörungen des Krieges ist dies die sinnloseste, die furchtbarste. Der Gedanke ist grauenerregend, daß durch eine Zukunft, deren Dauer niemand absehen kann, der Massenhaß der Wegweiser auf den geschichtlichen Bahnen der Völker sein soll. So ist es schon einmal gewesen, als zu Anfang der Neuzeit die Religionen um die Weltherrschaft kämpften und die Gläubigen der einzelnen Kirchen sich im Massenhaß gegenüberstanden, bis der Kampf in die Wildheit des Dreißigjährigen Krieges ausartete. Ein banges Vorgefühl bedrückt uns, daß der Kampf um die Weltherrschaft der Staaten, wenn er durch den Massenhaß der Völker genährt wird, ebenso furchtbar ausarten müsse. Wir fragen uns, ob es nicht noch schrecklicher kommen werde, und ob die Gärung, die heute im Blute, nicht auch die Kinder ergreifen werde, die zu Männern heranwachsen! In welches Dunkel der Zukunft treiben die Bahnen Europas?

Ueber Deutschland und unsere Monarchie ist die Woge des Völkerhasses bisher noch nicht gegangen, mit einer einzigen Ausnahme, die sich auf England bezieht. England hat aus Handelseifersucht Deutschland in einen Kampf auf Tod und Leben gestürzt, an diesem Kampfe auf Tod und Leben beteiligt es sich von seiner sicheren oder für sicher gehaltenen Insel mit geworbenen Söldnern aus dem Ueberschuß seiner Bevölkerung und seiner weißen und farbigen Kolonien, es hat fremde Völker zum Kampfe zu kaufen gesucht, es handelt wie jemand, der seinen Diener oder einen bezahlten Knecht aussendet, um einen Mann vollends zu überwältigen, der ein Duell unter den schwersten Bedingungen ausficht. Daß der Deutsche da seinem Gefühl nicht gebieten konnte, ist begreiflich.

In dieser ersten Aufwallung ist Lissauers „Haßgesang gegen England" gedichtet und über Deutschland verbreitet worden, der den Haß für „Kind und Kindeskind" gelobt. Seither hat der Deutsche sein Gefühl klarer abzuwägen gelernt. Bethmann Hollweg hat das Wort gesprochen: „Heiliger Zorn, aber nicht Haß", eines jener guten Worte von berufener Stelle, welche dem Volke die Losung geben. Auch im Zorne aber ist es nicht erlaubt zu sagen: „Gott strafe England!", fast möchte man sagen: „Gott strafe den Deutschen, der so spricht!" Was ist gemeint, der englische Staat, das englische Volk oder beides? Wer so spricht, der sündigt wider das Gebot der Klarheit, das der deutsche Geist fordert. In deutscher Klarheit hat einer der großen Deutschen, Immanuel Kant, sein Urteil über England mit Worten ausgesprochen, die jetzt viel berufen werden; man beruft sie zur Anklage gegen England, und sie enthalten eine solche Anklage, aber sie geben dem Engländer auch wieder sein gutes Recht. Kant nennt den englischen Staat „den verderblichsten, gewaltsamsten, herrschsüchtigsten und kriegserregendsten von allen", zugleich aber nennt er das englische Volk „das respektabelste Ganze von Menschen". Sein Urteil trifft noch heute zu. Der englische Staat ist ein Herrenstaat, rauh, brutal, er ist es heute gegen Deutschland nicht anders, als er es von jeher gegen seine Feinde war, er geht heute die Bahnen seiner Geschichte weiter, indem er einen Kontinentalkrieg des achtzehnten Jahrhunderts führt, wobei er Mittel gebraucht, die der Engländer als Individuum mit dem gleichen Abscheu zurückweist, wie wir es tun. Welcher Engländer würde seinen Diener ausschicken, um einen Mann niederzuschlagen, der im Duell auf Tod und Leben steht? Welcher Engländer würde Geld geben, um den Freund zum Treubruch gegen den Freund zu verleiten?

Der Engländer ist auch heute derselbe ehrenwerte Mann geblieben, als den ihn die Welt kennt, das englische Volk ist dasselbe große Volk geblieben, als das es die Geschichte beschreibt. Es wird weiter an seinem Kulturwerk arbeiten, aus welchem wir Deutschen so viel gelernt haben, der Krieg wird die Folge haben, daß die Engländer von nun an auch mehr von den Deutschen lernen werden; aber die Deutschen müßten ihr bestes Wesen aufgegeben haben, wenn sie nicht auch fernerhin alles Große in sich aufnehmen wollten, das England der Welt noch bringen wird. Deutsch sein heißt allem Menschlichen zugänglich sein, deutsch sein heißt im besten Sinne menschlich sein; der Krieg würde nicht aufbauen, er würde zerstören, wenn dies anders werden sollte. Der reinigende Kampf gegen den Völkerhaß ist die große Aufgabe der Menschlichkeit, unter den Lehren des Krieges ist keine, die wichtiger wäre als diese.

Der reinigende Kampf gegen den Völkerhaß soll nicht erst nach dem Kriege beginnen. Er ist am wichtigsten heute, wo das Gefühl am stärksten erregt ist. Das Böse, das sich im Gemüt einmal eingenistet hat, ist aus ihm kaum mehr ohne Rest zu tilgen. Achten wir Tag für Tag darauf, daß uns die Leidenschaft niemals vom schmalen Pfade des Rechtes stoße!

Das sind reine und freie Worte; aber wir fürchten, es wird dem Professor Wieser mit seinem Anruf gegen den Völkerhaß so gehen, wie es Foerster und Lammasch und allen guten Geistern hierzulande geht. Er brauchte nur den Haßartikel der „Reichspost" vom Samstag zu lesen, um wahrzunehmen, wie gründlich die Propheten der Religion der Liebe zu hassen vermögen. Er ist halt ein „Westler", der Wiener Gelehrte!

Fremdenblatt
17./VIII. 1915

Kriegskalender.

6. August: Nordöstlich von Nowo-Alexandria werden die Russen von unseren, bei Sawin von deutschen Truppen aus ihren Stellungen geworfen. Von Praga aus beschießen die Russen das Innere Warschaus; Einschließungstruppen von Nowo-Georgiewsk durchstoßen eine feindliche Stellung südlich von Blendostwo und dringen gegen den unteren Narew vor; auch südlich von Lomza machen die Deutschen weitere Fortschritte; in Kurland werden die Russen in der Gegend von Popel sowie bei Kowerski und Purkle in größeren Reiterkämpfen geworfen; ein deutsches Luftschiffgeschwader belegt Bialystok mit Bomben. — Italienische Angriffe gegen die Höhe von Podgora sowie italienische Vorstöße im Plava-Abschnitte und im Krn-Gebiete bleiben erfolglos; in den karnischen Alpen besetzen unsere Truppen auf italienischem Boden einige günstige Höhenstellungen in der Gegend des Monte Pavalha; der Angriff eines feindlichen Bataillons gegen den Col di Lana scheitert unter großen Verlusten. — Bei Pelagosa wird ein italienisches Unterseeboot von einem unserer Unterseeboote versenkt; das italienische Luftschiff „Citta di Jesi" wird bei Pola herabgeschossen. — Im Kaukasus verfolgen die Türken den weichenden Feind; bei Ari Burnu wird ein feindlicher Vorstoß zurückgeschlagen. — General Parrail wird zum Oberbefehlshaber der französischen Orientarmee ernannt. — In Italien wird die Aushebung der Neunzehnjährigen angeordnet.

7. August: K. u. k. Truppen dringen südlich von Lubartow in die feindlichen Linien ein, deutsche Truppen erzwingen nordöstlich von Lenczna den Austritt aus den dortigen See-Engen. Warschau wird noch beschossen; das Fort Dembe von Nowo-Georgiewsk haben die Deutschen erobert; von Süden her ist die Weichsel bei Pienkow erreicht; zwischen Lomza und Bugmündung ist der russische Widerstand gebrochen; auch gegen die Westfront von Kowno sind Fortschritte gemacht; östlich von Poniewiecz gehen die Russen hinter die Jara zurück. — Ein italienischer Angriffsversuch gegen das Frontstück östlich Polazzo Redipuglia wird nach kurzem Feuergefecht niedergehalten. — Das italienische Unterseeboot „Nautilus" sowie die italienischen Torpedoboote „6 p n" und „17 o s" Opfer unserer Seeminen. — Kollektivschritt der Ententemächte in Athen wegen der mazedonischen Frage.

Frankfurter Zeitung
17./VIII. 1915

Die Aufgaben des Reichstags.

N Berlin, 16. Aug. (Priv.-Tel., zenſ. Bln.) Der Reichstag wird in dieſer Woche ſeine Arbeiten wieder aufnehmen, und morgen bereits werden die Beratungen in der Budgetkommiſſion beginnen. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß in der Kommiſſionsberatung und wahrſcheinlich auch im Plenum einen wichtigen Teil des Beratungsſtoffes die wirtſchaftlichen Maßnahmen der Regierung bilden werden. Die Regierung wird Auskunft geben müſſen über die Maßnahmen, die von ihr getroffen worden ſind, und es werden von den Parteien ſicherlich neben mancher Anerkennung für das, was geſchehen iſt, auch noch zahlreiche Wünſche geäußert werden, um zweifellos noch vorhandene Mißſtände zu beſeitigen.

Beſonderes Augenmerk wird dabei der Frage der Bekämpfung des Wuchers, wie er hier und da in Erſcheinung getreten iſt, gewidmet werden. Denn alles kann das deutſche Volk ertragen, alle Mühſale, die der Krieg gebracht hat, werden opfermutig und geduldig hingenommen, nur kann es nicht verſtehen, daß es immer noch Kreiſe gibt, die den Krieg als eine Gelegenheit zu perſönlicher Bereicherung auffaſſen. Dieſen unlauteren und unmoraliſchen Elementen muß das Handwerk mit aller Macht gelegt werden, und es wird Aufgabe des Reichstages ſein, zu unterſuchen, ob die getroffenen Maßnahmen ausreichend ſind, oder ob nicht mit durchgreifenderen Mitteln vorgegangen werden muß. Es wird dabei auch zu prüfen ſein, ob die letzte Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preisſteigerungen, die ſogenannte Verordnung gegen den Lebensmittelwucher, bei allen guten Abſichten, die aus ihr ſprechen, nicht zu große Lücken aufweiſt. Wir haben kürzlich erſt darauf aufmerkſam gemacht, daß dieſe Verordnung unwirkſam bleiben muß, wenn ſie nicht von den nachgeordneten Stellen, den Landeszentralbehörden, den Polizeibehörden und den Kommunen, in die Praxis umgeſetzt wird. Denn das haben wir nun nach Ablauf eines Jahres gelernt, daß mit Ermahnungen und mit guten Worten und auch mit bloßen Drohungen nichts erreicht wird. Nur das Durchgreifen mit feſter Hand verſpricht Erfolg. Aber leider hat man in dieſer Verordnung der Tätigkeit der Städte, die ſich doch während des Krieges wirklich große Verdienſte um die Lebensmittelverſorgung ihrer Gemeindemitglieder erworben haben, einen zu engen Spielraum gezogen. Es wird zwar in ihr beſtimmt, daß, wenn irgendjemand zum Zwecke der Preisſteigerung Waren zurückhält, dieſe enteignet und dem öffentlichen Verkehr zugeführt werden können. Man hätte nun als ſelbſtverſtändlich vorausſetzen müſſen, daß dieſe Enteignungsbefugnis den Kommunalverwaltungen übertragen würde. Das iſt aber leider nicht der Fall, ſondern nach den Ausführungsbeſtimmungen haben das Recht der Enteignung nur die Regierungspräſidenten. Den Gemeinden ſteht alſo keine Initiative bei der Enteignung zu, ihnen ſoll nur ebenſo wie den Ortsanſäſſigen, Händlern und Konſumvereinen der Abſatz der enteigneten Waren an die Verbraucher übertragen werden können. Das heißt doch, die Organiſationskraft, namentlich der größeren Städte, zum Schaden der Sache ausſchalten. Warum mußte hier das zeitraubende Zwiſchenglied eingefügt werden, und warum konnte nicht den Städten das Vertrauen entgegengebracht werden, daß ſie ſelbſt in ihren Bezirken wirkſam gegen wucheriſche Maßnahmen vorgehen könnten? Vielleicht können in dieſer Hinſicht vom Reichstag noch Verbeſſerungen an der an ſich durchaus begrüßenswerten Bundesratsverordnung angeregt werden.

Eine außerordentlich wichtige Frage, mit der ſich der Reichstag wird beſchäftigen müſſen, iſt die Kartoffelverſorgung. Im vorigen Jahre ſind hier Mißgriffe vorgekommen, die ſich daraus erklärten, daß jeder Anhaltspunkt über die vorhandenen Kartoffelvorräte fehlte. Alle früheren Angaben über die in Deutſchland produzierten Kartoffelmengen beruhten auf vager Schätzung, und erſt im vorigen Jahre iſt man daran gegangen, ſich ein genaueres Bild darüber zu machen. Es hat viel Lehrgeld gekoſtet, und es ſind viele verfehlte Maßnahmen ergriffen worden, und gewiß wird überall der Wunſch beſtehen, daß für das neue Erntejahr die ſo teuer bezahlte Erfahrung des vorigen Jahres nutzbringend verwertet werde. Dabei iſt die Mahnung zu erheben, daß die Regierung mit ihren Maßnahmen bald hervortritt, denn ſonſt ſind genau ſo, wie im abgelaufenen Jahre, große Kartoffelmengen durch die Spekulation wieder feſtgelegt und für längere Zeit der Ernährung entzogen. Und wie dringend Not ein baldiges Eingreifen der Regierung tut, haben bereits wieder die Erfahrungen gelehrt, die mit der Frühkartoffelverſorgung gemacht worden ſind. Auch da erlebten wir wieder Ueberteuerungen, die von vornherein hätten verhindert werden müſſen. Anſtatt daß die Zentral-Einkaufsgeſellſchaft den Ankauf und den Vertrieb der belgiſchen Frühkartoffeln in eigene Hand genommen oder ſich zu dieſem Zweck mit den Kommunen in Verbindung geſetzt hätte, wurde dieſes große Geſchäft einer Intereſſentengruppe, einem rheiniſchen Kartoffelhändlerverband, übertragen. Es iſt uns bekannt geworden, daß in Belgien von den Bauern die Kartoffeln zu ſechs Mark, ſieben Mark, acht Mark und neun Mark für den Zentner angekauft worden ſind, und in Deutſchland ſind dann dieſe Kartoffeln von dem erwähnten rheiniſchen Verband mit einem ganz gewaltigen Aufſchlag weiterverkauft worden. Wenn wir recht unterrichtet ſind, hat dieſe erſte deutſche Verteilungsſtelle für den Doppelzentner 30 Mk. berechnet. Es liegt alſo ein Gewinn vor, wie er in keiner Weiſe berechtigt geweſen wäre, wenn die uns mitgeteilten Zahlen der Wahrheit entſprechen ſollten. Denn die durchſchnittliche Fracht nach dem Rheinland hat nicht mehr als 1 Mk. pro Doppelzentner betragen.

Der Reichstag würde ſich zweifellos ein Verdienſt erwerben, wenn er dieſer Angelegenheit einmal nachginge und feſtſtellte, wie ſich der Handel mit den belgiſchen Frühkartoffeln abgeſpielt hat. Dabei könnte er ſich auch der Frage des Einkaufs des belgiſchen Gemüſes und Obſtes annehmen, damit nicht auch auf dieſem Gebiete ein unangebrachter Zwiſchenhandel der deutſchen Konſumenten die Nahrungsmittel verteuert.

Neue Freie Presse
18. Juni. 1915

Die ablehnende Antwort Griechenlands.

Der Inhalt der griechischen Protestnote an die Entente.

Wien, 17. August.

In diplomatischen Kreisen erfahren wir über die Note, mit welcher die griechische Regierung den letzten Schritt des Vierverbandes beantwortet hat, folgende Einzelheiten:

Die Note bringt zunächst den tiefen Schmerz und die Ueberraschung der griechischen Regierung zum Ausdruck, erinnert daran, daß Griechenland bereits im Mai energisch dagegen protestiert hat, daß der Vierverband Bulgarien als Entschädigung Kavalla angeboten hatte, und daß damals der Vierverband die formelle Versicherung gegeben hat, es liege ihm fern, irgendwelche Pression auf Griechenland ausüben zu wollen.

Der neue Schritt des Vierverbandes in Sofia, so fährt die Note fort, bedeutet unter diesen Umständen für Griechenland eine grausame Enttäuschung, da die vier Mächte Bulgarien ein Balkanabkommen in Aussicht stellen, in welchem, so sagt die Note mit feiner Wendung, ihr Wille bereit wäre, die Zustimmung Griechenlands zu ersetzen.

Die vier Mächte, so heißt es weiter, sind sich viel zu klar über die tiefe Wunde, die sie dem Selbstbewußtsein eines freien Staates durch die bloße Ankündigung eines seine Unabhängigkeit bedrohenden Planes zugefügt haben, als daß sie einen Augenblick sich der Illusion hingeben könnten, daß das griechische Kabinett sich mit ihrer Anschauungsweise einverstanden erklären könnte.

Die Note charakterisiert dann in energischen Worten die Ungerechtigkeit der Mächte, die Griechenland zum Nutzen eines unbezweifelbaren Gegners eines Teiles seines nationalen Gebietes berauben wollen, den es als Fleisch von seinem Fleische betrachtet, weil er von den Brüdern des griechischen Volkes bewohnt und von ihm mit dem Opfer seines Blutes erworben worden ist. Die griechische Regierung weist mit Entrüstung die Idee zurück, aus dem nationalen Besitz ein Handelsobjekt zu machen.

Die Note spricht dann weiter von dem Plan des Vierverbandes, Griechenland für Kavalla durch Gebiet in Kleinasien zu entschädigen. Das griechische Volk hält seine Ansprüche auf diese Gebiete in Kleinasien für so naturgemäße und fest begründete, daß ein Erwerb dieser Gebiete gegen Zahlung eines Preises, als handle es sich um ein fremdes Land, ihm vollständig unverständlich sein würde. Die Note verweist dann noch darauf, daß ein über Gebühr vergrößertes Bulgarien für Griechenland eine ständige Bedrohung bilden würde.

Aus diesen Gründen, so schließt die Note, hält es die griechische Regierung in der festen Ueberzeugung, damit die einmütigen Empfindungen der Nation zum Ausdruck zu bringen, für ihre gebieterische Pflicht, den lebhaften und feierlichsten Protest zu erheben gegen den Eingriff in die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Griechenlands, den die Mächte der Entente unter Mißachtung des internationalen Rechtes und des Nationalprinzips zu begehen vorhaben.

18. VIII. 1915

Der Krieg im Orient.

Werbungen um Bulgarien.

Ⓣ **Von der holländischen Grenze**, 17. Aug. (Telegr.) Auch in den heute vorliegenden englischen Blättern finden sich mancherlei Meldungen aus den Balkanstaaten, ohne daß dadurch die Lage geklärt würde. Man wartet beim Vierverband die Wirkung der Präsidentenwahl in der griechischen Kammer ab. Sie ist, wie vorausgesehen, zugunsten der Partei Weniselos' ausgefallen. Sodann verspricht man sich von einem erneuten Vorstoß der Österreicher gegen Serbien, der in den Blättern des Vierverbandes angesagt wird, eben um die übrigen Balkanstaaten gegen die Mittelmächte zu reizen, daß der gesamte Balkan sich gegen diese wenden würde. Auch französische Blätter warten mit wahren und falschen Nachrichten vom Balkan auf. Das Echo de Paris hält für ziemlich gewiß, daß die Unterhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei, die nach Absicht der Deutschen bestimmt gewesen seien, Bulgarien zum Stillhalten zu bewegen, in der Hoffnung auf Abtretung der Eisenbahn Mustafa Pascha—Adrianopel—Dedeagatsch, abgebrochen seien. Es will auch eine Bestätigung dafür haben, daß das Geschäft mit der bulgarischen Anleihe, die nach Angabe der deutschen Banken schon gezeichnet sein sollte, auf Schwierigkeiten stoße. Dann fährt das Blatt fort:

Wenn die Türkei nach dem Vorrücken der Verbündeten auf der Halbinsel Gallipoli noch hartnäckig bleiben sollte, so besäße die bulgarische Regierung immer noch das Mittel, sich der streitigen Eisenbahn zu bemächtigen. Wie dem auch sei, es erscheint klarer denn je, daß auch für den Fall, wo die Türken Reue bekunden sollten, Bulgarien seine Freiheit niemals gegen die ihm von Deutschland vorgehaltenen Zugeständnisse vertauschen wird.

Bei der Behauptung, daß die Unterhandlungen abgebrochen seien, scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Vorläufig sind die bulgarischen Unterhändler in Sofia zurückgerufen worden, um dem Ersten Minister über den Stand der Unterhandlungen zu berichten. Der Werbung um Bulgarien schließt sich der Petit Parisien mit einem Leitartikel an, der dem Lande eine Durchsicht des Bukarester Vertrages in Aussicht stellt. Das Blatt schreibt:

Der Bukarester Vertrag sollte nach Angaben seiner Urheber das Gleichgewicht auf dem Balkan herstellen. Wenn jedoch ein allgemeiner Friede unterzeichnet wird, so erhalten die Rumänen Siebenbürgen und die Bukowina, die Serben Dalmatien und Albanien, die Griechen einen Teil vom Epirus, sowie Gebiete in Klein-Asien so weit, daß kein Gleichgewicht mehr vorhanden wäre. Es ist daher notwendig und billig, daß Bulgarien Gebietserweiterungen im Verhältnis zu denen der übrigen Balkanstaaten zugesichert werde. Wenn der Bukarester Vertrag dem Geiste nach geändert werden soll, so muß er auch den Buchstaben nach durchgesehen werden. Eine solche Durchsicht ist naturgemäß bedingt. Sie hängt von dem Maße des gemeinsamen Erfolges ab, zu dem jeder von uns in seinem Interesse beitragen muß.

Eine recht vorsichtige, man kann wohl sagen leere Äußerung, die in Sofia wohl keinen Eindruck machen wird. Vor der Hand finden dort Erwägungen statt. Am 13. wurde gemeldet, daß die Führer der Oppositionsparteien Besprechungen mit dem Ersten Minister haben sollten. In einem Reuterschen Telegramm, auf das in den Kreisen des Vierverbandes besonderes Gewicht gelegt zu werden scheint, weil es in veränderter Fassung wiederholt wurde, heißt es, diese Politiker beabsichtigten der Regierung nahezulegen, sie möge ihre ganze Aufmerksamkeit auf die letzten Vorschläge der Westmächte richten, deren Verwerfung nach ihrer Ansicht die Stellung Griechenlands, Rumäniens und Serbiens gegenüber diesen Mächten auf Kosten Bulgariens stärken würde. Um die Aufgabe der Regierung zu erleichtern, würden die Oppositionsführer die Einberufung der Sobranje verlangen, damit der bulgarischen Politik eine Richtung gegeben werde, wodurch die völkische Einheit gesichert werde. Mit andern Worten, die Führer der Oppositionsparteien wären für eine ergebene Annahme der Vorschläge gewonnen, die der Vierverband Bulgarien machen zu können glaubte. Allein diese Vorschläge, bei denen es hauptsächlich auf Gebietsabtretungen durch Serbien und Griechenland ankam, findet in diesen Ländern selbst nichts weniger als Anklang, wie aus einem Telegramm des Petit Parisien aus Athen hervorgeht, wonach so wenig Aussicht auf Annahme dieser Vorschläge vorhanden ist, daß in gewissen Kreisen schon versichert werde, der Erste Minister habe eine ablehnende Antwort erteilt.

Der serbische Gesandte in London, Boschkowitz, setzte einem Vertreter der Associated Preß den Standpunkt Serbiens gegenüber den bulgarischen Ansprüchen auseinander. Er sagt:

Serbien hat niemals zugegeben daß die in Mazedonien wohnenden Slawen Bulgaren seien. Dies ergibt sich auch aus den Bedingungen des serbisch-bulgarischen Vertrags von 1912 worin Serbien lediglich Bulgariens Ansprüche auf das Gebiet östlich der Rhodope und des Struma-Flusses anerkannte. Das 1912 Bulgarien gemachte Zugeständnis war lediglich auf Erwägungen der politischen Notwendigkeit begründet. Es wurden einige genau umschriebene Bedingungen damit verbunden, sie wurden jedoch nicht erfüllt. Dies und das Eingreifen Österreich-Ungarns zu unserm Nachteil sowie die Bulgarien bei Adrianopel geleistete Hilfe nötigten uns, eine Durchsicht des Vertrages zu verlangen. Wir nahmen den russischen Schiedsvorschlag, der in dem Vertrage vorgesehen war. Die Bulgaren schienen bereit, den Schiedsweg zu betreten, griffen uns jedoch im Juni 1913 unermutet an und entfesselten somit also den zweiten Balkankrieg. In Gemeinschaft mit unsern griechischen Verbündeten schlugen wir die Bulgaren bis an ihre ehemaligen Grenzen zurück und zwangen sie zur Unterzeichnung des Bukarester Vertrages. Es liegt auf der Hand, daß Bulgarien durch seinen Angriff wider uns den Vertrag von 1912 nichtig machte, mithin auch seine Ansprüche auf Mazedonien, das wir jetzt kraft des doppelten Rechtes der Eroberung und der Volksgemeinschaft besetzt halten. Wenn jetzt gewisse Zugeständnisse unter gewissen Bedingungen gemacht werden, so würde dies auch nur aus politischer Notwendigkeit und zur Förderung der Sache der Verbündeten geschehen. Für unsere Empfindung jedoch würde es nur bedeuten, daß ein Teil Serbiens und ein Teil des serbischen Volkes abgetreten worden sind. Um zu einer Lösung zu gelangen, müßten beide Parteien Entgegenkommen zeigen. Bulgarien wünscht jedoch alles zu erhalten und nichts zu geben. Bulgarien hat übrigens von einem deutsch-österreichischen Sieg am Balkan nichts zu erwarten, weil alsdann ganz Mazedonien einschließlich Salonik in österreichische Hände kommen würde. Nach Serbien würde dann seinerseits Bulgarien das Opfer deutschen Dranges nach Osten werden und auch die Türkei könnte ihre Wünsche erfüllt sehen, verlorenes Gebiet wiederzugewinnen. Aus allen diesen Ursachen sollte Bulgarien sich mäßigen und berücksichtigen, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist.

Berner Bund
18. Juli. 1915

Der italienische Feldzug

Oesterreichisch-ungarische amtliche Meldung

Wien, 17. d. (W. K. B.) Amtlich wird verlautbart: Das Feuer der italienischen schweren Artillerie gegen unsre Tiroler Werke hielt gestern tagsüber an. Schwächere feindliche Infanterieabteilungen, die im Val Sugana bis Carzano (nordöstlich Borgo) vorgekommen waren, wurden über den Masol-Bach zurückgeworfen. An der küstenländischen Front setzten die Italiener ihre Vorstöße gegen unsere Stellungen zwischen Krn und Tolmein mit stärkern Kräften fort, wurden aber überall blutig abgewiesen. Das Plateau von Doberdo stand gestern nachmittag wieder unter ziemlich heftigem Geschützfeuer.

Italienische amtliche Meldung

Rom, 17. d. Kriegsbulletin Nr. 83 vom 17. August, 6 Uhr abends: Im Alpenmassiv des Ortler hat zwischen den Hochtälern der Adda und der Etsch eine Abteilung unserer Truppen, die in der Nacht des 16. von der Milano-Hütte abgegangen war, in angeseilten Abteilungen den Camoscipaß (3038 m) und die Vedretta di Campo überschritten. Sie erkletterte hierauf den Gletscher des Turckett-Spitz in einer Höhe von 3469 m, wo sie einen feindlichen Zug überraschte. Hierauf marschierte sie auf die von einer feindlichen Abteilung besetzt gehaltene hintere Madatsch-Spitze (3433 m), welche Abteilung sie angriffen und zerstreute, worauf sie die Vetta stark besetzte.

Im obern Rienz meldet man neue Fortschritte unserer Infanterie, die den Sattelberg westlich der Langen Alp besetzte. Im Abschnitt des Monte Nero haben wir einige feindliche Schützengräben zwischen dem Vrsic-Kamm und der benachbarten Ortschaft im Sturm genommen. Aufeinanderfolgende Gegenangriffe des Feindes gegen unsere Stellungen des Vrsic wurden kräftig zurückgewiesen. In der Zone von Tolmein wurde eine glänzende Offensive gegen die Hügel von Santa Maria und Santa Lucia begonnen, die den Platz rechts des Isonzo decken. Nach der wirksamen und üblichen Vorbereitung durch die Artillerie ging unsere Infanterie lebhaft mit dem Bajonett vor und bewegte sich in einer starken geraden Linie längs des Westabhanges der Höhen. Der Gegner erlitt sehr schwere Verluste. 17 Offiziere, 347 Soldaten, vier Maschinengewehre, eine große Menge Munition sind in unsere Hände gefallen. Gez. General Cadorna.

Reichspost
19./VIII. 1915

Ein neuer Erfolg Papst Benedikt XV.

Behandlung der in England gefangenen U-Bootmannschaften wie anderer Kriegsgefangener.

Wir werden informiert, daß der „Osservatore Romano" in seinem offiziellen Teil folgende Mitteilung bringt: „Die Schwierigkeiten, die bisher die Verwirklichung der hochherzigen Anregung des Heiligen Vaters wegen des Austausches der zum Militärdienst unfähigen Zivilgefangenen jedes Alters verzögert hatten, sind nun überwunden, da die englische Regierung zugestimmt hat, die Kommandanten und Mannschaften der deutschen Unterseeboote wie die anderen Kriegsgefangenen zu behandeln, wogegen sich die deutsche Regierung bereit erklärt hat, die gefangenen englischen Offiziere wie früher zu behandeln.

Der Heilige Stuhl ließ es sich darauf angelegen sein, seine Bemühungen bei der deutschen Regierung zur Ausführung des bereits abgeschlossenen Abkommens zu erneuern. Der preußische Gesandte beim Heiligen Stuhl übermittelte telegraphisch aus Lugano vom 5. August die zusagende Antwort seiner Regierung. Nachdem der englischen Regierung davon durch den Kardinal-Staatssekretär Mitteilung gemacht worden war, dankte diese in einer Depesche vom 12. August für die wirksame und menschenfreundliche Aktion des Papstes."

Mit diesem Dankeswort Englands an den Papst ist nicht der Makel der Barbarei weggewischt, mit der sich das britische Volk besudelt hat, als es die Helden der deutschen Unterseeboote einer unehrenhaften Behandlung, schlechter als jene der gemeinsten Verbrecher, unterwarf. Die kluge und milde Hand Benedikt XV. hat es versucht, diesen Flecken wilder Grausamkeit von dem Spiegel der englischen Geschichte wegzuwischen. Deutschlands Matrosen, die durch die Vermittlung des Papstes jetzt von der Zuchthausgemeinschaft mit englischen Mördern und Dieben befreit worden sind, werden es ihren katholischen und protestantischen Mitbürgern verkünden, daß das Papsttum im 20. Jahrhundert den machtvollsten Hort wahrer Kultur und Gesittung bildet.

* [**Eine Antwort deutscher Gelehrter an englische.**] Der Kulturbund deutscher Gelehrter versendet soeben eine Antwort auf die Erklärung der „Professoren Großbritanniens an die deutschen akademischen Kreise". Wie bekannt, haben englische Gelehrte zu einer deutschen Anklageschrift Stellung genommen. Sie werfen Deutschland vor allem eine in der Friedenszeit genährte Auffassung von Krieg und von Machtzuwachs vor, wie sie sich in den populär gewordenen Schriften Nietzsches, Treitschkes, Bülows und Bernhardis kundgebe. „Deutschland — schreibt das englische Manifest — hätte es höchst wahrscheinlich vorgezogen, sich nicht gerade jetzt mit England in einen Krieg zu verwickeln. Es wäre ihm lieber gewesen, erst Rußland zu schwächen und zu erniedrigen, Serbien der Macht Oesterreichs zu unterwerfen, Frankreich unschädlich und Belgien abhängig zu machen, und dann, im Besitze einer gewaltigen Uebermacht, seine Abrechnung mit England zu halten." Diese in die Zukunft weisende Argumentation, die Englands Kriegsteilnahme als Präventivkrieg gelten läßt, zu entkräften, versucht nun die Antwort des Kulturbundes deutscher Gelehrter. Wenn sie wahrscheinlich an den englischen akademischen Kreisen vorbeiredet, so wird sie in einer Beziehung einen tieferen Eindruck nicht verfehlen. Endlich ein Dokument, das dem Gegner die Ehre einer höflichen, weder herausfordernden noch beleidigenden Sprache gibt. Die englische und die deutsche Kundgebung sind sich darin einig, daß jede der kriegführenden Nationen von der anderen zu wenig wußte. Der deutschen Antwort fällt es leicht, zu berichtigen, wie konstruiert das Bild eines Deutschland sei, in dem Bernhardi, Treitschke und Nietzsche Stimmungsträger gewesen seien. Ueber Ursprung und Notwendigkeit des Krieges argumentiert die Antwort so, daß englische Kreise jedenfalls die Ueberzeugung gewinnen, daß jeder ihrer deutschen Kollegen den Krieg als Notwendigkeit erlebte. Der Schlußsatz des englischen Aufrufes heißt: „Für uns wie für Belgien ist es ein Verteidigungskrieg, ein Krieg für Freiheit und Frieden." Die deutsche Antwort überläßt die Entscheidung der Zukunft, ob in diesem Krieg England oder Deutschland „für Freiheit und Frieden" die Waffen führt. Die deutsche Antwort ist diesmal nicht bloß von Gelehrten, sondern auch von Künstlern und Dichtern unterzeichnet. Neben Otto Ernst und Rudolf Presber und Oskar Blumenthal stehen da zum erstenmal in Minne und Eintracht Namen wie Gerhart Hauptmann und Thomas Mann.

Die wahre Stimmung der russischen Duma.

Wir gaben gestern abend Reden aus der russischen Duma wieder, die sich mit der ungeheuerlichen Not der polnischen Juden und der Mohammedaner des Kaukasus beschäftigten, die allein durch die schmachvolle Brutalität der russischen Regierung verschuldet ist. Andere Dumareden zeigen uns die Regierung auf der Anklagebank. Hier einige Proben der „Voss. Ztg." über die wahre Stimmung der Duma:

Markow (Konservativ): Ich werde unser Kriegsministerium gewiß nicht verteidigen, aber nicht die Regierung allein hat schuld, sondern wir alle, unser ganzes Land. In der Bewertung der militärischen Macht Deutschlands haben sich sämtliche Regierungen Europas getäuscht, und getäuscht haben sich natürlich auch unsere alle möglichen Kommissionen ... Warum hat unsere Regierung nicht gleich in den ersten Kriegsmonaten unsere Industrie mobilisiert? Da ist etwas vorgefallen, was die Gerichtsbehörden zu beschäftigen haben muß; ich fürchte, daß da nicht etwa Irrtümer sondern Verbrechen begangen worden sind ...

Graf Bobrinsky (National): Wir haben jetzt vor uns ein einziges nationales Ziel: den harten, erbarmungslosen und mächtigen Feind zu verjagen, unser Territorium von ihm freizumachen. Anstatt unsere Arbeiter nach Sibirien zu verbannen, sollte unsere Regierung sie in die Schützengräben schicken ... Vielleicht ist jetzt nicht die passende Zeit, von den bisherigen Verbrechen zu sprechen,

von Mitgliedern der Regierung, deren richtiger Platz auf der Anklagebank wäre.

(Stürmischer Beifall.) Erst wenn die Regierung der Bürgerschaft entgegenkommen wird, werden wir mit der Regierung gehen. In einzelnen Teilen unserer Regierung herrscht noch heutigentags eine bürokratische Routine, wenn nicht etwas noch weit Schlimmeres. Ich selbst besitze die Originalzuschrift unserer obersten Artillerieverwaltung an den allrussischen Handelstag, worin jene diesem mitteilt, sie könne seiner schriftlichen Eingabe in Betreff von Munitionslieferung nicht Folge geben, da dieser Eingabe zwei Stempelmarken gefehlt hätten. (Schmach! Abschied! links und im Zentrum.) Gewiß herrscht in unserer Mitte und wohl auch in einzelnen Teilen unseres Landes eine gewisse patriotische Ungeduld gegenüber der Tätigkeit unserer Verbündeten, aber ich erinnere sie an den Hindenburgschen Ausspruch, jenes Volk werde siegen, welches die stärkeren Nerven besitze.... (Bekanntlich hat Kaiser Wilhelm schon vor Jahren dieses Wort gebraucht. D. Red.)

Sjawitsch (Oktobrist): Bei allen seinen Kriegen war Rußland noch stets unvorbereitet. So war es im Japanischen Krieg, so im Russisch-Türkischen, so bei Sebastopol, und so war es auch bei dem gegenwärtigen. Die Schuld daran ist aber nicht beim Kriegsministerium allein zu suchen, sondern bei der ganzen Regierung. Der bei uns bestehende

Abgrund zwischen Bevölkerung und Regierung

gab den Grund zu der Schwäche unseres Landes. (Stürm. Bravo.) Der Riß zwischen Regierung und Volk ist keine zufällige, zeitliche Erscheinung, seine Wurzeln liegen sehr tief. Um jeden Machthaber herum bildet sich bei uns ein fest zusammengeschweißter Kreis, der auf diesen Machthaber einwirkt und keinerlei andere Einwirkung auf ihn duldet. Dies sehen wir auf unserer gesamten Stufenleiter bis zu den allerhöchsten Sprossen hinauf. Unsere jetzige Regierung nennen wir eine erneute, weil ein Teil ihrer Personen gewechselt hat. Man hat vieles bei uns versäumt, und unsere Armee hat dafür Meere voll umsonst vergossenen Blutes bezahlen müssen. Die Personen und Aemter, die die Schuld daran tragen, müssen schwer bestraft werden. Aber das war ja stets eins der Unglücke unserer Regierungsart, daß, während der kleine Mann und kleine Verbrecher die äußerste Schwere der Strafe erlitt, die höchststehenden Personen bei ihren Verbrechen straflos davongingen ...

Karasin (Linkes Zentrum): Wir haben schon in unserer Sitzung vom 12. Mai 1912 eine Resolution gefaßt, dahingehend, daß der Stand unserer Artillerie und Artillerieverwaltung eine ernste Gefahr für die Landesverteidigung darstelle ... Ohne eine Volkskontrolle wird unsere bürokratische Maschine den Ereignissen nicht gewachsen sein, wie sie auch bisher dem nicht gewachsen war. Die Regierung darf es uns nicht verübeln, wenn die Bevölkerung ein Kontrollrecht für sich fordert. (Applaus links und im Zentrum.)

Jefremow (Rechtsliberal): Die Regierung hat vor der Bevölkerung die wirkliche Lage der Verhältnisse verborgen gehalten. Infolge einer übermäßigen Zensur hat unsere Presse unsere Kräfte und diejenigen unseres Gegners falsch dargestellt, unsere Niederlagen verschwiegen. Noch im Januar wurden uns in einer Geheimsitzung wahrheitswidrige beruhigende Darstellungen über die Sachlage vom Kriegsminister und dessen Gehilfen gegeben. Das Volk ist irregeführt worden,

es empfindet ein Gefühl der Empörung dem

verbrecherischen Walten der Militärverwaltung

gegenüber, das sich vor ihm jetzt entblößt hat. Genug der Geheimniskrämerei! Genug der Lüge! Das russische Volk hat wahrlich genug dafür zahlen müssen — es hat das Recht, endlich die ganze Wahrheit zu erfahren ... Unser Staatsgebäude wankt, weil eine Kontrolle des Volkes über die Tätigkeit der Regierung fehlt ... Die den Polen gegebenen feierlichen Versprechen hingen ein ganzes Jahr hindurch in der Luft; ich bedaure, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten so spät gekommen ist, in einem Moment gewaltiger Tragik, wo wir allaugenblicklich mit Zittern die traurige Nachricht von einer Besetzung Warschaus durch die Deutschen erwarten müssen. Der innere Friede fehlt noch immer. Von einer politischen Amnestie ist noch immer keine Rede. Tausende russischer Bürger verkommen in Verbannung und Gefängnissen, sind der Möglichkeit beraubt, etwas zu tun, für das Vaterland zu sterben. Bis zu den allerjüngsten Tagen hat die übermütige Regierung noch immer geglaubt, mit den alten Mittelchen einer verlotterten bürokratischen Maschinerie die gewaltigen Aufgaben der Organisierung eines Weltkampfes lösen zu können. Es bedurfte gewaltiger militärischer Schlappen, damit die Regierung endlich ihre Impotenz einsehe. Wir begrüßen den erfolgten Wechsel innerhalb der Regierung, aber ist damit alles getan, um einen Sieg zu organisieren? Ein Teil der Personen ist umgetauscht worden, aber es ist kein Systemwechsel erfolgt. Die äußere Form ist etwas umgeändert, aber nicht die Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Volk und Regierung. Das Vaterland ist in Gefahr. Diese abzuwenden wird nur dann möglich sein, wenn die Regierung öffentlich die Autorität der Duma anerkennt und ihre Bereitwilligkeit ausspricht, sich der Kontrolle und der Leitung der Volksvertretung unterzuordnen. Die inzwischen erfolgten personellen Veränderungen innerhalb des Kabinetts bieten uns keinen genügenden Grund zur Annahme, daß die Regierung die Grenzen ihrer Rolle und Bedeutung verstehen wird. (Stürmischer Applaus.)

Miljukow (Kadettenpartei): Das patriotische Bangen der Volksvertreter hat sich zu unserem Unglück als vollauf berechtigt erwiesen, das geheimnisvoll vor uns Verborgene ist offenkundig geworden: die Beruhigungsworte, die man bisher an uns gerichtet, haben sich eben nur als leere Worte erwiesen. Aber das Land läßt sich mit Worten nicht mehr beruhigen, das Volk will selber die Zügel in die Hand nehmen und das Verdorbene zutzumachen versuchen. In uns erblickt das russische Volk die allerersten Vollstrecker seines Willens, und es hat uns hierher gesandt mit einer ganz bestimmten Direktive, nämlich: der Regierung die volle Wahrheit über das Land zu sagen, von der Regierung die volle Wahrheit für das Land zu erfahren und alles das auszuführen, was die Regierung bisher verabsäumt hat ... Unsere Feinde und Verbündeten haben jetzt eingesehen, wie beispiellos die Widerstandskraft und Ausdauer des russischen Soldaten ist (Bravo!), aber wir wissen jetzt auch, das unser Feind die Dimensionen des Kampfes richtiger eingeschätzt und sich besser vorbereitet hat. Als die eigentliche Quelle unserer Fehler ist hier schon hingewiesen worden: auf das abnorme Verhältnis zwischen Volk und Regierungsmacht. Die vom Throne herab erfolgte Ermahnung, die inneren Streitigkeiten zu vergessen, hat leider dieses abnorme Verhältnis nicht geändert: das Mißtrauen dem Volke gegenüber, die Eindämmung durch Angst — diese Gladstonesche Definition des Konservatismus — ist die Richtschnur unserer inneren Regierungspolitik geblieben. Die übliche Ausnutzung der dunklen nationalistischen Instinkte der Massen mit den üblichen Kampfeswaffen — dem Antisemitismus, dem Aufhetzen gegen Fremdstämmige und Andersgläubige — hat unerhörte Dimensionen angenommen unter dem Deckmantel der Forderungen der Kriegszeit. Wir haben gesehen, wie man versucht hat, in roher Naivität ein Attentat auf das Volksbewußtsein und den Glauben der Bevölkerung der soeben eroberten Provinz (Galizien) auszuführen, wohin man die Hefe unseres provinziellen Tschinowniktums entsandt hatte. Aber das verblaßt völlig dem gegenüber, was man mit den Juden getan hat. Dieses unglückselige Volk, das zu Kriegsbeginn von einer patriotischen Begeisterung beseelt war, wurde zum Gegenstand einer systematischen Ausrottung; es wurden gegen sie Maßregeln ergriffen, die an die verwilderten Zeiten des dunkelsten Mittelalters erinnern und uns in den Augen der ganzen gebildeten Welt herabsetzen ... In den obersten und untersten Kreisen, unter Gebildeten und Ungebildeten, in der Hauptstadt und in der dunkelsten Provinz, überall in russischen Landen verbreitet sich das dunkle Gerücht von Verkauf und Verrat; diese Gerüchte schleichen sich in die höchste Höhe und verschonen niemand. Der einfache Weggang des Kriegsministers genügt weder der Armee noch dem Lande, dieses Ministers, der

die Duma belogen

hat. Von allen Seiten Rußlands gelangen an uns Meldungen, daß dort alles beim alten geblieben ist. Hat das erneute Kabinett die Fehler eingesehen, die ein scharfes Mißtrauen des Landes zur Regierung in deren früherem Bestande hervorgerufen? Sind wir gegen Wiederholung dieser Fehler und unglücklicher Experimente gesichert. Was wir bis jetzt darüber wissen, mahnt uns zur Vorsicht: Persönlichkeiten, die das Land kennt und achtet, denen es ohne weiteres vertraut, weist das Kabinett noch immer nicht auf ..

Kerenski (Arbeiterpartei): Wo ist jener Enthusiasmus geblieben, jene große Rüstigkeit, die uns alle vor einem Jahre umfaßt hatte?

Verbrecherisch hat man unser Hab und Gut veruntreut,

die Lage des Landes ist kritisch geworden, und niemand darf auf seinem Posten weiter bleiben, der in Verachtung und Mißtrauen gegen das Volk, in Bekämpfung des Volkes erzogen ist.

Tscheidse (Sozialdemokrat) schickt sich an, eine motivierte Erklärung seiner Fraktion vorzubringen, wird aber vom Dumapräsidenten daran verhindert.

Neue Freie Presse Abendbl. 19./VIII. 1915

Sturmzeichen in der Duma.

Heftige Angriffe gegen die Regierung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 18. August.

Dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" in Stockholm werden die lückenlosen Stenogramme der ersten Dumasitzungen zugestellt. Aus diesen Stenogrammen geht die wirkliche Stimmung der Duma hervor, die er charakterisiert als eine Sturmwarnung, wenn nicht die ersten Zeichen eines bereits begonnenen verheerenden Sturmes. Der Korrespondent gibt dann einige bisher unbekannte Stellen aus den gehaltenen Reden wieder.

Markow (konservativ) sagte: Nicht die Regierung allein hat schuld, sondern wir alle, unser ganzes Land. In der Bewertung der militärischen Macht Deutschlands haben sich sämtliche Regierungen Europas getäuscht. Warum hat unsere Regierung nicht gleich in den ersten Kriegsmonaten unsere Industrie mobilisiert? Da ist etwas vorgefallen, was die Gerichtsbehörden zu beschäftigen haben muß; ich fürchte, daß da nicht etwa Irrtümer, sondern Verbrechen begangen worden sind.

Graf Bobrinski (national): Anstatt unsere Arbeiter nach Sibirien zu verbannen, sollte unsere Regierung sie in die Schützengräben schicken. Vielleicht ist jetzt nicht die passende Zeit, von den bisherigen Verbrechen zu sprechen, von Mitgliedern der Regierung, deren richtiger Platz auf der Anklagebank wäre. (Stürmischer Beifall.)

Sawitsch (Oktobrist): Bei allen seinen Kriegen war Rußland noch stets unvorbereitet. So war es im Japanischen Krieg, so im Russisch-türkischen, so bei Sebastopol, und so war es auch bei dem gegenwärtigen. Die Schuld daran ist aber nicht beim Kriegsministerium allein zu suchen, sondern bei der ganzen Regierung. Der bei uns bestehende Abgrund zwischen Bevölkerung und Regierung gab den Grund zu der Schwäche unseres Landes. (Stürmisches Bravo.) Man hat vieles bei uns versäumt, und unsere Armee hat dafür Meere voll umsonst vergossenen Blutes bezahlen müssen. Die Personen und Aemter, die die Schuld daran tragen, müssen schwer bestraft werden. Aber das war ja stets eines der Unglücke unserer Regierungsart, daß, während der kleine Mann und kleine Verbrecher die äußerste Schwere der Strafe erlitt, die höchststehenden Personen bei ihren Verbrechen straflos davongingen.

Jefremow (rechtsliberal): Die Regierung hat vor der Bevölkerung die wirkliche Lage der Verhältnisse verborgen gehalten, das Volk ist irregeführt worden. Es empfindet ein Gefühl der Empörung dem verbrecherischen Walten der Militärverwaltung gegenüber, das sich vor ihm jetzt entblößt hat. Genug der Geheimniskrämerei! Genug der Lüge! Das russische Volk hat wahrlich genug dafür zahlen müssen; es hat das Recht, endlich die ganze Wahrheit zu erfahren. Unser Staatsgebäude wankt, weil eine Kontrolle des Volkes über die Tätigkeit der Regierung fehlt.

Miljukow (Kadettenpartei): Die übliche Ausnützung der dunklen nationalistischen Instinkte der Massen mit den üblichen Kampfeswaffen, dem Antisemitismus, dem Aufhetzen gegen Fremdstämmige und Andersgläubige, hat unter dem Deckmantel der Forderungen der Kriegszeit unerhörte Dimensionen angenommen. Wir haben gesehen, wie man versucht hat, in roher Naivität ein Attentat auf das Volksbewußtsein und den Glauben der Bevölkerung der soeben eroberten Provinz Galizien auszuführen, wohin man die Hefe unseres provinziellen Tschinowniktums entsandt hatte. Aber das verblaßt völlig dem gegenüber, was man mit den Juden getan hat. Dieses unglückselige Volk, das zu Kriegsbeginn von einer patriotischen Begeisterung beseelt war, wurde zum Gegenstand einer systematischen Ausrottung. Es wurden gegen sie Maßregeln ergriffen, die an die verwilderten Zeiten des dunkelsten Mittelalters erinnern und uns in den Augen der ganzen gebildeten Welt herabsetzen. In den obersten und untersten Kreisen, unter Gebildeten und Ungebildeten, in der Hauptstadt und in der dunkelsten Provinz, überall in russischen Landen verbreitet sich das dunkle Gerücht von Verkauf und Verrat. Diese Gerüchte schleichen sich in die höchste Höhe und verschonen niemand. Der einfache Weggang des Kriegsministers genügt weder der Armee noch dem Lande, dieses Ministers, der die Duma belogen hat.

Kerenski (Arbeitspartei): Wo ist jener Enthusiasmus geblieben, jene große Rüstigkeit, die uns alle vor einem Jahre erfaßt hatte? Verbrecherisch hat man unser Hab und Gut veruntreut. Die Lage des Landes ist zu einer kritischen geworden, und niemand darf auf seinem Posten weiter bleiben, der in Verachtung und Mißtrauen gegen das Volk, in Bekämpfung des Volkes erzogen ist. Ich fordere die Bevölkerung auf, die Rettung des Landes in ihre eigene Hand zu nehmen und sich ein entscheidendes Recht auf die Regierung des Reiches zu erzwingen. (Beifall links.)

Fremdenblatt

19./VIII. 1915

Eine Rede des Botschafters Prinzen Hohenlohe.

Berlin, 18. August.

Nach dem Gottesdienst empfing Botschafter Prinz Hohenlohe die Spitzen der österreichisch-ungarischen Kolonie, in deren Namen der Präsident des österreichisch-ungarischen Hilfsvereines die ehrfurchtsvollsten Glückwünsche zum Geburtstage Sr. Majestät übermittelte.

Der Botschafter erwiderte, er glaube heute, da er zum erstenmal Gelegenheit habe, zu den Spitzen der Kolonie zu sprechen, hiefür keine besseren Worte wählen zu können, als Worte, womit er die Anwesenden bitte, gemeinsam mit ihm des treuen glorreichen Verbündeten des Kaisers Franz Joseph zu gedenken, dessen Gastfreundschaft wir hier im schönen Deutschland in so weitgehendem Maße genießen dürfen. Den vom Botschafter ausgebrachten Hochruf auf Kaiser Wilhelm wiederholten die Anwesenden dreimal begeistert.

Der Botschafter fuhr fort: Heute jährt sich wieder der Tag, den ich als einen Herzensfeiertag eines jeden Untertanen Seiner Majestät bezeichnen möchte. Als Sie diesen Tag vor Jahresfrist begingen, war dies auch schon nicht mehr in der altgewohnten fröhlichen Weise der Fall; sind wir doch schon seit mehr als einem Jahr in eine ernste, große und eiserne Zeit eingetreten, mehr als ein Jahr ist verflossen, seit die Kriegsfackel mit unheimlicher Schnelligkeit an allen Enden fast die ganze Welt entzündete und die beiden Kaiserstaaten sich den Koalitionsmächten gegenübersahen, die mit ihnen leichtes Spiel zu haben vermeinten. Aber unerschütterlich in felsenfester Bundestreue zueinander haltend, vermochten Oesterreich-Ungarn und Deutschland auch dieser Welt von Feinden die Stirne zu bieten.

Sorgenvolle Wochen kennzeichnen für uns den ersten Kriegsabschnitt, waren es doch jene, in welchen die österreichisch-ungarischen Heere vor der vielfältigen erdrückenden russischen Uebermacht unter erbitterten Kämpfen zurückgingen in neue Stellungen, in denen sie dem Feinde Halt gebieten konnten. Aber noch hatte die Stunde entscheidender Erfolge nicht geschlagen. Ein neuerlicher Versuch, nach Rußland vorzudringen, scheiterte an der schier unerschöpflichen Uebermacht seiner Millionenheere. Doch unablässig und mit eiserner Energie waren unsere obersten Heeresführer an der Arbeit, immer wieder neue Pläne zu ersinnen, und ihrem gottbegnadeten Genie gelang es, die Ueberflutung unserer beiden Heimatländer durch die russischen Massen immer wieder hintanzuhalten. Unerschrockene, todesmutige Truppen ermöglichten die Durchführung dieser Pläne, Truppen, die allen, selbst den schwersten Aufgaben gerecht zu werden wußten, wo immer die obersten Führer sie hinzustellen für gut fanden. So hielten die österreichisch-ungarischen Truppen treue Wacht an der preußisch-schlesischen Grenze, schirmten den deutschen heimischen Herd, bis Hindenburg in den schneebedeckten masurischen Seegebieten den russischen Armeen ein Grab bereiten konnte. Und schon wenige Wochen später kämpften deutsche Regimenter in unvergleichlicher Bravour in dem ihnen ganz ungewohnten Gebirgsterrain der Waldkarpathen an der Seite ihrer österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, und sie kämpften nicht nur gegen feindliche Armeen, sondern auch gegen die entfesselte Gewalt der Elemente des Winters in den Bergen.

Schwere, sorgenvolle Zeiten haben wir ja alle durchgemacht, am schwersten aber mögen sie gelastet haben auf den Schultern Sr. Majestät unseres allergnädigsten Herrn. Wenn er, der unermüdlich Tätige, nimmer Rastende für Augenblicke die Arbeit unterbrach und den Blick gleiten ließ über die entblätterten Bäume und Hecken des uns allen so wohlbekannten Schönbrunner Parkes, da mag sein Auge wohl mehr als einmal von Tränen verdunkelt gewesen sein, wenn er der grausigen Verluste gedachte, die jeder neue Tag in die Reihen seiner Soldaten riß, seiner Soldaten, die seinem väterlichen Herzen so nahe standen, und nur in dem Bewußtsein, aus Notwehr für die gerechte Sache das Schwert gezogen zu haben, mag der Allerhöchste Herr in jenen schweren Tagen Trost und Kraft gefunden haben. Das Frühjahr brach herein und der heiligen Osterzeit war es beschieden, einen Wendepunkt zu bilden und lange Monate schwerer Prüfungszeit zu beenden.

Endlich brach sich der russische Massenangriff an der eisernen Wehr, die den Karpathenwall verteidigte, und schon wenige Wochen später, in den ersten Maitagen, begann jener gerade wunderbare Siegeszug, ich möchte beinahe sagen Siegesflug der verbündeten Heere, dem wir heute mit Staunen und dankbarster Bewunderung für die Truppen und Führer folgen. Noch viel dankbareren Herzens müssen wir aber unseres geliebten Monarchen gedenken, der in den Julitagen des Vorjahres in weiser Voraussicht den Augenblick erkannte, wo die Friedensliebe um jeden Preis unser teures Vaterland an den Rand des Verderbens geführt hätte. Dieser Erkenntnis Sr. Majestät danken wir, daß Ernst gemacht wurde, ehe es zu spät gewesen wäre. Denn noch hatten sich unsere Feinde verrechnet, als sie sich leichtfertig einredeten, das alte Habsburgerreich sei der Auflösung nahe. Nun, ich glaube, nach den Geschehnissen des letzten Jahres wird es auf der ganzen Welt niemand geben, der falls er einer solchen Ansicht war, diese nicht einer sehr gründlichen Revision unterzogen haben dürfte. Eines unserer altbewährtesten Reiterregimenter, ein Regiment, das zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus Wallonen errichtet worden ist, trägt auf der Standarte den Wahlspruch: „Qui s'y frotte, s'y pique", was auf gut deutsch bedeutet: „Wer sich daran reibt, sticht sich". Ich möchte diesen Spruch sinngemäß auf ganz Oesterreich-Ungarn übertragen und dahin ausführen:

Wehe allen jenen, die lüstern nach den Besitzteilen unseres alten, vielgeliebten österreichisch-ungarischen Heimatlandes greifen wollten, sei es nun mit der plumpen Tatze eroberungssüchtiger Moskowiter oder den diebischen Fingern wort- und eidbrüchiger Bundesgenossen. Oesterreich-Ungarns Helden werden hingegen stets bis zum letzten Atemzuge kämpfen und bereit sein. Der bisherige Erfolg unserer Waffen dürfte wohl kaum verfehlt haben, unsere Feinde zu belehren, in Hinkunft lieber auf derart ruchlose Anschläge gegen die Monarchie zu verzichten. Wie schwer es unserem allergnädigsten Monarchen gefallen sein mag, als er vor Jahresfrist den Entschluß faßte, seine Völker unter die Fahnen zu berufen, das wird uns so recht klar, wenn wir bedenken, wie es doch sein Hauptstreben, das Ziel aller seiner Arbeit war, diesen Völkern den Frieden zu erhalten. Daß es aber, wenn dieser Existenzkampf schon unvermeidlich war und durchgefochten werden muß, wenn die Monarchie weiterbestehen will, Seiner Majestät noch vergönnt ist, Zeuge zu sein, mit welchen heldenmütigen Taten — ich möchte sagen antiken Opfermutes — seine Soldaten ihm all die väterliche Fürsorge und Liebe vergelten, die er ihnen in seinem langen Leben unermüdlich gewidmet hat, das ist wohl der schönste Lohn, den der Allmächtige unserem geliebten Monarchen hierfür zuteil werden lassen konnte. Freudige Genugtuung und berechtigten Stolz empfinden auch alle unsere Helden hierüber — mögen sie nun im Norden, im Süden, zu Lande oder zu Wasser kämpfen — daß die Vorsehung es ihnen gestattet, auf diese Weise ihrem Kaiser und König Dankbarkeit bezeigen zu dürfen. Und das Bewußtsein, daß ihr vielgeliebter oberster Kriegsherr im Geiste immerdar unter ihnen weilt, wird sie begeistern und stärken bei all den neuen schweren Kämpfen, die ihnen noch bevorstehen.

Das Gebet, das sich heute sicherlich von den Lippen all der Millionen österreichisch-ungarischer Untertanen zum Himmel erhebt, möchte ich meinerseits in folgende kurze Worte zusammenfassen: Gott erhalte, Gott beschütze Seine Majestät unseren allergnädigsten Herrn, auf daß er noch unseren endgiltigen Sieg, einen glorreichen Frieden und eine glänzende, kraftvolle Zukunft unseres geliebten Vaterlandes erleben möge. Das walte Gott! Und so fordere ich Sie denn alle auf, mit mir in den Ruf einzustimmen: Seine Majestät, unser vielgeliebter Kaiser und König hoch! hoch! hoch!

In stürmischer Begeisterung wiederholten die Anwesenden den dreimaligen Hochruf, worauf nach einem Cercle die erhebende Feier beendet war.

Kriegskalender.

8. August: Zwischen Weichsel und Bug werden die Russen gegen den Wieprz-Fluß geworfen und in der Gegend von Lubartow sowie bei Miechow gezwungen, über den Fluß zurückzugehen; russische Korps, die noch im Weichselgelände nordwestlich Iwangorod standen, ziehen sich in nordöstlicher Richtung zurück. Bei Warschau gewinnen die Deutschen das östliche Weichselufer; vor Nowo-Georgiewsk fallen die Befestigungen von Zegrze; die deutsche Narew-Gruppe nähert sich der Straße Lomza-Ostrow-Wyszkow; südlich von Wyszkow ist der Bug erreicht, Serock an der Bugmündung besetzt. — Ein italienischer Angriff gegen den Plateaurand im Abschnitte Polazzo-Vermegliano wird vollkommen zurückgeschlagen; ein italienischer Einbruchsversuch nach Tirol über die Forcellina di Montozzo wird vereitelt. — In den Vogesen leben die Kämpfe nördlich Münster wieder auf. — Neue in der Umgebung von Karatschali gelandete englisch-französische Truppen werden von den Türken verjagt; bei Ari Burnu wird die Vorrückung neuer feindlicher Verstärkungen durch Gegenangriff der Türken zum Stehen gebracht; bei Seddil Bahr scheitern feindliche Angriffe unter schweren Verlusten. Ein feindliches Unterseeboot versenkt das türkische Panzerschiff „Berberuß".

9. August: Das linke Wierprz-Ufer und das rechte Weichsel-Ufer bei Iwangorod sind vom Feinde gesäubert; das Zentrum und der rechte Flügel der Heeresgruppen v. Mackensen nähern sich der Linie Ostrow-Hansk-Uchrusk. Praga ist besetzt, Nowo-Georgiewsk auch im Osten zwischen Narew und Weichsel abgeschlossen; gegen die Nord- und Westfront von Lomza machen die Deutschen Fortschritte; südlich von Lomza ist die Straße nach Ostrow erreicht und die Straße Ostrow-Wyszkow überschritten; die Angriffstruppen von Kowno haben sich näher an die Festung herangeschoben. — Am Südteil des Plateaus von Doberdo sowie in der Gegend von Plava heftiger Geschützkampf; an der Kärntner Grenze greifen die Italiener an mehreren Punkten erfolglos an; westlich Daone, am Lavanech in der Nacht lebhaftes Feuergefecht zwischen den Italienern selbst. — In den Argonnen scheitern französische Vorstöße; bei Hooge östlich Ypern vergebliche feindliche Angriffe. — Im Kaukasus werden die Russen aus ihren Stellungen bei Alaschkert vertrieben; bei Ari Burnu wird abermals ein starker Angriff des Feindes zurückgeschlagen; auch bei Seddil Bahr wird der Feind neuerlich unter großen Verlusten abgewiesen.

Neues Wiener Tagblatt
20./VIII. 1915

Die türkisch-italienischen Beziehungen.

Ein Ministerrat in Rom.

Lugano, 19. August. (Privattelegramm.) Der „Secolo" berichtet aus Rom: Der Ministerrat ist für morgen früh 10 Uhr einberufen worden. Man mißt der Beratung hinsichtlich der Haltung gegenüber der Türkei entscheidende Bedeutung bei.

Die nachmittags aus Smyrna eingelangten Nachrichten berichten von einer Verschlimmerung der Situation. Die Türken stellen angeblich den zur Heimreise bereiten Italienern immer neue Bedingungen. Unter anderm sollen die türkischen Behörden plötzlich die Bezahlung von Steuern fordern, die bisher von den Italienern niemals gefordert wurden. Der italienische Gesandte hat bei der Pforte diesbezüglich bereits um Aufklärungen gebeten und eine neue Note überreicht, welche in energischen Worten gehalten sein soll.

* * *

Lugano, 19. August. (Privattelegramm.) Die Blätter berichten, daß der türkische Botschafter Nagy-Bei nach seiner Rückkehr aus Vallombroso mit dem Ministerpräsidenten lange Unterredungen hatte, welche gestern und heute fortgesetzt wurden. Gleichzeitig findet ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen der italienischen Regierung und dem italienischen Gesandten in Konstantinopel Marchese Garroni statt.

Die neue Kriegssession des deutschen Reichstages.

Berlin, 19. August. Der Reichstag ist heute wieder zusammengetreten. Der Sitzung wohnten in der Diplomatenloge der österreichisch-ungarische Botschafter Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst und Legationsrat Friedrich Graf v. Larisch-Mönnich bei. Die Galerien waren von einem zahlreichen Publikum besetzt.

Rede des Präsidenten Kaempf.

Reichstagspräsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er auf die schweren, vom ganzen Volke willig getragenen Opfer sowie auf die glänzenden Waffenerfolge Deutschlands und seiner Verbündeten hinwies. Der Präsident fuhr sodann fort: Während wir im Westen unerschütterlich festhalten, was wir errangen, während an den Dardanellen und an der italienischen Grenze die feindlichen Angriffe an der Tapferkeit der heldenmütigen Soldaten unsrer Verbündeten zerschellen (Beifall), bringt uns und unsern Verbündeten der Beginn des zweiten Kriegsjahres im Osten Erfolge, die an das Märchenhafte grenzen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken dafür dem allmächtigen Herrscher der Heerscharen (Beifall), wir danken dem Kaiser, unserm obersten Kriegsherrn, und unsern und unsrer Verbündeten genialen Heerführern. (Beifall.) Wir danken den Offizieren und Mannschaften (Beifall) zu Wasser und zu Lande, die mit heldenmütiger Todesverachtung unter unvergleichlicher Tapferkeit von Sieg zu Sieg geschritten; wir danken nicht minder der Leitung der Geschäfte des Reiches, die an der Spitze wie in den einzelnen Zweigen die an sie gestellten höchsten Anforderungen planvoll erfüllt. Wir danken dem ganzen Volke (Beifall), das von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß es sich um die höchsten nationalen Güter handle und sich willig und einmütig in den Dienst unsrer großen Aufgaben gestellt hat. (Beifall.) Der Stimmung und den Gefühlen der Nation hat der Kaiser in dem Aufruf „An das deutsche Volk" bereits Ausdruck verliehen. Seine ernsten und feierlichen Worte, getragen vom Geiste deutscher Wahrhaftigkeit, von zuversichtlichem Vertrauen auf die innere Stärke, von einheitlichem nationalem Willen, haben überall, wo Deutsche wohnen, lebhaften Widerhall gefunden. Vor einem Jahre hat sich das deutsche Volk im Vertrauen auf Gott und auf die Stärke des Reiches unerschütterlich um seinen Kaiser und die verbündeten Regierungen geschart, um in diesem für jeden Deutschen heiligen Krieg einen Frieden zu erringen, der für alle Völker der freien Kulturentwicklung den Weg bahnen und des deutschen Volkes Zukunft sicherstellen soll gegen alle Feinde, gegen alle Gefahren. (Beifall.)

Unter lebhaftem Beifall machte der Präsident sodann Mitteilung von der Absendung von Glückwunschtelegrammen an die Präsidenten des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses anläßlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs Franz Josef, worauf das Haus in die Tagesordnung einging.

Nach Erledigung kleinerer Berichte begann die erste Lesung der Zehn-Milliarden-Kreditvorlage.

Die Rede des Reichskanzlers.

Hierauf ergriff Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg das Wort und führte aus:

Der Gruß an Oesterreich-Ungarn und an unsern Kaiser.

Meine Herren! Seitdem Sie das letztemal tagten, ist wieder Großes geschehen. (Beifall.) Alle mit Todesverachtung und dem äußersten Einsatz von Menschenleben unternommenen Versuche der Franzosen, unsre Westfront zu brechen, sind an der zähen Ausdauer unsrer tapferen Truppen gescheitert. (Beifall.) Italien, der neue Feind, der das von ihm begehrte fremde Gut leichthin erobern zu können glaubte, ist bisher glänzend abgewehrt (Lebhafter Beifall) trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit, trotz der schonungslosen Aufopferung von Menschenleben, die er doppelt umsonst zu bringen sich nicht scheute. Unerschüttert und unerschütterlich steht die türkische Armee an der Dardanellenfront. (Beifall.) Wir grüßen unsre treuen Verbündeten. (Beifall.) Wir gedenken auch heute noch an dieser Stelle des erhabenen Herrschers der Donaumonarchie, der gestern in das 86. Lebensjahr eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.) Ueberall, wo wir selber die Offensive ergriffen, haben wir den Feind geschlagen und zurückgeworfen. (Beifall.) Wir haben zusammen mit unsern Verbündeten fast ganz Galizien und Polen, wir haben Litauen und Kurland von den Russen befreit. (Beifall.) Iwangorod, Warschau, Kowno sind gefallen. Weit in Feindesland bilden überall unsre Linien einen festen Wall. Wir haben eine starke Armee zu neuen Schlägen frei. (Beifall.) Stolz, furchtlos, in festem Vertrauen auf unsre herrlichen Truppen, können wir in die Zukunft sehen. (Lebhafter Beifall.)

Der Dank an die wirklichen Neutralen.

Inmitten der Schrecknisse des Krieges gedenken wir dankerfüllt der werktätigen Menschenliebe, die uns benachbarte neutrale Staaten bezeigt, sowohl bei der Rückkehr der Zivilpersonen aus dem feindlichen Auslande wie gegenüber dem Austausch der Kriegsgefangenen. (Beifall.) In der Schweiz haben bei dem zweiten Austausch der Kriegsgefangenen mit Frankreich wiederum alle Kreise der Bevölkerung von Genf bis zur deutschen Grenze in altbewährter Gastlichkeit gewetteifert, um unsre wackeren Krieger die hinter ihnen liegenden schweren Leiden nach Möglichkeit vergessen zu lassen. (Beifall.) Die Niederlande haben schon zum zweiten Male aus England zurückkehrenden Schwerverwundeten opferwillig und hilfsbereit Fürsorge angedeihen lassen. (Beifall.) Und der jetzt zum erstenmal stattgefundene Gefangenenaustausch mit Rußland, der über weite Strecken des Staatsgebietes von Schweden führt, zeigt wieder, wie Regierung und Volk an Hilfsbereitschaft und Menschenfreundlichkeit gegenüber den deutschen Invaliden nicht überboten werden können. (Beifall.) Ich spreche auch von dieser Stelle aus diesen drei Nationen den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes aus. (Beifall.)

Ich verbinde damit zugleich ein Wort besonderer Dankbarkeit für Seine Heiligkeit den Papst (Beifall), der dem Gedanken des Gefangenenaustausches und so vielen Werken der Menschenliebe während des Krieges unermüdliche Teilnahme erzeigt, an ihrer Durchführung ein ausschlaggebendes Verdienst für

Sie war eben nicht zu halten. Und, ob die kleineren Völker wohl jetzt noch glauben, daß England und seine Alliierten den Krieg führen zum Schutz dieser kleineren Völker, zum Schutz der Freiheit und der Zivilisation?

So sieht ein Kampf für Freiheit und Zivilisation aus.

Der neutrale Handel auf See wird von England eingeschnürt, so viel es kann. Waren, für Deutschland bestimmt, dürfen auch auf neutralen Schiffen nicht mehr verfrachtet werden. Neutrale Schiffe werden gezwungen, auf hoher See englische Mannschaften an Bord zu nehmen und ihre Befehle zu befolgen. (Hört! Hört!) England besetzt kurzerhand griechische Inseln, weil das für seine militärischen Operationen bequem ist. Mit seinen Alliierten will es jetzt das neutrale Griechenland zu Gebietsabtretungen pressen, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen. Und in Polen, meine Herren, in Polen verwüstet das mit seinen Alliierten für die Freiheit der Völker kämpfende Rußland vor dem Rückzuge seiner Armeen das ganze Land. Dörfer werden niedergebrannt, Getreidefelder niedergetrampelt. Die Bevölkerung ganzer Städte und Ortschaften, Juden und Christen, werden nach unbewohnten Gegenden verschickt; sie verschmachten im Sumpf russischer Straßen, in fensterlosen, plombierten Güterwagen. So sieht die Freiheit und die Zivilisation aus, für die unsre Gegner kämpfen! (Lebhafte Zustimmung.)

Aus der Geschichte des englischen Appetits.

Bei seinen Beteuerungen, der Beschützer der kleineren Staaten zu sein, rechnet England mit einem sehr schlechten Gedächtnis der Welt.

Man braucht nur wenig mehr als ein Jahrzehnt zurückzugehen, um Beispiele für den wahren Sinn dieser Protektorenrolle zu finden. Im Frühjahr 1902 werden die Burenrepubliken dem englischen Reiche einverleibt. Dann richten sich die Blicke auf Aegypten. Das war ja schon längst tatsächlich in englischer Gewalt, aber der formellen Einverleibung stand das feierliche Versprechen der englischen Regierung entgegen, das Land wieder räumen zu wollen. Und dasselbe England, das uns auf das Angebot, ihm die Integrität Belgiens zu gewährleisten, wenn es neutral bleiben wolle, so stolz erwiderte, England könne die Verpflichtung bezüglich der belgischen Neutralität nicht zu einem Handelsgeschäft machen, dasselbe England trug kein Bedenken, die gegenüber ganz Europa eingegangene feierliche Verpflichtung an Frankreich zu verhandeln, indem es im Jahre 1904 den bekannten Vertrag mit Frankreich abschloß, der ihm Aegypten und Frankreich Marokko verschaffen sollte! Im Jahre 1907 kommt dann Asien an die Reihe. Der südliche Teil Persiens wird durch ein Abkommen mit Rußland in eine ausschließlich englische Interessensphäre umgewandelt, der nördliche wird dem freiheitlichen Regiment russischer Kosaken überliefert. (Abg. Liebknecht ruft: Potsdamer Entrevue! — Unruhe.) Ich komme auch darauf später noch zu sprechen. Wer eine solche Politik treibt, hat nicht das Recht, ein Land, das 44 Jahre lang den europäischen Frieden geschützt, das während der Zeit, wo fast alle andern Länder Kriege geführt und sich Länder erobert haben, nur der friedlichen Entwicklung gelebt hat, der Kriegslust und der Ländergier zu zeihen. Das ist Heuchelei! (Stürmische Zustimmung.)

sich hat und noch ganz kürzlich durch eine hochherzige Spende dazu beigetragen hat, die Leiden unsrer Ostpreußen zu lindern. (Beifall.)

Die Blutschuld der Feinde.

Meine Herren! Unsre Gegner laden ungeheuere Blutschuld auf sich, indem sie ihre Völker über die wirkliche Lage zu täuschen versuchen. (Sehr richtig.) Wo sie ihre Niederlagen nicht ableugnen, da dienen ihnen unsre Siege dazu, um neue Verleumdungen gegen uns zu häufen. Wir hätten im ersten Kriegsjahr gesiegt, weil wir diesen Krieg seit langem heimtückisch vorbereitet hatten (Lachen), während sie in unschuldiger Friedensliebe (Erneute Heiterkeit) nicht kriegsbereit gewesen waren. Meine Herren! Vor Tisch las man's anders! Sie entsinnen sich der kriegerischen Artikel, die der russische Kriegsminister im Frühjahr 1914 in der Presse verbreiten ließ, in denen er die volle Kriegsbereitschaft der russischen Armee pries. (Lebhafte Zustimmung.) Sie entsinnen sich der stolzen, vielfach herausfordernden Sprache, deren sich Frankreich in den letzten Jahren bediente. (Erneute Zustimmung.) Sie wissen, daß Frankreich, so oft es die russische Geldnot befriedigte, sich ausbedang, daß immer der größte Teil der Anleihe für Zwecke der Kriegsrüstung verwendet werde. Und England, meine Herren! Am 3. August 1914 sagte Sir Edward Grey im englischen Parlament: „Wir mit unsre mächtigen Flotte, von der ich glaube, daß sie unsern Handel, unsre Küsten und unsre Interessen schützen kann, wir werden, wenn wir uns am Krieg beteiligen, nur wenig mehr leiden, als wenn wir draußen bleiben." (Große Heiterkeit.) Wer so in geradezu unheimlicher Geschäftsnüchternheit am Vorabend der eigenen Kriegserklärung spricht, wer danach nicht nur die eigene, sondern auch die Politik seiner Freunde dirigiert, der kann das nur tun, wenn er weiß, daß er und seine Alliierten fertig sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Begreiflich ist es ja, meine Herren, daß unsre Gegner immer wieder die Schuld an diesem Krieg von sich abzuwaschen suchen. Ich habe schon bei Kriegsausbruch, dann wieder im Dezember vorigen Jahres die Zusammenhänge hier vor dem Reichstag dargelegt. Alles, was inzwischen weiter bekannt geworden, ist lediglich die Bestätigung dafür. Die Fabel, daß es nur wegen Belgiens am Krieg teilgenommen, hat England selbst in zwischen aufgegeben.

Neues Wiener Tagblatt 20/VIII. 1915

III

94

Das Zeugnis der belgischen Diplomaten.

Ein vollgültiges Zeugnis für die Tendenzen der englischen Politik und für den Ursprung dieses Krieges ist in den Berichten des belgischen Gesandten für denjenigen, der es noch nicht glauben wollte, enthalten. Weshalb werden wohl diese Dokumente, die ich habe veröffentlichen lassen, nach Möglichkeit in London, Paris und Petersburg totgeschwiegen? Weshalb sucht die feindliche Presse sich um diese Dokumente und ihre Bedeutung mit dem Hinweis herumzudrücken, daß diese Berichte keinen Beweis dafür liefern, daß Belgien die Neutralität preisgegeben? Dieser Beweis ist bereits anderwärts geführt worden. Das Publikum der Entente möge sich nur die Publikationen ansehen, die ich speziell über die Verhandlungen des englischen Militärattachés mit den belgischen Militärbehörden habe erscheinen lassen. Hier handelt es sich um etwas ganz anderes. (Lebhafte Zustimmung.) Hier handelt es sich um die Entente- und Einkreisungspolitik Englands, und diese Berichte sind allerdings für das Publikum von Frankreich und England sehr lesenswert! Die belgischen Berichte sind um deswillen so interessant, weil sie in der Beurteilung der englischen Politik so völlig untereinander übereinstimmen. Hätte nur der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, die englische Politik so scharf kritisiert, dann könnte man versucht sein zu sagen, der Aufenthalt in dem Lande, in welchem er akkreditiert war, hätte seinen Blick getrübt, obwohl eine solche Annahme einem so hervorragenden Diplomaten gegenüber nicht am Platze wäre. Aber seine Kollegen in London und Paris urteilen genau so wie er. Diese übereinstimmende Beurteilung ist von ganz durchschlagender Wucht! Da von diesen Berichten im Auslande so wenig Notiz genommen wurde, verliest der Kanzler einige Stichproben, die bereits seinerzeit gemeldet wurden, und fährt sodann fort: In allen Grundlinien geben die übereinstimmenden Berichte der belgischen Diplomaten ein klares Bild der Ententepolitik der letzten zehn Jahre. Gegen diese Zeugnisse kommen alle Versuche der gegnerischen Seite nicht auf, uns die Kriegslust und sich selbst die Friedensliebe zuzuschreiben.

Deutschlands Bemühungen um eine Verständigung.

Ist die deutsche Politik über diese Vorgänge nicht unterrichtet gewesen oder hat sie absichtlich die Augen vor ihnen verschlossen, indem sie immer nach einem Ausgleich suchte? Nicht das eine noch das andre. Ich weiß wohl, es gibt Kreise, die mir politische Kurzsichtigkeit vorwerfen, weil ich immer wieder versuchte, eine Verständigung mit England anzubahnen. Ich danke Gott, daß ich es getan habe. (Zustimmung und Sehr wahr!) Mit so geringen Hoffnungen — ich versuchte es immer wieder erneuert. Klar liegt zutage, daß das Verhängnis dieses menschenmordenden Weltbrandes hätte verhindert werden können, wenn eine aufrichtige, auf den Frieden gerichtete Verständigung mit England zustande gekommen wäre. Wer in Europa hätte dann noch Krieg machen wollen? Durfte ich mit solchem Ziel im Auge die Arbeit von mir abweisen, weil sie schwer war und sich immer wieder fruchtlos erwies? Wo es sich um den letzten Ernst im Weltenleben handelt, wo Millionen Menschenleben auf dem Spiele stehen, gilt für mich „Bei Gott ist kein Ding unmöglich". Ich will lieber im Kampf gefallen, als ihm aus dem Weg gegangen sein. (Beifall.) Lassen Sie mich kurz die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen.

Der Ritt über den Bodensee.

König Eduard hatte in der persönlichen Förderung der englischen Einkreisungspolitik Deutschland gegenüber seine Hauptaufgabe erblickt. Nach seinem Tode hoffte ich deshalb, daß die von uns bereits im August 1909 eingeleiteten Verständigungsverhandlungen einen besseren Fortgang nehmen würden. Die Verhandlungen zogen sich bis zum Frühjahr 1910 hin, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden wäre. Als das Eingreifen Englands in unsre Auseinandersetzungen mit Frankreich in der Marokkofrage der ganzen Welt vor Augen führte, wie die englische Politik und ihre Ansprüche der ganzen Welt ihren Willen aufzwingen und den Weltfrieden bedrohten, auch damals war das englische Volk über die Gefahr der Politik seiner Regierung nicht genau orientiert. Als es nach der Krisis erkannte, wie haarscharf es am Abgrund des Weltkrieges vorbeigegangen war, machte sich in weiten Kreisen der englischen Nation eine Stimmung geltend, ein Verhältnis mit uns herstellen zu wollen, das kriegerische Verwicklungen ausschlösse. Man schien an dem einmaligen Ritt über den Bodensee genug zu haben. So entstand die Mission Lord Haldanes im Frühjahr 1912. Lord Haldane versicherte mir, das englische Kabinett sei von aufrichtigem Verständigungswillen erfüllt. Bedrückt war er durch unsre damals bevorstehende Flottennovelle.

Ich fragte ihn, ob ihm nicht eine offene Verständigung mit uns, eine Verständigung, die nicht nur einen deutsch-englischen Krieg, sondern überhaupt jeden europäischen Krieg ausschließen würde, mehr wert sei, als ein paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger. Der Lord schien für seine Person dieser Ansicht zuzuneigen, fragte mich jedoch, ob wir, wenn wir den Rücken gegen England frei hätten, nicht über Frankreich herfallen und es vernichten würden. Ich erwiderte, daß die Friedenspolitik, die Deutschland in der Zeit von mehr als vierzig Jahren geführt hat, uns eigentlich vor einer solchen Frage sichern müßte. (Sehr richtig!) Wir hätten ja, wenn wir räuberische Ueberfälle planten, die schönsten Gelegenheiten gehabt, während des Burenkrieges und des Russisch-japanischen Krieges Kriegslust zu zeigen. In diesen wie in andern Fällen und auch in der Marokkopolitik hätten wir das Gegenteil getan: Friedensliebe bekundet. Deutschland, so sagte ich ihm, wünsche aufrichtig, in Frieden mit Frankreich zu leben, und werde ebensowenig über Frankreich wie über ein andres Land herfallen. (Sehr richtig!)

Nachdem Lord Haldane von Berlin abgereist war, wurden die Verhandlungen in London fortgesetzt. Ich habe vor einigen Wochen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die Verständigungsformeln veröffentlichen lassen, die bei den Verhandlungen von der einen und von der andern Seite vorgeschlagen worden sind. Auch diese Veröffentlichung ist der Beachtung unsrer Gegner wert. Soviel ich weiß, wurde sie von der englischen Presse mit Ausnahme eines einzigen Blattes ignoriert.

Ich will deshalb hier auf die Sache kurz zurückkommen. Zunächst machten wir, um dauernde Beziehungen zu England zu erreichen, den Vorschlag des unbedingten gegenseitigen Neutralitätsversprechens. Als dieser Vorschlag als zu weitgehend von England abgelehnt wurde, schlugen wir vor, die Neutralität auf solche Kriege zu beschränken, bei denen man nicht sagen könne, daß die Macht, der die Neutralität zugesichert wurde, der Angreifer sei.

Auch das schlug England ab. Inzwischen hatte England seinerseits folgende Formel vorgeschlagen: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik gegen Deutschland enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrag enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört. England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt." Ich meinte, daß es unter zivilisierten Staaten überhaupt nicht üblich sei, unprovozierte Angriffe auf andre Mächte zu machen oder sich Kombinationen anzuschließen, die so etwas planen, daß deshalb das Versprechen, sich solcher Ueberfälle zu enthalten, nicht wohl den Inhalt eines feierlichen Vertrages (Sehr richtig!) abgeben könne.

Das englische Kabinett war andrer Ansicht. Es glaubte, auf unsre Vorstellungen ein Uebriges zu tun, wenn es die Bereitwilligkeit erklärte, seiner im übrigen unveränderten Formel folgende Worte vorauszuschicken: „Da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff usw." wie ich vorher mitgeteilt habe.

Dieser Zusatz konnte an dem Urteil über den Inhalt des englischen Angebotes nichts ändern und, ich meine noch heute, kein Mensch hätte es mir übelnehmen können, wenn ich schon damals die Verhandlungen abgebrochen hätte. (Sehr richtig.) Ich habe das nicht getan, ich habe, um alles, was in meinen Kräften stand, zu tun, um den europäischen und den Weltfrieden zu sichern, mich bereit erklärt, auch diesen englischen Vorschlag zu diskutieren, mit der einen Bedingung, der englische Vorschlag möge durch folgenden Zusatz ergänzt werden: „England wird daher selbstverständlich eine wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden." Ich bitte Sie, meine Herren, die letzten Worte zu beachten: „Falls uns ein Krieg aufgezwungen werden sollte." Ich habe nachher auf diesen Punkt noch zurückzukommen.

Staatssekretär Grey lehnte diesen Zusatz rundweg ab. (Hört! Hört!) Ueber seine Formel könne er nicht hinausgehen, und zwar, wie er unserm Botschafter Grafen Metternich erklärte, aus Besorgnis, die sonst bestehenden Freundschaften mit andern Mächten zu gefährden. (Heiterkeit.) Das bildete für uns den Schluß der Verhandlungen. Ein Kommentar hiezu ist eigentlich nicht nötig. England hielt es für das Zeichen einer besonderen, durch einen feierlichen Vertrag zu besiegelnden Freundschaft, daß es nicht ohne Grund über uns herfallen wollte (Heiterkeit), behielt sich aber freie Hand für den Fall vor, daß seine Freunde dies tun wollten. Dieser Hergang wurde in England bisher meines Wissens niemals vollständig mitgeteilt, allerdings in Bruchstücken, aber auch in diesen unrichtig.

Die Verlogenheit Asquiths.

Der englische Ministerpräsident sprach am 2. Oktober 1914 in Cardiff über die Sache. — Ich zitiere nach der amtlichen, von ihm selbst revidierten Publikation. — Asquith teilte seiner Zuhörerschaft die englische Formel, uns nicht unprovoziert angreifen zu wollen — die Formel, die ich Ihnen vorhin verlesen habe —, in diesem vollen Wortlaut mit und fuhr dann fort:

„Das war aber den deutschen Staatsmännern nicht genug, sie wollten, daß wir weitergingen, und forderten, wir sollten uns absolut zur Neutralität für den Fall verpflichten, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt werden sollte. On the event of Germany being engaged in war." Diese Behauptung Asquiths ist eine Entstellung des Sachverhaltes. Allerdings hatten wir am Beginn die unbedingte Neutralität gefordert, im Laufe der Verhandlungen aber haben wir die Neutralitätsforderung auf den Fall beschränkt, daß Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte, im englischen Wortlaut „should war be forced upon Germany". Das hat er den Zuhörern vorenthalten. Ich halte mich für berechtigt zu sagen, daß er damit die öffentliche Meinung in England in unverantwortlicher Weise irregeführt hat. (Sehr richtig.) Aber freilich, hätte Asquith eine vollständige Darstellung gegeben, so hätte er in der Rede, die auf die Stimmung der Zuhörer zugeschnitten war, nicht so fortfahren können, wie er es tatsächlich tat. Er sagte — immer in wörtlicher Uebersetzung — „.... und diese Forderung," nämlich der unbedingten Neutralität in jedem Krieg, „stellten die deutschen Staatsmänner in

Neues Wiener Tagblatt 20. VIII 1915

dem Augenblick, in dem Deutschland beides, seine aggressiven sowohl wie seine defensiven Machtmittel, besonders auf dem Meere, ins Ungeheure vermehrte. Sie verlangten, um es ganz klar zu sagen, daß wir ihnen, soweit wir in Frage kämen, freie Hand gäben, wenn sie sich die Gelegenheit aussuchten, Europa zu überwältigen und zu beherrschen." (Heiterkeit.) Es ist mir unfaßbar, ich will keinen andern Ausdruck gebrauchen, wie ein hoher Staatsmann wie Asquith, einen Vorgang, den er genau kennt, objektiv so unrichtig darstellen konnte, um daraus Schlüsse zu ziehen, die der Wahrheit ins Gesicht schlagen. (Sehr richtig.)

Und diese unrichtige Darstellung leitete Asquith mit den feierlichen Worten an seine Zuhörer ein: „Ich möchte nicht nur Ihre Aufmerksamkeit, sondern die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf meine Worte hinlenken, da jetzt so viele falsche Legenden erfunden und verbreitet werden." (Heiterkeit.) Ich frage, wer hat die Legenden verbreitet und erfunden? Ich bin auf diesen Vorfall näher eingegangen, um vor aller Welt Verwahrung einzulegen gegen die Unwahrhaftigkeit und Verleumdung, mit der unsre Gegner uns bekämpfen. (Allgemeine Zustimmung.) Nachdem wir in voller Kenntnis der deutschfeindlichen Richtung der englischen Politik mit äußerster Geduld bis an die letztmögliche Grenze des Entgegenkommens gegangen waren, nachdem uns statt Brot Steine gereicht wurden, sollten wir durch eine unerhörte Verschiebung der Tatsachen vor aller Welt an den Pranger gestellt werden. Mag es unsern Feinden gelingen, auch diese Feststellungen im Waffenlärm und im menschenunwürdigen Verhetzen der Völker untergehen zu lassen, die Zeit wird kommen, wo die Geschichte ihr Urteil fällen wird. (Sehr wahr!) Es war damals der Augenblick gekommen, wo England und Deutschland durch eine aufrichtige Verständigung den Frieden der Welt verbürgen konnten. Wir waren bereit, das zu tun. England hat es abgelehnt. Diese Schuld wird es in alle Ewigkeit nicht mehr los. (Beifall.)

Die Tätigkeit Greys.

So endete die Episode Haldanes. Bald darauf wechselten Grey und der französische Botschafter in London die bekannten Briefe, die auf ein französisch-englisches Defensivbündnis hinausgingen, das indessen durch die daneben getroffenen Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe und Admiralitäten tatsächlich zu einem Offensivbündnis wurde. Auch diese Tatsache hat die englische Regierung der Oeffentlichkeit in ihrem Lande vorenthalten. Erst als es kein Zurück mehr gab — am 3. August des Vorjahres — hat sie sie davon unterrichtet. Bis dahin hatten die englischen Minister im Parlament immer wieder erklärt, daß England sich im Falle eines europäischen Konfliktes vollkommen freie Hand vorbehalte. Das war dem Buchstaben nach vielleicht, in Wirklichkeit aber nicht der Fall, infolge der Vereinbarungen der beiden Admiralitäten, welche die französische Nordküste unter den Schutz Englands gestellt haben. Dieselbe Taktik hat England bei den im Frühjahr 1914 angebahnten Marineverhandlungen mit Rußland befolgt, als ein Marineabkommen eingeleitet wurde, ein Abkommen, in dem die russische Admiralität den Wunsch hatte, mit Zuhilfenahme englischer Schiffe unsrer Provinz Pommern die Wohltaten einer russischen Invasion zuteil werden zu lassen. (Heiterkeit.)

Die Beziehungen zu Rußland.

So hatte sich der Ring der Entente mit ausgesprochen antideutscher Tendenz immer fester zusammengeschlossen. Die Saat König Eduards war in die Halme geschossen. Wir waren gezwungen, die Situation mit der großen Wehrvorlage von 1913 zu beantworten. Sie wissen es, aber ich will hier ausdrücklich davon sprechen, daß wir in voller Klarheit über den Ernst der Weltlage neben den Verhandlungen mit England stets bestrebt gewesen sind, unsre Beziehungen zu Rußland nach Möglichkeit zu pflegen. Ich habe mich hierüber wiederholt hier im Reichstage ausgesprochen, wie ich denn in unsrer gesamten Politik niemals etwas vor der Volksvertretung zu verheimlichen hatte und auch niemals etwas verheimlicht habe. (Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Liebknecht: Belgisches Ultimatum! Allseitige Unruhe. Rufe: Raus! Lachen.) Auch Rußland gegenüber, dessen Politik ja für die Entschlüsse Frankreichs von entscheidender Bedeutung waren, habe ich stets nach der Ueberzeugung gehandelt, daß freundliche Beziehungen zu den einzelnen Ententegenossen die allgemeine Spannung mildern konnten und daß jedes gewonnene Friedensjahr wenigstens die Aussicht biete, die allgemeine Explosionsgefahr herabzusetzen. Wir waren dabei in einzelnen Fragen mit Rußland zu einer guten Verständigung gelangt. Ich erinnere an das Potsdamer Abkommen. Die Beziehungen von Regierung zu Regierung waren nicht nur korrekt, sondern von persönlichem Vertrauen getragen.

Aber die Gesamtlage wurde dadurch nicht geheilt, die war bis in die Wurzel vergiftet, weil der Revanchegedanken Frankreichs und die kriegerischen panslawistischen Expansionsbestrebungen in Rußland durch eine antideutsche Politik der Balence of power des Londoner Kabinetts nicht sowohl beschwichtigt als unausgesetzt aufgestachelt wurden und frische Nahrung erhielten. Die Spannung wurde so groß, daß sie eine ernste Belastungsprobe nicht mehr vertrug. So kam der Sommer 1914.

Ich habe die einzelnen Vorgänge am 4. August geschildert. Die immer wiederholten unrichtigen Angriffe der Darstellungen unsrer Gegner nötigen mich, auch hier noch auf einige Punkte zurückzukommen. Besonders in England wird neuerdings immer wieder behauptet, der ganze Krieg hätte vermieden werden können, wenn ich auf den Vorschlag Greys eingegangen wäre, mich an der Konferenz zur Regelung des russisch-österreichischen Streitfalles zu beteiligen. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Der englische Konferenzvorschlag wurde am 27. Juli durch den Botschafter überbracht.

Neues Wiener Tagblatt 20. Juli 1915

Die neue Weißbuchrede des Reichskanzlers.

Wie aus dem englischen Blaubuch hervorgeht, hat der Staatssekretär des Auswärtigen in der betreffenden Unterredung mit Goschen, worin er den vorgeschlagenen Weg als unzweckmäßig bezeichnete, mitgeteilt, nach seinen Nachrichten aus Rußland sei Herr Sasonow zu einem direkten Meinungsaustausch mit dem Grafen Berchtold geneigt. Er sei der Ansicht, daß eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien zu einem befriedigenden Ergebnis führen könne. Deshalb sei es das beste, das Ergebnis der Aussprache abzuwarten. Goschen meldete dies nach London und erhielt eine telegraphische Antwort, in der Grey wörtlich erklärte: „Solange Aussicht für einen direkten Meinungsaustausch zwischen Oesterreich und Rußland vorhanden ist, würde ich auf jede andre Anregung verzichten, da ich durchaus damit übereinstimme, daß dies ein Verfahren ist, das allen andern bei weitem vorzuziehen ist." Grey schloß sich damals also dem deutschen Standpunkte an und stellte seinen Konferenzvorschlag ausdrücklich zurück. Ich habe es aber nicht wie Grey bei dem platonischen Wunsche bewenden lassen, es möge eine direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg stattfinden, sondern ich habe alles getan, was in meinen Kräften stand, um die russische und die österreichisch-ungarische Regierung dem Gedanken zugänglich zu machen, sich in einem Gedankenaustausch von Kabinett zu Kabinett auseinanderzusetzen.

Ich habe schon einmal hier ausgesprochen, daß wir unsre Vermittlungsaktion speziell auch in Wien in der Form betrieben haben, die, wie ich damals sagte, „bis aufs Aeußerste" dessen ging, was mit unserm Bundesverhältnis noch vereinbar ist. Da diese meine vermittelnde Tätigkeit im Interesse der Erhaltung des Friedens immer wieder in England in Zweifel gestellt wird, will ich an der Hand der Tatsachen zeigen, wie nichtig diese Zweifel sind. Am 29. Juli abends traf hier folgende Meldung des kaiserlichen Botschafters in Petersburg ein: „Herr Sasonow, der mich eben zu sich bitten ließ, teilte mir mit, daß das Wiener Kabinett auf den ihm von hier aus geäußerten Wunsch, in eine direkte Besprechung einzutreten, mit einer kategorischen Ablehnung geantwortet habe. Es bleibe somit nichts andres übrig, als auf den Vorschlag Greys einer Konversation zu Vieren zurückzukommen."

Da sich die Wiener Regierung inzwischen zu einem direkten Meinungsaustausch mit Petersburg bereit erklärt hatte, war es klar, daß ein Mißverständnis vorliege. Ich telegraphierte nach Wien und benutzte die Gelegenheit, um meine Auffassung von der Gesamtsituation erneut bestimmtest zum Ausdruck zu bringen. Meine Instruktion an Tschirschky lautete: „Die Meldung des Grafen Pourtalès steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die Euer Exzellenz von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Mißverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Oesterreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustande begriffen ist, die Verweigerung eines jeden Meinungsaustausches mit Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind bereit, unsre Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch die Nichtbeachtung unsrer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. (Lebhaftes Hört! Hört!) Euer Exzellenz wollen sich gegen den Grafen Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen." (Lebhafter Beifall.)

Tschirschky meldete darauf am 30. Juli: „Graf Berchtold bemerkte, es liege in der Tat, wie Euer Exzellenz annehmen, ein Mißverständnis vor, und zwar auf russischer Seite. Nachdem er auch schon durch den Grafen Szapary, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, von diesem Mißverständnis Meldung erhalten hatte, und gleichzeitig unsre dringende Anregung erfolgt sei, in eine Konversation mit Rußland einzutreten, habe er Szapary sofort entsprechende Instruktionen erteilt."

Ich habe, als in England kurz vor Ausbruch des Krieges die Erregung sich steigerte und ernste Zweifel an unsern Bemühungen um die Erhaltung des Friedens laut wurden, diesen Vorgang in der englischen Presse bekanntgegeben. Jetzt nachträglich tritt dort die Insinuation hervor, dieser Vorgang habe überhaupt nicht stattgefunden, die Instruktion an Tschirschky sei fingiert worden (Pfuirufe), um die öffentliche Meinung in England irrezuführen. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß diese Verdächtigung keiner Erwiderung wert ist. (Lebhaftes Bravo). Ich will aber gleichzeitig auf das österreichisch-ungarische Rotbuch verweisen, das meine Darstellung lediglich bestätigt und erkennen läßt, wie nach der Aufklärung des erwähnten Mißverständnisses die Konversationen zwischen Petersburg und Wien in Fluß kamen, bis sie durch die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee einen jähen Abschluß fanden.

Ich wiederhole: Wir haben die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg mit äußerstem Nachdruck und mit Erfolg betrieben. Die Behauptung, daß wir durch Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages an diesem Kriege schuldig geworden sind, gehört in die Kategorie der Verleumdungen, hinter denen unsre Gegner die eigene Schuld verstecken wollen. Unausweichlich wurde der Krieg lediglich durch die russische Mobilmachung. (Sehr richtig.) Ich will dies hier noch einmal mit aller Bestimmtheit feststellen. (Bravo.) Ich habe mich auf einzelne diplomatische Vorgänge näher eingelassen, um der Flut von Verdächtigungen entgegenzutreten, mit der das reine Bewußtsein und Gewissen Deutschlands im Ausland zu schwärzen versucht wird. Aber wir werden letzten Endes den Kampf auch gegen diese Verleumdungen ebenso siegreich bestehen, wie den großen Kampf draußen auf den Schlachtfeldern. (Lebhafter Beifall.)

Die glückliche Zukunft Russisch-Polens.

Meine Herren! Unsre und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die Grenzen Kongreßpolens gegen Osten erreicht, und beiden fällt die Aufgabe zu, das Land zu verwalten. Ein geographisches und politisches Schicksal hat Jahrhunderte lang Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der leidenschaftlichen Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das polnische Volk seine alte hohe Kultur und seine Freiheitsliebe in schweren Leiden gegen das Russentum verteidigt und sie durch das Unglück auch dieses Krieges bewährt hat. (Beifall bei den Polen.) Die gleisnerischen Versprechungen unsrer Feinde ahme ich nicht nach, aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Ost den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die alle Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen und das vom Russenjoch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann. Das von uns besetzte Land werden wir unter möglichster Heranziehung seiner eigenen Bevölkerung gerecht verwalten und die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen suchen, und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, werden wir zu heilen uns bestreben. (Lebhafter Beifall.)

Das neue Europa.

Dieser Krieg wird, je länger er dauert, ein aus tausend Wunden blutendes Europa zurücklassen. Die Welt, die dann entstehen wird, soll und wird nicht so aussehen, wie unsre Feinde sich träumen lassen. Sie streben die Wiederherstellung des alten Europa an, mit einem ohnmächtigen Deutschland in der Mitte, als Tummelplatz fremder Ränke und Begierden und, wenn möglich, als Schlachtfeld Europas, ein Deutschland, in dem kraftlose Kleinstaaten und fremde Winke lauern, ein Deutschland mit zerrütteter Industrie, nur mit Kleinhandel auf eigenen Märkten, ohne Flotte, ein Deutschland als Vasallenstaat des russischen Riesenreiches, das den Osten und Südosten Europas beherrschte und alle Slaven unter dem Szepter Moskaus einte. So träumte man in London, Paris und Petersburg, wenigstens zu Anfang des Krieges. Nein, meine Herren! Dieser ungeheure Weltkrieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird alte, vergangene Zustände nicht zurückführen. Ein Neues muß entstehen. Wenn Europa je zur Ruhe kommen soll, kann es nur durch eine unantastbare und starke Stellung Deutschlands geschehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vorgeschichte dieses Krieges spricht eine harte Sprache. Ueber ein Jahrzehnt lang ist das Sinnen und Trachten aller andern Mächte einzig und allein darauf gerichtet gewesen, Deutschland zu isolieren und es auszuschließen von jeder Mitverfügung über die Welt. Eine solche Politik mußte zum bösen Ende führen. Die englische Politik der Balance of power muß verschwinden, denn sie ist, wie der englische Dichter Shaw kürzlich gesagt hat, der Brutofen für Kriege. Unendlich bezeichnend ist in dieser Beziehung die Bemerkung, die Grey zu unserm Botschafter Lichnowsky machte, als er sich am 4. August von ihm verabschiedete. Er sagte, nicht ohne Betonung, der zwischen England und Deutschland ausgebrochene Krieg werde ihm ermöglichen, uns beim Friedensschluß wertvollere Dienste zu erweisen als die Neutralität Englands ihm gestattet hätte. (Allgemeines Gelächter.) Vor seinen Augen richtete sich hinter dem geschlagenen Deutschland wohl schon die Riesengestalt des siegreichen Rußland auf, und dann wäre das geschwächte Deutschland wieder gut genug gewesen, der Vasall und Helfer Englands zu sein.

Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen, so festigen und stärken, daß die andern Mächte niemals wieder an eine Einkreisungspolitik denken. (Allseitiger, stürmischer Beifall.) Zu unserm wie zum Schutz und Heil aller Völker müssen wir die Befreiung der Weltmeere erringen, nicht um sie, wie England will, allein zu beherrschen, sondern damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienstbar seien. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens und der Freiheit der großen und der kleineren Nationen. (Lebhafter Beifall.) Nicht wir sind es, die die kleinen Völker bedrohen; ich beziehe das keineswegs bloß auf die Völker germanischer Rasse. Wie mühen sich die Diplomaten des Vierverbandes darum, den Balkanvölkern die Ansicht beizubringen, daß ein Sieg der Zentralmächte sie in Knechtschaft stürzt, daß der Triumph des Vierverbandes ihnen dagegen die Freiheit und Unabhängigkeit, Landgewinn und wirtschaftliches Gedeihen bringen würde. Erst wenige Jahre sind es her, daß der Machthunger Rußlands unter dem Schlagworte „Der Balkan den Balkanvölkern" einen Bund schuf, ihn dann aber durch Begünstigung des serbischen Vertragsbruches gegen Bulgarien wieder zerfallen ließ. Erst die deutschen und österreichisch-ungarischen Siege in Polen befreien die Balkanstaaten vom russischen Druck. England war einmal ein Schutz für die Balkanstaaten, als Alliierter Rußlands kann es nur der Bedränger ihrer Unabhängigkeit sein und sucht, sie jetzt schon seine selbstsüchtige Hand fühlen zu lassen.

„Wir haben die Sentimentalität verlernt."

Zum Schlusse fasse ich alles zusammen: Kaum ein andres großes Volk hat im Laufe der letzten Jahrhunderte solche Leiden getragen wie das deutsche, und doch können wir dieses Schicksal lieben, das uns mit solchen Leiden einzig und allein den Ansporn zu ungeheuren Leistungen gab. Für das endlich geeinigte Reich war jedes Friedensjahr ein Gewinn, denn wir kamen ohne Krieg am glücklichsten vorwärts. Wir hatten ihn nicht nötig. Deutschland hat nicht nach der Vorherrschaft in Europa gestrebt; sein Ehrgeiz war, in friedlichem Wettbewerb den großen und kleinen Nationen in den Aufgaben der Wohlfahrt und Gesittung voranzustehen. (Beifall.) Dieser Krieg hat an den Tag gebracht, welcher Größe wir fähig sind, gestützt auf die eigene sittliche Kraft. Die Macht, die uns die innere Stärke gab, können wir nicht anders als im Sinne der Freiheit gebrauchen. Die von ihren Regierungen gegen uns in den Krieg gehetzten Völker hassen wir nicht, aber wir haben die Sentimentalität verlernt. (Lebhafter Beifall.) Wir halten den Kampf durch, bis jene Völker von den wahren Schuldigen den Frieden fordern, bis die Bahn frei wird für ein neues, von französischen Ränken und moskowitischer Eroberungssucht sowie englischer Vormundschaft befreites Europa.

Stürmischer Beifall und Händeklatschen folgten der Rede des Kanzlers.

Nachdem der Reichskanzler geendet hatte, werden die 10-Milliarden-Kreditvorlage sowie das Abänderungsgesetz zum Reichsmilitärgesetz, wonach die seinerzeit als untauglich Ausgemusterten in Kriegszeiten einer neuerlichen Musterung unterziehbar sind, einstimmig der Budgetkommission überwiesen.

Das Gesetz betreffend den Schutz der Schwesterntrachten wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen.

Die nächste Sitzung findet morgen statt. Tagesordnung zweite Lesung der obigen Entwürfe.

Vossische Zeitung
20./VIII. 1915

Serbiens bedingte Unterwerfung.

Drahtmeldung der „Neuen Freien Presse".

Bukarest, 19. August.

Ueber die Eröffnungssitzung der serbischen Skupschtina wird berichtet: Ministerpräsident Pasitsch legte in zweistündiger Rede die militärische und diplomatische Lage Serbiens und der Entente dar und verlas dann die von Bulgarien an die Entente gerichtete Note wie auch die Note der Entente an Serbien im Wortlaute. Was in dieser Note enthalten ist, sagt der Sitzungsbericht nicht. Pasitsch führte aus, daß die Entente-Mächte eine endgültige Erklärung von Serbien erwarten. Sie müsse eine Entscheidung darüber enthalten, ob Serbien auch weiterhin an den Kämpfen der Ententemächte teilnehmen wolle oder ob sich ihre Wege trennen sollen. Eine andere Wahl gebe es nicht. Unter solchen Umständen habe die serbische Regierung beschlossen, der Skupschtina die Erfüllung der Forderungen der Entente zu empfehlen, sowie auch die Anerkennung der berechtigten Wünsche Bulgariens in dem Maße, bis zu welchem diese nicht eine Gefährdung der Daseinsinteressen Serbiens bedeuten. Der Ministerpräsident ersuchte die Skupschtina in die Debatte darüber einzutreten, und bat die Abgeordneten insgesamt, entsprechend ihrer patriotischen Einsicht ihre Anschauungen darzulegen. Die Skupschtina wird wahrscheinlich am Donnerstag ihren formellen Beschluß fassen.

Kriegskalender.

10. August: Bei Czernelica auf dem Süduser des Dnjestr wird eine russische brückenkopfartige Stellung erobert; die Truppen des Generals v. Köveß gewinnen den Raum südöstlich Zelechow; bei Kock ist das Wieprz-Knie an mehreren Stellen überschritten. Truppen der Armee des Generals v. Scholz erobern Lomza; östlich von Warschau gelangt die Armee des Prinzen Leopold von Bayern bis nahe an die Straße Stanislawow-Nowo-Minsk; an der Westfront von Kowno machen die Deutschen im Angriff Fortschritte. — Drei italienische Angriffe gegen den nach Westen vorspringenden Teil des Plateaus von Doberdo sowie ein feindlicher Vorstoß bei Zagora werden abgewiesen. — Oestlich von Ypern gelingt es starken englischen Kräften, sich in den Besitz des Westteiles von Hooge zu setzen. Feindliche Flieger belegen die Städte Zweibrücken und St. Ingbert mit Bomben. — Der englische Hilfskreuzer „India" wird bei Bodö torpediert. — Vor den Dardanellen bringt ein türkisches Flugzeug ein feindliches U-Boot zum Sinken. — Die neue Intervention der Entente am Balkan löst in Athen heftige Proteste aus. — G. d. J. R. v. Auffenberg wird von der gegen ihn erhobenen Anklage der Hintansetzung der Dienstvorschriften rechtskräftig freigesprochen.

Fremdenblatt Abendbl.
21./VIII. 1915

Eine Ansprache des Reichskanzlers.

„Was sich nicht biegen will, muß brechen."

K. Berlin, 20. August. Die überwältigenden herrlichen Ereignisse der letzten Tage auf den Schlachtfeldern des Ostens sowie die erhebenden Eindrücke der beiden letzten Reichstagssitzungen gaben gegen 9 Uhr abends einer Menschenmenge von mehreren Tausenden Veranlassung zu patriotischen Kundgebungen vor dem Reichskanzlerpalais. Im Hofe des Palais wurden die Lieder „Deutschland, Deutschland über alles" und hierauf „Eine feste Burg ist unser Gott" angestimmt.

Der Reichskanzler war inzwischen am Mittelfenster des Kongreßsaales erschienen und hörte mit sichtlicher Freude dem Gesange zu. Nach dem zweiten Liede sprach er etwa folgende Worte:

Ihre Lieder sind ein brausender Widerhall des Schlachtendonners aus dem Osten und des Jubels unseres Volkes über die Heldentaten unserer Heere. russischen Festungen sind zerschmis- wie irdene Töpfe. Aus heißem Herzen danken wir Gott, der uns bis hierher geholfen hat. Machtvoll verkündete der Reichstag heute den unüberwindlichen Siegeswillen des deutschen Volkes. Zehn Milliarden sind in einer Sitzung bewilligt worden. (Lebhafter Beifall.)

Noch ist der Kampf nicht zu Ende. So Gott will, muß aber der Tag kommen, wo es heißt: Was sich nicht biegen will, muß brechen. (Brausender Beifall.) Was Sie soeben gesungen haben, sei bekräftigt mit dem Ruf: Hoch Heer und Volk! Hoch Kaiser und Reich!

Die Versammelten stimmten begeistert in den Hochruf ein und sangen dann den Nationalhymnus. Mit dem Choral „Nun danket alle Gott" fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Vossische Zeitung
21./VIII. 1915

Kraftfuttermittel.

Zu den Preisfestsetzungen des Bundesrats für Kraftfuttermittel ist zu erwähnen, daß sich diese Preise, soweit es sich dabei nicht um inländische Materialien handelt, nur auf Waren beziehen, die vor dem 31. März 1915 eingeführt worden sind. Nach § 12 Abs. 2 des Kraftfuttermittelgesetzes vom 28. Juni beziehen sich dessen Vorschriften nicht auf Waren, die selbst oder deren Rohstoffe nach dem 31. März 1915 aus dem Ausland eingeführt worden sind. Die festgesetzten Preise stellen zumeist nicht die Hälfte der Einstandskosten dar. Im § 6 des genannten Gesetzes heißt es:

„Ist der Verkäufer mit dem von der Bezugsvereinigung gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die zuständige höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Sie bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Bei der Festsetzung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 5 Abs. 2) angemessen war. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern, die Bezugsvereinigung den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen."

Somit werden die Besitzer, die mit den festgesetzten Preisen nicht einverstanden sind, die Belege für ihre Einstandskosten mit den Nachrechnungen der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen haben.. Es ist nicht anzunehmen, daß die Behörde die durch die Lage der Dinge erforderlich gewesenen Einstandskosten nicht bezahlen will. Was den für den Markt besonders wichtigen Mais betrifft, so sind von diesem wohl kaum noch nennenswerte vor dem 31. März importierte Mengen vorhanden gewesen.

*

Vossische Zeitung
21./VIII. 1915

Fleischpreise im Kleinhandel.

In den amtlichen Preisberichten zur „Statistischen Korrespondenz" werden allmonatlich die höchsten und niedrigsten sowie die Durchschnittspreise für ein Kilogramm Fleisch in 70 preußischen Städten veröffentlicht. Die Preise sind in Ladengeschäften und in Markthallen oder auf Märkten festgestellt. Für Berlin sind sie nach sieben Stadtgegenden (Zentrum, Norden, Osten, Süden, Südwesten, Westen und Nordwesten) und getrennt nach Laden- und Markthallenverkaufsstellen mitgeteilt. Die neueste Veröffentlichung bringt die Preise von Mitte Juli 1915. Bei Berechnung eines Gesamtdurchschnitts aus den Angaben für die einzelnen Stadtgegenden ergeben sich für ein Pfund Fleisch folgende Preise in Mark (L = Laden-, M = Markthallenverkaufsstellen):

	L	M
Rind: Keule ohne Knochen	1,50	1,47
„ „ mit „	1,36	1,34
„ Brust und Rippen	1,22	1,20
Kalb: Keule	1,42	1,32
„ Rippen und Hals	1,26	1,18
Hammel: Keule	1,53	1,48
„ Brust und Hals	1,42	1,37
Schwein: Kotelette	1,88	1,87
„ Kamm	1,73	1,73
„ frischer Schinken	1,68	1,58
„ Bauch	1,60	1,58
„ Speck, geräucherter fetter	1,92	1,83

Wie die Tabelle zeigt, sind die Preise in den Markthallen durchschnittlich etwas niedriger als in den Ladengeschäften. Die Unterschiede betragen beim Rindfleisch nur 2—3 Pfennig, beim Kalbfleisch dagegen 8—10 Pfennig, beim Hammelfleisch 5 Pfennig, beim Schweinefleisch bis zu 10 Pfennig, beim Speck 9 Pfennig. Im einzelnen ergeben sich aber größere Preisunterschiede. So ist das Rindfleisch in den Markthallen bis zu 9 Pfennig, das Kalbfleisch bis zu 21, das Hammelfleisch bis zu 10, das Schweinefleisch bis zu 17 Pfennig, der Speck 10 Pfennig billiger gewesen als in den Ladengeschäften. Aber auch teurer war das Fleisch in den Markthallen gegenüber den Ladengeschäften: Rindfleisch bis zu 9, Kalbfleisch bis zu 5, Hammelfleisch bis zu 8 und Schweinefleisch bis zu 12 Pfennig.

Neue Freie Presse Abendbl.
21./VIII. 1915

Japanisch-chinesisches Abkommen über die Zölle in Tsingtau.

London, 19. August.

Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio vom 18. d. Das japanische Ministerium des Aeußern veröffentlicht das Abkommen mit China über das Zollwesen im Gebiet von Tsingtau. Japan nimmt die Bedingungen, die früher zwischen China und Deutschland bestanden, an. Japan wird alle China gehörigen beschlagnahmten Urkunden, Gelder und sonstiges Eigentum zurückerstatten. Alle seit der Einnahme Tsingtaus erhobenen Zölle werden abzüglich 20 Prozent zurückerstattet.

Frankfurter Zeitung
21./VIII. 1915

Die polnische Frage.

Der „Dziennik Poznanski" knüpft an einen Artikel der „Berliner Politischen Nachrichten", in dem es heißt, daß jegliche Besprechung über die zukünftige Gestaltung der polnischen Frage verfrüht sei, folgende Bemerkungen: „Auch unserer Ansicht nach ist die Berührung der polnischen Frage nicht nur verfrüht, sondern auch vom polnisch-nationalen Gesichtspunkte aus schädlich. In dem durch das Los in drei Teile getrennten polnischen Volke bestehen und müssen der Natur der Sache nach grundverschiedene Ansichten über diese Angelegenheit bestehen, obwohl sie weniger die leitende Idee als die wichtigsten Bedingungen ihrer Lösung betreffen. Wenn man also heute bereits mit irgendwelchen Projekten auftritt, trägt man zur Entstehung von Zwistigkeiten innerhalb der Nation bei." Man müsse sich, heißt es weiter, vergegenwärtigen, daß die Teilnahme der Polen bei der künftigen Ausgestaltung der polnischen Gebiete nur gering sein dürfte. Die Polen hätten ihr Blut auf zahlreichen Schlachtfeldern in den drei kämpfenden Armeen vergossen. Aber nach Beendigung des Krieges werden sie nicht als gleichberechtigter Faktor bei den Beratungen über die zukünftige Gestaltung der Welt teilnehmen, vielmehr vom guten Willen der Sieger abhängen. Die Geschichte lehre aber, daß in der Politik der Begriff Dankbarkeit ganz unbekannt oder doch nur wenig bekannt sei: hier entscheide nur das Staats- oder das nationale Interesse. Die Polen dürften infolgedessen auf die Erfüllung ihrer Wünsche nur insoweit rechnen, als diese Wünsche den Interessen der Staaten entsprechen würden, die den Gegnern ihre Gesetze diktieren werden. Es wäre aber nicht nur voreilig, sondern auch eine undankbare Sache, wollte man darauf irgendwelche Hoffnungen bauen und danach die gegenwärtige Stellungnahme der Polen anpassen. Ein solches Auftreten dürfte schon mit Rücksicht auf die unfreundliche Aufnahme, die die Kundgebungen des Polenklubs in Wien und des polnischen Nationalkomitees in Galizien in der deutschen Presse gefunden haben, nicht als geraten erscheinen. Eine überlegene Stellung habe dagegen in dem für sie so kritischen Augenblick die Warschauer Presse eingenommen. Sämtliche Warschauer Blätter fordern zur Ruhe und Ueberlegung auf und verurteilen alle Kundgebungen und Hoffnungen, indem sie bemerken, daß es noch keine Veranlassung gebe, ein patriotisches Fest zu veranstalten oder Freiheitshymnen zu singen. In Deutschland ist die Besprechung der Kriegsziele, also auch die Diskussion über die künftige Ausgestaltung Polens sowohl von der Regierung wie vom Armeekommando verboten. Dagegen beginnen jetzt Artikel über diese Frage in der neutralen Presse, besonders in schweizerischen Blättern, zu erscheinen, die wenn auch nicht sämtlich, so doch überwiegend von Polen geschrieben sind. Diese Artikel trügen aber zur Klärung der Sache nicht nur nichts bei, sodern seien im Gegenteil geeignet, eine noch größere Verwirrung hervorzurufen.

Ueber die nämlichen Fragen hat sich, wie wir einem Aufsatz Dr. Jul. Bachems im „Tag" entnehmen, der frühere Reichstagsabgeordnete Napieralski im Beuthener „Katholik" geäußert. Er betont, daß die Regierung eine Aenderung der Politik gegenüber den Polen angekündigt habe, und auch die Vertreter sämtlicher deutschen Parteien im preußischen Landtag hätten erklärt, daß nach dem Kriege eie Neu-Orientierung gegenüber Polen eintreten müsse. Die Polen in Schlesien schenkten den Worten der Minister und der Vertreter des deutschen Volkes vollen Glauben. Es wäre Unverstand, die dargebotene Hand nicht anzunehmen. Neben der allgemeinen, allen Bürgern des Staates gemeinsamen Pflicht hätten die Polen noch einen besonderen Grund, und zwar mit Rücksicht auf ihre eigene Sache, klar und rückhaltlos den Zentralmächten den Sieg zu wünschen und dem in schwerem Ringen befindlichen Staate diejenige Geneigtheit und Opferfreudigkeit zu zeigen, die man von um die Zukunft des Landes besorgten Bürgern erwarte. Der Sieg dieses Staates solle auch den Polen jene Freiheiten bringen, um die sie sich seit Jahren bemühten. Aber noch mehr. Deutschland habe in diesem Kriege so viel Kraft und Tüchtigkeit bewiesen, daß im Falle des Sieges seine Stimme das meiste Gewicht haben werde, auch in der Frage Polens außerhalb der Reichsgrenzen. Der Artikel schließt mit den Sätzen: „Im Leben der Menschen sowohl wie der Völker ist es so, daß größere Dinge kleinere in den Hintergrund drängen. Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber nur die Zukunft entscheidet über das Leben der Nation. Aus diesem Grunde seien wir bestrebt, Bedingungen für unsere bessere Zukunft zu schaffen, und diese Rücksicht wird uns unsere Stellung gegenüber dem Deutschen Reich anweisen."

Fremdenblatt
22./VIII. 1915

Deutscher Reichstag.

K. **Berlin,** 21. August. Zu Beginn der Sitzung stellte Abgeordneter Liebknecht (Sozialdemokrat) unter Schallender Heiterkeit des Hauses fest, daß er gestern bei der Gesamtabstimmung über die Kriegskredite selbstverständlich gegen die Kriegskredite gestimmt habe.

Das Haus begann sodann die Beratung der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen.

Im Verlaufe der Beratung, bei der sämtliche Redner den Entschluß betonten, **auch auf wirtschaftlichem Gebiete bis zum endgiltigen Siege durchzuhalten,** legte Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück eingehend die wirtschaftlichen Maßnahmen dar und sprach sich schärfstens gegen wucherische Preistreibereien aus, gegen welche eine Verschärfung der Strafbestimmungen in dem Sinne erwogen werde, daß den Schuldigen die bürgerlichen Ehrenrechte für immer abgesprochen werden. Das Ergebnis der Ernte gestatte das Durchhalten auch in dem neuen Wirtschaftsjahr. Diese Resultate seien das Ergebnis der wissenschaftlich fortgeschrittenen Technik, der Intelligenz, des Fleißes und der Anpassungsfähigkeit des Volkes. Jeder habe Anteil an den Erfolgen, jeder müsse Opfer bringen. Die schwersten Opfer bringen die zurückgebliebenen Frauen. Diesen **Heldenmut der deutschen Frauen, welche die Schützengräben des wirtschaftlichen Krieges füllen,** werde das deutsche Vaterland nicht vergessen. (Beifall.)

Die Beratung wird Montag fortgesetzt.

Neue Freie Presse
23./VIII. 1915

Die Versenkung der „Arabic".

Amerikanisches Ersuchen an die deutsche Regierung um Aufklärung.

Washington, 21. August.

Das Reutersche Bureau meldet:

Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß Botschafter Gerard wahrscheinlich beauftragt werden wird, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Torpedierung der „Arabic" zu lenken, und um Aufklärung zu ersuchen.

Die Kriegserklärung Italiens an die Türkei.

(Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Die italienische Zirkularnote.

Rom, 21. August. Die Agenzia Stefani verlautbarte nachts folgende amtliche Meldung:

Die königliche Regierung hat an die Vertretungen Italiens im Auslande folgendes Zirkulartelegramm gerichtet:

Seit dem ersten Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lausanne am 18. Oktober 1912 hat die ottomanische Regierung diesen Vertrag verletzt. Die Verletzungen dauerten ohne Pause bis jetzt fort. Die kaiserliche Regierung ergriff niemals ernstlich irgendwelche Maßnahmen, damit in Libyen gemäß den ihr durch feierliche Verträge auferlegten Verpflichtungen die Feindseligkeiten sogleich aufhörten. Sie tat nichts für die Befreiung der italienischen Kriegsgefangenen. Die in Tripolitanien und der Cyrenaika verbliebenen ottomanischen Militärs wurden unter dem Kommando der gleichen Offiziere beibehalten und bewahrten andauernd die ottomanische Fahne, ihre Gewehre und Kanonen. Enver Bei leitete in Libyen die Feindseligkeiten gegen das italienische Heer bis Ende November 1912. Aziz Bei verließ Libyen mit 800 regulären Soldaten erst im Juni 1913. Die Behandlung, welche beide bei ihrer Rückkehr nach der Türkei erfuhren, beweist augenfällig, daß ihre Akte die volle Zustimmung der kaiserlichen Behörden hatten. Nach der Abreise Aziz Beis kamen fortwährend in der Cyrenaika türkische Offiziere an. Es sind dort jetzt über 100, deren Namen die italienische Regierung kennt. Im April dieses Jahres wurden 35 Jünglinge aus Benghasi, die Enver Pascha im Dezember 1912 gegen unseren Willen nach Konstantinopel zur Aufnahme in die dortige Militärschule gebracht hatte, ohne unser Wissen trotz gegenteiliger Erklärungen nach der Cyrenaika zurückgeschickt. Es steht sicher fest, daß der Heilige Krieg von 1914 auch gegen die Italiener in Afrika proklamiert wurde. Eine Mission türkischer Offiziere und Soldaten, welche beauftragt war, den gegen die italienischen Behörden in Libyen revoltierenden Senussenhäuptern Geschenke zu bringen, wurde unlängst von französischen Seestreitkräften abgefangen. Die Friedens- und Freundschaftsbeziehungen, welche die königliche Regierung nach dem Lausanner Vertrag mit der türkischen Regierung herzustellen geglaubt hatte, bestehen durch die schuld der letzteren nicht mehr zwischen den beiden Ländern.

Die vier Punkte des Ultimatums.

Da die völlige Nutzlosigkeit jeder diplomatischen Beschwerde gegen die Vertragsverletzung festgestellt wurde, blieb der königlichen Regierung nichts anderes übrig, als anderweitig für die Wahrung der hohen Staatsinteressen und die Verteidigung der Kolonien gegen andauernde Bedrohungen und effektive Feindseligkeiten seitens der ottomanischen Regierung Vorsorge zu treffen. Eine Entscheidung in diesem Sinne hat sich um so notwendiger und dringender erwiesen, als die ottomanische Regierung in den letzten Zeiten offenbare Verletzungen der Rechte, der Interessen und selbst der Freiheit der im Kaiserreich wohnenden italienischen Bürger begangen hat, ohne daß die von dem königlichen Botschafter in Konstantinopel erhobenen bezüglichen energischesten Beschwerden etwas ausrichteten.

Gegenüber den Winkelzügen der ottomanischen Regierung in Sachen namentlich der freien Ausfahrt der italienischen Bürger aus Klein-Asien mußten diese Beschwerden letzter Tage die Form eines Ultimatums annehmen. Am 3. August richtete der königliche Botschafter in Konstantinopel auf Befehl der königlichen Regierung an den Großwesir eine Note mit folgenden vier Forderungen:

1. Daß die Italiener frei aus Beyrut abreisen könnten.

2. Daß die Italiener von Smyrna, da der Hafen von Burla unbenützbar sei, über Sigazig abreisen dürften.

3. Daß die ottomanische Regierung die Italiener aus Mersina, Alexandrette, Kaifa und Giaffa frei sich einschiffen ließe.

4. Daß die Ortsbehörden im Landesinnern die Opposition gegen die Abreise italienischer Untertanen nach den Küstenorten unterlassen und deren Reise vielmehr erleichtern sollen.

Die Präsentierung der Kriegserklärung.

Am 5. August, bevor die 48stündige Frist unseres Ultimatums abgelaufen war, nahm die ottomanische Regierung in einer vom Großwesir unterzeichneten Note Punkt für Punkt unsere Forderungen an. Im Verfolge einer solchen feierlichen Erklärung ließ die königliche Regierung zwei Schiffe nach Rhodus mit der Instruktion abgehen, dort Befehle zur Einschiffung der italienischen Bürger, die seit langem in den besagten kleinasiatischen Häfen der Heimbeförderung harrten, abzuwarten. Nun erhellt jedoch aus den von den amerikanischen Konsularbehörden, welchen an verschiedenen Orten der Schutz der italienischen Interessen anvertraut war, eingegangenen Nachrichten, daß die Militärbehörde in Beyrut am 9. August die kurz zuvor bewilligte Abreiseerlaubnis widerrief und ein gleicher Widerruf in Mersina erfolgte. Des weiteren wurde erklärt, daß die Militärbehörden die Einschiffung der übrigen Italiener in Syrien verhindern würden. Gegenüber diesen offenbaren Verletzungen der von der ottomanischen Regierung infolge unseres Ultimatums gemachten kategorischen Versprechungen hat die königliche Regierung dem Botschafter in Konstantinopel den Befehl gesandt, der Türkei die Kriegserklärung zu präsentieren.

Abbruch der Beziehungen.

Konstantinopel, 21. August. Die Regierung teilt amtlich mit: Der italienische Botschafter hat über Auftrag seiner Regierung der Pforte den Abbruch der Beziehungen zwischen der Türkei und Italien notifiziert und seine Pässe verlangt. Dementsprechend hat die Pforte den türkischen Botschafter in Rom abberufen.

Abreise des italienischen Botschafters.

Der italienische Botschafter Marquis Garroni ist nachmittags mit den Beamten der italienischen Botschaft abgereist. Die Vertretung der Staatsbürger wurde den Vereinigten Staaten anvertraut. Ein Sekretär und zwei Drazomane der Botschaft bleiben hier.

Zustellung der Pässe an den türkischen Botschafter.

Lugano, 22. August. Der türkische Botschafter in Rom Naby Bei erhielt gestern nachmittags von der Consulta (italienisches Ministerium des Aeußern) die Pässe zugestellt. Auch der in Tripolis residierende religiöse Vertreter des Sultans wird die Pässe erhalten. Den Schutz der türkischen Untertanen in Italien übernimmt Spanien.

Luxemburger Zeitung
23./VIII. 1915

I
114

Aus belgischen Archiven.

Der Panslavismus und der Größenwahn Serbiens. Poincarés verhängnisvolle Tätigkeit.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung setzt ihre Veröffentlichungen von Dokumenten aus den belgischen Archiven fort und bemerkt dazu einleitend:

Der ungeheure Lärm, den die Ententemächte aus Anlaß der Agadiraffäre angeschlagen hatten, und der negative Verlauf der von ihnen aufgebauschten Aktion, wobei wir namentlich an die vom Kapitän Faber enthüllten englischen Flottenmaßnahmen denken, führten naturgemäß zu einer Ernüchterung in England, und in Frankreich zu einem Ministerwechsel. Man ließ Herr Poincaré an Caillaux' Stelle an die Spitze des französischen Ministeriums treten und schien auch in England nicht übel Lust zu haben, Sir Edward Grey zu beseitigen, dem man nicht nur Schuld an der Zuspitzung der deutsch-englischen Beziehungen gab, sondern auch vorwarf, daß seine persische Politik eine Schädigung englischer Interessen bedeute. Diese Angriffe in den angesehensten englischen Blättern nahmen einen so ernsten Charakter an, daß das englische Kabinett sich genötigt sah, Entgegenkommen gegen Deutschland an den Tag zu legen. So entstand die Mission Lord Haldanes nach Berlin, die daran scheiterte, daß die englische Regierung sich nicht entschließen konnte, in der grundsätzlichen Richtung ihrer Politik eine Änderung eintreten zu lassen. Tatsächlich datiert von dem Haldaneschen Besuch eine Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen. Aber der englische Kurs blieb derselbe.

Die belgischen Gesandten haben diese Tatsache festgestellt und ihre Folgen vorausgeahnt. In der Vorstellung, daß der seit der Ernennung Poincarés zum Ministerpräsidenten steigende Chauvinismus Frankreichs und die Tendenz der Politik Greys eine Gefahr für den Frieden bedeute, sind sie alle eines Sinnes, gleichviel, ob Graf Lalaing aus London, Baron Guillaume aus Paris oder Greindl und sein Nachfolger Beyens aus Berlin berichten. Die Ententepolitik quand même wurde fortgesetzt und die Folge war, daß die politische Spannung stieg. Baron Greindl hat in dem letzten seiner hier veröffentlichten Berichte anläßlich der Einmütigkeit, mit der der Reichstag die Vorlagen betreffend die Vermehrung von Heer und Flotte bewilligt hatte, die durch die Kriegsdrohungen Englands im Sommer 1911 hervorgerufen worden waren, sich folgendermaßen geäußert: Diese Einmütigkeit ist auch die Ursache, weshalb die Verhandlungen im Reichstag recht matt waren. In der Eröffnungsrede hat sich der Reichskanzler bemüht, darzutun, daß dem Vorgehen der Regierung weder aggressive Gedanken noch eine Provokation nach irgend einer Seite hin zugrunde liege. Alle Redner folgten dem Beispiele Herrn von Bethmann Hollwegs. Sie haben um den Gegenstand herumgeredet und den wahren Grund kaum genannt, der Deutschland zwingt, seine riesigen militärischen Vorbereitungen noch zu vermehren, nämlich den beängstigenden Stand der Beziehungen zwischen den Großmächten infolge der Mißgunst der Völker untereinander, des törichten und unüberlegten Streichs Italiens und der Gärung unter den Balkanstaaten.

Was Greindl den beängstigenden Stand in den Beziehungen der Großmächte nennt, spezialisieren spätere Depeschen. Sir Edward Goschen gab in einem Gespräch Baron Beyens', der im Frühjahr an die Stelle Greindls getreten war, als Ursache dafür an, „daß die Beschränkung der deutschen Kriegsflotte unlösbar" sei. Aber, bemerkt treffend der Gesandte, eine andere, vielleicht tiefer liegende Ursache für die Abneigung des englischen Volkes gegen das deutsche hat Sir Edward Goschen mit Stillschweigen übergangen: nämlich die Nebenbuhlerschaft auf dem Gebiete der Industrie und des Handels. Mit wohlverständlichem Neide sieht England, wie ein europäisches Volk im Kampf auf dem Weltmarkt jedes Jahr an Boden gewinnt und also auch in dieser Hinsicht die Vormachtstellung bedroht, die es sich gesichert hatte.

Als dann der durch russische Intrigen zusammengekommene Balkanbund mit seiner Kreuzzugsagitation gegen die Türkei begann, wurde auch Herr Jules Cambon besorgt.

Der französische Botschafter, schreibt Baron Beyens am 24. Oktober 1912, der besondere Gründe haben muß, so zu sprechen, hat mir wiederholt gesagt, daß die größte Gefahr für die Erhaltung des europäischen Friedens in der Undisziplniertheit und der persönlichen Politik der russischen Vertreter im Auslande bestehe. Sie sind fast alle glühende Panslawisten, und ihnen muß man zum großen Teile die Verantwortung für die augenblicklichen Ereignisse aufbürden. Sie werden, ohne Zweifel, heimlich ihr Land zu einer Intervention in dem Balkankonflikt aufhetzen.

Trotzdem hiernach der französischen Regierung die Gefahren für den Frieden wohl bekannt waren, die die panslawistischen Bestrebungen in Rußland in sich bargen, begab sich im Sommer der Chef des russischen Admiralstabes nach Paris, um dort Verhandlungen wegen einer abzuschließenden Marinekonvention anzuknüpfen. Gleichzeitig setzte in St. Petersburg und in Paris eine von den Freunden jenseits des Ärmelkanals eifrig unterstützte Preßkampagne ein, die bemüht war, keine Zweifel über die Bedeutung der geplanten Marinekonvention und ihre gegen Deutschland gerichtete Spitze zu lassen.

Am 10. August traf Herr Poincaré in St. Petersburg ein. Der Besuch gab weitere Gelegenheit zu deutsch-feindlichen Preßtreibereien. Die dabei von der russischen Regierung beobachtete passive Rolle wurde schon damals vielfach damit erklärt, daß es Rußland sehr daran lag, im Hinblick auf eine neue in Frankreich geplante große Anleihe die französischen Regierungskreise nicht zu verstimmen und der französischen öffentlichen Meinung zu schmeicheln.

Einige Wochen nach dem Besuch des Herrn Poincaré in Rußland begab sich, einer Einladung der französischen Regierung folgend, Großfürst Nicolai Nicolajewitsch nach Frankreich, um den französischen Manövern beizuwohnen. In welcher Weise diese Reise des Großfürsten zu deutschfeindlichen Kundgebungen benutzt wurde, ist noch in frischer Erinnerung. Nach Beendigung der Manöver inspizierte der Großfürst in Begleitung seiner montenegrinischen Gemahlin die Befestigungen an der Ostgrenze, und die Zeitungen wußten zu berichten, wie die Großfürstin von einem der Forts aus durch das Fernglas tränenden Auges die Türme von Metz betrachtet habe.

Mittlerweile hatte sich der politische Horizont Europas immer mehr verfinstert. Drohende Wolken gingen über der Balkanhalbinsel auf. Herr Ssasonow, der Ende September bei König Georg in Balmoral zum Besuch geweilt hatte, begab sich nach Paris, wo im Einvernehmen mit dem Londoner Kabinett die bekannte Formel betreffend die Aufrechterhaltung des Statusquo im Falle eines Krieges der Balkanstaaten mit der Türkei vereinbart wurde. Bald darauf brach der Balkankrieg aus. Am 4. November bat die, wie es schien, tödlich getroffene Türkei um Friedensvermittlung und am 7. Dezember 1912 wurde der Vorschlag Greys, sie einer Botschafterkonferenz in London zu übertragen, von allen Großmächten angenommen.

In dieser kritischen Zeit hebt der belgische Gesandte Baron Beyens die Friedfertigkeit Deutschlands hervor. Er schreibt:

„Es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen leidenschaftliche Anhänger des Friedens sind. Welches auch die Pläne sein mögen, die Herr von Kiderlen-Waechter, der sich mit großen Gedanken trägt, im Sinne hat, um seinem Lande die Sympathien der jungen Balkanmächte zu gewinnen, eines ist ganz sicher, nämlich, daß er fest entschlossen ist, einen europäischen Brand zu vermeiden."

Um so nachdrücklicher hebt er das unsichere Schwanken Herrn Ssasonows hervor:

„Ende der vorigen Woche lief in den Kanzleien Europas das Gerücht um, daß Herr Ssasonow den Kampf gegen die Hofpartei aufgegeben habe, die Rußland in einen Krieg treiben will, wiewohl der Boden des russischen Reiches durch die Revolution unterminiert und seine militärischen Vorbereitungen noch ungenügend sind. Aber sein zwei Tagen ... ist auf die Beunruhigung der letzten Woche ein Gefühl des Vertrauens gefolgt. Herr Ssasonow hat sich, so scheint es, wieder gefaßt und spielt beim Belgrader Hofe mit Eifer die gleiche Rolle, wie die deutsche Diplomatie am Wiener Hofe."

Die Kriegsgefahr wurde ganz allgemein an den europäischen Höfen im Größenwahn Serbiens erkannt, dagegen ist nicht zweifelhaft, daß die panslawistische Partei in Rußland das serbische Feuer schürte, wobei Herr Hartwig, der russische Gesandte in Belgrad, mit Eifer sekundierte. Auch er gehörte zu den Politikern, von denen Baron Beyens sagt, daß sie wie Tittoni und Iswolski in der auswärtigen Politik ihres Landes „eine Kampfrolle" spielten. Man kann jedoch sagen, daß die Tätigkeit all dieser Männer kaum so verhängnisvoll sein konnte, wie die des neuen Präsidenten der französischen Republik, des Herrn Raimond Poincaré, der am 18. Februar 1913 ins Elysée einzog. Eine ungeheure Reklame war seiner Wahl vorausgegangen; es war, als sei der zu großen Entscheidungen drängenden Zeit der Führer gegeben worden. Aber Baron Guillaume, der von seinem Pariser Posten aus die Stimmung der Franzosen genau verfolgen konnte, war von vornherein mißtrauisch. Er sagte bezüglich der Wahl: seine Wahl war geschickt vorbereitet worden; man weiß ihm Dank dafür, daß er während seines Ministeriums geschickt genug operierte, um Frankreich im europäischen Konzert in den Vordergrund zu bringen; er hatte einige Male Glück mit seinen Aussprüchen, die großen Eindruck machten.

Französische Geschichtsbücher.

23./VIII. 1915

II

115

Antibritische Artikel.

„In erster Linie muß man darin eine Kundgebung jenes alten französischen Chauvinismus erblicken, der lange Jahre hindurch ganz zurückgetreten war, aber seit den Zwischenfällen von Agadir wieder an Kraft gewonnen hat. Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, daran zu erinnern; er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik Herrn Millerands."

Daß es sich bei der Agitation für die dreijährige Dienstzeit nicht um eine Antwort auf das deutsche Wehrgesetz, sondern um eine längst vorbereitete Maßregel handelte, spricht der Gesandte direkt aus, indem er sagt:

„Die Zeitungen haben übrigens unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung dieselben als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen. Viele sind nur das Ergebnis seit langer Zeit unternommener Studien."

Im März, als die gefährliche Schärfung der österreichisch-russischen Beziehungen durch eine Verständigung über Verminderung der beiderseitigen Grenztruppen verdeckt wurde und Freiherr von Schoen sich Baron Guillaume gegenüber sehr besorgt über das Zunehmen des Chauvinismus in Frankreich äußerte, gab dieser ihm vollkommen recht. „Ich bemerke täglich," berichtet er, „wie die öffentliche Meinung in Frankreich alle Tage argwöhnischer und chauvinistischer wird. Man begegnet nur Leuten, die versichern, daß ein baldiger Krieg mit Deutschland gewiß, ja unvermeidlich sei." Auch Pichon denke so. Gewiß hatte die zweideutige Haltung Rußlands dazu wesentlich beigetragen.

Baron Beyens wußte davon das Folgende zu erzählen:

„In einem mitteilsamen Moment hat mir der französische Botschafter in Berlin nicht verhehlt, wie schwer es sei, auf die hochbegabten, aber wankelmütigen Politiker, die das mit Frankreich verbündete Kaiserreich leiten, zu zählen, denn sie spielten auch mit ihm ein doppeltes Spiel. Herr Cambon hat sich insbesondere über den Einfluß beklagt, den Herr Iswolski behalten hat, der sich persönlich an Österreich-Ungarn rächen will und sich Mühe gibt, das Spiel zu verderben, wenn es den Anschein hat, daß jenes die Partie gewinnt."

Er erkannte auch ganz richtig, daß die Rolle, die Iswolski in Paris spielte, von Hartwig, dem russischen Gesandten in Belgrad, Serbien gegenüber gespielt wurde; der serbische Geschäftsträger in Berlin habe es offen ausgesprochen, daß Serbien nicht sechs Monate lang vorgegangen wäre, ohne sich um die österreichischen Drohungen zu kümmern, wenn es nicht durch Herrn Hartwig, einen Diplomaten aus der Schule Iswolskis, dazu ermutigt worden wäre.

Ssasonow sei auch zu schwach, um dem Einfluß der Hofpartei und der Panslawisten zu widerstehen, und seine Politik daher voller Widersprüche, was in Frankreich verstimme und sich namentlich in der montenegrinischen Frage in dem Streit um Skutari gezeigt habe:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß man in Paris dieser Winkelzüge müde ist, aber man erträgt eben — wenn auch unter Verwünschungen — die Folgen des Bündnisses und läßt sich auf eine Bahn drängen, die zu einem allgemeinen Kriege führen kann."

Es folgen die Zwischenfälle in Nancy, das gefährliche Spiel mit der Aufführung chauvinistischer Stücke, so daß Baron Guillaume, dessen Berichte immer mehr den Charakter erregter Beunruhigung tragen, ausruft:

„Zweifellos werden diese Tatsachen beweisen — worüber ich schon mehrfach die Ehre hatte, Ihnen zu berichten —, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr chauvinistisch und unbesonnen wird. Man sollte Maßregeln ergreifen, um diese Strömung einzudämmen, die die Regierung seit den Zwischenfällen von Agadir und der Bildung des Ministeriums Poincaré-Millerand-Delcassé wahrhaft ermutigt hat."

Als in Paris die Beratung des Militärgesetzes im Juni 1913 vom Ministerium Briand auf die Tagesordnung gesetzt wurde, schloß Baron Guillaume seinen Bericht mit der folgenden Betrachtung, die seinem Scharfsinn wie seiner Gesinnung in gleicher Weise zur Ehre gereicht:

„Es steht also nunmehr fest, daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein ... Die Propaganda zugunsten des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie fing damit an, die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik zu fördern; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß."

Millerands Verteidigung vor der Kammer.

Die Vertagung der Krise.

Paris, 21. August.

Nachdem Präsident Deschanel die Kammersitzung eröffnet hatte, rügte Deputierter Navarre die Mißstände im Sanitätswesen und hob in seiner Rede hervor, daß Krankenwärter von Beruf im Frontdienst verwendet worden seien, während man Handwerker als Krankenwärter benützte. Die Ernennung eines Unterstaatssekretärs löse diese Frage nicht; man müsse das System ändern. Nach Ansicht des Hygieneausschusses sei der Sanitätsausschuß an die Front zu entsenden, der dem Unterstaatssekretär Vorschläge für Neuerungen und Reformen machen werde.

Deputierter Bousenot führte Klage darüber, daß die Frage der fahrbaren Ambulanzen, besonders der Automobilambulanzen, ungenügend gelöst sei. Die Oberste Heeresleitung zeige nicht das nötige Interesse für die Verwundeten; während in der inneren Zone die Verwundetenpflege gut organisiert sei, lasse sie in der Armeezone viel zu wünschen übrig. Auch er betonte die Notwendigkeit, in der Armeezone eine wirksame Kontrolle durchzuführen.

Deputierter Hennessy erklärte, Kriegsminister Millerand lasse es an der nötigen Umsicht fehlen, und forderte die Errichtung eines Unterstaatssekretariats für Luftschiffahrt sowie regelmäßige Konferenzen der Kriegsminister aller Alliierten, um ein besseres Zusammenwirken der alliierten Armeen zu erzielen.

Nach einer kurzen Rede des Deputierten Merlin, der ebenfalls das Sanitätswesen angriff, bestieg der Kriegsminister unter allgemeiner Spannung die Rednertribüne. Die Deputierten strömten in den Sitzungssaal.

Die Rede Millerands.

Millerand erklärte, man habe in der Kammer nicht nur dem Sanitätswesen, sondern ihm persönlich den Prozeß gemacht, man habe von Untätigkeit und Unfähigkeit gesprochen und behauptet, der Kriegsminister wolle die Fehler seiner Mitarbeiter nicht bestrafen und er sei ein Gefangener seiner eigenen Bureaux und des Oberkommandos sowie ein Feind der Parlamentskontrolle. Er werde im Gedanken an jene antworten, die für Frankreich leiden, kämpfen und fallen. Man dürfe nicht sagen, daß Untätigkeit, Unfähigkeit und Anarchie im Sanitätswesen herrschen, welches vom Kriege in seiner Reorganisation überrascht worden sei. Erst zehn Armeekorps hätten damals das neue Material besessen. Seit 1913 habe man die Mobilmachung von 250.000 Betten vorgesehen. Jetzt habe man deren 600.000. Augenblicklich werde täglich Verbandmaterial für 50.000 Verbände hergestellt. Im Sanitätsdienste seien 175 Sanitätszüge und 1800 Automobile eingestellt. Bei den Sanitätsformationen an der Front seien allerdings noch Reformen durchzuführen, was auch geschehen werde. Man verfüge jetzt über die nötige Zahl an Aerzten. Die Fortschritte im Sanitätswesen seien von den Mitgliedern des Sanitätsausschusses festgestellt worden. Das Sanitätswesen komme den gestellten Anforderungen nach. Fehler seien begangen worden. Zu den neuen Unterstaatssekretären habe er gesagt: Machen Sie mir Vorschläge, sie sind im voraus angenommen. (Lärm links.) Auf den Rat Godards sei der Direktor des Sanitätswesens abgesetzt worden. (Lebhafte Protestrufe links.) Die Schwierigkeiten seien groß, denn man stoße immer auf persönliche Voreingenommenheiten, aber man müsse gegen alle gerecht sein. Weil er Männer verteidigte, die dem Lande große Dienste erwiesen haben, verbreite man das Märchen, er sei ein Gefangener seiner Bureaux. Der Minister wechsle seit Oktober über ein Drittel des Personals des Kriegsministeriums. Er glaube gegen die Pflicht zu verstoßen, wenn er gegenüber einem seiner Mitarbeiter Maßregeln ergreife, die nicht gerechtfertigt seien. (Heftige Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Deputierter Favre protestiert heftig. Der Präsident droht, ihn zur Ordnung zu rufen.)

Kriegsminister Millerand (fortfahrend): Man sagt, ich hätte vor der obersten Heeresleitung abgedankt. Wenn das Land das Glück besitzt; an der Spitze der Armeen...

Bei diesen Worten entsteht heftige Unruhe. Die Rechte ruft der Linken zu: Geht an die Front! Deputierter Dalbiez erhebt sich und protestiert. Präsident Deschanel schwingt die Glocke und fordert das Haus auf, die Redefreiheit zu achten, die die Grundlage der Republik sei. (Beifallssturm.)

Millerand (fortfahrend): ... an der Spitze der Armeen einen General von absoluter Loyalität zu haben ... (Langanhaltender Beifall auf beinahe allen Bänken. Ein großer Teil der Kammer erhebt sich von den Plätzen und klatscht Beifall, außer einigen Sozialisten. Ein neuer Tumult bricht aus. Deschanel muß lange die Glocke schwingen, bevor Ruhe eintritt.) Millerand hebt die Verdienste der obersten Heeresleitung hervor. Seine Beziehungen zu General Joffre seien herzlich, wodurch er in der Lage sei, eine Kontrolle auszuüben, was die erste Pflicht der Minister sei. Man habe ihn zur Rechenschaft ziehen wollen, weil er Veränderungen in der obersten Heeresleitung vornahm, angeblich aus politischen Gründen. Man wollte einen ernsten Präzedenzfall schaffen, aber er wisse, daß man Militärpersonen in Kriegszeiten nur nach ihrem militärischen Werte beurteilen dürfe. (Beifallssturm rechts und im Zentrum; auf einigen Bänken der Linken anhaltende Unruhe.) Er wolle die Parlamentskontrolle unbehindert durchführen, nur solle sich diese Kontrolle nicht auf militärische Dinge ausdehnen. Eine Stelle müsse vorhanden sein, die die Verantwortung trage. Die oberste Heeresleitung sei der Regierung gegenüber verantwortlich; dies sei Joffres Leitsatz, der auch richtig sei.

Der Kriegsminister forderte sodann das Parlament auf, sich eine gewisse Disziplin aufzuerlegen. Die Verbündeten Frankreichs haben Vertrauen in diese Klugheit; dagegen hoffen die Feinde auf Zwistigkeiten Frankreichs. Er hoffe, daß man das Vertrauen der Alliierten nicht täuschen und bis zum Ende, bis zum Siege, einig bleiben werde. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken.)

Deputierter Franklin Bouillon forderte, daß der Ministerpräsident gewisse Erklärungen, die aus dem Munde des Kriegsministers überrascht hätten, schärfer fasse. Er sagte: Wir können die Behauptung, daß uns ein anderes Gefühl als die Vaterlandsliebe leite, nicht zulassen. (Beifall auf der äußersten Linken und auf der Linken.) Unsere Pflicht beginnt. Wir können nicht dulden, daß die Kammer urteilt, ohne alles zu wissen. Wir fordern, daß zu Beginn der nächsten Sitzung der Ministerpräsident eine Erklärung abgibt, die alles zerstreut, was das Land stören und beunruhigen könnte.

Deputierter Varenne bekräftigte die Ausführungen des Vorredners und erklärte, es gäbe hier keine politischen Vorurteile. (Beifall auf der äußersten Linken.) Wir wollen, fuhr Varenne fort, die heilige Einigkeit nicht stören, aber es gibt Dinge, welche die Vertreter der Nation nur sagen können, wenn sie vor jeder Indiskretion geschützt sind. (Beifall links. Protestrufe rechts. Unruhe.)

Ministerpräsident Viviani ergriff hierauf das Wort und führte aus, daß er die verlangten Erklärungen geben werde. Er bitte die Kammer, die Sitzung auf den nächsten Donnerstag zu verschieben, da der Kriegsminister Dienstag abwesend sein werde.

Die Sitzung wurde hierauf unter lebhafter Bewegung aufgehoben.

Konferenz der Finanzminister Englands und Frankreichs.

Paris, 23. August. (Meldung der Agence Havas.) Finanzminister Ribot ist gestern abend nach Paris zurückgekehrt. Er hatte in Boulogne-sur-Mer eine Unterredung mit dem englischen Schatzkanzler Mc Kenna. Beide Minister erörterten die die Verbündeten interessierenden Finanzfragen und einigten sich über die Mittel zu einem übereinstimmenden Handeln in der Frage des Wechselkurses in den Vereinigten Staaten. Die nächste Zusammenkunft, an der auch der russische Finanzminister teilnehmen soll, wird in London stattfinden.

Kölnische Zeitung
24./VIII. 1915

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Fünfte Mitteilung. [Vgl. Nr. 832.]

2. Kamerun.

Der jüngste Bericht des deutschen Reichskolonialamts nimmt eine Übersicht über die Ereignisse des jetzt abgeschlossenen ersten Kriegsjahres zum Anlaß, um sowohl die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen die vom Mutterlande abgeschnittenen Verteidiger unserer Schutzgebiete zu leiden hatten, als den Opfermut, das Geschick und die Tapferkeit, womit sie ihrer Aufgabe gerecht wurden, gebührend hervorzuheben. Allein schon das ausgebreitete Telegraphennetz, beispielsweise im französischen Nachbargebiet, ermöglichte die Zusammenziehung den Unsrigen weit überlegener Streitkräfte zu einer Zeit, als zu unsern, mit der Küste nicht telegraphisch verbundenen Binnenlandsstationen kaum erst das Gerücht von einer Verschärfung der politischen Lage in Europa gelangt war. Kein Wunder demnach, daß unser kleiner Zollposten Bonga am Sangha erst durch einschlagende französische Granaten vom Ausbruch des Weltkrieges Kenntnis erhielt (6. Aug. 1914), und daß auch unsere bei Mora in Nordkamerun stehende 3. Kompagnie durch den allerdings zurückgeschlagenen Angriff englischer Streitkräfte völlig überrascht würde. Mit berechtigtem Stolze wird betont, daß nicht nur, was ja oft auf der ganzen Welt der Fall war, die deutschen Kaufleute, Pflanzer usw. zu den Fahnen eilten, sondern daß auch die ehemaligen farbigen Soldaten sich in großer Anzahl bei den Truppenkörpern einstellten, deren Uniform sie früher mit Stolz getragen hatten. Nicht genug damit haben die Häuptlinge auch manchen jungen, noch nicht ausgebildeten Rekruten entsandt. Die offenkundige Tatsache, daß der Feind in erdrückender Übermacht angreifen werde, hat nicht von der Erfüllung dieser Ehrenpflicht abzuschrecken vermocht. In schroffem Gegensatz zu diesen erfreulichen Beweisen von Opfermut und Pflichttreue stehen die unglaublichen, jeder Zivilisation hohnsprechenden Ausschreitungen, welche sich unsere Gegner gegenüber wehrlosen Zivilgefangenen beider Geschlechter und jedweden Alters gegenüber deren Eigentum und im allgemeinen gegenüber dem Ansehen der weißen Rasse haben zuschulden kommen lassen. Vielfach sind zerstreut wohnende Deutsche, auf deren Köpfe man Preise gesetzt hatte, von hohngrinsenden Schwarzen wie Raubtiere gejagt, sind nicht einmal Kirchen, Missionen und Nonnen geschont und die nach auswärts verschleppten Zivilgefangenen schon auf den Schiffen auf das Unwürdigste und Grausamste behandelt worden.

Besonders erfreulich ist in dem Berichte die Feststellung, wie verhältnismäßig gering innerhalb eines Jahres die militärischen Fortschritte unserer übermächtigen Gegner waren. Zwar ist im Süden und Osten unseres Schutzgebietes das erst 1911 von Frankreich abgetretene Gebiet von Neukamerun verlorengegangen, und auch im Nordzipfel, der früher zu dem Fula-Reich Adamaua gehörte, hält sich nur noch auf den nördlichen Vorbergen des Mandara-Gebirges eine kleine Heldenschar gegen den englischen Ansturm. Dagegen haben sich hinsichtlich des mittlern Teiles, also des Kerns von Kamerun, unsere Gegner bisher gründlich getäuscht. Mit großen Flotten die Küste angreifend und durch den vorbereiteten Verrat der Duala unterstützt, glaubten sie leichtes Spiel zu haben, haben aber im allgemeinen, beispielsweise in der Richtung auf Jaunade, den derzeitigen Sitz des deutschen Gouverneurs, hin den an die Küste sich anschließenden Urwaldsgürtel noch nicht zu durchbrechen vermocht. Allerwärts, wo sie zeitweilig zurückweichen mußten, sind die Deutschen zu meistens erfolgreichen Gegenstößen übergegangen und haben bis in die neueste Zeit ihre Streifzüge öfter bis weit in das Gebiet von Britisch-Nigerien hinein ausgedehnt.

Bei einem Land von der anderthalbfachen Größe Deutschlands, das von allen Seiten her angegriffen wird, gibt es natürlich eine ganze Anzahl kleinerer Kriegsschauplätze, die, will man ein klares Bild gewinnen, im einzelnen betrachtet werden müssen. Der nördliche Teil der Kamerunküste ist bekanntlich in Feindeshand, nicht dagegen der südliche. Nachdem das französische Schützenbataillon Nr. 2 unter Major Mathieu bei seinem Versuche, von Kribi aus ins Binnenland vorzudringen, blutig zurückgeschlagen worden war, und nachdem Hauptmann v. Hagen mit den es ersetzenden Engländern bei Longji und Plantation gekämpft hatte, wurden die verbündeten Truppen am 28. Februar wieder eingeschifft. Seitdem weht über Kribi wieder die deutsche Flagge. Das nunmehr von unsern Feinden als Stützpunkt gewählte Edea erwies sich, als man am 24. und 25. Februar gegen Jaunde vorzudringen versuchte, als keineswegs besser geeignet. Denn Hauptmann a. D. Regierungsrat Schlosser warf den Gegner auf seinen Ausgangspunkt zurück. Dasselbe Schicksal hatten am 30. und 31. März die feindlichen Erkundungen bei Okot und Njok-Jek. Erst als Anfang April gegen 4000 Franzosen und Engländer gegen die Kele-Ngwe-Stellung vorgingen, mußte zwar die Station Eseka der Mittellandbahn geräumt werden, ohne daß aber der Feind einer von den Unsrigen bezogenen neuen Stellung Herr zu werden vermochte. Die Batanga-Küste im südlichen Kamerungebiet ist völlig vom Feinde frei. Nur in dem bis zu den Neven DuMont-Fällen rechnenden Unterlauf des Njong-Stromes hat er einige Barkassen stationiert und hält außerdem mit neu von Gabun her eingetroffenen Truppen die Station Campo stark besetzt. Gelegentlich kleinerer Gefechte in der Gegend von Campo ist seitens der Engländer die Neutralität des spanischen Muni-gebiets mehrfach verletzt worden. Im Nordwesten von Kamerun, dort, wo es an Britisch-Nigerien angrenzt, war eine aus sechs Kompagnien bestehende, mit zehn Maschinengewehren ausgerüstete englische Abteilung über Ossidinge hinaus vorgedrungen, wurde durch Hauptmann Adametz, der selbst bis weit in die Calabar-Provinz Nigeriens vorstieß, gezwungen, zurückzugehen und sich in der Nähe von Ossidinge zu verschanzen. In einem Vorpostengefecht am 9. Februar fand bei Ossing Leutnant Dr. Schürmann den Heldentod. Bekanntlich hat auch der Vorstoß der Engländer auf das Hochplateau bei Dschang mit einem Rückzug nach Nkongsamba und Bare geendet. Von der nachfolgenden deutschen Westabteilung wurde das schon geräumte Jabassi wieder besetzt. Die Kamerun-Nordbahn ist aber noch immer in den Händen der Engländer. Hinsichtlich des Nordzipfels von Kamerun enthält der vorliegende fünfte Bericht des deutschen Reichskolonialamts eingehende Schilderungen der in das vorige Jahr entfallenden feindlichen Niederlagen bei Garua und Kusseri. Eingehend wird auch erzählt, wie Franzosen und Engländer um die Jahreswende vor dem von Frhrn. v. Crailsheim verteidigten (am 11. Juni gefallenen) Garua, vor Mora usw. größere Truppenmengen zusammenbrachten. Wie die neuerlich gemeldete Eroberung Garuas und Ngaunderes auf die Stellung unserer Truppen im Bezirk Banjo einwirken werde, lasse sich, sagt der Bericht, noch nicht übersehen.

Ein starkes Auf- und Abwogen zeigen die beiderseitigen Stellungen im Süden und Osten unseres Schutzgebietes, wo es, wie erwähnt, den Franzosen gelang, sich der 1911 von ihnen abgetretenen Gebiete von Neukamerun zu bemächtigen. Während im Norden von Kamerun, beispielsweise bei Marua, die Eingeborenen den eindringenden Franzosen und Engländern durchaus feindlich gesinnt blieben, haben sich im Süden die erst kurze Zeit zum deutschen Schutzgebiet gehörigen Mpangwe- oder Fanstämme französischen Einflüsterungen keineswegs unzugänglich erwiesen. Nachdem dort im Süden am 22. Dezember Molundu und am 16. Februar das von den Deutschen geräumte Ojem von den Franzosen besetzt worden war, wurde heftig um den Besitz von Bertua gekämpft. Der zur Unterstützung herbeieilende Hauptmann v. d. Marwitz erzwang zwar die Räumung von Njassi, erlag aber, nachdem bereits am 22. März Hauptmann Henner gefallen war, am 2. April seinen im Kampfe erhaltenen Wunden. Seit am 23. Juni unsere Station Lomie vom Feinde besetzt wurde, soll sich derselbe im Vormarsch auf Dschah-Posten befinden. Der vom Sangha her kommenden französischen Truppe unter Oberstleutnant Morisson gelang es Mitte März, nachdem sie anfangs nur Mißerfolge gehabt und diese durch rohe Plünderungen wettgemacht hatte, Molambi zu besetzen. Nachdem inzwischen, wie erwähnt, Lomie gefallen ist, wurde auch Ngangela erreicht. Die französische Sangha-Lobage-Kolonne würde demnach zurzeit in der Linie Lomie—Ngangela—Baturi stehen.

Neues Wiener Tagblatt
24./VIII. 1915

Die Zeppelinangriffe auf London.

König Georg übersiedelt nach Nordengland.

London, 23. August. Nach einer Mitteilung der Blätter wird die englische Königsfamilie ihren Wohnsitz in nächster Zeit nach Nordengland verlegen; diese Tatsache wird mit der Wirkung der letzten Zeppelinangriffe auf die City in Verbindung gebracht.

27./VIII. 1915.

Die erwartete österreichisch-deutsche Offensive gegen Serbien

London, 26. d. (Havas.) Den „Times“ wird aus Bukarest gemeldet: Es treffen Nachrichten von der Konzentrierung österreichischer und deutscher Truppen längs des nördlichen Donauufers ein. Der Güterverkehr zwischen Rumänien und Oesterreich ist vollständig eingestellt. Der Reisendenverkehr ist auf einen Zug per Tag beschränkt. Nur der Transitverkehr von für Bulgarien bestimmte Waren ist gestattet. Es geht das Gerücht, die Offensive gegen Serbien werde sich gegen die östlichen Gebiete richten, um die Invasion durch Bulgarien hindurch fortsetzen zu können, und man glaubt, daß die bulgarische Regierung eingeladen worden ist, gemeinsam mit den Zentralmächten vorzugehen. Falls sich Bulgarien weigere, werde es das Schicksal Belgiens teilen. Gibt Bulgarien dem Verlangen nach, so wird es gegen Serbien freie Hand erhalten. Die Haltung Bulgariens hängt von derjenigen Rumäniens ab.

27./VIII. 1915.

Zur Kriegslage

Brest-Litowsk aufgegeben. Minsk und Pinsk. Die Armee Below. Beresina und Dnjepr. Zitate. Zur Erklärung der kaiserlich-russischen Gesandtschaft

Die Operationen auf dem östlichen Kriegsschauplatze folgen den von der Entwicklung vorgezeichneten Bahnen. Es war vorauszusehen, daß die Russen Brest-Litowsk nicht mehr bis zur völligen Einschließung halten würden, nachdem sie die Kapitulation von Nowo-Georgiewsk an 100,000 Mann und 700 Geschütze gekostet hatte. Zudem war, wie wir schon vor längerer Zeit ausführten, Brest-Litowsk nicht mehr ein Hauptstützpunkt ihrer Buglinie, da diese bereits auf beiden Flügeln umgangen war. So konnte es auch nicht mehr als Operationsbasis dienen, sondern hing in der Luft und besaß nur noch passive Widerstandskraft und beschränkten Wert als Nachhutstellung. Das war Brest-Litowsk ursprünglich nicht. Als Zentralpunkt der Operationsbasis des polnischen Aufmarschgebietes war es der Nerv im Genick der russischen Offensivstellung. Damit ist es vorbei. Doch ist es den Russen gelungen, ihre Kräfte rechtzeitig herauszuziehen und nach Pinsk und nach Minsk in Abmarsch zu setzen, die beiden letzten Bahnen, über die ihre Heeresleitung zwischen Sumpf und Urwald noch verfügt.

Es wird sich nun zeigen müssen, was von den zwischen Bielostok und Maloryto, also auf der Linie Bielostok-Bielowic-Brest-Litowsk kämpfenden russischen Nachhuten abgeschnitten wird. Nicht umsonst haben die Russen Bielostok so lange behauptet, und zu ihrem Glücke vermochte auch die deutsche Offensive erst jetzt an Olita und Grodno heranzukommen, so daß die Bahn Grodno-Wilna und Bielostok-Wolkowisk-Slonim den Russen bis zuletzt zur Verfügung stand. Die Armee Below hat den gewaltigen Widerstand der russischen Nordgruppe nicht so schnell brechen können, daß eine vollständige Einkreisung gelungen wäre; die Operation ist aber noch im Fluß und das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Mit der Eroberung Kownos und Brest-Litowsks, sowie der Besitzergreifung von Kowel, ist auch die innere Verteidigungsstellung der Russen, die noch Ausfallscharakter besaß, endgültig verloren gegangen. Nun bleibt ihnen in der Tat nichts mehr übrig, als noch weiter nach Osten zurückzugehen, und der Fall von Bielostok, Grodno, Olita und Wilna ist nur noch eine Zeitfrage. Immer deutlicher weist die Richtung des Rückzuges auf Minsk, und es ist heute schon die ernste Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die Russen auf die Beresina und den Dnjepr zurückgehen müssen, um eine neue Anlehnung zu finden. Das wäre also der Raum Minsk-Mogilew-Bobruisk als Zentralstellung, der Raum Walk hinter der unteren Düna und bis zum finnischen Meerbusen am rechten und der Raum Kiew am linken Flügel. Daß es so kommen könnte und voraussichtlich kommen werde, haben wir schon wiederholt ausgeführt und zitieren zur Herstellung des Zusammenhanges folgende Ausführungen aus unseren Betrachtungen.

Am 25. Juli schrieben wir: „Wenn die Armee des Generals von Below stark genug ist, eine riesenhafte strategische Umgehung (in Kurland) vorzunehmen, ohne selbst umfaßt zu werden, werden wir das gewaltigste aller Kriegsmanöver erleben, das je in Angriff genommen wurde. Das Waldgebiet von Bielowice und die Rokitnosümpfe würden angesichts des die Verbindungen mit Petersburg beherrschenden Gegners zur Todesfalle werden. Wir werden sehen, ob die russische Heeresleitung sich versteift, im Netz zu bleiben, oder ob sie bis Brest-Litowsk oder noch weiter ostwärts ausweichen und die Buglinie als Front wählen wird. Auch diese Front ist indessen bereits umgangen und bedroht, wenn General von Below nicht zurückgeworfen wird."

In der Betrachtung vom 1. August hieß es: „In drangvoller Enge kämpfen die Russen jetzt, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, um ihren Rückzug auf die polnische Zentralstellung, um hinter dem Bug auf einer ausgerichteten und verstärkten Front, einer weit zurückgeschobenen Grundlinie, den Feldzug behelfsmäßig noch einmal zu beginnen. Ihre Hoffnungen, zwischen Weichsel und Bug standzuhalten, sind vielleicht noch nicht ganz geschwunden, aber unverkennbar weichen sie aus. Sie haben sich endlich zu dem einzigen vernünftigen, gesunden aber bitteren Mittel, zum allgemeinen strategischen Rückzug entschlossen."

Am 15. August hielten wir es nicht für ausgeschlossen, daß die Russen auf Minsk weichen würden und schrieben am 22. August: „Brest-Litowsk ist heute nur noch eine Flügelposition von passiver Widerstandsfähigkeit. Das Schwergewicht ist verschoben, die Front nach Norden gedreht, die Rokitnosümpfe geraten in den Rücken des Russenheeres. Nur rechtzeitiges Ausweichen auf Minsk-Smolensk kann die Russen vor einer neuen und bedrohlicheren Einkreisung bewahren, als ihnen zwischen Weichsel und Bug drohte. Diese Einkreisung ist nicht bis zur Vernichtung gediehen. Rechtzeitige und geschickte Manöver haben die russischen Streitkräfte, wenn auch unter ständiger Abgabe von Nachhuten und sehr empfindlichen Verlusten an Material, vor der Zertrümmerung bewahrt. Aber geschwächt und zermürbt, nahezu zu Tode operiert, sind die russischen Armeen ins Innere des Reiches gewichen."

Weit ins Innere ziehen sich die Russen nach tapferstem Widerstand vor dem operativ überlegenen Gegner zurück. Wie weit dieser folgt, wird die Entwicklung lehren.

* * *

An anderer Stelle des Blattes finden die Leser eine Mitteilung der Kaiserlich-russischen Gesandtschaft in Bern abgedruckt, die eine Erläuterung der strategischen Lage im Osten geben will, zugleich aber die Behauptung aufstellt, daß der Verfasser der Betrachtungen zur Kriegslage des „Bund" die völlige Vernichtung des russischen Heeres prophezeit habe. Obwohl diese Mitteilung nicht den Charakter einer tatsächlichen Berichtigung hat, ist sie gleich der von derselben diplomatischen Stelle am 31. Juli abgegebenen Erklärung zum Abdruck gelangt. Mit der Behauptung, daß ich schlechtweg den Untergang des russischen Heeres prophezeit habe, befindet sich indes die kaiserlich-russische Gesandtschaft im Irrtum, wie unsere Leser, die gewohnt sind, unsere Betrachtungen im Zusammenhang zu lesen, leicht feststellen können. Doch ist es erklärlich, daß diese hohe diplomatische Stelle mit den methodologischen Prinzipien nicht vertraut ist, welche bei der Betrachtung einer in der Entwicklung befindlichen Kriegslage wie beim „Kriegsspiel" Anwendung finden. Es gilt sämtliche Möglichkeiten zu erwägen und zu besprechen, um daraus Schlüsse zu ziehen. Nicht nur dieser Umstand, sondern auch Taktgefühl verbieten uns, diese und jede diplomatische Mitteilung — von welcher Seite sie auch kommen möge — zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zu machen. H. St.

Vossische Zeitung
27./VIII. 1915

Grey gegen Bethmann-Hollweg.

Meldung des Reuterschen Büros.

London, 26. August.

Sir Edward Grey hat folgenden Brief an die Zeitungen gerichtet: Sir! In der Rede des Deutschen Reichskanzlers sind einige Punkte, die meiner Meinung nach in einem Brief an die Presse behandelt werden können bis zu einer vollständigen Uebersicht über die Lage, die besser auf eine andere Weise zu anderer Zeit gegeben werden sollte. Ich werde die Tatsachen und die Anmerkungen, zu denen sie Anlaß geben, so kurz und deutlich wie möglich summieren und bitte um die Veröffentlichung:

1. der belgische Bericht über die Besprechung mit dem englischen Militärattaché wurde im letzten Herbst von deutscher Seite veröffentlicht, um zu beweisen, daß Belgien seine Neutralität an uns verkaufte und mit uns eine Verschwörung gegen Deutschland betrieb. Die Unterredung, aus der zu diesem Zweck das größte Kapital geschlagen wurde, wurde dem Ministerium des Aeußern nicht mitgeteilt, ebenso wenig im Kriegsamt wie aus den Archiven hervorgeht. Wir haben zuerst den Bericht über die Unterredung gesehen als Deutschland sie veröffentlichte. Daraus geht deutlich hervor, daß sie nur auf den Fall Bezug nahm, daß Belgien angegriffen werden würde.

Eine Landung englischer Truppen in Belgien sollte nur stattfinden, nachdem Deutschland in belgisches Gebiet eingefallen sei. Die englische Regierung wurde zu nichts verpflichtet. Es bestand eine Abmachung und Uebereinkunft zwischen der britischen Regierung und Belgien. Warum erwähnt der deutsche Reichskanzler diese informellen Besprechungen im Jahre 1906 und läßt er völlig beiseite, daß ich 1913 dem belgischen Gesandten sehr kategorisch sagte, daß wir hinsichtlich Belgiens und anderer neutraler Länder wünschten, daß ihre Neutralität beachtet werden sollte und daß wir, solange diese nicht durch eine andere Macht verletzt würde, sicher keine Truppen nach ihrem Gebiete senden würden. Man muß sich erinnern, daß der erste Gebrauch, den Deutschland von dem belgischen Schriftstück machte, darin bestand, Belgien eine unaufrichtige Haltung gegenüber Deutschland vorzuwerfen.

Was ist nun die Wahrheit? Am 29. Juli 1914 versuchte der deutsche Reichskanzler uns durch das Versprechen zukünftiger belgischer Unabhängigkeit dazu zu bestechen, daß wir uns bei Ausbruch des Krieges an der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland beteiligen sollten. Er nannte den belgischen Vertrag einen Fetzen Papier. Der deutsche Staatssekretär des Aeußern erklärte, Deutschland müsse durch Belgien marschieren, um Frankreich anzugreifen. Es habe nicht die Zeit, um anders vorzugehen. Es ist notwendig, die Erklärung des Herrn von Jagow nochmals anzuführen. Die Kaiserliche Regierung mußte auf dem schnellsten und leichtesten Wege nach Frankreich einmarschieren, um mit den Operationen rasch vorwärts zu kommen und danach trachten, so schnell wie möglich zu einem entscheidenden Schlage auszuholen. Es bedeutete für die deutsche Sache Leben oder Tod, da die Deutschen, wenn sie den südlichen Weg eingeschlagen hätten, infolge Straßenmangels und der Stärke der Festungen nicht ohne heftigen Widerstand, der mit großem Zeitverlust gleichbedeutend war, durchgekommen wären. Dieser Zeitverlust würde für die Russen ein Zeitgewinn gewesen sein, um Truppen nach der deutschen Grenze zu bringen.

Die Schnelligkeit des Vorgehens war ein großer Gewinn für die Deutschen, während Rußlands Vorteil in dem unerschöpflichen Vorrat an Truppen lag. Im Reichstag erklärte der deutsche Reichskanzler am 4. August 1914 über die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs: Das Unrecht, ich spreche es offen aus, das wir damit tun, werden wir wieder gut machen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Die Verletzung der belgischen Neutralität war also wohl erwogen, obwohl Deutschland die Neutralität tatsächlich garantiert hatte, und es gibt sicher nichts Verächtlicheres und Niedrigeres als den Versuch, sie ex post facto zu rechtfertigen, indem man der unschuldigen, harmlosen belgischen Regierung und dem belgischen Volke den gänzlich falschen Vorwurf machte, daß sie gegen Deutschland ein Komplott geschmiedet hätten. Der Reichskanzler legt in seiner letzten Rede nicht den Nachdruck auf diese Anklage, die gegen Belgien erhoben worden ist. Ist die Anklage zurückgezogen, und wenn ja, will Deutschland das grausame Unrecht, das es Belgien angetan hat, gutmachen?

2. Die Verhandlungen über ein englisch-deutsches Abkommen, auf die der deutsche Reichskanzler anspielte, gelangten zu einem Punkte, bei dem es klar war, daß sie einen Erfolg nur haben würden, wenn wir ein Versprechen abgäben, das darauf hinausgelaufen wäre, daß wir absolut neutral blieben, während Deutschland freie Hand behalten hätte, sich im Rahmen seiner Bündnisse an einem europäischen Kriege zu beteiligen. Dies kann und wird durch die Veröffentlichung des Verhandlungsberichtes, der den Aufzeichnungen des Foreign Office entnommen werden wird, aufgeklärt werden.

3. Der Kanzler zitiert einen einzelnen Satz aus meiner Rede vom 3. August 1914, um zu beweisen, daß wir zum Kriege bereit waren. Schon im nächsten Satze, den er hätte anführen können, aber nicht angeführt hat, sagte ich: Wir werden, fürchte ich, durch diesen Krieg furchtbar leiden, gleichgültig, ob wir uns daran beteiligen oder davon fernhalten. — Ich überlasse es jedermann außerhalb Deutschlands, in jedem beliebigen neutralen Lande, zu beurteilen, ob das Worte eines Mannes sind, der den europäischen Krieg wünschte und plante, oder eines Mannes, der sich bemüht hatte, ihn zu verhindern. Der Grad der falschen Auslegung eines vereinzelten Satzes durch den deutschen Reichskanzler wird jedermann, der die ganze Rede liest, klar sein. Was die andere Erklärung, die mir zugeschrieben wird (gegenüber Fürst Lichnowski), betrifft, so sagte ich nicht einmal, als wir noch ganz freie Hand hatte und als Japan, das unser Verbündeter war, noch nicht am Kriege beteiligt war, und wir noch keine Verpflichtung gegenüber den anderen Verbündeten eingegangen waren, wie jetzt durch das Abkommen vom 5. September 1914, etwas so Lächerliches und Unrichtiges, wie, daß es im Interesse Deutschlands läge, daß wir uns am Kriege beteiligten, und daß wir es täten, um Rußland zurückzuhalten.

4. Der Krieg wäre vermieden worden, wenn dem Konferenzvorschlage zugestimmt worden wäre. Deutschland entschloß sich unter dem nichtigsten Vorwande zum Kriege. Ich wollte nichts an einer formellen Frage scheitern lassen und erklärte mich bereit, jeder Art von Vermittlung zuzustimmen, die Deutschland vorschlagen könnte; wenn mein Vorschlag nicht annehmbar sei, sagte ich, so könnte die Vermittlung auf jede Weise, die Deutschland für möglich erachte, angebahnt werden, wenn Deutschland nur im Interesse des Friedens auf den Knopf drücken wolle. Der deutsche Reichskanzler war nach seiner Rede nur für eine direkte Aussprache Wien—Petersburg. Aber was für Aussicht auf Erfolg hatte diese, wenn, wie wir nachher hörten, der deutsche Bot-

Vossische Zeitung
27./VIII. 1915

II
131

Grey gegen Bethmann-Hollweg.

schafter in Wien die Meinung äußerte, daß Rußland beiseite stehen würde, und wenn er auf seine Kollegen von vornherein den Eindruck machte, daß er von Anfang an den Krieg wünschte, und wenn sein Auftreten dort wahrscheinlich durch sein starkes persönliches Vorurteil beeinflußt wurde. Eines Tages wird die Welt vielleicht erfahren, was sich zwischen Deutschland und Oesterreich in betreff des serbischen Ultimatums und dessen Folgen wirklich abgespielt hat. Es ist nur zu klar geworden, daß der Vorschlag einer Konferenz, den wir machten, und dem Rußland, Frankreich und Italien zustimmten, während Deutschland dagegen Einspruch erhob, die einzige Aussicht auf Frieden bot, und es bestand eine so begründete Hoffnung darauf.

Serbien hatte beinahe das ganze österreichische Ultimatum angenommen, so hart und ungeheuer es war. Die unentschiedenen Punkte hätten in einer ehrenvollen und gerechten Weise in einer Konferenz, die eine Woche gedauert hätte, erledigt werden können. Deutschland hätte wissen können, ja mußte wissen, daß wir dabei eine ebenso ehrliche und ehrenhafte Rolle gespielt hätten, wie, nach Deutschlands eigener Anerkennung, bei der Balkankonfrenz, daß wir nicht auf einen diplomatischen Sieg einer Gruppe, sondern auf eine gerechte Lösung hingearbeitet hätten und daß wir uns gegen jeden Versuch, diese Konferenz unfair zum Nachteile Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auszunützen, gekehrt hätten. Die Weigerung Deutschlands, sich an der Konferenz zu beteiligen, hat nicht über die britische Teilnahme an dem Kriege, wohl aber über die Frage, ob Europa Krieg oder Frieden haben würde, entschieden. Sie unterzeichnete das Todesurteil vieler Hunderttausende, die in diesem Kriege getötet wurden. Man muß auch nicht vergessen, daß der Zar von Rußland dem Deutschen Kaiser vorschlug, daß die österreichisch-serbische Streitfrage durch das Haager Schiedsgericht entschieden werden solle. Gibt es einen einzigen aufrichtigen Menschen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, der bei dem Rückblick auf das vergangene Jahr nicht bedauert, daß weder der britische noch der russische Vorschlag angenommen wurde?

5. Und was ist das deutsche Programm, wie wir es aus der Rede des Reichskanzlers und den Aeußerungen der Politiker in Deutschland entnehmen können: Daß Deutschland eine Kontrolle über das Schicksal aller anderen Nationen ausüben will, es will „der Schild des Friedens und der Freiheit der großen und kleinen Nationen“ sein. — Das sind die Worte des Reichskanzlers. Das würde einen eisernen Frieden unter preußischem Schild und deutscher Oberherrschaft bedeuten. Deutschland allein würde die Freiheit genießen, die internationalen Verträge zu brechen, und frei sein, sie zu vernichten, wenn es ihm gefiele, frei, jede Vermittlung auszuschlagen, frei, Krieg anzufangen, wenn es ihm paßt, frei, wenn es wieder in den Krieg zieht, alle Regeln zivilisierter Kriegführung und Menschlichkeit zu Lande und zur See zu brechen. Und während es so handeln würde, würde sein ganzer Seehandel in Kriegszeit frei bleiben, wie es jeder Handel im Frieden sei.

Es wäre sehr vernünftig, die Freiheit der Meere zum Gegenstande von Beratungen, Begriffsbestimmungen und Abkommen nach diesem Kriege zu machen, aber nicht als etwas Abgesondertes und nicht, solange kein Friede und keine Sicherheit gegen den Krieg und deutsche Methoden zu Wasser und zu Lande bestehen. Wenn es Garantien gegen einen zukünftigen Krieg geben solle, so müßten sie allumfassend und wirksam sein, und Deutschland ebenso wie die anderen Nationen, England eingeschlossen, binden. Deutschland will an erster Stelle stehen, der Friede für die anderen Nationen würde der sein, den Deutschland gewährt. Das ist offenbar der Schluß, den man aus der Rede des deutschen Kanzlers ziehen kann. Der Reichsschatzsekretär fügt dem hinzu, daß die schwere Bürde der Milliarden in Zukunft nicht von Deutschland getragen werden müsse, sondern durch die, welche er die Anstifter des Krieges zu nennen beliebt. In anderen Worten: Auf Jahrzehnte hinaus beansprucht Deutschland, daß ganze Nationen, die ihm Widerstand geleistet haben, arbeiten sollen, um ihm in Form von Kriegsentschädigungen einen Tribut zu zahlen.

Der Friede kann nicht unter solchen Bedingungen geschlossen werden. Das Leben der anderen Nationen würde dann weder frei noch erträglich sein. Die Reden des deutschen Reichskanzlers und des Reichsschatzsekretärs zeigen, daß Deutschland um die Oberherrschaft und um einen Tribut kämpft. Wenn dem so ist, und solange es so ist, kämpfen unsere Verbündeten und wir, und wir müssen kämpfen, um unser Recht zu leben, nicht unter Deutschlands Oberherrschaft, sondern in wirklicher Freiheit und Sicherheit.

Vossische Zeitung
28./VIII. 1915

Der Bericht des Fürsten Lichnowsky.

Die „Nordd. Allg. Zeitung" veröffentlicht eine eingehende Widerlegung der Zuschrift Sir Edward Greys an die englische Presse. Von besonderer Bedeutung ist darin die Wiedergabe einer Aufzeichnung des Fürsten Lichnowsky über seine letzte Unterredung mit dem englischen Staatssekretär des Aeußern. Der Wortlaut dieser Aufzeichnung ist der folgende:

„Sir Edward Grey ließ mich wissen, daß er mich gern vor meiner Abreise noch einmal in seiner Wohnung sprechen möchte, um von mir Abschied zu nehmen; auch habe er mir eine vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Wert sein könne. Ich entgegnete, daß es mir überaus peinlich sei, angesichts der Wendung, die die Verhältnisse genommen hätten, ihm nochmals zu begegnen, daß ich aber, falls er es dringend wünsche, ihm seine Anregung nicht versagen und ungern eine Gelegenheit versäumen würde, die vielleicht für die Zukunft beider Länder von Bedeutung sein könnte.

Sir Edward Grey war sichtlich bewegt, als er mich empfing und sagte mir, daß der Entschluß, den er hätte fassen müssen, für ihn der schwerste gewesen sei in seinem bisherigen Leben. **Die Erwägung wäre hierbei ausschlaggebend gewesen, daß** der Schaden, den England durch den Krieg erführe, durch die Beteiligung nicht viel größer würde als durch Passivität, und daß England als beteiligte Macht noch mehr in der Lage sei, sein Wort in die Wagschale zu werfen, als wie durch Neutralität, schon weil es alsdann jederzeit seinen Rückzug aus dem Kampfe androhen könne. Die Verletzung anerkannter internationaler Verträge, die von England gewährleistet seien, habe es ihm unmöglich gemacht, länger beiseite zu stehen, auch habe er es nicht für tunlich gehalten, sich mit uns in einen Handel einzulassen, wie der vom Herrn Reichskanzler vorgeschlagene, welcher die Bedingungen festlegen sollte für die britische Neutralität. Er würde eine derartige Abmachung vom britischen Standpunkt aus nicht für anständig gehalten haben, und es sei ihm unmöglich gewesen, mit einer Macht, die leichten Herzens eingegangene Verpflichtungen bräche, sich in Verträge einzulassen. Er legte das Hauptgewicht, wie auch in seiner Rede, auf die belgische Frage, ohne dabei hinzuzufügen, wie er es im House of Commons getan, daß England nicht zusehen dürfe, daß wir nicht nur Frankreich, sondern auch Belgien und Holland durch unser Vorgehen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen suchten.

Der Minister sagte ferner, er wünsche mir noch folgende vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Bedeutung sein könnte. Sollten die Ereignisse nicht den Verlauf nehmen, wie unsere Militärpartei zu erhoffen schiene, oder sollten wir, wie er inständig wünsche, in nicht zu ferner Zeit aus anderen Gründen dem für Europa so verhängnisvollen Kampfe ein baldiges Ende zu machen wünschen, so würde er stets bereit sein, falls er sich noch im Amt befände, die Vermittlung zu übernehmen und uns behilflich zu sein. Ihm liege jede Absicht fern, Deutschland zu erdrücken (to crush Germany), alles, was er wünsche, sei, den Frieden unter annehmbaren Bedingungen so bald wie möglich wieder herzustellen und das namenlose Unglück, das die gesamte zivilisierte Welt betroffen, nach Möglichkeit einzuschränken.

Auf meine Bemerkung, daß die Rolle des Schiedsrichters ihm bei der Neutralität viel eher zugefallen wäre, entgegnete der Minister, daß er im Gegenteil glaube, daß die Beteiligung Englands die Dauer des Krieges eher beschränken könne, wie das Gegenteil."

Wir überlassen es der Oeffentlichkeit, fügt die „Nordd. Allg. Zeitg." hinzu, darüber zu entscheiden, ob die Schlußfolgerungen, die der Reichskanzler aus dieser Unterredung gezogen hat, zutreffend waren oder nicht.

Vossische Zeitung
28./VIII. 1915

Italiens finanzielle Schwierigkeiten.

„... Mit seinen bisherigen 16 Milliarden Anleihen ist das Land ohnehin schwer belastet gewesen. Der mutwillig angezettelte Krieg wird diese Last beträchtlich erhöhen, vielleicht verdoppeln. Wie wird Italien diese Bürde tragen, die es in unseliger Verblendung freiwillig auf sich genommen hat? In London und Paris reibt man sich die Hände. Wie aber auch der Krieg für Italien ausgehen mag, neue, schwere Steuern werden erforderlich sein, um die Staatsmaschine im Gang zu halten. In letzter Linie ist der Leidtragende das italienische Volk, das, ohnehin verarmt, mit Naturnotwendigkeit dazu verurteilt ist, das ausgepowertste Volk Europas zu werden. Wenn der jetzige Rausch verflogen, wenn die nüchterne Wirklichkeit an die Stelle der trunkenen Visionen getreten sein wird, dann wird das italienische Volk dem Tage fluchen, an dem seine Regierung sich vorsätzlich an seinem Blut und Gut vergriffen hat. Lasciate ogni speranza, voi che entrate!... Ihr, die ihr in den Krieg eintretet, gebt alle Hoffnung auf...!"

Als wir am 29. Mai d. J. (Nr. 269 der „Voss. Ztg.") unter der Ueberschrift „Wie wird Italien den Krieg finanzieren?" obige Zeilen niederschrieben, haben wir die finanzielle Lage Italiens in einer Weise beurteilt, der die Entwicklung der Dinge seither Recht gegeben hat. Die mannigfachen Angriffe, denen jener Artikel und die vorher und nachher an dieser Stelle veröffentlichten Aufsätze in der italienischen Presse ausgesetzt waren, haben uns in der Beurteilung der Lage nicht irre zu machen vermocht. Inzwischen haben die italienischen Finanzen durch den fortgesetzten scharfen Rückgang der Staatseinnahmen, durch das Fiasko der zweiten Kriegsanleihe und nicht zuletzt durch die Entwicklung der kriegerischen Operationen, deren Ergebnislosigkeit mit ihren ungeheuren Aufwendungen so schreiend im Widerspruch stehen, eine weitere sehr erhebliche Verschlechterung erfahren. Wie wenig die italienische Regierung auf die Mitwirkung der Banken des Landes zu rechnen hat, haben wir in unseren Aufsätzen „Die italienischen Banken im Kriege" hinreichend beleuchtet. Werden die Institute dennoch in größerem Umfange herangezogen, was bei der hoffnungslosen finanziellen Lage des Landes sehr wohl möglich ist, so kann solches nur auf Kosten ihrer Solidität geschehen. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben können, ist kaum abzusehen. Auf der anderen Seite ist der weiteren Inanspruchnahme der Notenpresse durch das kontinuierlich steigende Anziehen des Goldagios eine natürliche Grenze gezogen.

Und wenn es auch durchaus möglich ist, daß unter dem Druck der Verhältnisse diese Grenze weiter überschritten wird, es kann solches doch eben nur auf Kosten des Volkes geschehen. Denn eine weitere Erhöhung des Goldagios wird die ohnehin große Teuerung im Lande, unter der die Bevölkerung schon jetzt ächzt und stöhnt, noch mehr vergrößern und das Elend ins Ungemessene steigern. Aus diesem Elend allein erklärt es sich, daß die Regierung es doch noch nicht — oder sollen wir sagen: nicht mehr? — wagen konnte, mit neuen Steuerforderungen vor das Volk zu treten. Und doch wird sich das Anziehen der Steuerschraube auf die Dauer nicht umgehen lassen. Es bleibt dabei: das ohnehin verarmte italienische Volk ist, wie wir bereits am 29. Mai schrieben, mit Naturnotwendigkeit verurteilt, das ausgepowertste Volk Europas zu werden.

Der Weg der Anleihe gesperrt. Die Quelle neuer Steuern versiegt. Die Bahn weiterer Notenausgaben ungangbar und gefährlich: Was blieb Italien anderes übrig, als sich bittend und bettelnd an die Bundesgenossen zu wenden. Die Bundesgenossen? Nur einer, England, kommt noch in Betracht. Haben doch die anderen genug mit der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu tun. Aber England, in richtiger Erkenntnis der Zwangslage Italiens, ist nur bei Gegenleistungen, deren Höhe es vorschreibt, für Anleihen zu haben. Ohne Deckung kein Vorschuß. In Geldsachen hört eben die Gemütlichkeit und etliches andere auf. Welche Deckung vermag aber Italien in seiner heutigen Lage zu bieten? Sein Gold? Es würde seine ohnehin geschwächte Valuta unheilbar kompromittieren. Seine Staatseinnahmen, wie Zölle usw.? Es würde seine Oberhoheit zu einem guten Teil einbüßen und offen, vor aller Welt, der Vasall Großbritanniens werden, der es in Wirklichkeit ja schon ist. Aber England verwies auf die Möglichkeit, das Geschäft doch noch zum Abschluß zu bringen, wenn Italien sich an den Kämpfen gegen die Türkei beteiligt. Italien hat geglaubt, diese demütigendste aller Bedingungen, die je eine Großmacht einer anderen verbündeten Großmacht zu stellen gewagt hat, annehmen zu sollen. So kam die italienische Kriegserklärung an die Türkei zustande. Noch eine gewisse Anstandsfrist — und die Welt wird erfahren, daß Großbritannien dem verbündeten Italien eine Anleihe in Höhe von so und so viel zugesagt hat. Ihre Deckung liegt in dem Blut der Söhne des italienischen Volkes. „... Wenn die nüchterne Wirklichkeit an die Stelle der trunkenen Visionen getreten sein wird, dann wird das italienische Volk dem Tage fluchen, an dem seine Regierung sich vorsätzlich an seinem Blut und Gut vergriffen hat." So schrieben wir vor drei Monaten, als Italien eingriff. Wir haben unseren Worten nichts hinzuzufügen und nichts davon zurückzunehmen ...!

* * *

Ein Gruß von Volk zu Volke.

Von **Karl Renner.**

Oesterreichische Infanteristen, ungarische Landsturmmänner und deutsche Reservisten haben Litauisch-Brzesc erstürmt, die letzten russischen Truppen vom Boden des Königreichs Polen vertrieben und damit die polnische Nation wieder in die mitteleuropäische Völkerfamilie zurückgeführt, zu der sie gehört. Als Sozialdemokraten, als Deutsche und Oesterreicher begrüßen wir sie und heißen sie als befreundete und verbündete Nation willkommen.

Seitdem es eine sozialdemokratische Arbeiterklasse gibt, hat sie mit regem Interesse, zu Zeiten selbst mit glühender Leidenschaft das Los und die Stellung dieser Nation in Europa und in der Welt verfolgt. Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle haben trotz manchen Wandels in Einzelheiten die Zugehörigkeit Polens zum westlichen Kulturkreis, die soziale, politische und militärische Notwendigkeit der Befreiung der Polen von der russischen Umklammerung vertreten, wenn auch die alte Internationale nicht immer weitsichtig genug war, ihre Gründe und Ziele zu begreifen.*) Auf die französischen Sozialisten übte Proudhon zeitweilig einen verderblichen Einfluß aus, der sich mit der russischen Herrschaft über Polen abfand und sich tatkräftig gegen die Unterstützung der polnischen Sache durch die europäische Demokratie aussprach. Die Geschichte selbst hat Proudhons Erwartungen an den Zarismus Lügen gestraft, Marx fand, daß Proudhon in seiner Schrift gegen Polen „dem Zaren zu Ehren kretinartigen Zynismus treibe." Leider ist die leichtsinnige Oberflächlichkeit in der Beurteilung der Eroberungs- und Gewaltpolitik der russischen Machthaber bis heute nicht ausgestorben.

Wenn der wiederkehrende Friede uns deutsche Sozialdemokraten zum Urquell unserer Kraft, zur wissenschaftlichen Arbeit zurückführt, wird wohl einer der ersten Gegenstände der Forschung sein, festzustellen, wie sich unsere Lehrmeister zu den Problemen der auswärtigen Politik und den Verwicklungen der Völker und Staaten verhalten haben. Ihre leidenschaftliche Teilnahme an den kriegerischen Neugestaltungen der Welt, am Krimkrieg, am österreichisch-sardinischen Krieg, an den Kriegen von 1866 und 1870 ist heute bekannt. Weniger vertraut ist unsere Parteiöffentlichkeit mit ihrer Haltung zu den Verwicklungen des nahen Ostens und zu einem deutsch-russischen Kriege, dessen Wahrscheinlichkeit, dessen Nähe sie seit 1848 immer empfunden haben. Als ein Beispiel ihrer Voraussicht und ihrer vorurteilslosen Würdigung auch aller militärischen Bestimmungsgründe setzen wir ein Wort von Karl Marx her, das er im Jahre 1860 in seinem „Herr Vogt" gegen die russophilen Forderungen dieses Literaten richtet, der das Aufgehen und Untergehen des ganzen ehemaligen polnischen Reiches in Rußland verlangt. Gegen die Gefahr, die in diesem Falle Deutschland droht, wendet sich Marx: „Als Rußland durch die Verträge von 1815 den bei weitem größten Teil des eigentlichen Polens annektierte, erhielt es eine nach Westen hin so vorgeschobene Stellung, drängte es sich so keilartig nicht nur zwischen Oesterreich und Preußen, sondern zwischen Ostpreußen und Schlesien, daß schon damals preußische Offiziere (Gneisenau z. B.) auf die Unerträglichkeit solcher Grenzverhältnisse gegen einen übermächtigen Nachbar aufmerksam machten. Als aber die Niederwerfung Polens 1831 dies Gebiet den Russen auf Gnade oder Ungnade unterwarf, entwickelte sich auch erst der wahre Sinn des Teilens. Den Befestigungen, im größten Stile angelegt bei Warschau, Modlin (Nowo-Georgiewsk), Demblin (Iwangorod), diente die Niederhaltung Polens nur als Vorwand. Ihr wirklicher Zweck war vollständige strategische Beherrschung des Weichselgebiets, Herstellung einer Basis für den Angriff nach Norden, Süden und Westen. Selbst Haxthausen, der für den rechtgläubigen Zaren und alles Russische schwärmt, sieht hier eine ganz entschiedene Gefahr und Drohung für Deutschland. Die befestigte Stellung der Russen an der Weichsel bedroht Deutschland mehr als alle französischen Festungen zusammengenommen, namentlich von dem Augenblick, wo Polens nationaler Widerstand aufhören und Rußland über Polens kriegerische Kraft als seine eigene Angriffskraft verfügen würde." So hat Karl Marx die militärische Stellung Rußlands im Osten von Deutschland und Oesterreich gesehen und daraus auch alle Folgerungen für die unausweichlich gebotene Haltung der deutschen Nation wie Oesterreichs zur Polenfrage gezogen. Darum ist es keine „historische Tatsache", sondern bloße Einbildung, wenn der Historiker Hermann Oncken*) Marx einen in der Vergangenheit lebenden Romantiker nennt, der, in internationalen Horizonten zu denken gewohnt, kein inneres Verhältnis zu Deutschland gewinnen konnte. Deutschlands Gelehrten- und Bürgerwelt müßte sich beglückwünschen, wenn sie, auch heute noch, nur den hundertsten Teil aufbrächte des Verständnisses für die Zukunft der deutschen Nation in Europa, verglichen mit Karl Marx und Friedrich Engels. Jene von Marx vorausgesehene, von Deutschlands zarenfrommer Bourgeoisie niemals, von seinen Staatsmännern nicht einmal bei Kriegsausbruch noch voll begriffene Gefahr ist im Vorjahr Wirklichkeit geworden, sie ist heute durch übermenschliche Anstrengung der Massen und durch ein Uebermaß von Führergeschick gebrochen: Mitteleuropa atmet auf — es ist heute in ganz anderer Lage zur Welt als vor Jahresfrist.

In dessen Verhältnis zum Osten Europas sind Marx und Engels auch Oesterreich gerecht worden. Jene verbohrte Verständnislosigkeit gegenüber einem Völkerstaat, die heute die besten Köpfe Frankreichs befängt — sie wird nur überboten durch unsere heimische Bourgeoisie aller Nationen —, war ihnen fremd. Zur Vorbereitung des Genfer Kongresses der alten Internationale schrieb Friedrich Engels in englischer Sprache eine Artikelreihe über Polen, der wir hier nur eine Stelle entnehmen: „Wohlbekannt ist, wie hart sich Oesterreich anstrengte, dem Geschäft der Teilung Polens zu entgehen, wie lange es den Teilungsplänen Rußlands und Preußens widerstand. Polen war ein natürlicher Bundesgenosse Oesterreichs gegen Rußland. Wenn Rußland einst gewaltig werden sollte, konnte nichts mehr im Interesse Oesterreichs liegen, als Polen zwischen sich und dem neu aufstrebenden Weltreich am Leben zu lassen. Es geschah erst dann, als Oesterreich Polens Schicksal entschieden sah, ob nun mit oder ohne Oesterreich, als die zwei anderen Mächte es zu vernichten entschlossen waren; es geschah erst dann, daß Oesterreich zu seiner Selbsterhaltung einen Teil des Gebietes beanspruchte. Indessen schon 1815 trat es für ein unabhängiges Polen ein, im Jahre 1831 und 1863 war es bereit, für diese Sache in den Krieg zu gehen und seinen Anteil an Polen aufzugeben, unter der Voraussetzung, daß England und Frankreich bereit wären, sich ihm anzuschließen. Dasselbe während des Krimkrieges. Das sagen wir nicht etwa, um die allgemeine Regierungsweise der österreichischen Regierung zu rechtfertigen. Oesterreich hat oft genug gezeigt, daß die Unterdrückung einer schwächeren Nation ein seinen Lenkern kongeniales Werk ist. Aber in dem Falle Polens war der Instinkt der Selbsterhaltung stärker als das Streben nach Gebietserweiterung oder als die gewohnte Regierungsweise," Und das stellt, sagt Engels in wörtlicher Uebertragung der englischen Wendung, „für die

*) Rjasanoffs Studie: Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage in Grünbergs Archiv (VI. 1) fördert alle Materialien zur Beurteilung ihrer Haltung zu Tage. Man muß zugeben, daß diesem ausgezeichneten Geschichtskenner und redlichen Forscher gelungen ist, zu erweisen, daß die alte Internationale die Ansichten Marx' und Engels' niemals formell zu ihrem gemeinsamen Programm erhoben hat, die Studie aber läßt für die Bestreitung der Marx-Engelsschen Auffassungen selbst keinen Raum.

*) Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Thimme und Legien. Bei Hirzel in Leipzig.

Arbeiterzeitung
28./VIII. 1915

II
136

Ein Gruß von Volk zu Volk.

Gegenwart Oesterreich außer Gericht".
(And this puts Austria out of court for the present.)

Man kann auch für die augenblickliche Rolle Oesterreich-Ungarns und die Haltung der Sozialdemokratie zu ihr keine bessere Wendung finden.

Unsere Lehrmeister haben das, was jetzt im Osten geschehen ist, unzähligemal vorerwogen. Sie haben darin für Deutschland wie für die Völker Oesterreich-Ungarns — auf diese selbst und nicht auf Staatsformen und Regierungsweisen kommt es an, die immer zeitlich sind — eine geschichtliche Notwendigkeit und eine befreiende Tat gesehen. Die Befreiung der Polen von der russischen Besatzung ist nicht nur eine Befreiung der Polen, sie ist vor allem die Befreiung aller Völker Mitteleuropas von ständig bereiter kriegerischer Bedrohung und von entwürdigender politischer Beeinflussung vorgeschrittener Staaten und Völker durch militärisch zusammengeballte, kulturell aber in Rückständigkeit erhaltene ungeheure Völkermassen.

Und so ist uns denn die Hoffnung geworden, daß diese Bedrohung und Beeinflussung auf das Mindestmaß eingeschränkt bleibt in aller Zukunft. Denn sie war der Rückhalt der europäischen Reaktion schlechtweg. Nun ist auch die zweite Hoffnung begründet, daß sich Rußland selbst findet und sich seine Duma der inneren Befreiung und Erhebung zuwendet, sie, die alle imperialistischen Bestrebungen des Zarismus noch überboten hat. Nun kann, nun soll die politische Welt anders werden.

In dieser Stunde erinnern wir uns auch eines tiefen Wortes Friedrich Engels' über die polnische Nation selbst. Geschichtliches Unheil hat ihre herrschenden Klassen maßlos zerrissen und durch widerstreitende Interessen gelähmt. Im Jahre 1892 schrieb Engels für die polnische Ausgabe des Kommunistischen Manifestes ein Vorwort, worin er auf die Entwicklung der Industrie in Polen hinweist, die ein selbstbewußtes Proletariat großziehe und in ihm eine Garantie der künftigen Wiedergeburt schaffe. Nachdem sich der polnische Adel als kraftlos erwiesen habe und die polnische Bourgeoisie sich zu der Frage der nationalen Wiedergeburt gleichgiltig verhalte, könne die Befreiung Polens nur durch das polnische Proletariat erobert werden. Nicht ganz erfüllt hat sich dieses Wort, der Krieg ist der natürlichen inneren Entwicklung vorausgeeilt. Dennoch aber war es prophetisch. Denn an dem Werke der Einigung und Erhebung hat die polnische Sozialdemokratie heute schon das erste Verdienst und wird ihr in Hinkunft ein großer, schwieriger Anteil werden. Nicht ohne Irrungen und Leiden erhebt sich eine Nation aus politischer Teilung und Zerrissenheit. Sie zu überwinden wird es der Tatkraft und der Zielsicherheit des Proletariats vor allem bedürfen.

Was immer kommen möge, das österreichische Proletariat begrüßt seine polnischen Genossen auf den neuen Bahnen und im neuen Kreise mit wärmster Anteilnahme. Als Deutsche und Oesterreicher begrüßen wir das gesamte polnische Volk zu dem großen Wandel seiner Geschicke und hegen den Wunsch: So möge sich denn für sie und für uns, alles zum Besten wenden, auf daß die freien, gleichen und verbündeten Nationen Mitteleuropas in Sicherheit gemeinsamer Friedensarbeit dienen.

Kölnische Zeitung

29./VIII. 1915

Weltkrieg und Friedenskonferenzen.

Von Dr. Hans Wehberg.

Es ist wohl kein Zufall, daß in demselben Augenblicke, da so manche Grundsätze des Völkerrechts dem Ansturm des gewaltigen Völkerringens nicht standgehalten haben, der Wunsch nach einem festern Aufbau dieses größten Rechtsgebietes stärker hervortritt als je zuvor. Treffend hat kürzlich v. Liszt in der neuesten Auflage seines „Völkerrechts“ darauf hingewiesen, daß auch früher nach den blutigsten Kriegen das internationale Recht eine neue Blütezeit erlebt habe und daß es nach dem Ende des gegenwärtigen Krieges nicht anders sein werde. Schon ist die Reichsregierung mit dem großen Gedanken hervorgetreten, die Freiheit der Meere zu sichern und damit ein Ziel zu erreichen, für das die größten Geister der Menschheit seit Jahrhunderten vergebens eingetreten sind. Der Sieg dieses Gedankens würde einen gewaltigen Fortschritt bedeuten. Und warum soll nicht ähnliches auf andern Gebieten erreicht werden? Das deutsche Volk wünscht einen wirklich dauernden Frieden, und sicherlich wird ein solcher ohne einen weitern Ausbau der internationalen Rechtsnormen nicht möglich sein. Aber wird nicht jeder Versuch auf diesem Gebiete ein Mißerfolg bleiben? Lehren nicht die Haager Friedenskonferenzen den Bankrott aller derartigen Bestrebungen? Nur wer die Ziele und Verhandlungen dieser beiden Staatenversammlungen nicht kennt, wird solche Ansicht vertreten dürfen. Für die Bedeutung dieser Konferenzen und für die zukunftsreiche Aufgabe der Weiterbildung des Völkerrechts eine wuchtige Lanze zu brechen, ist der Zweck einer größern Arbeit, die soeben Geheimrat Philipp Zorn in Stier-Somlos „Handbuch des Völkerrechts“, unter dem Titel „Die beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907“ (Stuttgart, Kohlhammer, 1915, 142 S.) herausgegeben hat. Niemand ist mehr geeignet, weiten Kreisen die Bedeutung jener Konferenzen klar zu machen als der wissenschaftliche Delegierte Deutschlands zu den Haager Beratungen, der politischen Scharfblick mit wissenschaftlicher Gründlichkeit wie selten einer verbindet.

Zorns Arbeit will in der Hauptsache nur eine Zusammenstellung und Überarbeitung früherer Aufsätze sein, die vor dem Kriege geschrieben worden sind. Mit bestimmter Absicht hat der Verfasser an jenem Text keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Vor allem wollte er dadurch bekunden, daß die Erfahrungen des Weltkrieges sein Urteil über die „unbestreitbaren und bedeutsamen Resultate“ der beiden Konferenzen nicht haben ändern können. Mit aller Deutlichkeit sagt Zorn in dem Vorwort zu seiner Schrift:

> Das internationale Leben wird sich aber dennoch, wenn auch vielleicht nur sehr allmählich, wieder in feste Bahnen zurückfinden. Die allgemeinen Interessen der Menschheit sind heute zu groß und vielseitig, als daß ihre Pflege eine dauernde Unterbrechung finden könnte. Deutschland wird, wie bisher, an der Weiterbildung und vor allem an der Festigung des Völkerrechts in Treue mitarbeiten. Dann werden auch die großen und wertvollen Arbeiten der beiden Haager Friedenskonferenzen wieder zur Anerkennung, Geltung und Fortführung gelangen. Dieses tröstende Bewußtsein darf uns auch mitten in den Schrecken und der Trostlosigkeit des gegenwärtigen Zusammenbruchs des Völkerrechts nicht verlassen. Deutschland aber wird, nachdem es seinen nationalen Staatsbau gegen eine Welt von grimmigen Feinden behauptet und für alle Zukunft sicher begründet hat, in jenen internationalen Arbeiten seinen Ehrenplatz wieder einnehmen und auf der festgesicherten Grundlage seines nationalen Staates stets wie bisher bereit sein, mit aller Kraft die internationale Arbeit zum Wohle der Menschheit zu fördern und zu sichern.

Wenn weite Kreise in Deutschland über die Haager Konferenzen anders denken, so ist das nach Zorn „ein Urteil der Ungerechtigkeit und Unwissenheit“. Indem Zorn die Abrüstungsfrage, die auf den Haager Konferenzen keine entscheidende Bedeutung gehabt hat und auch nur indirekt mit dem Völkerrecht zusammenhängt, kurz beiseite schiebt, erörtert er sehr eingehend die Verhandlungen und Resultate auf dem Gebiete des Kriegsrechts und der Schiedsgerichtsbarkeit. Keineswegs beschränkt er sich auf eine Darstellung der wichtigsten Punkte. Auch die Einzelheiten der Abkommen werden erläutert. Deshalb wird z. B. derjenige, der das Kriegsrecht kennen lernen will, einen ausgezeichneten Wegweiser in dieser Abhandlung finden. Zorn bietet hier keine persönlichen Erinnerungen an die Haager Konferenzen, wie sie im Juni- und Juliheft der „Deutschen Revue“ der österreichische Delegierte Professor Lammasch veröffentlicht hat; es handelt sich lediglich um die Darstellung ihrer Ergebnisse. Wir erfahren, daß die erste Haager Friedenskonferenz ein außerordentlich schönes Resultat gehabt hat, indem sie, nach Hugo Grotius, ein ius belli ac pacis, ein Recht des Krieges sowie des Friedens d. h. der Schiedsgerichtsbarkeit schuf, das einen hoffnungerweckenden Anfang für spätere Taten bedeutet. Außer dem Landkriegsabkommen ist hier besonders der Haager Schiedshof zu nennen. Die zweite Haager Friedenskonferenz dagegen „endete in einer vollständigen internationalen Verwirrung“. Das wichtigste Problem, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, scheiterte an dem Widerstande einiger Staaten. Auch auf dem Gebiet des Seekriegsrechts gelang der zweiten Konferenz nicht, was die erste auf dem Landkriegsrechte zustande gebracht hatte. Gerade die wichtigsten Punkte blieben ungeregelt, und die Londoner Konferenz mußte das Werk fortsetzen.

Man wird sich angesichts der Ergebnisse und Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz die Frage vorlegen müssen: Woran lag es, daß so wenig erreicht wurde, und läßt sich in Zukunft ein solcher Mißerfolg nicht verhindern? Warum hatte die Haager Konferenz von 1899 einen so schönen Erfolg, daß sie einen Markstein in der Geschichte des Völkerrechts verzeichnet, und warum nicht auch die zweite Konferenz? Wird nicht, wenn zahlreiche Konferenzen solchen Erfolg wie 1899 haben, schließlich doch etwas Gewaltiges sich erreichen lassen? Das ist eine Frage von großer Bedeutung, die auch in Zorns Werk nicht unerörtert bleibt, sondern in vorsichtiger Weise angeschnitten wird. Goldene Worte sind es, die der große Völkerrechtslehrer hierüber auf Seite 78 sagt. Er geht von der Feststellung aus, daß der mit den Weltkonferenzen beschrittene Weg einen erheblichen Vorteil vor dem rein diplomatischen hat, weil sich hier in freundlicher wohlwollender Aussprache manches erledigen lasse, was schriftlich nur unter größten Schwierigkeiten möglich sei. In solcher Aussprache sei eine wertvolle Herstellung und Kräftigung des internationalen Vertrauens zu finden. Man dürfe nicht von vornherein in jedem Antrage eines andern Staates eine Falle erblicken, und müsse mit ernstem Willen eine Verständigung über Meinungsverschiedenheiten als das in erster Linie zu erstrebende Ziel zu erreichen suchen. Dann werde es dem ernsten Willen gelingen, über Meinungsverschiedenheiten, auch über schwere, ein beide Teile befriedigendes Resultat zu erzielen. Nötig sei dabei, auch internationalen Strömungen, wie z. B. der Friedensidee, entgegenzukommen, wenn darin keine Gefahr für den eigenen Staat zu erblicken sei. Nur der Bureaukrat, der im „juristischen Begriffshimmel“ lebe, werde das nicht verstehen. Und deutlich sagt Zorn, ein solches Resultat könne nur erreicht werden, wenn man die richtigen Männer nach dem Haag sende. Mit bestimmter Absicht hat Zorn, wie er hervorhebt, diese vor dem Weltkrieg geschriebenen Sätze unverändert in sein neues Werk aufgenommen. Zorns Werk, dem in einem Anhang reiche Literaturangaben beigefügt sind, ist die einzige größere Arbeit der deutschen Völkerrechtsliteratur, die beide Konferenzen im Zusammenhang darstellt. Allen, die guten Willens sind, nach den Erfahrungen des letzten Jahres die Hoffnung auf einen weitern segensvollen Ausbau der internationalen Rechtsordnung nicht aufzugeben, und Kinder wie Kindeskinder in friedlicher Kulturarbeit lieber als in dem Brande eines Weltkrieges geborgen wissen wollen, sei dieses Buch zur aufmerksamen Durcharbeit empfohlen. Es gilt, aus der Vergangenheit zu lernen, aber nicht nur aus der Vergangenheit der Kriege, sondern auch jener Stömungen, die seine Humanisierung bzw. Verminderung erstrebten.

Vossische Zeitung
29./VIII. 1915

Die englische Kohlenteuerung und ihre Wirkungen.

Von allen Gütern, welche mit dem Lebensnerv der englischen Volkswirtschaft in Berührung stehen, ist sicherlich nach dem Brotgetreide die Kohle von größter Bedeutung. Der englische Kohlenbergbau stand im Jahre 1912 an zweiter Stelle aller kohlenfördernden Länder, nur von den Vereinigten Staaten von Amerika übertroffen. Die englische Kohlenausfuhr erreichte in dem letzten Halbjahr vor Kriegsbeginn (1. Januar bis 1. Juli 1914) den außerordentlichen Wert von zirka ½ Milliarde Mark und repräsentierte damit den zirka zehnten Teil des Wertes des britischen Exportes in jener Periode. Auf billiger Kohle hat Großbritannien gerade so wie auf billigen Getreidepreisen seine Volkswirtschaft aufgebaut, und es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts fast gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der englischen Getreidezölle auch das einzige große und preisverteuernde Kohlenkartell, das England in der Geschichte aufzuweisen gehabt hat, aufgelöst wurde. Seit jener Zeit hat der freie Wettbewerb die englischen Kohlenpreise so niedrig gehalten, wie es den weltwirtschaftlichen Absatzverhältnissen entsprach, und geradeso wie man sich in England bezüglich der Getreideversorgung für den Kriegsfall völlig sicher wähnte, so hat man bei der Kohle, für welche ja England selbst der Hauptexporteur der Welt ist, eine Besorgnis wegen der Versorgung im Kriege erst recht nicht aufkommen lassen.

Auch hier hat Großbritannien durch den Krieg Überraschungen erlebt. Heute ist das Kohlenproblem in Großbritannien nach dem Getreideproblem das wichtigste der englischen Kriegswirtschaft. Der Ausgangspunkt aller Kohlen-Debatten in England bildet die außerordentliche Preissteigerung, die Kohle seit dem Beginn des Krieges durchgemacht hat. Nach dem „Economist" vom 25. Juli 1914 kostete beste Kohle in Newcastle 15 sh 6 d die Tonne, die heute mit 22 sh bezahlt wird, während andere billigere Kohlensorten, die zu Ende Juli 1914 mit zirka 10 sh bezahlt wurden, heute 20—23 sh bringen. Die Ursachen dieser Teuerung sind verschiedener Art: die Erhöhung der Produktionskosten, die wiederum mit den höheren Löhnen, der Verteuerung der Hilfswerkzeuge beim Kohlenbergbau, dem immer mehr fühlbar werdenden Mangel an Grubenhölzern, der Entziehung von Arbeitskräften durch die Rekrutierung usw. zusammenhängt. Vor allem aber ist zu betonen, daß die Steigerung der Preise als das natürliche Ergebnis großer Nachfrage bei sinkendem Angebot erscheint. Stellte doch, wie der „Economist" vom 24. Juli berichtet, der englische Minister Runciman im englischen Parlament bei Besprechung des Kohlen-Höchstpreisgesetzes fest, daß in dem ersten Halbjahr 1914 die englische Kohlenförderung 142 Millionen Tonnen, in dem entsprechenden Halbjahr des Jahres 1915 dagegen nur 127,5 Millionen Tonnen betragen habe, so daß, selbst wenn man die Ausfuhrverminderung mit 13 Millionen Tonnen in Anrechnung bringt, immer noch ein Defizit von ungefähr 1½ Millionen verbleibe. Diesen Schätzungen ist nun gegenüber zu halten, daß infolge des Krieges der Bedarf an Kohle in England außerordentlich gestiegen ist, was sich ziffernmäßig natürlich auch nicht annähernd feststellen läßt. Jedenfalls konnte eine viel geringere Menge Kohle als in Friedenszeiten dem Bedarf der Industrie und der Haushaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Welche Bedeutung diese Kohlenknappheit und Kohlenteuerung für den Zivilbedarf hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die Belastung des Konsumenten auf Grund der höheren Preise für das abgelaufene Kriegsjahr auf nicht weniger als 20 Millionen Pfund, d. h. 400 Millionen Mark von Runciman veranschlagt wurde. „Die Kosten der Aushebung von Grubenarbeitern sind für die Nation und die Regierung enorm gewesen," so schreibt der „Economist".

Die Teuerung der englischen Kohle hat aber auch der Regierung schwere politische Sorgen gebracht, welche zunächst das jetzige Höchstpreisgesetz zur Folge hatten. Soweit es sich aber jetzt übersehen läßt, haben die englischen Konsumenten in dieser Frage weit weniger „erreicht" als die Arbeiter, denen gegenüber die Regierung sich anscheinend zu bedeutend größerer Hilfsbereitschaft genötigt sah. Denn das Höchstpreisgesetz für Kohle bezieht sich auf den Preis der Kohle an der Grube und läßt sowohl den Zwischenhandel wie die bereits bestehenden Kontrakte, die sich auf zirka 80 Prozent der jetzt verfügbaren Kohle erstrecken, unberührt. Es hat deshalb im Parlament auch nicht an Anfragen an die Regierung gefehlt, welche eine Festsetzung von Höchstpreisen für den Detailhandel forderten, Anfragen, welche der Minister Runciman damit zu beschwichtigen suchte, daß große Londoner Firmen eine Vereinbarung mit der Regierung getroffen hätten, in kommender Zeit die Kohlenpreise der Großstadt nicht ungebührlich zu steigern. Diese Versicherung des Ministers war freilich keineswegs geeignet, diejenigen Mitglieder des Hauses, welche die Interessen des Konsumenten in Schutz nehmen zu müssen glaubten, zu beruhigen.

Die hohen englischen Kohlenpreise haben aber nicht nur den inländischen Konsumenten mit schwerer Sorge erfüllt, sie werden vor allem auch von denjenigen Ländern, welche auf die englische Kohlenausfuhr angewiesen sind, mit immer mehr wachsenden Befürchtungen empfunden. Die Verteuerung der englischen Kohle im Ausland ist um so größer, als zu den schon hochgetriebenen inländischen Preisen noch die außerordentlich verteuerte Fracht hinzukommt. Die Frachtrate von Westengland nach Marseilles betrug in den letzten Tagen 25 Fr.; was dies bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1913 englische Kohle in Danzig und Hamburg durchschnittlich 18—26 Mark pro Tonne kostete. Heute ist also allein die Fracht Westengland-Südfrankreich ungefähr so hoch, wie in Friedenszeiten der Preis englischer Kohle in deutschen Häfen. Die Ausfuhr amerikanischer Kohle nach Europa spiegelt ja auch deutlich die überraschende Verschiebung aller weltwirtschaftlichen Absatzverhältnisse auf Grund der gesteigerten Frachtraten wieder. Es ist selbstverständlich, daß an der starken Differenz, die heute zwischen dem englischen und dem französischen Kohlenpreis besteht (zirka 6—20 Mark pro Tonne) auch unsere U-Bootaktion einen wesentlichen Anteil hat, nicht nur dadurch, daß sie den Schiffsmangel dauernd steigert, sondern besonders auch durch die Unsicherheit des Seeverkehrs gerade an denjenigen englischen Küstengebieten, die für die Kohlenausfuhr in Frage kommen.

Durch die neuesten Bestimmungen der englischen Regierung über den Kohlenexport nach neutralen Ländern wird selbstverständlich die englische Kohlenausfuhr weiter reduziert werden. Wie ein angesehenes englisches Fachblatt hervorhebt, liegt hierin für England sowohl ein Vorteil wie auch eine große Gefahr. Denn der Möglichkeit, durch Exporterschwerungen den Preis in England zu drücken, steht das bedenkliche Moment gegenüber, die schon so überaus stark verschlechterte englische Handelsbilanz noch dadurch weiter zu gefährden, daß man der Ausfuhr einen der wichtigsten englischen Exportartikel künstlich vorenthält. „Die Beschränkung und das Verbot der Kohlenausfuhr muß eine sehr ungünstige Wirkung auf den Londoner Wechselkurs üben, da Kohle unser vielleicht wertvollster Exportartikel ist," so schreibt der „Economist". Die englische Regierung muß eben einsehen, daß man angesichts des tatsächlichen Übelstandes, welchen die Kohlenversorgung aufweist, es nicht allen Interessen recht machen kann; man kann nicht den Arbeitern höhere Löhne bewilligen und gleichzeitig den Konsumenten billige Kohle geben und man kann nicht aus den Bergwerken große Rekrutierungen vornehmen und gleichzeitig den so wichtigen Export an das kohlenbenötigende verbündete Frankreich aufrecht erhalten. So hat der Krieg auch auf diesem Gebiete Großbritannien vor Schwierigkeiten und Gefahren gestellt, deren Tragweite sich steigern muß, je länger der Krieg dauert.

29/III. 1915

Der Schacherer Grey.

Immer erbaulicher werden die Aufklärungen über die von Sir Edward Grey im Sinne und nach den Richtweisen des verstorbenen Eduard VII. geleitete englische Politik, die notgedrungen vor Tageslicht und Welt gegeben werden müssen. Notgedrungen; denn Sir Edwards beharrliche und zähe Lügentaktik zwingt unsere verantwortlichen Staatsmänner einfach, ihm mit der Wahrheit entgegenzutreten. Was in Friedenszeiten internationale Höflichkeit schonsam verschwiegen hält, wie nötig es auch der Mitwelt ist, darum zu wissen, reißt der Krieg erbarmungslos aus Deckeln und Dunkel und schlägt mit der eisenbeschuppten Hand darauf: Seht hier! Ja, seht her, ihr Völker; nicht nur, die friedlich vom gewaltigen Ringen abseits stehen, auch die beteiligten, und vor allen die mit England verbündeten, die immer noch nicht begreifen wollen, daß sie in Englands Fron sich aufopfern und bluten, können erkennen, was zu ihrem Heil dient, welche Politik und welche Männer diesen Weltbrand entzündet, dies Meer von Blut und Tränen entfesselt haben.

Die schweren, auf starke Beweise gestützten Anklagen, die Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner großen Reichstagsrede am 19. August gegen England und seinen Grey erhoben hat, mochte der Schuldige doch nicht ganz unbeantwortet lassen. In einem längeren Schreiben an die englischen Zeitungen sucht er sie zu widerlegen. Hintertüren hat er sich bei seiner Politik wie alle Schwindler listig offen gehalten und vor allem sehr schlau sein ganzes System von Koalitionen zur Einkreisung und Erwürgung des Deutschen Reiches nur auf Verständigungen, Ententen, Freundschaften aufgebaut, nichts vertragsmäßig festgelegt, nichts Bindendes schriftlich aus der Hand gegeben. Nur mit mündlichen Verabredungen und mehr oder minder persönlichen Briefen betrieb er diese Politik. Dann konnte hernach in den Archiven nichts gefunden werden, was ihn belastete. Und seine Freunde und Entente-Genossen gingen auf diese verschlagene Betriebsart freudig ein. War kein Schriftstück, kein Vertrag vorhanden, so konnte auch von verantwortlichster Stelle je nach Belieben alles abgeleugnet werden; nicht nur Sir Edward konnte vor dem englischen Parlament versichern, daß England in einem europäischen Krieg zu keiner Mitwirkung verpflichtet sei, auch die französischen Minister konnten ihrer Kammer mit freier Stirn — wie's im Jahr 1907 geschah — beteuern, ob eine Militärkonvention zwischen Frankreich und England bestehe, wüßten sie nicht. Sie bestand, mündlich vereinbart, aber das Land ja den, der mit seinem Mund nicht an der Vereinbarung beteiligt gewesen war, in keiner Weise an die Pflicht einer Mitwisserschaft. So leugnet Sir Edward auch jetzt in seinem Schreiben an die englische Presse, daß sein Ministerium und das Kriegsamt von einem englisch-belgischen Militärabkommen etwas gewußt hätten. In den englischen Archiven sei nichts vorhanden. Gewiß nicht; man hatte auch hier das mündliche Verfahren vorgezogen. Nur begingen die belgischen Staatsmänner die Unvorsichtigkeit, den Inhalt der mündlichen Verhandlungen gleich schriftlich festzulegen, ein Aktenstück mit passender Aufschrift daraus zu machen, und das ist nun in deutsche Hände gefallen. Eine merkwürdige Wirtschaft offenbart dabei übrigens Sir Edward: der britische Militärattaché unterhandelt und vereinbart in Brüssel über die wichtigsten und folgenschwersten Angelegenheiten, und das Auswärtige Amt in London weiß so wenig davon, wie das Kriegsamt.

Aber die Schreiblustigkeit der Belger hätte Sir Edward warnen können. Auch andere Leute und Diplomaten pflegen sich Aufzeichnungen zu machen. Grey wollte bis zum letzten Augenblick vor dem Kriegsausbruch und will auch immer noch als der Friedfertige erscheinen. Und doch bedurfte er einer ganz besonderen Überredung, um sein Land in den Krieg hineinzuziehen und die Welt glauben zu machen, daß es nur sehr ungern mithalte. Darum legte er die Verpflichtungen gegen Belgien und Frankreich den englischen Abgeordneten ans Herz, fügte aber hinzu, wenn England am Krieg teilnehme, werde es wenig mehr zu leiden haben, als wenn es sich passiv verhalte. Diese Erklärung hat uns schon im vorigen Jahr durch ihren Zynismus erschreckt. Daß jetzt der Reichskanzler sie wieder hervorhob, um daran zu zeigen, mit welcher nüchternen Geschäftsauffassung Grey in die Schrecken des Krieges eingetreten ist, trifft Sir Edward besonders unangenehm und er beruft sich auf eine andere Bemerkung, die er jenem Satz in seiner Rede vom 3. August 1914 gleich angehängt hat: „Ich fürchte, wir werden durch diesen Krieg furchtbar leiden, gleichgültig, ob wir uns beteiligen oder nicht." Das hebt doch den anderen Satz nicht auf und ändert auch nichts daran, daß Grey als fanatischer Jünger Eduards VII. den Krieg geplant, vorbereitet und gewollt hat.

Aber sein Ableugnen und Herumflunkern hat ihn nun fest verfangen. Es nötigte den Reichskanzler, die Akten unseres Auswärtigen Amtes aufzuschlagen, und da fand sich die Aufzeichnung unseres Botschafters in London, des Fürsten Lichnowsky, der über seine letzte Unterhaltung mit Grey verzeichnet hat, daß der friedfertige Minister — natürlich wieder nur mündlich! — ihm zuletzt noch aus eigenem Antrieb klar zu machen gesucht habe, wie viel besser England sein Wort während des Krieges in die Wagschale werfen könne, wenn es selbst den Krieg mitmache, wie gut es dann dem Deutschen Reich bei der Wiederherstellung des Friedens behilflich sein könne, falls etwa der Krieg nicht die Wendung nehmen sollte, die man in Deutschland erhoffe; denn ihm liege jede Absicht fern, Deutschland zu erdrücken. Als ihm entgegengehalten ward, daß England diese Vermittlerrolle als neutraler Staat viel besser hätte übernehmen können, antwortete Grey, er glaube im Gegenteil, daß Englands Beteiligung die Dauer des Krieges einschränken könne. Wie er sich das dachte, hatte er vorher angegeben: schon weil England dann jederzeit seinen Rückzug aus dem Kampf androhen könne.

Das war der Trumpf, den Grey in der Hand haben wollte. Die europäischen Mächte sollten sich die Köpfe einschlagen, sich gegenseitig ordentlich zur Ader lassen, England machte auf der einen Seite, die es nach geschäftsmäßiger und nüchterner Berechnung für die überlegene hielt, den Krieg mit. War's dann genug, dann konnte es dem Ganzen Halt gebieten und wenn ihm nicht gehorcht wurde, einfach drohen, es werde die Alliierten im Stich lassen. Seine Vollgültigkeit erhielt dieser Trumpf, als Grey am 6. September den Londoner Vertrag zustande brachte, der den Alliierten untersagt, einen Sonderfrieden zu schließen. Damit hatten sich die Alliierten völlig in Englands Hand geliefert, das sie nun nach Belieben verlassen und verschachern konnte. So sieht die Politik des Mannes aus, der am 3. August 1914 im Unterhaus erklärte, er habe den deutschen Botschafter verständigt, daß England seine Interessen und Verpflichtungen nicht verschachern könne. Die Interessen nicht, wohl aber die Verpflichtungen. Und die Alliierten. Nun mag daraus die Welt ihre Schlüsse ziehen. Wer ist der Feind ihrer Aller? Und wer bekämpft diesen Feind, diesen Schacherer mit Menschenblut, Staaten, Ländern, Freundschaften!

Zur Kriegslage

Die Entwicklung im Osten von Gorlice bis Brest-Litowsk. Die Abräumung des polnischen Kriegstheaters. Vom russischen Widerstand. Neue Fronten. Operative Möglichkeiten. Die Lage im Westen. Die militärische Stärke der Franzosen. Die englische Front. Durchbruch oder Dardanellenaktion? Italienische Rüstungen.

Am 5. Mai erfolgte im Raume Gorlice der Durchbruch durch die russische Front, am 14. Juli im Raume Przasnysz der Durchbruch der Nordgruppe, am 30. und 31. Juli der Uebergang Woyrschs über die Weichsel, am 21. August fiel Kowno, am 26. August räumten die Russen Brest-Litowsk. Diese Daten geben die strategischen Phasen der gewaltigen Kriegsoperation an, welche binnen hundert Tagen das galizische und polnische Kriegstheater ausgeräumt und die verbündeten Zentralmächte in den Besitz Polens und der äußeren wie der inneren Defensivlinien brachte, die Rußland nach Westen zu Schutz und Trutz angelegt hatte. Nur noch das wolhynische Festungsdreieck Rowno-Dubno-Luzk, das an sich kaum noch verteidigungsfähig ist und das schon vor der Räumung stehende Grodno erinnern an die zweite Befestigungslinie, hinter welcher das russische Feldheer sich hätte umgruppieren können, wenn es ihm gelungen wäre, sich rechtzeitig vom Verfolger zu lösen, seine Verbände wieder herzustellen und neues Kriegsmaterial zuzuführen, um aus der passiven Verteidigung zu einer Offensive auf neuer operativer Grundlage überzugehen.

Der Verlust der Buglinie und der Njemenfront und die Preisgabe Brest-Litowsk enthalten also einen Verzicht auf diese Möglichkeiten und verweisen die russischen Streitkräfte ins Innere des Reiches. Die Russen kommen nun aus dem strategischen Eisenbahnnetz und dem ganzen Fortifikationsbereich heraus in Gebiete, die zur modernen Kriegführung für den seiner wichtigsten Hilfsmittel entblößten Verteidiger noch weniger geeignet sind, als für den Angreifer, dem die moderne Technik zur Seite steht und der jetzt den militärisch wertvollsten Teil des russischen Kriegstheaters, Rampe und Vorderbühne, mit sämtlichen Seitengassen in Händen hat.

Wir haben stets die operativen Leistungen und die Operationsfähigkeit der Russen anerkannt. Sie haben diese außer ihrem enormen Widerstandsvermögen auch auf diesem mehr als dreimonatlichen Rückzuge nachgewiesen, obgleich sie im Vertrauen auf ihr riesiges Menschenmaterial und von einem unermüdlichen Verfolger gedrängt, sich nirgends vom Feinde gelöst haben. Da dieser Rückzug unter ständigen taktischen Zusammenstößen und im Verfolgungsfeuer vor sich geht, alle Stellungen bis zum äußersten gehalten, einzelne feste Plätze zur Uebergabe gezwungen wurden, so sind die russischen Verluste außerordentlich hoch, obwohl es ihnen geglückt ist, das Gros ihrer Streitermassen zurückzubringen. Recht ansehnlich sind ohne Zweifel auch die Verluste des Gegners, der besonders am Dnjestr und San und zwischen Iwangorod und Grubiezow sehr schwere Kämpfe zu bestehen hatte. Wo seine schwere Artillerie einsetzte, brach er jedoch jeden Widerstand unter geringen Opfern.

Da sich nun die Front sehr verkürzt hat und heute auf der Linie Kowel-Brest-Litowsk-Bielostok-Grodno-Ponewesch-Riga sämtliche Offensivarmeen der Verbündeten zuzüglich Linsingens operieren, diese also auf 700 Kilometer zusammengerückt sind, so ergibt sich für sie nun auch die Ueberlegenheit an Zahl und die Möglichkeit, den Nordflügel so zu verstärken, daß dort der Angriff auf Dünaburg-Wilna vorgetragen werden kann. Diese Verkürzung der Front kommt den Russen weniger zustatten, weil sie in unwirtliches Gelände geraten sind und in dem eisenbahn- und wegarmen Lande nicht mehr die früheren Bewegungsmöglichkeiten finden. Außerdem sind sie durch die Rokitno-Sümpfe in der Entwicklung nach Süden verhindert, den Anschluß an die dort kämpfenden Teile wieder herzustellen und haben ihre Zentrumsarmee entlang einer einzigen Bahnlinie in Kolonnen fädeln müssen, um Minsk zu erreichen und dem schon auf Kobrin nachdrängenden Gegner nun endlich aus der Hand zu laufen.

Schon gestern wiesen wir darauf hin, daß die Russen die neue Anlehnung erst weit östlich, und zwar in einheitlicher Front erst im Raume Minsk-Mogilew-Bobruisk, mit Flügelstellungen in den Räumen Walk und Kiew, finden könnten, womit aber nicht gesagt ist, daß sie nicht schon vorher am Jassiolda-Abschnitt, am Schara und am oberen Njemen und der Wilija und Düna noch Widerstand leisten.

Ob der Verfolger allmählich darauf verzichtet, nachzurücken und sich begnügt, die erreichten Linien auszubauen, oder ob er nun durch exzentrische Operationen das Schwergewicht verlegt und im Norden in Estland in der Richtung Petersburg und im Süden in der Richtung Kiew und in Beßarabien Erfolge sucht, bleibt abzuwarten. Selbst wenn er sich mit der Linie Riga-Dünaburg-Wilna und dem Njemen- und Bugabschnitt begnügen will, darf er nicht auf diesen stehen bleiben, sondern muß sich noch ein Vorgelände schaffen und die in diesem liegenden strategischen Punkte nehmen und befestigen, um vor jeder Gegenoffensive gesichert zu sein. Deshalb werden Deutsche und Oesterreicher in jedem Falle östlich Brest bis Kobrin und vielleicht bis Pinsk und Luniec, ferner auf der Linie Brest-Minsk bis zur Schara folgen müssen. Die Entwicklung ist also auch dann noch nicht stillgelegt, wenn die Operation großen Stils schon beendigt erscheint.

Während sich diese entscheidenden Operationen vollzogen, hat die französische Heeresleitung schweren Herzens darauf verzichten müssen, durch großzügige Offensive Entlastung zu schaffen. In der Champagne, zwischen Maas und Mosel und bei Arras haben die Franzosen seit Dezember in heroischen Kämpfen zum Durchbruch angesetzt und gefochten, als die Russen noch in Westgalizien standen. Die Opfer haben sich nicht gelohnt. Seither waren sie, da sie seit November die Hauptlast der Defensive tragen und immer noch neun Zehntel der Gesamtfront besetzt halten, nicht im stande, noch einmal eine Armee zu opfern. Dazu fehlt ihnen zurzeit die operative Ueberlegenheit. Diese durch Ansammlung enormer Artillerie und Munition und Bereitstellung noch größerer Massen als bei Arras zusammengezogen waren, zu sichern, das erfordert Monate.

Da hinter ihrer Linie große Rührigkeit herrscht und die Engländer jetzt zahlreiche Verstärkungen heranführen, ist anzunehmen, daß früher oder später noch einmal mit ganzer und letzter Kraft ein Versuch unternommen wird, die deutschen Linien an empfindlicher Stelle zu durchbrechen. Davon abstehen kann die englisch-französische Heeresleitung nur dann, wenn sie glaubt, dem Kriegsziel durch Beharren in der Defensive zu dienen, um die Entscheidung auf einem andern Schauplatz zu suchen. Als solcher kann nur noch der an den Dardanellen in Frage kommen, wo trotz großer Verstärkungen und einer gewissen Ausdehnung der englisch-französischen Linien indes die strategische Lage nach englischen Berichten noch unverändert ist. Die italienische Expedition nach Kleinasien liegt noch im Dunkel, doch deutet die Einberufung neuer Jahresklassen darauf hin, daß die Italiener, die ihr ganzes Feldheer zwischen Etsch und Isonzo eingesetzt haben, frische Kräfte bereitstellen. Wir haben also noch mit sehr großen militärischen Anstrengungen der Entente zu rechnen. H. St.

Arbeiterzeitung
30./VIII. 1915

Die Ermordung Franz Ferdinands und Jaurès' — vorhergesehen?

Bern, 28. August. Das „Berner Tagblatt" bringt in seiner heute nachmittag erschienenen Nummer einen neuen Beitrag zur Vorgeschichte der Mordtat von Sarajevo. Darin wird an der Hand einer alten Pariser Korrespondenz des „Berner Tagblattes" vom 7. Jänner 1913 nachgewiesen, daß damals die Pariser Zeitung „Paris-Midi" die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand als wünschenswert bezeichnete. Im „Paris-Midi" schrieb nämlich dessen Chefredakteur Walleffee zu Neujahr 1913 folgendes: Der einzige Wunsch, den das neue Jahr nötig macht, ist dieser: Seitdem es Anarchisten gibt und seitdem sie die Gewohnheit haben, den Herrschern ans Leben zu gehen, haben sie nach meiner Ansicht selten eine so gute Gelegenheit gehabt, uns mit ihnen zu versöhnen. Glauben Sie nicht auch, daß der Anarchist, der morgen den Erzherzog Franz Ferdinand ermorden würde, der Welt Ströme von Blut und Tränen ersparen würde? In dem Artikel des „Berner Tagblattes" wird dann noch darauf hingewiesen, daß dieselbe Pariser Zeitung während der Debatten über den dreijährigen Dienst erklärte, daß im Falle der Mobilmachung Jaurès als einer der ersten ermordet werden würde.

Berner Bund 144

31./VIII. 1915.

Zur Kriegslage

Der Durchbruch in Ostgalizien. Angriff auf das Festungsdreieck. Die Kämpfe zwischen Riga und Bielostok.

In den ersten Julitagen erreichte der rechte Flügel der verbündeten Offensivarmeen im unwiderstehlichen, seit dem Durchbruch bei Gorlice nicht zur Ruhe gekommenen Vormarsch den Abschnitt der Zlota Lipa und damit eine nordsüdliche Linie, die im Anschluß an die Dnjestr-Gruppe Pflanzer-Baltin ein Stehenbleiben gestattete. Hier wurde unverrückt festgehalten, bis Mackensen die große Nordschwenkung ausgeführt hatte, während Böhm-Ermolli sich östlich Lemberg am Bug mit Anschluß an die Zlota Lipa aufstellte und Mackensens Flanke deckte. Erst jetzt, da das polnische Kriegstheater ausgeräumt ist, haben Deutsche, Oesterreicher und Ungarn die Operationen auf dem rechten Flügel wieder aufgenommen, wo die Russen, tief eingegraben, sich immer noch bemühten, ostgalizisches Gebiet zu behaupten und zugleich — was wichtiger war — Beßarabien zu decken und die Anlehnung an die rumänische Grenze zu sichern. Der Augenblick, vorzubrechen, ist von der Armeeabteilung Bothmer, die schon durch die Erstürmung des Zwininrückens bekannt geworden ist, wahrgenommen worden, sie hat im Einklang mit Vorstößen österreichischer Truppen den ganzen Flußabschnitt durchbrochen. Die Russen haben zwar den starken Widerstand geleistet, der notwendig war, um den Feind zu binden, sind aber sofort auf die Strypa als nächsten Abschnitt zurückgefallen und haben offenbar kein anderes Ziel mehr, als möglichst ungeschwächt den Rückzug durchzuführen. Daß ihnen das nicht leicht wird, beweisen die Verluste an Gefangenen, die sie der erste Durchbruch gekostet hat. Auf den Schlachtfeldern vom 27. August 1914, wo damals die Russen, mit überlegenen Kräften anrennend, die rechte Flügelgruppe der Oesterreicher umfaßten und warfen, haben jetzt nach einem Jahr die Kämpfe gespielt, die den allgemeinen Rückzug der Russen ins Innere auch hier erzwangen. Während sie von der Zlota Lipa auf Tarnopol weichen, um sich unter Ausnützung querlaufender Flußabschnitte als Aufnahmepositionen dem Feinde möglichst zu entziehen, ist auch das wolhynische Festungsdreieck umfassend angegriffen worden. Obwohl durch den Vorstoß auf Kowel in der rechten Flanke bedroht, wird diese wichtige, von alters her gut geschützte Position, die, dem Raume Kiew vorgelagert, den Anmarsch feindlicher Kräfte in dieser Richtung unmöglich macht, kräftigen Widerstand leisten, falls die Russen sie noch mit starken Kräften halten. Der Fall von Luzk, Dubno und Rowno würde das Einfallstor ins Innere Rußlands freilegen. Im richtigen Augenblick unternommen und kräftig durchgeführt, hat die Flügeloperation in Galizien den Verbündeten jetzt schon die dort notwendigen Erfolge gebracht. Besonders zähe verteidigten die Russen sich östlich von Lemberg in dem schwierigen Gelände am oberen Bug-Styr, wo die Armee Böhm sie von Stellung zu Stellung zwischen Zloczow und Zalose auf die Grenze zurückwerfen mußte. Dort beginnt nun wieder das merkwürdige russische Wegnetz, das nur einzelne Karrenwege und da und dort Stummeln richtiger Landstraßen kennt.

Unterdessen greifen die Kämpfe im Nordraum zwischen Riga und Wilna immer näher an die Düna heran, wo Below bereits um die Brückenköpfe in der Gegend von Friedrichstadt ringt. Da Olita als vorletzte Narewsperre gefallen ist, konnte auch die Gruppe Eichhorn sich weiter vorschieben. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Russen jetzt mühsam die Front Dünaburg-Wilna-Grodno-Bielostok behaupten, die schon zwischen Grodno und Bielostok bei Wolkka durchbrochen ist, und durch das Vorgehen der Armee Leopold durch den Urwald von Bielowic und das Nachdrängen in der Richtung Kobrin von Brest-Litowsk her auf dem linken Flügel umfaßt ist. Die Russen haben von Anfang an so lange am Feinde geklebt, daß sie ihre halbe Armee in Nachhutkämpfen festlegen mußten, um zu verhindern, daß der Verfolger mit ihnen zugleich von einer Defensivstellung in die andere gelangt. Deshalb ist auch nicht abzusehen, wann sie sich lösen und wo sie sich mit Aussicht auf Erfolg wieder stellen können, wenn sie auch dem Gegner dadurch unerhörte Anstrengungen auferlegen. H. St.

Berner Bund
31./VIII. 1915.

Die Haltung Griechenlands

Betrachtungen eines Neutralen

Obschon die Ansicht der großen Mehrheit des griechischen Volkes in bezug auf den Weltkrieg sich nicht wesentlich geändert hat, bleibt noch die Frage der Intervention Griechenlands schwebend.

Bekanntlich ist bis jetzt die allgemeine Volksstimmung für die Sache der Verbündeten gegen Deutschland, Oesterreich und die Türkei gewesen. Allerdings verkennt man die Eigenschaften des deutschen Volkes und namentlich seine Organisation nicht; man ist aber vielfach der Ansicht, der Sieg Deutschlands wäre eine Gefahr für die Freiheit der Völker, man könnte die Fortschritte des preußischen Militarismus, des Pangermanismus und des Dranges nach Osten nicht mit freundlichen Augen ansehen, und noch weniger könne man Sympathie für die Alliierten Deutschlands haben. Wenn es nun auch in Griechenland Leute gibt, welche aus verschiedenen Gründen die Verhältnisse anders betrachten, wenn es auch vorgekommen ist, daß in einem Variété-Theater die Erscheinung der „Germania" von einem Teil des Publikums mit Beifall aufgenommen wurde, so sind das Ausnahmen, welche die erwähnte Neigung der großen Mehrheit des Volkes gar nicht ändern.

Damit ist aber nicht gesagt, daß Griechenland mit der Rückkehr des Herrn Venizelos sofort in den Krieg eintreten wird. Gewiß ist die Mitwirkung Griechenlands gegen die Türkei nicht ausgeschlossen; hier aber kommt zur Anwendung das altdeutsche Sprichwort: „Erst besinnen, dann beginnen." Abgesehen nun von verschiedenen Rücksichten, welche ein hervorragender Staatsmann wie Herr Venizelos nicht unbeachtet lassen kann, hat ganz besonders der höchst ungeschickte Schritt, den die Vertreter des Vierverbandes in Athen getan haben, die Lage geändert.

Weil Bulgarien, ohne ein Recht dazu zu haben, die griechische Gegend von Kawalla verlangt hat, möchten gewisse Politiker des Vierverbandes ganz einfach diesen Wunsch auf Kosten Griechenlands ohne weiteres befriedigen, um die Mithilfe Bulgariens gegen Konstantinopel zu gewinnen! Daß in dieser Weise die Wiederherstellung des viel gepriesenen Balkanbundes mit Bulgarien (an welche übrigens seit 1913 kein Mensch mehr in Griechenland glaubt) gar nicht zustande kommen würde, daß im Gegenteil die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel aufs neue verwirrt und ein neuer griechisch-bulgarischer Krieg verursacht würde, das scheint diese Politiker gleichgültig gelassen zu haben.

Die Entrüstung, welche der Schritt des Vierverbandes beim griechischen Volk hervorgerufen hat, ist leicht zu begreifen. Im neuen wie im alten Griechenland hat es energische Protestversammlungen und Kundgebungen gegeben, welche gar keinen Zweifel darüber lassen, daß das gesamte griechische Volk mit dem Protest der griechischen Regierung vollständig einverstanden und entschlossen ist, wenn nötig, den äußersten Widerstand zu zeigen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Dinge nicht so weit gedeihen werden. Der Zwischenfall wird aber nicht ohne Einfluß auf die gelegentliche Intervention Griechenlands bleiben, und dies möchten wir in wenigen Worten erläutern.

*

Griechenland will über die von ihm gewünschte Abtretung der Gegend von Kawalla gar nicht diskutieren, ebensowenig wie die Schweiz, wenn man von ihr irgend eine Gebietsabtretung gewünscht hätte, um die angeblichen Interessen dritter Staaten zu befriedigen. Es genügt, nur die Gründe zu nennen, welche seine ablehnende Haltung vollkommen und endgültig berechtigen.

Ethnologische, ökonomische und strategische Gründe erlauben Griechenland nicht, so leichtsinnig seine Gebietshoheit in der erwähnten Gegend aufzugeben. Die Bevölkerung ist griechisch (entweder vollständig oder der Gesinnung nach), die Bulgaren vertreten dort nicht einmal zwei Prozent. Es handelt sich ferner um eine der reichsten Gegenden des Königreiches. Außerdem würde sein Verlust die Sicherheit Salonikis, welches von den Bulgaren auch beansprucht wird, ganz gewiß in Gefahr bringen. Gewisse „Ratgeber" der Griechen sagen, sie sollten Kawalla aufopfern, um Saloniki von der österreichischen Gefahr zu retten, das heißt: sie sollten Saloniki sofort der bulgarischen Gefahr aussetzen, um die eventuell spätere österreichische Gefahr zu vermeiden!

Wenn man von der angeblichen Notwendigkeit von Konzessionen unter den Balkanstaaten spricht, darf man sodann nicht vergessen, daß die Griechen schon allzu viele Konzessionen den Bulgaren gemacht haben. Ihre versöhnliche Stimmung aber wurde immer durch die systematische Verfolgung der griechischen Bevölkerung in Bulgarien belohnt; nur seit 1913 sind nach Griechenland achtzigtausend in Bulgarien verfolgte und ruinierte griechische Flüchtlinge gekommen.

Wenn man nun endlich zum Wunsche einer sogenannten Revision des Bukarester Vertrages (10. August 1913) kommt, kann man folgendes bemerken: Es gibt erstens eine allgemeine völkerrechtliche Norm, nach der ein besiegter Staat den von ihm unterzeichneten Frieden nicht brechen dürfe unter dem Vorwand, daß er dazu durch die Kriegsnot gezwungen worden sei; denn das ist kein Zwang im juristischen Sinne. Sollte man von diesem Grundsatze abgehen, so würde man für die Zukunft einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Und was eben den heute von den Bulgaren angefochtenen Bukarester Friedensvertrag betrifft, so sollte man doch nicht vergessen, daß es gerade dieser Vertrag war, der Bulgarien gerettet hat; wäre er nicht zustande gekommen, so wären die Sieger bis nach Sofia gegangen und hätten dort viel schärfere Bedingungen diktiert (wie es, dem Vernehmen nach, der König von Griechenland wollte). Nur um einen dauernden Frieden zu haben, wurden verschiedene griechische Gegenden (Xanthi, Dedeagatsch usw.) an Bulgarien zurückgegeben. Wenn nun die Regierungen und die Völker des Vierverbandes — übrigens mit vollem Recht — die Heiligkeit der Verträge predigen, so dürfen sie nicht so leicht von der Vernichtung des Bukarester Vertrages sprechen.

Nachdem nun diese Frage von den Griechen gründlich geprüft worden ist und ihre definitive Antwort veranlaßt hat, ist es leicht zu verstehen, daß kein Grieche, nicht einmal Herr Venizelos, an eine Intervention würde denken können, ohne die Zusicherung der Integrität vom griechischen Mazedonien. Darüber sind heute König, Regierung und Volk vollkommen einverstanden.

Prof. Dr. M. Kebedgy, Lausanne,
Völkerrechtslehrer.

Tägliche Rundschau
31./VIII. 1915.

Eine Erklärung des Deutschamerikanischen Nationalbundes

Der „Deutschamerikanische Nationalbund", der die Deutschen aller Staaten der großen nordamerikanischen Union umfaßt, hat auf seiner diesjährigen Tagung in der ersten Augustwoche zu San Franzisko folgende Entschließung angenommen:

Die Ereignisse des letzten Jahres haben mit erschreckender Deutlichkeit offenbart, daß in dem öffentlichen Leben Amerikas englische Auffassung und Einflüsse ein unnatürliches Uebergewicht haben. Wir betrachten es als unsere Pflicht, auf wahre Unabhängigkeit Amerikas hinzuwirken. Freiheit von englischem Einflusse macht uns zu Verfechtern der absoluten Selbständigkeit unserer Republik.

Die Vereinigten Staaten haben sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß Bürger deutscher Abstammung nicht ein geduldetes Volkselement, noch auch gewillt sind, sich mit dem zweiten Platz im öffentlichen Leben zu begnügen. Wir verlangen unbedingte Gleichberechtigung und werden uns unseren Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft nicht wieder entwinden lassen. Während eines drohenden Konfliktes zwischen unserem alten Vaterlande und dem Lande unserer Wahl wurden wir mit Verdächtigungen überhäuft, unsere Bürgertreue gegen das Adoptivvaterland wurde in Zweifel gezogen. Wir weisen diese Verdächtigungen auf das schärfste zurück und verbitten uns jeden ferneren Zweifel an unserer Vaterlandsliebe. Recht zu dieser Zurückweisung gibt uns die Geschichte des deutschen Volkselementes dieses Landes, auf die wir mit Stolz zurückblicken dürfen.

Als freie Bürger dieser Republik beanspruchen wir das Recht, über die Handlungen der Regierung unsere Meinung offen zu äußern, da uns das Wohl des Gemeinwesens höher steht als die blinde Unterwürfigkeit unter die Anschauungen irgend eines vom Volke gewählten Beamten. Deshalb betrachten wir es als gebieterische Plicht, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um einen unberechtigten Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu verhindern. Die verschiedene Auffassung und Auslegung der internationalen Rechtsfragen von seiten beider Regierungen ist nach unserer Ansicht unter keinen Umständen genügend, einen Bruch zwischen zwei Nationen herbeizuführen.

Wir verlangen ferner, daß die Regierung unseres, eines neutralen, Landes in ihrem Verhalten allen anderen Nationen gegenüber den gleichen Maßstab anlege. Wir bedauern, daß sie auf einer Seite Englands Verletzungen internationalen Rechtes und Schädigung unseres Handels, auf der anderen, in Mexiko, Zerstörung von Eigentum und Leben ungestraft duldet, während sie Deutschland gegenüber eine allzu schroffe Stellung einnimmt.

Wir erklären uns mit allen Schritten einverstanden, die unternommen wurden, um dem unmoralischen Waffenschacher Einhalt zu tun, und erklären uns bereit, auch in Zukunft alle Anstrengungen, die in dieser Richtung unternommen werden, aufs kräftigste zu unterstützen. Wir befürworten ferner Annahme eines Gesetzes, welches Beförderung von Fahrgästen auf Schiffen, die mit Kriegsmaterial beladen sind, verbietet.

Arbeiterzeitung
31./VIII. 1915

Die Waffen- und Munitionsausfuhr.

(Von unserem Berichterstatter.)

Kn. New-York, 13. August.

Die völkerrechtliche und moralische Seite der Waffen- und Munitionsausfuhr wird in der amerikanischen Presse verhältnismäßig wenig diskutiert. Das hat seine guten Gründe. Es ist eine gar heikle Frage, deren Erörterung mit dem moralisierenden Tone, in dem die Journalisten und Publizisten Amerikas über den Krieg sprechen, schlecht in Einklang zu bringen ist. Deshalb hat man auch die österreichische Note über die Waffenausfuhr wenig beachtet, nachdem man lange mit der Veröffentlichung des Dokuments zurückgehalten.

Wo man die Frage bespricht, beruft man sich meist auf das formale Recht, das jeder Nation gestattet, Waffen und Munition an kriegführende Nationen zu liefern, und weist auf die bekannte Theorie der deutschen Regierung und die nicht minder bekannte Praxis der deutschen Rüstungsfabrikanten in dieser Sache hin. Man verheimlicht sich auch nicht, daß die tatsächliche amerikanische Praxis alles andere als neutral wirkt, aber dafür macht man die deutsche Flotte verantwortlich, die es nicht verstanden habe, die Seewege offen zu halten, damit auch die europäischen Zentralstaaten mit den Produkten der amerikanischen Rüstungsindustrie versorgt werden können. Erließe unsere Regierung jetzt ein Ausfuhrverbot, sagen die Wortführer der amerikanischen Industriellen, so würden wir damit den Vierverband um die Vorteile seiner Seeherrschaft bringen und die Wagschale zu Gunsten Deutschlands und seiner Verbündeten neigen. Ja, ein solches Verbot würde klar eine unneutrale Haltung bekunden. So bestechend dieses Argument klingen mag, so kann es doch den rechtlich und moralisch denkenden Menschen nicht völlig befriedigen. Vor kurzem hat die „New Republic", eine angesehene und gut redigierte Zeitschrift, versucht, die Waffenausfuhr mit Recht, Billigkeit und Moral in Einklang zu bringen. Sie argumentierte ungefähr wie folgt: Ob wir nun Waffen und Munition ausführen oder die Ausfuhr verbieten, in beiden Fällen handeln wir unneutral. In dieser Zwangslage geziemt es uns, unserer unneutralen Haltung eine Richtung zu geben, die mit unseren Sympathien übereinstimmt. Indem wir Waffen und Munition ausführen, lassen wir Deutschland wegen seiner Vergewaltigung Belgiens unseren Unwillen fühlen.

Die moralische Seite der Frage ist vor einigen Tagen von dem Harvarder Professor Kuno Francke in einem Briefe an die „New York Times" aufgerollt worden. Francke, der amerikanischer Bürger, aber in Deutschland geboren ist, hat sich während des Krieges einer löblichen Zurückhaltung befleißigt und ein nüchternes Urteil bewahrt. So trat er namentlich gegen den bösartigen Vorschlag auf, eine deutsch-amerikanische Partei zu gründen und den Nationalitätenstreit in die amerikanische Politik einzuführen. Er sagt in seinem Briefe unter anderem: „Ist es vom nationalen Gesichtspunkt aus moralisch, daß die Vereinigten Staaten, als eine Nation, die offiziell für die Politik des Friedens und gegen übermäßige Rüstungen eintritt, es jetzt erlaubt, daß innerhalb ihrer Grenzen Waffen in so großem Maßstab hergestellt werden, daß diese Industrie aller Voraussicht nach eine der führenden Industrien des Landes werden wird? Ist es vom nationalen Gesichtspunkt aus moralisch, daß unsere Regierung das Emporkommen einer Gruppe Kapitalisten in diesem Lande erlaubt, deren Interessen sich ausschließlich oder vorherrschend mit dem Kriege identifizieren und die deshalb durch ihr eigenes Interesse genötigt wird, dem kriegerischen Geiste unter den Volksmassen Eingang zu verschaffen und ihn zu fördern? Ist es vom internationalen Gesichtspunkt aus moralisch, daß dieses Land, indem es sich offiziell von dem riesigen Blutbad, das jetzt Europa verwüstet, abseits hält, sich tatsächlich durch seine beständige Waffenversendung zu einem Teilnehmer an dieser Zerstörung macht und in Wirklichkeit daran gedeiht?"

Die gut gemeinten Anregungen des Professors fielen bei dem großen kapitalistischen Blatte, das seinen Brief abdruckt, auf einen steinigen Boden. Es erwiderte: „Da sich die Vereinigten Staaten während einer langen Reihe deutscher Vergewaltigungen der internationalen Moral neutral und abseits gehalten haben, ist es nicht wahrscheinlich, daß sie auf ihre klaren Rechte und Interessen verzichten und sich auf Grund des ausgeklügelten Vorwandes der internationalen Moral als unneutral beweisen, um die rechtsbrecherische Nation zu begünstigen. Solcher Helfer und solcher Verteidiger bedarf die internationale Moral nicht."

Welche rechtlichen und moralischen Betrachtungen man auch anstellen mag, die Frage der Waffenausfuhr ist und bleibt für Amerika in erster Hinsicht eine wirtschaftliche Frage von großer Bedeutung, so ungern man dies auch zugeben will. Die Industrie der Oststaaten würde eine furchtbare Krise durchmachen, wenn sie nicht die großen Kriegsbestellungen hätte. Auch die Betriebe, die nicht für den Krieg arbeiten, profitieren in der einen oder der anderen Weise von der Tätigkeit der Rüstungsfabriken. Nicht allein eine industrielle Krise, auch eine Börsenkrise würde ein Ausfuhrverbot wahrscheinlich nach sich ziehen. Man hat ausgerechnet, daß die Aktien von sechzig Betrieben, die für den Krieg fabrizieren, im vergangen Jahre um 765 Millionen Dollar im Werte gestiegen sind. Diese enorme Kurssteigerung wird, wie ein angesehener Bankier versichert, durch die in Aussicht stehenden Extraprofite in keiner Weise gerechtfertigt. Und immer noch steigen die Kurse dieser Effekten. Der Krach scheint unausbleiblich und die amerikanische Regierung möchte man sehen, die ihn beschleunigen wollte. Denn es ist das „große Publikum", die Wähler, die die Leidtragenden sein werden, und keine der beiden großen Parteien wird sich dieses Publikum zum Gegner machen wollen.

Sammlungen-Manuskripten.
1./VIII. 1915
37
1
Ein Jahr Krieg und Sieg.

Ein Jahr Krieg und Sieg.

Wenn auch der Abschluß des ersten Kriegsjahres keinen geschichtlichen Abschluß, auch keinen Abschluß einer größeren Kriegshandlung darstellt, so bedeutet er doch immerhin eine Zeitmarke, die wohl einen Rückblick auf das bisher von Deutschland und seinem Verbündeten Österreich-Ungarn Erreichte rechtfertigt. Allerdings lassen sich die Erfolge, die wir im ersten Kriegsjahr erzielt haben, die moralischen und politischen Wirkungen unserer Siege nicht in Ziffern fassen; immerhin gibt es einige Dinge, die auch in Zahlen dargestellt werden können und geeignet sind, durch die Größe und Wucht derselben Eindruck zu machen. So zunächst der Umfang des von uns besetzten feindlichen Gebietes. Bis auf eine ganz geringe Grenzstrecke im Westen von 1050 Quadratkilometern ist Deutschland vom Feinde frei. Von Österreich-Ungarn sind zurzeit noch rund 10 000 Quadratkilometer galizischen Gebietes von den Russen besetzt, so daß sich im ganzen 11 050 Quadratkilometer deutschen und österreichisch-ungarischen Landes in den Händen des Feindes befinden. Wir dagegen halten im ganzen 180 000 Quadratkilometer feindlichen Gebiets besetzt, nämlich 29 000 Quadratkilometer in Belgien, 21 000 Quadratkilometer von Frankreich und 130 000 Quadratkilometer von Rußland. Dabei ist zu beachten, daß alle diese Gebiete für uns sowohl wirtschaftlich wie politisch ein wertvolles Unterpfand darstellen. Belgien, das fast ganz von uns besetzt ist, ist ein außerordentlich reiches Land, und auch die von uns besetzten Teile Nordfrankreichs sind in wirtschaftlicher Hinsicht überaus wertvoll. Repräsentiert doch die mit Dampfkraft betriebene gewerbliche Tätigkeit in ihnen nicht weniger als 40 Prozent der gesamten Gewerbetätigkeit dieser Art in Frankreich. Auch die im Osten von uns eroberten Gebiete stellen reiche Teile Rußlands dar.

Ziffernmäßige Erfolge ergeben auch

die Zahlen für die Gefangenen,

die die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere bisher in dem gegenwärtigen Kriege gemacht haben. Beim Ablaufe des ersten Kriegsjahrs befinden sich in den Gefangenenlagern und Lazaretten in Deutschland nicht weniger als 898 869 Kriegsgefangene; als Arbeiter werden rund 40 000 Kriegsgefangene verwandt, und von den in den letzten Wochen gefangenen Feinden befinden sich rund 120 000 zu uns unterwegs. Das macht insgesamt für Deutschland allein 1 058 869 Kriegsgefangene und mit den in Österreich-Ungarn sich befindenden 636 534 Kriegsgefangenen für Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen 1 695 403 Kriegsgefangene. Von gefangenen Russen sind zurzeit in Deutschland untergebracht 5600 Offiziere, 720 000 Unteroffiziere und Mannschaften, in Österreich-Ungarn 3190 Offiziere und 610 000 Unteroffiziere und Mannschaften, von denen ein großer Teil durch deutsche Truppen gefangengenommen wurde. Das macht an gefangenen Russen allein 8790 Offiziere und 1 330 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Auch die Kriegsbeute läßt sich einigermaßen in Ziffern ausdrücken. Es befanden sich Ende Juni in den deutschen Sammelstellen 5834 eroberte feindliche Geschütze und 1556 Maschinengewehre. Ein großer Teil von den eroberten Geschützen und Maschinengewehren ist aber bei unseren Truppen verblieben, um sofort gegen den Feind verwandt zu werden. Man geht deshalb nicht fehl, wenn man

die Zahl der eroberten Geschütze auf 7000 bis 8000,

die der Maschinengewehre auf 2000 bis 3000 anschlägt.

Das ist ein Ergebnis, das uns mit Stolz und Zuversicht erfüllen darf. Die militärische Lage aber ist am Schlusse des ersten Kriegsjahres für uns ohne Zweifel sehr günstig. Im Westen wie im Osten hält die deutsche Heeresverwaltung das Heft in der Hand. Im Westen sind bisher alle, auch die größten und hartnäckigsten Durchbruchsversuche der Franzosen, Engländer und Belgier mit den blutigsten Verlusten für unsere Feinde zurückgewiesen worden. Sie werden auch in Zukunft erfolglos bleiben. Wir halten unsere Stellungen. Hinter diesen aber sind andere, noch stärkere; und es ist zu beachten, daß wir jetzt im Westen über ein Eisenbahnnetz verfügen, das unsere dortige Stellung noch wesentlich verstärkt. Im Osten ist unsere ganze Front im Vorrücken begriffen; die Russen weichen auf allen Punkten. Die große Zange, die am Njemen und Narew, bei Wacschau, Iwangorod und Lublin angesetzt ist, wird die letzte Offensivkraft der Russen zerstören. Schon der rasche Fall von Rozan und Pultusk zeigt, daß ihre Offensivkraft erlahmt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

1914.

2. August: **Luxemburg** wird von deutschen Truppen **besetzt.** Französische Flieger warfen Bomben bei Nürnberg und Köln ab.
7. August: Um 8 Uhr morgens gelangt **Lüttich in deutschen Besitz.**
10./11. August: Gefechte bei Mülhausen und Lagarde.
20. August: **Besetzung von Brüssel. Schlacht zwischen Metz und den Vogesen.**
26. August: **Namur fällt.**
27. August: **Eroberung von Longwy.**
28. August: **Die englische Armee wird bei St. Quentin vollständig geschlagen.**
31. August: Fall der Festung **Givet.**
1. September: Fall von Les Ayvelles und **Montmédy.**
2. September: Zwischen **Reims** und **Verdun** wird die mittlere Heeresgruppe der Franzosen — **etwa zehn Armeekorps — zurückgeworfen.**
4. September: **Reims wird ohne Kampf besetzt.**
8. September: **Fall von Maubeuge.**
13./30. September: **Schlacht zwischen Oise und Maas.**
26. September: Fall des Sperrforts **Camp des Romains.**
9. Oktober: **Einnahme von Antwerpen.**
13. Oktober: **Besetzung von Lille.**
14./15. Oktober: Besetzung von **Brügge und Ostende.**
19./30. Oktober: **Schlacht am Yser-Ypres-Kanal.**
31 Oktober: Zerstörung der Kanalschleusen bei Nieuwpoort.
11. November: Erstürmung von **Dixmuiden.**
12./24. November: Fortgesetzte Kämpfe am Yserabschnitt.
14./29. Dezember: Vergebliche französische Offensivversuche auf verschiedenen Stellungen der Front.
30. Dezember: **Dünkirchen** von deutschen Fliegern erfolgreich mit Bomben belegt.

1915.

1. Januar: Heftige französische Angriffe bei **Verdun** abgeschlagen.
12. Januar: **Niederlage der Franzosen bei Crouy.**
14. Januar: **Verdrängung der Franzosen vom Nordufer der Aisne bei Soissons.**
25. Januar: Kämpfe bei **La Bassée** gegen die Engländer.
29. Januar: Ramhafter Erfolg in den **Argonnen.**
10. Februar: Weitere Fortschritte in den Argonnen.
18. Februar: **In der Champagne brechen französische Angriffe vollständig zusammen.**
23. Februar: Fortsetzung der heftigen Kämpfe in der Champagne.
28. Februar: Angriffe mehrerer französischer Armeekorps in der Champagne zurückgeschlagen.
9. März: **Ende der Winterschlacht in der Champagne.** Ungeheure Verluste der Franzosen.
5. April: Schwere Verluste der Franzosen **zwischen Maas und Mosel.**
7. April: Bisher 3300 belgische, 1300 französische und 60 englische Geschütze erobert.
10. April: Sehr schwere Verluste der Franzosen zwischen Maas und Mosel.
18. April: **Niederlage der Engländer bei Ypern.**
22. April: Die Deutschen erzwingen den **Übergang über den Yserkanal.**
24. April: **Schwere Niederlage der Franzosen bei Combres.**
29. April: Beginn des Bombardements von **Dünkirchen.**
4. Mai: Eroberung verschiedener Ortschaften in Flandern.
9. Mai: Vergeblicher Angriff von vier französischen Armeekorps bei **Lille.**
30. Mai: **Schwere Niederlage der Franzosen bei Arras.**
3. Juni: **Hooge** von den Deutschen erstürmt.
13. Juni: Schwere Niederlage der Franzosen bei **Arras.**
14. Juni: Feindliche Flieger über **Karlsruhe.**
1. Juli: **Sieg des deutschen Kronprinzen in den West-Argonnen.** 2500 Gefangene.
15. Juli: Alle Wiederangriffe der Franzosen in den Argonnen abgeschlagen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

1914.

2. August: **Agriff russischer Patrouillen** gegen die Eisenbahnbrücke bei Eichenried und gegen den Bahnhof Miloslow.
3. August: Einnahme von **Kalisch, Czenstochau** und **Bendzin.**
17. August: Gefecht bei **Stallupönen.**
22. August: Das erste Armeekorps macht bei **Gumbinnen** 8000 Gefangene.
22./26. August: **Schlacht bei Krasnik.**
26./29. August: Siegreiche Schlacht bei **Gilgenberg—Ortelsburg.**
26./31. August: Schlacht der Armee Auffenberg bei **Zamosz.**
27. August: Schlacht der Armee bei **Niedrzewiecza.**
28./29. August: Heftige Kämpfe bei **Lemberg.**
3. September: Räumung von **Lemberg.**
10./11. September: Das 22. russische Armeekorps wird bei **Lyk vollständig geschlagen.**
9./14. September: **Schlacht bei Lemberg.**
11./14. September: **Schlacht an den Masurischen Seen. Vernichtung der Wilnaer Armee.**
3. Oktober: Siegreiche Kämpfe bei **Augustowo.**
10. Oktober: Entsatz von **Przemysl.**
13. Oktober: Beim **Vormarsch auf Warschau** fallen 8000 Russen in deutsche Hände.
15./31. Oktober: Siegreiche Schlacht in der Linie **Stary—Samba—San.**
28. Oktober: Strategischer Rückzug der Verbündeten in Polen.
5./11. November: Planmäßige Räumung Mittelgaliziens.
11./14. November: Heftige und siegreiche Kämpfe bei **Soldau** und **Wloczawec.**
15./17. November: **Sieg bei Kutno.**
19. November bis 14. Dezember: **Große Schlacht in Polen.**
6. Dezember: **Einnahme von Lodz.**
15./16. Dezember: **Zusammenbruch der gesamten russischen Offensive in Polen.**
Vorstoß der österreichisch-ungarischen Armee über die Karpathen.
18. Dezember: Erstürmung von **Petrikau und Przedborz** durch österreichisch-ungarische Regimenter.
18./21. Dezember: Heftige **Verfolgungskämpfe in Südgalizien.**
16./31. Dezember: Vordringen der Verbündeten und Verfolgung der russischen Hauptarmee gegen die Weichsel.
22./30. Dezember: Einsetzen einer **neuen russischen Offensive in Galizien.** Die österreichisch-ungarischen Truppen weichen dem Druck gegen die Karpathen zu aus.

1915.

1./2. Januar: Deutsche Truppen erstürmen in Polen den russischen Stützpunkt **Borzimow,** österreichisch-ungarische Truppen eine Höhe bei **Gorlice.**
Die Deutschen stoßen bis zum Sucha-Abschnitt durch.
3./8. Januar: Erfolge östlich der Rawka und in den Ostbeskiden.
22./31. Januar: Kämpfe in den Karpathen, Zurückdrängung der Russen vom Uszoker Paß.
1./10. Februar: Kämpfe in den Karpathen und der Bukowina. Der Kaiser an der Ostfront.
11./12. Februar: **Die Russen zu schleunigem Aufgeben ihrer Stellung östlich der Masurischen Seen gezwungen. 26 000 Russen gefangen. Der Widerstand der Russen in Ostpreußen überall gebrochen.**
13./15. Februar: Deutscher Vorstoß nach Tauroggen und Kolno.
15. Februar: In der **„Winterschlacht in Masuren" die ganze 10. russische Armee vernichtend geschlagen.**
17./21. Februar: Beendigung der „Winterschlacht in Masuren". **7 Generale und über 100 000 Russen gefangen.**
1./16. März: Erfolglose Vorstöße der Russen in Polen. Kämpfe in den Karpathen.
17. März: Russischer Überfall auf **Memel.** Scharfe Vergeltung für die Plünderungen der russischen Horden.
18./21. März: Die Russen aus Memel vertrieben. Die Festung Przemysl in Ehren gefallen. Erbitterte Karpathenkämpfe.
22./26. März: Russischer Raubzug auf Tilsit abgeschlagen. In der Bukowina die Russen zur Grenze bei Czernowitz zurückgeworfen.
27./31. März: Tauroggen im Sturm genommen. In den Karpathenkämpfen im März 40 000 Russen gefangen, vom deutschen Ostheer insgesamt im März 55 800 Russen gefangen.
1./7. April: **Osterschlacht in den Karpathen.** 10 000 unverwundete Russen gefangen.
23./30. April: Einstellung der russischen Angriffe am Uszoker Paß. Flucht der Russen von Schaulen nach Mitau.
1./2. Mai: **Großer Sieg der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen unter Generaloberst v. Mackensen.** Die ganze russische Front in Westgalizien und am Dunajec an vielen Stellen durchstoßen und eingedrückt. Der Feind flieht nach Osten und wird verfolgt. Deutscher Vormarsch in Kurland und Kolwno.
3./7. Mai: **Voller Rückzug der Russen aus Ungarn, 50 000 Gefangene. Libau von den Deutschen genommen.**
8./10. Mai: Der Kaiser auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz. Der russische Südflügel in Polen beginnt zu weichen.
11./20. Mai: Der Übergang über den San erkämpft. Steigen der Gefangenenzahl im Osten auf 104 000 Russen.
21./30. Mai: Kämpfe um Przemysl und am San, Dnjestr, Strhj.
31. Mai: Drei Gürtelwerke von Przemysl erstürmt. Die Armee Linsingen erobert **Strhj.**
1./2. Juni: **Przemysl wiedererobert.** Die große galizische Schlacht geht weiter.
3./10. Juni: Vormarsch der Verbündeten auf Lemberg. Die Russen von Linsingen bei **Zurawno** geschlagen.
11./13. Juni: Rückzug der Russen aus der Bukowina. Mackensen durchbricht bei Jaroslau die russische Front und macht 16 000 Gefangene.
14./18. Juni: Niederlage der Russen zwischen San und Dnjestr.
19. Juni: **Sieg Mackensens bei Magierow-Grodek.** Die Russen weichen auf Lemberg zurück.
20./22. Juni: **Lemberg wiedererobert.** Zurückweichen der Russen zwischen San und Weichsel. Vom 12. bis 22. Juni 59 000 Russen gefangen.
23./27. Juni: **Linsingens ganze Armee über den Dnjestr.** Die Russen weiter im Rückzuge.
28./30. Juni: Die Russen über die Gnita-Lipa zurückgeworfen. Die Verbündeten stehen auf russischem Boden. Mackensen dringt zwischen Bug und Weichsel weiter vor. **Junibeute in Galizien:** 141 000 Gefangene, 80 Geschütze, 268 Maschinengewehre (mit Hindenburg zusammen 219 700 Gefangene).
1./5. Juli: Die Russen auf der ganzen Front zum Weichen gezwungen. Die Zlota-Lipa erreicht.
6./15. Juli: Deutsche Erfolge bei Prasznysz und an der oberen Weichsel. Die Windau überschritten.
16./17. Juli: **Großer Sieg Hindenburgs.** Zwischen Pissa und Weichsel ziehen die Russen nach dem Narew ab. **Durchbruch der russischen Linien bei Krasnostaw durch Mackensen.** Die Russen auf der ganzen Front zwischen Weichsel und Bug im Rückzuge.
18./19. Juli: Der Narew erreicht. Radom besetzt, Vordringen bis zur Blonie-Grojec-Stellung.
20./22. Juli: Zurückweichen der Russen in Kurland. Südlich der Weichsel die Russen auf die erweiterte Brückenkopfstellung von Warschau zurückgedrängt. **Generaloberst v. Woyrsch wirft den Feind in die Festung Iwangorod, die nun eng eingeschlossen ist.** Weiteres Vordringen Mackensens.
23. Juli: **Großer Sieg General v. Belows bei Schaulen, 27 000 Gefangene.** Am Narew die Festungen **Rozan und Pultusk durch die Truppen des Generals v. Gallwitz erobert.** Zwischen Njemen und Weichsel seit dem 14. Juli 41 000 Gefangene. Die Russen von der Pilicamündung bei Kozienice über die Weichsel zurückgedrängt. Seit dem 14. Juli von Woyrsch und Mackensen 50 000 Gefangene in Südpolen gemacht.
24. Juli: **Der Narew auf der ganzen Front Ostrolenka-Pultusk überschritten.** Näher an Nowo-Georgiewsk und Warschau heran.
25./29. Juli: Bei Rozan wurde Goworowo, bei Blonie Pierunow erstürmt Russische Vorstöße am Narew gescheitert. Die russischen Stellungen zwischen Weichsel und Bug geräumt. Woyrsch erzwingt den Weichselübergang an der Pilicamündung. Mackensen erreicht die Bahn Iwangorod—Cholm.
30./31. Juli: **Lublin** von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.

Zur See.

1914.

2. August: Kreuzer **Augsburg** bombardiert **Libau.**
5. August: **Goeben** und **Breslau** bombardieren die Küste von **Algier.**
6. August: Untergang des Minenlegers **Königin Luise.** Der englische Kreuzer **Amphion** gerät auf eine von der Königin Luise gelegte Mine und sinkt.
Goeben und **Breslau** brechen aus dem von englischen Streitkräften umzingelten Hafen von **Messina** aus.
18. August: Verlust von U 15.
18./20. August: **Straßburg** und **Stralsund** vernichten ein englisches Unterseeboot.
27. August: Untergang von S. M. S. **Magdeburg.**
28. August: **Seegefecht bei Helgoland.** Untergang von S. M. S. Köln, Mainz und V 187.
5. September: U 21 vernichtet vor dem Firth of Forth den englischen Kreuzer **Pathfinder.**
10./12. September: Kreuzer **Emden** vernichtet im Golf von Bengalen fünf englische Handelsschiffe.
11. September: **Emden** beschießt **Madras.**
22. September: **U 9 schießt in der Nordsee die englischen Panzerkreuzer Aboukir, Hogue und Cressy in Grund.**
23. September: **Scharnhorst** und **Gneisenau** bombardieren **Papeete** auf Tahiti und vernichten das englische Kanonenboot **Zelee.**
11. Oktober: U 26 schießt den russischen Panzerkreuzer **Pallada in Grund.**
18. Oktober: Untergang von S 115, S 117, S 118 und S 119.
Vernichtung des englischen Unterseebootes E 3 in der deutschen Bucht.
28. Oktober: **Emden** bringt auf der Reede von Pulo-Pinang den russischen Kreuzer **Schemtschug** und ein französisches Torpedoboot zum Sinken.
31. Oktober: Ein deutsches Unterseeboot versenkt den englischen Kreuzer **Hermes.**
28./31. ? Oktober: **Untergang des englischen Überdreadnought Audacious.**
1. November: **Seeschlacht bei Coronel. Vernichtung der englischen Panzerkreuzer Good Hope und Monmouth.**
3. November: Beschießung von **Yarmouth.** Untergang der englischen Unterseeboots D 5.
4. November: S. M. S. **York** gerät in der Jade auf eine Sperrmine und sinkt.
9. November: **Heldenhafter Untergang von S. M. S. Emden.**
25. November: **Untergang des englischen Linienschiffes Bulwark.**
8. Dezember: **Seeschlacht bei den Falklands-Inseln.**
16. Dezember: Beschießung von **Scarborough** und **Hartlepool.** Vernichtung von zwei englischen Torpedobootzerstörern.
20. Dezember: Vernichtung des französischen Unterseeboots **Curie** vor Pola. — Schwere Beschädigung eines französischen Überdreadnought Typ **Courbet** durch das **österreichisch-ungarische Unterseeboot 12.**
25. Dezember: **Erfolgloser Angriff englischer Wasserflugzeuge auf Cuxhaven.**

1915.

1. Januar: Vernichtung des englischen Linienschiffes **Formidable.**
1. Januar: Dampfer **Eleonore Woermann** in den Grund gebohrt.
20. Januar: **Bombardement der englischen Ostküste durch Marineluftschiffe.**
24. Januar: **Gefecht in der Nordsee. Untergang des Blücher. Ein englischer Panzerkreuzer gesunken.**
4. Februar: Der Rest der Emdenbesatzung trifft an der Südwestküste Arabiens ein.
18. Februar: **Beginn der Blockade der englischen Küste durch deutsche Unterseeboote.**
L 3 und L 4 gehen bei schwerem Südsturm verloren.
20. Februar: Versenkung eines englischen Transportdampfers mit 2000 Mann.
5. März: U 8 vor Dover **versenkt.**
10. März: U 22 verloren.
13. März: Untergang des englischen **Hilfskreuzers Bayard.**
16. März: **Heldenhafter Untergang des Kreuzers Dresden.**
24. März: Beschießung russischer Streitkräfte bei Memel durch unsere Flotte.
7. April: U 29 ist von seiner letzten Unternehmung nicht zurückgekehrt und als verloren zu betrachten.
16. April: Marineluftschiffe an der Themsemündung und über der Ostküste Englands.
17. April: Vernichtung englischer Unterseeboote in der Deutschen Bucht.
30. April: Luftangriff auf die englische Südostküste.
4. Mai: Ein deutsches Luftschiff versenkt ein britisches Unterseeboot.
7. Mai: **Der Cunarddampfer Lusitania durch deutsche Unterseeboote vernichtet.**
8. Mai: Der englische Zerstörer Crusade bei Zeebrügge vernichtet.
28. Mai: Der englische Hilfskreuzer Princeß Irene in die Luft geflogen.
5. Juni: Ein russischer Minenkreuzer versenkt.
Deutsche Luftschiffe über der Humbermündung.
7. Juni: Wiederholte Luftangriffe auf Orte am Humber.
15. Juni: U 14 gesunken.
17. Juni: Luftangriff auf die Nordostküste Englands.
21. Juni: Ein englischer Panzerkreuzer von der Minotaur-Klasse torpediert.
2. Juli: **Seegefecht bei Gotland. Albatroß** auf den Strand gesetzt.
5. Juli: Gescheiterter engischer Flugzeugangriff in der Nordsee.
13. Juli: Vernichtung des Kreuzers **Königsberg** in Deutsch-Ostafrika.
28. Juli: Nach einer Zusammenstellung sind von der deutschen Flotte bis heute 259 **feindliche Schiffe versenkt** worden, darunter allein 229 englische.

Die Kämpfe um die deutschen Schutzgebiete.

1914.

7. August: England besetzt **Lome.**
10. August: Englischer Angriff auf **Daressalam.**
29. August: Kampflose Besetzung von **Samoa** durch die Engländer.
10. September: Die **Walfischbai** wird von deutschen Truppen besetzt.
11. September: Besetzung von **Herbertshöhe** im Bismarckarchipel durch die Engländer.
Für die Deutschen erfolgreiche Kämpfe an der Grenze von Deutsch- und Englisch-Ostafrika. Besetzung von Karungo und anderen englischen Grenzorten in Englisch-Ostafrika.
19. September: Einnahme von **Lüderitzbucht** durch südafrikanische Truppen.
25. September: **Niederlage der Engländer bei Sondfontein.**
26. September: Nach Londoner Meldungen besetzten die Engländer Friedrich-Wilhelm-Hafen in Deutsch-Neuguinea.
27. September: Besetzung von **Duala** und **Bonaberi** seitens der Engländer.
Erster Angriff der Japaner auf eine deutsche Stellung bei Tsingtau.
28. September: Besetzung von **Nietfontein durch deutsche Truppen.**
17. Oktober: Der japanische Kreuzer **Takatschio** in der Kiautschoubucht gesunken.
20. Oktober: Die Marschall-, Mariannen- und Karolinen-Inseln werden von den Japanern besetzt.
2. November: **Schwere Verluste der Engländer bei Tanga.**
7. November: **Fall von Tsingtau.**
28. November: Beschießung von Daressalam.

1915.

18. Januar: Swakopmund von den Engländern beschossen.
22. Februar: Heftige Kämpfe in Deutsch-Südwestafrika.
13. Mai: Einzug Bothas in Windhuk.
9. Juli: **Kapitulation der deutschen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika.**

Türkische Kriegsschauplätze.

1914.

29. Oktober: Die russische Flotte versucht Teile der türkischen Seestreitkräfte zu überrumpeln. **Türkische Schiffe bombardieren Odessa und Sebastopol.**
30. Oktober: Die türkische Flotte vernichtet zwei russische Torpedoboote.
2. November: Die Botschafter der Dreiverbandsmächte verlassen Konstantinopel.
3. November: Die Russen greifen türkisch-kaukasische Grenztruppen an.
11./12. November: Türkischer Erfolg bei Köprikoi.
14. November: **Verkündung des Heiligen Krieges.**
22. November: **Türkische Vortruppen treffen am Suezkanal ein.**
25. November: Russenmassaker in **Täbris.**
26./30. November: Vorrücken der türkischen Kaukasus-Armee **im Tschoruktal.**
24. Dezember: Erfolgreiches **Seegefecht im Schwarzen Meer.**

1915.

15. Januar: Vernichtung des französischen Unterseebootes **Saphir** vor den Dardanellen.
21. Januar: Die russische Kaukasus-Offensive von den Türken zum Stehen gebracht.
6. Februar: Türkische Vorhuten kommen in der Gegend östlich des Suezkanals an und drängen die englischen Vortruppen zum Kanal zurück. Niederlage der Engländer in Mesopotamien.
8. Februar: Türkische Vorhuten überschreiten den Suezkanal. Die Engländer haben die Bagdadbahn zerstört.
24. Februar: Die Dardanellenfesten werden heftig beschossen; drei große feindliche Panzerschiffe schwer beschädigt. Englischer Landungsversuch in Kleinasien gescheitert.
6. März: Eine Beschießung Smyrnas erfolgreich abgewiesen.
8. März: Die russische Schwarzmeerflotte beschießt erfolglos türkische Häfen.
13. März: Nachtangriff auf die Dardanellen mißlungen; ein englischer Kreuzer kampfunfähig, drei Minensucher gesunken.
16. März: Der englische Kreuzer **Amethyst** vor den Dardanellen schwer beschädigt.
17. März: **Das französische Panzerschiff Bouvet in den Grund gebohrt.**
28. März: Russische Angriffe im Kaukasus zurückgeschlagen.
29. März: **Das französische Linienschiff Gaulois vor Lemnos gesunken.**
30. März: **Das englische Linienschiff Lord Nelson untergegangen.**
3. April: Bei Odessa zwei russische Schiffe versenkt, ein türkischer Kreuzer auf eine Mine gelaufen und gesunken. Vor den Dardanellen ein feindlicher Minensucher zum Sinken gebracht.
8. April: Vorpostengefechte am Suezkanal.
16. April: Im Golf von Saros zwei feindliche Wasserflugzeuge versenkt, das englische Unterseeboot E 15 zum Sinken gebracht.
18. April: Ein türkisches Torpedoboot torpediert erfolgreich ein französisches Truppentransportschiff und den englischen Transportdampfer Manitou.
19. April: Zwei feindliche Torpedoboote in den Dardanellen versenkt.
26. April: **Der französische Panzerkreuzer Leon Gambetta durch ein österreichisches Unterseeboot versenkt.**
28. April: Vor den Dardanellen zwei feindliche Torpedoboote versenkt.
29. April: Der Feind vom asiatischen Dardanellenufer vertrieben.
30. April: Ungeheure Verluste des weichenden Feindes auf Gallipoli. Landungsversuche in der Bucht von Saros gescheitert.
1. Mai: Ein englisch-australisches Unterseeboot versenkt.
11. Mai: Der türkische Panzerkreuzer Jawus Selim schlägt die russische Schwarzmeerflotte in die Flucht.
12. Mai: **Das englische Panzerschiff Goliath vor den Dardanellen versenkt.**
23. Mai: Die feindlichen Angriffe auf die Dardanellen völlig zusammengebrochen.
24. Mai: **Das englische Linienschiff Triumph im Golf von Saros durch ein deutsches Unterseeboot versenkt.**
28. Mai: **Das englische Linienschiff Agamemnon torpediert.** Der Feind nimmt seine Kriegsschiffe von den Dardanellen fort und schließt sie im Ägäischen Archipel ein.
30. Mai: Ein französisches Torpedoboot und zwei französische Hilfskreuzer verloren.
3. Juni: Torpedierung eines englischen Linienschiffes und Versenkung eines großen englischen Hilfskreuzers vor den Dardanellen durch deutsche Unterseeboote.
10. Juni: Ein russischer Zerstörer im Schwarzen Meer versenkt.
15. Juni: Vor den Dardanellen ein großes feindliches Kriegsschiff gesunken.
6. Juli: Ein deutsches Unterseeboot versenkt vor Seddul Bahr einen französischen Transportdampfer.
10. Juli: Ein großes Schiff im Suezkanal gesunken, der Kanal gesperrt.
26. Juli: Das französische Unterseeboot **Mariotte** versenkt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

1914.

5. August: Beschießung von **Belgrad.**
20. August: Das deutsche **Skutari-Detachement** nimmt am Kampfe bei Uzicze teil.
3. September: Niederlage der **Montenegriner bei Bileca.**
7. September: Siegreiches Gefecht der Österreicher bei **Mitrowitza.**
10. September: Serbischer Einbruch in **Syrmien.**
9./16. September: Befreiung **Kroatiens** vom Feinde.
1. Oktober: Beginn der **österreichischen Offensive in Serbien.**
27. Oktober: Erstürmung von **Ravnja.**
2. November: Eroberung von **Schabatz.**
6./9. November: Sieg der österreichisch-ungarischen Truppen auf der Linie **Loznica—Krupanj—Ljubovija.**
13./16. November: **Sieg der österreichisch-ungarischen Armee bei Valjewo.**
26. November: Erstürmung der serbischen Stellung bei **Lazarevatsch.**
30. November: Einnahme von **Suvobar.**
2. Dezember: **Besetzung von Belgrad.**
5. Dezember: Blutige Kämpfe um **Aranjelovatsch.**
7. Dezember: Umgruppierung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte.
15. Dezember: Räumung Belgrads.

1915.

8. Juni: Bei Korito montenegrinische Banden in österreichischen Uniformen (!) zersprengt.
11. Juli: Angriffe der Montenegriner abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

1915.

23. Mai: **Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.** Erste Grenzgefechte an der Tiroler Grenze. Die italienische **Ostküste** von der österreichischen **Flotte** und **Flugzeugen angegriffen.**
29. Mai: Für die Italiener verlustreiches Gefecht bei **Misurata.**
4./5. Juni:: Starke italienische Verluste am Krn. Erfolgloser Versuch, den **Isonza** zu überschreiten.
7. Juni: Das italienische Luftschiff **Citta di Ferrara** von dem österreichischen Marineflugzeug L 48 in Brand geschossen und **vernichtet.**
8. Juni: **Venedig** mit **Bomben** belegt.
11. Juni: Das italienische Unterseeboot **Medusa versenkt.**
13. Juli: Italienische Niederlage bei **Plava.**
27. Juni: Ein italienisches **Unterseeboot** in der Nordadria **versenkt.**
29. Juni: Die Italiener bei **Monfalcone** zurückgeschlagen.
30. Juni: **Italienischer Mißerfolg** am Rande der Hochebene von **Doberdo.**
4. Juli: Das italienische **Torpedoboot 17** in der Nordadria **vernichtet.**
5. Juli: Die vom Görzer Brückenkopf bis zum Meer in breiter Front angreifende **italienische dritte Armee** unter großen Verlusten **völlig geschlagen.**
7. Juli: Der italienische Panzerkreuzer **Amalfi** von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot **versenkt.**
15. Juli: Italienische Angriffe an der **Dolomitenfront** blutig abgewiesen.
18. Juli: Der italienische Kreuzer **Giuseppe Garibaldi versenkt.**
20. Juli: **100 000 Mann Verluste** der Italiener in der **Abwehrschlacht im Görzischen.**

Vossische Zeitung
2./VIII. 1915
41
5

Montags-Ausgabe
2. August 1915

Zeitung

gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

ppen erobert

Deutschland werde hart!

Von

Georg Bernhard.

Man sollte über den Siegen des Kriegsjahres, das hinter uns liegt, nicht die Enttäuschungen vergessen, die es uns gebracht hat. Glücklicherweise hat das Vertrauen auf die Kraft unserer Waffen uns nicht getrogen. Aber auf vielen Gebieten, die jenseits der Bezirke von Heer, Flotte und wirtschaftlicher Organisation liegen, hat es die bittersten Enttäuschungen gegeben, die das deutsche Volk seit langem erlebt hat. Die bitterste vielleicht bot uns das jähe Erwachen aus dem Traume unserer Liebe zu aller Welt. Wir Deutsche waren vor dem Kriege die rührigsten Träger des internationalen Gedankens. Wir gingen darin vielfach so weit, daß das Fremde uns interessanter als das Heimische erschien. Daß wir trotz aller Bildung oder vielleicht gerade wegen ihrer oft die fremden Geisteswelten nach unserem Ebenbilde formten und tatsächlich vielfach da gröblich mißverstanden, wo wir zu verstehen meinten, tut nichts zur Sache. Der Wille zum Verstehen war bei uns, die wir fremde Geographien und fremde Sprachen mit Eifer erlernten, so groß wie bei keiner anderen Nation. Wir glaubten, daß diese Liebe erwidert würde. Wir hielten begeisterte Kongreßreden für bare Gesinnungsmünze. Und gerade wir mußten es nun erleben, daß eine Nation nach der anderen gegen uns auf den Plan trat. Wir haben uns bitter über die Schlammfluten der Lüge und der Verleumdung beschwert, die unter englischer Führung der größte Teil der Presse der Welt gegen uns heranführte. Aber das Schlimmste war, daß die Völker das glaubten, was ihre Presse über uns schrieb, und daß kaum hier und da die eine oder die andere Stimme zu unserer Verteidigung sich erhob. Immer einsamer wurde es um Deutschland und seine Verbündeten in der Welt. Und heute gibt sich keiner von uns mehr der Täuschung hin, daß ein besiegtes Deutschland ohne einen einzigen Freund dem Untergang anheimgefallen gewesen wäre. Einzig und allein die Erfolge unserer Waffen, die Achtung, die wir schließlich der Welt auf den Schlachtfeldern und auf den Meeren abzwangen, haben schließlich die Stellung einzelner Länder zu uns wieder korrigiert. All unsere Kulturarbeit vorher hat nicht vermocht, uns auch nur einen Freund zu werben oder gar zu erhalten.

Noch als der Krieg schon im Gange war, wurde das bei uns durchaus nicht allenthalben eingesehen. Es gab noch immer Leute in Deutschland, die mit den armen Franzosen Mitleid hatten, sich um die Zerstörung französischer Kulturwerte bangten und die Engländer für die Hüter politischer Erbfreiheit hielten. Aus ähnlichen Beweggründen entsprang auch unser Bestreben, die Wahrheit durch Schriftwerke ins Ausland zu verbreiten. Es bedurfte erst des schneidenden Hohnes, der als Echo auf all unsere Broschüren und schönen Zeitungsartikel aus der ganzen Welt zu uns herübertönte, um uns das Vergebliche dieses Bemühens klar zu machen. Solche Enttäuschung war bitter. Aber sie hat glänzende Früchte getragen. Deutschland ist in diesem einen Jahre aus einem jünglinghaften politischen Idealisten zum Mann gereift. Wir haben gelernt, daß in Zukunft für uns nur unser Interesse in der Welt maßgebend sein darf. Wir werden uns fürderhin nicht mehr einreden, daß die anderen Völker sich durch liebenswürdige Aufmerksamkeiten auch nur um Haaresbreite von den Wegen abbringen lassen, auf denen sie um ihrer politischen Interessen willen marschieren.

Die deutlichste Lehre hat uns Amerika gegeben. Freilich, wir hätten schon früher seine wahren Gefühle für Deutschland erkennen können. Derselbe preußisch-amerikanische Handelsvertrag aus dem Jahre 1828, auf den sich jetzt Amerika berufen will, um von uns Entschädigung wegen eines angeblich zu Unrecht versenkten Schiffes mit Bannware zu erhalten, ist von den Vereinigten Staaten seit mehr als einem Jahrzehnt zur handelspolitischen Knebelung Deutschlands benutzt worden. Je nachdem es den jeweiligen amerikanischen Präsidenten paßte, haben sie diesen Vertrag ausgelegt. Immer für sich, wenn Amerika seine Zollgesetzgebung änderte, immer gegen uns, wenn wir zu Repressalien schreiten wollten. Aengstliche Gemüter haben in

Vossische Zeitung
4./VIII. 1915

Die Einkreisung Deutschlands.

Aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" setzt heute die Veröffentlichung der Gesandtenberichte aus dem Archiv des Brüsseler Ministeriums des Aeußern fort. Die heute vorliegenden Berichte umfassen den Zeitraum vom April 1907 bis Ende Januar 1908. Sie beleuchten nur einen kleinen Ausschnitt aus dieser schwülen Zeit, zeigen nichts von dem Treiben hinter den Kulissen der zweiten Haager Friedenskonferenz und enthalten keine Anspielung auf den kühnsten Schritt, durch den im Sommer 1907 König Eduard das Werk der Einkreisung zu vollenden suchte: auf den Einfall, bei einem Besuch, den der König von England in Ischl machte, den Kaiser Franz Joseph in die Sphäre der englischen Politik hineinzuziehen. Aber gerade weil sich die Urteile der belgischen Gesandten nicht auf diese Vorgänge beziehen, die dem Berliner Auswärtigen Amt die ganze Gefahr der Einkreisungspolitik enthüllten, sondern nur Geschehnisse betreffen, die sich vor den Augen aller Welt abspielten, lassen sie um so mehr erkennen, wie unzweideutig Englands Politik allenthalben sich als gegen Deutschland gerichtet erwies.

Ein Besuch des englischen Königspaares in Spanien im Winter 1907 verfolgte den Zweck, Spanien der englisch-französischen Entente anzugliedern. Unzertrennbar davon, wie von jeder Aktion König Eduards, war der Nebenzweck, den ein Bericht des belgischen Geschäftsträgers in London Herr de Cartier vom 12. April 1907 mit den Worten kennzeichnet: „Der Besuch König Eduards bei seinem Königlichen Neffen in Carthagena wird vor allem den Zweck verfolgen, die Bande, die Spanien mit Großbritannien verknüpfen, enger zu gestalten und den deutschen Einfluß in Madrid möglichst zu schwächen." Ebenso urteilt (18. April) der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl: „Wie der Bündnisvertrag mit Japan, die Entente cordiale mit Frankreich, die mit Rußland schwebenden Verhandlungen, so ist der Besuch des Königs von England beim König von Spanien ein Manöver in dem von Sr. Majestät Eduard VII. persönlich mit ebensoviel Ausdauer wie Erfolg geleiteten Feldzug zur Isolierung Deutschlands." Und sehr richtig folgert der Gesandte: „Dieser Eifer, Mächte, die niemand bedroht, angeblich zu Verteidigungszwecken zu einigen, kann mit vollem Recht verdächtig erscheinen." Zwei Monate später wurden das spanisch-französische und das spanisch-englische Abkommen bekannt. Graf Lalaing, der belgische Gesandte in London, bemerkt dazu: „Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß die britische Presse erklärt, Deutschland würde unrecht daran tun, sich über das spanisch-englische Abkommen zu beschweren, das durchaus nicht gegen Berlin gerichtet sei. Es kann indessen kaum angenommen werden, daß Deutschland in dem Abkommen nicht die Fortsetzung jener englischen Politik erblicken wird, die auf jede Weise darauf hinzielt, das Deutsche Reich zu isolieren." Und Baron Greindl schreibt am 22. Juni 1907 aus Berlin:

> Diese gegen imaginäre Gefahren ergriffenen Vorsichtsmaßregeln sind geeignet, bei den Völkern die Idee zu wecken und zu nähren, daß Deutschland die angriffslustige Macht sei, gegen deren Unternehmungen die anderen Mächte sich zusammenschließen müßten.
>
> Der Schaden wäre ja nicht so groß, wenn diese Verträge nur überflüssig wären; aber sie kompromittieren die Sache des Friedens, dem sie zu dienen vorgeben, weil sie in den deutschfeindlichen Kreisen die Ueberzeugung wecken, daß der Augenblick für die Verwirklichung ihrer Pläne herannaht.

Von besonderem Interesse aber ist die Schilderung der Rolle, die in jener Zeit Frankreich spielte, in dem Bericht, den der Gesandte Leghait am 17. Juni aus Paris einsendet. Außer dem Abkommen mit Spanien hatte Frankreich unter englischer Aegide auch ein Abkommen mit Japan geschlossen. „Man erkennt wohl," schreibt der belgische Gesandte, „den durchaus friedfertigen Charakter dieser Abkommen an und glaubt gern, daß sie eine Friedensbürgschaft bilden, aber man fragt sich auch, welche Bedrohungen so große Vorsichtsmaßregeln rechtfertigen . . . Es fehlt nicht an Leuten, die fürchten, man werde gerade durch das Bestreben, mit allen Mitteln den Frieden zu sichern, den Krieg hervorrufen. Diese Besorgnis sagen alle kluzen Leute . . . Um sich für den Augenblick gegen Gefahren zu rüsten, die vielleicht nur in seiner Einbildung bestehen, oder auch nur, um die Stellung der Leiter seiner inneren Politik zu festigen, lädt Frankreich eine Dankesschuld auf sich, die ihm schwer erscheinen wird, wenn eines Tages England die Zwecke enthüllen wird, zu denen es die Kräfte benutzen will, die es heute um sich geschart hat."

Es hat nicht an Deutschland und am wenigsten an Kaiser Wilhelm gelegen, wenn damals Frankreich die Möglichkeit, mit der englischen Rückendeckung sich Deutschland zu nähern — eine Möglichkeit, die eben nicht den englischen Tendenzen entsprach — nicht ausgenützt hat. Ein Bericht Baron Greindls vom 1. Juli 1907 zitiert nach der „Vossischen Zeitung" den Inhalt der entgegenkommenden Aeußerungen, die Kaiser Wilhelm über die Marokkofrage gegenüber dem französischen Staatsmann Etienne in Kiel getan hatte; und erwähnt, daß Herr Etienne, nach der Kaiserlichen Einladung zum Diner in Kiel, auch beim Fürsten Bülow in Berlin einen herzlichen und auszeichnenden Empfang fand. Auch schien Herr Cambon, der eben als Botschafter nach Berlin gekommen war, bemüht, eine Besserung der Beziehungen herbeizuführen. Aber mit Recht sagt Baron Greindl: „Eine wahre und dauernde Annäherung würde die Ausschaltung des Revanchegedankens zur Voraussetzung haben, und es gibt selbst unter den vernünftigsten und friedfertigsten Franzosen niemand, der nicht im Grunde seines Herzens die Hoffnung darauf bewahrte."

Tatsächlich ging die französische Politik damals darauf aus, sich der letzten Fesseln der Algesiras-Akte zu entledigen. Das führte zu der Affäre von Casablanca, und nach dreijährigem Schweigen trat Herr Delcassé, Deutschlands schroffster, durch seinen Sturz verbitterter Gegner, wieder in den Vordergrund der politischen Bühne. Er rühmte sich seiner Politik unter dem Beifall der Kammer, die ihn einst gestürzt hatte: Europa von der deutschen Hegemonie zu befreien, sei Zweck und Erfolg dieser Politik gewesen. „Wo hat Herr Delcassé je gesehen", schreibt der Gesandte Baron Greindl, „daß Deutschland den anderen europäischen Völkern seine Vorherrschaft aufzwingen wollte? Wir sind seine nächsten Nachbarn, und seit zwanzig Jahren habe ich bei der Kaiserlichen Regierung nicht die geringste Neigung entdecken können, ihre Stärke und unsere Schwäche zu mißbrauchen. Ich wünsche nur, daß alle anderen Großmächte sich der gleichen Rücksicht gegen uns befleißigt hätten." Niemals, hatte Delcassé seinen ehemaligen Gegnern zugerufen, hätte Deutschland wegen Marokko Krieg geführt. Aber nicht Deutschlands Friedlichkeit wollte er diese Mäßigung zuschreiben, sondern der Einkreisung, die es zum Frieden zwinge: zweimal habe seine Politik Europa den Frieden bewahrt. „Unter welchen Umständen denn?", fragt Baron Greindl. „Wann ist denn die Ruhe in Europa bedroht gewesen, außer durch den französischen Revanchegedanken?"

Seit jenem neuen Hervortreten ist Herr Delcassé der tatsächliche Inspirator der äußern Politik Frankreichs gewesen, längst bevor er auch äußerlich ihre Führung übernahm, um den Beweis zu erbringen, daß, wie er behauptet hatte, Deutschland diplomatisch besiegt werden könne, weil es nicht wagen dürfe, zu den Waffen zu greifen. Neben König Eduard und Delcassé hat aber hauptsächlich die englische Presse den Krieg herbeigeführt. Darüber enthalten die heute veröffentlichten belgischen Gesandtenberichte die bündigsten Urteile. Daß aber diese Presse ihr unheilvolles Werk nur vollenden konnte, weil sie aussprach, was das amtliche England dachte und wünschte, auch das hat Graf Lalaing schon richtig erkannt, als er aus London am 24. Mai 1907 an seinen Minister schrieb:

> Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen „Gelbe Presse" bekannt, trägt zum größten Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung. Was kann man denn auch von einem Journalisten wie Herrn Harmsworth, heute Lord Northcliffe, Herausgeber der „Daily Mail", des „Daily Mirror", des „Daily Graphic", des „Daily Expreß", der „Evening News" und der „Weekly Dispatch" erwarten, der in einem Interview für den „Matin" sagt: „Ja, wir verabscheuen die Deutschen, und das von Herzen. Sie machen sich in ganz Europa verhaßt. Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen könnte, aber ich möchte nicht, daß sie irgend etwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte."
>
> Im Jahre 1899 freilich griff derselbe Herausgeber mit der gleichen Heftigkeit die Franzosen an, wollte die Pariser Ausstellung boykottieren und schrieb: „Die Franzosen haben es fertig gebracht, John Bull davon zu überzeugen, daß sie seine erbitterten Feinde sind. England hat lange zwischen Deutschland und Frankreich geschwankt, aber es hat stets den deutschen Charakter geachtet, während es dahin gekommen ist, für Frankreich Verachtung zu empfinden. Ein herzliches Einvernehmen kann zwischen England und seinem nächsten Nachbarn nicht bestehen. Genug endlich von Frankreich, das weder Mut noch politischen Sinn besitzt."
>
> Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und viel gelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volkes.
>
> Es ist klar, daß das amtliche England im Stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse, von der hier die Rede ist, tut.

In eben jene Zeit fallen die Versuche, durch deutsche und englische Journalistenbesuche hüben und drüben eine bessere Stimmung herbeizuführen. Vergebliche Bemühungen. Die Minderheit der journalistischen Elite, die aus England nach Deutschland kam, brauchte nicht erst überzeugt zu werden. Wie oft hatte man solche Annäherungsversuche schon von deutscher Seite betrieben! „Eine der Ursachen ihres Mißerfolges," ist die sehr beherzigenswerte Meinung Baron Greindls, „ist vielleicht die Ueberschwänglichkeit, mit der sie erfolgten." Jener englische Journalistenbesuch in Deutschland bot den Anlaß zu sehr klugen und aufrichtigen Reden des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg und des britischen Botschafters Sir Frank Lascelles. Das Ergebnis, so sagte Baron Greindl voraus, werde nichts sein:

> „Wie Graf Lalaing (der Kollege in London) ganz richtig sagt, treibt der König von England persönlich eine Politik, deren Endziel die Isolierung Deutschlands ist. Sein Vorgehen entspricht dem Empfinden der Nation, die durch eine skrupellose Presse irregeleitet ist, die nur einen möglichst großen Absatz anstrebt und deshalb einzig und allein darauf bedacht ist, den Volksleidenschaften zu schmeicheln. Und zwar sind es nicht nur die billigen Zeitungen, die sich zu einer solchen Rolle erniedrigen. Die „Times" führt seit Jahren einen Verleumdungs- und Lügen-Feldzug. Ihr Berliner Korrespondent, der doch jede Gelegenheit hat, sich gut zu unterrichten, schürt den Haß der Engländer gegen die Deutschen dadurch, daß er der Kaiserlichen Regierung ehrgeizige Pläne unterschiebt, deren Torheit augenfällig ist, und ihr allerlei dunkle Machenschaften vorwirft, an die sie niemals gedacht hat. Nichtsdestoweniger glaubt das Volk in England daran, ohne eine Miene zu verziehen, weil eben diese Erfindungen seinen Vorurteilen entsprechen. Wie könnte da die antideutsche Strömung durch die ganz kleine Schar gewissenhafter und klar blickender Journalisten bekehrt werden?"

Auch was diese Politik für Belgien bedeute, hat Baron Greindl vorausgesehen. Die Analyse von Delcassés Rede hat ihn zu dem Schluß geführt: „Die von König Eduard, unter dem Vorwand, Europa vor der imaginären deutschen Gefahr zu sichern, geleitete Politik hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr ins Leben gerufen, die in erster Linie uns (d. h. Belgien) bedroht."

Vossische Zeitung

11./VIII. 1915

Hier ist in Serbien unbekannt.

Mittwoch, 11. August 1915

Zeitung

d gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

elgoländer.

Wie es in Serbien aussieht.

Von

Rudolf Rotheit.

* Sofia, Anfang August.

Als der galizische Niedergang der russischen Armeen in den ersten Maitagen seinen Anfang nahm, fand auf einmal ein Rollenwechsel zwischen dem großen Rußland und dem kleinen Serbien statt. Der Riese, der ausgezogen war, den Zwerg zu beschützen, rief in seiner Not die Hilfe des Zwerges herbei. Von Petersburg erging die Aufforderung nach Nisch, daß Serbien sofort und unbedingt die Offensive gegen Oesterreich-Ungarn ergreifen solle. Seit den letzten Kämpfen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn waren volle fünf Monate vergangen. In Petersburg meinte man, nun sei es an der Zeit, daß Serbien sich von neuem rühre. Der serbische Generalstab war anderer Ansicht, und der serbische Ministerpräsident Paschitsch antwortete achselzuckend, dem russischen Drängen, man dürfe von dem armen, kleinen Serbien nicht Unmögliches verlangen: bei einer vielfach gewundenen und gebrochenen Grenzlinie von 800 Kilometer seien die 230 000 Kämpfer, über die Serbien verfüge, unzureichend, um zum Angriff überzugehen.

Seit jener Zeit ist man in Rußland im höchsten Grade unzufrieden mit dem serbischen Schützling. Zwei Gründe kamen hinzu, die russische Verärgerung zu erhöhen. Nach altem russischen Schema haben die Balkanstaaten — und seit 1913 in erster Linie Serbien — die Aufgabe, Opfer für Rußland zu bringen. Sie haben eine Ehre darin zu sehen, Schachfiguren in den Händen des russischen Meisterspielers zu sein. Nach der heutigen Sachlage wünscht man in Petersburg, daß der serbische Bauer dem bulgarischen das mazedonische Feld räume, denn nur auf diese Weise wäre nach russischer Auffassung zu hoffen, daß sich Bulgarien zur Verfügung Rußlands und seiner Verbündeten stelle. Serbien war aber im äußersten Falle nur bereit, den Bulgaren einen kleinen Brocken des mazedonischen Kuchens hinzuwerfen; von einer Erfüllung der ganzen bulgarischen Wunschliste war nie die Rede. Gegenwärtig will Serbien, dem der Kamm mächtig geschwollen ist, überhaupt nichts hergeben. Alle diplomatischen Anstrengungen des Vierverbandes auf dem Balkan scheitern an diesem Hauptpunkte, und Prinz Trubetzkoi in Nisch ist mißmutig über die Maßen und wünscht selbst, seinen Posten zu verlassen.

Weiterhin hat das Verhalten Serbiens gegen den italienischen Freund und Bundesgenossen in Petersburg arg verstimmt. Man macht es den Serben zum Vorwurf, daß sie zu gescheit waren, sich in der italienischen Frage hintergehen zu lassen. Auf dem Papier war die Rechnung sehr einfach. Als man einige Zeit vor dem Eintritt Italiens in den Krieg in Petersburg die Gewißheit erlangt hatte, daß die Italiener losschlagen würden, suchte man den Serben vorzuspiegeln, daß italienische Truppen quer durch Albanien marschieren würden, um sich mit den Serben gegen Oesterreich-Ungarn zu vereinigen. Herr Paschitsch hörte die Botschaft und war nicht entzückt davon. Er dachte sich: „Der Himmel beschütze mich vor solchen Freunden!", und gab dieser Stimmung in seiner Antwort auf eine bestellte Skupschtina-Interpellation Ausdruck, indem er die bevorstehende Beteiligung Italiens am Weltkriege keineswegs mit Freuden begrüßte. Das fehlte gerade noch, daß Italien sich eines Faustpfandes im Innern der Balkanhalbinsel bemächtige, daß es sich in Albanien und am Ende gar in Serbisch-Mazedonien ausbreite, um schließlich als maßgebender Faktor die Entscheidung über das Schicksal der Balkanier in seiner Hand zu haben. Herr Paschitsch weiß, daß man in Italien den Serben wegen der Adria-Gegensätze nichts weniger als grün ist. Wenn die Italiener sich gar mit den Bulgaren gegen die Serben sowie gegen die den Italienern gleichfalls verhaßten Griechen wenden würden — was dann?

Alle diese Gedankengänge waren auf der Voraussetzung eines durchschlagenden Sieges des durch die Italiener verstärkten Dreiverbandes aufgebaut. Man stellte sich vor, daß die Italiener, als Zünglein an der Wage, leichtes Spiel haben würden. Von diesem Gesichtspunkte waren ja durch Petersburger Vermittlung auch die serbisch-italienischen Verhandlungen über die den Oesterreichern zu entreißende Adriaprovinz Dalmatien geführt worden. Italien erklärte, unter keinen Umständen auf die Küstenstädte Zara, Sebenico, Spalato, Ragusa verzichten zu wollen; über die anderen Teile Dalmatiens könnte vielleicht ein Ausgleich erzielt werden. Also auch hier wieder die bestimmte Absicht, dem serbischen Zugang zur Adria einen Riegel vorzuschieben. Fürwahr, die Serben, die sich stets und immer darüber beklagt hatten, daß Oesterreich sie von der Adria abdränge, hatten von dem gegen Oesterreich kämpfenden Italien nicht nur nichts besseres zu erwarten, sondern sogar weit schlimmeres zu befürchten.

Frankfurter Zeitung
17/VIII. 1915
180
Ein Vorschlag für den Umbau des Kohlensyndikats.

Jahrgang. Dienstag, 17. August 1915.

ter Zeitung

ndelsblatt.

Leopold Sonnemann.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen: Colonelzeile 30 ₰. Abendbl. 75 ₰. Reklamen ℳ 2 —. Abendbl. ℳ 2.50. Familienanzeigen ℳ 1.-. Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauerstraße 16/18. Dresden-A: Waisenhausstr. 25. München: Pernsastr. 5. Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststraße 7. Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Neue Wirtschaftsformen.

Ein Vorschlag für den Umbau des Kohlensyndikats.

Wenn jetzt der Reichstag wieder zusammentritt, dann wird er neben all den ungeheuren Fragen des Krieges und der politischen und wirtschaftlichen Kriegführung auch eines der schwerwiegendsten Probleme der künftigen Friedenszeit zur Bearbeitung vorfinden. Das Verhältnis des Reichs zu den industriellen Riesenbetrieben und zu den riesigen, beherrschenden Industrie-Kartellen ist plötzlich, mitten im Kriege, auf seinem wichtigsten Gebiete, nämlich bei der Kohle, wieder aktuell geworden und drängt zur Entscheidung. Der Bundesrat hat auf Grund der allgemeinen, ihm bei Kriegsausbruch erteilten Ermächtigung zur Anordnung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen am 12. Juli die Verordnung über Zwangssyndikate im Bergbau erlassen. Diese Verordnung ist nach dem Gesetz dem Reichstag „bei seinem nächsten Zusammentritt vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben". Der Reichstag muß sich also mit ihr befassen; er muß sagen, was er will und wie er es will.*

Worum es sich dabei handelt, ist an dieser Stelle wiederholt dargelegt worden. Der geltende Syndikatsvertrag des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats steht vor seinem Ablauf; er endet mit dem 1. Januar 1916; wird er bis zum 30. September nicht erneuert, so erhalten von da ab die Mitglieder des Syndikats bereits die Freiheit, außersyndikatliche Kohlenverkäufe für das neue Jahr und auf beliebige Zeiten vorzunehmen. Eine Einigung war bisher nicht zustande gekommen. Sie wäre vielleicht noch erfolgt. Aber die Möglichkeit bestand auch, daß ausschlaggebende Zechengroßbesitzer auf ihrem Widerspruch endgültig beharrten, von der Erwägung aus, daß in der nächsten Zeit während des Krieges und auch nach seinem Ende infolge der Kriegswirkungen mit einer allgemeinen Kohlenknappheit zu rechnen sei, daß deshalb für diese Zeit hohe Kohlenpreise auch ohne Syndikat in Aussicht ständen, daß sie also eine vorübergehende syndikatlose Zeit ohne Schaden herankommen lassen und diese dann im Sinne ihrer Sonderwünsche ausnutzen könnten. Hier greift nun die Verordnung des Bundesrats ein. Sie ermächtigt die Landeszentralbehörde, die Besitzer der Bergwerke ohne ihre Zustimmung zu einem Zwangssyndikat zu vereinigen; von dieser Ermächtigung ist kein Gebrauch zu machen, wenn bis zu einer bestimmten Frist — als solche ist der 15. September festgesetzt worden — die Besitzer von 97 Prozent der Gesamtförderung sich freiwillig zu einem Syndikat zusammenfinden „und die Landeszentralbehörde durch den geschlossenen Vertrag die öffentlichen Interessen für gewahrt erachtet". Was das bedeutet, war von vornherein klar. die öffentliche Gewalt droht den Zechenbesitzern mit dem Zwangssyndikat, um sie auf diese Weise zu zwingen, freiwillig ihr altes Syndikat zu verlängern; der Zusammenbruch der Syndizierung wird ausgeschlossen; der Staat stellt die Zechenbesitzer lediglich vor die Wahl zwischen freiem Syndikat und Zwangssyndikat, indem er erwartet, daß sie in dieser Zwangslage das erstere vorziehen. Inzwischen ist als weitere Ueberraschung eine Erklärung des preußischen Handelsministers erfolgt, daß der preußische Bergfiskus mit seinen westfälischen Gruben — deren Beitritt notwendig ist, wenn die verlangten 97 Prozent der Gesamtförderung erreicht werden sollen — einem freien Syndikat nicht auf die übliche Dauer von fünf oder zehn Jahren beitreten wolle, sondern daß er ein Uebergangs-Syndikat für die kurze Dauer von 1¼ Jahren, also für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis 31. März 1917 fordere. Sachlich folgt der Handelsminister damit einem Verlangen, das schon seit längerer Zeit von wichtigen Teilen der Eisenindustrie erhoben wird: am 31. März 1917 läuft nämlich auch der gegenwärtige Vertrag des Stahlwerksverbandes, des großen Syndikats in der Eisenindustrie, ab; bricht dieser zusammen, während das Kohlensyndikat fortbesteht, so ergibt sich die Gefahr, daß dann die großen gemischten Werke der Montanindustrie, die in diesem Falle in ihrem Kohlenbesitz ihren Stützpunkt und ihre Dividendengarantie fänden, noch viel mehr als bisher den mittleren Stahlwerken und weit über deren Kreis hinaus der großen Zahl kleiner und kleinster Eisen-Verarbeitungs-Fabriken eine vernichtende Konkurrenz bereiten würden; daher das Verlangen dieser Kreise, daß das Kohlensyndikat nur auf die gleiche Dauer wie der Stahlwerksverband geschlossen werde. Diese Forderung macht sich jetzt der Handelsminister in sachlich durchaus zu billigender Weise zu eigen. Wenn er aber, wie wir vermuten, dadurch auch den politischen Effekt zu erreichen denkt, daß durch diesen Schachzug die ganze Bundesratsverordnung gewissermaßen als etwas Provisorisches, als eine reine Kriegsmaßnahme erscheinen und so ihrer prinzipiellen Bedeutung entkleidet werden solle, so wäre einer solchen Rechnung von vornherein mit dem größten Nachdruck entgegenzutreten. Denn zunächst ist das Zustandekommen des Uebergangssyndikats noch gar nicht sicher, sehr mächtige Gruppen widerstehen ihm noch, so daß vielleicht sogar noch das ganz Unerwartete eintritt, daß die Regierung tatsächlich zur Bildung eines Zwangssyndikats schreiten müßte. Und auch wenn das Uebergangssyndikat für 1¼ Jahre schließlich noch gelingt, so ist doch damit die Bundesratsverordnung selbst nicht auf die gleiche kurze Zeit beschränkt; sie ist vielmehr auf unbestimmte Dauer gültig, den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens bestimmt der Bundesrat. Vor allem aber: indem die Regierung jetzt den Zechenbesitzern erklärte, daß sie den Zerfall der Syndizierung nicht dulden wolle, hat sie auch für die Zukunft ein unübersteigbares Hindernis gegen jede Sprengung des Syndikats aufgerichtet. Immer wird künftig bei allen Verhandlungen über die Syndikats-Erneuerung dies den Mitgliedern vor Augen stehen, daß, wenn sie sich nicht freiwillig einigen, sie unbedingt den Zwang des Staates zu gewärtigen haben. Die Möglichkeit, den freien Wettbewerb wieder herzustellen, ist ihnen genommen. Indem der Staat einmal den Zwang anwandte, hat er für alle Male die Aufrechterhaltung des Syndikats garantiert.

Dies war auch ohne Zweifel die Absicht. Uebermäßigen Preissteigerungen für die Kohle wäre durch Festsetzung von Höchstpreisen sehr viel einfacher und bequemer zu steuern gewesen. Die Regierung wollte ganz anderes. Sie fürchtete die Erschütterungen, die jetzt, nachdem das Syndikat mehrere Jahrzehnte hindurch wirksam gewesen ist, von seinem Zusammenbruch zu erwarten wären. Das Syndikat hat, indem es die Rente des Bergbaus stark erhöhte, Riesenkapitalien zur Errichtung immer neuer Bergwerke nach Rheinland-Westfalen gelockt. Riesige Arbeitermassen sind damit nach Rheinland-Westfalen gezogen worden, die Existenz zahlreicher Gemeinden mit ihren Finanzen wie mit denen ihrer Hausbesitzer, ihres Mittelstandes usw. ruht jetzt darauf. Diese ganzen reich verzweigten Interessen und mit ihnen zugleich ein immerhin nicht unbeträchtlicher Teil der Steuereinkünfte des Staates selbst wären bedroht, wenn durch einen Zusammenbruch des Syndikats bei Ueberproduktion oder schlechter Konjunktur die Preise plötzlich ins Bodenlose stürzten und zahlreiche schwächere Werke dadurch zum Erliegen kämen. Die Folge würde zudem nur sein, daß eine neue starke Konzentrationsbewegung einsetzte, daß die kapitalkräftigen Riesenunternehmungen die kleinen, schwächeren Werke aufkauften, und daß zum Schluß die kleine Zahl von übrig gebliebenen Großen sich von neuem zu einem Syndikat mit noch viel größerer Monopolmacht zusammenschlössen. Diesen Dingen muß man klar ins Auge sehen. Der Kohlenbergbau in Rheinland-Westfalen ist über die Zeit des freien Wettbewerbs auf absehbare Zeit, so lange nicht etwa technische Neuerungen das Bild wieder ganz verschieben, tatsächlich hinaus. Und der Staat zieht daraus nur die Konsequenz, wenn er deshalb die Organisierung fordert und nicht dulden will, daß einzelne ihrer Sonderinteressen wegen sie zeitweilig unterbrechen. Aber das ist nur ein Anfang und nur die eine Seite dessen, was geschehen muß. Zweck und Ziel des Syndikats, über dessen Politik im einzelnen wir jetzt nicht zu sprechen brauchen, war und ist im Sinne seiner Gründer, die Rente der Produzenten zu erhöhen: diesen Zweck hat es erreicht, indem es kraft seines mehr oder minder vollständigen Monopols die Kohlenpreise durchschnittlich auf ein höheres Niveau emporschraubte, als sie ohne Syndikat eingenommen hätten. Indem der Staat dieses Syndikat garantiert, garantiert er in Wirklichkeit die Rente der Bergwerksbesitzer. Und es ist eine ganz selbstverständliche Folgerung, die sich hieraus ergibt: daß er nun auch die Interessen der Verbraucher und der sonstigen Beteiligten sowie die Rechte der Allgemeinheit mit der gleichen Sicherheit gewährleisten muß. Wir haben das sofort bei Bekanntwerden der Bundesrats-Verordnung gesagt und wiederholen es heute: der Staat, der die Organisation des Kohlenbergbaus durch seine Allmacht aufrecht erhält, muß dafür sorgen, daß diese Organisation auf eine gemeinwirtschaftliche

Vossische Zeitung
20./VIII. 1915
101

№ 423 Freitag (Morgen) **Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1915 20. August

Die Rede des Kanzlers im Reichstag.

13. Sitzung, Donnerstag, den 19. August, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Jagow, Dr. Helfferich, Dr. Lentze, Lisco, Krätke, Solf, Wahnschaffe.

Haus und Tribünen sind überfüllt.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um ½3 Uhr mit folgender Ansprache:

Wir treten in unsere diesmaligen Verhandlungen ein, nachdem ein volles Kriegsjahr verflossen ist. In der Erinnerung haben wir noch einmal die ernsten Stunden durchlebt, in denen vor einem Jahr der Weltbrand über uns hereinbrach, noch einmal den Tag, an dem der Kaiser die erlösenden Worte gesprochen hat: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, und an dem der Reichstag durch die einmütige und begeisterte Annahme der Kriegsvorlage dem einmütigen Willen des Volkes feierlich Ausdruck gegeben hat. Die weltgeschichtlichen Ereignisse des hinter uns liegenden Kriegsjahres sind noch einmal an unseren Augen vorübergezogen, noch einmal sind uns zum Bewußtsein gekommen die schweren, vom ganzen Volke willig getragenen Opfer, aber auch die glänzenden Erfolge unserer und unserer Verbündeten Waffen. (Beifall.)

Während wir im Westen unerschütterlich festhalten, was wir errungen haben (Bravo!), während an den Dardanellen und an der italienischen Grenze alle Angriffe zerschellen an der Tapferkeit der heldenmütigen Soldaten unserer Verbündeten (erneuter Beifall), bringt uns und unseren Verbündeten der Beginn des zweiten Kriegsjahres im Osten Erfolge, die ans Märchenhafte grenzen. (Lebhafter Beifall.)

Wir danken dafür dem allmächtigen Herrn der Heerscharen, wir danken dem Kaiser, dem Obersten Kriegsherrn, wir danken unseren und unserer Verbündeten genialen Heerführern. (Bravo!) Wir danken den Offizieren und den Mannschaften (Bravo!) zu Wasser und zu Lande, die mit heldenmütiger Todesverachtung in unbegrenzter Tapferkeit von Sieg zu Sieg geschritten sind. (Lebh. Bravo!) Wir danken nicht minder den Leitern der Geschäfte des Reiches, die an der Spitze wie in allen einzelnen Zweigen die höchsten Anforderungen planvoll und unermüdlich erfüllen. (Bravo!) Wir danken dem ganzen Volke (Bravo!), das, von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es sich um die höchsten nationalen Güter handelt, sich willig und einmütig in den Dienst unserer großen Aufgabe gestellt hat. (Lebh. Bravo!)

Der Stimmung und den Gefühlen der Nation hat der

Kaiser in dem Aufrufe an das deutsche Volk,

den er am 31. Juli dieses Jahres erlassen hat, Ausdruck verliehen. Jene ernsten und feierlichen Worte, getragen von dem Geiste deutscher Wahrhaftigkeit (lebh. Bravo!), von dem zuversichtlichen Vertrauen auf die innere Stärke und dem einheitlichen nationalen Willen, haben überall, wo Deutsche wohnen, lebhaften Widerhall gefunden. (Lebh. Bravo!) Wie vor einem Jahre, so steht auch heute das deutsche Volk im Vertrauen auf Gott und die Stärke des Reiches unerschütterlich zum Kaiser und den verbündeten Regierungen, um dem Deutschen Reiche bei diesem Kampfe einen Frieden zu erringen, der für alle Völker der freien Kulturentwicklung den Weg bahnen und die deutsche Zukunft sicherstellen soll gegen alle Feinde und gegen alle Gefahren. (Lebh. Bravo!)

Aus Anlaß des Falles Warschaus habe ich namens des Reichstages dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages telegraphisch übermittelt und den Dank Seiner Majestät erhalten.

Ferner habe ich gestern aus Anlaß des 85. Geburtstages des Kaisers Franz Joseph den Präsidenten des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses die Glückwünsche des Reichstages übermittelt. (Bravo!)

Am 11. Juni starb (das Haus erhebt sich) unser allverehrter früherer Präsident Seine Exzellenz der Graf von Wedel-Piesdorf. Er war von 1884—1888 Präsident des Reichstages. Während dieser Zeit hat er sich um die Führung der Geschäfte große Verdienste erworben und war wegen der ihm eigenen Milde und Gerechtigkeit hoch geschätzt. Ich habe den Angehörigen des Verstorbenen im Namen des Reichstages die Anteilnahme ausgesprochen und ebenfalls im Namen des Reichstages an seiner Bahre einen Kranz niedergelegt.

Am 8. Juli starb unser Kollege der Abgeordnete Graf von Carmer-Osten; er hat dem Reichstage von 1890 bis zu seinem Tode angehört.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben.

Der Präsident gibt dann der Freude darüber Ausdruck, daß der auf dem Schlachtfelde verwundete Abgeordnete Davidsohn (Soz.) wieder hergestellt ist.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und überweist die Berichte der Reichsschuldenkommission ohne Erörterung an die Rechnungskommission. Es folgt der **Nachtrag zum Reichshaushaltsetat.**

Die Rede des Reichskanzlers.

Meine Herren! Seitdem Sie das letzte Mal tagten, ist wieder Großes geschehen. Alle mit Todesverachtung und dem äußersten Einsatz an Menschenleben bisher unternommenen Versuche der Franzosen, unsere Westfront zu brechen, sind an der tapferen Ausdauer unserer Truppen gescheitert. (Bravo!) Italien, der neue Feind, der das von ihm begehrte fremde Gut so leichthin erobern zu können glaubte, ist bisher glänzend abgewehrt. (Lebh. Beifall.) Trotz seiner zahlenmäßigen Uebermacht, trotz der schonungslosen Aufopferung von Menschenleben, die er doppelt umsonst zu bringen sich nicht gescheut hat. Unerschüttert und unerschütterlich steht die türkische Armee an der Dardanellenfront. (Erneuter lebh. Beifall.) Wir grüßen unsere treuen Verbündeten (Beifall) und gedenken auch heute noch an dieser Stelle des erhabenen Herrschers der Donaumonarchie, der gestern in sein 86. Lebensjahr eingetreten ist. (Bravo.) Ueberall, wo wir selber im Kampfe stehen, haben wir die Feinde geschlagen und zurückgeworfen (Bravo!), wir haben zusammen mit unseren Verbündeten fast ganz Galizien und Polen, wir haben Litauen und Kurland von den Russen befreit. (Bravo!) Iwangorod, Warschau und Kowno sind gefallen, weit in Feindesland bilden unsere Linien einen festen Wall.

Starke Armeen haben wir frei zu neuen Schlägen.

(Stürm. Bravo!) Voll Dank gegen Gott und voll Dank gegen unsere herrlichen Truppen und ihre Führer (Bravo!) können wir fest und zuversichtlich der Zukunft entgegensehen.

Mitten in den Schrecknissen des Krieges gedenken wir dankerfüllt der werktätigen Menschenliebe, die uns benachbarte neutrale Staaten erzeigt haben, sowohl bei der Rückkehr von Zivilpersonen aus dem feindlichen Ausland, wie gegenüber den ausgetauschten Kriegsgefangenen. (Bravo!) In der Schweiz haben jetzt beim zweiten Austausch der Kriegsgefangenen mit Frankreich alle Kreise der Bevölkerung von Genf bis zur deutschen Grenze gewetteifert, um unsere wackeren Krieger die hinter ihnen liegenden Leiden nach Möglichkeit vergessen zu lassen. (Bravo!) Die Niederlande haben schon zum zweiten Male den aus England zurückkehrenden Schwerverwundeten opferwillig und hilfsbereit ihre Fürsorge angedeihen lassen (Bravo!), und der jetzt zum ersten Male stattfindende Gefangenenaustausch mit Rußland, der über weite Strecken des Staatsgebiets von Schweden führt, zeigt, wie dort Regierung und Volk in der Betätigung der Menschenfreundlichkeit und der Hilfe nicht überboten werden können. (Erneutes Bravo!) Ich spreche auch von dieser Stelle diesen drei Nationen den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes aus. (Lebhafter Beifall.) Ich verbinde damit zugleich ein Wort besonderer Dankbarkeit gegen Se. Heiligkeit den Papst, der dem Gedanken des Gefangenenaustausches und so vielen Werken der Menschenliebe während dieses Krieges seine unermüdliche Teilnahme erzeigt und in ihrer Durchführung ein ausschlaggebendes Verdienst für sich hat, und der noch ganz kürzlich durch seine hochherzige Spende dazu beitrug, die Leiden unserer Ostpreußen zu mildern. (Lebhaftes Bravo!)

Meine Herren, unsere Gegner laden eine ungeheure Blutschuld auf sich, und wo sie ihre Niederlagen nicht ableugnen können, da dienen ihnen unsere Siege dazu, um

neue Verleumdungen gegen uns

zu schleudern; wir hätten im ersten Kriegsjahre gesiegt, weil wir diesen Krieg eingehend vorbereitet hätten, während sie in unschuldiger Friedensliebe nicht daran gedacht hätten. Nun, meine Herren, vor Tische las man's anders. Sie entsinnen sich der kriegerischen Artikel, die der russische Kriegsminister im Frühjahr 1914 in der Presse verbreitete, und in denen er die volle Kriegsbereitschaft der russischen Armee pries. (Sehr richtig!) Sie entsinnen sich der stolzen und vielfach herausfordernden Sprache, deren sich Frankreich in den letzten Jahren bedient hat. (Sehr gut!) Sie wissen, daß Frankreich, so oft es die russischen Geldforderungen befriedigte, sich ausbedang, daß immer der größte Teil der Anleihe strategischen Zwecken diente. (Sehr richtig!) Und England, meine Herren! Am 3. August vorigen Jahres sagte Sir Edward Grey im englischen Parlament: „Wir haben eine mächtige Flotte, von der wir glauben, daß sie unseren Handel, unsere Küsten, unsere Interessen schützen kann. Wir werden, wenn wir am Kriege beteiligt werden, nur wenig mehr leiden, als wenn wir draußen bleiben." (Hört! Hört!) Meine Herren, wer so mit einer geradezu unheimlichen Geschäftsnüchternheit seine eigene Politik und die Politik seiner Freunde treibt, der kann das doch nur tun, weil er weiß, daß er und seine Alliierten fertig sind.

Begreiflich ist es, daß unsere Gegner immer wieder die Schuld an diesem Kriege von sich abzuwälzen suchen. Ich habe beim Kriegsausbruch und dann wieder im Dezember vorigen Jahres die Zusammenhänge hier dargelegt. Alles, was inzwischen bekannt geworden ist, ist lediglich eine Bestätigung davon. (Sehr richtig!) Die Fabel, daß England Belgiens wegen in den Krieg gezogen sei, ist inzwischen in England selbst aufgegeben worden (Heiterkeit), weil diese Fabel eben nicht länger zu halten war. Und ob die kleinen neutralen Mächte wohl jetzt noch glauben, daß England und seine Alliierten den Krieg führen zum Schutz eben der kleinen Völker, zum Schutze von Freiheit und Zivilisation? (Sehr gut!) Der neutrale Handel auf See wird von England eingeschnürt, soviel es kann. Ware aus Deutschland oder für Deutschland bestimmt, darf auch auf neutrale Schiffe nicht mehr verfrachtet werden, das duldet England nicht. Neutrale Schiffe werden gezwungen, auf hoher See englische Mannschaften an Bord zu nehmen und ihrem Befehl zu folgen. (Hört! Hört!) England besetzt kurzerhand griechische Inseln, weil ihm das für seine Operationen an den Dardanellen bequem ist. Mit seinen Alliierten will es jetzt das neutrale Griechenland zu Gebietsabtretungen pressen, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen! — Und in Polen, meine Herren! — in Polen verwüstet Rußland vor dem Rückzug seiner Armee das ganze Land, die Dörfer werden niedergebrannt, die Getreidefelder niedergetrampelt, die Bevölkerung ganzer Städte und Ortschaften, Juden und Christen, wird in unbewohnte Gegenden verschickt, übernachtet in dem Sumpf russischer Straßen oder in plombierten fensterlosen Gepäckwagen. (Pfuirufe.)

So sieht die Freiheit und die Zivilisation aus, für die unsere Gegner kämpfen.

(Sehr gut!). — Bei seiner Beteuerung, Beschützer der kleinen Staaten zu sein, rechnet England mit einem sehr schlechten Gedächtnis. Man braucht kaum wenig mehr als ein Jahrzehnt zurückzugehen, um Beispiele genug für den wahren Sinn dieser Protektorrolle zu finden. Im Frühjahr 1902 wurden die Burenrepubliken England einverleibt. Dann richten sich die Blicke auf Aegypten. Aegypten war schon längst tatsächlich britischer Besitz, aber der formellen Einverleibung stand ein feierliches Versprechen Englands entgegen. Und dasselbe England, das mir auf das Angebot, für die Integrität Belgiens Gewähr zu leisten, wenn England in diesem Kriege neutral bleiben wolle, so stolz erwiderte, England könne seine Verpflichtung, für die belgische Integrität zu sorgen, nicht zum Handel machen, dies selbe England trug kein Bedenken, seine gegenüber ganz Europa eingegangene feierliche Verpflichtung an Frankreich zu verhandeln, als es im Jahre 1904 den bekannten Vertrag schloß, der England Aegypten, Frankreich Marokko sicherstellte. (Hört! Hört!) 1907 kam dann Asien an die Reihe, der südliche Teil von Persien wird umgewandelt in eine ausschließlich englische Interessensphäre. Der Norden wird dem freiheitlichen Regiment der Kosaken überlassen. (Heiterkeit. Abg. **Liebknecht:** Potsdamer Entrevue.) Ich komme auch darauf später!

Wer eine solche Politik betreibt und betrieben hat, der hat nicht das Recht, einem Lande, das 44 Jahre lang den europäischen Frieden geschützt hat, das während dieser Zeit, in der fast alle fremden Mächte Kriege geführt und Länder erobert haben, nur seiner friedlichen Entwicklung gelebt hat, Kriegswut und Barbarismus vorzuwerfen. (Lebh. Bravo!) Ein Zeugnis für die Tendenz der englischen Politik und den Ursprung des Krieges liegt für jeden, der bisher nicht daran hat glauben wollen, in den

Briefen der belgischen Gesandten aus Berlin, Paris und London.

(Lebh. Sehr richtig!) Deshalb werden wohl diese Dokumente in London, Paris und Petersburg totgeschwiegen. Deshalb sucht die feindliche Presse, wo sie diese Berichte erwähnt, sich um ihren Inhalt mit dem Bemerken herumzudrücken, sie enthalten keinen Beweis dafür, daß Belgien seine Neutralität selbst aufgegeben habe. Der Beweis ist darin enthalten, und ich möchte das französische und englische Publikum bitten, sich durch eigene Nachprüfung zu überzeugen. Es handelt sich hier um die Entente und die Einkreisungspolitik Englands, und diese Berichte sind allerdings auch für das Publikum in Frankreich und England sehr lesenswert. Diese Berichte sind deshalb so interessant, weil sie die übereinstimmende Meinung der belgischen Gesandten dokumentieren. Wenn nur der Baron Greindl die englische Politik so beurteilt hätte, könnte man sagen, die Neigung zu dem Lande, wo er akkreditiert war, hätte seinen Blick getrübt, wenngleich einem so unparteiischen Manne wie Baron Greindl gegenüber eine solche Annahme nicht am Platze wäre. Aber seine Kollegen in London und in Paris urteilen genau so wie er, und diese übereinstimmende Beurteilung ist von einer ganz durchschlagenden Wucht. (Lebh.: Sehr richtig!) Da von diesen Berichten im Auslande so wenig Notiz genommen worden ist, lohnt es sich, einiges daraus hier zu zitieren. (Der Reichskanzler verliest einige Stellen der in den Blättern bereits abgedruckten Berichte der belgischen Gesandten, die in den Geheimarchiven der belgischen Regierung in Brüssel von der deutschen Regierung vorgefunden und veröffentlicht worden sind, und fährt dann fort):

Meine Herren, diese in allen Grundlinien übereinstimmenden Berichte der belgischen Diplomaten geben ein klares Bild von der Entente-Politik der letzten 10 Jahre. Gegen diese Zeugnisse kommen alle Versuche der gegnerischen Seite nicht auf (Sehr richtig!), uns als die Urheber des Krieges hinzustellen und sich selbst als die frivol Angegriffenen.

Meine Herren, ist die deutsche Politik über diese Vorgänge unterrichtet gewesen oder hat sie absichtlich die Augen vor ihnen verschlossen, indem sie immer wieder einen Ausweg suchte? Nicht das eine noch das andere. Es gibt Kreise, die mir politische Kurzsichtigkeit vorwerfen, weil ich es immer wieder versucht habe, eine Verständigung mit England anzubahnen. Ich danke Gott, meine Herren, daß ich es getan habe! (Bewegung u. lebh. Beifall i. Zentr. u. links.) **Mit so geringen Hoffnungen ich die Versuche immer wieder erneuerte, klar liegt es zutage, daß das Verhängnis dieses ungeheuren Weltbrandes, dieses menschenmordenden Weltbrandes hätte verhindert werden können, wenn eine aufrichtig auf Frieden gerichtete Verständigung zwischen Deutschland und England zustande gekommen wäre.** (Sehr richtig!)

Wer in Europa hätte dann wohl noch Krieg machen wollen? (Sehr richtig!) Durfte ich mit einem solchen Ziel im Auge eine Arbeit von mir weisen, weil sie mir schwer war und sich immer wieder als fruchtlos erwies? Meine Herren, wo es sich um den letzten Ernst im Weltenleben handelt, wo Millionen von Menschenleben auf dem Spiel stehen, da gilt für mich: Bei Gott ist kein Ding unmöglich. (Beifall.) Ich will lieber in einem Kampf fallen, als ihm aus dem Wege gegangen sein. Lassen Sie mich kurz die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen:

König Eduard hatte in der persönlichen Förderung der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland eine seiner Hauptaufgaben erblickt. Bei seinem Tode hoffte ich deshalb, daß die von mir bereits im August 1909 aufgenommenen Verständigungsverhandlungen besseren Fortgang nehmen würden. Die Verhandlungen zogen sich bis in das Frühjahr 1911 hin, ohne daß irgendein Ergebnis erzielt worden wäre, als das Eingreifen Englands in die Auseinandersetzung Deutschlands mit Frankreich über Marokko der ganzen Welt vor Augen führte, wie die englische Entente-Politik, wie der englische Anspruch, gestützt auf seine Ententefreunde, der ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen, den Weltfrieden bedroht. Auch damals war das englische Volk über die Gefahr der Politik seiner Regierung nicht genau orientiert gewesen; denn als es nach Ueberwindung der Krisis erkannte, wie haarscharf es an

Das Finanz- und Handelsblatt befindet sich auf der 3. und 4. Seite der dritten Beilage.

Tägliche Rundschau 102
20./VIII. 1915

Sitzung des Reichstages

Nr. 420 • Erste Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Freitag, 20. August
• 1915 •

Vierte Kriegstagung des Reichstags.

Würdig reihte sich der gestrige Tag den vorangegangenen Kriegstagungen unserer Volksvertretung an, die jetzt in noch höherem Maße als im Mai oder Dezember das Abbild des Volkes in Waffen, des im erhabensten Sinne des Wortes „demokratischen Militarismus“ ist. Feldgrau und marineblau sah man nicht nur auf den dicht besetzten Tribünen reichlich vertreten, sondern eindrucksvoller noch im Abgeordnetenparkett, und hier wieder besonders auf der Rechten und in der Mitte; aber auch von den Genossen tummelten sich nicht wenige in des Königs feldgrauem Ehrenrock, unter ihnen sogar Liebknecht, das Schreckenskind des Hauses, und der grauhaarige Dr. Südekum gar im Schmuck des jüngst errungenen Eisernen Kreuzes. Und als ein schönes Wahrzeichen der eisernen Zeit mag es hingenommen werden, daß des greisen Präsidenten erster Gruß dem verwundet heimgekehrten Genossen Davidsohn galt, der soweit genesen ist, daß er an den Beratungen des Hauses teilnehmen kann. Ernst und eindringlich, würdig und herzenswarm waren die Begrüßungs- und Gedenkworte, die Herr Kaempf an die Mitglieder des Hauses richtete; ein Jahr des furchtbarsten Kampfes ist dahingegangen, mit Stolz und Zuversicht können wir auf unsere Siege und Erfolge zurückblicken, voll heißen Dankes für unsere Führer und Helden, aber auch für die ganze Nation, die sich zu jedem Opfer bereit gezeigt hat. Und ebenso schlicht und schmucklos, jedes leidenschaftliche Pathos verschmähend, war die politisch und diplomatisch so überaus interessante und bedeutungsvolle Kanzlerrede — in ihrer unaufdringlichen Aneinanderreihung der diplomatischen Verhandlungen eine um so wirkungsvollere und vernichtendere Anklage der verhängnisschweren Einkreisungspolitik des siebenten Eduard, zugleich aber auch ein höchst lehrreiches Kapitel diplomatischer Psychologie und Kunst der Menschen- und Völkerbehandlung, worüber späterhin noch manch interessanter Beitrag zu schreiben sein wird. Denn daß die deutsche und die britische Psyche dauernd aneinander vorbeigeredet haben und der englische Argwohn um so stärker und mißtrauischer auflebte, je lauter Deutschland seine uneigennützige Friedensliebe beteuerte, das zeigt die gestrige Kanzlerrede mit hüllenloser Deutlichkeit. Der britische Schelm, der seit Jahrhunderten gewohnt war, seine Macht zur Vergewaltigung anderer Völker zu mißbrauchen, konnte sich gar nicht vorstellen, daß hinter dem Busch der stark betonten Friedensliebe nicht auch ein Erzschelm saß, der nur England „einzuwickeln“ suchte, um Europa zu überfallen und zu vergewaltigen, sondern ein wirklich harmloser deutscher Michel, der in Ruhe seinem Welthandel nachzugehen gedachte. Die Schlußfolgerung dieses Seelenzustandes zog der Kanzler mit dem von starker Zustimmung begleiteten Wort, daß wir die Völker, die gegen uns in den Krieg gehetzt worden sind, zwar nicht hassen, die Sentimentalität aber — und hoffentlich für immer — verlernt haben. Großen und nachhaltigen Eindruck auf das Haus machte auch der Einblick, den der Kanzler in das Doppelspiel der russischen Diplomatie gewährte, die in den kritischen Julitagen nach Berlin meldete, Oesterreich lehne eine unmittelbare Aussprache mit dem Petersburger Kabinett kategorisch ab, während Wien durchaus seine Bereitwilligkeit dazu erklärt hatte. Ein seltsames „Mißverständnis“, das den leitenden Staatsmann Deutschlands zu der entschiedenen Instruktion an unseren Wiener Botschafter veranlaßte, Deutschland müsse es ablehnen, sich in einen Weltkrieg hineinziehen zu lassen, wenn Oesterreich die deutschen Ratschläge unbeachtet lasse. Wer sollte damals an die russische Politik der falschen Ehrenworte und der künstlich herbeigeführten und absichtlich gewollten „Mißverständnisse“ glauben? Brausenden Beifall, an dem sich die überfüllten Tribünen beteiligten, fand der Kanzler mit seinen schwungvollen Schlußworten, die ein starkes und freies Deutschland in einem neuen, von französischen Ränken, moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft erlösten Europa aufleuchten ließen.

H. Hk.

*

13. Sitzung, Donnerstag, den 19. August,
nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist fast vollzählig beisammen, die Tribünen sind überfüllt. Zahlreiche Abgeordnete sind in Feldgrau erschienen und mit dem Eisernen Kreuz geschmückt.

Am Tisch des Bundesrats: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Jagow, Dr. Helfferich, Dr. Solf, Kraetke, Havenstein, Dr. Lisco, Dr. Lentze, Generalleutnant Wandel.

Präsident Dr. Kaempf

eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Wir treten in unsere diesmaligen Verhandlungen, nachdem ein volles Kriegsjahr verflossen ist. In der Erinnerung haben wir noch einmal die ernsten Stunden durchlebt, in denen vor einem Jahre der Weltbrand über uns hereinbrach, noch einmal den Tag, an dem der Kaiser die erlösenden Worte gesprochen: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, und an dem der Reichstag durch einmütige und begeisterte Annahme der Kriegsvorlagen dem einmütigen Willen des Volkes feierlichen Ausdruck gegeben hat. Die weltgeschichtlichen Ereignisse des hinter uns liegenden Kriegsjahres sind noch einmal vor unseren Augen vorübergezogen, noch einmal sind uns zum Bewußtsein gekommen die schweren, vom ganzen Volke willig getragenen Opfer, aber auch die glänzenden Erfolge unserer und unserer Verbündeten Waffen. Während im Westen wir unerschütterlich festhalten, was wir errungen, während an den Dardanellen und an der italienischen Grenze die feindlichen Angriffe an der Tapferkeit der heldenmütigen Soldaten unserer Verbündeten zerschellen (Beifall), bringt uns und unseren Verbündeten der Beginn des zweiten Kriegsjahres im Osten Erfolge, die ans Märchenhafte grenzen. (Beifall.) Wir danken dem allmächtigen Herrscher der Heerscharen, wir danken dem Kaiser, unserem obersten Kriegsherrn, und unseren verbündeten genialen Heerführern. (Beifall.) Wir danken den Offizieren und Mannschaften (Beifall), die zu Wasser und zu Lande mit heldenmütiger Todesverachtung und unvergleichlicher Tapferkeit von Sieg zu Sieg geschritten sind. (Beifall.) Wir danken nicht minder der Leitung der Geschäfte des Reiches, die, an der Spitze wie an den einzelnen Zweigen, die an sie gestellten höchsten Anforderungen planvoll und unermüdlich erfüllt haben (Beifall), wir danken dem ganzen Volke (Beifall), das, von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es sich um die **höchsten nationalen Güter handelt**, sich willig und einmütig in den Dienst unserer großen Aufgabe gestellt hat. (Beifall.) Der Stimmung und dem Gefühle der Nation hat der Kaiser in dem Aufruf an das deutsche Volk, den er am 31. Juli dieses Jahres erlassen hat, treffenden Ausdruck verliehen. Seine ernsten und feierlichen Worte, getragen von deutscher Wahrhaftigkeit und von dem zuversichtlichen Vertrauen auf die innere Stärke und den einheitlichen nationalen Willen, haben überall, wo Deutsche wohnen, lebhaften Widerhall gefunden. (Lebhafter Beifall.) Seit einem Jahre steht das deutsche Volk, im Vertrauen auf Gott und die Stärke des Reiches, unerschütterlich zum Kaiser und zu den Verbündeten Regierungen, um in diesem für jeden Deutschen heiligen Kampfe einen **Frieden zu erringen**, der für **alle Völker einer freien Kulturentwicklung den Weg bahnen** und die deutsche Zukunft sicherstellen soll gegen alle Feinde, gegen alle Gefahren. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Präsident teilt mit, daß er anläßlich des Falles von Warschau dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages übermittelt habe. Aus Anlaß des 85. Geburtstages von Kaiser Franz Josef hat der Präsident im Namen des Reichstages Glückwünsche an die Präsidenten des österreichischen und ungarischen Abgeordnetenhauses gerichtet.

An der Bahre des früheren Präsidenten v. Wedel-Piesdorf, der von 1884 bis 1888 die Geschäfte des Reichstages leitete und wegen seiner ihm eigenen Milde und Gerechtigkeit hoch geschätzt wurde, hat der Präsident einen Kranz niedergelegt.

Zum Gedächtnis des am 8. Juli verstorbenen Abg. Graf v. Carmer-Osten erheben sich die Mitglieder von den Plätzen.

Der im Felde verwundete Abg. Davidsohn (Soz.) ist soweit wiederhergestellt, daß er an den Verhandlungen teilnehmen kann. Der Präsident begrüßt ihn im Hause und gibt der Hoffnung auf eine baldige völlige Genesung Ausdruck.

Eine Anzahl von Rechnungsvorlagen geht an die Rechnungskommission.

Der Nachtragsetat.

Zur Beratung steht der Nachtragsetat, der zehn Milliarden neue Kriegskredite fordert.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Seitdem Sie das letzte Mal tagten, ist wieder Großes geschehen. (Beifall.) Alle mit Todesverachtung und dem äußersten Einsatz an Menschenleben bisher unternommenen Versuche der Franzosen, unsere Westfront zu brechen, sind an der tapferen Ausdauer unserer Truppen gescheitert. (Beifall.) **Italien**, der neue Feind, der das von ihm begehrte fremde Gut so leichthin erobern zu können glaubte, ist bisher glänzend abgewehrt (Lebhafter Beifall), trotz der zahlenmäßigen Uebermacht, trotz der schonungslosen Aufopferung von Menschenleben, die er doppelt umsonst zu bringen sich nicht gescheut hat (Lebhafte Zustimmung). Unerschüttert und unerschütterlich steht die **türkische Armee** an der Dardanellenfront. (Lebhafter Beifall.) Wir grüßen unsere treuen Verbündeten. (Lebhafter Beifall.) Wir gedenken auch heute noch an dieser Stelle des erhabenen Herrschers der Donau-Monarchie, der gestern in sein 86. Lebensjahr eingetreten ist. (Stürmischer Beifall.) Ueberall, wo wir selber die Offensive ergriffen haben, haben wir den Feind geschlagen und zurückgeworfen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben zusammen mit unseren Verbündeten fast ganz Galizien und Polen, wir haben Litauen und Kurland von den Russen befreit. **Iwangorod, Warschau und Kowno** sind gefallen. Weit in Feindesland bilden unsere Linien einen festen Wall. Starke Armeen haben wir frei zu neuen Schlägen. (Stürmischer Beifall.)

Voller Dank gegen Gott und voller Dank gegen unsere herrlichen Truppen und ihre Führer können wir **fest und zuversichtlich der Zukunft entgegensehen.** (Lebhafter Beifall.) Mitten in den Schrecknissen des Krieges gedenken wir dankerfüllt der werktätigen Menschenliebe, die uns benachbarte neutrale Staaten gezeigt haben, sowohl bei der Rückkehr von Zivilpersonen aus dem feindlichen Auslande wie gegenüber den ausgetauschten Kriegsgefangenen. (Beifall.) In der Schweiz haben jetzt bei dem zweiten Austausch der Kriegsgefangenen mit Frankreich alle Kreise der Bevölkerung von Genf bis zur deutschen Grenze gewetteifert, um unsere wackeren Krieger die hinter ihnen liegenden Leiden nach Möglichkeit vergessen zu lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Niederlande haben schon zum zweiten Male den aus England zurückkehrenden Schwerverwundeten opferwillig und hilfsbereit ihre Fürsorge angedeihen lassen. (Lebhafter Beifall.) Der jetzt zum ersten Male stattfindende Gefangenenaustausch mit Rußland, der über weite Gebietsstrecken von Schweden führt, zeigt, wie dort Regierung und Volk in der Betätigung der Menschenfreundlichkeit und Hilfe nicht überboten werden können. (Lebhafter Beifall.) Ich spreche auch von dieser Stelle diesen drei Nationen den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes aus. (Lebhafter Beifall.) Ich will zugleich ein Wort besonderer Dankbarkeit Seiner Heiligkeit dem Papste aussprechen, der den Gedanken des Gefangenenaustausches und so vielen Werken der Menschenliebe während dieses Krieges eine unermüdliche Teilnahme erzeigt und an ihrer Durchführung ein ausschlaggebendes Verdienst für sich hat, und der noch ganz kürzlich durch eine hochherzige Spende dazu beitrug, die Leiden unserer Ostpreußen zu mildern. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Gegner laden eine ungeheure Blutschuld auf sich,

und wo sie ihre Niederlagen nicht ableugnen können, da dienen ihnen unsere Siege dazu, um neue Verleumdungen gegen uns zu schleudern: wir hätten im ersten Kriegsjahr gesiegt, weil wir diesen Krieg heimtückisch vorbereitet hätten, während sie in unschuldiger Friedensliebe dahinlebten. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, vor Tische las man's anders! Sie entsinnen sich der kriegerischen Artikel, die der russische Kriegsminister im Frühjahr 1914 in der Presse verbreitete und in denen er die volle Kriegsbereitschaft der **russischen Armee** pries. (Sehr richtig!) Sie entsinnen sich der stolzen und vielfach herausfordernden Sprache, deren sich **Frankreich** in den letzten Jahren bedient hat. (Sehr richtig!) Sie wissen, daß Frankreich, so oft es die russische Geldnot befriedigte, sich ausbedang, daß immer der größte Teil der Anleihen zu strategischen Zwecken verwendet würde. (Sehr richtig!) Und England? Am 3. August v. J. sagte Herr Edward Grey im englischen Parlament: „Wir haben eine allmächtige Flotte, von der wir glauben, daß sie unseren Handel, unsere Küste und unsere Interessen schützen kann. Wir werden, wenn wir am Kriege teilnehmen, nur wenig mehr leiden, als wenn wir draußen bleiben.“ Wer danach die eigene Politik und die Politik seiner Freunde einrichtet, der kann das doch wohl nur tun, wenn er weiß, daß er und seine Alliierten fertig sind. (Sehr richtig!)

Begreiflich ist es ja, daß unsere Gegner

immer wieder die Schuld an diesem Kriege von sich abwälzen.

Ich habe bei Kriegsausbruch und dann wieder im Dezember v. J. die Zusammenhänge hier dargelegt. Alles, was inzwischen bekanntgeworden ist, ist lediglich eine Bestätigung dessen. (Sehr richtig!) Die Behauptung, daß England um Belgiens willen in den Krieg gezogen wäre, ist inzwischen in England selbst aufgegeben worden (Heiterkeit, sehr richtig!), weil diese Fabel nicht länger zu halten war. Und ob die kleineren Völker wohl jetzt noch glauben, daß England und seine Alliierten den Krieg führen zum Schutze der Völker, zum Schutze von Freiheit und Zivilisation? Der neutrale Handel auf See wird von England eingeschnürt, soviel es kann. Die Ware, aus oder für Deutschland bestimmt, darf auch auf neutralen Schiffen nicht mehr verfrachtet werden. Neutrale Schiffe werden gezwungen, auf hoher See englische Mannschaft an Bord zu nehmen und ihren Befehlen zu folgen. (Hört, hört! Sehr richtig!) England besetzt kurzerhand griechische Inseln, weil ihm das für seine militärischen Operationen besser paßt. (Hört, hört!) Für seine Alliierten will es jetzt das **neutrale Griechenland zu Gebietsabtretungen pressen**, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen.

Und in Polen! In Polen verwüstet Rußland vor dem Rückzuge seiner Armeen das ganze Land. Die Dörfer werden niedergebrannt, die Getreidefelder niedergetrampelt, die Bevölkerung ganzer Städte und Ortschaften, Juden und Christen, wird in unbewohnte Gegenden verschickt, verschmachtet in dem Sumpf russischer Straßen oder in plombierten fensterlosen Gepäckwagen. (Pfui-Rufe.) **So sieht die Freiheit und Zivilisation aus, für die unsere Gegner kämpfen!** (Sehr richtig!)

Bei seiner Beteuerung, der Beschützer der kleineren Staaten zu sein, rechnet England doch mit einem sehr schlechten Gedächtnis. Man braucht nur wenig mehr als ein Jahrzehnt zurückzugehen, um Beispiele genug für den wahren Sinn dieser Protektorenrolle zu finden. Im Frühjahr 1902 verleibte sich England die Burenrepubliken ein. Dann richteten sich die Blicke auf

Aegypten.

Aegypten war ja schon längst tatsächlich im englischen Besitz, aber der formellen Einverleibung stand das feierliche Versprechen Englands entgegen, das Land wieder räumen zu wollen. Dasselbe England, das hier auf das Angebot, die Integrität Belgiens zu gewährleisten, wenn es in diesem Kriege neutral bleibe, so stolz erwiderte: England könne seine Verpflichtungen zum Schutz der belgischen Neutralität nicht zum Geschäft des Handels machen, dasselbe England trug kein Bedenken, seine in ganz Europa eingegangenen Verpflichtungen an Frankreich zu verhandeln, als es im Jahre 1904 den bekannten Vertrag schloß, der England Aegypten, Frankreich Marokko sichern sollte. Im Jahre 1907 kommt

Persien

an die Reihe und wird im Süden englische Interessensphäre, im Norden dem feierlichen Regiment der Kosaken überantwortet. (Zuruf des Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Potsdamer Entrevue!) England hat nicht das Recht, einem Lande gegenüber, das 44 Jahre den europäischen Frieden geschützt hat, während einer Zeit, wo fast alle anderen Staaten Kriege geführt und Länder erobert haben, eine soche Sprache zu führen. Das ist Heuchelei! (Lebhafte Zustimmung.) Ein Zeuge für die Tendenz der englischen Politik und den Ursprung des Krieges ist uns in den

Berichten der belgischen Gesandten

entstanden. (Sehr richtig!) Weshalb werden wohl diese Dokumente in London, Paris und Petersburg nach Möglichkeit totgeschwiegen? Weshalb sucht die feindliche Presse, wo sie diese Berichte erwähnt, sich um ihre Bedeutung herumzudrücken, zu behaupten, daß diese Berichte keinen Beweis dafür gäben, daß Belgien seine Neutralität selbst preisgegeben habe? Dieser Beweis ist erbracht. (Zustimmung.) Nicht nur die Berichte des belgischen Gesandten in Berlin, von dem man vielleicht sagen könnte, die Neigung zu dem Lande, in dem er akkreditiert war, habe seinen Blick getrübt, sondern auch die Berichte der übrigen belgischen Gesandten ergeben dasselbe Bild, und diese übereinstimmende Beurteilung ist von einer ganz durchschlagenden Wucht. (Sehr richtig!) Da von diesen Berichten im Auslande so wenig Notiz genommen wird, so will ich doch hier einige Stichproben davon noch einmal vorlesen. Baron Greindl schrieb im Frühjahr 1905, die wahre Ursache des Hasses Englands gegen Deutschland sei die Eifersucht, hervorgerufen durch die Entwicklung der deutschen Flotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Zwei Jahre später schreibt er, die französische Anmaßung wäre wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreiches, und die Entente cordiale war hieran schuld; sie sei noch um einen Grad gestiegen, nachdem die Verhandlungen zwischen London und Petersburg zu einer Entente zu führen schienen. Und an einer anderen Stelle sagt er, die Politik, die König Eduard unter dem Vorwande führe, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, habe eine **französische Gefahr** heraufbeschworen, die für Belgien sehr bedrohlich sei. Der belgische Gesandte in London schrieb im März 1907, nachdem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in Rußland Iswolski anvertraut sei, habe eine merkwürdige Annäherung zwischen den Kabinetten in London und Petersburg stattgefunden. Die ganze Kraft der englischen Diplomatie sei auf die

Isolierung Deutschlands

gerichtet. Endlich berichtete der belgische Gesandte in Paris im Januar 1914, daß Herr Delcassé und seine Freunde mit ihren chauvinistischen und militaristischen Treibereien eine Gefahr für Europa bildeten. Diese in allen Grundlinien übereinstimmenden Berichte der belgischen Diplomaten geben ein klares Bild von der Ententepolitik der letzten Jahre. Dagegen kommen alle Versuche der gegnerischen Seite nicht auf, uns als die Urheber des Krieges hinzustellen und sich selbst als die frivol Angegriffenen. (Zustimmung.) Ist die deutsche Politik über diese

Kölnische Zeitung
21./VIII. 1915
403
deutschen Reichstag.

1915 — Nr. 845

Kölnische Zeitung

Erste Morgen-Ausgabe

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 A 5363 - A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367 Redaktion, Anzeigenteil, Expedition und Druckerei sind durch jede dieser 5 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich. Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 ℳ. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen. Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J. P. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Rh.) H. Kleiser. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied W. Bierbrauer. Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck, Markt 16. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret. in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wülker. Wilh. Scheller.

Die neuen Kriegskredite.

Deutscher Reichstag.

(Telegramm.)

⊙ **Berlin**, 20. August.

Am Tische des Bundesrats: v. Jagow, Dr. Helfferich, Dr. Lisco. Haus und Tribünen sind voll besetzt. Der Platz des Abgeordneten Brühne (fd.) ist aus Anlaß seines 60. Geburtstages mit einem Blumenstrauß geschmückt.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Die Anfrage des Abgeordneten Liebknecht.

Dr. **Liebknecht** (fd.) stellt folgende Anfrage: Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der andern Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten?

Staatssekretär **v. Jagow:** Ich glaube, dem Einverständnis der großen Mehrheit dieses Hauses zu begegnen, wenn ich auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Liebknecht eine Antwort zu erteilen, als zurzeit unzweckmäßig ablehne. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Liebknecht** versucht etwas zu sagen (Glocke des Präsidenten), wird aber durch stürmisches Lachen aus dem Hause daran verhindert.

Die neuen Kriegskredite.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Festsetzung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 (Kriegskreditvorlage).

Berichterstatter Graf **v. Westarp** (kons.): Bei der Kreditvorlage, die wir zuletzt bewilligt haben, war ein Betrag von 200 Millionen Mark abgezweigt für die Wöchnerinnenpflege und für die Unterstützung von Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege zur Gewährung von Familienunterstützungen und Erwerbslosen-Unterstützungen. Die Budgetkommission hat angeregt und der Herr Schatzsekretär hat zugesagt, diesen Fonds auch diesmal aufzuhöhen. Der bisherige Fonds ist vorwiegend für die Wöchnerinnenunterstützung aufgebraucht worden; die Erwerbslosigkeit hat sich glücklicherweise nicht so entwickelt, daß sehr erhebliche Summen dafür hätten aufgewandt werden müssen. Immerhin ist es möglich, daß in der weitern Entwicklung der Dinge auch für die Beseitigung der Erwerbslosigkeit Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, und diesem Zweck dient die vorgeschlagene Maßnahme. Sie ist selbstverständlich weder für die Bewilligung noch für die Höhe der Anleihe selbst maßgebend. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, Ihnen die Bewilligung der Anleihe zu empfehlen. Sie hat sich davon überzeugt, daß bei keinem unserer Gegner bisher der Wille oder auch nur die Neigung hervorgetreten ist,

den Plan der Vernichtung Deutschlands

aufzugeben, geschweige denn zu einem Frieden bereit zu sein, der unsern berechtigten Forderungen in diesem uns aufgezwungenen Krieg entspricht. Die Kommission ist ferner zu der Erkenntnis gekommen, daß der vorgeschlagene Betrag in voller Höhe erforderlich ist, und sie hat endlich sich davon überzeugt, daß unsere Volkswirtschaft durchaus in der Lage ist, die neue vorgeschlagene, uns zu bewilligende Anleihe aufzubringen (Beifall), und daß in weitesten Kreisen des Volkes jedenfalls volle und freudige Geneigtheit vorhanden sein wird, an der Zeichnung der neuen Anleihe, ebenso wie es bisher geschehen ist, sich zu beteiligen. Unter diesen Umständen ist die Bewilligung der Anleihe

eine Pflicht gegen unsere braven Truppen,

die draußen viel schwereres als irgendein materielles Opfer auf den Altar des Vaterlandes legen, die Blut und Leben einsetzen, um unsere Fluren vor Verwüstung und unser ganzes Wirtschaftsleben vor Vernichtung zu schützen, eine Pflicht gegen das gesamte deutsche Volk, das fest entschlossen ist, mag der Kampf auch noch so lange dauern, jedes weitere Opfer zu bringen, um zu einem Frieden zu kommen, der den berechtigten Ansprüchen für die Sicherheit und die Zukunft Deutschlands entspricht (Beifall). Im Namen der Kommission bitte ich Sie, der Vorlage möglichst einstimmig zuzustimmen. (Beifall.)

Die Rede des Schatzsekretärs.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. **Helfferich:** Mit dem Nachtragsetat treten die verbündeten Regierungen zum vierten Male seit Kriegsausbruch mit dem Antrag auf Bewilligung der für die Durchführung des Krieges erforderlichen Geldmittel an den Reichstag heran. Ihre Budgetkommission hat sich bereits mit dem Nachtragsetat befaßt. Die Verhandlungen waren getragen von dem Geiste der Einigkeit und der Vaterlandsliebe, wie er aus der schweren Prüfung und dem großen Erleben dieses Weltkrieges neu erstanden ist. Ich weiß, daß Ihre Gesamtheit von demselben Geist erfüllt ist, daß die Durchführung des neuen Kredits von zehn Milliarden Mark ihrer Zustimmung sicher ist, um aufs neue vor der Welt die ungebrochene Kraft und den unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes zu bezeugen. Wenn ich trotzdem um Ihre Erlaubnis bitte, den neuen Kriegskredit mit einigen Ausführungen begründen zu dürfen, so tue ich dies, weil ich das Bedürfnis empfinde, an der Schwelle des zweiten Kriegsjahres vor diesem hohen Hause, vor dem deutschen Volk, vor der verbündeten, der neutralen und der feindlichen Welt in kurzen Zügen ein Bild zu geben, wie sich im ersten Kriegsjahr

die Finanzlage des Reiches

gestaltet hat, welche Erwartungen wir auf die Zukunft setzen dürfen. Ich gehe gleich in medias res. Bewilligt worden sind bisher für die Kriegführung je fünf Milliarden Mark im August und Dezember vorigen Jahres und zehn Milliarden Mark im März dieses Jahres, zusammen 20 Milliarden Mark. Mit dem Nachtragsetat wird die Summe der Kriegskredite auf 30 Milliarden Mark gebracht. Der bisher schon bewilligte Kredit von 20 Milliarden Mark entspricht ungefähr dem Gesamtwert des ganzen deutschen Eisenbahnsystems mit allen seinen Anlagen und allem rollenden Material. Der in diesem gewaltigen Umfang bewilligte Kredit bedarf heute der Auffüllung. Obwohl wir schon im März mit gewaltigen Summen für den monatlichen Kriegsbedarf rechneten, sind unsere Schätzungen durch die tatsächliche Gestaltung der Kriegsausgaben noch übertroffen worden. Die Gründe für die Steigerung der Kriegsausgaben liegen auf der Hand. Die Aufstellung immer neuer Formationen und deren Ausrüstung, die Verpflegung und Bekleidung unserer Truppen bei steigenden Preisen für alle Lebensmittel und Rohstoffe, der alle bisherigen Vorstellungen weit übertreffende Munitionsverbrauch, die Instandhaltung, Vermehrung und Verbesserung unserer Kriegswerkzeuge zu Land, zu Wasser und in der Luft, die Organisation der Verkehrsmittel hinter unsern Fronten, der Bau von Wegen, Brücken und Eisenbahnen in den besetzten feindlichen Gebieten; das alles tritt täglich als Geldbedarf an mich heran und verdichtet sich zu Monatssummen, die hart an zwei Milliarden Mark heranreichen.

Die Ausgaben eines einzigen Monats

sind heute um ein Drittel höher, als die Gesamtausgaben des Krieges von 1870—71. Wir wollen uns über die Größe der Leistung, die noch zu verrichten, über die Schwere der Opfer, die noch zu bringen sind, keiner Selbsttäuschung hingeben. Es ist eine furchtbar schwere Zeit. Wir wären dieser Zeit nicht würdig, wenn wir uns — errore gallico — über ihren Ernst hinwegbetrügen wollten. Das Durchhalten wird im zweiten Kriegsjahr vielfach schwerer sein als im ersten. Wir wollen uns namentlich darüber klar sein, daß neue große Anstrengungen erforderlich sein werden, um unserer Bevölkerung im Innern das Durchhalten zu erleichtern, daß

noch größere Mittel als bisher

aufgewandt werden müssen, um gegenwärtige Not zu lindern, drohendem Elend vorzubeugen und Schaden für die Zukunft des deutschen Volkes abzuwenden. Ich möchte hier ausdrücklich wiederholen, was ich bereits in der Budgetkommission erklärt habe, daß die verbündeten Regierungen sich diesen Aufgaben nicht entziehen werden; ich wiederhole insbesondere, daß die Reichsfinanzverwaltung, einer in der Budgetkommission gegebenen Anregung entsprechend, aus dem neuen Kredit einen Betrag von 200 Millionen Mark bereitstellen wird, um den Fonds zu verstärken, der im Dezember vorigen Jahres geschaffen worden ist zur Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, namentlich auf dem Gebiet der Familienunterstützung und der Erwerbslosenfürsorge. So schwer die materiellen Opfer sind, die das deutsche Volk neben den noch größern und schwerern in diesem Kriege bisher gebracht hat und weiter bringen wird, jeder Deutsche wußte von Anfang an, warum wir diese Opfer bringen, und jeder Deutsche weiß heute, daß die Opfer nicht umsonst gebracht werden. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche deshalb nicht viel Worte zu machen. Die durchschlagende Begründung der neuen Kreditvorlage ist der einmütige Wille des deutschen Volkes, den uns aufgezwungenen Krieg bis zum siegreichen Ende durchzukämpfen, bis zu dem Frieden, den wir vor uns selbst, vor unsern Kindern und Enkeln verantworten können. So weit sind wir heute noch nicht. Noch wollen die Feinde nicht zugestehen, daß ihr Frevelmut sich übernommen hat, als er sich vermaß, uns mit Überzahl und Waffengewalt niederzuringen, noch wiegen sie sich in Selbstbetrug, daß es ihnen gelingen könnte, uns durch Ermüdung und Erschöpfung ihrem Willen zu unterwerfen. Noch immer sträuben sie sich, obwohl schwer getroffen, gegen den Gedanken, daß

ihre Sache verspielt

ist, daß die vernünftige Abwägung aller Aussichten sie zwingen muß, den Fehlschlag ihres Unternehmens einzugestehen, für sich zu retten, was zu retten ist, und uns Sühne und Sicherheit für die Zukunft zu bieten. Solange die Feinde sich nicht bequemen, aus der Tatsache unserer Unbesiegbarkeit und unserer Siege die Konsequenz zu ziehen, sind die Waffen unser einziges Mittel, sie zu überzeugen. (Lebhafter Beifall.) Solange wollen, müssen und werden wir weiterkämpfen und jedes Opfer bringen, das der Krieg uns auferlegt. Für die Aufbringung der Mittel soll auch diesmal

wieder der Anleiheweg

beschritten werden. Ich habe bereits im März ausgeführt, welche Gründe die verbündeten Regierungen veranlassen, von der Einbringung der Kriegssteuern, solange es angängig ist, abzusehen. Diese Gründe bestehen heute noch fort. Wir wollen während des Krieges die gewaltigen Lasten, die unser Volk trägt, nicht durch neue Steuern erhöhen, solange hierfür keine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Eine stärkere Verbrauchsbesteuerung würde bei den ohnedies hohen Preisen aller Unterhaltsmittel wohl ebensowenig auf Verständnis und Gegenliebe stoßen wie eine erhöhte Besteurung des Verkehrs. Die direkten Steuern würden, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage, von den Kommunen und teilweise auch von den Einzelstaaten unter dem Zwang des Krieges ohnedies in erhöhtem Maße herangezogen. Diese Gründe wiegen um so schwerer, als auch im günstigsten Fall der Steuerertrag nur einen nach wenigen Prozent zu berechnenden Bruchteil der ungeheuern Kriegslasten ausmachen könnte. (Zustimmung.) Sie warten in diesem Zusammenhang wohl auf ein Wort über die vielbesprochene

Kriegsgewinnsteuer.

Bei der Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten, die am 10. Juli hier stattfand, ist ein grundsätzliches Einverständnis erzielt worden; zu einer Gesetzesvorlage ist jedoch die Angelegenheit, die einer genauen Durcharbeitung bedarf, noch nicht reif. Wir sind auch der Ansicht, daß die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluß des Krieges stattfinden kann. Denn erst in diesem Zeitpunkte werden die Betroffenen übersehen können, wie sich für sie die finanziellen Wirkungen des Krieges stellen. Über die Grundsätze, hinsichtlich deren bei den verbündeten Regierungen heute schon Übereinstimmung besteht, kann ich folgendes sagen: Wir sind überzeugt, daß die einwandfreie Feststellung und Erfassung des Begriffes „Kriegsgewinn" eine steuertechnische Unmöglichkeit ist. Anderseits sind wir der Meinung, daß alle, die während der Kriegszeit im Gegensatz zu der großen Masse ihrer Volksgenossen in der Lage waren, ihr Vermögen in erheblichem Umfang zu vermehren, auch imstande und verpflichtet sind, in höherm Maße als im Wege der gewöhnlichen Besteurung zu den Kosten des Krieges beizutragen. Damit ist die Anlehnung an die Reichsvermögenszuwachssteuer gegeben. Wie weit für die Bemessung der Steuersätze Veränderungen des Einkommens in der Kriegszeit herangezogen werden können, unterliegt, ebenso wie eine Reihe von andern Fragen, noch der Prüfung. Übereinstimmung besteht darin, daß der Vermögenszuwachs durch Erbgang von der Sondersteuer befreit werden soll. Wir sind ferner darüber einig, daß in Rücksicht auf den besondern Zweck der Steuer, zur Abminderung der Kriegslasten zu dienen, der Betrag der Steuer außer in barem Geld auch in Kriegsanleihen zahlbar sein soll. Die Erwartung der Kriegsgewinnsteuer braucht also niemand abzuhalten, Kriegsanleihen zu zeichnen. Aber auch die Kriegsgewinnsteuer kommt, wie bereits erwähnt, als Einnahmequelle während des Krieges nicht in Betracht. Wenn wir demnach, solange wir hoffen können, unser ordentliches Budget auch ohne neue Einnahmen einigermaßen in Gleichgewicht zu halten, auf die Erschließung neuer Steuerquellen während des Krieges verzichten, so stehen wir damit nicht allein. Auch England hat sich unter dem Zwang der Tatsachen zu dieser Politik bekehrt. Im letzten Herbst noch lockte den britischen Schatzkanzler das Vorbild der napoleonischen Kriege, deren Kosten zu mehr als 40 Prozent durch Steuern gedeckt wurden. Aber es ist bei der damals beschlossenen Erhöhung der Einkommensteuer, der Bier- und Teesteuer geblieben, deren Ergebnis nur etwa fünf Prozent der englischen Kriegsausgaben ausmacht. Ein zweiter Versuch zur Steuererhöhung im Frühjahr dieses Jahres ist sang- und klanglos aufgegeben worden. Und wenn neuerdings die englische Regierung mit dem Gedanken einer Erstreckung der Einkommensteuer auf die bisher freien Einkommen der Arbeiter spielt, so regt sich auch hiergegen ein starker Widerspruch, daß der Erfolg mehr als zweifelhaft ist. Wie die Dinge liegen, bleibt vorläufig nur der Weg,

die endgültige Regelung der Kriegskosten

auf den Friedenschluß und die Zeit nach dem Frieden zu verschieben. Dabei möchte ich auch heute betonen: Wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unsern Bedürfnissen und Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allem andern auch die Kostenfrage nicht vergessen. Das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig. Die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes muß, soweit es irgend zu erreichen ist, von der ungeheuern Bürde entlastet werden, die der Krieg anwachsen läßt. (Beifall.) Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir! Daß die ungeheure finanzielle Schwächung unserer Gegner die Durchführung dieses Zieles erschweren wird, ist nicht zu bezweifeln. aber wir werden tun, was nach dieser Richtung irgend getan werden kann. Die Bewilligung der Kriegskredite hat als Gegenstück die Realisierung dieser Kredite durch die

Begebung der Anleihen.

Sie wissen, daß die Ausgabe einer neuen dritten Kriegsanleihe bevorsteht. Unsere Vorbereitungen nähern sich dem Abschluß. Gegen Ende dieses Monats werden die Zeichnungseinladungen ausgegeben werden. Wir müssen durch die neue Anleihe die großen Summen hereinbringen, die wir bereits jetzt über die 13½ Milliarden Mark der ersten beiden Kriegsanleihen hinaus verausgabt haben; zum Teil sind ja diese Summen durch den Kriegsschatz und durch die bei Kriegsausbruch vorhandenen bereiten Bestände der Reichshauptkasse gedeckt worden. Diese Deckung hat eine Erhöhung erfahren durch den Überschuß des ordentlichen Etats für das Rechnungsjahr 1914/15, der sich wesentlich höher stellt als nach den Mitteilungen, die ich im März dieses Jahres auf Grund von vorläufigen Abschlüssen und Schätzungen machen konnte. Damals bezifferte ich den Überschuß auf 38 Millionen Mark, nach der endgültigen Abrechnung stellt sich der Überschuß

auf nicht weniger als 219 Millionen Mark.

Zusammen mit den andern Posten, die ich soeben genannt habe, ist das immerhin eine ansehnliche Entlastung. Aber darüber hinaus müßten wir noch sehr viel größere Beträge vorläufig durch Diskontierung von Reichsschatzscheinen bei der Reichsbank und den Privatbanken aufbringen. Diese Schatzscheine müssen wir jetzt konsolidieren; wir müssen uns außerdem einen möglichst großen Betrag neuen Geldes beschaffen. Ich bin des Erfolges sicher; denn alle sittlichen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes, die unsere ersten beiden Kriegsanleihen alle Erwartungen übertreffen ließen, sind heute stärker als je. (Beifall.) Alle die Summen, die das Reich für den Krieg verausgabt hat, sind bis auf verhältnismäßig unbedeutende Beträge im Lande geblieben, sind unsern Soldaten, unserer Landwirtschaft und Industrie, Unternehmern und Arbeitern zugeflossen. Sie haben als Einzahlung auf die letzte Kriegsanleihe gedient und sich darüber hinaus zu neuem Sparkapital verdichtet. Dieser Prozeß tritt zutage in der

Inanspruchnahme der Darlehnskassen.

Zurzeit der ersten großen Einzahlungen auf die zweite Kriegsanleihe haben die von den Darlehnskassen ausgeliehenen Summen den Betrag von 1 500 000 000 ℳ überschritten. Die Ausleihungen sind inzwischen wieder unter eine Milliarde herabgegangen. Davon kommen auf Darlehen für die zweite Kriegsanleihe nur noch 292 Millionen Mark das sind wenig mehr als 3 Prozent des bisher eingezahlten Betrages von 9 Milliarden Mark. Diese sind veröffentlicht und könnten unsern Feinden so gut bekannt sein wie uns. Trotzdem verbreiten sie mit unbelehrbarer Hartnäckigkeit die Behauptung unsere Kriegsanleihen seien so gut wie ausschließlich mit dem Kredit der Darlehnskassen finanziert worden. Gerade heute früh habe ich einen Artikel des sonst noch leidlich zurechnungsfähigen Daily Telegraph erhalten der diese Behauptung seinen Lesern besonders schmackhaft macht durch die Bemerkung, unsere Darlehnskassen gäben Geld auf alles, was man ihnen bringt, sogar auf Zahnstocher und Kohleneimer. (Lachen.) Die Einlagen

bei unsern Sparkassen,

die 1913 um rund eine Milliarde Mark zugenommen hatten, sind 1914 trotz des Krieges und der Einzahlungen auf die erste Kriegsanleihe um rund 900 Millionen Mark gestiegen. Im laufenden Jahr haben die Zugänge in den ersten sechs Monaten gegen 1½ Milliarde Mark betragen; sie sind in vollem Umfang den Einzahlungen auf die zweite Kriegsanleihe zugute gekommen, auf die bei den Sparkassen rund 1 800 000 000 ℳ gezeichnet worden sind. Trotz dieser gewaltigen Kraftanstrengung stehen die Einlagen unserer Sparkassen mit mehr als 20 Milliarden heute stärker da als jemals vor Ausbruch des Krieges. Ähnlich günstig stehen die Dinge bei den Banken. Auch hier haben sich die Depositen nach der starken Inanspruchnahme durch die Einzahlungen auf die zweite Kriegsanleihe wieder auf ihren alten Stand gehoben, teilweise sogar den bisherigen Höchststand übertroffen. Die Flüssigkeit des Geldes und das Gefühl der finanziellen Stärke und Gesundheit hat sich stellenweise sogar bereits wieder in spekulatives Treiben an den Börsen umgesetzt. Aber ein leiser Wink hat genügt, um hier Einhalt zu gebieten und die Ansicht zur Geltung zu bringen, daß es für die Verwendung freien Geldes und für die Betätigung finanziellen Kraftgefühls heute ein besseres Feld gibt als die Effektenspekulation. Heute gehört alles verfügbare Geld dem Vaterland, heute sind

die Kriegsanleihen das Anlagepapier.

(Lebh. Beifall.) Der freie Verkehr an den Börsen hat seine gute Berechtigung auch in der Kriegszeit, wenn und soweit er mittelbar oder unmittelbar dem einen großen Ziele dient. (Sehr richtig!) Es spricht für die Einsicht und Vaterlandsliebe unseres Bankierstandes, daß der freie Börsenverkehr bisher im wesentlichen in diesen Schranken sich betätigt hat und daß die erste Warnung sofort auf volles Verständnis und bereitwilligste Unterstützung gestoßen ist. (Beifall.) Wir wollen jetzt bei der dritten Kriegsanleihe unsere finanzielle Kraft wieder in Bewegung setzen. Zu diesem Zweck haben wir die Organisation, die sich bei den ersten Kriegsanleihen so gut bewährt hat, noch weiter ausgestaltet. So werden wir diesmal die sämtlichen Postanstalten im ganzen Reiche zur Zeichnung mitheranziehen, um für jedermann bequemste Gelegenheit zur Beteiligung an der Kriegsanleihe zu schaffen; wir wollen ferner diesmal auch für die

kleinen Zeichnungen

von 1000 ℳ und darunter, für die bisher die sofortige Vollzahlung vorgeschrieben war, Teilzahlungen gestatten, um auf diesem Wege den kleinen Zeichnern die Einzahlung zu erleichtern. Wir hoffen ferner nach einigen guten und wirksamen Beispielen bei der letzten Kriegsanleihe die Arbeitgeber dafür zu gewinnen, daß sie ihren Angestellten und Arbeitern durch Vorlagen die Zeichnung ermöglichen. Für die

großen Zeichner

werden wir das Einzahlungsgeschäft vereinfachen, indem wir die noch nicht fälligen unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches unter Abzug eines fünfprozentigen Diskonts auf die Anleihe in Zahlung nehmen, wodurch wir gleichzeitig die Geldbewegung und die Störung des Geldverkehrs auf ein Mindestmaß zurückführen. Wir werden ferner diesmal den Zeichnern vor der Aushändigung der endgültigen Stücke Zwischenscheine geben, damit sie sofort etwas in der Hand haben. Bei der zweiten Kriegsanleihe sind Schwierigkeiten entstanden infolge der großen Anzahl der auszufertigenden Stücke — es sind beträchtlich mehr als sechs Millionen —, und mangels ausreichend geschulten Personals bei der Reichsschuldenverwaltung. Diese Schwierigkeiten wollen wir durch die Zwischenscheine vermeiden. Die Werbetätigkeit gedenken wir in noch größerm Umfang zu betreiben als das letztemal. Die sensationelle Reklame, die England bei seiner letzten Kriegsanleihe aufgeboten hat, in gleichem Stil wie für die Werbung zum Kriegsdienst, glauben wir allerdings entbehren zu können und entbehren zu müssen. Unter deutscher Geschmack sträubt sich dagegen, die Methoden der Zirkusreklame auf den Ernst des Krieges anzuwenden. Wir glauben auch nicht, nötig zu haben, nach englischem Vorbild den Zeichnern zu sagen, daß sie dem Vaterland a mercy, eine Gnade, erwiesen.

Das Deutsche Reich bettelt nicht.

Und der Deutsche gibt dem Vaterland keine Almosen, sondern erfüllt seine Pflicht. (Beifall.) Aber die lebendige Mitwirkung aller, die durch Amt und Beruf, durch Stellung und Ansehen belehrend und beratend auf die weitesten Volkskreise einwirken können, diese tätige Mitwirkung wollen wir nicht missen. Gemeindevorsteher, Geistliche, Lehrer haben uns das letztemal schon wacker geholfen; sie werden ihre Anstrengungen verdoppeln. Und vor allem rechne ich auf die Mitglieder dieses Hauses, die durch das Vertrauen des Volkes zu dessen Vertretern erwählt sind. Jeder von Ihnen kann in seinem Kreis durch Belehrung und Appell an das patriotische Gewissen ganz Außergewöhnliches zu dem Erfolge beitragen. (Beifall.) In der Ausstattung der Anleihe selbst wollen wir auf dem geraden und einfachen Wege bleiben, der uns bei den ersten Anleihen so große Erfolge gebracht hat. Die fünfprozentige Kriegsanleihe ist

das volkstümlichste Papier,

das es in Deutschland je gegeben hat. Ohne Not wollen wir von den bewährten Bahnen nicht abgehen, nur den Ausgabekurs werden wir im Gefühl unserer gefestigten Finanzkraft etwas höher setzen. Probieren und Experimentieren, erzwungene Finanzkunststücke und sensationelle Reizmittel überlassen wir denen, die sich unsicher fühlen. Der Starke nutzt seine Kraft in der Einfachheit. (Beifall.) Wenn etwas unsere Zuversicht und Selbstsicherheit zu steigern vermag, dann ist es ein Vergleich mit den Finanzverhältnissen und Finanzmaßnahmen unserer Gegner. Vorausschicken möchte ich eine

Schätzung der Gesamtkosten,

die dieser ungeheure Krieg verursacht. Die täglichen Kriegskosten der sämtlichen beteiligten Mächte belaufen sich jetzt auf nahezu 300 Millionen Mark, die monatlichen Kriegskosten übersteigen acht Milliarden Mark, und für das Jahr kommen wir insgesamt auf rund 100 Milliarden Mark. Das ist ungefähr der dritte Teil des gesamten beweglichen und unbeweglichen privaten und öffentlichen Volksvermögens in Deutschland. Nie zuvor in der Weltgeschichte hat eine solche Verschiebung und Wertzerstörung stattgefunden. Von den einzelnen Ländern hat Deutschland bis vor kurzem die größte Last getragen, und in der Gesamtsumme der bisher aufgelaufenen Kriegskosten stehen wir auch heute noch an erster Stelle, jetzt hat uns England in den laufenden Kriegskosten überholt. Der tägliche Geldbedarf für den Krieg scheint jetzt dort vier Millionen Pfund Sterling gleich 80 Millionen Mark überschritten zu haben. Wir vollen den Engländern diesen Vorsprung neidlos gönnen, zumal die Engländer selbst das Gefühl haben, daß wir mit kleinern Mitteln unendlich viel mehr erreichen. Kürzlich hat ein englisches Parlamentsmitglied geäußert, Deutschland schaffe mit einem Pfund mehr als England mit drei. (Hört! Hört!) Das ist im ganzen vielleicht übertrieben, aber daß das Verhältnis in einzelnen Dingen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, darüber könnte ich Ihnen einige interessante Belege geben. Die Gesamtkosten des Krieges dürften sich auf die beiden kriegführenden Gruppen etwa so verteilen, daß auf die Koalition unserer Feinde fast zwei Drittel, auf uns und unsere Verbündeten nicht viel mehr als ein Drittel entfällt. (Hört! Hört!) Von allen kriegführenden Ländern haben Deutschland, England und Österreich-Ungarn allein bisher einen nennenswerten Anteil an den Kriegskosten durch

langfristige Anleihen

gedeckt. England hat in seinen beiden Kriegsanleihen 18 bis 19 Milliarden Mark aufgebracht, von denen zurzeit etwa 12 bis 13 Milliarden Mark eingezahlt sein dürften. Wir halten auf etwa über 13 Milliarden, die jetzt so gut wie voll eingezahlt sind, und mit der bevorstehenden Kriegsanleihe werden wir, wie ich zuversichtliche hoffe, auch hinsichtlich der gezeichneten und damit für die weitere Kriegsführung gesicherten Summen wieder allen andern voran sein. Österreich-Ungarn hat durch langfristige Anleihen bisher nahezu acht Milliarden Kronen aufgebracht, eine Leistung, die angesichts des Standes des Volkes und des Volksreichtums der Donaumonarchie die größte Anerkennung verdient. Frankreich, das berühmte Land der Rentner, bleibt hinter diesen Ziffern weit zurück. Der Reinertrag seiner langfristigen Anleihen, der sogenannten Obligations de la défense nationale, erreicht kaum zwei Milliarden Franken, das ist etwa ein Viertel dessen, was Österreich-Ungarn auf diesem Wege bisher geleistet hat. Den ganzen großen Rest seines Kriegsbedarfs hat Frankreich nur im Wege des kurzfristigen Kredits decken können. Es hat rund acht Milliarden Franken durch kurzfristige Schatzscheine aufgenommen, die nun jeden Augenblick in größern Beträgen fällig werden, daneben 6½ Milliarden Franken durch Inanspruchnahme der Bank von Frankreich. Dazu kommt noch ein Kredit von 1½ Milliarde Franken, den Frankreich sich unter recht harten Bedingungen von England hat einräumen lassen. Von Rußland, Italien und den kleinern Ententegenossen will ich hier nicht reden, man soll auch gegen Feinde nicht ohne Not grausam sein. (Heiterkeit und Beifall.) Für die Bewertung der bisher erzielten Erfolge und der weitern Aussichten der finanziellen Kriegsführung ist nicht nur die Höhe der aufgebrachten Summen entscheidend, sondern auch

das Wie der Aufbringung.

Ich glaube ohne Überhebung sagen zu können, daß wir in diesem Punkte die unbestreitbare Überlegenheit besitzen. Frankreich hat es bisher überhaupt nicht zu einer regelrechten Anleihe-Emission gebracht. Es verkauft Tag für Tag an Bons und Obligationen, was es irgend loswerden kann. Neuerdings wird sogar die Ausgabe verzinslicher Papierscheine von 20 Franken und 5 Franken angekündigt, um die Ergiebigkeit der immer noch kärglich fließenden Quellen zu steigern. Von Zeit zu Zeit spricht man von einer regulären Anleihe, aber man hat bisher noch immer gefunden, daß für eine solche Operation die Zeit noch nicht gekommen sei. England, das Land der 2½prozentigen Konsols, hat es erst mit einer 3½prozentigen Kriegsanleihe versucht. Das Zeichnungsergebnis war mit annähernd 7 Milliarden Mark äußerlich gut, aber die zu 95 Prozent ausgegebene Anleihe sank alsbald unter den Emissionskurs, das beste Zeichen dafür, daß die Anleihe schlecht untergebracht war. In einer schwachen Stunde hat kürzlich ein großes Londoner Blatt ausgeplaudert, man habe damals während der Zeichnung soviel von einem glänzenden Erfolg geredet, daß die Kapitalisten eine besondere Anstrengung nicht für nötig gehalten hätten; infolgedessen sei der Stand der Zeichnungen vor dem Zeichnungsschluß so ungenügend gewesen, daß es einer besondern Anstrengung der Banken bedurft habe, um diese zu veranlassen, durch starke Erhöhung ihrer Zeichnungen wenigstens den äußern Erfolg zu retten. Das ist also das wahre Bild der angeblich so stark überzeichneten ersten englischen Kriegsanleihe. Der sich aus dieser falschen Situation ergebende Kursdruck schuf eine ernstliche Verlegenheit für die weitere Geldbeschaffung, zumal schon im März das durch die Anleihe gewonnene Geld zu Ende war, das nach ursprünglicher Absicht bis in den Juli hätte reichen sollen.

Der Fall von Warschau und der polnische Standpunkt

Eine andere Auffassung

M. S. In Nr. 357 des „Bund" erschienen unter obigem Titel Ausführungen eines Polen, die eine Erwiderung und Ergänzung fordern.

Durch die polnische Politik ist immer ein rein idealer Zug gegangen. Fast mehr, als daß sich Anhänger rein konkreter politischer Bestrebungen damit befreunden könnten. Dem Axiom, da die Politik „die Kunst der zweckmäßigsten Schaffung und Anwendung von Staat und Recht ist", ist das ritterliche polnische Volk, das sich nie zu einer rein nüchternen, praktischen politischen Auffassung durchringen konnte, kaum je gerecht geworden. Vielfach haben die Polen das mit Dankbarkeit entgegengenommen, was sie zu fordern vollauf das Recht hatten. Und nur von diesem Standpunkte aus kann man die Behauptung des Verfassers des vorzitierten Artikels „Die Haltung der Bevölkerung Russisch-Polens war auf das großfürstliche Wort aufgebaut" auf ihren wahren Wert einschätzen.

Daß die anfangs Juni vom Obersten polnischen Nationalkomitee der österreichischen Regierung überreichte Denkschrift, welche die Forderungen der polnischen Nation umfaßte, unbeantwortet blieb, entspricht nicht den Tatsachen. Die Antwort des k. und k. Ministers des Aeußern und des kaiserlichen Hauses, Freiherrn von Burian, an das Polnische Nationalkomitee ist durch die Zeitungen hinlänglich bekannt, es erübrigt also nur der Hinweis auf die Ausführungen der Krakauer „Nowa Reforma", die mit Genugtuung feststellte, daß der höchste Vertreter der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht nur seiner freundlichen Gesinnung gegenüber der polnischen Nation Ausdruck verleiht, sondern auch im Obersten polnischen Nationalkomitee das maßgebende Organ der nationalen polnischen Politik sieht, mit dem man auch in politische Diskussionen eintreten kann, selbst wenn hieraus gewichtige Folgen entstehen könnten.

Man ist speziell in der Donaumonarchie besonders vorsichtig in der Auswahl der Personen und Faktoren, von denen man, soweit offizielle Kreise in Frage kommen, in nationalen Fragen Anregungen und Postulate entgegennimmt und auf deren Erörterung auch eingeht. Sieht sich der „Kanzler" Oesterreich-Ungarns veranlaßt, mit einer polnischen Organisation Fühlung zu nehmen, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß er in dieser die ihm als legitimiert erscheinende Repräsentation Polens anerkennt.

Das Schweigen der Donaumonarchie kann daher kein „beharrliches", sondern nur ein vorübergehendes, durch die Zeitumstände bedingtes sein und die nächsten Tage können bereits hier folgenschwere Erklärungen bringen. Steht doch die Reise des Barons Burian nach Berlin mit der Regelung der polnischen Frage in engster Beziehung, wenn sie auch nicht den ausschließlichen Reisegrund abgeben mag.

Die Leistungen der polnischen Legionen, über die noch zu diskutieren, Eulen nach Athen tragen hieße, sind in erster Linie von der österreichischen Regierung anerkannt worden. Es ist immerhin zu bedauern, daß die Legionäre nicht allein auf dem eigentlichen polnischen Kriegsschauplatze verwendet wurden. Es kann allerdings hier zur Entschuldigung angeführt werden, daß Polens Jugend auch anderswo nur gegen den russischen Erbfeind geführt wurde. Es wäre auch zu untersuchen, warum sich trotz der immer fortschreitenden Eroberung polnischer Gebiete die Zahl der Legionäre nicht entsprechend vergrößerte. Man hätte hier vielleicht besser getan, den Elan, der dem polnischen Volke eigen, und den unleugbaren Einfluß des polnischen Nationalkomitees mehr für die polnische und in letzter Linie auch die österreichische Sache auszunützen

„Nur der Pole und der Jude" haben in Galizien die Sache Oesterreichs hochgehalten, schrieb eine angesehene deutsche Zeitung vor einigen Tagen. Und dem Art. 1, Al. 2 der Schlußakte des Wiener Kongresses:

«Les Polonais, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales réglés d'après le mode d'existence politique que chacun des gouvernements, auxquelles ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder», das wird der unparteiische Beurteiler wohl zugeben müssen, hat nur die habsburgische Monarchie sich bemüht, nach bestem Wissen und Können gerecht zu werden.

Hat also die Donaumonarchie durch Gewährleistung einer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung auf nationaler Basis Anrecht auf die Dankbarkeit Polens, so ist sie wieder durch eine Anzahl von Punkten, von denen ich nur zwei erwähnen will, die Bedeutung Galiziens als Absatzgebiet der österreichischen Industrie und die Stütze, welche die kaiserliche Regierung stets in den Polen Oesterreichs gefunden hat, diesen gleichfalls und nicht unerheblich verpflichtet.

Was Polen von Rußland zu erwarten hat, zeigen die Ereignisse seit 1815, was Deutschland ihm bieten wird, kann es sich nach den Erfahrungen, die die polnischen Untertanen Preußens bisher machten, leicht vorstellen.

Wie sagt Ludwig Bernhard:

„Noch dreißig Jahre Siedelung und Besitzesfestigung in unserem Osten; dann mag man getrost die Zügel locker lassen, dann ist der deutsche Stempel unseren Grenzprovinzen fest aufgeprägt."

Und vor wenigen Tagen schrieben die „Leipziger Neuesten Nachrichten":

„Ganz gewiß ist auch Herr v. Bethmann-Hollweg überzeugt, daß wir ebensowenig wie wir die Freiheit der Meere etwa durch Verträge und Konventionen sichern können, so auch das Problem des Ostens einfach nach dem Rezept der Polenführer im österreichischen Reichstag lösen können. Wir haben den Krieg wirklich nicht geführt und furchtbare Opfer auf uns genommen, um Polen zu befreien. Die Lagienka- und Kosziusko-Stimmung ist für uns für immer vorbei. Wir werden auch hier ausschließlich nach unserem eigenen Interesse und so handeln, daß feste Sicherheiten für unsere nationale Zukunft geschaffen werden. Indem aber der Polenklub des österreichischen Reichstages nach einem Siege, den wirklich nicht die Polen erfochten, die Forderung stellt, daß dieses unteilbare Königreich gegen Osten gesichert, in seinem ganzen Umfange seine nationale und politische Freiheit wiedererlange, fordert er nicht nur die Früchte unserer Siege für sich, auch wenn er das ungeteilte Königreich, mit Galizien zu einem selbständigen Ganzen vereinigt, als Königreich Polen im Verbande der habsburgischen Monarchie erstehen lassen will, sondern er streckt auch die Hände nach altem preußischem Besitz in Schlesien, Westpreußen und Posen aus. Ganz gewiß ist die Zeit noch nicht gekommen, an die Lösung des Problems im Osten zu gehen, aber ganz gewiß muß dann, wenn Polenklub und polnisches Nationalkomitee sozusagen ihre Bedingungen stellen, auch für die andere Seite die Freiheit des Wortes gestattet sein, um solche Kundgebungen mit aller Schärfe zurückzuweisen, schon deshalb, weil in dem polnischen zugleich das galizisch-ruthenische und das ukrainische Problem steckt und weil das Lied von dem unteilbaren polnischen Königreich für Deutschland eine Bedrohung, nicht aber Sicherheiten im Sinne des Kaisers, des Kanzlers und des ganzen Volkes schafft."

Das ist doch gewiß deutlich genug. Und trotzdem finden sich Polen, die unter dem „Einflusse der großartigen deutschen Organisation", wie behauptet wird, eine Angliederung Polens an Deutschland unter „Wahrung und Schonung beiderseitiger Interessen" erörtern.

Mag auch vielleicht weder das Oberste polnische Nationalkomitee noch der Polenklub, wie jetzt von maßgebender deutscher Seite behauptet wird, wirklich das ganze polnische Volk im weitesten Sinne des Wortes vertreten, daß diese beiden Organisationen zumindest im Namen der überwiegenden Mehrheit der polnischen Nation, auch soweit sie nicht derzeit österreichische Staatsangehörige sind, sprechen, ist ebenso unzweifelhaft, als daß es sich in Polen nicht um einen deutschen Sieg, sondern einen deutsch-österreichischen Sieg handelt, an dem Polens Männer nennenswerten und rühmlichen Anteil haben. Polen hat daher ein heiliges Recht, bei seiner Wiederherstellung in der einen oder anderen Form ein Wort mitzureden.

Es ist bezeichnend, daß der bekannte Historiker Theodor von Sosnoky in seinem Werke „Die Politik im Habsburgerreiche" wörtlich ausführt:

„Gerade dort aber, wo diese Gefahr anscheinend am nächsten läge, in Galizien selbst, wo etwa eine Viertelmillion Deutsche unter polnischer Herrschaft lebt, ist das Einvernehmen zwischen beiden Nationen gut, und in erfreulichem Gegensatze zu den Bedrückungen, denen die polnischen Minoritäten unter dem preußischen Regiment ausgesetzt sind, hört man nie von Polonisierungsversuchen und sonstiger Behelligung der Deutschen."

Wenn Sosnoky in seinen Ausführungen die Polen nächst den Deutschkonservativen als die loyalsten Oesterreicher ansieht und sie als die Schoßkinder der Regierung bezeichnet, so sagt er nur die Wahrheit. Nach der Haltung der Polen im gegenwärtigen Weltkriege hat man keine wie immer geartete Veranlassung, dieses Urteil abzuändern.

Gewiß soll Polen bei der Gestaltung seines zukünftigen Geschickes dem Grundsatze «primo mihi» in erster Linie huldigen, wenn es aber die Folgerungen aus der Geschichte der letzten fünfzig Jahre zieht, so weist es die rein praktische Ueberlegung nur auf den Weg, seinen Anschluß an Oesterreich mit allen zulässigen Mitteln zu erstreben. Hierin allein liegen die Garantien für eine politische Wiedergeburt des polnischen Volkes.

Frankfurter Zeitung
22./VIII. 1915

Deutscher Reichstag

Deutscher Reichstag.

Die Lebensmittelfrage.

Die Rede des Staatssekretärs Delbrück. — Beschlagnahme und Höchstpreise. — Gegen den Lebensmittelwucher. — Die Aufgaben der Kommunen.

E Berlin, 21. Aug. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Wie bei allen bisherigen Kriegstagungen hat auch jetzt wieder der Reichstag die Gelegenheit benützt, um zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierungspolitik Stellung zu nehmen und um auch an seinem Teil mitzuwirken, daß unsere Lebensmittelversorgung so gut wie nur irgend möglich geregelt wird. Zum Unterschied von den früheren Tagungen werden allerdings diesmal die Nahrungsmittelfragen nicht nur in der Kommission zur Erörterung gestellt, sondern es findet eine ausgiebige, gründliche Besprechung vor aller Oeffentlichkeit im Plenum statt. Das können wir uns leisten, nachdem wir in dem abgelaufenen Jahre aller Welt gezeigt haben, daß der Aushungerungsplan bei der deutschen Organisationskraft nicht gelingen konnte, und nachdem jetzt auch das Ausland dazu übergehen mußte, auf diesem Gebiet vom deutschen Beispiel zu lernen. Es gibt nichts zu verheimlichen, und wo Kritik geübt wird, da war es nicht an den großen Zielen und an dem großen Organisationswerk, sondern da galt es nur, Lücken auszufüllen und Mängel zu beseitigen, die sich im Laufe der Zeit gezeigt haben.

An der Spitze der Erörterung stand das Bekenntnis der Redner aller Parteien und des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß wir ohne Sorge in die Zukunft blicken können, und daß wir auch im neuen Erntejahr an Lebensmitteln keine Not leiden werden. Das Problem, um das sich Regierung und Reichstag gemeinsam bemühen, ist nur, im neuen Wirtschaftsjahr die Lebensmittel noch besser in Preis und Zufuhr reguliert an die Konsumenten zu bringen. Wir haben im abgelaufenen Jahre Erfahrungen gesammelt, die wir künftig zum Nutzen von Produzenten und Konsumenten verwerten wollen. Dies brachte der Staatssekretär Dr. Delbrück in seinem kurzen Rück- und Ausblick mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Die Brotgetreideversorgung hat sich im wesentlichen bewährt. Daran soll nichts geändert werden. Es bleibt bei Beschlagnahme und Höchstpreisen, beides Mittel, um einem unverhältnismäßig großen Verbrauch vorzubeugen und um andererseits auch das spekulative Moment auszuschalten. Die Höchstpreise haben fast überall die Basis für das staatliche Eingreifen abgegeben. Aber dort, wo es gelang, eine Verständigung der verschiedenen Interessentengruppen herbeizuführen, wo es gelang, eine Organisation zwischen Produzenten und Konsumenten zu schaffen, konnte man sogar ohne Höchstpreise auskommen. Der Staatssekretär hofft, daß durch den Ausbau der Organisation es vielleicht im neuen Jahre möglich sein werde, auch die Kartoffelversorgung ohne Beschlagnahme und ohne Höchstpreise zu regulieren. Es sind zu diesem Zweck bereits mit allen Organisationen, mit den Produzenten und mit den Kommunen, Verhandlungen eingeleitet. Der Staatssekretär hofft auf ein Gelingen dieser Bestrebungen, aber um jeder falschen Spekulation von vornherein vorzubeugen, stellte er mit aller Entschiedenheit und unter Zustimmung des ganzen Hauses in Aussicht, daß, wenn sich eine ungesunde Preisbildung zeigen sollte, er vor den Mitteln der Beschlagnahme und der Höchstpreise nicht zurückschrecken werde. In Uebereinstimmung mit allen Rednern aus dem Hause verwarf der Staatssekretär jede Spekulationsbestrebung auf Kosten der Gesamtheit zum Nutzen einzelner. Unter dem stürmischen Beifall von allen Seiten erklärte er, daß es niederträchtig und verächtlich sei, wenn einzelne in einer schweren Notlage des Vaterlandes die Ernährung des Volkes durch wucherische Bestrebungen erschweren, und er stellte die schärfsten Strafen für die Zukunft in Aussicht: Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und den Verlust des Rechtes auf Fortführung des Gewerbebetriebes für die Dauer des Krieges. Denn jeder, der den Versuch des Lebensmittelswuchers mache, müsse gebrandmarkt sein für den Rest seines Lebens. Dann kündigte der Staatssekretär auch einen Gesetzentwurf an, der, um die Preisbildung stärker als bisher in bestimmten Lebensmitteln, wie Milch, Käse, Butter, beeinflussen zu können, die Möglichkeit gibt, für größere Bezirke Richtpreise festzusetzen, in denen die Kommunen verpflichtet sein sollen, von dem Rechte des Höchstpreises Gebrauch zu machen und in dem auch vorgesehen ist, daß, wie es zurzeit teilweise schon freiwillig geschehen ist, in den Kommunen Preiskommissionen gebildet werden, die den Lebensmittelmarkt kontrollieren. Es ging klar aus den Ausführungen des Staatssekretärs hervor, daß die Kommunen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung künftig noch größere Aufgaben zu erfüllen haben werden als bisher schon, und es wurde später von dem fortschrittlichen Redner Gothein mit Recht der Wunsch daran geknüpft, daß man ihnen das nach dem Kriege nicht wieder vergessen möge. Von der Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, die besonders der Frankfurter Sozialdemokrat Dr. Quarck und der Zentrumsabgeordnete Giesberts gefordert hatten, verspricht sich der Staatssekretär Dr. Delbrück nicht viel. Er sieht darin nur eine weitere Erschwerung des an und für sich schon sehr komplizierten Apparates. In demselben Augenblick, wo die Franzosen dazu übergehen müssen, unser Kriegsbrot nachzuahmen, können wir unser bisheriges Kriegsbrot der Qualität nach wesentlich verbessern, indem künftig durch die geringere Ausmahlung die Nährkraft des Brotmehls wesentlich erhöht wird. Der Staatssekretär war weiter auch in der Lage, mit aller Bestimmtheit anzukündigen zu können, daß in den Wintermonaten die Brotrationen würden erhöht werden können.

Der heutige erste Tag der Besprechung der Lebensmittelfragen wird unseren Feinden zeigen, daß wir mit Vertrauen in das zweite Kriegsjahr hineingehen können, und er wird unser Volk lehren, daß alle Teile der gesetzgebenden Körperschaften bemüht sind, noch vorhandene Schäden abzustellen und alles zu tun, was den Daheimgebliebenen die an und für sich schweren Opfer des Krieges erleichtern kann.

*

(Ausführlicher Bericht.)

N Berlin, 21. Aug. (Priv.-Tel.)

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der

wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung.

Abg. Westarp (Kons.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und empfiehlt die von der Kommission beschlossene Resolution.

Abg. Quarck (Soz.) setzt auseinander, daß die Landwirtschaft in diesem Kriege gute Geschäfte macht, insbesondere durch die Erhöhung der Haferpreise, die die Heeresverwaltung zu einer Mehrausgabe von 300 Millionen Mark zwang. Schlimmer steht es um die Konsumenten, die sagen können: „Weh dir, daß du ein Käufer bist!“ Diesen Kreisen beginnt die Geduld zu reisen. Gebraucht doch der Wehrverein Ausdrücke, wie schamlose Wucherpreise. Die Bundesratsverordnung gegen den Wucher wird wenig helfen, solange es an Taten fehlt, aber auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens ist mit sittlichen Werturteilen nichts auszurichten. Tausende von Kriegsfreiwilligen waren bereit, ihr Leben zu opfern, aber nicht ein Lieferant hat sich gefunden, der bereit gewesen wäre, ohne Gewinn zu verkaufen. Die Organisation der Lebensmittelversorgung ist eben eine halbe Maßnahme geblieben. Heute, nachdem der Krieg ein Jahr dauert, kommt die Kommission endlich mit der Forderung der Schaffung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, ohne daß man die Sicherheit hätte, daß sie wirksame Maßnahmen treffe. Soll die Bevölkerung wirklich vor Unterernährung geschützt werden, so müssen die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen angenommen werden. Die Organisation, die sich bezüglich des Getreides bewährt hat, muß auf Kartoffeln, Fleisch und Gemüse ausgedehnt werden, sonst zeigen wir, daß wir im Kriege nichts gelernt haben. Die ältesten Völker haben den

Schutz vor Bewucherung

als das Heiligste angesehen. Rezepte, die Gemüse schmackhaft zu machen, haben keinen Wert, wenn die Preise um das Dreifache gestiegen sind. Unser Schweinevorrat betrug im März 16 Millionen, heute wird er auf 19 bis 20 Millionen geschätzt. Die Verfütterung ist billiger geworden, aber die Preise sind gestiegen, weil eben die Schweine von den Landwirten zurückgehalten werden. Die Kartoffelernte muß beschlagnahmt werden, sonst erleben wir ähnliche Dinge wie im vorigen Jahre. Man erwartet, daß die Gemeinden die Ernährung übernehmen, zwingt sie aber zu einem Wettlauf um die Vorräte, der nur die Preise steigert Wenn die Landwirtschaft unter hohen Futtermittelpreisen leidet, so soll man die Futtermittel der Spekulation entziehen. Man will warten, bis die Erbitterung der Bevölkerung sich in einer Vermehrung der Wochenmarktkrawalle Luft macht? Wir wünschen das gewiß nicht. Gegen den Lebensmittelwucher müssen heute die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Denn während draußen das Beste hingegeben wird, wollen einzelne sich bereichern. Die Nahrungsmittelnot kann gebannt werden, wenn unsere Nahrungsmittelorganisation vollendet wird. Das wäre ein beispielloser Sieg, über den heller Jubel erklingen könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Wir müssen den eisernen Willen haben, die nun einmal notwendigen Opfer dem Volke so leicht als möglich zu gestalten. Dem Lebensmittelwucher müssen wir an den Nerv gehen. Dank unserer intensiven landwirtschaftlichen Tätigkeit haben wir die Aushungerungspolitik zu Schanden werden lassen können, und auch unsere anderen Berufe, die die Vermittlung bis zum Konsumenten übernommen haben, haben ihre Pflicht getan. Das schließt aber nicht aus, daß einzelne die Gelegenheit benutzt haben, um sich zu bereichern. Nur müssen wir uns vor Verallgemeinerungen hüten. Die Landwirtschaft muß helfen, Mißstände zu beseitigen. Die Aufgaben der Regierung waren wegen der Neuheit gewiß sehr schwierig, und sie hat im großen und ganzen ihre Aufgabe glänzend gelöst. Einige Lücken sind allerdings noch vorhanden. Dem Parlament ist nicht genügend Mitarbeit gegeben worden. Das soll jetzt durch die Errichtung des Lebensmittelamtes nachgeholt werden, zu dem auch Vertreter des Reichstages herangezogen werden. Die Gemeinden haben jetzt die Möglichkeit, Höchstpreise festzusetzen. Das genügt aber nicht, die Gemeinden müssen dazu verpflichtet werden. Das spielt bei den Mehl- und Brotpreisen eine große Rolle. Ferner dürfen die Kommunen bei dem Mehlgeschäft keinen Gewinn erzielen. Bei der Kartoffelversorgung scheint sich die Staatsregierung selbst nicht im Klaren zu sein, was sie tun will. Die Sache vom vorigen Jahr darf sich nicht wiederholen. Höchstpreise ohne Beschlagnahme haben gewiß nicht viel Sinn, aber vielleicht kann man den Weg finden, daß eine friedliche Verständigung zwischen den Kommunen, Großhändler-Verbänden und den Produzenten erzielt wird. Der Erfolg ist sehr zweifelhaft. Ein Weg scheint mir aber zu sein, daß man die für die menschliche Nahrung notwendige Kartoffelmenge beschlagnahmt und zwar zu mäßigen Preisen. Wenn es uns gelingt, billige Kartoffeln zur Verfügung zu stellen, so beseitigen wir den größten Teil der Mißstimmung. In Friedenszeiten bekommen wir die Kartoffeln frei Keller zu 2.50 Mark; wenn jetzt 4 Mark bezahlt wird, dann mag es gehen, wenn aber verlangt wird, daß 5 Mark für den Zentner gefordert werden, dann hört die Diskussion auf. Ein trauriges Beispiel haben wir bei den Gemüsepreisen gesehen. Da muß eingegriffen werden. Sehr bedauernswert sind die Erscheinungen auf dem Gebiet des Obstmarktes. In der „Frankfurter Zeitung“ haben wir gelesen, daß das Obst waggonweise nach Holland und nach der Schweiz gegangen ist. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Das Obst hätten wir wirklich gut gebrauchen können. Bei meinen Ausführungen handelt es sich nicht um Anklagen gegen einen einzelnen Stand, sondern um die Forderung, alles zu tun, damit die Ernährung des Volkes zu möglichst billigen Preisen sichergestellt wird. Das daheimgebliebene Volk hat darauf Anspruch, daß man ihm die schweren Opfer erleichtert. (Beifall.)

Geh. Rat Müller: Ich will etwas zu der Ausfuhr von Obst vom Rheinland nach Holland sagen. Als die Nachricht in der „Frankfurter Zeitung“ stand, haben wir sofort nachgeforscht und es ist uns von der Zollbehörde mitgeteilt worden, daß Obst nicht nach Holland gegangen ist. Die Generalkommandos haben festgestellt, daß eine Ausfuhr von Obst nach Holland aus den genannten Kreisen nicht erfolgt ist. Auch nach der statistischen Feststellung ist das nicht der Fall. Die Nachricht der „Frankfurter Zeitung“ bezüglich Hollands ist also nicht zutreffend. Richtig ist, daß nach der Schweiz Kirschen ausgeführt worden sind, aber lange nicht in dem Maße, wie in Friedenszeiten. Dort sind sie zum Teile zu Marmelade verarbeitet worden und als solche wieder zu uns zurückgeflossen. Richtig ist weiter, daß in diesem Jahre aus Holland eine größere Menge von Erdbeeren zu uns gekommen sind als in Friedenszeiten, und vielleicht war in der „Frankfurter Zeitung“ die Transportrichtung verwechselt worden. Durch die Mitteilung der „Frankfurter Zeitung““ ist das Märchen von der Obstausfuhr nach Holland und weiter nach England entstanden und wir wären wirklich dankbar, wenn uns positive Angaben gemacht würden. (Wir verweisen auf eine Bekanntmachung des Gouverneurs der Festung Köln („Frankfurter Zeitung“ vom 22. Juli 1915, Erstes Morgenblatt), in der es wörtlich heißt: „Es ist festgestellt, daß große Mengen Obst trotz dieser Verordnung aus den Rheinlanden, insbesondere auch aus dem Festungsbereich, aufgekauft und unter falscher Deklaration über die holländische Grenze gebracht worden sind. Es besteht die Vermutung, daß das Obst weiter nach England geleitet wird.“ Uebrigens hat sich die „Norddeutsche Allgemeinen Zeitung“ wenige Tage darauf veranlaßt gesehen, noch einmal ausdrücklich auf das bestehende Ausfuhrverbot für Obst und Beeren hinzuweisen. D. Red.) Bei unserem Zollverwaltungssystem und dem militärischen Abschluß ist garnicht daran zu denken, daß große Mengen über die Grenze gegangen sind, ohne daß wir davon unterrichtet waren.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Einen allgemeinen Rückblick über unsere Maßnahmen kann ich Ihnen nicht geben, weil ich manches dann sagen müßte, was zur Zeit noch nicht gesagt werden kann. Bei Beginn des Krieges handelte es sich darum, unser wirtschaftliches Leben nach dem völligen Abschluß wieder neu zu beleben. Wir mußten die vorhandenen Mittel sachgemäß verteilen. Es handelte sich um die Regelung des Verbrauchs. Hand in Hand damit mußten wir die erforderlichen Nahrungsmittel für die breiten Massen sicherstellen. Bei der Lösung dieser Aufgabe haben wir einen gewissen Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten feststellen müssen. Wir wissen längst, daß die Schwierigkeiten nicht beruhen in der Beschaffung der erforderlichen Mengen; die sind da und die haben wir auch im neuen Jahre. Die Schwierigkeiten liegen in der Preisbildung. Die Produktion wurde verteuert, und es müssen natürlich die Preise folgen, wenn wir nicht die ganze Produktion beeinträchtigen wollten. Die Regierung müßte also einen direkten Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen schaffen. Daneben kam das Spekulative. Dadurch ist der Preis in eine Höhe getrieben worden, die wir nicht billigen können. Wir sind zunächst gegen Höchstpreise eingeschritten. Die Höchstpreise reichen nun allein nicht hin, zu den Höchstpreisen mußte die Beschlagnahme treten. Die Höchstpreise allein können den Nahrungsmittelmarkt sogar deroutieren. Die Beschlagnahme ist nun allerdings nicht bei allen Arten von Lebensmitteln möglich. Wir mußten nach Mitteln suchen, die die Beschlagnahme bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Man kann vielleicht auskommen, wenn wir zu einer Syndizierung der Produzenten und des Handels geschritten sind. Das haben wir auf dem Petroleummarkte gesehen. Wo das Ziel nicht freiwillig erreicht ist, muß

der Staat helfend eingreifen.

Ich hoffe, daß ich noch auf anderen Gebieten damit Erfolg erreiche. Von Anfang an ist mein Bestreben gewesen, durch kriminelle Maßnahmen einer ungerechten Preistreiberei und dem Wucher entgegenzuwirken.

Sie werden fragen, warum die Reichsregierung diesem Wunsche lange Zeit Widerstand entgegengesetzt hat. Man muß sich von den Friedensgebräuchen erst langsam entwöhnen. Alle Androhungen gegen den Wucher, wie sie von den kommandierenden Generälen kamen und wie wir sie auch verfolgt haben, würden niemals im Frieden die Zustimmung des Hauses gefunden haben. Wir konnten nur unklare und unsichere Bestimmungen darüber herausgeben. Wir haben uns dazu entschlossen, diesen Weg zu gehen und ich bin bereit, ihn weiter zu gehen, nicht weil ich glaube, daß derartige Strafbestimmungen den Erfolg haben werden, daß die Preise niedriger werden, sondern weil ich der Meinung bin, daß die Bestrafung derartiger Vergehen der Allgemeinheit gegenüber notwendig ist, um dem Rechtsgefühl des Volkes zu genügen. Wir wollen damit sagen, wie niederträchtig und verächtlich der Versuch ist, aus eigennützigen Gründen die Ernährung der Bevölkerung zu erschweren. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird erwogen, ob man nicht neben diesen Strafen auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen will. (Sehr richtig!) Und solche Leute, die sich in schwerer Zeit so vergangen haben, die Lebensmittelwucher getrieben haben, die müßten gebrandmarkt werden für den Rest ihres Lebens. Die Mitbürger dürfen ihnen niemals wieder ein Amt übertragen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir erwägen ferner, ob nicht zusätzlich zu den bezeichneten Strafen auch die Legung des Gewerbes erfolgen kann. Wir müssen versuchen, dann den Gewerbebetrieb für bestimmte Zeit oder für die Dauer des Krieges zu untersagen. Aber daran kann kein Zweifel sein, diese kriminellen Maßnahmen bringen uns dem erstrebten Ziel nicht näher. Es bleibt die Festsetzung von Höchstpreisen als letztes Mittel, oder wir müssen, wo die Beschlagnahme und die Höchstpreise nicht möglich sind, andere organisatiorische Maßnahmen ergreifen. Der Wunsch ist gewiß berechtigt, die preisbildenden Momente festzustellen. Das ist nicht so leicht. Denken wir nur einmal an die Fleisch-Enquete-Kommission. Wenn man sich hier nicht in unfruchtbaren Erörterungen verlieren will, so müssen wir von unten anfangen, und zwar zunächst einmal bei den Gemeinden. Man muß in den Gemeinden obligatorische Preiskommissionen einsetzen, die zusammengesetzt sind aus Interessenten, Konsumenten und Produzenten, denen die Aufgabe obliegt, die Preisbildung zu verfolgen und die das Recht haben müssen, Warenbestände einzusehen und den Wucher zu überwachen. Sie müssen das Recht haben, die Warenlager festzustellen, sie müssen das Recht haben, Zeugen und Sachverständige zu hören. Dazu kommt das Recht der Gemeinden zu sofortiger Beschlagnahme und weiter die Pflicht der Gemeinden zur Festsetzung der Höchstpreise. Lokale Preisfestsetzungen drücken gewiß den Preis, verbannen aber auch die Waren vom Markt. Es kann also nur geschehen bei einer gewissen Einheitlichkeit. Es müssen entsprechende große Bezirke unter Richtpreise zusammengeschlossen werden. Es wird ein entsprechender Gesetzentwurf bei mir ausgearbeitet. Auch diese Maßnahmen bedürfen einer weiteren Ergänzung dahin, daß man versucht, die mangelnde Organisation gewisser Händlergruppen zwangsweise vorzunehmen. Das gilt für den Großhandel, und ich denke daran, diese zwangsweisen Händlerorganisationen den Gemeinden als Aufsichtsbehörden zu unterstellen Man kann dazu übergehen, in gewissen Dingen den Gemeinden das Händlermonopol zu geben. Das ist es nach meiner Ansicht, wenn es organisatorisch geschehen kann, was uns dem Ziele vielleicht wesentlich näher bringt.

Es ist nun ein besonderer Wert gelegt worden auf die

Schaffung eines Nahrungsmittelamtes.

Die Ansichten darüber, was das Amt tun soll, gehen etwas auseinander. Einig ist man sich, daß dazu Mitglieder des Reichstages in erster Linie gehören sollen. Man kann zwei Gründe für diese Maßnahmen anführen, indem man sagt: der Reichstag kann nicht dauernd auf seinen gesetzgeberischen Anteil verzichten. Man kann weiter für eine solche Sache anführen, daß man damit die Verantwortung des Bundesrats wesentlich abschwächt. Ich arbeite doch nun seit zehn Jahren im Parlament. Ich habe noch nie gesehen, daß ein Kompromiß zwischen Regierung und Reichstag glücklich gewesen wäre. Sie haben auf ihren Anteil an der gesetzgebenden Gewalt verzichtet, um ein rascheres Arbeiten zu ermöglichen, und das war ein Segen, denn unsere Maschine ist sehr kompliziert. Wenn Sie jetzt wieder eine Kommission einsetzen, dann ist das Ergebnis, daß nach meiner Praxis bei jeder einzelnen Verordnung ein weiterer Verlust eintritt. Wenn objektiv richtige Vorwürfe gegen mich erhoben worden sind gegen meine Eingriffe, so waren es die, daß es hieß, wir wären zu spät gekommen. Das war aber nicht Mangel an Entschlußkraft, sondern das lag an dem komplizierten Apparat, und den wollen Sie nun vermehren. Ich würde schließlich doch nach wie vor auf mich allein angewiesen sein. Glauben Sie einem alten Maschinenmeister, der seine Maschine ganz genau allein kennt, wenn er sagt: das kann ich. Ich bin bereit, vor der Geschichte, vor Ihnen und vor dem Vaterlande die Verantwortung allein zu tragen, die ich nun einmal tragen muß. Eine andere Frage ist, ob ich die Vertreter des Reichstages informieren und zu Rate ziehen soll. Das wird gewiß gehen. Aber bei der Riesenarbeit, die auf mir und meinen Räten lastet, wird das nicht zu häufig geschehen können. Ich stehe Ihnen ja auch jederzeit zur Auskunft zur Verfügung, damit Sie mir Ihre Wünsche und Sorgen vortragen können. An dem System der Höchstpreise, um zu den Einzelheiten zu kommen, und der Beschlagnahme des Brotgetreides wollen wir festhalten. Das Mehlhandelsmonopol der Kommunen ist bestehen geblieben. Damit fällt die Forderung der Mehlhöchstpreise in sich zusammen. Die Kommunen sind in der Lage, die Preise für Brot und Mehl festzulegen. Sie sind kraft Gesetzes verpflichtet, keine höheren Preise zu nehmen, als notwendig sind, um die Selbstkosten zu decken. Wenn wir Höchstpreise für Mehl festsetzen, so würde das für die meisten Kreise neue Lasten bringen. Alle Selbstversorger, also Dreiviertel aller Kreise, können unter allen Umständen das Mehl billiger liefern als die Kriegsgetreide-Gesellschaft, und es würden sich die Höchstpreise nach den teuren Preisen richten. Wir sind daran, die

Brotrationen für die schwerarbeitende Bevölkerung zu erhöhen

und wir hoffen bestimmt, in den nächsten Monaten allgemein zu dieser Erhöhung der Rationen zu kommen. Wir haben auch die Ausmahlung vermindert. Das Brot wird dadurch höher im Nährwert und der Ertrag der Kleie wird erhöht. Bei Hafer und Gerste haben wir wiederholt, was wir in dem vergangenen Jahre getan haben, wir haben Beschlagnahmen und Höchstpreise festgesetzt. Bei Gerste sind wir zur Halbierung geschritten und es ist jetzt auch der Wunsch ausgesprochen worden, die kleinen Wirtschaften ganz von der Beschlagnahme freizulassen. Wir haben die Preise sowohl bei Hafer wie Gerste etwas höher angesetzt. Wir haben gesagt, daß den Landwirten, denen alle anderen Futtermittel fehlen, ein angemessenes Entgelt für diese Produkte gewährt werden müsse und es sollte auch ein Ausgleich sein, daß wir die Brotgetreidepreise nicht erhöhen konnten mit Rücksicht auf die breiten Massen unseres Volkes. Es ist dann verlangt worden, für Saatgetreide und Braugerste Höchstpreise festzusetzen. Wir werden bemüht sein, den besonderen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Gersteverwertungsgesellschaft wird auch keine Gerste-Entwertungsgesellschaft werden. Ich glaube im Gegenteil, daß wir hier durch Organisation manches Gute schaffen können. Ich bin der Ansicht, daß die Kraftfuttermittel im Prinzip beschlagnahmt werden müssen. Wir müssen ein Handelsmonopol schaffen. Wir haben auch die Reichsfuttermittelstelle gegründet.

Ich komme nun zu den

Kartoffeln,

die besonders schwer zu behandeln sind. Bei ihrer ungeheuren Menge und bei ihrer Beschaffenheit ist an eine Beschlagnahme nicht zu denken. Weiter ist die Kartoffel Nahrungs- und Futtermittel. Es ist nun gesagt worden, es scheine, die Regierung wisse noch nicht genau, was sie tun wolle. Nun, Herr Giesberts hat doch erst vor wenigen Tagen an einer Besprechung darüber teilgenommen. Setzen wir die Kartoffelhöchstpreise zu niedrig fest, dann kämen keine Kartoffeln auf den Markt, setzen wir sie zu hoch fest, so wird die Versorgung der Kommunen sehr erschwert. Das wollen wir vermeiden. Wir müssen dahin kommen, daß die Herbstversorgung der Bevölkerung ordnungsgemäß ausreichend und zu erschwinglichen Preisen sich vollzieht. Wir müssen auch fürs Frühjahr über eine genügende Reserve verfügen, um bei Knappheit eingreifen zu können. Dieses Ziel muß mit allen möglichen Mitteln erstrebt werden, und wir machen so uns die Lehren des vergangenen Jahres zunutzen. Wir denken der Sache so Herr zu werden, daß wir mit den Produzenten und dem Großhandel zusammen Organisationen schaffen, die zusammen mit den Kommunen arbeiten, um über die Höchstpreise und Beschlagnahmen hinwegzukommen. Wenn alle diese Versuche fehlschlagen, wenn die Marktpreise uns weglaufen und zu phantastischer Höhe anschwellen, dann bleibt nichts übrig als die Festsetzung der Höchstpreise und die Beschlagnahme. Der Handel soll sich nicht darüber täuschen, daß ich persönlich vor diesem Mittel nicht zurückschrecke, wenn alle Mittel nicht helfen und der Preis zu hoch wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe aber zunächst, mit dem Problem auf anderen Wegen fertig zu werden, mit dem Problem, an dem alle Parteien, wir alle das gleiche vaterländische Interesse haben.

Außerordentlich schwierig ist die Frage der

Milch-, Butter- und Käseproduktion.

Die Quantitäten sind erheblich zurückgegangen und der Konsum muß eingeschränkt werden. Man muß unter allen Umständen die Ernährung der Kranken und Säuglinge sicherstellen. Die Beschlagnahme ist nicht möglich, ein Höchstpreis für das ganze Reich ist nicht angängig Wir müssen also zunächst versuchen, ob es nicht möglich ist, den Milchgroßhandel zu organisieren, dann mit den Produzenten zu Richtpreisen zu kommen und dann lokale Höchstpreise festzusetzen. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß die Höchstpreise nicht zu niedrig sind, sonst kommt keine Milch mehr auf den Markt und sie geht in Form von Käse in die Lagerhäuser. Hier ist ein schwieriges Problem zu lösen. Für die Organisierung auf diesem Gebiete gibt es in Bayern Vorbilder. Bei diesem Artikel kommt es ohne eine sorgsame Lokalorganisation nicht zum Ziele. Es ist gesagt worden, daß das Reich und der Staat geneigt seien, alles auf die Kommunen abzuwälzen. Ich kenne die enorme Leistungsfähigkeit der Kommunen aus der Praxis und ich weiß, daß eine große Reihe von Aufgaben nur mit Hilfe der Gemeinden gelöst werden kann. Selbstverständlich bedürfen die Kommunen der erforderlichen Freiheiten und Vollmachten, und die wollen wir ihnen geben. Wenn wir auch das Fazit aus dem vorigen Jahr ziehen, so komme ich zu dem Ergebnis, daß mir die Kritik nur erwünscht sein kann. Wir lernen gern, wir sind stets bereit, die Anregungen, die an uns herantreten, wenn möglich zu verwerten. Ich finde aber, daß die Kritik auch schädlich sein kann, wenn sie die Interessengegensätze verschärft. Wir können keine Konsumenten- und keine Produzentenpolitik treiben. Wir müssen einen Ausgleich schaffen. Wir müssen sie vereinigen unter dem Gesichtspunkt der höheren allgemeinen vaterländischen Interessen, die ja in diesem Kriege über alles und vor alles gehen. Trotz der Kritik, die einen breiten Raum eingenommen hat, möchte ich doch mit aller Entschiedenheit betonen: Wir sind ausgekommen, wir haben das Brotgetreide so verteilt, daß die Bevölkerung zu angemessenen Preisen ernährt wurde. Wir sind mit Kartoffeln ausgekommen und haben einen großen Ueberschuß fürs neue Jahr. Die Verhältnisse auf dem Schweinemarkt haben sich bedeutend gebessert. Ich stelle weiter fest, daß nach unseren Feststellungen unzweifelhaft ist, daß wir unter allen Umständen im neuen Erntejahr durchhalten können, unter Umständen werden wir damit Erleichterungen sowohl für Produzenten wie für Konsumenten einführen können. Das ist doch wohl das Wichtigste sowohl für das eigene Land wie vor dem Auslande. Wenn dieses Resultat erreicht ist, was manchen bei Beginn des Krieges zweifelhaft schien, so will ich damit kein Verdienst für mich in Anspruch nehmen. Das ist das Verdienst des deutschen Volkes. Es ist das Ergebnis unserer wirtschaftlich fortgeschrittenen Technik auf allen Gebieten, des Fleißes und der Anpassungsfähigkeit unserer Industrie, unserer Arbeit und unserer Landwirtschaft. Es ist noch mehr: solche Eingriffe, wie wir sie erlebt haben auf allen Gebieten, versteht und trägt nur ein gebildetes Volk, und so hat jeder seinen Teil an den Erfolgen. Daß dabei Opfer gefordert werden, ist selbstverständlich. Am schwersten tragen die kleinen Produzenten und die kleinen Konsumenten, die zurückgebliebenen Frauen, die ohne männliche Hilfe sich hier zu Hause durchschlagen müssen. Den stillen Heldenmut, mit dem die Bauersfrau auf dem Lande mit Kindern die Scholle bestellt, den stillen Heldenmut, mit dem die Arbeitersfrau unter schwierigen Verhältnissen sich und ihre Kinder durchbringt, wird das deutsche Vaterland nicht vergessen. Diese Frauen füllen die Schützengräben des wirtschaftlichen Kampfes. Wir werden ihrer so wenig vergessen, wie derer, die draußen ihre Pflicht tun. Es ist unsere erste Pflicht, diesen stillen heldenmütigen Kampf in der Heimat zu ehren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gothein (Fortschr. Vpt.): Wir müssen anerkennen, daß in der Organisation sehr viel erreicht worden ist, wenn auch noch viel zu wünschen übrig bleibt. Das finden wir im Vergleich mit England am allerbesten. Dort ist die Teuerung vielfach noch viel höher, als bei uns und dort ist

Tägliche Rundschau 117
24./VIII. 1915.
Deutschen Reichstag.

Nr. 427 • Erste Beilage
Morgen-Ausgabe
Tägliche Rundschau
Dienstag, 24. August
• 1915 •

Deutscher Reichstag.

Die Not der Landwirtschaft bildete das Leitmotiv der gestrigen Zwiesprache unter den Parteien des Hauses. Herr Dr. Böhme, der streitbare Bauernbündler, zählte die mannigfachen Schwierigkeiten auf, unter denen der deutsche Landwirt in dieser harten Kriegszeit zu leiden hat, die teuren Düngemittel, die hohen Löhne, die schier unerschwinglichen Futtermittel, die mit Reichshilfe beschafft werden müßten, wie auch dem Wildschaden von Reichs wegen gesteuert werden sollte. Die Jäger sind alle in den Krieg gezogen, und da soll man das schädliche Wild auf Reichskosten abschießen lassen. Der konservative Herr Arnstadt weist gleichfalls mit großem Nachdruck auf die schwierigen Teuerungsverhältnisse hin, sämtliche Bedarfsartikel für die Landwirtschaft sind ganz erheblich im Preise gestiegen, und eine besonders große Sorge ist das Durchhalten des lieben Viehs. Die Volksernährung ist ja gesichert und vor dem schnöden Aushungerungsplan brauchen wir uns nicht mehr zu fürchten, aber die Erhaltung des Viehbestandes ist infolge der Teuerung noch mit Schwierigkeiten verknüpft. Betrübend ist auch die leider unanfechtbare Feststellung, daß noch niemals in den Städten so viel Kartoffeln verfault sind, wie in diesem Jahre. Die Erfahrungen sind indes an den berufenen Kreisen nicht spurlos vorübergegangen, sie werden in hohem Maße dazu beitragen, auch das zweite Kriegsjahr erfolgreich durchzuhalten. Etwas Laune in den Ernst der Verhandlung brachte ein kurzes Redegefecht des rüstigen Freiherrn v. Gamp-Massaunen mit seinem alten politischen Gegner Gothein, der natürlich vom Verdienst der Landwirtschaft — in materiellem Sinne — eine ganz andere Vorstellung hat, als der praktische Landwirt. Herr v. Gamp warnt eindringlich vor weiteren Schweineschlachtungen und empfiehlt die Einführung von Fasttagen zur Einschränkung des Fleischverbrauchs, ein Gedanke, den der Genosse Segitz mit großer Entschiedenheit ablehnt. Exzellenz Michaelis, der leitende Geist der Kriegsgetreidegesellschaft, setzt dem Hause mit großer Sachkunde und Ueberzeugungskraft die Unmöglichkeit auseinander, den Mehlpreis jetzt schon wesentlich herabzusetzen. Das Lagern der großen Vorräte allein kostet schon viele Millionen. Die Regierung ist jedoch durchaus entschlossen, die Bevölkerung mit dem Mehlpreis so wenig wie nur irgend möglich zu belasten. Das Haus stimmte dieser menschenfreundlichen Absicht beifällig zu und brach gegen 7 Uhr die Beratung ab. Heute — Dienstag — soll die Vertagung des Hauses bis 30. November beschlossen werden.

*

16. Sitzung, Montag, den 23. August, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Eingegangen ist ein Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 30. November 1915.

Das Gesetz zum Schutze der Schwesterntracht wird in dritter Lesung angenommen, und zwar mit einem Antrage Dr. Arendt (Rp.) wonach das Gesetz am 1. Oktober 1915 in Kraft tritt.

Die Resolutionen und Anträge der Budgetkommission.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Böhme (nl.):

Zu Beginn des Krieges befanden wir uns wirtschaftlich in einer überaus schwierigen Lage. Es war darum ein Glück, daß die landwirtschaftliche Erzeugung in den letzten Jahren so vorwärts gekommen war, daß wir trotz der starken Bevölkerungszunahme unabhängiger vom Ausland geworden waren. Der Viehstapel war sogar so groß wie noch niemals zuvor in Deutschland. 26 Millionen Schweine hatten wir, und die Schweinepreise hatten bis Januar 1915 noch nicht die Höhe erreicht, die wir schon in Teuerungszeiten im Frieden hatten. Die Aushungerung kann kaum von unseren Gegnern noch für möglich gehalten werden. Auch die neue Ernte läßt uns die Hoffnung, daß wir keinen wesentlichen Mangel haben werden. Trotz ihrer schwierigen Lage ist die Landwirtschaft mit keinerlei einseitigen Forderungen aufgetreten, sondern hat sogar gegen beabsichtigte Uebertreibungen, namentlich in der Frage der Erhöhung der Brotgetreidepreise, Stellung genommen. Ich habe den Staatssekretär dahin verstanden, daß Wünsche der Landwirtschaft auf Erhöhung der Brotgetreidepreise sich nicht hätten erfüllen lassen können. Meines Wissens sind von keiner landwirtschaftlichen Organisation derartige Wünsche an ihn gelangt. (Sehr richtig!) Und in der Kommission hat Graf Westarp festgestellt, daß solche Wünsche nicht erhoben worden sind. Welche Landwirtschaft hat der Staatssekretär dann gemeint? Wollte er vielleicht auf die amtlichen Stellen in Preußen hinweisen, die allerdings bedauerlicherweise in Verkennung aller sozialen Gesichtspunkte die Brotgetreidepreise erhöht haben wollten und sich sogar schon so stark dünkten, daß sie eine halbamtliche Notiz bekanntgaben (hört! hört!), die sich glücklicherweise nicht bewahrheitet hat, da die sozial gerichteten Elemente im Bundesrat dem Wunsch des Landwirtschaftsministeriums nicht entsprochen haben. Wir halten die heutigen Brotgetreidepreise im allgemeinen für ausreichend, ausreichend unter allen Umständen für die größeren Landwirte, während ja bei den kleineren Landwirten an und für sich der zum Verkauf gelangende Teil des Brotgetreides sehr gering ist.

Die Erzeugungskosten sind allerdings erheblich gestiegen. Zunächst sind die Kosten für die künstliche Düngung größer geworden, was besonders für die kleineren Betriebe sich empfindlich bemerkbar macht. Dann ist eine weitere Verteuerung durch die höheren Arbeitslöhne eingetreten. Auch da sind die kleineren Betriebe in einer schwierigen Lage, weil sie nicht wie die größeren Betriebe aus der Gefangenenarbeit Nutzen ziehen können. Trotzdem sollten mehr als bisher auch den kleineren Betrieben Gefangene zur Verfügung gestellt werden. Es ist schließlich kein Unglück, wenn wirklich einmal ein Gefangener ausreißt. Niemals aber darf die Gefangenenarbeit dazu führen, daß heimische Arbeiter durch sie verdrängt werden.

Die Verteilung der als unbrauchbar ausgemusterten Kriegspferde und der Beutepferde muß gerechter erfolgen. Das Kriegsministerium hat angeordnet, diese Pferde insbesondere denjenigen kleinen Landwirten zu übergeben, deren Pferde bei Kriegsbeginn für Militärzwecke fortgenommen worden sind. Trotzdem werden über die Art der Verteilung lebhafte Klagen laut.

Zu Beginn des Krieges hatten wir ungewöhnlich reiche Viehbestände. Infolgedessen erreichten bis zum Januar die Schweinepreise nicht einmal die Höhe der Preise, die wir unter schwierigen Verhältnissen in Friedenszeiten gehabt haben. Die Preissteigerung der Schweine ist dann in den letzten Monaten ganz ungeheuerlich gewesen, sie läßt sich aber nicht entfernt mit der Steigerung der Preise für ausländische Futtermittel vergleichen. So ist der Preis für ausländische Gerste um 355 v. H. gestiegen. (Hört, hört!) Diese ausländischen Futtermittel sind allerdings nur ein kleiner Teil dessen, was für die Ernährung des Viehes in Frage kommt; dieser Teil ist aber wesentlich höher im Preise gestiegen als das Vieh selbst. Unter dem Steigen der Futtermittelpreise leiden die kleinen Landwirte ungleich stärker als die großen. Dieses Verhältnis ist durch Maßnahmen der Reichsregierung noch wesentlich zuungunsten der kleinen Landwirte verschoben worden, insbesondere durch die Grundsätze für die Verteilung der Kleie. Das preußische Abgeordnetenhaus hatte einen Antrag einstimmig angenommen, daß die Kleie nach dem Verhältnis der Viehbestände zu verteilen sein sollte. Trotzdem trifft die Verordnung vom 28. Juni die Bestimmung, daß von der Ueberschußkleie den Kommunalverbänden 50 v. H. nach Maßgabe des Ergebnisses von 1915 verbleiben und die andere Hälfte nach dem Verhältnis der Viehbestände verteilt werden soll. Und auch diese Bestimmung hat noch nachträglich eine Verschlechterung erfahren, die die bäuerlichen Kreise gegenüber den Großgrundbesitzern noch mehr benachteiligt. Die Reichsregierung muß diese Ungerechtigkeiten unbedingt beseitigen. (Zustimmung.) Besonders heftig sind auch die Klagen über die schematische Beschlagnahme der Gerste. (Sehr richtig!)

Das preußische Landwirtschaftsministerium hätte im Bundesrat nicht zulassen dürfen, daß derartige widersinnige Bestimmungen getroffen wurden. Wenn möglich, muß die Heranziehung von Futtermitteln unter Reichshilfe stattfinden, ebenso deren gerechte Verteilung. Sparsamkeit auf diesem Gebiet würde zu einer Verminderung des Viehbestandes führen, die weitere Schwierigkeiten in der Fleischversorgung zur Folge hätte. (Sehr richtig!)

Im ganzen Lande wird über Wucherpreise bei Saatgut geklagt. Wir haben deshalb Höchstpreise für Saatgut beantragt. Durch vereidete Sachverständige könnten angemessene Preise festgesetzt werden. Schließlich dürfte man auch vor einer Beschlagnahme nicht zurückschrecken. Preise von 600 M. für die Tonne sind unerträglich und machen böses Blut.

Im Kartoffelhandel haben sich im letzten Jahr schlimme Zustände herausgestellt. Der Durchschnittspreis in den Jahren 1906 bis 1913 war für den Zentner Speisekartoffeln im Berliner Großhandel 2,60 M., während im April 1915 volle 7 M. zu zahlen waren. Dadurch wird die Ernährung weiter Schichten der Arbeiterklassen und des Mittelstandes gefährdet. Eine dahin gehende Entwicklung muß in den leisesten Anfängen unterdrückt werden. In seiner letzten Tagung hat sich der Reichstag einstimmig dahin ausgesprochen, daß eine Beschlagnahme bei den Betrieben von über 10 Hektar Kartoffelanbaufläche stattfinden soll, wenn die Preise ungesund steigen. Auf Grund dieser Anregung muß zur rechten Zeit unverzüglich eingeschritten werden, sowohl mit Rücksicht auf die Verbraucher als auch zum Vorteil der kleinen Landwirte, die von allen unnützen Belästigungen befreit bleiben müssen.

Die Verfügungen des preußischen Landwirtschaftsministers über die Ausnützung der Wälder waren an sich ausgezeichnet; sie sind aber der Bevölkerung nicht genügend bekanntgegeben worden.

Der Wildschaden gefährdet die Lebensmittelversorgung. Ganze Felder werden vom Wild kahl gefressen. Ich sah ein Feld von 18 Morgen, das ganz vernichtet war. Das war ein Schade von 2000 M. Der Besitzer bekommt zwar schließlich einen Bruchteil des vernichteten Wertes als Entschädigung, für die 18 Morgen waren es 330 M.; aber die Zerstörung des Wertes für die Volksernährung wird überhaupt nicht ausgeglichen. (Sehr richtig!) Reicht die Zahl der Jäger nicht aus, so muß behördlich abgeschossen werden. Gegen die armen Leute, die Pilze und Beeren sammeln, soll man nicht engherzig mit Strafandrohungen vorgehen. Die Erhöhung der Brotration ist erfreulich, ebenso die Herabsetzung des Ausmahlungsanteils.

In schlimmer Lage sind die Hopfenbauer. Die bisherigen Ausfuhrländer sind uns ganz verschlossen. Das ist um so schlimmer, als die Mehrausfuhr in den letzten Jahren gestiegen war und ein Fünftel der gesamten Ernte ausmachte. Da auch noch der Braubetrieb eingeschränkt ist, so macht sich der Preisdruck erheblich bemerkbar. Demgegenüber reicht die Verminderung im Hopfenanbau nicht aus. Deshalb sollte die Regierung sich um Ausfuhr nach anderen Ländern bemühen. Die neutralen Länder brauchen ja andere deutsche Erzeugnisse, und man sollte ihnen nahelegen, auch ihren Hopfenbedarf in Deutschland zu decken.

Das Volk ist dem Staatssekretär des Innern dankbar dafür, wie er am Schlusse seiner Ausführungen der schwer arbeitenden Frauen der deutschen Arbeiterschaft und des Bauernstandes gedacht hat. (Beifall.) Noch dankbarer wird es ihm aber sein, wenn er dafür sorgt, daß diese schwer schaffenden Schichten nicht durch übermäßige Preise in Schwierigkeiten kommen, sondern daß es ihnen ermöglicht wird, mit ihrer Familie und ihren Kindern durchzukommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Arnstadt (kons.):

Die Landwirtschaft leidet ganz besonders unter den schwierigen Teuerungsverhältnissen. Die Landwirtschaft ist nicht allein Produzent, sondern auch Konsument. Ihre Bedarfsartikel sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Man verlangt jetzt vielfach, daß die Höchstpreise heruntergesetzt werden sollen. Als die Höchstpreise kamen, befanden sich die Getreidevorräte zum großen Teile in den Händen von Spekulanten. Hätte man früher mit Höchstpreisen eingesetzt, so wäre die Landwirtschaft auch mit niedrigeren Höchstpreisen zufrieden gewesen. Die späte Festsetzung der Höchstpreise rechtfertigt auch ihre Höhe. Für die Futtermittel werden geradezu Phantasiepreise verlangt. (Sehr richtig!) Unter dem Mangel an Gespann und Arbeitskräften sowie an Düngemitteln mußten die Erträgnisse der Ernte zurückgehen, dazu kam noch die große Dürre. Vielfach haben wir eine geringe Ernte, für manche Gegenden sogar eine totale Mißernte. Die Schwierigkeiten, das Vieh durchzuhalten, sind ungeheuer. Futtermittel sind vielfach gar nicht aufzutreiben. In der Landwirtschaft ist man enttäuscht, daß man die alten Höchstpreise hat fortbestehen lassen. Durch die Zusammenlegung der Höchstpreisbezirke ist häufig sogar eine Ermäßigung der Höchstpreise eingetreten. Außerdem sind noch die Monatszuschläge bis Januar fortgefallen. Trotzdem sind wir im Interesse der Volksernährung mit den jetzigen Höchstpreisen einverstanden. Die Volksernährung ist gesichert, unsicher ist es aber mit unserer Viehhaltung. Beim Hafer haben wir an vielen Orten eine vollständige Mißernte. Hier ist eine Erhöhung der Höchstpreise dringend erwünscht, trotzdem stellen wir keinen Antrag auf Erhöhung der Höchstpreise. Den kleinen Besitzern müssen mindestens 20 Ztr. Gerste verbleiben, um ihnen einigermaßen einen Ersatz für den beschlagnahmten Hafer zu gewähren. Für Braugerste ist kein Höchstpreis festgesetzt worden, aber jeder Gerstenbesitzer ist verpflichtet, die Hälfte seiner Ernte entweder an den Kommunalverband oder an Gerste verarbeitende Betriebe mit Kontingent abzugeben. Damit ist doch ein gewisser Hilfspreis eingeführt. Jetzt ist hier in Berlin auch noch eine Gerstenverwertungsgesellschaft gegründet, von der man vielfach annimmt, daß sie eine Gerstenentwertungsgesellschaft werden wird. (Sehr richtig!) Man befürchtet, daß diese Gesellschaft dafür sorgen wird, daß die Gerstepreise nicht zu hoch werden. Die Preisspannung zwischen Getreide und Mehl ist immer noch zu groß. Früher bekam man für einen Zentner Korn einen Zentner Brot, und damals war die Ausmahlung noch nicht so scharf wie jetzt. Die Berechnungen in der Kommission nahmen viel zu hohe Zwischenkosten an. Man könnte hier mindestens 20 M. auf die Tonne sparen. Die Brotpreise sind verhältnismäßig hoch: in Berlin etwa 20 Pf., in der Provinz vielfach 18 Pf. für das Pfund. Im feindlichen Auslande sind die Preise aber noch sehr viel höher, so in London 25 Pf. für das Pfund, trotz des Freihandels. (Hört, hört!) Das ist der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. (Sehr richtig!)

Herr v. Oldenburg hatte recht gehabt, als er einmal sagte: Je weniger man sich um Kartoffeln und Schweine kümmere, um so eher bekommt man genug Kartoffeln und Schweine. Niemals sind in den Städten so viel Kartoffeln verfault wie diesmal. Hoffentlich überläßt man jetzt die Regulierung der Kartoffelpreise sich selbst. Man kann jetzt wahrlich nicht mehr über hohe Kartoffelpreise klagen. Der Landwirt bekommt für den Zentner 3 bis 3½ M., die Kartoffeltrocknung muß energisch fortgesetzt werden. Man sagt zwar: das Surrogat darf nicht mehr kosten als das Material, das es ersetzen soll. Das trifft hier aber nicht zu. Man muß möglichst viel Kartoffeln als Reserve für schwierige Zeiten trocknen. Damit keine Kartoffelfäule eintritt, muß die Kartoffeltrocknung möglichst bald beginnen.

An Zucker zur menschlichen Ernährung wird es nicht fehlen, allerdings an Zuckerfutter für das Vieh. Auf die Getreideeinfuhr, namentlich auf Mais, aus Rumänien können wir verzichten, solange dort Wucherpreise verlangt werden. Nach dem Kriege wird sich erst zeigen, welche Opfer die Landwirtschaft gebracht hat. Den kleinen Betrieben werden jetzt schon genügend Kriegsgefangene zur Arbeit abgegeben. Jetzt gilt es, das zweite Kriegsjahr durchzuhalten.

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.):

Das reiche England kann jetzt nicht einmal den Parikurs für seine 5 v. H. Anleihen halten. Alles ist teurer geworden, namentlich der Zinsfuß des Geldes. Der Wechselzinsfuß der Reichsbank ist um 50 v. H. gestiegen. Den Landwirten, denen man den Futterroggen genommen hat, muß man als Ersatz einen entsprechenden Preis gewähren, damit sie sich Futtermittel kaufen können. Auf dem Gebiete der künstlichen Düngung hat die Landwirtschaft große Opfer bringen müssen. Wie kann der Abg. Gothein, der ein feiner Mann ist (Heiterkeit), es als eine Umgehung des Gesetzes bezeichnen, daß ein Besitzer, der Einkäufer für sein Gut war, sich selbst eine Mark zugeschlagen hat? Da muß er den Mann nennen, damit der Mann sich rechtfertigen kann. (Zuruf des Abg. Gothein.) Das ist doch ein legitimes, einwandfreies Verfahren, das nennen Sie ein verteuerndes, schamloses Treiben? Er bekommt ja nicht für sein Getreide etwas mehr, sondern die von der Kriegsgetreidegesellschaft vorgesehene Provision. (Zuruf des Abg. Gothein: Für fremdes Getreide.) Nein, Herr Gothein, Sie nehmen das zurück, Sie haben sich verhauen! (Heiterkeit.) Die Reichsregierung muß genau erwägen, bei welchen Artikeln Höchstpreise anwendbar sind. Das gilt namentlich von Gerstenprodukten, wie Gerstengrütze, die eine Verteuerung auf das Dreifache des bisherigen Preises erfahren haben. Da würden gar keine Bedenken sein. Wenn es gelingt, billige Kartoffelpreise zu bekommen, wird vieler Unmut schwinden. Durch Höchstpreise allein läßt sich das aber nicht erreichen.

Unsere Versorgung mit Fleisch stößt auf große Schwierigkeiten. Allerdings läßt sich der Fleischkonsum weit leichter einschränken als die Pflanzennahrung, deren die Menschen immer in einer gewissen Menge bedürfen. Mit Kartoffeln allein können wir unsere Schweine nicht durchhalten. Für ein weiteres Abschlachten werden auch die Sozialdemokraten nicht mehr zu haben sein, denen im Verein mit den Professoren und Freisinnigen das Verdienst an der ersten großen Schweineabschlachtung zukommt. Woher wir die nötigen Futtermittel bekommen sollen, ist mir allerdings unklar; Herr Quarck meint zwar, sie müßten da sein, aber wenn er sich auch auf den Kopf stellt, werden wir nicht mehr bekommen. (Heiterkeit.) Die Gemeinden müssen für eine ausreichende Versorgung der Minderbemittelten mit Fleisch sorgen, der Staat muß ihnen die Auslagen ersetzen. Durch allgemeine Fastentage ließe sich der Fleischverbrauch wesentlich einschränken. Am meisten leiden Frauen und Kinder der Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute unter den Kriegsnöten; ihnen muß besonders Hilfe zuteil werden. Bei all unseren Erörterungen wollen wir hier den sachlichen Boden nicht verlassen und uns vor Augen halten, daß wir alle das gleiche große Ziel erkämpfen.

Unterstaatssekretär Michaelis:

Man hat mit Recht auf die hohe Spannung hingewiesen, die zwischen den heutigen Getreide- und Mehlpreisen besteht im Gegensatz zu der Spannung, wie sie im Frieden ist. Die Kommission, die zur Prüfung dieser Frage eingesetzt war, hat als Ergebnis ihrer Prüfung bekundet, daß die hohe Spannung als aufgeklärt anzusehen sei und man keine Möglichkeit herausgefunden habe, den Mehlpreis irgendwie wesentlich herabzusetzen. Man darf nicht vergessen, daß in der Spannung eine Reihe von Zuschlägen liegen, insbesondere die gesetzlich vorgeschriebene Kommissionsgebühr. Im Frieden kauft der Händler auch nur dann, wenn es ihm paßt. Die Reichsgetreidestelle muß kaufen, wenn ihr das Getreide von den Landwirten angestellt wird, und sie muß das Getreide bis in den August nächsten Jahres lagern, eine Aufgabe, die keinem andern Händler gestellt wird. Der Handel lagert nicht so lange, sondern verkauft, was ihm zu lagern unbequem ist. Das Lagern ist die schwierigste Aufgabe, die wir zu lösen haben. Darum ist die Lagergebühr ganz außergewöhnlich hoch. Wir haben aus dem ersten Jahr 7 Mill. D.-Ztr., die wir gesammelt und gelagert haben, mit ins neue Jahr hinübergenommen. Einen derartigen Bestand zu lagern, kostet für ein Jahr eine große Zahl von Millionen. Die Reichsgetreidestelle soll einen großen Posten sammeln, damit wir für alle Möglichkeiten gesichert sind. Wir müssen ferner auch einen Mehlpreis machen, der bis zum August der gleiche bleibt. Die Friedenspreise wechseln. Keineswegs steigen die Getreidepreise in den Friedensjahren gleichmäßig, wie wir es durch die Reports, die Zuschläge bewirken. Wir erleben Schwankungen im Getreidehandel. Wir hingegen müssen trotzdem — das ist der Wille auch des Reiches gewesen — einen gleichmäßigen Mehlpreis vom August dieses Jahres bis zum August des nächsten Jahres haben. Wenn man das tun will, dann muß man ihn selbstverständlich so bemessen, daß die ganzen Kosten der Reports mit hineinkalkuliert werden. Alle diese Dinge sind in der Kommission geprüft worden, und wir haben der Kommission eine Rechnung aufgemacht, zu der sie in mehrtägiger Sitzung Stellung genommen hat. Die Zahlen einzeln nachzuweisen, ist im Plenum nicht möglich. Ich wollte hier bloß noch einmal feststellen, daß die Kommission zu dem Schlusse gekommen ist, es ergebe sich aus den Unterlagen der Reichsgetreidestelle nicht, daß sie unwirtschaftlich vorgehe und ihre Maßnahmen zu einer Verteuerung des Mehles führen. Sollte die Berechnung sich als zu vorsichtig erweisen, dann würde selbstverständlich die Reichsgetreidestelle im Laufe des Jahres, nachdem sie zur klaren Erkenntnis der Lage gekommen ist, eine Herabsetzung vornehmen. Das hängt sehr vom Wetter ab. Wenn wir weiter solchen Regen behalten hätten wie gestern, dann war vielleicht unsere Kalkulation nicht vorsichtig, sondern zu optimistisch. Wenn das aber nicht eintritt, wenn wir in der Behandlung des Getreides vom Wetter begünstigt werden und es sich herausstellt, daß wir die Mehlpreise zu vorsichtig kalkuliert haben, dann wird selbstverständlich eine Herabsetzung erfolgen. Denn das ist die erste Aufgabe, daß wir die Bevölkerung mit dem Mehlpreise so wenig als möglich belasten. Das darf unbedingt als die Absicht der Reichsleitung ausgesprochen werden. (Beifall.)

Abg. Segitz (Soz.):

Die bewegten Schilderungen des Abg. Gamp über die Opfer der Landwirte werden außerhalb des Hauses nicht ungeteilten Glauben finden. Allgemeine Fastentage nach österreichischem Muster würden nur die Minderbemittelten treffen. Für Kartoffeln, Eier und Petroleum fordert man vielfach geradezu Phantasiepreise. Gegen die Hallunken, die das Volk auswuchern, muß aufs schärfste vorgegangen werden.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.):

Wie die neue Kartoffelernte ausfallen wird, wissen wir nicht. Wir müssen also vorsichtig sein. Vor allem dürfen wir aber diesmal das regellose Eingreifen der Gemeinden nicht noch einmal erleben. In besonderer Notlage befindet sich der süddeutsche Hopfenbau. Die Ernte wird kaum die Erzeugungskosten decken. Eine Lösung der Schwierig-

Frankfurter Zeitung

24./VIII. 1915.

Dienstag, 24. August 1915.

Zeitung

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen: Colonelzeile 50 ₰. Abendbl. 75 ₰. Reklamen ℳ 2.—. Abendbl. ℳ 2.50. Familienanzeigen ℳ 1.—. Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung.

...hier besetzt.

...ien und die Türkei.

...druck auf die Neutralen.

..., 23. Aug. (Priv.-Tel. zens. Frkft.) „Poli... dem Leitartikel anläßlich Italiens ...tung an die Türkei: Es sei höchste ... etwas tue, um die Verbündeten zu unter... wenn es selbst auf ein kleinasiatisches Ko... iere. Die dreimonatigen Isonzokämpfe ...egs den Erwartungen entspro... österreichische Truppenstärken seien dadurch ...d die Russen nicht entlastet worden. Da... ...n gewisse Chancen, wenn es helfen könne, ...r etwaige Waffenzufuhren zu erschließen, ...sche Offensive ermöglichen könnten. Italien ...Trient von dem türkischen Boden aus ge... ... Italien habe sicher zum Dardanel... ...Truppen übrig, da an der österreichisch... ...e es schlechterdings nicht lohne, ein Millio...

...Aug. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die ...ung Italiens an die Türkei ...wegischen Presse als ein sicherer Vor... ...Beteiligung an den Operationen auf der ...i oder an der Küste Kleinasiens bezeichnet. ...hrscheinlicher, als Italien offenbar einge... ...s im Angriff gegen Oesterreich ...richten vermöge und sich deshalb auf die ...er Grenzen beschränken werde, wozu die ...gen Oesterreich operierenden Millionenhee... ...e. Außerdem betont man, daß Italiens ...n Dardanellen mehr oder weniger ...n Einfluß auf die Haltung der Balkan... ...de.

...e Umtriebe in Arabien.

...ug. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Die eng... ...ebe in Arabien dauern an. Dem ...s Kairo gemeldet, daß laut vom Yemen ...chrichten El Seyed el Idriß die ihm verbündeter Stämme, die Touhamies ...rufen habe. Er will mit ihnen Maßnah... ...h Sanas zu bemächtigen, das von großer ...ung sei. Man glaubt, daß die Eröffnung ...n durch einen gleichzeitigen Angriff von ...ada stattfinden werde. El Seyed, der ...mit der Türkei in Unterhandlungen ge... ...sie seine Unabhängigkeit anerkenne, will ...Umstände dazu benutzen, um sich Süd... ...ztigen und dort ein unabhängiges Fürsten... ...essen religiöser und politischer Herrscher er

...hland und Amerika.

Erklärung Roosevelts.

...ug. (W. T. B. Nichtamtlich.) Das Reu... ...Det aus New York: Die Blätter ent... ...rung Roosevelts, in der er sagt: ...zen, daß die Regierung nicht zum Ab... ...omatischen Beziehungen schrei... ...e neue Kränkung der Ehre und der Inter... ...ie Note vom Februar des Präsidenten sei ...fen, aber alle folgenden seien Produkte ...it und der Schüchternheit. Die ...usitania" und der „Arabic", sowie die „Gulfligh" und „Falaba" sowie ähnliche ...anmaßende Antwort gewesen, die durch ...aßt worden sei. Deutschland werde sich ...bruch der diplomatischen Beziehungen ... Zeit, wo Worte an das Volk hätten ge... ...en, sei lange vorbei. Es sei unbegreiflich, ... Ueberlieferungen Washingtons und Lin... ...glieder der Regierung nicht einsähen, daß ...ten gekommen sei. Was jetzt geschehen ...Beweis der Unklugheit des amerikanischen

Die belgischen Gesandtschaftsberichte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" enthält in ihrer Sonderbeilage vom 22. August weitere Stücke aus dem belgischen Archiv. Wir teilen daraus die folgenden besonders interessanten Abschnitte mit:

Graf Lalaing, Gesandter in London, schreibt am 15. Januar 1912:

Die Enthüllungen, welche die jüngste Ministerkrise in Frankreich hervorgerufen haben, waren für die englische Regierung unangenehm. Sie scheinen zu beweisen, daß der französische Ministerpräsident ohne Wissen des Ministers des Aeußern und seiner anderen Kollegen mit Berlin zu unterhandeln versuchte, ein Umstand, der geeignet ist, eine Regierung zu beunruhigen, welche ihre Interessen mit denen Frankreichs verkettet hat und die daher wenig geneigt ist, eine derartige Inkorrektheit zuzulassen. Diese Enthüllungen verstärkten ferner den Eindruck, daß Herr Caillaux insgeheim eine Politik weitgehendster Konzessionen an Deutschland begünstigte; dieser Eindruck mußte für die offiziellen englischen Kreise um so peinlicher sein, als man sich eben erst über die ganze Tragweite der Spannung klar geworden war, die aus der loyalen Haltung des Kabinetts von St. James gegenüber dem Pariser zwischen Paris und London entstanden war. Man wagt heute in England kaum sich einzugestehen, daß man anscheinend päpstlicher als der Papst gewesen ist und unversöhnlicher als der Freund, dem man helfen wollte. Es ist unangenehm, zum Narren gehalten worden zu sein, selbst für kurze Zeit. Die Presse begrüßt daher mit ungeteilter Freude den Abgang des Herrn Caillaux und hofft auf eine baldige Rückkehr zu gesunderen Traditionen; es fehlt jedoch nicht an Blättern, die in ironischer Weise daran erinnern, daß Großbritannien zur Unterstützung einer solchen Regierung eine Haltung einnahm, die zum Kriege hätte führen können, und die daraus schließen, daß es Sir E. Grey an Scharfblick gemangelt hat ... Die Entente, die einzig und allein dazu bestimmt war, gewisse genau bestimmte Wolken zu zerstreuen, war kein Bündnis. Der Fehler der Regierung des Herrn Asquith lag darin, sie tatsächlich als ein solches anzusehen, mit dem Ergebnis, daß daraus in Berlin eine ernstliche Feindschaft gegen Großbritannien entstanden ist.

Graf Lalaing, London, 9. Februar 1912:

Die Abreise des Kriegsministers Lord Haldane nach Berlin hat die Neugierde geweckt; für diese Reise, die am Tage nach einer Sitzung des Kabinetts und fast am Vorabend der Eröffnung der Kammern stattfindet, hat die Presse die verschiedensten Erklärungen. . . . Fest steht, daß das Ziel, das man im Auge hat, ein friedliches ist. Man möchte die Spannung, die zwischen den beiden Ländern besteht, um jeden Preis vermindern. Dies ist die gegenwärtige Politik des Kabinetts und von allen Ministern der Krone ist der Kriegsminister der deutschfreundlichste. In dieser Beziehung ist die Wahl des Abgesandten ein neues Anzeichen für die Tendenz der offiziösen Sendung. Von allen Vermutungen erscheint mir als die wahrscheinlichste die, daß es sich um einen freundschaftlichen Gedankenaustausch handelt, um eine Basis für eine Verständigung zu suchen und die den beiden Völkern durch die Flottenprogramme auferlegten Ausgaben zu bedauern. England ist geneigt, Deutschland in den weniger wichtigen Fragen nicht mehr entgegenzuarbeiten, aber seine Seeherrschaft darf man ihm nicht streitig machen.

Graf Lalaing, London, 13. Februar 1912:

Es ist interessant festzustellen, wie unbeliebt Sir E. Grey bei dem äußersten linken Flügel seiner Partei geworden ist. Ich hatte bereits Gelegenheit, Sie auf die Kritiken aufmerksam zu machen, die Morel in der „Daily News", einer radikal-sozialistischen und kongofeindlichen Zeitung, gegen ihn richtete. . . . Die „Daily News" sagt, die gegenwärtigen Ereignisse bewiesen, wie wenig Wert man den Versprechungen des Leiters des Foreign Office beimessen könne, und meint, daß sich Sir E. Grey von nun an als solcher unmöglich gemacht habe. Dieselbe Zeitung nimmt heute eine Rede Lord Roseberys in Glasgow als Veranlassung zu weiteren Angriffen auf Sir E. Grey. In dieser Rede kritisiert Lord Rosebery die auswärtige Politik

Das Treiben der Entente zum Kriege.

Aus den belgischen Archiven.

Berlin, 24. August.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beendet die Artikelreihe über die in den belgischen Archiven gefundenen Berichte vom belgischen Gesandten.

Die heute veröffentlichten Schriftstücke umfassen die Zeit vom 7. November 1913 bis 2. Juli 1914; sie beginnen mit einer Charakteristik der Politik Sir Edward Greys und schließen mit der Erwartung, daß Rußland sich nicht auf die Seite der Königsmörder von Sarajevo stellen werde. Alle zwischen den beiden Daten liegenden Ereignisse, die Bemühungen der Ententemächte, die Einkreisung Deutschlands und seines österreichisch-ungarischen Verbündeten zum Abschlusse zu bringen, die Tripelentente durch Heranziehung von Mächten zweiten Ranges zu erweitern, und sich militärisch zu Wasser und zu Lande in übermächtiger Stellung den beiden isolierten Zentralmächten entgegenzuwerfen, wurden von dem belgischen Gesandten mit Besorgnis verfolgt.

Graf Lalaing läßt keinen Zweifel darüber, daß er in dem politischen Programm Sir Edward Greys eine Gefahr für die schwachen Staaten sieht. Bezüglich der für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit agitierenden Gruppe Ribot schreibt Baron Guilleaume am 16. Januar 1914:

„Es scheint mir sicher, daß wir mehr Interesse daran hätten, die Politik Caillaux', der Radikalen und der Radikal-Sozialisten erfolgreich zu sehen. Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde waren es, welche die nationalistische, militärische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht, nicht als ob ich zur Annahme berechtigt wäre, daß die französische Regierung vorsätzlich den Frieden stören will — ich glaube eher das Gegenteil — sondern weil die Haltung des Kabinetts Barthou, meiner Ansicht nach, das Anschwellen militärischer Neigungen in Deutschland hervorgerufen hat."

Nach dem Sturz Barthous schreibt Guillaume am 10. März 1914: „Der Umstand, daß sich Poincaré gezwungen sah, die Macht Caillaux zu übertragen, indem er sie nominell Doumergue anvertraute, hat ihn stark verstimmt. Er sah darin einen Mißerfolg der militaristischen und nationalistischen Politik, die er systematisch schon seit dem Tage verfolgt, an dem er als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung gestellt worden war. Zusammen mit Delcassé, Millerand und einigen anderen predigte er unablässig die politische und militärische Wiederaufrichtung Frankreichs im Vereine mit der Schaffung engerer Beziehungen zu Rußland. Er ging als Ministerpräsident nach Petersburg und in einigen Monaten wird er als Präsident der Republik dorthin zurückkehren. Er schickte kürzlich Delcassé dorthin, den er mit der Mission beauftragt hatte, mit allen Mitteln die Wohltaten der russisch-französischen Allianz zu unterstreichen und das große Kaiserreich zu einer Vergrößerung seiner militärischen Vorbereitungen zu veranlassen."

Anläßlich des Besuches des englischen Königspaares in Paris zeigt Baron Beyens in einer Depesche vom 24. April aus Berlin, daß der Einfluß Iswolkys auf die französische Politik sogar Herrn Cambon lästig geworden sei. Er spricht die Hoffnung aus, daß der intrigante Diplomat den Zaren bald in London vertreten wird.

Von größtem Interesse ist aber eine Bemerkung in dem Bericht, ob im Falle eines deutsch-französischen Krieges Englands an die Seite Frankreichs treten werde. Baron Beyens schreibt: „Wir hatten den Beweis dafür, daß die Mitwirkung der englischen Armee und die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent von den Militärbehörden beider Länder ins Auge gefaßt worden war. Würde es heute noch ebenso sein und müßten wir immer noch befürchten, daß englische Soldaten in Belgien einmarschieren, um uns in der Verteidigung unserer Neutralität dadurch beizustehen, daß sie sie von vornherein kompromittieren?"

Deutlicher konnte gar nicht ausgesprochen werden, daß sich die belgische Regierung dessen bewußt war, daß für die vom englischen Generalstab im Einvernehmen mit der französischen Heeresleitung geplante englische Landung in Belgien der Schutz der belgischen Neutralität nur einen

Vossische Zeitung
25./VIII. 1915
123
Deutscher Reichstag

№ 432 Mittwoch (Morgen) **Dritte Beilage zur Vossischen Zeitung.** 1915 25. August

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung, Dienstag, den 24. August 1915.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Lisco, Michaelis.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min.

Dem Antrag des Reichskanzlers, den Reichstag bis zum 30. November dieses Jahres zu vertagen, wird die Zustimmung erteilt.

Darauf wird die Beratung der Maßnahmen des Bundesrats zur Sicherung der Volksernährung usw. fortgesetzt. — Als erster ergreift das Wort, um die

Vorwürfe gegen die Kriegsgetreide-gesellschaft

zurückzuweisen,

Unterstaatssekretär **Michaelis,** Präsident des Kuratoriums der Reichsgetreidestelle: Der Abg. Pfleger hat gestern so schwere Angriffe gegen die Leitung der Reichsgetreidestelle erhoben, daß ich die erste Gelegenheit, die sich mir bietet, benutze, um dagegen Stellung zu nehmen. Das Stenogramm der Rede Dr. Pflegers konnte ich leider nicht bekommen, nach Mitteilungen der Kommissare und nach den Zeitungsberichten hat Abg. Dr. Pfleger gesagt, daß die Reichsgetreidestelle die Presse für Aufnahme von Artikeln bezahle, er soll auch die Frage gestreift haben, daß bei der Auswahl der Persönlichkeiten für die Reichsgetreidestelle außerordentlich viele Juden verwendet worden seien. Schließlich aber hat er gesagt: „Das Aergste, was hier erlebt wird, ist, daß diese Organisation gewissermaßen als eine Art Versicherung gegen die Schützengrabengefahr benutzt wird; man hat alle möglichen Leute angestellt, und als man später die Beamten dieser Gesellschaft untersuchte, stellte sich heraus, daß rund 80 Prozent der als unabkömmlich Bezeichneten felddienstfähig waren. Es ist nicht zu verstehen, warum man die Gesellschaft nicht auf diese Mißstände aufmerksam gemacht hat." Ich habe zunächst bedauert, daß der Herr Abgeordnete diese Vorwürfe nicht in der Kommission zur Sprache gebracht hat. (Lebh. Zurufe im Zentrum: Hat er! Ist geschehen!) Wenn das in der Kommission erörtert wurde, dann ist es nicht zu meiner Kenntnis gekommen, dann bitte ich um Entschuldigung. (Erneute lebhafte Zurufe im Zentrum. Der Vorsitzende der Budgetkommission Abg. Spahn ruft: „Es ist in der Kommission als richtig bestätigt!") Der Herr Kriegsminister hat mir heute gesagt, es wären ihm allerdings nach dieser Richtung Unzuträglichkeiten bewiesen worden (Hört! Hört!), aber er hat auch gesagt, daß er kein Urteil darüber hat, ob die Leitung der KG. eine Schuld träfe, die Untersuchung schwebe noch, und er müßte sich deshalb ein Urteil darüber vorbehalten. Der Vorwurf, daß diese Organisation als eine Versicherung gegen den Schützengraben anzusehen sei (Zurufe i. Ztr.: Jawohl!), richtet sich gegen ihre Leitung und in erster Linie natürlich gegen denjenigen, der die Aufsicht zu führen hat; das bin ich. Es ist zunächst selbstverständlich, daß, als die KG. während des Krieges plötzlich zusammengesetzt und ihr mit einem Mal eine derartige Riesenaufgabe übertragen werden mußte, daß dann das Personal zusammengewürfelt werden mußte. Es ist selbstverständlich, daß in erster Linie auf die wirtschaftliche Tüchtigkeit gesehen werden mußte, und es war im Anfang nicht möglich, gleichviel danach zu fragen, ob der Betreffende militärpflichtig, zu reklamieren, felddienstfähig, nur garnisonstauglich, wegen Krankheit zurückzustellen oder überhaupt dienstfrei war. Ich stehe gar nicht an, zu sagen, daß in der großen Zahl der damals in dem Personalstand der KG. zusammengewürfelten Personen nach vielen Richtungen hin Persönlichkeiten waren, von denen man sagen mußte, es wäre gut gewesen, sie wären nicht in den Apparat eingetreten. (Hört! Hört!) Selbstverständlich haben wir

immer mehr gesiebt und gesiebt

und die nicht geeigneten hinausgestellt. Als wir immer tiefer hineinkamen, haben wir und ich als derjenige, der die Aufsicht mit führt, darauf gehalten, daß Drückebergereien nicht vorkommen. Daß viele von denjenigen, die in der KG. und wahrscheinlich auch in anderen Kriegsorganisationen arbeiten, lieber am Schreibtisch sitzen, als daß sie z. B. schippen (Heiterkeit), ist klar, und ebenso zweifellos ist, daß welche unter ihnen sind, die dem Vaterlande so mehr und besser dienen, als wenn sie schippen. Derartige Fälle kommen überall vor, bei Behörden ebenso. (Unruhe im Ztr.) Wir haben uns aber bemüht, mit den Militärbehörden in Fühlung zu bleiben und dauernd diejenigen, die hinausmußten, hinauszustellen. Am 1. Juni waren von 862 Angestellten 624 Männer, von denen 425 reklamiert waren. (Hört! hört! i. Ztr.) Seit dem 1. Juni haben wir der Militärbehörde zunächst 132 bezeichnet, die wir freigeben, die wir also nicht mehr als unentbehrlich bezeichneten; davon sind alle bis auf 18, die man noch nicht eingefordert hat, fort, so daß also von den 425: 114 eingezogen waren. Am 4. August waren noch 311 Angestellte reklamiert; davon sind kriegsverwendungsfähig — es hat seitdem eine ärztliche Untersuchung stattgefunden — 171 Personen (Hört! hört!), arbeits- und garnisondienstfähig 76, zeitweise dienstuntauglich 47 und dauernd untauglich 17. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Zwischen der Leitung der Gesellschaft und dem stellvertretenden Generalkommando des 3. Armeekorps ist eine Abrede getroffen, daß wir im Laufe nächster Zeit 120 Kriegsverwendungsfähige zur Verfügung stellen. Das ist geschehen, ehe der Reichstag sich mit der Sache beschäftigt hat; Aufsicht und Leitung der KG. selbst hegen den Wunsch, die entbehrlichen und kriegsverwendungsfähigen Leute auszuschalten.

Alle Verdächtigungen, die ausgesprochen worden sind, namentlich auch

in zahllosen anonymen Zuschriften,

haben sich auf Grund einer peinlich genauen Untersuchung als unberechtigt herausgestellt. Man ist soweit gegangen, die Leiter der Gesellschaft zu beschuldigen, daß sie diese Zurückstellungen begünstigen, ja sogar, daß sie daraus Vorteil gezogen hätten. Ich komme hier auf eine wirklich ernste Sache, wo ich Sie bitte, einmal mit voller Gerechtigkeit zuzuhören. Ich habe mir redlich Mühe gegeben, alle die Fälle so zu untersuchen, als wenn ich Recht darüber zu sprechen hätte auf Grund eines Amtes, das ich besitze, und ich kann Ihnen sagen, daß all die Vorwürfe, die im Laufe der Monate gegen einige dieser Männer erhoben worden sind, sich als grundlos herausgestellt haben, daß sie aus den Fingern gesogen waren. Es war da behauptet, daß von den leitenden Personen die westlichen Mühlen um materiellen Vorteils willen mehr berücksichtigt worden wären wie die östlichen, daß die gemachten Ersparungen, wofür wir bekanntlich 10 v. H. Prämie zahlen, in die Tasche der betreffenden Herren geflossen seien u. a. mehr. Die Tätigkeit der KG. stand vollständig der öffentlichen Prüfung frei. Eine Treuhandkommission hat durch Wochen hindurch den ganzen Geschäftsbetrieb der KG. einer Prüfung unterzogen, die Gutachten der Betreffenden stehen Ihnen zur Verfügung, sie heben hervor, daß die Geschäftsführung kein Tadel trifft. In unserem Aufsichtsrat sitzen nicht bloß Leute, die die Sachen gehen lassen und nur in die Sitzung kommen, sondern da sind die Bürgermeister der größten Kommunen und außerordentlich tüchtige Geschäftsleute syndiziert, Leute, die mitten im Geschäftsleben stehen, Leute aus den größten industriellen Unternehmungen. Wir haben weiter einen Beirat. In dem Beirat sind auch alle Interessentengruppen vertreten. Wir haben alles auf das eingehendste geprüft, und ich hoffe, daß auch in diesem Hause einer aufstehen wird, der sagt, daß der KG. kein Vorwurf zu machen ist. Die Gegnerschaft gegen uns ist ja etwas ganz Natürliches. Wir haben die Händler ausgeschaltet, und daher sind die Händler unsere Gegner. Wir haben die Müller, die kleinen und die großen, nicht befriedigt, und daher sind auch diese unsere Gegner. Es ist eine der unausrottbaren Unwahrheiten, daß die KG. die großen Müller bevorzugt hätte. Sie können sich an der Hand von großen Karten davon überzeugen, daß die östlichen Müller sogar besser weggekommen sind als die westlichen. (Hört! Hört! links.) Unsere Geschäftsführer sind darin nach meiner Meinung zu weit gegangen nur aus der Sorge heraus, daß ihnen aus einer Benachteiligung der östlichen Müller ein Vorwurf gemacht werden könnte. (Hört! Hört! links.) Aehnlich sind die Vorwürfe, die KG. hätte mit der Kleie absichtlich zurückgehalten, damit landwirtschaftliche Kreise die anderen Futtermittel zunächst zu teuren Preisen los würden. Diese Verdächtigung eines agrarischen Abgeordneten ist schon deshalb haltlos, weil die KG. mit der Kleie überhaupt nichts zu tun hat. (Lebh. Hört! Hört! links.)

Es hat noch nie eine Organisation gegeben, die in dieser Weise allen Angriffen wirtschaftlicher Interessentengruppen so wehrlos gegenübergestanden hat, wie die K. G.

(Sehr richtig! links — Unruhe im Ztr.) Ein westpreußischer Abgeordneter hat der K. G. völlige Sachunkunde vorgeworfen und gesagt, sie hätte wohl vergessen, daß das Getreide im Frühjahr keimt und hätte das Getreide mit den Kartoffeln verwechselt. (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Diese Angriffe sind noch weiter gegangen und man hat behauptet, daß wir die Juden bevorzugten. Ich habe einen Großgrundbesitzer, der das gesagt hatte, gefragt, wie sein früherer Getreidehändler geheißen hat. (Heiterkeit.) Er hat mir geantwortet: Isidor Schlesinger. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn ich den Getreidehandel für das ganze Reich plötzlich auf meine Schultern nehmen soll, so komme ich um die Leute aus dem Getreidehandel nicht herum. (Sehr richtig! links.) Ich muß auf sie zurückgreifen, selbst wenn ich, was ich gar nicht will, eine Unterscheidung machen würde. Ich frage durchaus nicht, ob jemand Jude oder Christ ist. (Beifall links) Fast ein Jahr steht unsere Gesellschaft in diesem Kampfe. Richtig ist, daß sich auch bei uns Leute finden, die schwach und mutlos sind und die lieber auf dem Drehschemel als im Schützengraben sitzen. (Hört! hört! im Ztr.) Aber falsch ist, daß die K. G. eine Organisation ist, die eine Versicherung für Drückeberger gegen den Schützengraben sei. Derartige Vorwürfe müssen vor allem im Ausland den bösesten Eindruck machen. (Sehr richtig! links.) Wir haben uns mit Recht lustig gemacht über die Drückebergerei bei unseren Feinden. Mit Wonne wird es aufgenommen werden, daß im Reichstag gesagt worden ist, es bestehe in Deutschland eine amtliche Organisation, die vor den Gefahren des Schützengrabens eine Versicherung ist. Wenn Sie mir die Leute wegnehmen, die jetzt

wegen der Angriffe die Arbeit hinwerfen wollen,

dann kann ich die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen, daß unser Heer und unsere Bevölkerung regelmäßig mit Brot versorgt werden. (Hört! hört! links.) Sie müssen schon darauf Rücksicht nehmen, daß wir bei der Auswahl der Persönlichkeiten in erster Linie danach fragen: was nützt uns der Mann für die große nationale Aufgabe, die der Gesellschaft übertragen ist? (Beifall links.) Daneben kommt natürlich auch die Frage, ob der Mann nicht besser ins Feld hinausginge. Wenn ich somit die Verantwortung für die Ernährung von Heer und Volk ablehne, so ist das keine Redensart. Prüfen Sie selber unsere Lage und haben Sie das Zutrauen zu mir, daß ich weiter das wichtigste Interesse für Volk und Heer niemals aus dem Auge verliere. Alle 14 Tage werden von uns 30 Leute weggeschickt. Seien Sie auch uns gegenüber gerecht, damit mir die für die Tätigkeit der Gesellschaft unbedingt notwendigen Kräfte erhalten bleiben. Unsere Aufgabe ist so schwer, daß die meisten gar keine Ahnung davon haben. (Sehr richtig! links.) Lassen Sie uns daher den Mut nicht verlieren und immer bedenken, wie solche Angriffe auf das Ausland wirken. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.): Ehe der Unterstaatssekretär Michaelis Angriffe gegen den Abg. Pfleger richtete, hätte er sich über die Vorgänge in der Kommission erkundigen müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe allerdings in der Kommission gesagt, daß die K. G. dazu gedient hat, eine Art Versicherungsgesellschaft gegen den Schützengraben zu sein. (Hört! Hört! im Zentrum.) Wenn einer Organisation nachgesagt wird, daß sie in dieser Weise ausgebeutet wird, dann ist dies noch lange nicht ein Angriff gegen die Organisation als solche. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im übrigen sprechen für mich die Zahlen. Von 624 Angestellten der K. G. sind 425 reklamiert worden. (Hört! Hört! im Zentrum!) Ich glaube, es gibt im ganzen Deutschen Reich keine einzige Behörde, wo ein derartiger Prozentsatz besteht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Hälfte hätte doch wirklich genügt. Und von den 425 Angestellten sind 17 dienstuntauglich, aber 408 tauglich. (Lebhaftes Hört! Hört! im Zentrum.) Es genügt, daß man sich diese Zahlen vor Augen hält. Im übrigen ist es nicht richtig, daß die Untersuchung der Angestellten der K. G. auf Veranlassung der K. G. erfolgt ist, sondern der Kriegsminister hat aus sich heraus Anlaß genommen, eine solche Untersuchung vornehmen zu lassen. (Hört! Hört! im Zentrum.)

Unterstaatssekretär **Michaelis:** Man muß unterscheiden zwischen dem, was der Kriegsminister auf Grund von Denunziation veranlaßt hat, und dem, was ganz systematisch auf Grund einer Vereinbarung zwischen der K. G. und dem Generalkommando des III. Armeekorps als zuständiger militärischer Behörde besteht. Ich habe allerdings vor wenigen Tagen dem Kriegsminister mein gesamtes Material zur Verfügung gestellt. Aber ganz unabhängig davon gehen die Bestrebungen der K. G., aus sich heraus ganz planmäßig und systematisch die Kräfte der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen, die für den Heeresdienst brauchbar sind und die von der K. G. ohne Schädigung ihrer Aufgaben als entbehrlich angesehen werden.

Abg. **Wamhoff** (natl.): Die schwersten Strafen verdienen diejenigen, die mit dem Brotgetreide Wucher treiben. Das Getreide war im letzten Jahre knapp geworden, weil die Landwirte einen beträchtlichen Teil für das Vieh verfüttern mußten. Deshalb sind auch die Landwirte mit den organisatorischen Maßnahmen der Regierung einverstanden. Die neue Ernte ist eine gute Mittelernte, so daß wir zuversichtlich in die Zukunft sehen und die Brotrationen erhöhen können. Dem Ausland muß es jetzt doch klar werden, daß wir nicht auszuhungern sind. Die Angriffe auf die Kriegsgetreidegesellschaft sind nicht so tragisch zu nehmen, im allgemeinen hat sie durchaus zufriedenstellend gearbeitet. Der Rat, den Fleischkonsum einzuschränken, ist gut gemeint, aber viele kleine Leute und Arbeiter kommen überhaupt jetzt schon kaum zum Fleischgenuß. (Sehr richtig! links.) Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft ist groß und man sollte ihr mehr Gefangene zuweisen. Den russischen Gefangenen gefällt es in Deutschland so gut, daß mir neulich einer gesagt hat, er wolle seine Frau nachkommen lassen und hier bleiben. Großer Dank gebührt den Frauen, auch sie arbeiten im Dienst des Vaterlandes. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich muß auf die gegen die Kriegsgetreidegesellschaft erhobenen Vorwürfe noch einmal zurückkommen. Der Abg. Spahn hat darauf hingewiesen, daß bei der Erhebung der Vorwürfe in der Kommission weder der Unterstaatssekretär noch ich anwesend waren. Da es sich um die Kriegsgetreidegesellschaft handelte, konnten wir annehmen, daß bei der Besprechung der Kriegsgetreidegesellschaft die Vorwürfe erhoben werden würden und nicht beim Titel Kriegsministerium. Die Kriegsgetreidegesellschaft ist Anfang vorigen Winters gegründet worden, zu einer Zeit, wo die Anforderungen der Heeresleitung an die Mannschaften geringer waren als heute, zu einer Zeit, wo der Arbeitsmarkt sich in einem völligen Durcheinander befand. Es ist also selbstverständlich, daß man bei der Riesenarbeit, die an die Gesellschaft herantrat, die Leute genommen hat, woher man sie bekommen konnte. Nun waren die Leute eingearbeitet, und da kann eine solche Organisation ihr Beamtenmaterial nicht plötzlich wechseln, sondern nur ganz allmählich. So erklärt es sich, daß eine große Anzahl von Leuten, die erst im Laufe des Krieges militär- und dienstpflichtig geworden sind, nur allmählich abgeschoben werden konnten. Täglich erscheinen Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft bei uns und wünschen Leute, die eingezogen werden, gerade im Interesse der Kriegführung befreit zu haben. Daran findet kein Mensch etwas. Aber bei einer Gesellschaft wie der Kriegsgetreidegesellschaft, die diese Riesenverantwortung zu tragen hat und vielleicht etwas zu weit gegangen ist, dann aber doch nur im Interesse der Sache, da wagt man es, hier den Vorwurf zu erheben, daß sie eine Organisation zur Versicherung gegen den Schützengraben wäre. Dagegen muß ich die Gesellschaft, ihre Leiter und ihre Angestellten mit aller Entschiedenheit in Schutz nehmen. (Zustimmung.) Der Kriegsminister hat lediglich erklärt, es seien Rekriminationen erhoben worden, und er habe eine Untersuchung eingeleitet. Er konnte nicht wissen, daß die Angelegenheit, die nicht dem Kriegsministerium untersteht, sondern dem stellvertretenden Kommando des III. Armeekorps, mit diesem bereits verhandelt wird. Sie schütteln den Kopf, Herr Abg. Spahn. Soll ich etwa annehmen, daß die mir dienstlich zugegangenen Berichte etwas Unrichtiges enthalten? Die schon vom Herrn Unterstaatssekretär erwähnte Zahl von 425 Angestellten versteht sich per 1. Juni, als die Anforderungen der Heeresverwaltung erheblich weniger weitgehen und von Reklamationen im praktischen Sinne noch gar nicht die Rede war. Jetzt sind von den 624 männlichen Angestellten kriegsverwendungsfähig, d. h. für den Schützengraben brauchbar, noch 173. Von diesen werden 120 abgegeben, in Raten abgegeben, so daß also von dieser großen Zahl nur 50 Personen als kriegsverwendungsfähig übrigbleiben, die aber nicht entbehrt werden können, weil sie in leitenden Stellungen sind. Außerdem sind arbeits- und garnisondienstfähig 76 Personen. Unter den 173 Felddienstfähigen befinden sich nur drei gediente Leute, alle andern sind ungedienter Landsturm. Die Bemühungen zur Bereitstellung der Leute für den Heeresdienst sind von der Geschäftsleitung der Kriegsgetreidegesellschaft veranlaßt — ich stelle das ausdrücklich fest. Sie hat Verhandlungen mit dem stellvertretenden Korpskommando des III. Armeekorps angeknüpft, ohne daß sie von Maßnahmen des Kriegsministeriums irgend etwas gewußt hat. Insbesondere ist

die militärische Untersuchung der Angestellten

von der Geschäftsleitung selbst bei dem stellvertretenden Generalkommando beantragt worden.

Ich habe hier offen gesagt, daß ich Kritik nicht scheue, und daß ich das Recht des Parlaments zur Kritik im vollen Umfange anerkenne. Ich habe in der Kommission wiederholt ausgesprochen, daß ich dankbar bin, wenn mir Beschwerden vorgetragen werden, damit ich sie untersuchen kann. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß man den Leitern und den Beamten dieser Stelle, die unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten, hier solche Vorwürfe macht, wie sie gestern von Herrn Pfleger erhoben und von Herrn Spahn heute gutgeheißen worden sind, und zwar in einem solchen Augenblick, wo der Kriegsminister, wie diese Herren wußten, eine Untersuchung angeordnet hat, über deren Ergebnis noch gar nichts vorliegen konnte. (Zustimmung.)

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.): Ich muß dabei bleiben, daß der Kriegsminister in der Kommission erklärt hat, daß er eine Untersuchung über die Kriegstauglichen bei der K. G. eingeleitet habe und nichts davon gesagt hat, daß die K. G. dabei die Initiative ergriffen hat. Im übrigen spricht doch das von der Regierung selbst vorgebrachte Zahlenmaterial wirklich für sich selbst. Ich weise noch einmal darauf hin, daß von den vielen hundert Angestellten der K. G. nur 17 dienstunbrauchbar waren. (Sehr richtig im Ztr.)

Abg. **Koch** (Vpt.) (Schwer verständlich.): Man sollte es wirklich nicht so hinstellen, als ob immer nur der Großgrundbesitz dem Vaterlande Opfer bringt. Das größte Opfer bringen die kleinen und mittleren Landwirte, die sich um die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe sehr sorgen müssen. (Sehr richtig! links.) Die Höchstpreise könnten niedriger sein, wenn für billigere Futtermittel Sorge getragen würde. Daran hat die große Masse des deutschen Volkes ohne Ar und Halm das größte Interesse. Ueber die Differenzen zwischen dem Abg. Gothein und dem Frhr. v. Gamp können wir uns ja näher auseinandersetzen, wenn der Streit über die neuen Handelsverträge zum Austrag kommt. (Heiterkeit.) Im allgemeinen kann gesagt werden, daß wir seit langem keine so gute Getreideernte gehabt haben

Kölnische Zeitung
26./VIII. 1915
124
Deutscher Reichstag

Kölnische Zeitung

1915 — Nr. 805

Erste Morgen-Ausgabe

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich.
Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 ℳ
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J. F. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Rh.) H. Kleiser. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied W. Bierbrauer. Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck, Markt 16. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wülker, Wilh. Scheller.

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 A 5363 - A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367 Redaktion, Anzeigenteil, Expedition und Druckerei sind durch jede dieser 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

sgürtel von Brest-Litowsk. — Zur Lage auf dem Balkan.

selbst vorzugehen. Allein noch einmal scheiterte ihr Vorhaben. Nachdem die Operation gegen Kowno zu einem guten Ende geführt war, verdoppelten die Deutschen ihre Anstrengungen bei Dünaburg und begannen eine kräftige Offensive auf der Front Janow-Koszedary. Ihr Bestreben ging einerseits auf die Erzwingung des Überganges über die Swenta, anderseits gingen sie gegen Wilna vor. Auf diesem Abschnitt nehmen die Kämpfe an Hartnäckigkeit beständig zu, und man nimmt an, daß sie noch heftiger werden als diejenigen zwischen Bug und Wieprz. Gewaltige Kavalleriemassen unter dem Befehl des Generals Smietow, unterstützt durch erhebliche Infanteriestreitkräfte, halten das Gebiet von Dünaburg besetzt.

Zwischen Narew und Bug haben sich Kämpfe auf der ausgedehnten Front Ossowjetz—Bielsk—Wysoko—Litowsk entwickelt, wobei der Feind seine Hauptanstrengungen auf den Abschnitt von Bielsk richtete. Die Hartnäckigkeit, welche die Deutschen bei ihrem Vorstoß in dieser Gegend entwickelten, griff auch auf den Raum von Bialystok über, ein Beweis, daß sie eine Bewegung gegen den Rücken der russischen Defensivstellung am Njemen beabsichtigen, die trotz des Falles von Kowno ihre strategische Bedeutung noch keineswegs eingebüßt hat. Fast drei Viertel der Njemenfront sind noch immer im Besitz der Russen, welche beide Ufer des Flusses besetzt halten. In der Umgebung von Bielsk folgen sich unaufhörlich wütende Angriffe der Deutschen. Sie werden unternommen von der Neunten Armee des Prinzen Leopold von Bayern und der Armee des Generals v. Woyrsch. Was die Operationen bei Brest-Litowsk anbelangt, die sich ungefähr 20 Kilometer nördlich dieser Festung abspielen, kann gesagt werden, daß sie noch keine besondere Heftigkeit erreicht haben. Die russischen Truppen sind in enger Fühlung mit deutschen Vorhutabteilungen. Von beiden Seiten werden häufige Aufklärungsgefechte unternommen. Diese Einzelheiten bestätigen, daß der Mittelpunkt der Kriegstätigkeit gegenwärtig bei Bielsk zu suchen ist. Immerhin darf die Tragweite des Unternehmens gegen Brest-Litowsk keineswegs aus den Augen gelassen werden. Sie wird sich offenbar in kürzester Frist deutlich herausstellen. Die Deutschen versuchen von drei Seiten vorzurücken und die russische Front vom nördlichen Teil der Festung, von Lyszczyce her und von Süden, von Wlodawa, mit der Richtung auf Pilzca einzudrücken.

Der allgemeine Angriff auf Brest-Litowsk darf wohl als unmittelbar bevorstehend betrachtet werden. Dabei kann eine Beobachtung gemacht werden, die man bisher nie zu machen Gelegenheit hatte: das fieberhafte Bestreben der Deutschen, um jeden Preis große in die Augen fallende Erfolge zu erzielen, offenbar ein Beweis, daß man sich nach Frieden sehnt. Um so größer, schreiben die Petersburger Blätter, werde die Enttäuschung bei den Deutschen sein, wenn sie erkannt hätten, daß das russische Volk trotz der gebrachten schmerzlichen Opfer immer noch moralisch und materiell Widerstand zu leisten imstande sei.

Larco meldet schließlich, amtliche Mitteilungen des Rußkoje Slowo besagten, in den letzten zwei Monaten sei die Munitionserzeugung in Rußland auf das Doppelte gesteigert worden, wobei zu bemerken sei, daß während dieser Zeit drei Industriemittelpunkte: Warschau, Wilna und Riga, nicht mehr in Betracht kämen, indem die Fabriken aus diesen Städten ins Innere verlegt würden, wo ihre Neugestaltung geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Bedarf an der Front übersteige zwar immer noch die Erzeugungsmöglichkeit, immerhin seien die bisher erzielten Ergebnisse für die Zukunft vielversprechend.

Zur Polenfrage.

Z **Von der schweizerischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Das Polnische Pressebureau in der Schweiz teilt mit: Die letzten Vorgänge in Polen lenkten die Aufmerksamkeit der Welt auf die bestehenden Vertretungen der polnischen Nation, und vielfach wurden dabei irrtümlicherweise zwei Institutionen identifiziert, die streng zu scheiden sind: der Wiener Polenklub und das Krakauer Oberste Nationalkomitee. Bis zum Kriegsausbruch war der Polenklub die einzige auswärtige Vertretung der österreichischen Polen. Er ist die parlamentarische Vereinigung der polnischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat mit Ausschluß der Sozialisten, und in diesem Charakter vertritt er die polnischen Interessen der österreichischen Regierung gegenüber. Das Oberste Nationale Komitee in Krakau dagegen wurde erst am Anfang des Krieges, am 16. August 1914, auf Veranlassung des Polenklubs von allen polnischen Parteien geschaffen, und zwar um die diplomatische Vertretung für die polnischen Legionen zu bilden, mit andern Worten, um während des Krieges die allgemeinen polnischen Interessen zu vertreten. Das Nationale Komitee unterscheidet sich noch dadurch vom Polenklub, daß es außer den österreichischen Polen noch zahlreiche Repräsentanten der Irredentisten aus Russisch-Polen, der Polen aus Amerika usw. aufgenommen hat, und daß es somit auf ungleich breiterer Basis aufgebaut ist. Heute steht bereits die Verschmelzung der Unabhängigkeitsparteien Warschaus mit dem Nationalen Komitee bevor, und die erforderlichen Organisationsanfänge sowie die ersten Kadres einer Legion sind bereits in Warschau vorhanden. An der Spitze des Polenklubs steht der ehemalige österreichisch-ungarische gemeinsame Finanzminister Dr. Leo Ritter v. Bilinski, an der Spitze des Obersten Nationalen Komitees Dr. Ladislaus Ritter v. Jaworski.

Vom westlichen Schauplatz.

Der Kaiser und die Heerführer.

WTB **Berlin,** 25. Aug. **(Telegr.)** Der Kaiser hat an den Kronprinzen folgendes Telegramm gesandt:

Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen. In diesen Tagen jährt sich die Erinnerung an die Schlacht von Longwy, in der sich die fünfte Armee unter Deiner Führung in mächtigem Ansturm den Weg in Feindesland bahnte. Von Erfolg zu Erfolg schritt sie dann, bis sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe, die Verbindung des Westheeres mit der Heimatgrenze zu sichern, in die Gegend nördlich von Verdun gewiesen wurde. Deine Armee hat diesen ihr gewordenen Auftrag in vollkommenster Weise erfüllt und dadurch mit die Grundlage für

Der Krieg im Orient.

Serbien und die mazedonische Frage.

WTB **Wien,** 25. Aug. **(Telegr.)** Die Neue Freie Presse meldet über Bukarest aus Nisch: Die Skupschtina hat der Regierung mit 103 gegen 24 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen und ihr in der mazedonischen Frage freie Hand gelassen.

Z **Von der schweizerischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Nach einer Havasmeldung aus Nisch nahm die Skupschtina mit 103 gegen 22 Stimmen folgende Tagesordnung an: Nach den von der Regierung in einer geschlossenen Sitzung der Skupschtina abgegebenen Aufklärungen billigt die Versammlung die Politik der Regierung und ihren Entschluß, auf Seiten der Verbündeten den Kampf für die Befreiung und die serbisch-kroatisch-slowenische Einheit durchzuhalten zur Wahrung ihrer Lebensinteressen.

Z **Von der schweizerischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Nach einer Havasmeldung aus Nisch hat sich die Skupschtina auf den 4. Oktober vertagt, wird aber nötigenfalls schon früher wieder einberufen werden können. Die Antwort Serbiens auf den Schritt des Vierverbandes wird erst in drei oder vier Tagen erteilt werden. Die serbische Regierung ist einer starken Opposition begegnet, aber man versichert, daß sie die erhobenen Einwendungen überwinden und unter einigen Vorbehalten die Vorschläge des Vierverbandes annehmen kann. Der Ministerrat soll in einer außerordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Königs die endgültigen Entschlüsse fassen.

Mißtrauen in Italien.

⇨ **Von der italienischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Die von der serbischen Kammer zugunsten der Regierung abgegebenen Erklärungen werden in der italienischen Presse mit starker Zurückhaltung besprochen. Serbien gilt hier nach wie vor als ein höchst unsicherer Bundesgenosse, dessen Halsstarrigkeit es zuzuschreiben sei, daß die Bemühungen des Vierverbandes auf dem Balkan so dürftige Ergebnisse erzielten. Corriere della Sera meldet heute, aus Nisch seien in den letzten Tagen leidlich günstige Nachrichten über die Frage der Abtretung Mazedoniens eingetroffen. Die große Mehrheit der Kammer sähe heute ein, daß Opfer unerläßlich seien, um die Lebensinteressen Serbiens zu wahren. Immerhin aber sieht das Blatt nach wie vor schwarze Punkte in der Haltung Serbiens. Unaufgeklärt sei immer noch, welche Gesamtheit von Abtretungen durch die verantwortlichen serbischen Behörden als unerläßlich gelte, ferner ob und in welchem Maße die Zugeständnisse, die Serbien machen wolle, im Zusammenhang ständen mit der Verwirklichung der Ideen, die das serbische Parlament mit der serbisch-kroatisch-slowenischen Einheit bezeichne. Das Blatt ist darüber stark beunruhigt und wünscht Aufklärung der Tragweite einer solchen Sprechweise. Zudem werde von der serbischen Regierung bekannt, daß Serbien nur zu den unerläßlichsten Opfern sich bereit erkläre, wenn es das volle Programm seiner irredentistischen Ziele erfüllt sehe. Das Mailänder Blatt ist von diesem Irredentismus anderer Staaten anscheinend sehr wenig erbaut und zieht aus der ganzen Haltung Serbiens den Schluß, daß bis zur Einigung auf dem Balkan noch recht viel Schwierigkeiten zu überwinden seien. Es bleibe nun noch die Antwort abzuwarten, welche der serbische Ministerrat dem Vierverband geben werde.

Russische Drohungen an Griechenland.

⇨ **Von der italienischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Dem Corriere della Sera wird aus Petersburg berichtet, daß dort die Kriegserklärung Italiens an die Türkei mit außerordentlichem Jubel aufgenommen worden sei. Zum reellen Wert der Nachricht selbst geselle sich noch ein besonderer moralischer infolge der gegenwärtigen Umstände Rußlands. Die Kriegserklärung lege man in den kompetenten Kreisen so aus, daß Italiens Ziele über Trient und Triest hinausgingen, und daß es zur Lösung aller der heute so ernsten und wichtigen Fragen beitragen wolle. Man teile in Rußland die Auffassung, daß die Verwirklichung der italienischen nationalen Bestrebungen nicht getrennt erfüllt werden könne, daß im Gegenteil in erster Linie der allgemeine Sieg über Deutschland kommen müsse. Im weitern sei man der Ansicht, daß der neue Schritt im Balkan seine realen Früchte zeitigen werde. Griechenland werde aus der schwierigen Situation, in die es durch Protestnote Gunaris' gekommen sei, wohl durch die Logik der Dinge wieder den einzig richtigen Weg finden, der ihm noch offen stehe. Man dürfte in Athen verstehen, daß mit dem Eintritt Italiens in den Krieg gegen die Türkei es sich nicht nur um Kawalla und sein Hinterland, sondern um die ganze Zukunft Griechenlands im Ägäischen Meer und Kleinasien handle. Griechenland werde nur jetzt und nur unter der Bedingung einer strikten Mitarbeit zum Siege des Vierverbandes zu einer befriedigenden Lösung gelangen. Diese Umstände würden es auch Serbien erlauben, das Nachgeben gegenüber den bulgarischen Forderungen zu erleichtern. Die italienische Entscheidung werde hoffentlich auch in Sofia ihren Einfluß ausüben, wo man bloß die Worte und Handlungen in Nisch und Athen abzuwarten scheine. Der Berichterstatter des Blattes führt zum Schluß eine Stelle aus der Nowoje Wremja an, wo es heißt: „Wir können uns die kritische Lage, in der sich die griechischen Politiker heute befinden, gut vorstellen. Sie hatten bis jetzt geglaubt, daß ihnen das Wilajet von Smyrna auf keinen Fall entgehen könne. Seit der italienischen Kriegserklärung aber können sie sich in ihrer Berechnung enttäuscht sehen."

Geht Italien gegen die Dardanellen mit?

⇨ **Von der italienischen Grenze,** 25. Aug. **(Telegr.)** Wie dem Avanti aus Turin gemeldet wird, veröffentlicht die Gazzetta del Popolo eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, die zwar nicht der Regierung angehört, aber trotzdem infolge ihrer guten Verbindungen in Regierungskreisen sehr gut unterrichtet zu sein pflegt. Auf die Frage, ob Italien nun binnen kürzester Frist an dem Vorgehen gegen die Dardanellen teilnehmen werde, wurde dem Zeitungsmann geantwortet: Ohne genau die Absichten der Regierung zu kennen, dürfe man wohl bestimmt behaupten, daß die Kriegserklärung an die Türkei keineswegs eine Unternehmung gegen die Dardanellen zur unmittelbaren Folge haben müsse. Italien gehöre zu einer Mächtegruppe, die bisher schon mit der Türkei auf dem Kriegsfuß stand, und es habe daher nichts Befremdendes, wenn es nun der Türkei ebenfalls den Krieg erklärt habe. Aber bevor man an eine weitere kriegerische Unternehmung denke, sei es zunächst Pflicht, an die eigenen Angelegenheiten zu denken und die Ereignisse auf den andern Kriegsschauplätzen richtig einzuschätzen. So wisse man zurzeit noch keineswegs, ob die Deutschen in ihrem Angriffsvorgehen gegen Rußland innehalten, und ob sie beabsichtigen, ihre Hauptkraft im Westen einzusetzen. Es sei daher größte Vorsicht von seiten Italiens vonnöten, um sich nicht in gefährliche Abenteuer zu stürzen. Man rede in der Presse häufig davon, daß die Einnahme der Dardanellen die Wiederaufnahme des russischen Angriffs bedeuten würde, doch müsse man dieser Behauptung gegenüber die nötige Zurückhaltung bewahren. Auf alle Fälle sei es gut, in einer so verwickelten und schweren Lage die Ereignisse von Stunde zu Stunde abzuwarten und sich nicht von falschen Voraussetzungen beeinflussen zu lassen. Die Regierung allein könne in voller Kenntnis der Tatsachen eine Entscheidung treffen, und ihr müsse man daher volles und unbedingtes Vertrauen schenken.

Der Seekrieg.

⚓ **Stockholm,** 25. Aug. **(Telegr.)** Die dem Vierverband freundliche Göteborgsposten schreibt satirisch über die erwartete neue Protestnote der Vereinigten Staaten anläßlich der Torpedierung der Arabic: „Diplomatische Noten sind der einzige Ausfuhrartikel der Vereinigten Staaten nach Deutschland. Die Ausbeute scheint mager zu werden."

(| **Kopenhagen,** 25. Aug. **(Telegr.)** Auf der Kopenhagener Marinewerft wurde heute eine Trauerfeier für die gefallenen englischen Seeleute des Unterseebootes E 13 abgehalten. Zur Feier hatte nur eine begrenzte Anzahl Eingeladener Zutritt. Anwesend waren ein Vertreter des Marineministers, höchste Seeoffiziere, Mitglieder der englischen Gesandtschaft und die hier internierten überlebenden Kameraden der Verunglückten, unter der Führung des Chefs des Unterseebootes, Kapitänleutnants Layton. Die 14 Särge standen im geschmackvoll geschmückten Exerzierhaus der Marinewerft. Der Geistliche der englischen Albionkirche in Kopenhagen hielt die Trauerfeier ab, jedoch ohne eigentliche Trauerrede. Die Leichen werden heute auf dem dänischen Dampfer „Vidar" nach Hull gebracht unter Begleitung des Kommandeurs Hammer, des Vertreters des dänischen Marineministeriums.

Die Neutralen.

Schweden und die Schweiz.

WTB **Zürich** 25. Aug. **(Telegr.)** Die Neue Zürcher Zeitung bespricht den Zweck der Errichtung einer schwedischen Vertretung in der Schweiz und weist auf die naheliegende Annahme der von Schweden beabsichtigten Verwirklichung des alten Planes hin: Den Zusammenschluß der neutralen Staaten zur Wahrung der nationalen Interessen, zumal in den gegenwärtigen Kriegswirren. Das Blatt erinnert daran, daß der Bundesrat im Oktober 1914 beschloß, einen solchen Schritt zu versuchen. „Mag es einerseits befremden," heißt es weiter, „daß der Plan schon wieder fallen gelassen werden mußte, so ist nicht zu vergessen, daß man es da nicht nur mit dem wohl allgemein verbreiteten Wunsche der Kleinstaaten nach Befestigung ihrer völkerrechtlichen Stellung zu tun hat, sondern ebenso sehr mit ihren besondern und schwerwiegenden verschiedenen Interessen. Wir befürchteten schon früher, daß es schwierig sei, eine Linie zu finden, auf der sich alle zusammenfinden könnten. Denkbar ist, daß Schweden eine direkte Erörterung gewisser aktueller wirtschaftlicher Fragen mit dem Bundesrat zu ermöglichen wünscht. Auch die Friedensfrage kann mit dieser diplomatischen Angelegenheit zusammenhängen."

WTB **London,** 25. Aug. **(Telegr.)** Die Times meldet aus Washington: Der Unterstaatssekretär des Schatzamtes erklärte sich bereit, wenn nötig, 30 Millionen Dollar zinsenfrei als finanzielle Unterstützung für die Baumwollernte bei den Banken der Südstaaten zu hinterlegen. Der Staatssekretär glaubt, daß keine Ursache zur Beunruhigung bestehe.

Deutscher Reichstag.

(Telegramm.)

⊙ **Berlin,** 25. August.

Am Bundesratstisch Delbrück, Lisco. Das Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Die Aussprache über Ernährungsfragen.

Fegter (Fortschr. Vp.): Unter der Teurung leiden am meisten die gering besoldeten Beamten mit ihren feststehenden Bezügen. Wie soll es nach Friedensschluß werden, Ersparnisse sind dann aufgezehrt und die Leute stehen vor dem Nichts. Hier muß man rechtzeitig Vorsorge treffen. Alle Lebensbedürfnisse, nicht nur die Lebensmittel, sind teurer geworden. Das gilt auch für solche, die nicht knapp sind oder die nicht aus dem Auslande kommen. Zwischen den Forderungen der Landwirte und den Verbrauchern muß ein Ausgleich auf der mittlern Linie gesucht werden. Die Ernte ist in diesem Jahre gut geraten; wir haben 1870 kein so gutes Erntejahr gehabt. Die Klagen sind also durchaus unberechtigt. Es wird immer betont, welch ungeheure Opfer die Landwirtschaft bringe, indem sie die alten Höchstpreise weiter hinnehme. Die unleugbaren Verdienste unserer Landwirtschaft um die Volksernährung werden niemals vergessen werden. Aber schon mehren sich im Lande die Gerüchte von der unersättlichen Begehrlichkeit der Landwirte, die rücksichtslos die Verzehrer ausbeuten. Zur Aufrechterhaltung der innern Übereinstimmung möge man von jetzt ab aufhören zu weinen und zu klagen und statt dessen lernen, zu leiden und zu ertragen, wie der arme Handwerker und der Kaufmann. Das sind die Leidtragenden, die die Opfer bringen. Die Landwirtschaft hat keine Veranlassung zu klagen. Das ist geradezu sündhaft. (Unruhe rechts.) Preistreibereien mit Braugerste müssen hintangehalten werden. Höchstpreise für Saatgut sind unabweislich, um befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Mit der Beschlagnahme der Kartoffeln und der Festsetzung von Höchstpreisen darf nicht so lange gezögert werden, bis die Preise wieder eine Höhe erreicht haben, die eine spätere Regelung erheblich erschwert. Auch mit der Herstellung von Kartoffeltrocken-Erzeugnissen muß zur rechten Zeit vorgegangen werden. Die Preise müssen im richtigen Verhältnis zum Kartoffelpreis stehen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch hängt von den Futtermitteln ab, die wir früher zu einem erheblichen Teil aus dem Auslande bezogen haben. Jetzt fehlen uns die ausländischen Zufuhren. Wir müssen uns mit den inländischen Vorräten einrichten. Die Schweineabschlachtung war jedenfalls verfehlt, weil mehr Schweine vernichtet worden sind, als nötig gewesen wäre. Dank der Einrichtung einer planmäßigen Lebensmittelversorgung gehen wir mit einem großen Bestande an Brotgetreide ins neue Jahr hinein. Deutsche Organisationskraft und Organisationskunst können den Sieg feiern, die Aushungerung eines Volkes von beinahe 70 Millionen Menschen verhindert zu haben. (Zustimmung.) Das preußische Abgeordnetenhaus hat einen Antrag angenommen, der eine Einschränkung des Wildschadens bezweckt. Diesem Antrage ist aber nicht Folge gegeben worden. Man möchte glauben, der preußische Landwirtschaftsminister sei nicht so sehr ein Minister der Landwirtschaft als ein Minister für Wildschaden. (Sehr gut links.) Auf diese unerträglichen Zustände muß man immer erneut hinweisen. Die verbündeten Regierungen müssen auf die Regierungen der Einzelstaaten einwirken, daß diesen Zuständen endlich ein Ende bereitet wird. Wir stehen wieder vor der Eröffnung der Jagd, wenn jetzt nicht genügend Wild abgeschossen wird, haben wir im nächsten Jahre noch mehr als bisher unter Wildschaden zu leiden. Nicht nur die zünftigen Jäger, sondern ein jeder, der durch das Wild geschädigt wird, muß das Recht haben, mit Flinten darauf loszuschießen. (Sehr richtig.) Die vorgestrigen Ausführungen des Abg. Gamp waren mit dem Burgfrieden nicht in Einklang zu bringen. (Zustimmung links.)

Abg. **Hestermann** (bei keiner Fraktion): Den Ausführungen des Abg. Fegter müssen einige Klarheiten nachgegeben werden. Mit seinen Ausführungen hat er den Burgfrieden ganz gewaltig mehr gestört, als er das etwa dem Abg. Gamp nachsagen kann. (Sehr richtig rechts, Unruhe links.) Warum greift man immer die Landwirtschaft an? Und wenn wir unsere Landwirtschaft nicht hätten, wären wir rettungslos verloren! Hat denn die Landwirtschaft den Verbrauchern die Lebensmittel verteuert? Haben nicht die Organisationen der Landwirtschaft gleich nach Kriegsausbruch Höchstpreise verlangt, die weit unter den später festgesetzten Höchstpreisen lagen? Und als später die Höchstpreise kamen, hat nicht die Landwirtschaft, sondern das Händlertum das Geld verdient. Unterstaatssekretär Michaelis hat uns doch gestern nachgewiesen, daß die Großmühlen ihr Geld aus den Geschäften verdient hätten, die sie vor Festsetzung der Höchstpreise mit der Landwirtschaft abgeschlossen hatten. Man hat sogar das Landwirtschaftsministerium wegen seiner Maßnahmen angegriffen. Das kann sich doch nicht von einer Gefühlsduselei leiten lassen! (Lachen links.) Ihr Lachen regt mich nicht auf, sondern gibt mir nur den Beweis, daß Ihnen meine Ausführungen unangenehm sind. (Erneutes Lachen links.) Das Volk ist nicht berechtigt, von der Landwirtschaft zu verlangen, daß sie billiger produziert als sie kann.

Damit schließt die Aussprache über die Ernährungsfrage.

Frhr. **v. Gamp** (Rp.) (persönlich): Der Abg. Fegter hat mir vorgeworfen, ich hätte den Abg. Gothein persönlich angegriffen. Es gibt im ganzen Hause keinen, der mich so oft persönlich kränkt in meiner Eigenschaft als Großgrundbesitzer, wie er. Ich bestreite, gegen den Abg. Gothein unfreundlich gewesen zu sein.

Abg. **Fegter** (F. Vp.): Der Abg. Gamp hat den Abg. Gothein in Form einer Frage unterstellt, daß er mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen hier Ausführungen gemacht habe. Das war bisher im Hause nicht üblich. Von persönlichen Angriffen weiß ich mich vollständig frei.

Abg. **Gothein** (F. Vp.): Der Abg. v. Gamp hat in seiner Rede beständig gegen mich polemisiert und mich apostrophiert. Diese seine Kampfesweise ist mir seit Jahren bekannt, und ich rege mich darüber nicht auf. Die Entschließung auf Schaffung eines Nahrungsmittelamts wird angenommen, und zwar mit dem sozialdemokratischen Antrage, der einen Beirat von Mitgliedern des Reichstags fordert. Die übrigen Entschließungen der Haushaltskommission zu den Ernährungsfragen werden angenommen. Es werden dann die Resolutionen verhandelt, die zugunsten der selbständigen Gewerbetreibenden billigen Kredit fordern. Nach Beendigung des Krieges soll die Abtragung der gestundeten Schulden erleichtert werden.

Dr. **Böttger** (nl.): In den Kriegsdebatten des Reichstags sind bisher die gewerbepolitischen Fragen zu kurz gekommen, obwohl anerkannt worden ist, daß einige Handwerkszweige, so das Hausgewerbe, das Tischlergewerbe und das Schneiderhandwerk unter dem Kriegszustand

Tägliche Rundschau
27./VIII. 1915

In der Tat: Die Zeit ist wirklich gekommen.

Grey gegen Bethmann.

London, 26. August. (Meldung des „Reuterschen Büros".) Sir Edward Grey hat folgenden Brief an die Zeitungen gerichtet:

Sir! In der

Rede des deutschen Reichskanzlers

sind einige Punkte, die meiner Meinung nach in einem Brief an die Presse behandelt werden können bis zu einer vollständigeren Uebersicht über die Lage, die besser auf eine andere Weise zu anderer Zeit gegeben werden sollte. Ich werde die Tatsachen und die Anmerkungen, zu denen sie Anlaß geben, so kurz und deutlich wie möglich summieren und bitte um die Veröffentlichung:

Der belgische Bericht über die Besprechung mit dem englischen Militärattaché

wurde im letzten Herbst von deutscher Seite veröffentlicht, um zu beweisen, daß Belgien seine Neutralität an uns verkaufte und mit uns eine Verschwörung gegen Deutschland betrieb. Die Unterredung, aus der zu diesem Zweck das größte Kapital geschlagen wurde, wurde dem Ministerium des Aeußern nicht mitgeteilt, ebensowenig dem Kriegsamt, wie aus den Archiven hervorgeht. Wir haben zuerst den Bericht über die Unterredung gesehen, als Deutschland sie veröffentlichte. Daraus geht deutlich hervor, daß sie nur auf den Fall bezug nahm, daß Belgien angegriffen werden würde. **Eine Landung englischer Truppen in Belgien sollte nur stattfinden, nachdem Deutschland in belgisches Gebiet eingefallen sei. Die englische Regierung wurde zu nichts verpflichtet.** Es bestand keine Abmachung und Uebereinkunft zwischen der britischen Regierung und Belgien. Warum erwähnt der deutsche Reichskanzler diese informellen Besprechungen im Jahre 1906 und läßt er völlig beiseite, daß ich 1913 dem belgischen Gesandten sehr kategorisch sagte, daß wir hinsichtlich Belgiens und anderer neutraler Länder wünschten, daß ihre Neutralität beachtet werden sollte und daß wir, solange diese nicht durch eine andere Macht verletzt würde, sicher keine Truppen nach ihrem Gebiete senden würden. Man muß sich erinnern, daß der erste Gebrauch, den Deutschland von dem belgischen Schriftstück machte, darin bestand, Belgien eine unaufrichtige Handlung gegenüber Deutschland vorzuwerfen. Was ist nun die Wahrheit? Am 29. Juli 1914 versuchte der deutsche Reichskanzler uns durch das Versprechen zukünftiger belgischer Unabhängigkeit dazu zu bestechen, daß wir uns bei Ausbruch des Krieges an der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland beteiligen sollten. Er nannte den belgischen Vertrag einen Fetzen Papier. Der deutsche Staatssekretär des Aeußern erklärte, Deutschland müsse durch Belgien marschieren, um Frankreich anzugreifen. Es habe nicht die Zeit, um anders vorzugehen. Es ist notwendig, die Erklärung des Herrn v. Jagow nochmals anzuführen. Die kaiserliche Erklärung mußte auf dem schnellsten und leichtesten Wege nach Frankreich einmarschieren, um mit den Operationen rasch vorwärts zu kommen und danach trachten, so schnell wie möglich zu einem entscheidenden

---

Lande und zur See zu brechen, und während es so standen wütete, blieben, wie es jeder Schandel im Frieden ist. Es wäre sehr vernünftig, die Freiheit der Meere zum Gegenstande von Verhandlungen, Vergleichsbestimmungen und Abkommen nach diesem Kriege zu machen, aber nicht als etwas Abgedroschenes und nicht, solange kein Friede und keine Sicherheit gegen den Krieg und deutsche Weltherrschaft, einer Großmacht und einer Gruppen zu den Waffen zu greifen, das darauf angewiesen sind, Verteidigung fehlt. Wenn wir aber Verhandlungen gegen Kriegsbeteiligung für Deutschland, einfach Behauptung gegen mannigfachen Behauptung nach unserer Kenntnis der Charaktere unsere Wahl zu treffen, so fühlen wir keine Sekunde lang irgendeine Qual der Wahl.

Es ist bei Herrn Grey immer bielefelde Gaunerradulistik: England war zu nichts verpflichtet; England verlangte von uns nur Schonung der belgischen Neutralität; nur falls mit diese etwa verletzen sollten, würde England marschieren. Natürlich aber wußte Herr Grey besser als irgend jemand, daß die belgisch-französisch-englischen „unverbindlichen" Abmachungen uns eine Schonung der belgischen Neutralität nunmehr machten, nachdem sie durch jene Abmachungen tatsächlich schon beseitigt war. Im übrigen wirksichtigt Herr Grey mit allen, abgegriffenen Schablonen, über die mit Worten zu treten sich nicht lohnt, soweit er nicht etwa, wie bei dem Punkte von der „Nützlichkeit" einer englischen Neutralität, Deutschland, einfach Behauptung gegen Behauptung setzt. Wenn wir aber darauf angewiesen sind, tatsächliche Gründe und Gegenbeweise zu geben, so ist es

ung
rter Zeitung.)
Zimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Colonelzeile 50 ₰. Abendbl. 75 ₰. Reklamen ℳ 2.—. Abendbl. ℳ 2.50. Familienanzeigen ℳ 1.—. Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A.: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Frankfurter

ftriege.

Eine Antwort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, 27. Aug. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu dem Brief Greys an die englische Presse u. a.: In seinem Brief an die englische Presse wendet sich der Minister zunächst der

belgischen Frage

zu. Der Reichskanzler hatte dieselbe in seiner Rede nur flüchtig gestreift, indem er darauf hinwies, daß die Verstöße der belgischen Regierung gegen die Neutralitätspflichten durch die Veröffentlichungen über die Besprechungen des englischen Militärattachees mit den belgischen Militärbehörden bereits erwiesen seien, so daß es weiterer Beweise dafür, die die feindliche Presse in dem Berichte des belgischen Gesandten vermisse, nicht bedürfe. Sir Edward Grey übergeht die in diesen Berichten gegen seine Politik enthaltenen Anklagen mit Stillschweigen. Umso eingehender beschäftigt er sich mit der Frage der belgischen Neutralität. Er widerlegt dabei Behauptungen der kaiserlichen Regierung, die dieselbe niemals aufgestellt hat. Es ist deutscherseits niemals behauptet worden, daß Belgien seine Neutralität an England verkauft und mit ihm ein Komplott gegen Deutschland geschmiedet habe. Deutscherseits ist behauptet und durch aufgefundene Dokumente bewiesen worden, daß die belgischen Militärbehörden mit Vorwissen der belgischen Regierung den militärischen Plänen Englands Vorschub geleistet, und daß damit Belgien sich eines Verstoßes gegen seine Neutralitätspflichten schuldig gemacht habe.

Am 23. April 1912 erklärte der englische Militärattachee Oberst Bridges dem General Jungbluth, daß die englische Regierung die Absicht gehabt habe, auf alle Fälle auch ohne die Zustimmung der belgischen Regierung in Belgien Truppen zu landen. Das belgische Ministerium des Aeußern erhielt von dieser Unterredung Kenntnis. Wir richten hiermit an Grey die Frage: Hat die belgische Regierung durch ihren Gesandten in London bei der englischen Regierung gegen diese Erklärung des englischen Militärattachees Protest erhoben, oder hat sie wenigstens angefragt, ob diese Erklärung von der englischen Regierung gebilligt werde? Wir können die Antwort Greys vorausnehmen: Die belgische Regierung hat eine solche Demarche in London niemals getan. Damit ist bewiesen, daß sie entschlossen war, der Verletzung ihrer Neutralität durch England mindestens keinen Widerstand entgegenzusetzen. Man beachte den Unterschied: Auf die Vermutung hin, daß Deutschland eine Verletzung der belgischen Neutralität beabsichtigt, trifft Belgien alle Vorbereitungen für die Intervention eines englischen Hilfskorps. Auf die bestimmte Erklärung des englischen Militärattachees, daß England die belgische Neutralität habe verletzen wollen, rührt die belgische Regierung keinen Finger. Ein Land, das so handelt, ist nicht neutral.

Zu der Bemerkung Greys, daß weder dem Ministerium des Aeußern noch dem englischen Kriegsamt früher etwas über die bewußten Unterredungen mitgeteilt worden sei, stellt die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." fest, daß mehrere aufgefundene eingehende Einzelausarbeitungen des Generals Ducarne über eine Intervention eines englischen Hilfskorps in Belgien, die sie sich vorbehält, der Oeffentlichkeit zu übergeben, den Vermerk tragen: „Communiqué à Mr. Barnadiston (fin mars). Das Blatt fährt fort: Daß der Militärattachee diese Schriftstücke nicht zu seinem Privatgebrauch in den Schreibtisch einschloß, lehrt die Bemerkung des bekannten Berichts des Generals Ducarne, daß der Chef des englischen Generalstabes, General Grierson, den belgischen Kriegsplan gebilligt habe. Gabe aber erheischt Gegengabe. So finden wir denn in der fatalen Mappe mit der Aufschrift: „Intervention anglaise en belge" auf englischem Papier in englischer Redaktion mit dem Vermerk: „These figures are under revision" eine Zusammenstellung dieses Hilfskorps, die nur aus dem englischen Kriegsministerium oder dem Generalstab stammen kann.

Grey beruft sich darauf, daß er im Jahre 1913 dem belgischen Gesandten sehr kategorisch erklärte, daß England keine Truppen nach Belgien sendt, so lange dessen Neutralität nicht durch eine andere Macht verletzt würde. Wir lassen dahingestellt, ob diese Erklärung wirklich kategorisch war. Auch haben wir wieder gesehen, welcher Wert den englischen Erklärungen inne wohnt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß der englische Generalstab dem belgischen Generalstab zu einer so engen Mitarbeit und zu einer so weitgehenden Berücksichtigung der militärischen Pläne Englands veranlaßt hat, daß dadurch eine

einseitige militärische Parteinahme Belgiens

zu Gunsten Englands herbeigeführt wurde. Im übrigen stellen wir fest, daß deutscherseits der Versuch, den deutschen Einmarsch in Belgien nachträglich mit dem schuldhaften Verhalten der belgischen Regierung zu rechtfertigen, niemals gemacht wurde. Die Gründe für den deutschen Einmarsch in Belgien hat der Reichskanzler in seiner Rede vom 4. August 1914 dargelegt, und er hat seitdem in seiner Rede vom 2. September 1914 lediglich erklärt, daß, als die deutschen Truppen das belgische Gebiet betraten, sie sich auf dem Boden des Staates befanden, der die Neutralität selbst längst durchlöcherte. Wir können uns die weitere Bemerkung nicht versagen, daß die Entrüstung über die Nichtbeachtung eines Vertrages, der vor 75 Jahren zu besonderen Zwecken und unter ganz anderen Bedingungen geschlossen wurde, als sie jetzt vorlagen, in dem Munde des Vertreters eines Landes sonderbar anmutet, das über ein vor 25 Jahren Europa gegebenes feierliches Versprechen im Jahre 1904 zur Tagesordnung übergegangen ist, und das die dauernde Nichtachtung der vertraglichen Verpflichtungen, die Frankreich bezüglich Marokkos übernommen, stets auf das Nachdrücklichste, selbst auf die Gefahr hin, wie im Jahre 1911, damit einen Krieg zu entfesseln, unterstützte.

Ueber die deutsch-englischen Verhandlungen des Jahres 1912 stellt Grey den Beweis in Aussicht, daß nur das Versprechen absoluter Neutralität durch England denselben einen Erfolg beschieden hätte. Wir sehen dem zu erwartenden Ergebnis englischer Entstellungskünste mit Interesse entgegen. In dem, was Grey über die unmittelbare

Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges

sagt, legt er dem Reichskanzler Behauptungen unter, welche dieser nicht getan hat. Der Reichskanzler behauptet in seiner Rede nicht, daß Grey den Krieg gewünscht und geplant habe. Er stellte lediglich angesichts der Behauptungen unserer Feinde, daß sie nicht kriegsbereit gewesen seien, während Deutschland den Krieg seit langem heimtückisch vorbereitet habe, fest, daß England ebenso wie seine Verbündeten, mit dem vollen Bewußtsein seiner Kriegsbereitschaft in den Kampf ging.

Was die von dem Reichskanzler angeführte Bemerkung des Ministers zu Lichnowsky betrifft, so stellt Grey sie in Abrede. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gibt den Wortlaut der Aufzeichnung wieder, die der Botschafter über den betreffenden Teil seiner Unterredung vorgelegt hat. Darin heißt es: Grey ließ mich wissen, daß er mich gerne vor meiner Abreise noch einmal sprechen möchte, um von mir Abschied zu nehmen; auch habe er mir eine vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für

Vossische Zeitung
27. VIII. 1915
129

Deutscher Reichstag

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung, Donnerstag, 26. August, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Helfferich, Wandel, Lisco.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung mit der

Mitteilung des Falles der Festung Brest-Litowsk,

die das Haus mit stürmischem Bravo aufnimmt. Der Präsident fügt hinzu:

Wir begrüßen die tapferen Soldaten, Offiziere und Heerführer unserer und der verbündeten österreichisch-ungarischen Armee (erneutes Bravo!), die in den letzten Wochen und Monaten so Unglaubliches geleistet und ihre Leistungen durch den Fall der Festung Brest-Litowsk gekrönt haben. (Stürm. Beifall.)

Die Genehmigung zur Einleitung einer Widerklage des Generallandschaftsdirektors v. Kapp gegen den Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) wird versagt.

Die Behandlung und Verpflegung der Soldaten.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Während in den Parlamenten der mit uns im Krieg stehenden Staaten die inneren Zustände besprochen werden, haben wir Zurückhaltung geübt. Wenn wir die zahllosen Beschwerden, die uns zugehen, besprechen, so kann uns deswegen kein Vorwurf gemacht werden. Was z. B. die Armee Linsingen in dem monatelangen Winterkrieg im Hochgebirge geleistet hat, steht so hoch, daß keinerlei Kritik an inneren Einrichtungen diese Leistungen beeinträchtigen kann. Wenn freilich gegen Wehrmänner in höheren Jahren Ausdrücke aus der Zoologie gebraucht und sogar mit allerhand nicht einwandfreien Berührungen bei der Ausbildung vorgegangen wird, so muß dem scharf entgegengetreten werden, was ja vom Kriegsministerium auch bereits angeordnet wurde. Im Interesse der Kampffreudigkeit und Schlagfertigkeit des Heeres muß hier ständig eingegriffen werden. Man sollte die betreffenden Erlasse auch den Mannschaften bekanntgeben. Die zur Gefangenenbewachung verwendeten älteren Landsturmleute müssen auch in gehöriger Weise behandelt werden. Wie verträgt sich mit dem Burgfrieden das Fortbestehen des bayerischen Erlasses gegen die Sozialdemokratie? — Nach persönlicher Wahrnehmung muß ich die ausländischen Klagen über die

Behandlung der in Deutschland gefangen Gehaltenen

als unbegründet bezeichnen. Daß bei dem plötzlichen raschen Anwachsen der Gefangenen vorübergehend Mißstände vorkamen, ist unvermeidlich. Unter den Zivilinternierten sind viele, die nur vergessen haben, sich rechtzeitig naturalisieren zu lassen. Ihre Familien leiden Not. Man begnüge sich doch diesen in Deutschland groß Gewordenen gegenüber mit einer strengen Kontrolle und setze sie in Freiheit. An der Verpflegung der Gefangenen sollte nicht verdient werden, wie es z. B. die Stadt Gardelegen gemacht hat; die Heeresverwaltung billigt das ja selbst nicht. Die Ablösung im Stellungskrieg sollte etwas rascher erfolgen. Das Beschwerderecht der Soldaten kann vielleicht jetzt nicht reformiert, aber seine Ausnutzung sollte erleichtert werden. Mancherlei mag ja auch unter unseren Truppen vorgekommen sein, was besser unterblieben wäre. Zur Sonnenhöhe der Kultur führt der Krieg auf keinen Fall. Den Verwüstern Ostpreußens aber steht es besonders an, von Barbarei zu reden! Die beste Disziplin ist die der freiwilligen Unterordnung; die Strafen müssen im Verhältnis zur Straftat stehen, zumal im Felde schon die Mindeststrafen so hoch sind. Man sollte den Geisteszustand der Angeklagten auch in Rechnung ziehen; am besten wäre es vielleicht, die schweren Fälle in der Heimat abzurteilen, statt im Donner der Kanonen. An den Reisen der Urlauber darf der schätzenswerte Spartrieb des Reichsschatzamts nicht betätigt werden. Jetzt spart man mit der Erteilung von Urlaub — das war nicht unsere Absicht! Die Familienväter sollten endlich ihre Familie wiedersehen können. — Wir beantragen,

allen Feldsoldaten die Kriegslöhnung

zu gewähren. Der Redner geißelt die Verfügungen einiger Kurortverwaltungen gegen das Betreten der Kuranlagen durch Verwundete, denen die Kurgäste ja ihre Ruhe zu verdanken haben; ebenso verwerflich ist es, wenn in Lazarettgärten abgegrenzte Räume für Verstümmelte hergerichtet werden. — Die freiwilligen Krankenpfleger in Preußen sollten den bayerischen und württembergischen gleichgestellt werden; mit einem so langen Krieg hat niemand gerechnet. — Die Verpflegungsgelder sollten allgemein auf 1,20 Mark erhöht werden. Billiger kann eine ausreichende Verpflegung bei den heutigen Preisen nicht gewährt werden. Die Kosten können angesichts der Gesamtkosten des Krieges nicht ins Gewicht fallen. Möge bald der Tag kommen, der uns den Frieden bringt! (Beifall b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich weist den Vorwurf zurück, daß das Reichsschatzamt die Bewilligung der freien Urlaubsfahrt ungebührlich verzögert hätte. Die Resolution des Reichstags zu dieser Frage wurde am 29. Mai gefaßt,

die freie Urlaubsfahrt

trat am 1. Juli in Kraft. In diesem Monat aber sind Urlaubsbewilligungen außer denen, die aus zwingenden Gründen erfolgen mußten und deshalb an sich bereits freie Fahrt hatten, in irgendwelchem nennenswerten Umfang nicht erfolgt. Im übrigen ist die Bewilligung der freien Urlaubsfahrt nicht erst zurückzuführen auf Veröffentlichungen in der Presse, insbesondere des „Vorwärts", sondern wäre auch sonst erfolgt. Der Einfluß des „Vorwärts" auf die Reichsregierung wird vom Abg. Stücklen da doch überschätzt. (Heiterkeit.) Im übrigen habe ich für unsere Soldaten ein genau so warmes Herz wie der Abg. Stücklen oder jeder andere. Ich bin aber außerdem auch verantwortlicher Leiter für die Finanzen des Reiches. Diese Eigenschaft hindert mich, von meinem guten Herzen denselben weitgehenden Gebrauch zu machen wie jeder andere Staatsbürger; ich nehme da eine Ausnahmestellung ein und wäre dankbar, wenn auch der Reichstag darauf einige Rücksicht nehmen würde. Für Vorschläge zur Sparsamkeit bin ich immer dankbar. Aber die Anregungen, die in der Kommission und hier gegeben worden sind, laufen nicht auf Sparsamkeit, sondern auf das Gegenteil hinaus. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vpt.): Angesichts der gesamten militärischen und politischen Lage und insbesondere angesichts des herrlichen Erfolges dieses Tages beschränkt sich die Fortschrittliche Volkspartei auf folgende Erklärung: Wir stimmen allen Anträgen zu, die geeignet sind, die Verhältnisse der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen zu verbessern und zeitgemäße Reformen einzuführen. Wir haben auch zahlreiche Wünsche und Beschwerden unserer Truppen aus der Front und aus der Heimat in der Kommission vorgebracht und energisch vertreten. Wir haben insbesondere verlangt, daß jeder Mann aus der Front die Möglichkeit bekommt, auf einem Urlaub seine Angehörigen zu sehen. Auch die

Verbesserung der Lohn- und Verpflegungsverhältnisse,

insbesondere auch zugunsten unserer Verwundeten, denen wir so unendlich viel zu verdanken haben, haben wir in der Kommission dringend vertreten. Wir glauben die bestimmte Erwartung aussprechen zu dürfen, daß eine alsbaldige Abstellung der anerkannten Mängel und Beschwerden erfolgt und unsere erhobenen gerechten Forderungen alsbald erfüllt werden. Auch sonstige technische Fragen der Landesverteidigung haben wir in der Kommission pflichtgemäß unter voller Anerkennung der glänzenden organisatorischen Leistungen des Generalstabs und des Kriegsministeriums eingehend erörtert. Wir versprechen uns aber von einer Wiederholung dieser rein militärischen Debatte im Plenum in dieser Zeit keinen Nutzen. (Sehr richtig!) Wir sind voll Dank und Stolz auf unsere von der ganzen Welt, auch von unseren Feinden bewunderte Armee, ihre Führung und, was ich ganz besonders unterstreiche, insbesondere ihre Mannszucht, die groß dasteht in der Welt trotz aller Verleumdungen und Verzerrungen durch unsere Gegner. (Beifall.) Voll Stolz auf unsere Armee haben wir heute nur den einen Wunsch, daß es ihr gelingen möge, den baldigen endgültigen Sieg an ihre Fahnen zu knüpfen und einen Frieden zu erringen, der unsere Kinder und Kindeskinder vor so furchtbaren Blutopfern bewahrt und dauernd die friedliche Kulturarbeit des deutschen Volkes sichert und schützt. Mit der Armee wird das deutsche Volk

durchhalten bis zum glücklichen Ende!

(Lebhafter Beifall.)

Abg. **Bassermann** (ntlb.): Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat gründliche Arbeit geleistet und in vielstündigen Sitzungen die vielen Fragen, Beschwerden und Wünsche gründlich behandelt. Angesichts der vertrauenswürdigen Behandlungen dieser Wünsche und Beschwerden durch das Kriegsministerium verzichten wir hier im Plenum auf eine weitere Diskussion und werden den Beschlüssen der Kommission zustimmen. Angesichts der gewaltigen, weltgeschichtlichen Erfolge unserer herrlichen Armee, die unerreicht in der Geschichte aller Zeiten dasteht, muß die Kritik heute schweigen. Dankbaren Herzens grüßen auch wir unsere tapferen Sieger. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.): Auch wir glauben, daß angesichts des großartigen Erfolges des heutigen Tages die Kritik des Reichstages schweigen kann.

Abg. **Kreth** (kons.): Auch wir hätten manche Wünsche vorzutragen. Aber die wenigen Beschwerden, die von der Front und hinter der Front über unangemessene Behandlung von Soldaten vorgetragen sind, verschwinden vollkommen vor dem glänzenden Bild der Kameradschaftlichkeit, das unsere Armee der ganzen Welt zeigt. (Beifall.) Wir haben auch die feste Ueberzeugung, daß alle Soldaten — Offiziere und Mannschaften — nur dem einen großen Ziel gemeinsam und kameradschaftlich dienen, uns einen ruhmreichen Frieden zu erkämpfen. (Beifall.)

Stellvertretender Kriegsminister v. Wandel: Nach diesen Erklärungen glaube ich es nicht mehr nötig zu haben, zu wiederholen, was ich bereits in der Kommission gesagt habe.

Wir werden allen Anregungen, Beschwerden und Klagen nachgehen,

so daß wir das nächste Mal dem Reichstage sagen können: es sind Verbesserungen eingetreten, wo sie notwendig waren. Die Militärverwaltung wird im übrigen bemüht sein, nach wie vor das Heer schlagfertig zu erhalten und schlagfertig zu machen für seine große Aufgabe: durch eine sorgfältige Aushebung, eine vernünftige Ausbildung und durch Förderung und Erhaltung eines Geistes in der Armee, der, unterstützt durch eine angemessene Behandlung, tüchtige Ausbildung und gute Führung, heute allein zum Siege führen kann. (Lebh. Beifall.)

Einstimmig angenommen werden folgende Anträge der Kommission:

1. den Reichskanzler zu ersuchen, den Verpflegungssatz der Mannschaften des Heeres und der Marine für die Dauer des Krieges ganz allgemein auf 1,20 M. für den Tag festzusetzen;
2. den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß den jüdischen Feldpredigern gleiche Aufwandsentschädigungen und Ausrüstungsgelder gewährt werden wie den nichtangestellten christlichen Feldgeistlichen;
3. den Reichskanzler zu veranlassen, daß festgestellt wird, daß die im Heeresdienst vertragsmäßig angestellten Aerzte zum aktiven Heer gehören und demgemäß ihnen die den Angehörigen des aktiven Heeres zustehenden Rechte (Steuerfreiheit, Mobilmachungsgelder) ebenfalls gewährt werden. — Ferner wird der Reichskanzler ersucht, eine Regelung der Gehälter der vertragsmäßig angestellten Aerzte durchzuführen, die das Alter und die Leistungen des einzelnen Arztes berücksichtigt.

Es folgen Anträge über

sozialpolitische Angelegenheiten.

Abg. **Bauer** (Soz.) wendet sich dagegen, daß den Gewerkschaften hier und da immer noch Schwierigkeiten gemacht werden. In manchen Orten sind die Gewerkschaftshäuser immer noch boykottiert, während anderwärts Lazarette darin eingerichtet sind. Warum entfernt man aus den Arbeitsordnungen der Heereswerkstätten nicht die Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie? Auf ihre Anwendung ist ja da und dort ausdrücklich verzichtet worden. Befremdend sind die Erlasse der kommandierenden Generale in Königsberg, Allenstein und Bayern, die die Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter aufheben und sie an die Scholle ketten. Dabei haben die Landwirte doch die Gefangenen. Die ostpreußische Verfügung entvölkert aber geradezu die Provinz; wenn die Leute sich auf ihrer Arbeitsstelle unglücklich fühlen, flüchten sie aus dem Geltungsbereich dieser Verfügung. Entgegen dem Willen der Reichsregierung werden ausländische Arbeiter, besonders Polen, von deutschen Unternehmern schlecht behandelt, besonders in Bergwerken. Das kann nicht Sympathien für Deutschland hervorrufen. Einige jüdische Weber in Westfalen wurden geradezu als Freiwild behandelt. Da sollte die Regierung energisch eingreifen. Das alles mußte ich zu meinem Bedauern hier vorbringen. Erfreulich ist die Ankündigung der Regierung, das Nachtbackverbot auch nach dem Kriege beizubehalten. Das Heimarbeitsgesetz sollte endlich in Kraft gesetzt werden, nach dem Kriege wird die Heimarbeit noch größer werden, sie muß geschützt werden. Die Postgehilfen werden entsetzlich niedrig bezahlt — höchstens 3 M. täglich in Berlin bei dieser Teuerung! — davon kommen die Unterschlagungen. Besonderen Mangel an sozialpolitischem Verständnis beweist der „Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe" trotz der günstigen Konjunktur. Unter Berufung auf den bestehenden Tarifvertrag verweigert der Verband Teuerungszulagen. Auch jetzt noch informieren sich manche Regierungsbehörden ausschließlich bei den Unternehmern; das stimmt nicht zu der Behauptung von einer über den Parteien stehenden Verwaltung. Die ohne ihre Schuld arbeitslos werdenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu unterstützen, ist eine Pflicht des Reiches, ebenso die

rechtzeitige Vorsorge für die Unterstützung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer

wenigstens für einige Zeit zur Wiederherstellung ihrer Wirtschaft und zur Arbeitssuche. Für die Kriegsinvalidenfürsorge sollte eine Zentralstelle geschaffen werden. Der Redner spricht über die Hinterbliebenenrenten, die unter engherziger Auslegung des Gesetzes möglichst niedrig festgesetzt werden, ja es kommt vor, daß Witwen und Waisen in unsozialer Weise um ihre Ansprüche gebracht werden. Das muß Unzufriedenheit und Erregung hervorrufen. Schließlich empfiehlt Redner die Resolution der Budgetkommission, daß auf die Hinterbliebenenrente Familienunterstützung drei Monate lang nicht angerechnet werden soll.

Der Redner behauptet weiter, daß die Kriegerfrauen vielfach als minderen Rechts angesehen werden, daß unter der Drohung des Verlustes der Unterstützung ein Arbeitszwang auf sie ausgeübt wird. Die zu niedrigen Familienunterstützungen haben eine Unterernährung der heranwachsenden Generation zur Folge und können zu einer sozialen Katastrophe führen. Wir appellieren an das Gewissen der Nation. Mindestens muß zum 1. Oktober eine einmalige außerordentliche Unterstützung gewährt werden, damit Anschaffungen für den Winter gemacht werden können.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Man könnte ja auf diese Rede mit großer Schärfe antworten, denn sie unterstrich mit wachsender Einseitigkeit alle düsteren Seiten. Das Reich steht den Kriegerfrauen doch nicht mit zugeknöpften Taschen gegenüber. Es sind bis jetzt

800 Millionen Mark an Unterstützungen gezahlt

worden. Das ist doch keine Kleinigkeit. So düster wie der Abg. Bauer geschildert hat, sieht es im Lande nicht aus. (Zustimmung.) Die freiwillige Wohltätigkeit hat der Vorredner überhaupt nicht erwähnt. Der Vorredner hat eine Reihe von Maßnahmen in geschickter Gruppierung zu einem Zerrbild zusammengestellt. (Sehr wahr!) Zurzeit wird geprüft, ob eine Erhöhung der Wintersätze eintreten kann.

Generalmajor v. Langermann: Die Rede des Abg. Bauer weckt Beunruhigung nicht nur unter den Kriegerfrauen, sondern auch unter den Leuten draußen im Schützengraben. (Sehr wahr!) Sie könnte auch im Auslord den Anschein erwecken, daß die Militärverwaltung für die Hinterbliebenen der Gefallenen nicht nur nicht sorgt, sondern ihnen sogar noch etwas abknapst. Ein derartiger Vorwurf wor noch nicht da. Ich habe draußen gekämpft und ich rufe meinen teuren Kameraden zu: für eure Hinterbliebenen ist und wird gesorgt, soviel geschehen kann. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Paasche** (ntlb.): Unter dem friedlichen Eindruck des Beginns dieser Sitzung möchten wir jeden Mißton vermeiden, müssen aber doch sagen: der Abg. Bauer erweist den Frauen und Kindern keinen Dienst, wenn er in dieser Weise alles in den Schmutz zieht. Gewiß ist Not vorhanden. Aber das ist doch die Ausnahme und man darf hier vor der ganzen Welt nicht sagen so, wie der Abg. Bauer es geschildert hat, sieht es in Deutschland aus! (Zustimmung.) Es ist eine arge Uebertreibung, zu sagen, daß die Frauen und Kinder unserer Krieger sich von trocken Brot und Wasser ernähren müßten und daß die Kinder ohne Kleidung herumlaufen. (Lebh. Zustimmung. — Unruhe b. d. Soz.) Wir sollten der Militär- und Zivilverwaltung unseren herzlichsten Dank dafür aussprechen, daß sie mit Aufopferung aller Kräfte und Mittel tun, was möglich ist. (Beifall.) Auch den Gemeinden und Arbeitgebern sollten wir danken. Manche Gemeinde und mancher Arbeitgeber, die im ersten Anfang der patriotischen Begeisterung in der Hoffnung auf eine kurze Dauer des Krieges große Mittel für Unterstützungszwecke zur Verfügung gestellt haben, werden sich jetzt schon mehr als einmal gefragt haben, wie sie durchhalten können. Man setzt die Tätigkeit unserer Kriegsfürsorge herab, wenn man sagt, das praktische Ergebnis sei weiter nichts, als daß die Angehörigen der Krieger verhungern müßten. Das liegt nicht im Interesse der Leute, für die der Abg. Bauer etwas erreichen wollte. Es ist überhaupt bedauerlich, daß so etwas gesagt werden konnte. (Lebh. Zustimmung.)

Gegenbeweise gibt es in Hülle und Fülle.

Ich kenne einen Fall, wo eine Frau Reichs- und Gemeindeunterstützung für sich und zwei Kinder bekommt und die trotzdem ihre Kinder zum Mittagessen in die Volksküche schickt. Die Kinder wissen nicht einmal, wo die Mutter sich aufhält. (Hört! Hört!) Man sollte in solchen Fällen die Mutter zwingen, für ihre Kinder zu sorgen. (Sehr richtig!) Eine solche Handlungsweise ist auch nicht gerade schön. Es ist ja auch nicht wahr, daß unsere Kriegerfrauen weiter nichts bekämen als die Unterstützungen von Reich und Gemeinde. Einmal arbeiten viele Kriegerfrauen, und sie sollen auch arbeiten, wenn sie es können. Für wrklich bestehende Not aber gibt es allenthalben helfende Hände. (Beifall.)

Abg. **Malkewitz** (kons.): Mit den scharfen Worten der Abwehr gegen die Rede des Abg. Bauer erklären wir uns ausdrücklich einverstanden. Kritik ist gut, aber sie darf sich nicht zu weit von den Tatsachen entfernen. Redner spricht für den Kommissionsbeschluß auf Erlaß einer Denkschrift über die Erfahrungen mit dem Nachtarbeitverbot im Bäckereigewerbe; schon jetzt zu beschließen, daß das Verbot bestehen bleiben soll, gehe aber zuweit.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vrg.) verteidigt die Kriegsfürsorge gegen die Angriffe des Abg. Bauer.

Abg. **Spahn** (Ztr.): Nach den gründlichen Auseinandersetzungen in der Kommission ist es sehr zu bedauern, daß es hier zu Ausführungen gekommen ist, die den Witwen und Waisen das Herz schwer machen und das Ansehen des Vaterlandes herabsetzen müssen. (Beifall.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Abg. Bauer hat sich noch sehr vorsichtig ausgedrückt. (Lauter Widerspruch und Ohorufe.) Hätten wir statt der Zensur Preßfreiheit, so brauchten wir diese Dinge nicht im Plenum vorzubringen. (Zustg. b. d. Soz.) Der Redner bittet dann um Ablehnung des Antrags Erzberger, der den Abzug der Familienunterstützung von der Hinterbliebenenrente 3 Monate nach deren Zuerkennung vorschreiben will, während der Kommissionsantrag (Liesching) nur festlegen will, daß beides drei Monate lang nebeneinander gezahlt werden müsse, ohne ein Weiterzahlen in berücksichtigenswerten Fällen ausschließen zu wollen. Der Redner weist in längeren juristischen Ausführungen nach, daß der Kommissionsantrag dem Willen des Gesetzgebers des Militärhinterbliebenengesetzes entspreche. Ohne es zu wollen, würden Sie durch den Antrag Erzberger die Kriegerwitwen und -waisen schlechter stellen! Sie würden sich damit gegen unsere soziale Pflicht versündigen! (Beifall b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Diese Ausführungen haben wir schon in der Kommission gehört, sie waren hier nur temperamentvoller vorgebracht, wie sie einem öffentlicheren Ort anstehen mag. (Htl.) Die Familienunterstützung hat nach dem Gesetz mit der Gewährung der Hinterbliebenenrente aufzuhören; zweimonatige Doppelzahlung ist vom preußischen Ministerium des Innern zugelassen. Nur ganz selten wird binnen 2 Monaten noch nicht Klarheit über das Schicksal eines Vermißten geschaffen sein. Wenn der Antrag Liesching ganz allgemein allen Hinterbliebenen unterschiedslos dreimonatige Doppelzahlung gewähren will, so kann ich zwar die finanziellen Konsequenzen nicht übersehen, aber ich verspreche, für die Durchführung dieser Regelung zu wirken. (Beif.) Ich verstehe nicht, wie der Vorredner in dem Antrag Erzberger etwas wesentlich anderes sehen kann; beide Anträge unterscheiden sich sehr wenig voneinander. Wenn man aber das so eindringliche Plaidoyer des Abg. Stadthagen hörte, dann mußte man glauben, daß sich ihm das Brot, das da gewährt werden soll, in Steine verwandle. Wem er allerdings diese Steine an den Kopf werfen will, das weiß ich nicht. (Beif. u. Htl.)

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Vpt.): Auch meine Freunde bedauern, daß in dieser großen und schweren Zeit Ausführungen wie die des Abg. Bauer gemacht wurden. (Beifall; Unruhe b. d. Soz.) Daß es in manchen Einzelheiten fehlt, das kann sehr leicht sein und

Tägliche Rundschau 132
28./VIII. 1915
Schluß der vierten Kriegstagung des Reichstags.

Nr. 435 • Erste Beilage
Morgen-Ausgabe

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 28. August
• 1915 •

Schluß der vierten Kriegstagung des Reichstags.

20. Sitzung, 27. August 1915, 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, Lisco, Dr. Helfferich.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Reichsvereinsgesetzes steht zur zweiten Beratung.

Der Entwurf verdankt Anträgen aus dem Hause seine Entstehung. Es handelt sich dabei: 1) um eine Neubestimmung des Begriffes der politischen Vereine und die ausdrückliche Herausnahme der Berufsvereine (Gewerkschaften) aus diesem Begriff. Nach § 3 muß ein politischer Verein einen Vorstand und eine Satzung haben. Nach dem neuen Entwurf soll hinzugefügt werden:

„Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern."

2) Der sogenannte Sprachenparagraph soll gestrichen werden. Damit würde die Vorschrift fallen, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind.

3) Das Verbot der Teilnahme von Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, an politischen Vereinen und Versammlungen soll ebenfalls gestrichen werden.

In dem Ausschuß hatte sich die Regierung mit der Herauslassung der Gewerkschaften aus dem Begriffe der politischen Vereine einverstanden erklärt; zu den beiden anderen Punkten hatte sie noch nicht Stellung genommen.

Berichterstatter Abg. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.):

Wir haben die Ausführungen des Reichskanzlers über die Polenfrage gehört. Danach muß das deutsche Volk hoffen und wünschen, in den Polen für die Zukunft den natürlichen Bundesgenossen gegen die russische Gefahr zu finden. Deshalb glaubt die Mehrheit des Ausschusses und des Hauses den sogenannten Polenparagraphen nicht mehr aufrechterhalten zu können und empfiehlt die Streichung der Bestimmung.

Eine der strittigsten Fragen des Reichsvereinsgesetzes war das Gebiet der Gewerkschaften. Der Beschluß zu §3 ist eine Vertrauenskundgebung für die deutschen Berufsvereine im weitesten Sinne des Wortes sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, deren Leistungen während des Krieges sich die größte Achtung erworben haben. Daran schließe ich zwei Wünsche an: Möchten Verwaltungsbehörde und Gerichte die Beschlüsse auch beachten, und möchte ferner auch die Regierung durch Annahme der Beschlüsse zum Begriff der Berufsvereine dem Streit um das Vereinsrecht der Gewerkschaften endlich ein Ende bereiten. Nach der Ueberzeugung der Mehrheit wäre das zum Wohle des Burgfriedens und zum Wohle der Arbeitsgemeinschaft aller Parteien gerade in dieser schweren und ernsten Zeit. (Beifall.)

Abg. Dr. Junck (nl.):

Die Herausnahme der Berufs- und Standesvereine, wobei wir ja besonders an die freien Gewerkschaften denken, aus dem Vereinsgesetz begrüßen wir mit lebhafter Freude. Wir verkennen nicht, daß diese Gesetzesänderung in das große Gebiet der Neuordnung unsere inneren Politik gehören würde, die der Reichskanzler nach dem Friedensschluß in Aussicht gestellt hat. Wenn wir jetzt schon diese einzelne Bestimmung gutheißen, dann tun wir das, weil es uns ein Anliegen ist, denen die Hand zu reichen, die dazu bereit sind, und um damit zu zeigen, daß es uns ernst mit dem Entschlusse ist, an dem Neubau unseres Volkslebens mitzuarbeiten. Die Arbeiterberufsvereine haben die Unterstellung unter das Vereinsgesetz schwer empfunden. Mag diese Empfindung auch zuweilen übertrieben gewesen sein, — genug, sie bestand. Die Gewerkschaften haben sich in diesem Krieg national bewährt, und es gebührt ihnen dafür der Dank der Nation. Der Zeitraum, während dessen sie sich bewährt haben, läßt darüber ein endgültiges Urteil zu. Wir sind auch der Ansicht, daß die Herausnahme der Berufsvereine aus dem Vereinsgesetz eigentlich dem wahren Willen der Gesetzgeber des Reichstags und der Regierung entspricht und daß der Zopf, den wir jetzt abzustreifen uns anschicken, eigentlich erst von der Praxis der Verwaltungs- und rechtsprechenden Behörden geflochten worden ist. Häufig hat der Irrtum obgewaltet, es ginge durch gewerkschaftsfreundliche Praxis das Vaterland verloren. Wir ergreifen mit Freuden die Gelegenheit, einen wirklichen Schritt vorwärts zu tun, um der bisherigen Uebung ein Ende zu machen.

Auch für die Jugendlichen wird Wesentliches gewonnen werden. Sie können in öffentlichen Versammlungen über ihre Arbeitsbedingungen unterrichtet werden und darüber mitberaten, selbst wenn dabei auch einmal das politische Gebiet berührt wird. Das ist nicht unberechtigt. Das Kind der unbemittelteren Volksklassen wird ja frühzeitiger ins Leben hinausgestoßen als das der bemittelten Kreise, über dem länger die Hand des Vaters waltet, woraus sich natürlich eine längere Unselbständigkeit und Abhängigkeit vom Vaterhause ergibt. Bei den Kindern der unbemittelteren Volkskreise besteht das Bedürfnis, die Jugendlichen über ihre Arbeitsbedingungen und die Kreise ihrer Arbeitsgenossen zu unterrichten.

Um so mehr müssen wir uns wundern, daß die Mehrheit auch den § 17 und damit die letzte Schranke beseitigen will, die die Jugendlichen von den eigentlichen politischen Versammlungen fernhält. Hier gehen wir nicht mit, und zwar aus tiefster innerer Ueberzeugung, daß wir unserer Jugend damit eine wirklich Wohltat nicht erweisen können. Wir streben alle nach der Wehrfähigkeit unserer Jugend, körperlicher und geistiger. Diese Wehrfähigkeit wird auf andere Weise erworben als in der ungesunden Luft der Volksversammlung. Es liegt kein Bedürfnis vor, daß unreife Burschen — ich sage das nicht von oben herab, ich war selbst einer (Heiterkeit) — nach dem Vorgang eines zufällig neben ihnen stehenden älteren Parteigenossen sich an den Bravos beteiligen oder die vorschriftsmäßige Unruhe erzeugen, wenn der Gegner etwas Unbequemes sagt, wir brauchen uns darüber nichts vorzumachen. Davor möchten wir die Jugend bewahren; wenn wir die Vertreter der deutschen Pädagogik befragen würden, so würden wir wohl ein einstimmiges Zeugnis in diesem Sinne bekommen. Die Zulassung in öffentliche Versammlungen lehnen wir ab.

Ablehnen müssen wir aber auch einen Eingriff in die Sprachengesetzgebung.

Von einer Ueberschätzung der sachlichen Bedeutung des § 12 des Vereinsgesetzes ist bei uns nicht die Rede. Wenn die Entwicklung der Dinge den von uns erhofften Verlauf nimmt, werden wir auch bereit sein, an einer Aenderung der Sprachengesetzgebung mitzuwirken. Was insbesondere die Polen angeht, so schließen wir uns der Anerkennung und Bewunderung des Reichskanzlers für die Energie und Leidenschaft, mit der sie ihre nationalen Bestrebungen verfolgen, durchaus an. Aber jetzt, wo die Dinge noch im Fluß sind, ist nicht die richtige Zeit, mit der bisherigen Gesetzgebung aufzuräumen. Weite Kreise unseres Volkes würden ein plötzliches Zurückgehen in diesem Punkt falsch verstehen und in ihrer nationalen Energie nachlassen. Wir wollen auch in dem Zeitpunkt der Umwertung aller nationalen Werte nicht als die schlechten Spieler dastehen, die ihre besten Trümpfe vorher aus der Hand gegeben haben. Beschweren Sie doch nicht das Schiff mit einem Ballast, der uns vielleicht zwingen könnte, das Schiff zu verlassen, bevor es den Hafen erreicht. Wenn die Bestimmungen über den Sprachenparagraphen und die Jugendlichen bleiben, so würden wir zu unserm Bedauern nicht für das ganze Gesetz stimmen können, so gern wir uns an dem Vertrauensvotum für die Berufsvereine beteiligen möchten. (Beifall.)

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Mein Vorredner scheint zu glauben, daß wir Säuglinge in unsere politischen Versammlungen hereinbringen wollen (Heiterkeit.); wir wollen uns keine Knabenchöre angliedern (erneute Heiterkeit). Warum will man denn den Jugendlichen die Teilnahme an den politischen Versammlungen verbieten, während sie ungestört politische Zeitungen lesen können, was zweifellos einen viel nachteiligeren Einfluß auf sie ausübt. Wegen des Mißgriffs der Praxis, die Beteiligung der Jugendlichen nicht nur an Berufsvereinen, sondern auch an Turnvereinen usw. zu verhindern, muß dieser Paragraph fallen. Warum will der Abg. Dr. Junck die Hand nur den Gewerkschaften, nicht auch den polnisch, dänisch und französisch sprechenden Deutschen reichen? Der Sprachenparagraph ist ein Zeichen der Schwäche und darf diese große Zeit nicht überdauern. Für Ausnahmegesetze ist jetzt weniger Raum als je! Der Abg. Dr. Junck will für den späteren politischen Kampf die besten Trümpfe in der Hand behalten. An Fragen der Gerechtigkeit gehe ich mit der Schlauheit des Kartenspielers nicht heran. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man will doch innere Streitigkeiten beseitigen. Das hat man doch selbst von so entgegengesetzten Seiten gesagt, wie es der Herr Reichskanzler und der Abg. Bassermann sind. (Heiterkeit.) Beweisen Sie Ihren guten Willen durch die Tat. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Entgegen der bisherigen Gepflogenheit der Verbündeten Regierungen habe ich diesmal in der Kommission bei der Beratung eines Initiativantrages dieses Hauses durch einen Kommissar eine Erklärung abgeben lassen. Gründe besonderer Art lassen es mir zweckmäßig erscheinen, mich an der Aussprache im Plenum zu beteiligen. Die Forderungen dieses Gesetzentwurfes gehören zu der großen Gruppe, die wir als Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege bezeichnet haben. Aus diesem Programm kann man nicht einzelne Punkte herausgreifen, das kann erst nach dem Kriege erledigt werden. (Abg. Heine [Soz.]: Das heißt also ad Kalendas Graecas vertagen!) Es handelt sich hier um die umstrittensten Fragen der letzten zehn Jahre. Die Verbündeten Regierungen und der Reichskanzler können es nicht für zweckmäßig halten, in dieser Zeit dieses heiße Eisen in die Hand zu nehmen. Die Reichsleitung ist grundsätzlich bereit, den Wünschen auf eine angemessene Freistellung der Gewerkschaften von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu entsprechen. Ich beziehe mich auf die frühere Erklärung hierüber. Ich kann aber nicht versprechen, daß ein entsprechender Gesetzentwurf zur Abänderung des § 3 schon im November vorgelegt wird, (Hört, hört!) weil ich nicht weiß, wie die Kriegslage sich im November gestaltet hat, und ob wir uns dann schon über die Neuorientierung unterhalten können. Die Verbündeten Regierungen haben zu dem Initiativantrag des Reichstages noch nicht Stellung nehmen können mit Rücksicht auf die starke Belastung mit laufenden Arbeiten des Krieges und der damit zusammenhängenden gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen. Die Erklärung meines Kommissars in der Kommission ist mit ausdrücklicher Billigung des Reichskanzlers und der in Betracht kommenden preußischen Ressorts erfolgt. (Hört, hört!) Sie können versichert sein, soweit dafür die bei diesen Erklärungen beteiligten Personen in Frage kommen, wird ihnen im gegebenen Augenblick rechtzeitig eine Vorlage gemacht werden. (Beifall.)

Abg. Becker-Arnsberg (Z.):

Der § 3 des Vereinsgesetzes muß eine solche Form erhalten, daß allen Auslegungskünsten einer den Gewerkschaften nicht wohlwollenden Bürokratie ein Riegel vorgeschoben wird. Die Gewerkschaften sind dankbar für die anerkennenden Erklärungen vom Hause und vom Regierungstisch heute und früher und hoffen, daß nun auch die Gewerkschaften in Zukunft entsprechend behandelt werden. Wir sind von jeher Gegner des Jugendlichen- und des Sprachenparagraphen gewesen und stimmen deshalb auch jetzt für die Aufhebung dieser Paragraphen. Wenn Jugendliche mit 17 Jahren ins Feld ziehen können, wenn junge Leute von 18 Jahren Offiziere werden können und jetzt im Kriege die Führung über ältere erwachsene Leute bekommen, dann können sie auch wohl sich an politischen Versammlungen beteiligen und auch einmal „bravo" und „sehr richtig" rufen. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Gamp (Rp.):

Die Aenderung des Vereinsgesetzes kann zurzeit keine praktische Bedeutung haben. Jetzt sind nicht Bundesrat und Reichstag, sondern die kommandierenden Generale maßgebend. Der Sprachenparagraph ist ein Kompromiß, an dem wir festhalten. Wer davon zurücktritt, muß das auch begründen. Zentrum und Sozialdemokraten sind allerdings nicht gebunden. Wenn die Verwaltungsbehörden wirklich bei der Auslegung des Vereinsgesetzes gegenüber den Gewerkschaften der Absicht des Gesetzgebers zuwiderhandeln und dadurch eine Abänderung des Gesetzes notwendig wird, so muß uns doch das hierzu nötige Material vorgelegt werden.

Es wäre bedenklich, wenn man etwa nach dem Kriege in Elsaß-Lothringen die Erörterungen der Friedensbedingungen und Ziele in französischer Sprache gestatten würde.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vp.):

Wir werden nur gegen die Aufhebung der Jugendlichenbestimmung sein. Die Klagen, die der Abg. Landsberg vorgebracht hat, werden bereits durch die Abänderung des § 3 beseitigt. Mißbräuche sind natürlich immer noch möglich, denn es wird immer bösartige und törichte Landräte geben. Bei der Schlußabstimmung werden wir für die ganze Novelle stimmen, weil sie im ganzen einen großen politischen Fortschritt darstellt. Einmal muß doch in der inneren Politik der Anfang gemacht werden. (Sehr richtig!) Solche Kompromisse wie das von 1908 können nicht ewig Geltung haben. Wenn der Reichskanzler unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse in der Polenfrage seine Meinung geändert hat, dann könnte eigentlich auch der Abg. v. Gampf es tun. Das deutsche Volk braucht keine politische Bevormundung, es hat seine Großjährigkeitserklärung in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht in einer geradezu weltgeschichtlichen Weise von neuem bekundet. Die Hauptsache wird sein, daß auch die preußischen Landräte und die sächsischen Verwaltungsbeamten bei der Anwendung der neuen Bestimmungen der neuen Zeit Rechnung tragen. Hoffentlich kommt bereits in der Novembertagung eine entsprechende Vorlage.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Praktische politische Erwägungen sprechen dagegen, jetzt eine einzelne Frage aus dem Komplex dieses Gebietes herauszugreifen. Selbst wenn das Vereinsgesetz nach den vorgetragenen Wünschen geändert würde, so könnten doch während des Belagerungszustandes die kommandierenden Generale die Bestimmungen außer Kraft setzen. Im großen und ganzen ist die Verwaltungspraxis während des Krieges so gestaltet gewesen, daß die Gewerkschaften damit auskommen. Eine Aenderung würde jetzt nur akademische Bedeutung haben. Wertvoll muß für Sie sein die bestimmte Zusage des Reichskanzlers, nach Herstellung glücklicher Verhältnisse dem Gesetz eine Gestalt zu geben, die dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers Rechnung trägt.

Abg. Dr. Oertel (kons.):

Possierlich und betrüblich ist es, daß einer der Väter des Gesetzes an der allmählichen Tötung seines Kindes sich beteiligt. Unser ablehnender Standpunkt bezieht sich auf das ganze Gesetz. Die Herausnahme der Berufsvereine aus der Begriffsbestimmung der politischen Vereine halten wir weder für geboten noch für tunlich. Selbst wenn wir sie für nötig erachteten, würden wir den Zeitpunkt nicht für richtig halten. Man soll ruhig bis nach dem Kriege warten. Die Bestimmungen über den Gebrauch fremder Sprachen in der öffentlichen Versammlung halten wir jetzt nicht für durchführbar, die fremdstämmigen Verhältnisse können wir jetzt nicht regeln, unser ablehnender Standpunkt gilt aber nicht für alle Zeiten. Gegen die Teilnahme der Jugendlichen an öffentlichen Versammlungen und politischen Vereinen sind wir grundsätzlich auch für die Zukunft, weil wir die Jugend vom politischen Getriebe fernhalten wollen. Wir werden in der dritten Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Kurzawski (Pole):

Wir werden für das Gesetz stimmen.

Abg. Heine (Soz.):

Wir können nicht mehr warten. Die Aenderung muß bald kommen. Ist Preußen daran zugrunde gegangen, daß fünfzig Jahre lang der Zustand bestand, den wir jetzt anstreben? Die kommandierenden Generale handhaben die Polizei manchmal sehr erfreulich, nämlich ohne die Schwerfälligkeit der Zivilbehörden. (Hört, hört! Heiterkeit.) Die Folgen der Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück beklage ich aufs tiefste als Deutscher, der seinen ganzen Willen eingesetzt hat in der Begeisterung für das Vaterland. Unser Wille, das Vaterland zu verteidigen, wird nicht leiden trotz solcher Erklärungen, aber vergessen werden sie nicht! (Sehr richtig! bei den Soz.) Je mehr das Volk leidet, um so tiefer brennt die Scham, wenn ihm die einfachsten Rechte vorenthalten werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Kerschensteiner (Fortschr. Vp.):

Die politische Schulung muß mit der Jugend anfangen. Wir haben in München zuerst Staatsbürgerkunde in den Schulen gelehrt. Die staatsbürgerliche Aufklärung der Jugend in der Schule ist immer noch die beste, die wir ihr geben können. Man soll die Jugend aber nicht in öffentliche politische Versammlungen hineinbringen, wo die Parteileidenschaften sich rücksichtslos zur Geltung bringen.

Die Aussprache schließt.

Die Novelle wird in allen drei Teilen angenommen. Gegen die Bestimmungen über die Gewerkschaften stimmen nur die Konservativen, gegen die Aufhebung des Sprachenparagraphen mit der Rechten auch die Nationalliberalen. Gegen die Aufhebung der Bestimmungen über die Jugendlichen stimmen auch die Fortschrittler. — In dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen. Nur der Abg. Zimmermann (nl.) stimmte mit der Mehrheit.

Belagerungszustand und Pressezensur.

Eine Entschließung der Kommission will die Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen auch auf Vergehen gegen die entsprechenden Vorschriften des Gesetzes über den Belagerungszustand ausdehnen, ferner bei Vergehen gegen das Belagerungszustandsgesetz wahlweise neben der Gefängnisstrafe auch Geldstrafe zulassen.

Ein Antrag Schiffer (nl.) will bei Vergehen gegen das Belagerungszustandsgesetz die Gefängnisstrafe zwar aufrechterhalten, aber wenigstens beim Vorliegen von mildernden Umständen die Verhängung von Haft oder von Geldstrafen bis zu 1500 M. zulassen.

Eine Entschließung der Sozialdemokraten ersucht den Reichskanzler, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wieder hergestellt werde.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Unsere Mitglieder werden in einseitiger Weise drangsaliert. Keine einzige öffentliche Versammlung wird zugelassen. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen. Das ist ein unwürdiger Zustand. Leute, deren Auffassung unbequem ist, werden in sogenannter Schutzhaft monatelang festgehalten, auch wenn sie gänzlich unbescholten sind. Die Zensur ist eine Drangsalierung der politischen, ganz besonders der sozialdemokratischen Presse. Die „Deutsche Tageszeitung" brachte dieser Tage eine Nachricht, die im Interesse unserer militärischen Kräfte allen andern Blättern verboten war. Eine Denkschrift der „Täglichen Rundschau" führt den Beweis, daß das Blatt einseitig geschädigt worden ist. Aenderungen sind vorgenommen worden, die den Sinn ins Gegenteil verkehren. Besonders kraß ist ein Fall, wo ein Artikel des genteil verkehren. Besonders kraß ist ein Fall, wo ein Artikel des stellvertretenden Generalstabs der Armee am 28. April bei der Schriftleitung der „Täglichen Rundschau" mit der Bitte um sofortige Veröffentlichung zugeschickt wurde, das Oberkommando aber Einsendung verlangte und ihn verbot, bis schließlich die Veröffentlichung durchgesetzt wurde. Wenn man so gegen die „Tägliche Rundschau" vorgegangen ist, dann liegt die Schlußfolgerung nahe, wie gegen die sozialdemokratische Presse vorgegangen ist. Was man nicht zensurieren kann, sieht man als militärische Angelegenheit an. Besonders straffe Saiten hat man in Rheinland und Westfalen angezogen. Dort ist es vorgekommen, daß Polizisten während der Drucklegung im Betriebe anwesend waren. Nachrichten der Pro-

Frankfurter Zeitung
29./III. 1915

Grundfragen unserer Weltpolitik.

I.

Das Fundament.

Während vor dem Kriege die Achse der deutschen Politik gen Nordwesten lag und aufs Meer hinaus deutete, ist in den wütenden Stürmen dieser Zeit der Südosten die einzige Himmelsrichtung, in der wir freundliche Winde antreffen. Dorthin blickend, finden wir die zwei tapferen und waffenmächtigen Genossen, Oesterreich-Ungarn und die Türkei, die uns das Schicksal in unserm Existenzkampfe an die Seite stellte. Das enge Bündnis mit diesen beiden Reichen, die schon ihr unversöhnlicher Gegensatz zu Rußland dauernd mit uns eint, ist die lichte Seite in unseren im übrigen wahrlich dunkeln Weltbeziehungen. Unsere sonstige Isolierung, die Tatsache, daß wir weithin in der Welt nur auf unerhörte Ungerechtigkeit stoßen, daß die größte der am Kriege nicht beteiligten Nationen hinter ihrer amtlichen Neutralität kaum etwas anderes verbirgt als offene Parteinahme gegen uns, diese freilich im höchsten Grade erbitternde Wahrnehmung hat viele Deutsche an früher gehegten Vorstellungen irre werden lassen. Das Gefühl ist verbreitet, daß alle ehrliche Bemühung um ein leidliches Verhältnis zu den anderen doch nichts nütze, der Deutsche in der Welt nur auf Tücke, Neid und Rachsucht zu rechnen habe und es für uns deshalb besser sei, gar nicht erst „Politik" zu machen, sondern das Schwert zu schärfen. Aber das ursprünglich zum Nutzen der Monarchen geprägte Wort, daß man mit den Bajonetten alles machen könne, nur nicht sich darauf setzen, trifft auch für die Völker zu. Die Fehde mit der ganzen Welt muß als ein äußerster Fall möglichen Uebels ins Auge gefaßt und, wenn sie kommt, ohne Wanken durchgekämpft werden, aber sie ist ein Ausnahmezustand. Wir haben die Pflicht, auf den Krieg in jedem Sinne gerüstet zu sein, aber wenn wir gar nichts anderes mehr rüsten und bedenken wollten, so würden wir künftige Fe" züge verlieren, denn die Gegenwart lehrt ja an jedem Tage aufs neue, wie sehr der Ausgang des Krieges von der Art des vorhergehenden Friedens abhängt. In England und Frankreich schwatzt man von dem preußischen Militarismus und nährt die Wahnidee, daß Deutschlands Kriegsrüstung wie ein fertig bezogener Panzer äußerlich umgehängt sei und man uns zwingen werde, wenn nur erst „mehr Munition" fabriziert sei. Diese trostlos mechanische Vorstellung mag sich ein so ungebildeter Mensch wie Herr Lloyd George vom Deutschland machen, den klügeren unter seinen Landsleuten ist inzwischen wohl ein Licht aufgegangen. Viel eher ließe sich von Rußland behaupten, daß seine Wehrfähigkeit auf einem toten Apparat beruht, nämlich auf geborgten französischen Milliarden und auf französischer, englischer und nicht zum letzten deutscher Technik, wozu als einheimischer Beitrag im wesentlichen nur die dumpfe Unterordnung des russischen Menschenhaufens kommt, der unermeßlichen Horde, die sich allerdings willig genug drillen und schlachten läßt. Wir hingegen müssen auch in künftigen Verwickelungen darauf gefaßt sein, die Probe des Krieges, die eine Kulturprobe in wahrstem Sinne ist, ganz aus eigener Kraftfülle zu überstehen. Niemand wird uns gutwillig Milliarden zur Verfügung stellen und unsere Wissenschaft und Industrie muß, schon der Waffentechnik wegen, leistungsfähiger sein als alle anderen. Mußten wir mithin, um im Kriege so stark zu sein, vor allem einmal im Frieden stark werden, so stellt sich nun doch wiederum die Frage ein, ob ein Weltverhältnis, also eine auswärtige Politik, wobei wir so stark geworden sind, im Grundzuge verfehlt gewesen sein kann. Zu kritisieren ist manches, aber wer hätte den Mut, hinzutreten und im Angesichte der ungeheuren Leistungen des Vaterlandes zu behaupten, daß diese Politik, die unter drei Kaisern und fünf Reichskanzlern die Erhaltung des Friedens auf ihre Fahne schrieb, gänzlich in die Irre gegangen sei? Nur durch den langen Frieden wurde Deutschland fähig, einen solchen Krieg zu ertragen. Und der Friede war nicht, wie unsere Feinde uns vorwerfen, bloß eine erheuchelte Maske, die der um so eifrigeren Vorbereitung zum Losschlagen dienen sollte. Ohne den ehrlichen Willen, im Einverständnis mit den anderen Nationen zu leben, hätte Deutschland niemals die innere Ruhe gefunden, die es brauchte, um sich mit solcher Intensität in seine bürgerlichen Geschäfte zu vertiefen. Diese innere Ruhe und die Aussicht auf eine lange Friedensdauer müssen wir als wertvollsten Preis des furchtbaren Krieges aufs neue erringen. Zwar wird ein Teil jener früheren Politik, der sich nicht bewährte, nach den umwälzenden Ergebnissen des Krieges auf neue Grundlagen zu stellen sein. Anderes aber ist in seinen ursprünglichen Voraussetzungen nicht widerlegt worden, und bei dem wollen wir bleiben, denn es machte uns stark.

Man darf die paradoxe Behauptung wagen, daß Deutschlands heutige Stellung in der Weltpolitik nicht erreicht worden sein würde, wenn nicht lange Zeit überhaupt auf eine eigentlich weltpolitische Betätigung verzichtet worden wäre. Für Bismarck blieb Deutschland „saturiert" bis ans Ende. Diese Bescheidung entsprang keineswegs etwa müder Stimmung, sondern dem gesunden Empfinden, daß nach all den Versäumnissen und Leiden der Vergangenheit unsere ganze Kraft zunächst einmal dem heimischen Erbe und dessen Pflege gelte. Und so ist dieses Erbe in einer Weise ausgebaut worden, die man nicht für möglich gehalten hatte. In den ersten zwei bis drei Jahrzehnten des Reiches stand für uns die Welt unter dem Zeichen der Konzentration. Vergleichen wir damit die stärksten unserer heutigen Gegner, so sehen wir eine Zersplitterung der Kräfte, wie sie uns in unserer von allen Seiten bedrohten Lage zum Verhängnis hätte werden müssen. In Rußland folgte in derselben Zeit Eroberung auf Eroberung, der volksverwüstende Zarismus hielt niemals inne in der atemlosen Jagd nach der Grenze, und während daheim der Bauer in Schmutz und Not verkam, finanzierte der Staat Umsturzbestrebungen in der Türkei und in Persien und verwendete seine Mittel auf Bahnbauten durch die ganze Breite Asiens, die vorläufig jedenfalls nur Machtzwecken dienen sollten. Eine so sinnlose Politik ist allerdings in England nicht vorauszusetzen, auch hier arbeitete man, wenigstens im letzten Jahrzehnt, und zwar ganz wesentlich dem deutschen Vorbild folgend, an der Hebung der Volkswohlfahrt, aber die früher eingeschlagene fehlerhafte Richtung wirkte zu stark nach. Fehlerhaft, weil im besten Falle künstlich, ist eine Staatspolitik, die das eigene Land ihm fremden, aus seiner Natur nicht folgenden Zwecken unterordnet. Dies leuchtet ohne weiteres von einem unterworfenen Gebiet ein, das seine wirtschaftliche Kraft erschöpfen muß, um Tributzahlungen aufzubringen. Aber es gilt auch von Herrenstaaten, die sich daran gewöhnen, andere als tributpflichtig zu betrachten und darüber den Boden unter ihren Füßen vernachlässigen, es gilt nicht minder von Bundesverhältnissen, wenn einem Teile die Verpflichtung zugeschoben wird, aus politischer Rücksicht auf den anderen schwere Lasten auf sich zu nehmen, die das eigene Ausschreiten hemmen. So hat Bismarck Oesterreich-Ungarn gegenüber die Zumutung abgewiesen, daß Deutschland aus Allianzrücksichten drückende wirtschaftliche Zugeständnisse machen müsse. Ob diese im besonderen Falle zu rechtfertigen waren oder nicht, ist hier gleichgültig, wichtig bleibt das Prinzip, daß außenpolitische, also mehr oder weniger diplomatische Bedürfnisse nicht mit nationalen Grundnotwendigkeiten bezahlt werden sollen, denn die ersteren können wechseln, die letzteren aber bestehen immer. In England haben die Staatslenker die besondere Entwicklung des Mutterlandes auf lebenswichtigen Gebieten der Rücksicht auf seine Stellung als Stammprovinz eines ungeheuren, innerlich sehr ungleichförmigen Weltreiches, daneben auch seiner früheren Industrie- und Handelsdiktatur aufgeopfert.

Eine solche Politik konnte und kann auch ferner in aller Zukunft für Deutschland nicht in Frage kommen. Unsere Landbasis steht freilich auf der Karte neben den Riesenreichen klein aus, namentlich in Anbetracht der gewaltigen darauf begründeten Volkswirtschaft, und sie wird auch nicht gerade sehr bedeutend größer werden können, wenn beschlossen wird, die nationale Siedlungsgrundlage durch Teile des besetzten Gebiets im Osten zu vergrößern. Dennoch wird unsere von der Natur uns zugewiesene Stellung auf dem festen Lande für uns immer ebenso die oberste Rücksicht bleiben wie für die Engländer bei ihrer Insellage die Seestellung. Grund, die Briten um ihre übrigens jetzt doch fragwürdige Seeherrschaft zu beneiden, haben wir nicht, denn im Frieden, und der ist doch der normale Zustand, hat diese Herrschaft das englische Volk allenfalls etwas kapitalreicher, aber gewiß nicht innerlich stärker gemacht als uns. Auch im britischen Stammlande in Europa mehrt sich freilich die Bevölkerung stark, seit 1871 ist sie von 32 auf 46½ Millionen gestiegen, also etwa um 45 Prozent. Dagegen sah in der gleichen Periode Deutschland seine Menschenanzahl von 41 auf 68 Millionen wachsen, um 66 Prozent! Und während sich unser Volkskörper immer mehr zu einem in allen Gliedern kraftstrotzenden, blut- und nervenreichen Organismus auswuchs, sind in England sehr sichtbare Alterserscheinungen vorhanden. Zwar kommen auf das Quadratkilometer in Deutschland 118, in Großbritannien 147 Einwohner, aber wo wohnen sie dort? Zu einem großen Teile in einigen riesenhaften Bezirken, die nicht mehr Städte, sondern ganze untereinander verbundene Stadtsysteme darstellen und wie Kröpfe aus einem auf weite Flächen verdorrten Leibe herausschwellen. Von unserer Bodenfläche liegen 9 Prozent unproduktiv da, von der englischen 19. Wiederum kommen von der genutzten Fläche hier 16, dort aber 52 Prozent auf Wiese und Weide. Auf seiner heimatlichen Erde hat der Deutsche sich ein Reich zu gründen gewußt, dessen Blüte von keinem anderen übertroffen wird. Fleiß, Wissenschaft und Organisation haben diesem alten Boden Schätze abgewonnen, wie sie sonst nur jungfräuliche Länder hergeben. Die Hebung unserer Landwirtschaft hat deren Ertrag so gesteigert, daß wir, wie der Krieg lehrt, mit einer so stark gewachsenen Bevölkerung nicht auszuhungern sind. Die Industrie, deren erstaunlicher Fortschritt nun schon zwei Jahrzehnte die Bewunderung und den Neid der Welt weckt, weiß durch ihre Leistungen heute großenteils die Schädigungen zu ersetzen, die der Feind uns durch die Abschneidung der Rohstoffe zufügt. Indem Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Kapital- und Gesellschaftsorganisation sich gegenseitig bedingen und aneinander steigern, ist unser Land der kaufkräftigste „innere Markt" Europas geworden und wird in dieser Beziehung überhaupt nur von den Vereinigten Staaten übertroffen, deren Gebiet aber fünfzehn Mal größer ist als Deutschland. Das alles bedeutet nicht, daß Deutschland sich je wieder selbst genügen, zum „isolierten Staate" zurückentwickeln könnte, vielmehr werden wir noch darlegen, wie es lange vor dem Kriege unauflöslich mit der Weltwirtschaft, darum auch mit der Weltpolitik verkettet worden war. Aber schon aus militärischen Gründen bleibt die Konzentration auch fernerhin unsere erste Sorge, und jedes Bundesverhältnis, jede Möglichkeit zum Landerwerb, jede zukünftige Flotten- und Kolonialpolitik wird noch sorgsamer als bisher daraufhin anzusehen sein, wieviel Menschen- und Kapitalaufwand dadurch zunächst abgeleitet und welchen künftigen Belastungen die nur dem äußersten Notfall gehörende eiserne Kraftreserve zu Hause ausgesetzt wird.

Freilich drängt die energische Erfassung des Gebots der Konzentration die schon kurz gestreifte Frage gebieterisch auf, ob wir mit dem uns vom Schicksal verliehenen Heimatsraume auf die Dauer gegen andere, viel landreichere Nationen aufkommen werden. Wissenschaft und Fürsorge können die Kindersterblichkeit bekämpfen, aber das Wachsen des Volkes hängt auch von anderen, viel mehr elementaren Bedingungen ab; man kann den Landbau zu ungeahnter Höhe entwickeln, aber schließlich gibt es Grenzen jeder Intensität, wenn die Extensität nicht Schritt hält. Ueberseeische Kolonien und europäische Machtsphären sind entferntere Probleme; ganz anders und viel ernster ist die Erwägung, ob Deutschland nicht die Pflicht hat, an die Verbreiterung der unmittelbaren Grundbauten seiner Existenz zu denken, da der von uns nicht gesuchte Krieg und die Eroberungen jenseits unserer Ostgrenze die Möglichkeit dazu gewähren.

Tägliche Rundschau
29./VIII. 1915

Frankreich und die polnische Frage.

In diesen Tagen entdecken die Franzosen ein Volk, das für sie seit 1870 nicht mehr existiert hat. Die Polen nämlich. Die Franzosen sind so moskowitisch gedrillt, daß sie in Polen nur noch eine ebenso zarentreue Provinz sahen wie es die blauweißrote Republik selbst geworden ist. Nun taucht mit einem Male die polnische Frage wieder auf, und das ist unbequem. Hundert Jahre lang hat sich Frankreich als Vorkämpfer Polens gegen Rußland aufgespielt; dann hat es seine Schützlinge im Stich gelassen und mit ihren Peinigern geschmaust und gezecht. Das Schämen hat sich Frankreich längst abgewöhnt; aber angenehm ist es doch selbst Marianne nicht, den Opfern ihres schmachvollen Völker- und Freiheitsverrats wieder zu begegnen. Da muß man die alte Bundesgenossin zu Hilfe rufen, um sich und anderen blauen Dunst vormachen zu können. Die alte Bundesgenossin ist die Lüge, die um so sicherer wirkt, je gründlicher die Dummheit ist, auf die sie trifft. Man schwindelt also von der völligen Einigkeit des in holder Begeisterung für die Unabhängigkeit der Nationen glühenden Rußland und des in heißer Dankbarkeit zum Zar-Erlöser aufblickenden freien Polen. Die französischen Staatsmänner und Zeitungen stellen es so dar, als wenn die Slawen aller Zungen, vor allem die Russen und Polen, vereint nach Paris wallfahren, um der belle France als der großen Versöhnerin zu huldigen. Solche Räubergeschichten lassen sich sehr gut in einem Volk anbringen, das von allem, was jenseits seiner Grenzen lebt und vorgeht, keine Ahnung hat. Die meisten Franzosen haben nur sehr unbestimmte Vorstellungen von dem, was die Slawen sind und wo die slawischen Länder eigentlich liegen. Vor zwei oder drei Jahren schäumten alle französischen Blätter über vor Empörung gegen den rohen preußischen Militarismus, der sich in einem kleinen Garnisonzwischenfall wieder kundgetan haben sollte; und man jubelte, weil angeblich die Bevölkerung sich in Aufruhr gegen die Soldaten befände. Der Ort der Handlung war aber — Lemberg, das die französischen Zeitungsgelehrten sämtlich mitten nach Deutschland verlegt hatten. Wochenlang machte jetzt die Pariser Hetzpresse Reklame für einen Aufruf zugunsten der durch den Krieg in Not geratenen Polen. Wütende Schmähungen gegen die Deutschen und Oesterreicher, die all dies Herzeleid in Polen, diesem Lieblingskind des heiligen Rußland, verschuldet hätten, wurden angeknüpft. Daß ein großer Teil der Unterzeichner aus Posen und Galizien stammte und zu den Führern im Befreiungskampf g e g e n Rußland und seine Verbündeten gehört, ahnte Frankreich nicht in seinem ungeographischen Gemüt. Man hatte die Wohnsitznamen eben alle für gut russisch gehalten. Die französischen Offiziösen preisen Paderewski und Sienkiewicz als Helden und Märtyrer des Polentums gegen Deutschland-Oesterreich und als feurige Verehrer Rußlands und des Vierverbandes. Daß Paderewski über die himmelschreienden Roheiten der Russen und des von Frankreich vergötterten Großfürsten Nikolai in Paris Klage geführt und nach Befreiung Polens von seinem wahren Unterdrücker gerufen hat, wird dem souveränen Volk verschweigen. Ebensowenig darf die Boulevardwelt erfahren, daß Sienkiewicz von Delcassé grob darauf hingewiesen ist, daß ein Pole als russischer Untertan nur in P e t e r s b u r g demütige Wünsche betreffend Neuerungen und Verbesserungen vortragen dürfe. Man schwärmt in Paris von den unübersehbaren Scharen von polnischen Freiwilligen aus Posen und Galizien, die sich dem Zaren zur Verfügung gestellt haben sollen zum Erlösungskriege gegen Deutschland; man begeistert sich auch für die 40 000—50 000 polnischen Legionäre, die unter französischen Fahnen angeblich fechten —, wenn sie auch noch niemand gesehen hat. Daß mehr als 25 000 russische Polen auf österreichischer Seite in Pilsudskis Legionen stehen, darf bei Strafe der Brandmarkung wegen Hochverrats kein Mensch in Paris sagen.

Nun wollen wir hier keineswegs uns mit der heiklen und viel umstrittenen Frage beschäftigen, was von der Stel-